Forschungsbericht

2015–2017

Max-Planck-Institut
für ausländisches und
internationales Strafrecht

Forschungsbericht 2015–2017

Max-Planck-Institut für ausländisches
und internationales Strafrecht

MAX-PLANCK-GESELLSCHAFT

5 **VORWORT**

I. FORSCHUNGSPROGRAMM UND FORSCHUNGSPROJEKTE

- 9 **A. Zielsetzung und Forschungsprogramm des Instituts**
12 **B. Forschungsprogramm und Projekte der Strafrechtlichen Abteilung**
49 **C. Forschungsprogramm und Projekte der Kriminologischen Abteilung**

II. AKTUELLE FORSCHUNGSARBEITEN

- 73 **A. Überblick**
76 **B. Die Architektur des Sicherheitsrechts und seine freiheitlichen Grenzen**
86 **C. Rethinking Money Laundering and Financial Investigations**
95 **D. Rechtshilfe bei der Telekommunikationsüberwachung**
102 **E. Max-Planck-Informationssystem für Strafrechtsvergleichung**
112 **F. Predictive Policing**
119 **G. Elektronische Überwachung: Forschung zu Implementierung und Folgen**
128 **H. Regionale Unterschiede in der gerichtlichen Sanktionspraxis in der Bundesrepublik Deutschland**
135 **I. Legalizing Marijuana in Uruguay – Implementation and Consequences**

III. NACHWUCHSFÖRDERUNG

- 143 **A. Überblick**
151 **B. Otto-Hahn-Gruppe zur Architektur des Sicherheitsrechts**
155 **C. Vorbereitung der Otto-Hahn-Gruppe zu „Alternative and Informal Types of Criminal Justice and Procedure“**
157 **D. International Max Planck Research School for Comparative Criminal Law**
164 **E. International Max Planck Research School on Retaliation, Mediation and Punishment**
172 **F. MaxNetAging Research School**
174 **G. Beteiligung am Kompetenznetzwerk für das Recht der zivilen Sicherheit in Europa (KORSE)**

VI. WISSENSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT	
A. Internationale und nationale Kooperationen	179
B. Max Planck Partner Group for Balkan Criminology	186
C. The Latin American Observatory for Research on Crime Policy and Criminal Law Reform (OLAP)	191
D. Institutionalisierte Netzwerke – insbesondere Joint Research Groups in Istanbul and Teheran	194
E. Ausländische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler am Institut	199
V. ORGANISATION	
A. Forschungsabteilungen	205
B. Bibliothek	214
C. Rechtsgutachten und sachverständige Äußerungen für die Praxis	218
D. Herausgabe von Buchreihen und Zeitschriften	220
E. Öffentlichkeitsarbeit	226
F. IT-Dienstleistungen	228
G. Forschungsförderung	231
H. Good Governance	234
I. Forschungsethik	238
VI. FACHBEIRAT UND KURATORIUM	241
VII. PERSONALIEN	
A. Ehrungen, Ernennungen und Berufungen	247
B. Wissenschaftliche Mitgliedschaften und Tätigkeiten	249
C. Beiträge zur Wissenschaftsverwaltung sowie Selbstverwaltungsaktivitäten und Funktionen in der MPG und im MPI	258
VIII. WISSENSTRANSFER	
A. Publikationen	263
B. Veranstaltungen und Vorträge	287
C. Lehre	319

Vorwort

Der vorliegende Tätigkeitsbericht des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht fasst nicht nur die wissenschaftlichen Arbeiten der strafrechtlichen und kriminologischen Abteilungen im Zeitraum 2015–2017 zusammen. Er markiert auch eine Zäsur, da die derzeitigen Direktoren in den Emeritus-Status wechseln werden und voraussichtlich ab 2019 ein neues, dreiköpfiges Direktorium das Institut – erweitert um eine Abteilung für Sicherheitsrecht – fortführen wird. Der Bericht ist deshalb geprägt durch die Darstellung abgeschlossener oder kurz vor der Fertigstellung stehender Forschungsprojekte und deren Ertrag, der den aktuellen tiefgreifenden Wandel von Kriminalität und Kriminalitätskontrolle widerspiegelt. Gleichzeitig belegt der Bericht nachdrücklich die Notwendigkeit einer Fortführung der Grundlagenforschung des Instituts. Die Rolle und die Grenzen des Strafrechts in der Herstellung von Sicherheit und die Bezüge strafrechtlicher Sozialkontrolle zu anderen Feldern des Sicherheitsrechts bleiben zentrale Fragen der modernen Strafrechtswissenschaft und Kriminologie.

Das Freiburger Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht hat den durch neue Dimensionen organisierter Kriminalität und Wirtschaftskriminalität, durch Terrorismus und dessen Abwehr mithilfe von Geheimdiensten und dem Recht der bewaffneten Konflikte, durch neue Überwachungsmöglichkeiten im Internet sowie neue europäische und internationale Agenden der Kriminalpolitik angezeigten Wandel in Kriminalität und strafrechtlicher Sozialkontrolle zu einem zentralen Gegenstand seines Forschungsprogramms gemacht. Die Arbeitsergebnisse beider Forschungsabteilungen zeigen, dass international und interdisziplinär ausgerichtete grundlagenorientierte Forschung zu wichtigen Erkenntnissen führt und der nationalen und internationalen Kriminalpolitik Lösungswege für die fundamentalen Probleme unserer Zeit aufzeigen kann.

Der Zusammenfassung der wissenschaftlichen Arbeiten der Jahre 2015–2017 geht ein Überblick über die Forschungskonzeption des Instituts und deren konkrete Umsetzung voraus. Neben der Zielsetzung des Gesamtinstituts, den Programmen der beiden Abteilungen sowie der tabellarischen Übersicht zu laufenden Arbeiten werden zentrale Projekte ausführlicher dargestellt. Sie bilden einen Querschnitt verschiedener Themen und Fragestellungen ab. Der Bericht stellt weiter die Nachwuchsförderung des Instituts vor, die in mehreren International Max Planck Research Schools, einer Otto-Hahn-Gruppe zur Förderung promovierter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und weiteren Fördermaßnahmen erfolgt. Damit wurden die Promotionsstrukturen des Instituts thematisch und organisatorisch gebündelt, professionalisiert und auf ein Höchstmaß an Kooperation, Interdisziplinarität und Internationalität ausgerichtet.

Der sich anschließende Bericht zur internationalen Zusammenarbeit, zu den Publikationen und Vorträgen der Institutsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter und den am Institut herausgegebenen Buchreihen und Zeitschriften belegt sodann die intensive internationale Präsenz des Instituts. Auch die jedes Jahr für längere Zeit am Institut forschenden Gastwissenschaftlerinnen und Gastwissenschaftler – mehr als 400 aus über 50 Staaten – sowie die hohe Zahl der Humboldt-Stipendiatinnen und -Stipendiaten am Institut unterstreichen die wichtige Rolle, die das Freiburger Institut weltweit in den Bereichen des Strafrechts und der Kriminologie spielt. Zu diesem Erfolg haben viele Personen beigetragen. Wir danken deswegen nicht nur allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Freiburg sowie den Vertreterinnen und Vertretern der Max-Planck-Gesellschaft

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Ulrich Sieber,
Direktor und Leiter der strafrechtlichen Forschungsabteilung

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Hans-Jörg Albrecht,
Direktor und Leiter der kriminologischen Forschungsabteilung

in München. Unser Dank gilt gleichermaßen den Mitgliedern unseres Fachbeirats und unseres Kuratoriums, den Evaluatoreninnen und Evaluatoren der Research Schools und des Instituts, den in den Doktorandenschulen engagierten Kolleginnen und Kollegen der beteiligten Universitäten und anderer Max-Planck-Institute, den ausländischen Kooperationspartnern, Gastwissenschaftlerinnen und Gastwissenschaftlern sowie den Doktorandinnen und Doktoranden.

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Ulrich Sieber
Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Hans-Jörg Albrecht

Freiburg, i.Br., im September 2018

I. Forschungsprogramm und Forschungsprojekte

I. FORSCHUNGSPROGRAMM UND FORSCHUNGSPROJEKTE

- 9_____ **A. Zielsetzung und Forschungsprogramm des Instituts**
- 12_____ **B. Forschungsprogramm und Projekte der Strafrechtlichen Abteilung**
- 49_____ **C. Forschungsprogramm und Projekte der Kriminologischen Abteilung**

A. Zielsetzung und Forschungsprogramm des Instituts

Das Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht ist Teil der Max-Planck-Gesellschaft (MPG) und gehört zur Geistes-, Sozial- und Humanwissenschaftlichen Sektion der MPG. Die Direktoren sind gleichzeitig wissenschaftliche Mitglieder der Gesellschaft. Die Forschungsausrichtung des Instituts ist grundlagenorientiert und durch den interdisziplinären rechts- und sozialwissenschaftlichen Forschungsansatz zugleich anwendungsbezogen.

Das Institut gliedert sich in die von Prof. Dr. Ulrich Sieber geleitete strafrechtliche Abteilung und in die von Prof. Dr. Hans-Jörg Albrecht geführte kriminologische Abteilung. Die Fragen, die das gesamte Institut betreffen, werden von beiden Direktoren gemeinsam entschieden. Sie wechseln sich in der geschäftsführenden Leitung im dreijährigen Turnus ab. Gegenwärtig liegt die Geschäftsführung bei Hans-Jörg Albrecht. Entsprechend den Grundprinzipien der Max-Planck-Gesellschaft bestimmen beide Direktoren ihre Forschungen eigenständig. Die beiden selbstständigen Forschungsbereiche sind jedoch nicht nur methodisch miteinander verzahnt, sondern auch durch die Wahl ihrer Forschungsgegenstände aufeinander abgestimmt. In den Forschungsmethoden ergänzen sich die beiden Forschungsabteilungen mit ihren unterschiedlichen Untersuchungsansätzen und theoretischen Perspektiven strafrechtlicher und kriminologischer Projekte. Der Institutsgründer Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Hans-Heinrich Jescheck, der das seit 1947 an der Universität so bezeichnete „Institut für ausländisches und internationales Strafrecht“ im Jahr 1966 in die Max-Planck-Gesellschaft überführt hatte, erläuterte seine Forderung nach „Strafrecht und Kriminologie unter einem Dach“ damit, dass Strafrecht als vorwiegend normative Wissenschaft ohne die empirisch ausgerichtete Kriminologie „blind“ sei, Kriminologie ohne Strafrecht dagegen „uferlos“.

Im Hinblick auf den Gegenstand der Forschung stehen in beiden Abteilungen seit 2004 im Mittelpunkt der Forschungsprogramme die Herausforderungen für das Strafrecht und die Kriminalpolitik, die sich aus dem gesellschaftlichen Wandel in der „Weltgesellschaft“, der „Informationsgesellschaft“ und der „Risikogesellschaft“ ergeben: Die – in verschiedenen Bereichen zunehmend grenzüberschreitend begangene – Kriminalität, die Kriminalpolitik und die strafrechtliche Kontrolle verändern sich im Verlauf gesellschaftlicher Prozesse, von denen vor allem die Globalisierung und die technologische Entwicklung (Digitalisierung und Vernetzung) hervorzuheben sind. Moderne Formen der Transaktionskriminalität beruhen auf neuen Techniken, Organisationsformen und Risikoszenarien; die neuen Risiken haben eine gesamtgesellschaftliche Bedeutung. Diese Bedeutung entfaltet sich sowohl in empirischer wie in normativer Hinsicht. Das Spektrum an Veränderungen der Kriminalitätskontrolle zeigt sich besonders anschaulich an dem gegenwärtigen globalen Wandel des Strafrechts zu einem präventiven Sicherheitsrecht, das sich sowohl auf Annahmen zu grenzüberschreitend agierenden Straftätergruppen als auch auf weltweit veränderte Wahrnehmungen von Risiken und Kriminalpolitiken jenseits des jeweiligen staatlichen Territoriums stützt. Diese Entwicklung ist deswegen auch nicht mehr allein national zu erklären, sondern nur als Teil eines internationalen Prozesses erfassbar.

Das **Forschungsprogramm der strafrechtlichen Abteilung** zu den Grenzen des Strafrechts beschäftigt sich mit diesen Veränderungen. Vor allem auf der normativen Ebene wurden zwei thematische Forschungsschwerpunkte und ein Schwerpunkt zu den einschlägigen Forschungsmethoden gebildet. Der erste Forschungsschwerpunkt zielt auf eine Theorie der Strafrechtsintegration: Die Herausforderungen, die sich aus dem gesellschaftlichen Wandel der Globalisierung ergeben, führen das klassische nationale Strafrecht an seine territorialen Grenzen. Modelle zur Überwindung der territorialen Grenzen des Strafrechts durch ein transnational wirksames Strafrecht sind insbesondere das Europäische Strafrecht und das Völkerstrafrecht. Der zweite Forschungsschwerpunkt

der strafrechtlichen Abteilung fokussiert auf eine Theorie zu den funktionalen Grenzen des Strafrechts: Die entsprechenden Herausforderungen für das Strafrecht und die Kriminalpolitik werden besonders an der beschränkten Funktion von Strafrecht deutlich, das mit neuen komplexen Formen der Kriminalität, veränderten Risikowahrnehmungen und gewandelten kriminalpolitischen Sicherheitsdiskursen konfrontiert ist (beispielsweise beim Terrorismus, bei Verbrechen gegen die Menschlichkeit, der Organisierten Kriminalität, der Wirtschaftskriminalität und der Internetkriminalität). Beide Grenzbereiche hängen in der entstehenden „Weltrisikogesellschaft“ eng zusammen. Um die einschlägigen Fragestellungen methodisch kontrolliert untersuchen und Lösungen entwickeln zu können, analysiert der dritte Forschungsschwerpunkt der strafrechtlichen Abteilung die für das strafrechtliche Forschungsprogramm zentrale Methodenfrage nach einer Theorie der Strafrechtsvergleichung und einer entsprechenden internationalen Strafrechtsdogmatik.

Im Rahmen der oben beschriebenen grundlegenden gesellschaftlichen Umbrüche und Transformationen der Gegenwart verändern sich nicht nur die Entstehungsbedingungen und Gelegenheitsstrukturen von Kriminalität – und damit die Kriminalität selbst –, sondern auch die Reaktionen der Gesellschaft hierauf, ihre Instrumentarien und Verfahren der Sozialkontrolle und dabei insbesondere die strafrechtliche Sozialkontrolle. Dieser inhaltliche Fokus bestimmt den Zuschnitt und die Ausgestaltung des **kriminologischen Forschungsprogramms**. Die kriminologische Abteilung untersucht die oben genannten Fragen des sozialen Wandels in fünf Forschungsschwerpunkten: (1.) Strafverfahren und Sanktionen im Wandel, (2.) Gefährliche Straftäter, (3.) Innere Sicherheit, Organisierte Kriminalität, Terrorismus – gesellschaftliche Wahrnehmungen und Reaktionen, (4.) Kriminalität, sozialer Kontext und sozialer Wandel, (5.) Kriminalpolitik und rechtsstaatliche Entwicklung in Übergangsgesellschaften. Die kriminologische Forschung ist methodisch auf die Erfassung von Veränderungen und hiermit auf Längsschnitt- und Wiederholungsuntersuchungen ausgerichtet sowie auf die Entwicklung der Mehrebenenanalyse, mit der die Handlungsebene und soziale Kontexte verknüpft werden. Inhaltlich zielen die Untersuchungen auf die Fortsetzung der am Institut bereits früh begonnenen Implementations- und Evaluationsforschung sowie auf die Fortentwicklung von Theorien der Kriminalität und der strafrechtlichen Sozialkontrolle. Die Projekte zum Strafverfahren greifen dabei insbesondere Fragestellungen neuer und verdeckter Ermittlungsmethoden auf, die – wie die Telekommunikations- und Verkehrsdatenüberwachung, die Rasterfahndung, die Überwachung des Wohnraums oder die automatische Kfz-Kennzeichenkontrolle – mit neuen Kriminalitätsformen zusammenhängende Risiken und Ermittlungsprobleme beantworten sollen und signifikante Elemente des sich entwickelnden präventiven Sicherheitsrechts repräsentieren. Neue Ermittlungsmethoden sind darüber hinaus auf Fragestellungen der Informationsgesellschaft ausgerichtet, denn sie setzen an Veränderungen der Informationstechnologie an und beziehen sich auf veränderte gesellschaftliche Kommunikationsmuster. Im Rahmen der Untersuchungen zu gefährlichen Straftätern und zur Inneren Sicherheit werden neben der empirischen Erfassung neuer Kriminalitätsphänomene Fragen der Rückfallkriminalität bei Sexualstraftätern, die Gefährlichkeitsprognose sowie die Auswirkungen von Behandlung im Strafvollzug und von Entwicklungen in der Nachentlassungssituation, insbesondere der Abbruch und die Fortsetzung krimineller Karrieren, thematisiert. Im Übrigen gilt die Aufmerksamkeit der Wahrnehmung der Sicherheit und den Unsicherheitsgefühlen in der Bevölkerung sowie ihrer Erklärung mit besonderer Konzentration auf den internationalen Terrorismus. Vor allem in Kooperationsprojekten werden Prozesse der Ausbildung eines rechtsstaatlichen Strafrechts in Übergangsgesellschaften und sein Potenzial für die (Wieder-)Herstellung sozialer Ordnung ausgeleuchtet.

Dieses Forschungskonzept des Strafrechts und der Kriminologie „unter einem Dach“ zeigt sich in den vielfältigen Beziehungen und Ergänzungen zwischen den Forschungsprogrammen beider Abteilungen. Diese Programme betreffen in weiten Teilen den gleichen Gegenstand, der in der einen Abteilung unter normativ-vergleichenden Aspekten und in der anderen unter empirisch-kriminologischem Blickwinkel analysiert wird (vgl. die Projektübersichten in Kapitel I.B.2. und I.C.2. sowie die ausgewählten Forschungsarbeiten in Kapitel II.). Besonders sichtbar wird die Verzahnung der Forschungsplanung bei der Zusammenarbeit in einzelnen Forschungsprojekten zur Telekommunikationsüberwachung und zur Wirtschaftsspionage. Die Forschung des Instituts ist – wenngleich weiterhin ausgerichtet auf den jeweiligen disziplinären Schwerpunkt des Strafrechts bzw. der Kriminologie – heute nicht mehr so streng zwischen den Forschungsabteilungen

differenziert wie früher. In jeder der beiden Abteilungen ist inzwischen – auch durch die lange Kooperation – Know-how sowohl zur Untersuchung strafrechtlicher als auch kriminologischer Fragestellungen und zu seinen entsprechenden Methoden vorhanden. Projekte mit sowohl strafrechtlichen wie auch kriminologischen Fragestellungen werden deswegen häufig auch – innerhalb des jeweiligen disziplinären Schwerpunkts – nur in einer Abteilung bearbeitet, in der dann jedoch – in enger Konsultation und Zusammenarbeit mit der anderen Abteilung – die Aspekte der anderen Disziplin miterledigt werden.

Forschungen der beiden Abteilungen zum gleichen Gegenstand erfolgten in den Bereichen des Terrorismus, der Organisierten Kriminalität, der Wirtschaftskriminalität und der Computerkriminalität. Entsprechendes gilt wegen des gemeinsamen Interesses an den Fragen der Globalisierung in beiden Abteilungen für das Europäische Strafrecht und das Völkerstrafrecht. Die damit weitgehend identischen Forschungsthemen spiegeln nicht nur das Interesse der beiden Direktoren an den gleichen Problemstellungen wider, sondern ergeben sich auch daraus, dass die Forschungsprogramme beider Abteilungen gleichermaßen auf die aktuellen Veränderungen der globalen Weltrisikogesellschaft ausgerichtet sind, die derzeit die Kriminalpolitik beherrschen. In einem gemeinsamen Projekt werden – in Kooperation mit dem Max-Planck-Institut für ethnologische Forschung in Halle (Abteilung Recht und Ethnologie unter der Leitung von Prof. Marie-Claire Foblets) auch Untersuchungen zu den nichtstaatlichen Normensystemen von Einwanderungsgesellschaften durchgeführt (vgl. unten I.B. Projekte 42 und 43).

Die enge Verbindung von Strafrecht und Kriminologie schlägt sich ferner in der Zusammenarbeit beider Abteilungen bei der Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses in den am Institut gegründeten International Max Planck Research Schools nieder, in deren Lenkungsausschüssen jeweils beide Direktoren vertreten sind und deren Doktorandinnen und Doktoranden von den Direktoren häufig gemeinsam betreut werden (siehe Kapitel III.). Die inhaltliche Zusammenarbeit wird zudem regelmäßig auf gemeinsamen Tagungen und Workshops im In- und Ausland sichtbar. Besonders eng war sie im Berichtszeitraum beispielsweise in der Türkei, wo das Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht zusammen mit der Bahçeşehir-Universität Istanbul ein Joint Research Center mit einer eigenen Bibliothek betreibt (vgl. die Hinweise in Kapitel IV.D).

B. Forschungsprogramm und Projekte der Strafrechtlichen Abteilung

FORSCHUNGSPROGRAMM: GRENZEN DES STRAFRECHTS

Das 2004 konzipierte Forschungsprogramm der strafrechtlichen Abteilung zielt auf eine Theoriebildung und praktische Lösungen zu den zentralen Zukunftsfragen des Strafrechts. Dieses Programm zu den „Grenzen des Strafrechts“ konzentriert seit dem Direktorenwechsel im Jahr 2003 die Arbeiten der Abteilung konsequent auf wichtige Grundlagenprobleme und Zukunftsfragen des Strafrechts. Es führt dabei die Erträge der Einzelprojekte zusammen, ermöglicht eine gegenseitige Befruchtung der laufenden Projekte und erzielt dadurch Synergieeffekte und Mehrwerte, vor allem bei der späteren Gesamtinterpretation der Einzelergebnisse mit dem Ziel einer umfassenden Theoriebildung.

Das Programm ist auch forschungsleitend für die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses, seit 2007 insbesondere in der International Max Planck Research School for Comparative Criminal Law und seit 2014 in der Otto-Hahn-Gruppe der strafrechtlichen Abteilung für die Post-Doc-Ausbildung. Alle Arbeiten des wissenschaftlichen Nachwuchses sind dabei voll in das Gesamtprogramm integriert. Nur eine solche systematische Zusammenschau von Einzelaspekten kann zu den notwendigen Antworten auf die derzeit erkennbaren strafrechtlichen „Jahrhundertfragen“ beitragen.

Der nachfolgende Text gibt zunächst einen kurzen allgemeinen Überblick zu Forschungsgegenstand, Forschungszielen, Forschungsmethoden, Forschungsschwerpunkten und Forschungsfeldern (unten 1 bis 5). Die anschließenden Ausführungen ordnen dann die konkreten Projekte des Berichtszeitraums (2015–2017) in das Programm ein und fassen den Ertrag der einzelnen Projekte und des Gesamtprogramms zusammen (unten 6 und 7). In der Projektübersicht sind abschließend alle im Berichtszeitraum durchgeführten Projekte nach einheitlichen Gesichtspunkten zusammengefasst.

1. Forschungsgegenstand

Gegenstand des Forschungsprogramms sind die sich verändernden Grenzen des Strafrechts. Die aktuelle Verschiebung dieser Grenzen wird an den gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Veränderungen der Welt-, Informations- und Risikogesellschaft deutlich, die zu einem rasanten Wandel in der Kriminalität, Kriminalpolitik und im Strafrecht führen. Das Ausmaß der gegenwärtigen Veränderungen zeigt sich im Hinblick auf die territorialen Grenzen des Strafrechts beispielsweise im Europäischen Strafrecht, im Völkerstrafrecht und in den sicherheitsrechtlichen Agenden verschiedener internationaler Organisationen, z.B. an der Entstehung von Elementen eines echten supranationalen Strafrechts, an neuen Formen der internationalen Zusammenarbeit und an neuen Konzepten der internationalen Sicherheitspolitik. Bei der Kontrolle des Terrorismus manifestieren sich ebenso weitreichende Veränderungen, die das fundamentale Verhältnis zwischen den Garantien von Sicherheit und Freiheit in Bewegung bringen und klassische politische und rechtliche Kategorien auflösen, wie die Unterscheidung von innerer und äußerer Sicherheit, von Krieg und Verbrechen, von Krieg und Frieden sowie von Strafjustiz, Polizei, Geheimdienst und Militär.

2. Forschungsziel

Ziel des Forschungsprogramms ist es, die Grenzen des Strafrechts im Hinblick auf die tatsächlichen **Veränderungen von Sicherheitsrisiken und Sicherheitswahrnehmung** in der sich wandelnden Gesellschaft sowie die hieraus resultierenden **normativen Veränderungen** zu analysieren, um neue Antworten auf die entstehenden kriminalpolitischen Herausforderungen für eine effektive, jedoch den Menschenrechten verpflichtete Kriminalitätskontrolle zu entwickeln.

Im Mittelpunkt des Interesses stehen dabei zwei miteinander zusammenhängende und für die gegenwärtige Strafrechtsentwicklung fundamentale faktische Prozesse:

- a) die mit der Globalisierung zunehmende Transnationalisierung der Kriminalität sowie
- b) die mit der Risiko- und Informationsgesellschaft einhergehende Veränderung der Risiken und der Risikowahrnehmung von komplexen Kriminalitätsformen, insbesondere im Zusammenhang mit Terrorismus, Organisierter Kriminalität, Korruption, Wirtschaftskriminalität und Cybercrime.

Diese beiden Prozesse führen das klassische Strafrecht an seine territorialen bzw. funktionalen Grenzen und verändern es in gravierender Weise. Der dadurch verursachte normative Wandel bestimmt deswegen auch die zentralen Forschungsschwerpunkte des Programms, die von einem dritten Schwerpunkt zur zentralen Forschungsmethode der Arbeiten ergänzt werden.

3. Forschungsmethoden

Das Forschungsprogramm untersucht die gesellschaftlichen wie die normativen Bedingungen seines Forschungsgegenstands. Deswegen finden sowohl die empirischen Erhebungsmethoden der Sozialwissenschaften als auch die Methoden der – insbesondere vergleichenden – Strafrechtswissenschaft Anwendung.

Die **Analysemethoden der Sozialwissenschaften** werden zur Bestimmung der faktischen Veränderungen vor allem in der kriminologischen, aber auch in der strafrechtlichen Abteilung des Instituts genutzt. Die empirischen Untersuchungen des Forschungsprogramms betreffen dabei vorwiegend die Veränderungen der Kriminalitätsphänomene, der strafprozessualen Ermittlungsprobleme (insb. im digitalen Bereich) sowie der praktischen Anwendung neuer nicht strafrechtlicher Aufklärungs- und Sanktionssysteme (z.B. die Rechtswirklichkeit von Compliance-Programmen). Da die kriminologische Abteilung ein in weiten Teilen entsprechendes Forschungsprogramm verfolgt und inhaltlich ähnliche Probleme des sozialen Wandels unter kriminologischen Aspekten untersucht wie die Abteilung Strafrecht unter strafrechtlichen Gesichtspunkten, erfolgt ein Großteil dieser empirischen Untersuchungen in der kriminologischen Abteilung und es ergeben sich aus den Arbeiten der beiden Abteilungen Synergieeffekte. Aufgrund der Verschränkung von empirischen und normativen Zugängen ist die Forschung grundsätzlich interdisziplinär angelegt.

Für die Lösung der zentralen normativen Fragen hat die **Strafrechtsvergleichung** zusammen mit der von ihr mitbestimmten **internationalen Strafrechtsdogmatik** zentrale Bedeutung. Zur Erfassung der gegenwärtigen Rechtsentwicklung erfolgt somit häufig eine breit angelegte Strafrechtsvergleichung, da aufgrund der globalen Prozesse in der aktuellen Kriminal- und Rechtspolitik ein normatives Gesamtbild der aktuellen weltweiten Entwicklungen und ihrer Zusammenhänge erforderlich ist, auch um lokale und regionale Entwicklungen zu verstehen. In den einzelnen Untersuchungen ist dabei für die Analyse des geltenden Rechts oft eine systematische und/oder fallbasierte Strafrechtsvergleichung notwendig, die im Wege der wertbasierten Strafrechtsvergleichung auch auf die den Regelungen zugrunde liegenden sozialen und rechtlichen Grundlagen eingeht. Auf dieser vergleichenden Basis können dann auch allgemeine Rechtsgrundsätze entwickelt werden, die mit Hilfe der wertenden Rechtsvergleichung Lücken im Europäischen Recht und im Völkerstrafrecht schließen. Unter praktischen Gesichtspunkten unterstützt die wertende Rechtsvergleichung darüber hinaus vor allem die vergleichende Bestimmung von „best practices“ im Wege des „benchmarking“, die für die zukünftige nationale und internationale Kriminalpolitik besonders wichtig ist.

Wegen der globalen Zielsetzung des Forschungsprogramms und der methodischen Bedeutung des internationalen Vergleichs sind – wie schon seit der Institutsgründung – praktisch alle Projekte der strafrechtlichen Abteilung auf internationale Kooperation ausgerichtet. Dies hat zu einer Vielzahl von internationalen Verbindungen und zum Ausbau der seit Jahrzehnten bestehenden Netzwerke geführt. Entsprechende Kooperationen sind vor allem bei interdisziplinären Projekten erforderlich, die im Bereich des Cybercrime und der Ermittlungsarbeit in internationalen Daten-netzen z.B. gemeinsam mit Experten der Informationstechnik erfolgen.

4. Forschungsschwerpunkte

Aus dem genannten Konzept zur Untersuchung der aktuellen Veränderungen von Kriminalität und Kriminalitätskontrolle in der globalen Risikogesellschaft ergeben sich zwei – inhaltlich zusammenhängende – thematische Schwerpunkte des Forschungsprogramms zu den territorialen und funktionalen Grenzen des Strafrechts. Hinzu kommt ein dritter methodenorientierter Schwerpunkt zur Strafrechtsvergleichung.

a) Veränderungen durch die Globalisierung: Grenzüberschreitende Kriminalität, territoriale Grenzen des Strafrechts und internationale Strafrechtsintegration

Der erste Forschungsschwerpunkt knüpft an die Veränderungen durch die Globalisierung an. Dabei geht es vor allem um die territorialen Grenzen des Strafrechts und die Möglichkeiten ihrer Überwindung durch ein transnational wirksames Strafrecht. Dieser Forschungsschwerpunkt zielt auf die Bildung einer Theorie der Strafrechtsintegration in der globalen Welt und die Entwicklung entsprechender praxistauglicher Lösungskonzepte. Ihm liegt die – in der ausführlichen Fassung des Forschungsprogramms näher begründete – Annahme zugrunde, dass die zunehmende transnationale Kriminalität vor allem auf technischen, wirtschaftlichen und politischen Veränderungen der Globalisierung beruht, aus denen sich neue Gelegenheiten zur grenzüberschreitenden Deliktsbegehung ergeben, z.B. in internationalen Daten-netzen und globalen illegalen Märkten (z.B. für Drogen, Waffen oder sensible Daten). Diese neuen Möglichkeiten transnationaler Kriminalität fordern das nationalstaatliche Strafrecht heraus, da dieses nur schwer gegen grenzüberschreitende Kriminalität vorgehen kann, wenn die Durchsetzung seiner Entscheidungen auf anderen Territorien erst langwierige Amts- oder Rechtshilfeverfahren benötigt und die nationalen Strafrechtsordnungen voneinander abweichen.

Als Antwort auf die neuen Herausforderungen ist daher nicht nur eine verstärkte Rechtsharmonisierung erforderlich. Vielmehr sind neue Systeme eines transnational wirksamen Strafrechts gefragt, mit denen – wie beispielsweise im Europäischen Strafrecht – die klassischen Modelle der zwischenstaatlichen Kooperation und des supranationalen Strafrechts zu hybriden Mischformen und komplexen Mehrebenensystemen der strafrechtlichen Sozialkontrolle weiterentwickelt werden. Der Forschungsschwerpunkt befasst sich daher vor allem mit den Fragen, ob und wie die territorialen Grenzen des Strafrechts zu überwinden sind, wie die dabei entstehenden Regelungen aussehen und wie sie sich auf den Ausgleich von Sicherheits- und Freiheitsinteressen auswirken. Dieser Schwerpunkt betrifft daher insbesondere neue Formen der internationalen Rechtshilfe, die Entwicklung von supranationalem Strafrecht sowie neue Formen der internationalen Strafrechtskoordination durch internationale Institutionen (wie EU, UN oder FATF).

b) Veränderungen der Risiko- und Informationsgesellschaft: Komplexe Kriminalität, funktionale Grenzen des Strafrechts und neue alternative Maßnahmen der Sozialkontrolle

Der zweite Forschungsschwerpunkt der strafrechtlichen Abteilung betrifft die fundamentalen Veränderungen der Risiko- und Informationsgesellschaft. Dabei geht es um die funktionalen Grenzen des Strafrechts und die Möglichkeiten neuer alternativer Maßnahmen der Sozialkontrolle, die zu einer Theorie der funktionalen Grenzen des Strafrechts führen sollen. Diesem For-

schungsschwerpunkt liegt die Annahme zugrunde, dass nicht nur die Transnationalisierung und Globalisierung, sondern vor allem der technische, wirtschaftliche und politische Wandel der Informations- und der Risikogesellschaft gesteigerte Risiken für die Gesellschaft und eine immer komplexere Kriminalität produziert, deren Erfassung durch das klassische „Standardprogramm“ des Strafrechts auf Schwierigkeiten stößt. Dies zeigt sich beispielsweise am international arbeitsteiligen Vorgehen weitverzweigter Straftätergruppen, die sich moderner Technologien bedienen, sowie am Zerstörungs- und Schadenspotenzial neuer Formen des Terrorismus, der Organisierten Kriminalität, der Korruption, der Wirtschafts- und der Internetkriminalität.

Die Praxis versucht den damit einhergehenden Kontrollverlust des klassischen nationalstaatlichen Strafrechts durch spezifische Veränderungen zu kompensieren: Es entstehen neue Netzwerke zwischenstaatlicher Zusammenarbeit, geheime technische Überwachungsmaßnahmen, ein am Präventionsgedanken orientiertes neues „Sicherheitsrecht“ unter Einbeziehung verwaltungsstrafrechtlicher, polizeirechtlicher, geheimdienstrechtlicher, ausländerrechtlicher und kriegsrechtlicher Maßnahmen (innerhalb und außerhalb des Strafrechts), Mitwirkungspflichten Privater sowie alternative Maßnahmen der Sozialkontrolle (z.B. im Wege der „regulierten Selbstregulierung“ der Wirtschaft). Dieser – auch auf einer veränderten Wahrnehmung von Kriminalität beruhende – Wandel wird in Gesellschaft und Politik mit kriminalpolitischen Sicherheitsdiskursen zu Grenzverschiebungen des Strafrechts legitimiert. Der Forschungsschwerpunkt behandelt damit vor allem die Fragen, wie sich das Strafrecht aufgrund der vorgenannten Veränderungen entwickelt, inwieweit die damit herausgeforderten klassischen Grenzen des Strafrechts beizubehalten oder neu zu vermessen sind und wie die gegenwärtig zu beobachtende „Ersetzung“ des Strafrechts durch andere Rechtsdisziplinen (insb. Kriegsrecht, Polizeirecht, Geheimdienstrecht, Ausländerrecht) zu beurteilen ist.

c) Veränderungen der Forschungsmethode: Strafrechtsvergleichung auch als Forschungsgegenstand

Der dritte Schwerpunkt zielt auf die Entwicklung der Forschungsmethoden, die zur Analyse der vorgenannten Schwerpunkte erforderlich sind. Strafrechtsvergleichung ist deswegen im Programm der strafrechtlichen Abteilung aufgrund ihrer Bedeutung für die Arbeiten zu den territorialen und funktionalen Grenzen des Strafrechts nicht nur eine Methode, sondern selbst ein zentraler Forschungsgegenstand. Dabei geht es nicht mehr nur um die klassische (horizontale) Vergleichung von nationalen Rechtsordnungen, sondern zunehmend auch um die (vertikale) Vergleichung von internationalen und nationalen Normensystemen sowie die (funktionale) Vergleichung unterschiedlicher Rechtsregime (z.B. Strafrecht, Polizeirecht, Geheimdienstrecht, das Recht der bewaffneten Konflikte sowie private Rechtsregime) bei der Kriminalitätskontrolle. Um die Voraussetzungen, Methoden und Leistungsfähigkeit der Strafrechtsvergleichung in ein Gesamtkonzept zu bringen und dieses innovativ weiterzuentwickeln, betrifft der dritte – methodenorientierte – Schwerpunkt des Programms die Grundlagen der Strafrechtsvergleichung.

Auf dieser Basis soll auch eine universale Strafrechtsdogmatik entwickelt werden. Diese muss wegen der globalen Herausforderungen des Strafrechts ihren Schwerpunkt auf die Gewinnung von weltweit gültigen Erkenntnissen legen, die insbesondere in eine „internationale Strafrechtsdogmatik“, eine „internationale Grammatik des Strafrechts“ und – in der Europäischen Union – ein „gemeineuropäisches Strafrechtssystem“ münden.

5. Forschungskonzentration auf spezielle Forschungsfelder

Das Forschungsprogramm der strafrechtlichen Abteilung unterscheidet sich von der Arbeit eines einzelnen Wissenschaftlers vor allem durch die Vielzahl seiner Einzelprojekte. Entscheidende Bedeutung für die Umsetzung des Programms haben daher neben der Bestimmung der Forschungsziele und der Forschungsschwerpunkte vor allem auch Auswahl, Konzentration und Abstimmung der dem Forschungsziel dienenden Einzelprojekte. Diese werden deswegen in dem

vorliegenden Programm so ausgewählt, dass sie nicht nur aussagefähige Ergebnisse zu den einzelnen Forschungsprojekten erbringen, sondern ihre Erträge in der Addition die Summe der Einzelergebnisse aus den verschiedenen Projekten übersteigen. Nur auf diese Weise kann ein Mehrwert für eine übergreifende Theoriebildung zu den zentralen Forschungsfragen der territorialen und funktionalen Grenzen des Strafrechts und der Strafrechtsvergleichung entstehen. Diese Zielsetzung und die angestrebten Synergieeffekte werden in dem Programm der strafrechtlichen Abteilung vor allem dadurch erreicht, dass sich die Projekte auf bestimmte Forschungsfelder konzentrieren, in denen die oben genannten Forschungsfragen zu den territorialen und funktionalen Grenzen des Strafrechts besonders deutlich zutage treten.

Für die Theoriebildung zu den **territorialen Grenzen des Strafrechts und der Strafrechtsintegration** werden vor allem *Rechtssysteme* untersucht, die verschiedene nationale Strafrechtsordnungen integrieren und dadurch ein transnational durchsetzbares Strafrecht schaffen. Die einschlägigen Projekte zu den territorialen Grenzen des Strafrechts betreffen deswegen neben den – fächerübergreifenden – „Grundlagen zur rechtlichen Ordnung in einer globalen Welt“ sowie den nationalen Rechtsordnungen vor allem die klassischen Forschungsfelder „Europäisches Strafrecht“ und „Internationales Strafrecht (insbesondere Völkerstrafrecht)“. Einbezogen werden dabei aber auch strafrechtlich relevante Regelungen von anderen internationalen Organisationen, wie z.B. der UN, der FATF oder der OECD.

Für die Theoriebildung zu den **funktionalen Grenzen des Strafrechts** sind dagegen Problemstellungen von Interesse, deren Risikopotenzial oder Komplexität das der klassischen Kriminalität übersteigt. Diese Probleme risikoreicher und komplexer Kriminalität finden sich insbesondere in den Forschungsfeldern „Terrorismus“, „Organisierte Kriminalität“, „Internetkriminalität“ und „Wirtschaftskriminalität“. Die Auswahl, Spezifizierung und Ergänzung dieser Delinquenzbereiche erfolgt dabei funktional unter dem Aspekt der übergeordneten Forschungsfrage, sodass im Hinblick auf entsprechende Fragestellungen auch Völkerstraftaten und Staatskriminalität sowie andere Formen der komplexen Kriminalität wie die Korruption einbezogen werden können. Da die vorgenannten Delikte zum großen Teil in globalen Märkten oder auf grenzüberschreitende Weise erfolgen, stehen sie auch im Mittelpunkt der Harmonisierungsbestrebungen internationaler Institutionen. Damit sind diese Delikte und ihre Kontrolle auch für den ersten Forschungsschwerpunkt zu den territorialen Grenzen des Strafrechts relevant. Insoweit bestehen auch enge Zusammenhänge zwischen den beiden Schwerpunkten.

Aufgrund dieser häufig transnationalen Deliktsbegehung sind diese Delikte auch für den dritten methodenorientierten Schwerpunkt besonders interessant. Die **Grundlagen zur Strafrechtsverglei-
chung** werden deswegen zu einem großen Teil in den gleichen Forschungsfeldern untersucht. Für die Strafrechtsverglei-
chung sind darüber hinaus der Allgemeine Teil des Strafrechts (als besonders komplexer Prüfstein der funktionalen Strafrechtsverglei-
chung) sowie das Strafverfahrensrecht (wegen seiner Relevanz für rechtsstaatliche Garantien und seiner Abweichungen von den Regelungen der alternativen Kontrollsysteme) von Bedeutung. Die Projekte in den vorgenannten Feldern betreffen deswegen häufig – gezielt – mehrere Forschungsfragen und -schwerpunkte und profitieren dadurch in vielfältiger Weise sowohl thematisch als auch methodisch von den Ergebnissen anderer Arbeiten.

Die nebenstehende Skizze verdeutlicht diesen theoriegeleiteten Prozess der Auswahl und Konzentration der Projekte, die sowohl durch die zentralen Forschungsfragen als auch durch den – für die Analyse relevanten – spezifischen Forschungsgegenstand bestimmt werden.

6. Forschungsprojekte und Forschungsergebnisse im Berichtszeitraum (2015–2017)

Die nachfolgende Darstellung der einzelnen Projekte aus der strafrechtlichen Abteilung ist nach den oben erläuterten drei Forschungsschwerpunkten der Abteilung gegliedert: (a) den strafrechtlichen Herausforderungen der Globalisierung, (b) den strafrechtlichen Herausforderungen der modernen Risikogesellschaft (einschließlich der Informationsgesellschaft) sowie (c) den Herausforderungen der Strafrechtsverglei-
chung als der zentralen Methode der Forschungen zu diesen Problemen.

a) Forschungsschwerpunkt 1 zur Globalisierung: „Transnationale Kriminalität, territoriale Grenzen des Strafrechts und internationale Strafrechtsintegration“

Europäisches Strafrecht

Basis für die Untersuchung der **Grundlagenfragen** des ersten Forschungsschwerpunkts über territoriale Grenzen des Strafrechts und Möglichkeiten der Schaffung eines transnational durchsetzbaren Strafrechts waren die Erkenntnisse über die Grundlagen, das System und die Zukunftsperspektiven des Europäischen Strafrechts (vgl. Sieber, Die Zukunft des Europäischen Strafrechts – Ein neuer Ansatz zu den Zielen und Modellen des europäischen Strafrechtssystems, ZStW 2009, S. 1-67, sowie ders., Einführung: Entwicklung, Ziele und Probleme des Europäischen Strafrechts, in: Sieber/Satzger/von Heintschel-Heinegg (Hrsg.), Europäisches Strafrecht, 2. Auflage Baden-Baden 2014, S. 29-101). Dabei ging es am Beispiel des Europäischen Strafrechts um die Analyse der beiden wichtigsten Grundformen zur Schaffung eines transnational wirksamen Strafrechts sowie deren Weiterentwicklungen und jeweiligen Probleme: Differenziert wurden hier zum einen

die nationalstaatlichen Kooperationsmodelle, bei denen die Entscheidungen einer Rechtsordnung in einer anderen Rechtsordnung vom nationalen Recht anerkannt werden (mit dem Vorteil einer Wahrung der staatlichen Eigenständigkeit sowie des Subsidiaritätsprinzips), zum andern die supranationalen Modelle, bei denen die justiziellen Entscheidungen von vornherein in einem erweiterten territorialen Raum gelten (mit dem Vorteil einer vielfach höheren Effektivität sowohl für die Sicherheits- als auch die Freiheitsgewährleistung, jedoch häufigen Legitimitätsproblemen). Bei den nationalstaatlichen Kooperationsmodellen existieren als Weiterentwicklungen der klassischen Kooperationsmodelle des Europarats (die häufig eine doppelte Strafbarkeit verlangen und zahlreiche Versagungsgründe kennen) vor allem die – in der EU vorherrschenden – Kooperationsmodelle der unmittelbaren Anerkennung von ausländischen Entscheidungen sowie das (ehemalige Schweizer) Modell einer Praktizierung des eigenen Strafprozessrechts auf fremdem Territorium. Bei den supranationalen Modellen, die bisher vor allem im Völkerrecht und im Rahmen der Vereinten Nationen vorkommen, zeigt die Europäische Union die Möglichkeit einer unterschiedlich weit reichenden Übertragung von justiziellen Teilbereichen auf die supranationale Ebene (z.B. mit nationalen Rechtsgrundlagen, aber unterstützenden europäischen Institutionen).

Die Forschungen im Berichtszeitraum vertieften mit Blick auf die Rechtswirklichkeit in der Europäischen Union zunächst und vor allem für den Bereich der Rechtshilfe die – auch weltweit dominierenden – **klassischen Kooperationsmodelle** sowie die in der Europäischen Union in innovativer Form weiterentwickelten **erweiterten Kooperationsmodelle der unmittelbaren Anerkennung von Entscheidungen**. Für die Rechtshilfe bestätigte dazu die 2015 abgeschlossene Dissertation von Zoran Burić (Kroatien) über „Modelle der grenzüberschreitenden Beweiserlangung in Europa“ (Projekt Nr. 2) die Vorzüge der erweiterten Kooperationsmodelle der EU im Vergleich zu den klassischen Kooperationsmodellen des Europarats. Die noch laufende Dissertation von Angela Aguinaldo (Philippinen) zum Thema „East Meets West: Rechtshilfe zwischen und innerhalb der ASEAN und der EU“ (Projekt Nr. 4) kommt bei ihrem Vergleich der Kooperationsmodelle in Europa (Deutschland, England) und in den – stärker informell agierenden – ASEAN-Staaten (Philippinen, Malaysia) sowie bei der angestrebten Entwicklung von Kooperationsformen zwischen den Staaten der EU und der ASEAN voraussichtlich zu ähnlichen Ergebnissen. Für den Bereich der Auslieferung widerspricht Thomas Wahl (Deutschland) in seiner Dissertation „Interessenverschiebungen im europäischen Auslieferungsrecht“ (Projekt Nr. 3) der These, dass das erweiterte Kooperationsmodell des Europäischen Haftbefehls zu einer Vernachlässigung der Beschuldigteninteressen führt; falls diese Interessen im Europäischen Strafrecht derzeit weniger geschützt würden, so liegt dies nach seinen umfassenden – auch empirischen – Erhebungen vor allem an den technischen Formalien (kurze Fristen und weniger Raum zur Darstellung des Sachverhalts in den benutzten Formularen). Weiter konkretisiert werden noch bestehende Defizite des erweiterten Kooperationsmodells von Jörg Arnold in dem Projekt Nr. 5 über „Europäische Strafverteidigung“, das sich im Ergebnis zutreffend für europäische Verteidigernetzwerke statt institutioneller Lösungen für die europäische Strafverteidigung ausspricht.

Das Bestreben nach differenzierten und ausgeglichenen Lösungen der EU belegt vor allem eine im Berichtszeitraum neu begonnene Untersuchung zur **Rechtshilfe speziell bei der Überwachung der grenzüberschreitenden Telefon- und Internetkommunikation** (TKÜ) von Ulrich Sieber, Nicolas von zur Mühlen und Tatiana Tropina (Russische Föderation) (Projekt Nr. 1). Die Studie zeigt, dass die im Jahr 2014 in der Europäischen Ermittlungsanordnung geschaffene Regelung für diesen sensiblen persönlichkeitsrelevanten Bereich nicht – wie der Regelungsort vermuten lässt – auf dem Prinzip der unmittelbaren Anerkennung beruht, sondern auf einer vollen doppelten Rechtmäßigkeitsprüfung der TKÜ-Maßnahme im ersuchenden und im ersuchten Staat, sodass hier lediglich ein klassisches Kooperationsmodell ähnlich dem Modell der Telekommunikationsüberwachung durch den Europarat geschaffen wurde. Dieser bisher noch kaum untersuchte Bereich der TKÜ-Rechtshilfe ist rechtlich besonders sensibel, weil sich Übermittlungshindernisse hier auch noch *nach* einer Bewilligungsentscheidung ergeben können. Dies ist beispielsweise der Fall, wenn bei der in Deutschland erfolgenden Überwachung eines Datenstromes ein Telefongespräch des Beschuldigten mit einem Pfarrer aufgezeichnet und dieser Datenstrom (in Echtzeit) nach Frankreich ausgeleitet wird, wo Telefonate mit Geistlichen keinen besonderen Schutz genießen. Eine präventive Kontrolle des gesamten – z.B. am Router eines Mietshauses – aufgezeichneten Datenstromes (unter dem sich zahlreiche

andere Kommunikationsvorgänge vom Abruf der Fernsehsignale bis zum Zugriff auf www-Seiten befinden) ist dabei technisch-praktisch nicht möglich, wenn man die – bisher kaum erfolgende – grenzüberschreitende TK-Überwachung in der Praxis ermöglichen will.

Das Projekt des Instituts hat hier eine Lösung entwickelt, die in diesen Fällen unter der Voraussetzung des gegenseitigen Vertrauens zwischen den Akteuren den deutschen Grundrechtsschutz für die französische Datenauswertung über Bedingungen in der Rechtshilfeentscheidung sichert, sodass der Inhalt eines solchen Telefonats mit einem Geistlichen in Frankreich ebenso wie in Deutschland nicht verwertet werden darf. Das – stark rechtsvergleichend und telekommunikationsrechtlich ausgerichtete – Projekt ist jedoch nicht nur wegen dieser Grundlagenfragen zu rechtsstaatlichen Sicherungen der Rechtshilfe von besonderer Bedeutung. Es ist vor allem auch deswegen ertragreich, weil es für die einbezogenen Rechtsordnungen nicht nur das „law in the books“ erhebt, sondern auf der Grundlage von Interviews und Workshops mit Praktikern auch die Rechtswirklichkeit einbezieht. Die Untersuchung ist darüber hinaus auch interdisziplinär ausgerichtet, weil das Institut zusammen mit dem Fraunhofer-Institut für Eingebettete Systeme und Kommunikationstechnik (ESK) einen technischen Prototyp entwickelt, durch den eine TK-Überwachung mit einer unmittelbaren technischen Datenausleitung in einer europäischen Kooperation in der Praxis tatsächlich durchgeführt werden soll und dann auch der Kontrolle des Bundesverfassungsgerichts standhalten muss. Dieses neue Projekt des Instituts wird durch einen Drittmittelvertrag mit dem Bundesministerium des Innern gefördert. Es bezog sich zunächst auf acht europäische Rechtsordnungen und wurde am Ende des Berichtszeitraums in einer Erweiterungsphase auf zehn weitere Staaten ausgedehnt, in denen jetzt ebenfalls Interviews und Workshops durchgeführt werden.

Internationales Strafrecht

Ausgangspunkt der Untersuchungen zu den **Grundlagenfragen** des ersten Forschungsschwerpunktes bildete im Internationalen Strafrecht die Analyse der rechtlichen Ordnung in einer globalen Welt und insbesondere der entstehenden pluralistischen Ordnung einzelner fragmentierter Rechtssysteme (Ulrich Sieber, *Rechtliche Ordnung in einer globalen Welt*, Rechtstheorie, Band 41 (2010), S. 151-198). Diese zeigten vor allem die Legitimationsprobleme aller international geschaffenen (insbesondere strafrechtlichen) Regelungen, denen es an einer – mit der parlamentarischen Legitimation der nationalen Rechtsordnungen vergleichbaren – Legitimation fehlt und deren zunehmende Vielfalt zu Norm- und Wertungswidersprüchen führt.

Im Berichtszeitraum verschob sich der Schwerpunkt der Untersuchungen – wie schon in den Jahren zuvor – weiter weg von den tradierten und am Institut seit seiner Gründung dominierenden Fragen des klassischen Völkerstrafrechts hin zu den modernen, bisher noch wenig untersuchten und in der Praxis hoch relevanten Fragen **internationaler Sanktionen der VN und intergouvernementaler Organisationen** wie der FATF. Die oben genannten grundlegenden Legitimationsprobleme und die Pluralität sanktionsrechtlicher Systeme zeigen sich dabei anschaulich in der Untersuchung *„Strafrecht zur Bekämpfung von Massengewalt“* (Projekt Nr. 6) von Nandor Knust, Jan Simon und Roland Adjovi (Benin). Dieses Projekt untersucht nicht nur die klassischen Fragestellungen der Transitional Justice und des Völkerstrafrechts, sondern beschäftigt sich zusätzlich mit der Frage, inwieweit die nicht strafrechtlichen internationalen Sanktionsregime auch gegen die nach klassischem Völkerstrafrecht verantwortlichen Personen angewandt werden können.

Diese zuletzt genannte Fragestellung wird auch von der – unten näher erörterten – Untersuchung zur Terrorismusfinanzierung (Projekt Nr. 18) von Ulrich Sieber und Benjamin Vogel gestellt. Hier geht es um die neue und bisher kaum erörterte Frage, inwieweit mit den neu entstehenden Formen des internationalen Sanktionsrechts z.B. der VN und der EU – auch transnational und auf fremdem Territorium – gegen die Drahtzieher und Profiteure von Bürgerkriegen (z.B. in Afrika) vorgegangen werden kann.

Die zentralen **Probleme pluraler Rechtssysteme** stehen im Mittelpunkt der 2016 in Band 155 der Strafrechtlichen Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales

Strafrecht publizierten Einzeluntersuchung von Jennifer Schuetze-Reymann (Kanada, Deutschland) über „Rechtliche Implikationen der Überweisungspraxis von internationalen zu nationalen Strafgerichtshöfen“ (Projekt Nr. 7). Sie macht in ihrer Dissertation im Hinblick auf die „Completion Strategy“ des VN-Sicherheitsrates für den ICTY/ICTR, auch auf der Grundlage von Expertengesprächen, sehr anschaulich deutlich, welche Schwierigkeiten durch das Nebeneinander unterschiedlicher internationaler Sanktionssysteme (z.B. mit unterschiedlichen Sanktionshöhen) entstehen, wenn Fälle von dem einen System an das andere überwiesen werden sollen. Auch hier geht es um bisher kaum behandelte Probleme.

Neben diesen neuen Fragen des internationalen Strafrechts arbeitet das Institut allerdings auch weiterhin an den **klassischen Fragestellungen des Völkerstrafrechts**, die am Institut seit den bahnbrechenden Arbeiten seines Gründers Professor Hans-Heinrich Jescheck und den nachfolgenden Arbeiten von Professor Albin Eser einen festen Platz haben. Die kurz vor der Fertigstellung stehende Dissertation von Jan Caba über „Straftatbestände zum Schutz der Rechtspflege im internationalen Strafrecht“ (Projekt Nr. 8) entwickelt mit einer detaillierten Strafrechtsvergleichen Vorschläge für eine Erweiterung der Rechtspflegedelikte gegen den Internationalen Strafgerichtshof. Die Arbeit zeigt ebenso wie die in früheren Berichtszeiträumen erstellten großen rechtsvergleichenden Arbeiten des Instituts (die teilweise über 40 Rechtsordnungen einbezogen haben), dass im Bereich des Völkerstrafrechts die Strafrechtsvergleichen weiter einen zentralen Anwendungsbereich findet.

In der Gesamtbetrachtung belegen die Untersuchungen zum internationalen Strafrecht damit auch, in welcher grundlegender Weise sich dieses Gebiet und die entsprechenden Forschungen der strafrechtlichen Abteilung in den letzten 14 Jahren verändert haben. Sie bestätigen damit das dem Forschungsprogramm zugrunde liegende Konzept, den Wandel des Straf- und Sanktionenrechts in der globalen Risikogesellschaft zum Gegenstand der Forschung zu machen und damit auch das Forschungsprogramm hochaktuell zu halten.

b) Forschungsschwerpunkt 2 zur Risiko- und Informationsgesellschaft: „Funktionale Grenzen des Strafrechts und neue Formen der Sozialkontrolle“

Die funktionalen Grenzen des Strafrechts als zweiter Schwerpunkt des Forschungsprogramms werden in den genannten vier Forschungsfeldern zu spezifischen Bereichen komplexer Kriminalität analysiert, in denen das klassische Strafrecht besonders deutlich an seine Grenzen stößt: Terrorismus, Organisierte Kriminalität (einschl. Korruption), Cybercrime und Wirtschaftskriminalität. Die langjährige Forschungstätigkeit im Rahmen des Programms der strafrechtlichen Abteilung hat in der Gesamtschau der in diesen Forschungsfeldern beobachteten Entwicklungen wichtige Erkenntnisse zu grundlegenden Veränderungen des Strafrechts zutage gefördert. Dazu gehören auch übergreifende Fragestellungen zum Wandel der Architektur des Sicherheitsrechts sowie – damit verbunden – des Inhalts und der Geltung von rechtsstaatlichen Garantien.

Terrorismus und Organisierte Kriminalität

Die Untersuchungen zur Kontrolle des Terrorismus konzentrieren sich zum einen auf den **Wandel des Strafrechts von einem repressiven zu einem stark präventiven Eingriffsinstrument**, zum anderen auf die Entwicklung der neuen Sicherheitsarchitektur des 21. Jahrhunderts. Im Mittelpunkt der erstgenannten Entwicklung zum präventiven Strafrecht steht die Frage, ob und inwieweit eine solche Veränderung des Strafrechts zu legitimieren ist. Die Basis und dogmatische Orientierung zu diesen Grundlagenfragen waren Erkenntnisse insbesondere zu den Möglichkeiten und Grenzen des Rechtsgüterschutzes sowie der abstrakten Gefährdungsdelikte (Ulrich Sieber, Legitimation und Grenzen von Gefährdungsdelikten im Vorfeld terroristischer Gewalt, Neue Zeitschrift für Strafrecht (NSfZ), 2009, S. 353-364). Dabei geht es vor allem um dogmatische Ansätze und eine Systematisierung der Deliktskategorisierung, die den Anwendungsbereich legitimer, die Strafbarkeit vorverlagernder Gefährdungstatbestände gegenüber einer unzulässigen Strafbewehrung bloß polizeirechtlicher Eingriffstatbestände abgrenzt.

Im Mittelpunkt der einschlägigen Untersuchungen stand das 2015 in Band 150 der Strafrechtlichen Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht publizierte Projekt Nr. 9 über „**Terrorismusfinanzierung** – *Prävention im Spannungsfeld von internationalen Vorgaben und nationalem Strafrecht*“ von Ulrich Sieber und Benjamin Vogel. Dieses Projekt geht auf die beiden Anhörungen von Ulrich Sieber vor dem Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages zu dem ersten und dem zweiten Gesetz zur „Verfolgung der Vorbereitung von schweren staatsgefährdenden Gewalttaten“ von 2009 und 2015 zurück, deren Fragestellungen dann gemeinsam mit Benjamin Vogel in diesem Projekt weiterentwickelt wurden. Die Bedeutung und das Verdienst der 2015 veröffentlichten Studie liegen in der Weiterentwicklung der Grundlagenfragen und vor allem darin, dass aus verfassungsrechtlichen Vorgaben und aus dem strafrechtlichen Schuldgrundsatz für die Praxis handhabbare konkrete Kriterien für die Kriminalisierung und ihre Grenzen entwickelt wurden, mit denen eine Ausdehnung der strafrechtlichen Vorfeldtatbestände in den Bereich der rein präventiven polizeilichen Gefahrenabwehr begrenzt werden kann. Im Rückblick auf die Forschungserfahrungen der letzten 14 Jahre hat sich – ebenso wie an zahlreichen anderen Punkten – gezeigt, welch hohen Wert eine solide Grundlagenforschung für die Lösung solcher praktischer Problemstellungen haben kann: Das Projekt zur Terrorismusfinanzierung wurde kurz vor der 2015 erfolgten Beschlussfassung des Rechtsausschusses sowie des Plenums des Deutschen Bundestages publiziert und beeinflusste den Gesetzentwurf noch kurz vor der Verabschiedung in ganz erheblicher Weise: Wenige Tage vor der dritten Lesung dieses Gesetzes wurde durch eine Beschlussempfehlung des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz, die sich ausschließlich mit diesen Änderungsvorschlägen des Freiburger Instituts befasste, drei der fünf zentralen Forderungen dieser Studie Rechnung getragen (vgl. Deutscher Bundestag, Drucksache 18/4705). Derzeit wird an einer 2. Auflage der Untersuchung in englischer Sprache gearbeitet, die vor allem im Hinblick auf die aktuellen Fragestellungen der „Due Diligence“ und der Mitwirkungspflichten von Privaten erweitert werden soll sowie auf die oben genannte Frage, ob sich das gegen die Terrorismusfinanzierung entwickelte Instrumentarium auch auf die Bürgerkriegsparteien sowie deren Nutznießer im Kampf um Rohstoffe erweitern lässt.

Bei der **Organisierten Kriminalität** stellen sich zur **Vorverlagerung der Strafbarkeit** ähnliche Fragen nach der präventiven Ausgestaltung des materiellen Strafrechts wie im Bereich des Terrorismus. In dem davorliegenden Berichtszeitraum wurden dazu eine Reihe von Dissertationen publiziert (Maljević, Petri, Pfützner). Eine kurz vor der Veröffentlichung stehende rechtsvergleichende Einzeluntersuchung von Angélica Romero Sánchez zu Kolumbien und Deutschland über „Verdeckte Ermittlungen gegen Organisierte Kriminalität“ (Projekt Nr. 10) erstellte dazu jetzt einen umfassenden Vergleich der Konzepte der Organisierten Kriminalität und der mit ihnen verbundenen Eingriffsbefugnisse sowie entsprechende grundlegende rechtspolitische Reformvorschläge. Dabei nimmt die Untersuchung das gesamte Modell der Ermittlungen gegen Organisierte Kriminalität in den Blick, zu dem neben den materiellrechtlichen Grundlagen und den strafprozessualen Eingriffsermächtigungen auch die speziellen nachrichtendienstlichen und polizeilichen Zuständigkeiten sowie Eingriffsermächtigungen nach dem Recht der bewaffneten Konflikte gehören. Die Erkenntnisse dieser außergewöhnlichen Untersuchung einer erfahrenen kolumbianischen Richterinnen sind insbesondere für die Analyse der neuen Sicherheitsarchitektur von großer Bedeutung. Sie belegen detailliert, wie Maßnahmen gegen Organisierte Kriminalität durch die zunehmende Verschränkung von Strafrecht, Verwaltungsrecht, Polizeirecht und dem Recht bewaffneter Konflikte schrittweise vorverlagert werden und dadurch ein umfassendes Sicherheitsrecht entsteht.

Cybercrime

Cybercrime wirft über die in allen Bereichen komplexer Kriminalität relevanten Herausforderungen hinaus grundsätzliche Probleme im Hinblick auf die Frage auf, ob die für körperliche Gegenstände entwickelten rechtlichen Regeln auch für die unkörperlichen **Rechtsobjekte der Informationsgesellschaft (insb. Daten)** gelten. Die entsprechende **Grundlagenfrage** nach dem Wesen und den *Propria* von Daten und von Information hatte Ulrich Sieber bereits in seiner Bayreuther Antrittsvorlesung 1989 als Ausgangspunkt seiner Arbeiten zur Computerkriminalität ausführlich analysiert (Ulrich Sieber, Informationsrecht und Recht der Informationstechnik – Die Konstituierung eines Rechtsgebiets in Gegenstand, Grundfragen und Zielen, NJW 1989, 2569–2580). Eine

umfassende praktische Umsetzung der Ergebnisse zu diesen Grundlagenfragen für eine Gesamtreform im Bereich des Cybercrime erfolgte dann im Rahmen dieses Forschungsprogramms im Jahr 2012 mit dem Gutachten für den 69. Deutschen Juristentag (Ulrich Sieber, Straftaten und Strafverfolgung im Internet. Gutachten C zum 69. Deutschen Juristentag, herausgegeben von der Ständigen Deputation des Deutschen Juristentages, München 2012). Diese Thematik wurde im Berichtszeitraum in besonderer Weise für die bereits genannte (transnationale) Überwachung der Telekommunikation vertieft („Strafprozessuale Überwachung der grenzüberschreitenden Internetkommunikation“, Projekt Nr. 1). Dieses Projekt ist im vorliegenden Kontext vor allem deswegen bedeutsam, weil das Institut die hier gebotene Chance einer umfassenden rechtsvergleichenden Datenerhebung mit (in vielen Staaten schwer zu gewinnenden) Spezialisten des Informations- und Internetrechts und mit Praktikern dazu genutzt hat, die Datenerhebung nicht nur auf die klassische Telekommunikationsüberwachung zu erstrecken, sondern auch andere entsprechende Formen des Datenzugriffs einzubeziehen (Beschlagnahme, Durchsuchung, Online-Durchsuchung, Quelldatenüberwachung) und anschließend auf dieser Grundlage eine sehr viel umfassendere Analyse vorzunehmen.

Die Problematik der Regelungen für immaterielle Rechtsobjekte (insb. Daten) wird nach der Verbreitung des Internets und dem Ausbau seiner Dienste im Bereich der Telekommunikation heute noch zusätzlich dadurch erschwert, dass hier in vielen Fällen die für das Strafprozessrecht zentrale Unterscheidung zwischen der **Speicherung von Daten** (auf die in den meisten Rechtsordnungen mit einer Durchsuchung und Beschlagnahme zugegriffen werden kann) und der **Übertragung von Daten** (für die meist sehr viel strengere Vorschriften über die Telekommunikationsüberwachung anwendbar sind) ihre Bedeutung verliert. Dies ist etwa der Fall, wenn Daten auf dem Weg zum Empfänger beim Mail-Provider zwischengespeichert werden, sodass es für die Ermittlungsbehörden naheliegt, auf diese – an sich übertragenen – Telekommunikationsdaten mit den großzügigeren Vorschriften über die Beschlagnahme zuzugreifen. Die 2018 abgeschlossene Dissertation von Nicolas von zur Mühlen über „Die strafprozessuale Überwachung der Internetkommunikation“ (Projekt Nr. 12) analysiert die verfassungsrechtlichen, strafprozessualen und rechtspolitischen Aspekte dieser Problematik in umfassender Weise und entwickelt auf dieser Grundlage ein normatives Gesamtsystem der strafprozessualen Telekommunikationsüberwachung.

Zusätzliche fundamentale Probleme stellen sich, wenn die für Ermittlungen relevanten **Daten auf Servern im Ausland** gespeichert sind oder – noch gravierender in den Fällen des sog. „loss of location“ – wenn die Ermittler nicht wissen, in welchem ausländischen Staat die relevanten Server stehen. Dabei kann es sich z.B. um die Rückverfolgung von unbekannten Hackern handeln oder um die Durchsuchung eines Servers im Darknet, auf dem kriminelle Aktivitäten stattfinden. In der Praxis resignieren die Ermittlungsbehörden entweder oder sie verletzen bewusst und heimlich fremde Souveränitätsrechte oder sie arbeiten mit Schutzkonstrukten, die letztlich gleichwohl im Widerspruch zum geltenden Völkerrecht stehen. Hier stellen sich neue Grundsatzfragen nach dem Souveränitätsbegriff im globalen Cyberspace. Die umfassende Untersuchung „Transnational Criminal Investigations in Cyberspace“ (Projekt Nr. 11) von Ulrich Sieber und Carl-Wendelin Neubert analysiert die Probleme der Souveränität im Cyberspace und bestätigt in Übereinstimmung mit dem klassischen Völkerrecht, dass heimliche Zugriffe auf nicht öffentlich zugängliche Daten in der Tat die Souveränität des Staates verletzen, in dem sich der Server befindet. Die umfassende Analyse stellt auch fest, dass die bisher existierenden internationalen Abkommen die relevanten Fälle nur zu einem Bruchteil erfassen und dass weitergehende Abkommen derzeit aus politischen Gründen zum Scheitern verurteilt sind. Die Untersuchung entwickelt auf dieser Grundlage gleichwohl weltweit erstmals eine mit dem Völkerrecht in Übereinstimmung stehende Lösung für einschlägige gravierende Fälle mit Hilfe des völkerrechtlichen Notstandes und plädiert für entsprechende Empfehlungen, aus deren staatlicher Übung mit der Zeit auch völkerrechtliches Gewohnheitsrecht entstehen kann. Damit gelingt der – auch in den einschlägigen Gremien des Europarats vorgetragenen und dort sehr positiv aufgenommenen – Analyse erstmals eine praxistaugliche und gut begründbare Lösung für eine Frage, die bisher als unlösbar galt.

Eine weitere Arbeit zum Thema Cybercrime ist die 2017 abgeschlossene Dissertation von Huawei Wang (China) über die „Verantwortlichkeit der Internet-Service-Provider im deutschen und im chinesischen Recht“ (Projekt Nr. 13). Sie zeigt, dass der deutsche Gesetzgeber „Internet-Service-Provider“ als „gate keeper“ des Internetzugangs im Interesse der Meinungsfreiheit strafrechtlich und haftungsrechtlich privilegiert, während das chinesische Strafrecht – ganz im Gegenteil – Haftungsverschärfungen und spezielle Straftatbestände für Fälle geschaffen hat, in denen die Provider ihre dort geltenden Kontroll- und Zensurvorschriften nicht erfüllen. Hinzu kommt das Projekt Nr. 14 zur „Selbstregulierung im Cyberspace“ von Tatiana Tropina (Russische Föderation), das auch unter dem Gesichtspunkt der privaten Kriminalitätskontrolle relevant ist und in diesem Bereich die Synergieeffekte des Forschungsprogramms bestätigt.

Im Übrigen stellen sich die oben angesprochenen Fragen nach der Entwicklung eines **präventiven Strafrechts** und der **Verschiebung der Kriminalitätskontrolle** in andere Rechtsregime auch im Bereich des Cybercrime. Sie wurden hier im Forschungsprogramm vor allem im Hinblick auf die Kriminalisierung der Verbreitung und des Besitzes von Hacking-Werkzeugen sowie anderer gefährlicher Werkzeuge und Daten analysiert. Die einschlägige Untersuchung des strafrechtlichen Vorfeldschutzes in diesem Schwerpunkt macht deutlich, dass der strafrechtliche Vorfeldschutz auch im Bereich des Cybercrime eine wichtige Rolle spielt. Sie entwickelte deswegen – für die nationale und internationale Ebene – erstmals sauber konstruierte Konzepte für einen effektiven und zugleich rechtsstaatlich ausgewogenen Vorfeldschutz (Michael Albrecht, Die Kriminalisierung von Dual-Use-Software, Berlin, 2014).

Wirtschaftskriminalität

Die **Grundlagenfragen** im Bereich des Wirtschaftsstrafrechts sind ähnlich wie in den anderen oben beschriebenen Bereichen der komplexen Kriminalität: Es geht auch hier um weitere Erkenntnisse über das präventive Strafrecht, die Grenzen von Gefährdungsdelikten sowie – im Wirtschaftsstrafrecht besonders interessant – die Privatisierung der Kriminalitätskontrolle (besonders durch private Mitwirkungspflichten oder private Rechtsregime wie Compliance-Programme). Im Hinblick auf den zuletzt genannten Gesichtspunkt wurde deswegen im Berichtszeitraum auch das Projekt von Marc Engelhart über „Sanktionierung von Unternehmen und Compliance“ weitergeführt, das nun in einer 3. Auflage publiziert werden soll (Projekt Nr. 16).

Mit Blick auf die neue Sicherheitsarchitektur steht hier jedoch vor allem das Projekt über „**Alternative Systeme zur Kontrolle der Wirtschaftskriminalität**“ im Mittelpunkt (Projekt Nr. 17). Sowohl aufgrund des Untersuchungsfeldes als auch der Kooperationspartner ist hier bei Fertigstellung im Jahr 2019 ein besonderer Ertrag zu erwarten: Gemeinsam mit der Association Internationale de Droit Pénal (AIDP) verfolgt das Institut eine Untersuchung zu alternativen Sanktionsregimen im Bereich der Wirtschaftskriminalität („Alternative Sanktionssysteme zur Kontrolle der Wirtschaftskriminalität“, Projekt Nr. 15). Zusammen mit der AIDP, der Queen Mary Universität London, dem European & International Criminal Law Institute Athen und der Universität Freiburg wurde dazu 2018 in Freiburg ein Kongress veranstaltet, in dessen Rahmen 20 Landesberichte zu den einschlägigen nationalen Rechtsregimen sowie weiteren supranationalen Rechtsregimen mit Blick auf ihre Effektivität und die sich dabei stellenden freiheitsrechtlichen Probleme vorgestellt und diskutiert wurden. Die Berichte sollen bis Ende 2018 ausgewertet und zusammen mit einem ausführlichen Generalbericht und entsprechenden Resolutionsentwürfen auf dem XX. Internationalen Strafrechtskongress in Rom vorgelegt werden. Die Untersuchung ist dabei Teil der sehr viel umfassenderen Analyse des Instituts zur Veränderung der Sicherheitsarchitektur in der globalen Risikogesellschaft. Der für das Projekt entwickelte Erhebungsbogen zielt auf eine Kontrolle der Wirtschaftskriminalität durch alternative Rechtsregime, insbesondere mit Hilfe des Verwaltungsstrafrechts (in Deutschland: Ordnungswidrigkeitenrecht), der Vermögenseinziehung (insb. non-conviction based confiscation) und privaten Compliance-Maßnahmen. Der Fragebogen für die nationalen Landesberichte ist in seiner Metastruktur so konstruiert, dass sowohl die unterschiedlichen nationalen Rechtsordnungen als auch die verschiedenen Rechtsregime miteinander verglichen werden können. Die Forschungen der Abteilung zur funktionalen Rechtsvergleichung und der hierfür notwendigen Metastruktur erweisen sich dabei als besonders hilfreich und werden den Ertrag der Untersuchung erheblich steigern.

Architektur des Sicherheitsrechts

Die Analysen zur Architektur des Sicherheitsrechts hängen eng mit den vorgenannten Erkenntnissen zusammen. Sie beruhen auf dem – auch in der Rechtsvergleichung maßgeblichen – funktionalen Ansatz des Forschungsprogramms, den Untersuchungsgegenstand rechtswissenschaftlicher Analysen nicht durch rechtliche Konzepte (z.B. eines national bestimmten Strafrechtsbegriffs) zu begrenzen, sondern durch eine sachorientierte Problemstellung offen zu bestimmen. Anlass für eine erste vertiefte **Grundlagenanalyse** der damit ins Blickfeld tretenden alternativen Maßnahmen der Kriminalitätskontrolle und des neuen Sicherheitsrechts war der US-amerikanische „war on terror“ nach dem 11.9.2001: Die amerikanische Regierung setzte im „Kampf“ gegen den Terrorismus nicht nur das Recht der bewaffneten Konflikte ein, sondern hebelte dabei auch noch menschenrechtliche Sicherungen aus, vor allem durch die Erfindung der Kategorie von weitgehend schutzlos gestellten „illegal combatants“, die Nutzung des extraterritorialen Gebiets von Guantanamo als Gefangenenlager und die Einführung von „verschärften Verhörmethoden“ wie water boarding und andere Konstruktionen (vgl. den 2009 veröffentlichten Beitrag von Ulrich Sieber über „Blurring the Categories of Criminal Law and the Law of War – Efforts and Effects in the Pursuit of Internal and External Security“, in: Manacorda/Nieto Martín (Hrsg.), *Criminal Law Between War and Peace – Justice and Cooperation in Criminal Matters in International Military Interventions*, Cuenca, Universidad de Castilla-La Mancha, 2009, S. 35-69.). Die vorgenannte vergleichende Analyse des entarteten „Kriegsrechts“ und des Strafrechts auf einer Konferenz der – dem Abbau von Strafrecht und dem Ausbau präventiver Sicherungen verschriebenen – traditionsreichen „Société Internationale de Défense Sociale pour une Politique Criminelle Humaniste (SiDS)“ war ein „Augenöffner“ und führte in der nachfolgenden Diskussion zu einem grundsätzlichen Umdenken: „Wir dachten immer, dass die Prävention gegenüber dem Strafrecht die mildere und bessere Maßnahme ist. Jetzt haben wir gelernt, dass sie auch sehr grausam sein kann.“

Die nachfolgenden sehr viel umfassenderen Untersuchungen und ihre neuen übergreifenden Erkenntnisse zum Paradigmenwechsel des Strafrechts in der neuen Architektur des Sicherheitsrechts sind besonders anschauliche Beispiele für den Ertrag der kontinuierlichen Arbeit am Forschungsprogramm der strafrechtlichen Abteilung: Die zunehmende **Ersetzung des Strafrechts durch alternative Rechtsregime unter Abbau von rechtsstaatlichen Garantien** ist allein an ein oder zwei Forschungsfragen nicht als solche zu erkennen. Diese Erkenntnis ergab sich vielmehr erst aus der Verallgemeinerung der Problematik und der Zusammenschau einer Reihe von Einzeluntersuchungen, die sich in unterschiedlichen Bereichen mit verschiedenen alternativen Maßnahmen der Sozialkontrolle befassten. Aus dem vorangegangenen Berichtszeitraum sind aus dem Forschungsprogramm des Instituts insbesondere die Einzeluntersuchungen zu folgenden Fragestellungen zu nennen:

- Zum Wandel des **präventiven Strafrechts** durch vorverlagerte Gefährdungsdelikte: die 2014 veröffentlichten rechtsvergleichenden Promotionen zum englischen Strafrecht von Sarah Herbert über „Grenzen des Strafrechts bei der Terrorismusgesetzgebung“ (Strafrechtliche Schriftenreihe, Band 138) und von Lennart Hügel zum deutschen und US-amerikanischen Recht über die „Strafbarkeit der Anschlagsvorbereitung durch terroristische Einzeltäter und deren Unterstützer“ (Strafrechtliche Schriftenreihe, Band 147).
- Zum **Polizeirecht**: die – von der Universität Freiburg mit dem Fakultätspreis als beste rechtswissenschaftliche Dissertation des Jahres ausgezeichnete und 2011 veröffentlichte – Promotion von Tim Nikolas Müller über „Präventive Freiheitsentziehungen als Instrument der Terrorismusbekämpfung“ (Strafrechtliche Schriftenreihe, Band 126).
- Zum **Geheimdienstrecht**: die 2014 publizierte Promotion von Xenia Lang über „Geheimdienstinformationen im deutschen und amerikanischen Strafprozess“ (Strafrechtliche Schriftenreihe, Band 145).
- Zum **Polizeirecht** und gleichzeitig auch zum **Geheimdienstrecht**: das noch laufende Habilitationsprojekt in der Otto-Hahn-Gruppe von Marc Engelhart über „Prävention und Repression zwischen Strafrecht, Polizeirecht und Nachrichtendienstrecht“ (Projekt Nr. 19) sowie die weitgehend abgeschlossene Untersuchung von Angélica Romero Sánchez über „Verdeckte Ermittlungen gegen Organisierte Kriminalität“ (Projekt Nr. 10).

Im Berichtszeitraum 2015 – 2017 finden sich entsprechende Fragestellungen zu den fundamentalen Veränderungen hin zu einer neuen Sicherheitsarchitektur weiter in den folgenden Untersuchungen:

- Zum **Recht der bewaffneten Konflikte**: die 2016 in Band 154 der Strafrechtlichen Forschungsberichte aus der Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht publizierte und mit der Otto-Hahn-Medaille ausgezeichnete Untersuchung von Carl-Wendelin Neubert über den „Einsatz tödlicher Waffengewalt durch die deutsche auswärtige Gewalt“ (Projekt Nr. 23).
- Zur **non-conviction based confiscation**: der 2015 publizierte Band 146 der Strafrechtlichen Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht von Jon Petter Rui und Ulrich Sieber über „Non Conviction-Based Confiscation“ (Projekt Nr. 20) sowie die kurz vor dem Abschluss stehende Untersuchung von Maja Serafin über „Vermögensabschöpfung zwischen Effektivität und Rechtsstaatlichkeit“ (Projekt Nr. 21).
- Zum **Ausländerrecht**: die 2017 begonnene Untersuchung von Teresa Manso Porto zur „Migrationskontrolle durch Strafrecht und Ausländerrecht“ (Projekt Nr. 22).
- Zum **Recht der Geldwäschekontrolle** und insbesondere der Gemengelage staatlicher und privater Akteure im Bereich des Spannungsverhältnisses von Repression und Prävention und seinen verfassungsrechtlichen, europarechtlichen und strafrechtsdogmatischen Bewertungsmaßstäben bei der Ausbalancierung von Sicherheit und Freiheit findet im Berichtszeitraum weiter die Untersuchung „Rethinking Money Laundering and Financial Investigations“ statt (Projekt Nr. 18). Das – durch erhebliche Drittmittel geförderte und 2019 erscheinende – Projekt untersucht Ziele, Institutionen, Informationsflüsse und rechtsstaatliche Garantien der Rechtsregime zur Geldwäschekontrolle mit Hilfe normativer und empirischer Methoden.
- Zu den Unterschieden zwischen dem englischen und dem deutschen Recht im Hinblick auf die **grundsätzlichen Grenzen des Strafrechts** gegenüber den angrenzenden Rechtsgebieten: das Kooperationsprojekt des Freiburger Max-Planck-Instituts und der Universität Oxford (Matthew Dyson) über „The Limits of Criminal Law“ (Projekt Nr. 37), das einen rechtsvergleichenden Schwerpunkt auf die unterschiedlichen Sanktionsregime in Deutschland und England legt, von zahlreichen Strafrechtsprofessoren der Universität Oxford und Mitarbeitern des MPI Freiburg erstellt wurde und ab kommendem Wintersemester in englischer Sprache auch als Textbook für die strafrechtlichen Kurse der Universität Oxford dienen soll (erscheint im Oktober 2018).

Die einschlägigen Fragen der neuen Sicherheitsarchitektur wurden bzw. werden derzeit in drei Konferenzen über **alternative Kontrollstrategien** in verschiedenen Deliktsbereichen vertieft: eine Konferenz zum Terrorismus und zur transitional justice im Januar 2018 an der Queen Mary University London (Projekt Nr. 17), der bereits genannte Kongress zur Wirtschaftskriminalität im Juli 2018 in Freiburg („Alternative Sanktionssysteme zur Kontrolle der Wirtschaftskriminalität“, Projekt Nr. 15) und eine geplante internationale Tagung zum Cybercrime im Jahr 2019 zusammen mit dem European & International Criminal Law Institute in Athen. Die spezielle Problematik der informellen Verfahrensarten (auch im Strafrecht) soll darüber hinaus Gegenstand der neuen Otto-Hahn-Gruppe von Emmanouil Billis sein (vgl. unten III.C). All diese Projekte und Themen machen deutlich, wie wichtig in diesen Bereichen die rechtsstaatlichen Grenzen und Garantien des Strafrechts sind.

Die bisherigen Ergebnisse zu den paradigmatischen Veränderungen der Sicherheitsrechtsarchitektur und deren Grundlagenfragen sind in dem Beitrag des vorliegenden Forschungsberichts oben II.B über **„Die Architektur des Sicherheitsrechts und seine freiheitlichen Grenzen“** zusammengefasst und sollen deswegen hier nicht noch einmal wiederholt werden. Eine ausführlichere Zusammenfassung der bisherigen Ergebnisse wird in der Publikation zu der genannten Londoner Tagung enthalten sein, die im Oktober 2018 erscheint (vgl. Sieber/Mitsilegas/Mylonopoulos/Billis/Knust (Hrsg.), *Alternative Systems of Crime Control. National, Transnational, and International Dimensions*, Berlin 2018).

Rechtsstaatliche Grenzen, insbesondere in der neuen Architektur der Freiheitsrechte

Das Forschungsprogramm über die Grenzen des Strafrechts legte seit Beginn seiner Arbeit einen besonderen Schwerpunkt auf die Garantien des Strafrechts, da diese aufgrund der **Veränderungen der globalen Risikogesellschaft** als besonders bedroht erschienen. Dabei lag das Erkenntnisinteresse einerseits auf der weltweit zu beobachtenden Infragestellung von Prozessrechten in besonderen Deliktsbereichen (vor allem im Bereich von Terrorismus und Organisierter Kriminalität), andererseits auf der Fortentwicklung von prozessualen Garantien im Recht solcher Staaten, die sich heute um eine rechtsstaatliche Stärkung ihrer Verfahrensordnungen bemühen. Von besonderem Interesse waren insoweit – im letzten Berichtszeitraum – die Arbeiten „Balancing Security and Liberty“ von Zunyou Zhou (Strafrechtliche Schriftenreihe, Band 143, 2014), „Die Rückkehr der Folter?“ von Linus Sonderegger (Strafrechtliche Schriftenreihe, Band 129, 2013), „Die Risiken der Verarbeitung personenbezogener Daten“ von Stefan Drackert (Strafrechtliche Schriftenreihe, Band 149, 2014) sowie im Berichtszeitraum „Haft ohne Urteil – Strafprozessuale Freiheitsentziehungen im deutsch-französischen Vergleich“ von Harald Weiß (Strafrechtliche Schriftenreihe, Band 148, 2015) und der deutsch-amerikanisch-chinesische Rechtsvergleich „Beweisverwertungsverbote im Strafverfahren“ von Yukun Zong (Projekt Nr. 26, im Erscheinen).

Strafprozessuale Fragestellungen im Hinblick auf die zunehmende Schwächung strafprozessualer Garantien oder die Ersetzung des Strafrechts durch alternative Rechtsregime unter Abbau rechtsstaatlicher Garantien werden dabei regelmäßig mit Blick auf **supranationale Standards** (insbesondere der Europäischen Menschenrechtskonvention) vertieft untersucht und bewertet. Hervorzuheben sind im Berichtszeitraum insofern die Untersuchung von Mehmet Arslan über „Die Aussagefreiheit des Beschuldigten in der polizeilichen Befragung“ (Strafrechtliche Schriftenreihe, Band 153, Projekt Nr. 24) mit einem Rechtsvergleich zwischen EMRK, deutschem und türkischem Recht sowie die laufende Einzeluntersuchung „Wandlungen der Strafverteidigung in der Bundesrepublik Deutschland“ von Jörg Arnold (Projekt Nr. 30), welche theoretische Voraussetzungen der Strafverteidigung auf der Grundlage rechts- und staatskritischer Systemtheorie diskutiert.

Ein besonderes Forschungsinteresse des Instituts lag in den vergangenen Jahren auf der Untersuchung des Spannungsfelds von Verfahrensrechten des Beschuldigten einerseits und der Wahrung des staatlichen Interesses an einem effektiven **Schutz behördlicher Geheimnisse** andererseits, welchem insbesondere beim polizeilichen Rückgriff auf verdeckte Ermittler und Informanten häufig große Bedeutung zukommt. Zu erwähnen sind hierzu vor allem die Untersuchungen „Die Verwertung von Staatsgeheimnissen im Türkischen Strafprozessrecht“ von Mehmet Arslan (Projekt Nr. 28, 2017), das 2016 begonnene Gemeinschaftsprojekt „Secret Evidence in Criminal Proceedings“ unter Leitung von Benjamin Vogel (Projekt Nr. 27, mit einem Rechtsvergleich, inwieweit Rechte von Verdächtigen in Europa durch die wachsende Bedeutung nachrichtendienstlicher Ermittlungsmethoden im Strafverfahren beschränkt werden) sowie das 2015 begonnene Gemeinschaftsprojekt „Die strafprozessuale Verwertung von Staatsgeheimnissen im Strafverfahren des EGMR“ unter Leitung von Marc Engelhart (Projekt Nr. 29, mit der Fragestellung, inwieweit das Spannungsverhältnis von öffentlicher Aufklärung und Geheimschutzbedürfnissen aufzulösen ist). Die Untersuchungen stehen in engem Zusammenhang mit den vorgenannten Erkenntnissen über die Architektur des Sicherheitsrechts (insb. der Kriminalitätskontrolle durch Geheimdienste) und machen deutlich, wie rasch und flexibel im strafrechtlichen Forschungsprogramm auf neue Erkenntnisse reagiert wird).

Die zukünftigen Untersuchungen zu den rechtsstaatlichen Garantien bei der Kontrolle von Kriminalität werden deswegen verstärkt auf die Frage fokussieren, inwieweit die klassischen strafrechtlichen Sicherungen auch dann gelten, wenn Kriminalität mit Hilfe von **anderen Rechtsregimen** kontrolliert wird. In dem Kongress und Projekt (Nr. 15) über alternative Rechtsregime zur Kontrolle der Wirtschaftskriminalität wurde diese Problematik bereits zentral behandelt.

c) Forschungsschwerpunkt zu „Methoden der Strafrechtsvergleichung“

Als dritter Forschungsschwerpunkt spielt in der strafrechtlichen Abteilung des Max-Planck-Instituts die Strafrechtsvergleichung eine bedeutende Rolle. Sie ist die zentrale Forschungsmethode und auch ein zentraler Forschungsbereich, der diese Methode als ihr wichtigstes Arbeitswerkzeug weiterentwickeln soll. Ebenso wie in den anderen Forschungsschwerpunkten stand deswegen auch hier am Beginn der rechtsvergleichenden Arbeiten zunächst eine umfassende Analyse der einschlägigen **Theorie- und Grundlagenfragen** (vgl. Ulrich Sieber, Strafrechtsvergleichung im Wandel, in: Sieber/Albrecht (Hrsg.), Strafrecht und Kriminologie unter einem Dach, 2006, S. 78–130). Diese Arbeit knüpft an die berühmte Antrittsrede von Hans-Heinrich Jescheck über „Entwicklung, Aufgaben und Methoden der Strafrechtsvergleichung“ (1955) an. Im Hinblick auf die Methoden der Strafrechtsvergleichung wurden als wichtige Aspekte insbesondere die universale, funktionale, systematische, strukturvergleichende, fallbasierte sowie wertvergleichende und wertbasierte Strafrechtsvergleichung differenziert und erläutert. Von größter Bedeutung war dabei ihr funktionaler Aspekt: Strafrechtsvergleichung erfordert einen durch Tatsachen und Funktionen definierten Vergleichsgegenstand sowie – bei umfassenderen Untersuchungen – eine durch Tatsachen und Funktionen definierte Metastruktur.

Diese Methodenfragen der Strafrechtsvergleichung und der **Konzeption einer universalen Strafrechtsdogmatik** wurden im Forschungsprogramm nicht nur mit der genannten Analyse, sondern vor allem mit dem 2004 begonnenen, langfristig angelegten Großprojekt „Internationales Max-Planck-Informationssystem für Strafrechtsvergleichung“ vertieft (Projekt Nr. 31). Dieses – aus dem Innovationsfonds des Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft geförderte – Projekt analysierte neue methodische Fragestellungen der Strafrechtsvergleichung und suchte nach einer universal gültigen Struktur des Allgemeinen Teils des Strafrechts. Dazu nutzt und analysiert es vor allem die **Methoden der funktionalen, systematischen und computerbasierten Strafrechtsvergleichung**. Es gelang dabei, für den gesamten Allgemeinen Teil des Strafrechts, d.h. für das wohl komplexeste Gebiet des Strafrechts, eine – über den nationalen Rechtsordnungen stehende – Metastruktur von Sachproblemen zu finden, die für alle der höchst unterschiedlichen Rechtsordnungen eine funktionale Strafrechtsvergleichung ermöglicht. In diesem Zusammenhang wurde auch ein umfassendes computerbasiertes Informationssystem zur Strafrechtsvergleichung entwickelt. Das Projekt wurde im Berichtszeitraum erfolgreich weitergeführt. Eine erste Pilotgruppe hatte schon vor dem diesjährigen Berichtszeitraum auf der Grundlage der gefundenen Metastruktur zum Allgemeinen Teil des Strafrechts zwölf Landesberichte zum Allgemeinen Teil verfasst und veröffentlicht. Eine weitere Gruppe von Wissenschaftlern erstellt derzeit Landesberichte zu weiteren Rechtsordnungen. Das entsprechende informationstechnische Datenbanksystem ist voll funktionsfähig und im Internet unter der Adresse **infocrim.org** abrufbar. Das Projekt ist bei den unten ausführlicher dargestellten Forschungsprojekten näher beschrieben (Kapitel II.E).

Zur Vorbereitung und Weiterentwicklung einer vergleichenden Analyse der Landesberichte wurde weiter daran gearbeitet, die wichtigsten Themen des Allgemeinen Teils des Strafrechts in Einzeluntersuchungen jeweils für zwei oder drei Rechtsordnungen beispielhaft zu vergleichen. Fertiggestellt oder weitgehend fortgeschritten sind dabei die folgenden Arbeiten:

- Hannes Schrägle, Das begehungsgleiche Unterlassungsdelikt (Deutschland, Frankreich, England) (Projekt Nr. 32, publiziert 2017 in Band 158 der Strafrechtlichen Schriftenreihe).
- Marilena Samaritaki, Legitimation und Grenzen der Versuchs- und Vorbereitungsstrafbarkeit im deutschen und englischen Strafrecht (Projekt Nr. 33).
- Maria Tsilimpari, Rechtfertigungs- und Entschuldigungsgründe im deutschen und englischen Strafrecht am Beispiel von Notwehr und Notstand (Projekt Nr. 34).
- Mikko Jorma Johannes Rudanko, Der Vorsatz – eine rechtsvergleichende Analyse des nordischen, deutschen und englischen Rechts (Projekt Nr. 35).
- Alejandra Castillo Ara, Normbefolgungsunfähigkeit im Strafrecht (Deutschland, USA) (Projekt Nr. 36, im Erscheinen).
- Anna Pingen, Motivationsdelikte – ein deutsch-französischer Strafrechtsvergleich (Projekt Nr. 38 zu speziellen strafrechtlichen Vorverlagerungen weit über den Versuch und die Anstiftung hinaus).

Strafrechtsvergleichung war weiter ein **ständiger Begleiter der meisten Untersuchungen** aus den beiden anderen Schwerpunkten des Forschungsprogramms. Die – der Aufgabenstellung des Instituts entsprechende – hohe Bedeutung der strafrechtsvergleichenden Forschung zeigt sich daran, dass von den vorliegend dargestellten, im Berichtszeitraum bearbeiteten 43 Projekten insgesamt 28 in systematischer Weise (d.h. in der Regel mit entsprechenden Landesberichten) strafrechtsvergleichend arbeiteten. Die Einzeluntersuchungen vergleichen regelmäßig neben verschiedenen nationalen Rechtsordnungen – im Wege der vertikalen Rechtsvergleichung – zusätzlich eine internationale Rechtsordnung (wie die EMRK oder EU-Richtlinien). Bei den Gemeinschaftsprojekten des Instituts finden sich deswegen nicht wenige Untersuchungen, in die eine große Anzahl an Rechtsordnungen mit ausführlichen Landesberichten einbezogen sind.

Die **Synergieeffekte des Forschungsprogramms** zeigten sich auch bei diesem Zusammenspiel der beiden inhaltsbezogenen Schwerpunkte zur globalen Risikogesellschaft und zur Forschungsmethode der Strafrechtsvergleichung. Einzelne rechtsvergleichend angelegte Untersuchungen zu Grundlagenfragen der globalen Risikogesellschaft brachten grundlegende Erkenntnisse zu den Methoden der Strafrechtsvergleichung, wie im Berichtszeitraum insbesondere die mit der Otto-Hahn-Medaille ausgezeichnete und in Band 151 der Strafrechtlichen Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts publizierte Einzeluntersuchung von Emmanouil Billis über „Die Rolle des Richters im adversatorischen und inquisitorischen Beweisverfahren“ (Projekt Nr. 40) oder die Einzeluntersuchung von Lena Petri über „Erkenntnis, Gewissheit und Rechtfertigung – strafprozessuale Tatsachenfeststellung als Vergleichsgegenstand“ (Projekt Nr. 39).

Besonders ertragreich ist im Bereich der Strafrechtsvergleichung die – durch die Sachfragen der globalen Risikogesellschaft bedingte – schrittweise **Erweiterung des Vergleichsgegenstands**. So geht es heute in der strafrechtlichen Abteilung nicht nur um den Vergleich nationaler Rechtsordnungen, die auf der Grundlage von Vorstudien durch eine Identifizierung und anschließende Auswahl der zu der Sachfrage weltweit ermittelten Modelle in die Untersuchung einbezogen werden (vgl. dazu oben das Beispiel zum unechten Unterlassungsdelikt, Projekt Nr. 32). Vielmehr geht es vor allem auch darum, in systematischer Weise die einschlägigen **supranationalen, internationalen oder regionalen Rechtsordnungen** einzubeziehen, die inzwischen für große Teile des nationalen Rechts prägend und zu dessen Verständnis unverzichtbar sind.

Mit den Untersuchungen zu den Compliance-Regimen erfolgte dann auch eine systematische Einbeziehung von **privaten Rechtsregimen**, deren Vergleich in dem aktuellen Projekt Nr. 15 über „Alternative Sanktionsregime zur Kontrolle der Wirtschaftskriminalität“ eine besondere Bedeutung hat und sich systematisch in einer parallelen Metastruktur der staatlichen und der privaten Rechtsregime niederschlägt. Private Rechtsregulierung ist für den Bereich des Cyberspace auch Gegenstand des Projekts von Tatiana Tropina über „Selbstregulierung und Ko-Regulierung im Cyberspace“ (Projekt Nr. 14).

Diese Ausdehnung des Vergleichsgegenstands wurde nunmehr an einer hochaktuellen Forschungsfrage in Kooperation mit den Rechtsanthropologen des Max-Planck Instituts für ethnologische Forschung in Halle (Marie Claire Foblets) noch einen Schritt weiter entwickelt: Einbezogen in den Normenvergleich werden nun auch die **von Einwanderungsgesellschaften in die aufnehmenden Gesellschaften mitgebrachten Rechtsregime**. So untersucht das 2017 begonnene Projekt „Konfliktregulierung in Deutschlands pluraler Gesellschaft“ (Projekt Nr. 42) als Gemeinschaftsprojekt der beiden Abteilungen des Freiburger Instituts und des Max-Planck-Instituts in Halle, inwieweit der deutsche Staat im Fall von Konflikten zwischen Einwanderern angemessen auf eine Kollision von normativen Praktiken von Migranten und staatlichem Recht reagieren kann. Im Kontext dieses Projekts vertieft die von Ulrich Sieber und Marie Claire Foblets derzeit in Freiburg betreute Dissertation „Normative Ordnungen in Minderheitengemeinschaften in Deutschland“ (Projekt Nr. 43) von Afrooz Maghzi Najafabadi (Iran) mit empirischen und rechtsvergleichenden Methoden am Beispiel der afghanischen Minderheitengemeinschaften in Deutschland, welche Normen von diesen Gemeinschaften praktiziert werden und inwieweit diese Normen möglicherweise mit den entsprechenden deutschen Regelungen und insbesondere Grundwerten kollidieren. Diese vergleichende Analyse wird durch eine klassische rechtsvergleichende Untersu-

chung ergänzt, inwieweit die – schon sehr viel länger als Deutschland mit Einwanderungsgemeinschaften befassten – Rechtsordnungen von Kanada und des Vereinigten Königreichs derartige Regelungen (die in Deutschland oft nur mit dem negativen Begriff der „Paralleljustiz“ diskutiert werden) ausgeschlossen oder begrenzt oder aber in die nationalen Systeme integriert werden sollen. Diese letztgenannte (auch über die Kriminalitätskontrolle hinausführende) Untersuchung belegt, dass das Freiburger Max-Planck-Institut nicht nur in seinen Forschungsinhalten, sondern auch bei der Entwicklung seiner Methoden und Forschungswerkzeuge an hochaktuellen Fragestellungen arbeitet.

7. Fazit zum Forschungsertrag und zur Forschungsmethode

Zum Ende des Berichtszeitraums 2017 lässt sich damit in einer Zwischenbilanz im Hinblick auf den Ertrag und die Methode des strafrechtlichen Forschungsprogramms feststellen:

a) Ertrag des übergreifenden Forschungsprogramms

Der Forschungsertrag in den Einzelprojekten und im Ganzen des Forschungsprogramms beruht vor allem darauf, dass alle Projekte im Rahmen des Gesamtforschungsprogramms auf die neuen **grundlegenden Veränderungen der Kriminalitätskontrolle in der Globalisierung („Weltgesellschaft“), der Informationsgesellschaft und der Risikogesellschaft** ausgerichtet, strukturiert und gebündelt wurden.

(1) Der **Wert dieses Bezugs auf den grundlegenden gesellschaftlichen Wandel** und die Richtigkeit der entsprechenden Hypothesen wurden durch die Forschungsergebnisse voll und ganz bestätigt: Weltgesellschaft, Risikogesellschaft und Informationsgesellschaft sind – anders als bei der Vorstellung des Forschungsprogramms 2004 noch spekuliert wurde – keine bloßen Schlagwörter. Sie erfassen vielmehr treffsicher die zentralen Ursachen für den aktuellen Wandel der Gesellschaft, der Kriminalität sowie der Kriminalitätskontrolle. Die drei identifizierten grundlegenden Veränderungsprozesse hängen auch eng miteinander zusammen und ihre Folgen verstärken sich gegenseitig. Im normativen Bereich des Straf- und Sicherheitsrechts zeigt sich dies an den folgenden Veränderungen und Ergebnissen, die in dem Forschungsprogramm analysiert wurden:

- **Die Globalisierung** verändert das **Strafrecht und die Kriminalitätskontrolle derzeit durch** neue Kooperationsmodelle der EU zur Schaffung eines transnational durchsetzbaren Strafrechts (mit der unmittelbaren Anerkennung justizieller Entscheidungen), durch zunehmende supranationale und internationale Vorgaben und Institutionen (wie supranationales Verwaltungs-sanktionsrecht, EU-Richtlinien und internationale „smart sanctions“), durch hiermit geschaffene neue Legitimationsprobleme, Mehrebenensysteme und Rechtspluralismus von teilweise kollidierenden Regimen sowie durch den damit ebenfalls begünstigten Verlust freiheitsschützender Garantien des Nationalstaates. Der Ertrag der einschlägigen Untersuchungen der strafrechtlichen Abteilung liegt hier insbesondere in der Systematisierung und Bewertung der verschiedenen Modelle für die Schaffung eines transnational wirksamen Strafrechts in fragmentierten Mehrebenensystemen, in der Beurteilung ihrer Legitimation und in der Analyse ihrer konkreten Einsatzmöglichkeiten. Die rechtliche und praktische Tauglichkeit der entwickelten Grundlagen und Konzepte zeigt sich dabei beispielhaft in dem erfolgreich erfüllten Auftrag des Bundesministeriums des Innern, ein rechtliches Konzept für den Prototypen zur Telekommunikationsüberwachung mit einer direkten Datenausleitung in Echtzeit zu entwickeln, sowie in der Förderung des Projekts „Rethinking Money Laundering“ durch die EU.
- Die **Risikogesellschaft** als die zweite große Veränderung schafft zunehmend ein präventives Strafrecht (vor allem zur Kontrolle von Terrorismus, Cybercrime, Wirtschaftskriminalität und Organisierter Kriminalität) sowie eine neue präventive Sicherheitsarchitektur mit zahlreichen neuen Rechtsregimen zur Kriminalitätskontrolle, die über ein erhebliches Kontrollpotential verfügen, denen jedoch viele der klassischen strafrechtlichen Garantien fehlen. Der For-

schungsertrag der strafrechtlichen Abteilung liegt hier in der grundlagenorientierten Entwicklung praxis-tauglicher Grenzen des neuen präventiven Strafrechts sowie in den Erkenntnissen über die neue Architektur des Sicherheitsrechts, des hochproblematischen Freiheitsschutzes seiner Rechtsregime und deren zu entwickelnde Grenzen. Diese – für die zukünftige Kriminalpolitik zentralen – Ergebnisse haben mit der von der Max-Planck-Gesellschaft 2017 beschlossenen Gründung einer neuen zusätzlichen Forschungsabteilung am Freiburger Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht zum Sicherheitsrecht bereits eine herausragende Anerkennung gefunden.

- Die **Informationsgesellschaft** (als spezielle Ausprägung der Risikogesellschaft) mit ihren neuen technischen Entwicklungen führt im „globalen Cyberspace“ zu neuen Formen des grenzüberschreitenden und globalen Cybercrime (als sich ständig verändernder, grenzenloser und technisch kaum verlässlich zu verhindernder Kriminalität), zu einer Überwachungsgesellschaft mit hocheffektiven, die Orwell'schen Visionen weit übersteigenden Möglichkeiten zur Kontrolle der Bürger und zur Steuerung ihres Verhaltens, einschließlich neuer Entwicklungen beim Einsatz künstlicher Intelligenz (wie bei computerbasierten Prognoseentscheidungen, der Rasterung riesiger Datenbestände und der Verhaltensmanipulation). Der Forschungsertrag der entsprechenden Untersuchungen der strafrechtlichen Abteilung liegt hier vor allem in der Schaffung der Grundlagen und der hierauf aufbauenden Gesetzgebungsvorschläge für eine Gesamtreform der Kriminalitätskontrolle im globalen Cyberspace mit seinen immateriellen und ubiquitären Gütern, seinen grundlegenden Souveränitätsproblemen in globalen virtuellen Räumen und seinem enormen Bedeutungszuwachs von privaten „gate keepers“, die im globalen Cyberspace bei der Kriminalitätskontrolle sowohl über den Erfolg der Ermittlungsbehörden als auch über die Meinungsfreiheit der Bürger entscheiden. Der in einem Gutachten für den 69. Deutschen Juristentag präsentierte Ertrag der Forschungen hat in den Resolutionen des DJT zur Reform des deutschen Internetrechts seine Anerkennung gefunden.
- In gleicher Weise hat sich der **methodenorientierte Forschungsschwerpunkt zur Strafrechtsvergleichung** für die Erforschung dieser Veränderungen und die Entwicklung neuer Lösungen bewährt. Die strafrechtliche Abteilung hat in diesem Bereich darüber hinaus umfassendes Methodenwissen zur funktionalen Strafrechtsvergleichung generiert und darauf aufbauend eine funktionale Metastruktur zum Allgemeinen Teil des Strafrechts entwickelt. Bestätigt wurden diese Ergebnisse durch den Aufbau einer funktionsfähigen Datenbank und eines Expertensystems, das für den komplexen Allgemeinen Teil des Strafrechts seine Bewährungsprobe mit einem benutzerfreundlichen Prototyp mehr als bestanden hat.

(2) Die **dynamische und flexible Ausrichtung des Forschungsprogramms** auf den – für die Entwicklung von Strafrecht und sonstige Kriminalitätskontrolle grundlegenden – **Wandel** von Gesellschaft und Kriminalität (statt auf ein festes und unbewegliches Ziel) stellte in den vergangenen 14 Jahren auch sicher, dass die Untersuchungen der strafrechtlichen Forschungsabteilung stets hochaktuell blieben. Beispiele für diese Aktualität sind: die Beachtung der sich ständig verändernden Reformbedürfnisse des Internetstrafrechts, die frühe Fokussierung auf Compliance-Regime (mit der erstmaligen Analyse der strafrechtlichen Probleme von Compliance-Systemen und der erstmaligen wissenschaftlichen empirischen Untersuchung von Compliance-Programmen in Deutschland), die Identifizierung und kritische Analyse der neuen Architektur des Sicherheitsrechts und ihrer Auswirkungen auf die Freiheitsrechte sowie zuletzt die Einbeziehung der normativen Ordnungen von Einwanderergemeinschaften zur Erledigung von sozialen Konflikten.

(3) Entscheidend für den Ertrag des Forschungsprogramms waren und sind weiter der **Mehrwert und die Synergieeffekte, die durch Bündelung der Untersuchungen** entstanden und entstehen. Ein Beispiel hierfür ist die neue Architektur des Sicherheitsrechts und ihrer Freiheitsrechte, deren Bedeutung erst durch die Analyse der verschiedenen Kontrollregime in zahlreichen unterschiedlichen Deliktsbereichen in ihrem ganzen Ausmaß deutlich wurde. Ein weiteres Beispiel für den aus der Projektbündelung entstandenen Mehrwert sind die Erkenntnisse, die sich aus den zahlreichen rechtsvergleichenden Untersuchungen zu sachlichen Problemen für die Methoden der Strafrechtsvergleichung und umgekehrt ergeben.

(4) Ein hoher Wert des – auch der International Max Planck Research School for Comparative Criminal Law (IMPRS-CC) zugrunde liegenden – Forschungsprogramms lag und liegt weiter in der **Einbindung der Promovierenden** in die Untersuchungen der strafrechtlichen Abteilung. Im Berichtszeitraum bestand unter dem Dach des Forschungsprogramms eine fruchtbare Zusammenarbeit von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der Abteilung, Promovierenden, Stipendiatinnen und Stipendiaten sowie Forschungsgästen. Die Arbeiten der Promovierenden und die Diskussionen mit ihnen in den Doktorandenseminaren haben sich überaus positiv auf den Forschungsertrag des Programms ausgewirkt.

b) Ertrag der allgemeinen Forschungsmethodik

Neben dem Forschungsprogramm bewährte sich auch die für die Untersuchungen entwickelte allgemeine Forschungsmethodik.

(1) Grundlegend war insoweit zunächst die bereits genannte **Methodik der funktionalen Strafrechtsvergleichung und der Entwicklung von rechtsregimeübergreifenden Metastrukturen** für die Vergleichung. Mit fast jeder der neuen rechtsvergleichenden Untersuchungen wurde neues Wissen zur Bildung von Vergleichsstrukturen und weiteren Aspekten der funktionalen Strafrechtsvergleichung geschaffen. Da der Ertrag der Rechtsvergleichung entscheidend von der Qualität geeigneter Vergleichsstrukturen abhängt, verbesserten sich auf diese Weise auch das Forschungsdesign der Untersuchungen und damit wiederum die Forschungserträge. Die Fortschritte in der Methodik der funktionalen Strafrechtsvergleichung zeigen sich beispielhaft in dem Projekt des Max-Planck-Informationssystems für Strafrechtsvergleichung, dessen Erfolg ganz wesentlich auf seiner Metastruktur zum Allgemeinen Teil des Strafrechts für eine Vielzahl unterschiedlicher Rechtsordnungen beruht. Auch in vielen Promotionsarbeiten war die Bestimmung ihrer Vergleichsstruktur der Startschuss und der Schlüssel für den Erfolg.

(2) Die Qualität des Forschungsertrags der Untersuchungen wurde weiter dadurch gefördert, dass die Arbeiten neben der Strafrechtsvergleichung soweit wie möglich auch **empirische Untersuchungsmethoden** anwandten und somit die **Rechtswirklichkeit** und praktische Erfahrungen einbezogen. Auch die **Praxistauglichkeit** der entwickelten Lösungen wurde evaluiert. Im Mittelpunkt der in der strafrechtlichen Abteilung genutzten empirischen Methoden standen dabei Experteninterviews sowie – bei der Analyse von Compliance-Programmen – Umfragen mit Hilfe von Fragebögen, die an über 5000 Unternehmen versandt wurden. Positiv auf die Ergebnisse wirkte es sich besonders aus, wenn in einzelnen Fällen praxisbezogene Konzepte oder gar Prototypen erstellt wurden. Beispiele hierfür sind wiederum das computerbasierte Max-Planck-Informationssystem für Strafrechtsvergleichung sowie der Prototyp für die Rechtshilfe im Bereich der TKÜ mit direkter Datenausleitung, der zusammen mit dem Fraunhofer-Institut für Eingebettete Systeme und Kommunikationstechnik (ESK) sowie der Zentralen Stelle für Informationstechnik im Sicherheitsbereich (ZITiS) auch in Form von konkreter funktionierender Software realisiert wurde.

(3) Die Arbeiten waren nicht nur durch die Einbeziehung von Kriminologie, Informatik und unternehmensbezogenen Analysen **interdisziplinär**, sondern darüber hinaus im normativen Bereich vor allem **fächer- und rechtsregimeübergreifend**. Bei der vergleichenden **Betrachtung anderer Rechtsgebiete** (wie dem Geheimdienstrecht) wurde der Blick noch mehr als bei der Vergleichung mit dem entsprechenden ausländischen Recht geweitet und wurden scheinbare Selbstverständlichkeiten in dem einen Rechtsgebiet noch mehr in Frage gestellt. Warum verlangt beispielsweise der Beginn einer strafrechtlichen Ermittlung zum Schutz der Bürger einen Verdacht und warum ist dies bei geheimdienstlichen Analysen, der Geldwäschekontrolle oder steuerrechtlichen Struktur- und Risikoanalysen nicht der Fall, wenn ein Teil der dabei ermittelten Informationen der Polizei und der Strafjustiz zur Verfügung gestellt wird? Fragen wie diese stimulieren, bereichern und führen zu neuen Lösungen im Gesamtsystem der normativen Kriminalitätskontrolle.

(4) Als höchst ertragreich erwies sich schließlich das konsequente **Wechselspiel zwischen Grundlagenforschung und angewandter Forschung**. Ausgangspunkt für die Untersuchungen waren in der Regel neue Herausforderungen der Praxis. Hierzu wurden stets die hinter ihnen stehenden Veränderungen identifiziert und parallele Entwicklungen in anderen Bereichen einbezogen. Auf dieser Basis wurden zunächst die allgemeinen Forschungsziele definiert, aus deren Bearbeitung sich dann meist auch die Lösungen für die praxisrelevanten Ausgangsprobleme ergaben. Der **Wert dieser Grundlagenforschung** wurde in der Ausbildung der Promovierenden in der International Max Planck Research School for Comparative Criminal Law mit dem Satz des Ingenieurs Robert Bosch vermittelt: „Es gibt nichts Praktischeres als eine gute Theorie“.

c) Forschungsbewertungen in der International Max Planck Research School for Comparative Criminal Law (IMPRS-CC)

Die Ergebnisse der Doktorandinnen und Doktoranden in der International Max Planck Research School for Comparative Criminal Law bestätigen die Erfolge der angewandten Methodik und den positiven Ertrag der Forschungsergebnisse in dem vorliegenden Programm: Die von der strafrechtlichen Abteilung gemeinsam mit der Universität Freiburg betriebene Doktorandenschule IMPRS-CC förderte seit ihrem Beginn im Jahr 2007 bis Ende 2017 insgesamt 52 Doktorandinnen und Doktoranden, von denen 39 Promovierende ihre Dissertation mit dem Rigorosum in einer durchschnittlichen Promotionszeit von 36 Monaten abschließen konnten, wobei 36 der Untersuchungen bereits publiziert sind. Von den 39 abgeschlossenen Dissertationen wurden 21 Arbeiten (d.h. 54 %) mit der Note „summa cum laude“ und 18 (d.h. 46 %) mit der Note „magna cum laude“ bewertet. Von den durch Prof. Sieber betreuten und abgeschlossenen Dissertationen wurden insgesamt sechs Dissertationen mit der Otto-Hahn-Medaille der Max-Planck-Gesellschaft ausgezeichnet, zwei mit Otto-Hahn-Awards (die in der Max-Planck-Gesellschaft mit einer eigenen Forschungsgruppe verbunden sind) und drei mit weiteren renommierten Dissertationspreisen (wie dem Fakultätspreis der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Freiburg).

PROJEKTÜBERSICHT

Die folgende Aufstellung gibt für den Berichtszeitraum 2015 bis 2017 einen tabellarischen Überblick zu den einzelnen Projekten der strafrechtlichen Abteilung. Die Darstellung ist an dem Forschungsprogramm der Abteilung orientiert. Soweit die Projekte für mehrere Forschungsschwerpunkte und -felder von Bedeutung sind (was zur Erreichung von Synergieeffekten angestrebt wurde), erfolgt die Zuordnung nach dem Hauptziel; weitere Zielsetzungen sind in den Projektbeschreibungen angegeben. Die nachfolgende Übersicht mit den entsprechenden Kurzbeschreibungen verdeutlicht dadurch die im Forschungsprogramm vorgegebene Konzentration der Untersuchungen, insbesondere auf die drei Forschungsschwerpunkte sowie deren Forschungsfelder mit den untersuchten Delinquenzbereichen und Rechtsordnungen.

Die Kurzbeschreibungen der einzelnen Projekte nennen jeweils deren Zeitrahmen, Status und Projektkategorie. Die im Berichtszeitraum bearbeiteten 43 Forschungsprojekte verteilen sich auf 15 Gemeinschaftsprojekte, in denen zwei oder mehr Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter des Instituts zusammenarbeiteten, 5 Einzelprojekte von promovierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie 23 Promotionsprojekte. Alle Promotionsprojekte waren – wie auch die folgende Aufstellung zeigt – voll in das Forschungsprogramm der strafrechtlichen Abteilung integriert und lieferten dazu wichtige Bausteine.

Im Berichtszeitraum wurden bis Ende 2017 insgesamt 18 Projekte abgeschlossen, d.h. publiziert. Darüber hinaus befanden sich Ende 2017 weitere Projektpublikationen im Druck. In der Reihe „Strafrechtliche Forschungsberichte“ (Reihe S) wurden 14 Bücher veröffentlicht. In den Reihen G, T und I erschienen 5 Arbeiten, zu denen weitere Buch- und Aufsatzveröffentlichungen kamen.

Erster Forschungsschwerpunkt (zur Globalisierung): Grenzüberschreitende Kriminalität, territoriale Grenzen des Strafrechts und internationale Strafrechtsintegration

a) Europäisches Strafrecht

1. Strafprozessuale Überwachung der grenzüberschreitenden Internetkommunikation

Projektleitung: Prof. Dr. Ulrich Sieber, Dr. Nicolas von zur Mühlen, Dr. Tatiana Tropina

Diese rechtsvergleichende Studie untersucht die rechtlichen Grenzen bei der Ausleitung von Daten im Wege der Rechtshilfe, die mittels Telekommunikationsüberwachung gewonnen wurden. Der Fokus liegt dabei auf der Zulässigkeit der unmittelbaren (d.h. in „Echtzeit“ erfolgenden) Weiterleitung solcher Daten ins Ausland, da diese Frage nicht nur für die Praxis von großer Relevanz ist, sondern auch bisher ungeklärte Grundlagenfragen des Rechtshilferechts und des Rechts der Telekommunikationsüberwachung in ihr kulminieren.

Forschungsschwerpunkt(e):
Territoriale Grenzen des Strafrechts,
Strafrechtsvergleichung

Deliktsbereich(e):
Transnationale Kriminalität

Rechtsordnung(en):
20 Rechtsordnungen

Zeitraumen:
2017–2018

Status:
laufend

Kategorie:
Gemeinschaftsprojekt

2. Modelle der grenzüberschreitenden Beweiserlangung in Europa

Projektleitung: Zoran Burić, Universität Zagreb

Die Ziele der Untersuchung waren die Analyse, der Vergleich und die Evaluierung der verschiedenen Modelle zur grenzüberschreitenden Beweissammlung im Strafrecht der Europäischen Union. Die Arbeit geht davon aus, dass die grenzüberschreitende Beweissammlung auf dem Modell beruhen muss, das die Interessen aller Teilnehmer dieses Verfahrens am besten berücksichtigt und ins Gleichgewicht bringt. Dies sind die Interessen der an der Kooperation beteiligten Mitgliedsstaaten, Individuen und der EU.

Forschungsschwerpunkt(e): Territoriale Grenzen des Strafrechts, Strafrechtsvergleichung	Deliktsbereich(e): Grenzüberschreitende Kriminalität	Rechtsordnung(en): Europäisches Strafrecht
Zeitraum: 2013–2017	Status: abgeschlossen	Kategorie: Promotionsprojekt

3. Interessensverschiebungen im europäischen Auslieferungsrecht

Projektleitung: Thomas Wahl

Die Möglichkeiten, einen nach der Tat ins Ausland Geflüchteten festzunehmen, unterliegen territorialen und rechtlichen Grenzen. Sie spiegeln bestimmte Interessenlagen wider. Ziel des Projekts ist die Überprüfung einer Hypothese über den Wandel dieser Interessen im europäischen Auslieferungsrecht. Die Methodik der Arbeit basiert auf einer Analyse der Historie sowie des geltenden Auslieferungsrechts des Europarates und der EU in Form des Europäischen Haftbefehls.

Forschungsschwerpunkt(e): Territoriale Grenzen des Strafrechts	Deliktsbereich(e): übergreifend	Rechtsordnung(en): Europäisches Strafrecht
Zeitraum: 2013–2019	Status: laufend	Kategorie: Promotionsprojekt (KORSE)

4. East Meets West: Rechtshilfe zwischen und innerhalb der ASEAN und der EU

Projektleitung: Angela Leonor Aguinaldo

Das Forschungsprojekt behandelt zentral die Frage, wie die ASEAN eine interregionale Rechtshilfe in Strafsachen mit der EU entwickeln kann. Zur Erreichung dieses Ziels wird die funktionale Rechtsvergleichung als zentrale Forschungsmethode angewendet. Ferner werden in Bezug auf die jeweilige Rechtshilfe in Strafsachen Probleme, die sich im nationalen und regionalen Kontext ergeben, analysiert und beurteilt. Davon ausgehend wird schließlich die Möglichkeit der Entwicklung einer interregionalen Rechtshilfe in Strafsachen zwischen der ASEAN und der EU diskutiert.

Forschungsschwerpunkt(e): Territoriale Grenzen des Strafrechts, Strafrechtsvergleichung	Deliktsbereich(e): grenzüberschreitende Kriminalität	Rechtsordnung(en): Deutschland, Philippinen, Malaysia, UK; europäisches Strafrecht
Zeitraum: 2016–2018	Status: laufend	Kategorie: Promotionsprojekt (IMPRS-CC)

5. Europäische Strafverteidigung – Der Strafverteidiger in transnationalen europäischen Strafverfahren

Projektleitung: Prof. Dr. Jörg Arnold

Das Projekt beschreibt Wandlungen der Strafverteidigung in ihrem gesellschaftlichen Kontext. Daran anknüpfend werden theoretische Voraussetzungen für eine Strafverteidigung auf der Grundlage rechts- und staatskritischer Systemtheorie diskutiert.

Forschungsschwerpunkt(e):
Territoriale Grenzen des Strafrechts

Deliktsbereich(e):
übergreifend

Rechtsordnung(en):
Deutsches und europäisches Strafrecht

Zeitraum:
2007–2015

Status:
abgeschlossen

Kategorie:
Einzelprojekt

b) Internationales Strafrecht

6. Strafrecht zur Bekämpfung von Massengewalt

Projektleitung: Dr. Nandor Knust, Jan-Michael Simon, Prof. Roland Adjovi

Das Forschungsprojekt untersucht die Rolle des (internationalen) Strafrechts auf dem afrikanischen Kontinent und analysiert die strafrechtlichen und quasirechtlichen Reaktionen auf neue bzw. wieder verstärkt auftretende Formen von Makrocriminalität. Projektziel ist es, neue Modelle für den Umgang mit Massengewalt zu generieren, indem die neuesten Entwicklungen des (internationalen) Strafrechts und die Pluralität von sanktionsrechtlichen Systemen auf dem afrikanischen Kontinent einer genaueren Betrachtung unterzogen werden.

Forschungsschwerpunkt(e):
Territoriale Grenzen des Strafrechts, funktionale Grenzen des Strafrechts

Deliktsbereich(e):
übergreifend

Rechtsordnung(en):
International, regional (Afrikanische Union), national, lokal

Zeitraum:
2012–2019

Status:
laufend

Kategorie:
Gemeinschaftsprojekt

7. Rechtliche Implikationen der Überweisungspraxis von internationalen zu nationalen Strafgerichtshöfen

Projektleitung: Dr. Jennifer Schuetze-Reymann

Die Überweisungspraxis des ICTY/ICTR an staatliche Gerichte war ein elementarer Baustein der „Completion Strategy“ des UN-Sicherheitsrats. Daran lassen sich verschiedene rechtliche Probleme der pluralistischen strafrechtlichen Aufarbeitung konkret illustrieren. Das Projekt untersuchte zentrale juristische Probleme, identifizierte mögliche Ursachen und konzipierte Lösungsansätze, die auch für den IStGH relevant sein könnten. Dabei beleuchtete es die sich wandelnde Dynamik zwischen Strafverfolgungsakteuren.

Forschungsschwerpunkt(e):
Funktionale Grenzen des Strafrechts, territoriale Grenzen des Strafrechts

Deliktsbereich(e):
übergreifend

Rechtsordnung(en):
Völker(straf)recht, sonstiges internationales Strafrecht

Zeitraum:
2009–2015

Status:
abgeschlossen

Kategorie:
Promotionsprojekt (IMPRS-REMPE)

8. Straftatbestände zum Schutz der Rechtspflege im internationalen Strafrecht

Projektleitung: Jan Caba, LL.M.

Beim ICC besteht, ähnlich wie in nationalen Strafrechtssystemen, ein Bedürfnis, die eigene Rechtspflege vor Behinderungen des Strafverfahrens zu schützen. Das Rom-Statut sieht daher ein Modell transnational wirksamen Strafrechts vor, um durch supranationale Straftatbestände Störungen des ICC zu begegnen. Die Arbeit stellt die Rechtstechnik dieses Strafrechts dem entsprechenden Strafrecht des ICTY, der Bundesrepublik Deutschland sowie des US-Bundesrechts gegenüber. Des Weiteren wird gezeigt, inwieweit die Strafbarkeit einzelner Behinderungen des ICC hinter jener der anderen drei Systeme zurückbleibt.

Forschungsschwerpunkt(e):
Funktionale Grenzen des Strafrechts, Strafrechtsvergleichung

Deliktsbereich(e):
Rechtspflegedelikte

Rechtsordnung(en):
Deutschland, USA; Völker(straf-)recht

Zeitraumen:
2015–2018

Status:
laufend

Kategorie:
Promotionsprojekt (IMPRS-CC)

Zweiter Forschungsschwerpunkt (zur Informations- und Risikogesellschaft): Komplexe Kriminalität, funktionale Grenzen des Strafrechts und neue Formen der Sozialkontrolle

a) Terrorismus und organisierte Kriminalität

9. Terrorismusfinanzierung – Prävention im Spannungsfeld von internationalen Vorgaben und nationalem Strafrecht

Projektleitung: Prof. Dr. Ulrich Sieber, Dr. Benjamin Vogel, LL.M.

Terroristische Gewalt und bewaffnete Konflikte werden heute vielfach durch Rohstoffhandel finanziert, weswegen diese Tatsache in jüngster Zeit auch im Recht der Europäischen Union verstärkt Berücksichtigung findet. Die Studie untersucht das Recht der Terrorismus- bzw. Konfliktprävention und analysiert dabei, ob sich die Regelungen gegen Terrorismusfinanzierung auch auf Bürgerkriegsparteien anwenden lassen, sowie die sich daraus ergebende Ausweitung der präventiven Pflichten von Unternehmen.

Forschungsschwerpunkt(e):
Funktionale Grenzen des Strafrechts; territoriale Grenzen des Strafrechts, Strafrechtsvergleichung

Deliktsbereich(e):
Terrorismus

Rechtsordnung(en):
Deutschland, UN, EU, FATF

Zeitraumen:
Teil 1: 2014–2015
Teil 2: 2016–2018

Status:
Teil 1: abgeschlossen (publiziert)
Teil 2: laufend

Kategorie:
Gemeinschaftsprojekt

10. Verdeckte Ermittlungen gegen Organisierte Kriminalität

Projektleitung: Angélica Romero Sánchez, LL.M.

Die Ermittlung gegen Organisierte Kriminalität (O.K.) hat heute als kriminalpolitisches Konzept weltweit Einfluss auf die Rechtsordnungen. Sie ist ein Musterfall der Grenzverschiebungen zwischen Straf-, Polizei- und Nachrichtendienstrecht in der „Weltrisikogesellschaft“. Ziel der vorliegenden Untersuchung ist ein Rechtsvergleich zwischen Deutschland und Kolumbien, um festzustellen, ob und wie das rechtliche Ermittlungskonzept gegen O.K. die Funktion des Strafrechts verschiebt.

Forschungsschwerpunkt(e):
Funktionale Grenzen des Strafrechts, Strafrechtsvergleichung

Deliktsbereich(e):
Organisierte Kriminalität

Rechtsordnung(en):
Deutschland, Kolumbien

Zeitraumen:
2012–2018

Status:
laufend

Kategorie:
Promotionsprojekt (IMPRS-CC)

b) Cybercrime

11. Transnational Criminal Investigations in Cyberspace

Projektleitung: Prof. Dr. Ulrich Sieber, Dr. Carl-Wendelin Neubert

Das Projekt untersucht, ob u. inwieweit Strafverfolger im „globalen Cyberspace“ auf ausländischen Servern ermitteln dürfen. Diese Frage ist nicht zuletzt in Fällen des „loss of location“, in denen die Strafverfolgungsbehörden nicht wissen, in welchem Staat der Server mit dem interessierenden Beweismaterial steht, von zentraler Bedeutung. Der hier entwickelten Lösung liegt v.a. eine Analyse des Souveränitätsbegriffs im globalen Cyberspace sowie der völkerrechtlichen Regelung des Notstands zugrunde.

Forschungsschwerpunkt(e):
Funktionale Grenzen des Strafrechts, territoriale Grenzen des Strafrechts

Deliktsbereich(e):
übergreifend

Rechtsordnung(en):
Völkerrecht

Zeitraumen:
2016–2017

Status:
abgeschlossen

Kategorie:
Gemeinschaftsprojekt

12. Strafprozessuale Überwachung der Telekommunikation in Deutschland

Projektleitung: Dr. Nicolas von zur Mühlen

Die digitale Vernetzung aller Lebensbereiche durch Informations- und Kommunikationstechnologie hat in den letzten Jahren nicht nur zu einem elementaren Wandel der Gesellschaft geführt, sondern stellt auch Strafverfolgungsbehörden vor neue Herausforderungen. Das Projekt zielt auf die Erarbeitung eines Vorschlages ab, wie den gesellschaftlichen und technischen Änderungen im Bereich der Telekommunikation im Wege einer Reform der strafprozessualen Eingriffsgrundlagen begegnet werden kann.

Forschungsschwerpunkt(e):
Funktionale Grenzen des Strafrechts

Deliktsbereich(e):
Cybercrime

Rechtsordnung(en):
Deutschland

Zeitraumen:
2012–2018

Status:
abgeschlossen

Kategorie:
Promotionsprojekt

13. Die Verantwortlichkeit der Internet-Service-Provider im deutschen und im chinesischen Recht**Projektleitung:** Dr. Huawei Wang

Mit der voranschreitenden Entwicklung der Internetgesellschaft spielen die Internet-Service-Provider (ISP) eine immer wichtigere Rolle. Umstritten ist, inwieweit ein ISP für die rechtswidrigen Inhalte oder die illegalen Handlungen seiner Nutzer verantwortlich sein soll. In einer vergleichenden Untersuchung werden die wichtigsten Ansätze zur Lösung des Problems in Deutschland und China erarbeitet und bewertet.

Forschungsschwerpunkt(e):
Funktionale Grenzen des Strafrechts, Strafrechtsvergleichung**Deliktsbereich(e):**
Cybercrime**Rechtsordnung(en):**
Deutschland, China**Zeitraumen:**
2015–2017**Status:**
abgeschlossen**Kategorie:**
Promotionsprojekt**14. Selbstregulierung und Co-Regulierung im Cyberspace****Projektleitung:** Dr. Tatiana Tropina (Far Eastern Federal University, Russland)

Public-private collaboration in the form of different co- and self-regulatory frameworks in recent years has become an important part of fighting cybercrime and maintaining cybersecurity. However, the regulatory frameworks and approaches in this field are still in their infancy. The project aimed to support the collaboration between the public and private sectors by developing proposals for the improvement of collaboration frameworks and by fostering capacity-building activities.

Forschungsschwerpunkt(e):
Funktionale Grenzen des Strafrechts**Deliktsbereich(e):**
Cybercrime**Rechtsordnung(en):**
Europäisches Strafrecht;
Private Normierungssysteme**Zeitraumen:**
2013–2018**Status:**
laufend**Kategorie:**
Einzelprojekt**c) Wirtschaftskriminalität****15. Alternative Sanktionssysteme zur Kontrolle der Wirtschaftskriminalität****Projektleitung:** Prof. Dr. Ulrich Sieber

Die neue Sicherheitsarchitektur zur Kriminalitätskontrolle mit alternativen Rechtsregimen zeigt sich besonders deutlich im Bereich der Wirtschaftskriminalität. Neben dem Strafrecht werden v.a. Verwaltungssanktionen, neue Einziehungsmechanismen und private Compliance-Maßnahmen eingesetzt. Diese Entwicklung wird im Rahmen eines großen Forschungsprojekts zur Vorbereitung des XX. Internationalen Weltkongresses der Association Internationale de Droit Pénal (AIDP) analysiert.

Forschungsschwerpunkt(e):
Funktionale Grenzen des Strafrechts, Strafrechtsvergleichung**Deliktsbereich(e):**
Wirtschaftskriminalität**Rechtsordnung(en):**
20 Rechtsordnungen weltweit**Zeitraumen:**
2018–2019**Status:**
laufend**Kategorie:**
Gemeinschaftsprojekt

16. Sanktionierung von Unternehmen und Compliance

Projektleitung: Dr. Marc Engelhart

Fälle wie der Diesel-Skandal bei VW werfen die Frage nach der Sanktionierung von Unternehmen und nach wirksamen unternehmensinternen Maßnahmen zur Vermeidung von Kriminalität auf (Compliance-Maßnahmen). Die Untersuchung analysiert das deutsche und US-amerikanische Unternehmenssanktionsrecht sowie die Bedeutung von Compliance-Maßnahmen. Ausgehend von einer rechtsvergleichenden Betrachtung werden Eckpunkte für die Schaffung eines eigenständigen Unternehmenssanktionsgesetzes entwickelt.

Forschungsschwerpunkt(e):
Funktionale Grenzen des Strafrechts

Deliktsbereich(e):
Wirtschaftskriminalität

Rechtsordnung(en):
Deutschland, USA

Zeitraumen:
2005–2010 (1. Aufl.)
2012 (2. Aufl.), 2018 (Fortführung)

Status:
abgeschlossen

Kategorie:
Promotionsprojekt (IMPRS-CC)

d) Architektur des Sicherheitsrechts

17. Alternative Systeme der Kriminalitätskontrolle

Projektleitung: Prof. Dr. Ulrich Sieber, Dr. Emmanouil Billis, Dr. Nandor Knust

Ziel dieses Projekts war eine vergleichende und modellbasierte Analyse von alternativen, informellen und in Übergangsgesellschaften festzustellenden strafrechtlichen Verfahrenstypen. Es führte zu einem Buch über die Legitimität von neuen Verfahrensarten der Kriminalitätskontrolle in der globalen Risikogesellschaft. Die Ergebnisse der Untersuchung wurden 2018 auf einer Konferenz an der Queen Mary University in London vorgestellt und diskutiert.

Forschungsschwerpunkt(e):
Funktionale und territoriale Grenzen des Strafrechts, Strafrechtsvergleichung

Deliktsbereich(e):
organisierte und komplexe Kriminalität, Terrorismus

Rechtsordnung(en):
Nationales und internationales Recht

Zeitraumen:
2017–2019

Status:
laufend

Kategorie:
Gemeinschaftsprojekt

18. Rethinking Money Laundering and Financial Investigations

Projektleitung: Prof. Dr. Ulrich Sieber, Dr. Benjamin Vogel, Jean-Baptiste Maillart

Wegen ihrer Bedeutung für organisierte Kriminalität und Korruption wird Geldwäsche in der EU heute als zentrale kriminalpolitische Herausforderung anerkannt. Die Studie analysiert, welche Defizite die behördliche und unternehmerische Prävention aufweist, und identifiziert deren Ursachen. Ausgehend davon wird untersucht, welche gesetzgeberischen Optionen auf europäischer und nationaler Ebene für ein effektives und zugleich rechtsstaatlich überzeugendes Vorgehen gegen Geldwäsche existieren.

Forschungsschwerpunkt(e):
Funktionale und territoriale Grenzen des Strafrechts, Strafrechtsvergleichung

Deliktsbereich(e):
Organisierte Kriminalität, Wirtschaftskriminalität

Rechtsordnung(en):
Nationales und europäisches Strafrecht, Regulierungsrecht

Zeitraumen:
2016–2018

Status:
laufend

Kategorie:
Gemeinschaftsprojekt

19. Prävention und Repression zwischen Strafrecht, Polizeirecht und Nachrichtendienstrecht

Projektleitung: Dr. Marc Engelhart

Wie soll der Staat Sicherheit durch Recht gewährleisten? Bei Bedrohungen wie dem Terrorismus setzt er auf einen Ausbau von Strafrecht, Polizeirecht und Nachrichtendienstrecht. Dieses sog. Sicherheitsrecht bildet jedoch kein in sich geschlossenes und aufeinander abgestimmtes System. Die Otto-Hahn-Gruppe „Die Architektur des Sicherheitsrechts“ erarbeitet aus rechtsvergleichender Sicht Lösungsvorschläge für eine effektive Garantie von Sicherheit im Rahmen eines freiheitlich orientierten Systems.

Forschungsschwerpunkt(e):
Funktionale Grenzen des Strafrechts, Strafrechtsvergleichung

Deliktsbereich(e):
übergreifend

Rechtsordnung(en):
Deutschland, England, USA

Zeitraumen:
2014–2019
2014–2018

Status:
laufend

Kategorie:
Einzelprojekt

20. Non-Conviction-Based Confiscation

Projektleitung: Prof. Dr. Jon Petter Rui, Universität Bergen; Prof. Dr. Ulrich Sieber

Das Projekt analysiert den international an Bedeutung gewinnenden Ansatz, Gewinne aus Straftaten nicht mit einer strafrechtlichen Verurteilung einzuziehen, sondern davon unabhängig als sog. „non conviction based confiscation“. Dieser Verzicht auf „Strafrecht“ soll die hohen strafrechtlichen Beweisforderungen vermeiden. Die Untersuchung analysiert die einschlägigen internationalen Modelle für ein solches Vorgehen, ihre Effektivität und ihre Vereinbarkeit mit menschenrechtlichen Garantien.

Forschungsschwerpunkt(e):
Funktionale Grenzen des Strafrechts; Strafrechtsvergleichung

Deliktsbereich(e):
übergreifend

Rechtsordnung(en):
5 nationale Rechtsordnungen, Europäisches Strafrecht; Internationales Strafrecht

Zeitraumen:
2012–2015

Status:
abgeschlossen

Kategorie:
Gemeinschaftsprojekt

21. Vermögensabschöpfung zwischen Effektivität und Rechtsstaatlichkeit

Projektleitung: Maja Serafin, LL.M.

Das Vermögensabschöpfungsrecht ist eine besonders eingriffsintensive Maßnahme. Grenzen erwachsen nicht nur aus der besonderen Rechtsnatur der Regelungsmaterie, sondern auch direkt aus dem Verfassungsrecht. Letztere stehen im Mittelpunkt der Untersuchung, unabhängig von der Rechtsnatur der Vermögensabschöpfung.

Forschungsschwerpunkt(e):
Funktionale Grenzen des Strafrechts, Strafrechtsvergleichung

Deliktsbereich(e):
übergreifend

Rechtsordnung(en):
Deutschland, Polen, USA

Zeitraumen:
2015–2018

Status:
laufend

Kategorie:
Promotionsprojekt (IMPRS-CC)

22. Migrationskontrolle durch Strafrecht und Ausländerrecht

Projektleitung: Dr. Teresa Manso Porto, mag. iur. comp.

Die restriktive Migrationskontrollpolitik der EU hat die Wahrnehmung von Migranten als Sicherheitsproblem begünstigt und dazu geführt, dass in europäischen Ländern, die von Migration besonders betroffen sind, versucht wird, Sanktionssysteme zu ihrer Steuerung und Kontrolle aufzubauen, die auch strafrechtliche Elemente enthalten. Das Projekt untersucht diese Entwicklungen, wobei spezielles Augenmerk auf Fragen der Legitimation und auf die funktionalen Grenzen des Strafrechts als Instrument zum Schutz der Inneren Sicherheit gelegt wird.

Forschungsschwerpunkt(e):
Funktionale Grenzen des Strafrechts, Strafrechtsvergleichung

Deliktsbereich(e):
Illegale Einreise, Menschenhandel

Rechtsordnung(en):
Deutschland, Europäisches und Internationales Strafrecht

Zeitraumen:
2017–2019

Status:
laufend

Kategorie:
Einzelprojekt

23. Einsatz tödlicher Waffengewalt durch die deutsche auswärtige Gewalt

Projektleitung: Dr. Carl-Wendelin Neubert

Die rechtlichen Rahmenbedingungen des Einsatzes tödlicher Waffengewalt, zu dem deutsche Soldaten in Auslandseinsätzen immer häufiger gezwungen sind, sind insbesondere aus Sicht des deutschen Verfassungsrechts unzureichend untersucht. Die dabei maßgeblichen Fragen nach der Anwendbarkeit und Übertragbarkeit geltenden Rechts auf extraterritoriale Sachverhalte sind insbesondere für das Vorgehen gegen den internationalen Terrorismus relevant.

Forschungsschwerpunkt(e):
Funktionale und territoriale Grenzen des Strafrechts

Deliktsbereich(e):
Terrorismus

Rechtsordnung(en):
Deutschland

Zeitraumen:
2012–2015

Status:
abgeschlossen

Kategorie:
Promotionsprojekt (IMPRS-CC)

e) Grenzen und Garantien des Strafrechts

24. Die Aussagefreiheit des Beschuldigten in der polizeilichen Befragung

Projektleitung: Dr. Mehmet Arslan, LL.M.

Die Selbstbelastungsfreiheit gehört zu den „Selbstverständlichkeiten“ eines fairen Verfahrens. Ihre Begründung ist allerdings umstritten. Eine nähere Betrachtung verschiedener Ansätze in den untersuchten Rechtsordnungen hat zu folgendem Ergebnis geführt: Die Aussagefreiheit des Beschuldigten in der polizeilichen Befragung hat zwar einen relativ sicheren Stellenwert, ihre Umsetzung trifft aber auf die robusten Belange einer wirksamen Strafrechtspflege. Die praktische Gewährung ist daher von diesem Spannungsverhältnis geprägt. Je nach der rechtspolitischen Ausrichtung einer Rechtsordnung variiert somit ihr Schutzzumfang.

Forschungsschwerpunkt(e):
Funktionale Grenzen des Strafrechts, Strafrechtsvergleichung

Deliktsbereich(e):
übergreifend

Rechtsordnung(en):
Deutschland; Türkei; EMRK

Zeitraumen:
2011–2015

Status:
abgeschlossen

Kategorie:
Promotionsprojekt (IMPRS-CC)

25. Haft ohne Urteil – Strafprozessuale Freiheitsentziehungen im deutsch-französischen Vergleich**Projektleitung:** Dr. Harald Weiß

Eine „Haft ohne Urteil“ stellt den massivsten Eingriff in die Freiheitssphäre des Bürgers dar. Die Arbeit untersucht, wie das französische und das deutsche Recht ihren Ausnahmecharakter verwirklichen. Beide Länder unterscheiden mit der „Polizeihaft“ und der „Justizhaft“ zwei Grundformen strafprozessualer Freiheitsentziehungen. Im Lichte dieser Dichotomie werden die Schutzvorkehrungen bei der Anordnung, Aufrechterhaltung, Ausgestaltung und gerichtlichen Kontrolle funktional verglichen.

Forschungsschwerpunkt(e):
Funktionale Grenzen des Strafrechts, Strafrechtsvergleichung**Deliktsbereich(e):**
übergreifend**Rechtsordnung(en):**
Frankreich, Deutschland, Europäisches Recht**Zeitraumen:**
2010–2015**Status:**
abgeschlossen**Kategorie:**
Promotionsprojekt (IMPRS-CC)**26. Beweisverwertungsverbote im Strafverfahren****Projektleitung:** Dr. Yukun Zong, LL.M.

In vielerlei Hinsicht besteht bei den chinesischen Beweisverwertungsverboten Verbesserungsbedarf. Die Dissertation analysiert die wesentlichen Fallkonstellationen der Beweisverwertungsverbote und deren theoretische Durchdringung in Deutschland, den USA und China. Zweck und Kriterium der Beweisverwertungsverbote werden rechtsvergleichend herausgearbeitet und Reformansätze für das chinesische Recht entwickelt.

Forschungsschwerpunkt(e):
Funktionale Grenzen des Strafrechts, Strafrechtsvergleichung**Deliktsbereich(e):**
übergreifend**Rechtsordnung(en):**
China, Deutschland, USA**Zeitraumen:**
2011–2015**Status:**
abgeschlossen**Kategorie:**
Promotionsprojekt (IMPRS-CC)**27. Secret Evidence in Criminal Proceedings****Projektleitung:** Dr. Benjamin Vogel

Infolge sicherheitspolitischer Herausforderungen wächst die Bedeutung nachrichtendienstlicher Ermittlungsmethoden in Strafverfahren. Das rechtsvergleichende Projekt untersucht, wie und in welchem Maße dadurch Rechte von Verdächtigten beschränkt werden, inwieweit und warum sich insofern unterschiedliche Prozessmodelle unterscheiden und wo dabei Grenzen eines rechtstaatlichen Verfahrens zu verorten sind.

Forschungsschwerpunkt(e):
Funktionale Grenzen des Strafrechts, Strafrechtsvergleichung**Deliktsbereich(e):**
Organisierte Kriminalität, Terrorismus**Rechtsordnung(en):**
Europäisches und Internationales Strafrecht**Zeitraumen:**
2016–2018**Status:**
laufend**Kategorie:**
Gemeinschaftsprojekt

28. Die Verwertung von Staatsgeheimnissen im türkischen Strafprozessrecht

Projektleitung: Dr. Mehmet Arslan, LL.M.

Den Schutz von Staatsgeheimnissen auch im Strafverfahren zu gewährleisten, fordert dessen Fairnessanspruch grundlegend heraus. Das türkische Strafprozessrecht hat bis jetzt von zwei völlig gegenläufigen Modellen Gebrauch gemacht: einerseits vollständige Zurückhaltung, andererseits vollständige Offenlegung in einem In-camera-Verfahren. Der Beitrag setzt sich mit den sich jeweils hieraus ergebenden Problemen auseinander.

Forschungsschwerpunkt(e):
Funktionale Grenzen des Strafrechts, Strafrechtsvergleichung

Deliktsbereich(e):
Terrorismus, OK

Rechtsordnung(en):
Deutschland, Türkei

Zeitraumen:
2016–2017

Status:
abgeschlossen

Kategorie:
Einzelprojekt

29. Die strafprozessuale Verwertung von Staatsgeheimnissen im Strafverfahren des EGMR

Projektleitung: Dr. Marc Engelhart, Dr. Mehmet Arslan

Wenn durch geheime Ermittlungsmaßnahmen erlangte, als geheim eingestufte Tatsachen zu Beweis Zwecken benötigt werden, kollidiert das Interesse an einer öffentlichen Aufklärung des Sachverhalts mit Geheimschutzbedürfnissen. Ziel der Arbeit ist es, die Auflösung dieses Spannungsverhältnisses im Rahmen einer übergreifenden Gesamtsystematik anhand der Einzelfallrechtsprechung weiterzuentwickeln.

Forschungsschwerpunkt(e):
Funktionale Grenzen des Strafrechts

Deliktsbereich(e):
Terrorismus

Rechtsordnung(en):
Deutschland, Türkei

Zeitraumen:
2015–2018

Status:
laufend

Kategorie:
Gemeinschaftsprojekt

30. Wandlungen der Strafverteidigung in der Bundesrepublik Deutschland

Projektleitung: Prof. Dr. Jörg Arnold

Das Projekt beschreibt Wandlungen der Strafverteidigung in ihrem gesellschaftlichen Kontext. Daran anknüpfend werden theoretische Voraussetzungen für eine Strafverteidigung auf der Grundlage rechts- und staatskritischer Systemtheorie diskutiert.

Forschungsschwerpunkt(e):
Funktionale Grenzen des Strafrechts

Deliktsbereich(e):
übergreifend

Rechtsordnung(en):
Deutschland

Zeitraumen:
2013–2018

Status:
laufend

Kategorie:
Einzelprojekt

Dritter Forschungsschwerpunkt: Methodenfragen der Strafrechtsvergleichung und internationalen Strafrechtsdogmatik

31. Internationales Max-Planck-Informationssystem für Strafrechtsvergleichung – Allgemeiner Teil des Strafrechts

Projektleitung: Prof. Dr. Ulrich Sieber; Dr. Konstanze Jarvers; Emily Silverman, J.D., LL.M.

Anhand einer repräsentativen Auswahl von Landesberichten wurde unter Berücksichtigung der funktionalen Strafrechtsvergleichung eine internationale Metastruktur des Allgemeinen Teils des Strafrechts entwickelt. Der auf dieser Grundlage geschaffene, hochstrukturierte Datenbestand zum Allgemeinen Teil des Strafrechts ist unter der Adresse infocrim.org öffentlich zugänglich und ermöglicht derzeit den Vergleich von 28 Rechtsordnungen. Er ist jedoch nicht nur eine hervorragende Basis für die künftige rechtsvergleichende Forschung, sondern soll die Entwicklung einer universalen Strafrechtsdogmatik ermöglichen.

Forschungsschwerpunkt(e):
Strafrechtsvergleichung

Deliktsbereich(e):
kein spezifischer Deliktsbereich
(Strafrecht Allgemeiner Teil)

Rechtsordnung(en):
30 Rechtsordnungen weltweit

Zeitraum:
2004–2018

Status:
laufend

Kategorie:
Gemeinschaftsprojekt

32. Das begehungsgleiche Unterlassungsdelikt

Projektleitung: Dr. Hannes Schrägle

Die Studie vergleicht und analysiert das begehungsgleiche Unterlassungsdelikt in den Rechtsordnungen von Deutschland, England und Frankreich. Auf diese Weise wird eine supranationale Lösung des Problems entwickelt und ein Gesetzesvorschlag für ein künftiges europäisches Strafgesetzbuch entworfen.

Forschungsschwerpunkt(e):
Strafrechtsvergleichung

Deliktsbereich(e):
übergreifend

Rechtsordnung(en):
Deutschland, England, Frankreich

Zeitraum:
2012–2015

Status:
abgeschlossen

Kategorie:
Promotionsprojekt (IMPRS-CC)

33. Legitimation und Grenzen der Versuchs- und Vorbereitungsstrafbarkeit im deutschen und englischen Strafrecht

Projektleitung: Marilena Samaritaki

Weltweit wird das repressive Strafrecht im Hinblick auf seine funktionalen Grenzen verschoben. So wurden u.a. Verhaltensweisen im Vorfeld eines Terroranschlags in vielen Ländern unter Strafe gestellt. Die Arbeit beschäftigt sich mit der Unrechtsbegründung bei Versuchs- und Vorbereitungshandlungen im deutschen und englischen Strafrecht. Die Ermittlung der Hintergründe der Gemeinsamkeiten und Unterschiede bei der Problembehandlung soll zu rechtsstaatlichen Mindeststandards für das neue Sicherheitsrecht führen.

Forschungsschwerpunkt(e):
Strafrechtsvergleichung

Deliktsbereich(e):
übergreifend

Rechtsordnung(en):
Deutschland, England

Zeitraum:
2016–2018

Status:
laufend

Kategorie:
Promotionsprojekt (IMPRS-CC)

34. Rechtfertigungs- und Entschuldigungsgründe im deutschen und englischen Strafrecht am Beispiel von Notwehr und Notstand

Projektleitung: Maria Tsilimpari, LL.M.

Die Arbeit untersucht die Grundlagen, die Systematik und die Funktion der Notwehr und des Notstands im deutschen und englischen Recht. Durch eine funktionale Rechtsvergleichung werden zwei unterschiedliche Modelle für den Ausschluss der Strafbarkeit in Notwehr- und Notstandsfällen herausgearbeitet. Aus der Bewertung der Forschungsergebnisse lassen sich dann im Hinblick auf Rechtssicherheit und Einzelfallgerechtigkeit Reformimpulse für das jeweils andere Rechtssystem identifizieren.

Forschungsschwerpunkt(e):
Strafrechtsvergleichung

Deliktsbereich(e):
übergreifend

Rechtsordnung(en):
Deutschland, England

Zeitraumen:
2014–2018

Status:
laufend

Kategorie:
Promotionsprojekt (IMPRS-CC)

35. Der Vorsatz – Eine rechtsvergleichende Analyse des nordischen, deutschen und englischen Rechts

Projektleitung: Mikko Jorma Johannes Rudanko

Die rechtsvergleichende Arbeit untersucht die Funktionalität der nordischen, deutschen und englischen Vorsatzmodelle. Ein besonderes Interesse gilt dabei der Anwendung der Vorschriften in der Rechtsprechung der höchsten Gerichte und der Berufungsgerichte. Die Arbeit gibt Aufschluss darüber, welche Lösung in Bezug auf die Rechtssicherheit, den Schuldgrundsatz und Situationen mit hohem Risikoverhalten am besten geeignet und am gerechtesten ist.

Forschungsschwerpunkt(e):
Strafrechtsvergleichung

Deliktsbereich(e):
übergreifend

Rechtsordnung(en):
Deutschland, England, nordische Länder

Zeitraumen:
2016–2018

Status:
laufend

Kategorie:
Promotionsprojekt (IMPRS-CC)

36. Normbefolgungsunfähigkeit im Strafrecht

Projektleitung: Dr. Alejandra Castillo Ara, LL.M.

Der Einwand der Normbefolgungsunfähigkeit aufgrund der kulturellen Prägung des Täters ist im deutschen und US-amerikanischen Recht nicht hinreichend geregelt. Die vorherrschende Einordnung de lege lata ist insbesondere wegen der Pathologisierung kultureller Minderheiten abzulehnen. Die kulturelle Verteidigung sollte vielmehr de lege ferenda als unabhängige Rechtsfigur bzw. als Entschuldigungsgrund anerkannt werden, der die Strafe ausschließen oder zumindest mildern kann.

Forschungsschwerpunkt(e):
Strafrechtsvergleichung

Deliktsbereich(e):
übergreifend

Rechtsordnung(en):
Deutschland, USA

Zeitraumen:
2014–2017

Status:
abgeschlossen

Kategorie:
Promotionsprojekt (IMPRS-CC)

37. The Limits of Criminal Law

Projektleitung: Prof. Dr. Ulrich Sieber, Dr. Matthew Dyson (Universität Oxford), Dr. Benjamin Vogel

Vor dem Hintergrund geänderter sicherheitspolitischer und gesellschaftlicher Rahmenbedingungen untersucht die Studie mit Blick auf England und Deutschland Veränderungen von Prinzipien und Charakteristika des Strafrechts. Im Mittelpunkt stehen dabei die Fragen, welche normativen Prinzipien für das Strafrecht prägend sind und wer diese definiert, wie beständig sich solche Prinzipien auf Dauer erweisen und welche Faktoren Einfluss auf das Strafrecht ausüben.

Forschungsschwerpunkt(e):
Strafrechtsvergleichung, funktionale Grenzen des Strafrechts

Deliktsbereich(e):
übergreifend

Rechtsordnung(en):
Deutschland, England

Zeitraum:
2016–2018

Status:
laufend

Kategorie:
Gemeinschaftsprojekt

38. Motivationsdelikte – Ein deutsch-französischer Strafrechtsvergleich

Projektleitung: Anna Pingen

Der Begriff „Motivationsdelikte“ bezieht sich auf Äußerungen, die als „Straftatenauslöser“ fungieren. Sie werfen die Frage nach ihrer Legitimation und den funktionalen Grenzen des Strafrechts auf, wurden jedoch bisher nur selten im Zusammenhang der motivationssanktionierenden Tatbestände analysiert. Das Projekt systematisiert und vergleicht die verschiedenen Motivationsdelikte in Frankreich und Deutschland und untersucht diese unter strafrechtsdogmatischen, kriminal- und rechtspolitischen Gesichtspunkten.

Forschungsschwerpunkt(e):
Strafrechtsvergleichung, funktionale Grenzen des Strafrechts

Deliktsbereich(e):
Motivationsdelikte

Rechtsordnung(en):
Deutschland, Frankreich

Zeitraum:
2017–2019

Status:
laufend

Kategorie:
Promotionsprojekt (IMPRS-CC)

39. Erkenntnis, Gewissheit und Rechtfertigung – Strafprozessuale Tatsachenfeststellung als Vergleichsgegenstand

Projektleitung: Lena M. Petri, J.D.

Als Fallstudie zur Vergleichbarkeit unterschiedlicher Strafprozessordnungen trägt die Arbeit zum methodischen Instrumentarium des funktionalen Rechtsvergleichs bei, indem sie mit Hilfe der analytischen Rechtsphilosophie die normative Funktion der Tatsachenfeststellung im Strafprozess als Grundzug der Legalität herausarbeitet. Darauf aufbauend wird ein tragfähiges Begriffsschema zur Strukturierung und Auswertung des Vergleichsstoffs vorgeschlagen.

Forschungsschwerpunkt(e):
Strafrechtsvergleichung

Deliktsbereich(e):
übergreifend

Rechtsordnung(en):
Deutschland, USA

Zeitraum:
2012–2018

Status:
laufend

Kategorie:
Promotionsprojekt (IMPRS-CC)

40. Die Rolle des Richters im adversatorischen und im inquisitorischen Beweisverfahren

Projektleitung: Dr. Emmanouil Billis, LL.M.

Die Dichotomie zwischen common law- und civil law-Strafverfahrenstypen betrifft unter anderem die unterschiedliche strukturelle Ausgestaltung des Beweisverfahrens. Den Kern der rechtsvergleichenden Forschungsarbeit bilden die heuristische Zusammenstellung von analytisch wertvollen extremen Prozesstypen und die rechtsvergleichende Modellanwendung mit Blick auf das nationale (englische und deutsche) sowie das internationale (EGMR, IStGH) Straf- und Beweisverfahrensrecht.

Forschungsschwerpunkt(e):
Strafrechtsvergleichung, funktionale
Grenzen des Strafrechts

Deliktsbereich(e):
übergreifend

Rechtsordnung(en):
Deutschland, England

Zeitraumen:
2012–2015

Status:
abgeschlossen

Kategorie:
Promotionsprojekt (IMPRS-CC)

41. Strafrechtlicher Strukturvergleich

Projektleitung: Prof. Dr. Eser, Prof. Dr. Walter Perron (Universität Freiburg)

In dem Projekt werden verschiedene Rechtsordnungen im materiellen Strafrecht auf Übereinstimmungen und Abweichungen, unter der besonderen Berücksichtigung des spezifischen Zusammenspiels von normativer Regelung und praktischer Anwendung, erforscht. Zunächst wurden zu dem Thema des Haustyrannenmordes Fallgruppen gebildet, die daraufhin zu untersuchen waren, nach welchen Kategorien sie erfasst werden und wie sie in der Praxis das Strafverfolgungssystem durchlaufen.

Forschungsschwerpunkt(e):
Strafrechtsvergleichung

Deliktsbereich(e):
Tötungsdelikt

Rechtsordnung(en):
8 europäische Rechtsordnungen

Zeitraumen:
1995–2015

Status:
abgeschlossen

Kategorie:
Gemeinschaftsprojekt

42. Konfliktregulierung in Deutschlands pluraler Gesellschaft

Projektleitung: Prof. Dr. Marie-Claire Foblets (MPI für ethnologische Forschung); Prof. Dr. Ulrich Sieber, Prof. Dr. Hans-Jörg Albrecht

Das Projekt untersucht empirisch, inwieweit und auf welche Weise bestimmte ethnische, kulturelle und religiöse Gemeinschaften in Deutschland Streitigkeiten durch alternative nichtstaatliche Mechanismen beilegen, welche Gemeinsamkeiten und welche Unterschiede zwischen den einzelnen Gemeinschaften bestehen und ob das Rechtsverständnis und die daraus resultierenden Praktiken der Konfliktregulierung im Widerspruch zum staatlichen Rechts- und Justizsystem stehen oder dieses ergänzen.

Forschungsschwerpunkt(e):
Strafrechtsvergleichung

Deliktsbereich(e):
übergreifend

Rechtsordnung(en):
Acht verschiedene Rechtsordnungen; Traditionelles Recht unterschiedlicher kultureller und religiöser Gemeinschaften

Zeitraumen:
2017–2019

Status:
laufend

Kategorie:
Gemeinschaftsprojekt

43. Normative Ordnungen in Minderheitengemeinschaften in Deutschland

Projektleitung: Avrooz Maghzi Najafabadi

Das Projekt untersucht von staatlichem Recht abweichende Streitschlichtungsmechanismen in Einwanderergemeinschaften und geht der Frage nach, wie der deutsche Staat angemessen auf eine Kollision von normativen Praktiken von Migranten und staatlichem Recht reagieren kann. Dafür werden zunächst Streitschlichtungsmechanismen in afghanischen Gemeinschaften in Deutschland empirisch untersucht. Anschließend wird mittels einer vergleichenden Untersuchung der Frage nachgegangen, inwieweit rechtspolitische Erfahrungen in Kanada und Großbritannien Lösungsansätze für das deutsche Recht bereithalten.

Forschungsschwerpunkt(e):
Strafrechtsvergleichung

Deliktsbereich(e):
Paralleljustizsysteme

Rechtsordnung(en):
Deutschland, England, Kanada;
private Rechtsordnungen

Zeitraumen:
2017–2019

Status:
laufend

Kategorie:
Promotionsprojekt (IMPRS-CC)

C. Forschungsprogramm und Projekte der Kriminologischen Abteilung

FORSCHUNGSPROGRAMM

Das Forschungsprogramm der Kriminologischen Abteilung konzentriert sich auf die Veränderungsprozesse, die im Zuge der grundlegenden gesellschaftlichen Umbrüche und Transformationen der Gegenwart nicht nur die Entstehungsbedingungen und Gelegenheitsstrukturen von Kriminalität – und damit auch die Erscheinungsformen der Kriminalität – verändern, sondern auch die gesellschaftlichen Reaktionen, die Instrumentarien der formalen Sozialkontrolle und dabei insbesondere der strafrechtlichen Intervention und strafrechtlicher Sanktionen. Dieser inhaltliche Fokus bestimmt den Zuschnitt und die Ausgestaltung der Forschungsschwerpunkte zu „Strafverfahren und Sanktionen im Wandel“, „Gefährliche Straftäter“, „Innere Sicherheit, organisierte Kriminalität und Terrorismus“ sowie „Kriminalität, sozialer Kontext und sozialer Wandel“.

In methodischer Hinsicht wird ein Schwerpunkt auf die Längsschnittforschung gelegt, die vor allem in der Freiburger Kohortenuntersuchung und in der Untersuchung der Wirkungen der Sozialtherapie auf die Rückfälligkeit von Sexual- und Gewaltstraftätern zum Ausdruck kommt, jedoch auch in Wiederholungsstudien, wie sie in Forschungen zur Implementierung des Umweltstrafrechts oder in der bundesweiten Rückfallstatistik sichtbar werden. Ferner konzentrieren sich verschiedene Projekte aus den Schwerpunkten „Kriminalität, sozialer Kontext und sozialer Wandel“ und „Innere Sicherheit“ auf Mehrebenenanalysen, die Variablen der Individualebene mit Daten des sozialen Kontexts und der Sozialstruktur zusammenführen. Das Forschungsprogramm ist dann bestimmt durch internationale Kooperationsprojekte und eine auch organisatorisch nachhaltige Zusammenarbeit in den durch die Schwerpunktsetzungen, insbesondere aber durch Forschungen zu „Kriminalpolitik und rechtsstaatliche Entwicklung in außereuropäischen und Übergangsgesellschaften“ definierten Fragestellungen.

Dabei geht es um die nunmehr in einem am Institut angesiedelten „Center for Chinese Legal Studies“ gebündelten und auch mit der Asienforschung der Universität Freiburg verknüpften Untersuchungen zur Entwicklung des Strafrechts und der Strafjustiz in China (Modernisierung der Strafjustiz), um das vor allem Probleme der Kriminalität und des Strafrechts in Übergangsgesellschaften aufgreifende Transkaukasische Forschungsinstitut in Tiflis, die Max-Planck-Partner-Gruppe „Balkan Criminology“ an der Universität Zagreb sowie empirische Untersuchungen zu den Auswirkungen der Legalisierung von Marihuana an der Universität Montevideo im Rahmen eines Instituts für empirische kriminologische Forschung in Lateinamerika (OLAP).

Die Kriminologische Abteilung sucht Innovation in der Entwicklung von Methoden, in der Interdisziplinarität und einer damit verbundenen vernetzten und internationalisierten Forschung, in der systematischen Aufbereitung kriminologischer Forschung sowie in der darauf gestützten Theoriebildung, die auf die Grundlagen strafrechtlicher Sozialkontrolle sowie die Kriminalitätsentstehung ausgerichtet ist. Ausgangspunkt ist dabei der gesellschaftliche Wandel, der Risiko, Gefahr und Sicherheit in den Mittelpunkt der Kriminalpolitik rückt.

In methodischer Hinsicht geht es um

- (a) die Herstellung und Vertiefung von Interdisziplinarität, insbesondere mit der Verschränkung normativer und empirischer Zugänge,
- (b) die Internationalisierung der Forschung durch eine Vernetzung mit an ähnlichen Fragestellungen arbeitenden Forschungseinrichtungen des Auslands,
- (c) den internationalen Vergleich,

- (d) die Erfassung von Wandel und Veränderung, insbesondere auch im Hinblick auf die eine Veränderung beeinflussenden Merkmale in Längsschnitt- und Replikationsuntersuchungen,
- (e) die Fortentwicklung methodischer Ansätze, die der Identifizierung kausaler Zusammenhänge und Bedingungsbeziehungen in einem Feld dienen, das sich für das klassische kontrollierte Experiment (auch aus methodischen und theoretischen Erwägungen heraus) nicht immer eignet,
- (f) die Fortbildung von Mehrebenenanalysen, in denen Daten zur Mikroebene des Handelns mit den Ebenen der sozialen Umwelt von Akteuren und der sozialen Strukturen zusammengeführt werden,
- (g) die Entwicklung von methodischen Instrumenten, mit denen an den Schnittstellen von Recht und (sozialen/rechtlichen) Tatsachen systematisch Informationen erhoben werden können, die eine tragfähige Grundlage für Evaluation und Erklärung hergeben.

In der Entwicklung der Theorie geht es um

- (a) die Erklärung von Kriminalität unter den Bedingungen moderner Gesellschaften, die durch zunehmende kulturelle und ethnische Heterogenität sowie Individualisierung geprägt sind,
- (b) theoretische Modelle der Kriminalität, in denen Variablen der Mikro-, Meso- und Makroebenen zusammengeführt werden,
- (c) die Erklärung von Beteiligung und Ausstieg an/aus Kriminalität im Lebensverlauf,
- (d) theoretische Modelle, die die Erklärung der Varianz und der Bewegungen in Verbrechensfurcht und Unsicherheitsgefühlen verbessern,
- (e) die Erklärung von Veränderungen in der strafrechtlichen Sozialkontrolle.

Aus dem interdisziplinären, auf Längsschnitt und Verläufe angelegten sowie vergleichenden Vorgehen sollen auch Bausteine zu einer Theorie der Sicherheit entstehen, die den relativen Beitrag des Strafrechts in Form von Verfahren und Sanktionen und damit die Grenzen der gesellschaftlichen Steuerung durch Strafrecht offenlegt.

Im Berichtszeitraum konzentrierten sich die Arbeiten der Abteilung Kriminologie auf die Fertigstellung der Forschungsprojekte und die Veröffentlichung der Forschungsergebnisse. Bis zum Übergang der Institutsleitung an Nachfolgerinnen/Nachfolger sollen alle Forschungsprojekte mit Forschungsberichten abgeschlossen sein.

1. Schwerpunkt: Strafverfahren und Sanktionen im Wandel

In dem Gesamtsystem strafrechtlicher Sozialkontrolle stehen das Strafverfahrensrecht wie auch das Sanktionenrecht exemplarisch für die Definition, die Ausgestaltung, die Reichweite und die Grenzen strafrechtlicher Interventionen. Gesellschaftliche Transformationen, technologische Entwicklungen und damit einhergehende Veränderungen in den Kriminalitätsphänomenen (dies umfasst vor allem die sogenannte Transaktionskriminalität, die sich heute neben den „klassischen“ Bereichen wie Korruption und Drogenhandel auch auf den virtuellen Bereich verbotener Inhalte im weltweiten Cyberspace erstreckt) stellen das Strafrecht vor neue Herausforderungen. Die Weiterentwicklung der bestehenden Eingriffsbefugnisse und die damit verbundenen rechtlichen und praktischen Konsequenzen für das System als Ganzes werden in diesen Bereichen besonders augenfällig, und zwar weit mehr als in anderen Bereichen des (materiellen) Strafrechts. Damit einhergehend konzentrieren sich die politischen Kontroversen auf Fragestellungen des Verfahrensrechts und dort auf verdeckte und technische Informationsbeschaffung. Jedoch erfahren auch „klassische“ Maßnahmen wie die Durchsuchung von Räumlichkeiten, die zum traditionellen Bestand des strafprozessualen Ermittlungsinstrumentariums zählen, durch technologische Veränderungen und Fortschritte, insbesondere die Digitalisierung eine Neubewertung. Denn der Zugriff auf elektronisch gespeicherte Informationen verändert nicht nur den äußeren Ablauf solcher Maßnahmen; zugleich eröffnen sich neue Probleme der Grenzziehung zwischen verschiedenen Instrumenten und ihren Rechtsgrundlagen und ferner neue Fragestellungen der Verhältnismäßigkeit und des Datenschutzes.

Im Hinblick auf diese Entwicklungen setzt das kriminologische Forschungsprogramm des Instituts einen besonderen Schwerpunkt auf die empirische Strafverfahrensforschung. Erweitert wird diese Forschungslinie um die empirische Sanktionsforschung, mit der ebenfalls Veränderungsprozesse und Wandel thematisiert werden.

Im Bereich der Strafverfahrensforschung liegt der Schwerpunkt bereits seit längerem auf der Untersuchung der Entwicklung, Implementierung und auf der Evaluation neuer Technologien in strafrechtlichen Ermittlungsverfahren. Exemplarisch hierfür steht die Überwachung der Kommunikation, die gerade im Zusammenhang mit Transaktionskriminalität und Terrorismus von besonderer Bedeutung ist. Kommunikation verweist auf Netzwerke, das Vorfeld von Straftaten und die Anbahnung von Transaktionen. Die kriminalpolitischen Herausforderungen in diesem Bereich lassen sich insbesondere durch das Spannungsverhältnis zwischen der Grundrechtsrelevanz dieser Eingriffe einerseits (die sich im Zugriff auf die Privatsphäre und teilweise in der weiten Erfassung nicht beschuldigter Kommunikationsteilnehmer manifestiert) sowie dem Interesse der Strafverfolgungsbehörden an effektiven Ermittlungsansätzen andererseits charakterisieren. Der Bedarf ist unmittelbare Folge eines von der Strafverfolgung reklamierten strukturellen Defizits, das als zunehmendes Versagen der „klassischen“ strafprozessualen Ermittlungsmethoden infolge des im Bereich der Transaktionskriminalität und anderer Formen der Kontrollkriminalität regelmäßigen Fehlens von Opfern (Anzeigeerstatern) beschrieben wird. Jedoch haben sich auch im Bereich der konventionellen Kriminalität Deliktformen mit unmittelbarem Telekommunikationsbezug herausgebildet, bei denen der Rückgriff auf die damit im Zusammenhang stehenden Datenbestände einerseits naheliegt, andererseits auch den einzigen erfolgversprechenden Ermittlungsansatz zu bilden scheint. Dies kann der Zugriff auf Verkehrsdaten bei illegalen Computeraktivitäten oder Straftaten mittels Telekommunikation wie Drohanrufe oder Stalking ebenso sein wie die Ermittlung von Gerätenummern im Falle des Diebstahls oder Raubes von Mobiltelefonen.

Begehungsmodalitäten und Ermittlungsoptionen haben sich gleichermaßen verändert und erweitert. Die neuen Ermittlungsmethoden sind dann an der Schnittstelle zur Prävention angesiedelt und weisen häufig einen expliziten repressiv-präventiven Doppelcharakter auf. Dieser unmittelbare Bezug zur Prävention verweist auf eine weitere Entwicklungslinie aktueller Kriminalpolitik. Insbesondere dort, wo organisierte Kriminalität und Terrorismus im Zentrum stehen, geht es um mehr als die bloße Anpassung der bisherigen Ermittlungsinstrumente auf die im Vergleich zur konventionellen Kriminalität veränderten Einsatzbedingungen. Hier steht die gezielte Erweiterung verdeckter Ermittlungsmöglichkeiten im Zentrum der kriminalpolitischen Interessen.

Nach dem Abschluss verschiedener Forschungsprojekte zu verdeckten Ermittlungsmethoden, insbesondere zur Telekommunikationsinhaltsüberwachung, zur akustischen Wohnraumüberwachung, zur Rasterfahndung sowie zur Abfrage von Telekommunikationsverkehrsdaten und der Vorratsspeicherung wurde auch die Ende 2013 zusammen mit dem Lehrstuhl Poscher an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Freiburg begonnene Evaluierung der zur Abwehr von Gefahren des internationalen Terrorismus eingeführten §§4a, 20j, 20k des Gesetzes über das Bundeskriminalamt fertiggestellt und veröffentlicht. Hier ging es im Kern um die Rasterfahndung und um den verdeckten Eingriff in informationstechnische Systeme. Die Evaluationsuntersuchung folgte einer Ausschreibung des Bundesministeriums des Inneren und zielte auf eine staatsrechtswissenschaftliche Analyse der erweiterten Ermittlungs- und Informationsbeschaffungsbefugnisse des Bundeskriminalamts, die verschränkt ist mit einer empirischen Evaluation. Zwar stand dabei zunächst die Gefahrenabwehr im Vordergrund. Doch wurden auch repressive Konsequenzen insbesondere für die Bestimmung der Eingriffstiefe der zur Gefahrenabwehr vorgenommenen Maßnahmen in den Blick genommen. Ausgangspunkt der empirischen Untersuchung war eine Analyse aller Fälle, in denen die Zuständigkeit des BKA zur Abwehr von Gefahren des internationalen Terrorismus geprüft wurde. Aus den zwischen 2009 und 2015 angefallenen 1.850 Sachverhalten entstanden 17 Gefahrenabwehrvorgänge, in denen dann präventive Maßnahmen eingesetzt wurden. Dabei zeigt sich (erwartungsgemäß), dass Rasterfahndung und Online-Durchsuchung nur ganz selten zum Einsatz kommen. Schwerpunkte gefahrabwehrender Maßnahmen liegen in der Inhaltskommunikationsüberwachung und in der Verkehrsdatenabfrage, ferner in der polizeilichen Beobachtung. Im Übrigen werden durchschnittlich etwa 100 Unbetei-

ligte durch die präventiven Maßnahmen betroffen, was die Reichweite (und Tiefe) der Eingriffe unterstreicht. Die Untersuchung zur Praxis der Durchsuchung von Wohn- und Geschäftsräumen (2007–2015) stellt nicht nur die erste systematische Untersuchung zur Häufigkeit und Durchführungspraxis dieser traditionellen, auf den physischen und nicht-heimlichen Zugriff ausgerichteten Ermittlungsmaßnahme dar, sondern evaluiert darüber hinaus auch Möglichkeiten und Reichweite speziell im Hinblick auf digital gespeicherte Informationen. Die Untersuchung leistet damit auch einen empirisch fundierten Beitrag zur kriminalpolitischen Debatte um die Notwendigkeit neuer Regelungen zum heimlichen Zugriff auf Datenbestände (Online-Durchsuchung).

Die empirische Sanktionsforschung ist im Berichtszeitraum mit verschiedenen Projekten repräsentiert. Ein Schwerpunkt lag dabei auf der bundesweiten Rückfallstatistik, die nunmehr auf der Grundlage einer DFG-Förderung fortgeführt werden kann und auf Dauer gestellt werden soll. Ziel des Kooperationsprojektes mit der Universität Göttingen ist die Weiterentwicklung der Rückfallforschung durch die Etablierung einer aussagefähigen und langfristig angelegten nationalen Rückfallstatistik. Auf diese Weise wird zunächst ein signifikanter Beitrag zur Verbesserung der Datenlage zu Rückfall und Legalbewährung nach verschiedenen Sanktionen in Deutschland geleistet. Ferner bietet die Datenbasis nach drei Wellen nunmehr die Möglichkeit, aussagekräftige Untersuchungen zur Entwicklung von Rückfallraten auch im Längsschnitt durchzuführen. Die Grunddaten der Rückfallstatistik liefern im Übrigen für schwere Straftaten eine unerlässliche Basis für die Fortentwicklung der Gefährlichkeitsprognose und darauf bezogener Prognoseinstrumente. Denn die Rückfallstatistik erlaubt es erstmals, allgemeine Rückfallraten aus den Grundgesamtheiten nach verschiedenen Kriminalstrafen und Maßregeln der Besserung und Sicherung zu berechnen.

Einen zweiten Schwerpunkt bilden Untersuchungen zur elektronischen Überwachung. Die Datenerhebung zu den im Zeitraum 2000–2014 in Hessen durchgeführten Verfahren mit elektronischer Überwachung wurde auf der Grundlage der jeweiligen Strafakten abgeschlossen. Die Untersuchung der zum 01.01.2010 in Baden-Württemberg eingeführten elektronischen Fußfessel ist fertiggestellt und bezogen auf die Implementierungsphase veröffentlicht (Schwedler, A., Wößner, G.: Elektronische Aufsicht bei vollzugsöffnenden Maßnahmen. Implementation, Akzeptanz und psychosoziale Effekte des baden-württembergischen Modellprojekts. Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht. Kriminologische Forschungsberichte K 169. Duncker & Humblot, Berlin 2015). Das baden-württembergische Programm war, anders als das hessische, auf den strafverkürzenden bzw. strafersetzenden Einsatz (sog. „back end“-Einsatz) ausgerichtet. Im Zusammenhang mit der Untersuchung des Rückfalls nach elektronischer Überwachung gelang es, ein kontrolliertes (randomisiertes) Experiment zu implementieren. Die Ergebnisse zeigen, dass sich im Vergleich verschiedener Experimental- und Kontrollgruppen Rückfallraten nicht signifikant unterscheiden. Die Veröffentlichung des Forschungsberichts zum Rückfall nach elektronischer Überwachung ist für 2018 vorgesehen. Die Evaluationsstudie zum Einsatz der elektronischen Überwachung in Korea wurde veröffentlicht (Min Kyung Han: The Effectiveness of Electronic Monitoring in Korea. Berlin: Duncker & Humblot 2017).

Auch die Untersuchung zur Anwendung des Umweltstraf- und Ordnungswidrigkeitenrechts in Deutschland und im Vergleich der Implementierungsprozesse und -ergebnisse in den 1980er Jahren wurde publiziert (Klüpfel, C.: Vollzugspraxis des Umweltstraf- und Umweltordnungswidrigkeitenrechts. Eine empirische Untersuchung zur aktuellen Anwendungspraxis sowie zur Entwicklung des Fallspektrums und des Verfahrensgangs seit den 1980er Jahren. Berlin: Duncker & Humblot 2016).

Hervorzuheben ist dann der Abschluss einer Untersuchung zum Einfluss hohen Alters sowie schwerer oder unheilbarer Krankheit auf die vorzeitige Entlassung aus der Strafhaft, die im Rahmen der Doktorandenschule MaxNetAging und am Beispiel von England/Wales und unter besonderer Berücksichtigung der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte durchgeführt wurde. Der Forschungsbericht wurde zur Veröffentlichung durch den Routledge Verlag angenommen (Khechumyan, A.: Imprisonment of the Elderly and Death in Custody: The Right to Review. Routledge, London, New York 2018).

Schließlich wurde im Berichtszeitraum eine empirische Studie zum Einsatz und zum Potenzial des Täter-Opfer-Ausgleichs im Vollzug von Freiheitsstrafen durchgeführt und fertiggestellt, deren Ergebnisse nunmehr in der Kriminologischen Forschungsreihe publiziert wurden (Kilchling, M.: Täter-Opfer-Ausgleich im Strafvollzug. Wissenschaftliche Begleitung des Modellprojekts Täter-Opfer-Ausgleich im baden-württembergischen Justizvollzug. Duncker & Humblot, Berlin 2017). Im Übrigen rundet eine explorative Studie, die im Auftrag des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz erarbeitet wurde und die auf die Beantwortung der Frage zielt, ob, in welchem Umfang und auf welche Weise die Opferschutzstandards, die sich seit vielen Jahren im Strafprozessrecht etabliert und bewährt haben, auch in andere gerichtliche Verfahrensordnungen, namentlich die ZPO, das FamFG und das ArbGG sowie das SGG übertragen werden können und sollen, die Forschungen zum Opfer in gerichtlichen Verfahren ab (Kilchling, M.: Opferschutz innerhalb und außerhalb des Strafrechts. Perspektiven zur Übertragung opferschützender Normen aus dem Strafverfahrensrecht in andere Verfahrensordnungen. Duncker & Humblot, Berlin 2018).

2. Schwerpunkt: Gefährliche Straftäter

Der Forschungsschwerpunkt „Gefährliche Straftäter“ befasst sich aus verschiedenen Perspektiven mit kriminalpolitischen Diskursen und Reformen, der Gefährlichkeitsprognose, Interventionsmöglichkeiten zur Reduzierung von Gefährlichkeit und Rückfallrisiko sowie besonderen (Behandlungs-)Bedürfnissen bei als gefährlich eingeschätzten Straftätern. Zwei langfristig angelegte Projekte bilden den Kern des Forschungsschwerpunkts: Zum einen liefert die Freiburger Kohortenstudie, die seit 1986 alle polizeilichen Registrierungen bestimmter Geburtsjahrgänge in Baden-Württemberg aufbereitet und auswertet, grundlegende Erkenntnisse zu Zusammenhängen von Sexualkriminalität, unterschiedlichen Formen der Tatbegehung und der Entwicklung von Verläufen der Sexualdelinquenz. Ein weiteres langfristig angelegtes Projekt stellt die Evaluationsstudie „Sexualstraftäter als Herausforderung für Forschung und Kriminalpolitik“ dar. In dieser – einen Längsschnitt von 12 Jahren umfassenden – Untersuchung wird die präventive Wirksamkeit der Behandlung von Sexualstraftätern in den sozialtherapeutischen Abteilungen des Freistaates Sachsen thematisiert. Das Projekt knüpft damit an die seit den 1980er Jahren durch die Kriminologische Abteilung realisierte Evaluation von Behandlungsmaßnahmen im Strafvollzug (und in der Sozialtherapie) an. Im Mittelpunkt stehen dabei die Frage nach der Wirksamkeit von (Sexual-)Straftäterbehandlung, die Suche nach kriminogenen und protektiven Faktoren im Rahmen der Rückfallforschung, die Bestandsaufnahme prognostisch relevanter Kriterien sowie die Erforschung der Situation von Haftentlassenen im Übergang vom Strafvollzug in die Freiheit und im ersten Jahr nach der Haftentlassung. Die auf 12 Jahre angelegte Studie erfasst zu mehreren Zeitpunkten des Haft- und Behandlungsverlaufs sowie in der Nachentlassungsphase und im Prozess der Wiedereingliederung theoretisch begründete Merkmale im Hinblick auf Ausprägungen und Veränderungen, wobei der Kontrolltheorie besondere Aufmerksamkeit gilt. Durch das auch die Nachentlassungssituation einschließende und Kontrollgruppen berücksichtigende Design werden differenzierte und die Auswirkungen der Sozialtherapie nachvollziehbar darstellende Analysen ermöglicht. Nach dem Abschluss der Datenerhebungen im Strafvollzug wurden die Bundeszentralregisterauszüge angefordert, die nunmehr der Durchführung von Analysen zum Rückfall dienen. In der Untersuchung der Wiedereingliederung und des Abbruchs bzw. des Fortsetzens krimineller Aktivitäten wurde über die Erhebung der registrierten Kriminalität in einer Selbstberichtsstudie das Dunkelfeld einbezogen. Damit wird nicht nur die Nachentlassungssituation aufgegriffen und in einen auch theoretisch belangvollen Zusammenhang mit den (sozialtherapeutischen) Vollzugsverläufen gestellt. Mit der Dunkelfeld- und Wiedereingliederungsstudie wird erstmals ein Forschungsmodul implementiert, das über die offiziell bekannt gewordene Kriminalität hinausgeht und eine international feststellbare Forschungslücke schließt. Somit ist eine differenzierte Untersuchung des offiziell registrierten und im Dunkelfeld verbleibenden Rückfalls von Sexual- bzw. Gewaltstraftätern unterschiedlichen Alters unter Berücksichtigung verschiedener Interventionen (Regelvollzug versus Sozialtherapie) möglich. In einer gesonderten und qualitativ orientierten Studie erfuhr die Fragestellung des Abbruchs von kriminellen Karrieren (desistance) besondere Aufmerksamkeit. Die Untersuchung des Abbruchs krimineller

ler Karrieren ist abgeschlossen und wird Anfang 2019 veröffentlicht. Neben dem Hauptprojekt der Evaluation von Behandlungsmaßnahmen bei erwachsenen Sexual- und Gewaltstraftätern widmet sich eine Teilstudie dezidiert der Untersuchung jugendlicher Gefangener mit derselben Fragestellung und dem gleichen Forschungsdesign, das auch für die Studie der Erwachsenen handlungsleitend ist. Der Gesamtbericht zur Evaluation der Sozialtherapie in Sachsen wird 2019 veröffentlicht werden.

Schließlich wurde eine international vergleichende Untersuchung zu den rechtlichen Rahmenbedingungen der Gefährderüberwachung fertiggestellt und veröffentlicht (Chalkiadaki, V.: Gefährderkonzepte in der Kriminalpolitik. Rechtsvergleichende Analyse der deutschen, französischen und englischen Ansätze. Springer, Wiesbaden 2017).

3. Schwerpunkt: Innere Sicherheit, organisierte Kriminalität, Terrorismus – gesellschaftliche Wahrnehmungen und Reaktionen

Die Arbeiten im Forschungsschwerpunkt „Innere Sicherheit“ konzentrieren sich sowohl auf die objektive Sicherheitslage als auch subjektive Wahrnehmungen von Sicherheit (bzw. Unsicherheit). Im Zentrum der Untersuchungen stehen mehrere Kooperationsprojekte, die sich aus komplementären, interdisziplinär angelegten Modulen zusammensetzen. Dabei handelt es sich um das Projekt „Barometer Sicherheit in Deutschland“ (BaSiD), das in seinen zentralen Bestandteilen im Berichtszeitraum fertiggestellt worden ist. Untersuchungen zu „Kriminalitätswahrnehmungen und -erfahrungen im europäischen Vergleich“ sind in verschiedenen Zeitschriftenartikeln präsentiert worden. Aus ihnen ergibt sich die erhebliche Bedeutung von sozialer Sicherheit und von vertikalem Vertrauen für das Ausmaß von Unsicherheitsgefühlen und Kriminalitätsangst. In diesen Analysen erfolgt eine systematische und innovative Verknüpfung von kriminologischer, soziologischer, (sozial-)psychologischer und politischer Theorie.

Sicherheit hat sich zu einem Leitmotiv von Politik und „Good Governance“ entwickelt. Mit „Sicherheit“ werden komplexe Grundlagenfragen auch der Kriminologie und des Strafrechts angesprochen, die mit BaSiD aufgegriffen wurden. In diesem Projekt wurden Wahrnehmungen, Lagebilder, Bedingungen und Erwartungen zur Sicherheit sowie Zusammenhänge zwischen Sicherheitswahrnehmung und technisierten Formen der sozialen Kontrolle und Überwachung in einem Verbund aus dem Max-Planck-Institut als Konsortialführer, vier Universitäten, die verschiedene Disziplinen repräsentieren (Soziologie, Medienwissenschaft, Katastrophenforschung und Ethik), dem Bundeskriminalamt sowie dem Fraunhofer Institut für System- und Innovationsforschung ermittelt und analysiert. Die exemplarische Studie basiert auf der Kombination von grundlegender Datenerhebung, Methodenentwicklung und anwendungsorientierter Auswertung in einem gesellschaftswissenschaftlichen Verbund, der auch die Ausleuchtung ethischer Fragestellungen und der Grenzen von Sicherheitsforschung vorsieht. Design, Methodik und Resultate dieser Studie dienen als Grundlage und Orientierungsmaßstab für die Durchführung von (deutschen wie europäischen) Vergleichs- und Folgestudien. Mit der Erforschung von wahrgenommenen und gefühlten Sicherheiten schloss das Projekt eine bedeutsame Wissenslücke in der Sicherheitsforschung. Zudem gelang es dem Konsortium auf innovative Weise, Grundlagenforschung, qualitative und quantitative empirische Ergebnisse sowie praktische Umsetzbarkeit miteinander zu verbinden. Die Grundlagenforschung ermöglicht es, fundierte und die Disziplinen übergreifende Erkenntnisse zur Sicherheit und vor allem zu Zusammenhängen zwischen Sicherheitstechnologien und Sicherheitswahrnehmungen zu gewinnen. Die Untersuchung bietet neben der Herstellung einer soliden empirischen Grundlage eine umfassende Bestandsaufnahme zu objektivierten und subjektiven Sicherheiten sowie ihre Einbettung in eine disziplinübergreifende Theorie.

Angesichts der zentralen Stellung von Sicherheit in modernen Gesellschaften spricht das Verbundprojekt BaSiD auch Politik und Öffentlichkeit an. Die Datenanalysen sind im Berichtszeitraum in allen Modulen abgeschlossen worden. Im Anschluss an das Erscheinen des Abschlussberichts zum Modul der gesamtdeutschen Dunkelfeldstudie 2012 wurden die Ergebnisse zum Barometer Sicherheit für alle Teilmodule veröffentlicht (Haverkamp, R., Arnold, H. (Hrsg.):

Subjektive und objektivierbare Bedingungen von (Un-)Sicherheit. Studien zum Barometer Sicherheit in Deutschland (BaSiD). Duncker & Humblot, Berlin 2015). Vertiefende Analysen erfolgten in einem in der Forschungsreihe des Bundeskriminalamts herausgegebenen Sammelband (Birkel, C., Hummelsheim-Doss, D., Leitgöb-Guzy, N., Oberwittler, D. (Hrsg.): Opfererfahrungen und kriminalitätsbezogene Einstellungen in Deutschland. Vertiefende Analysen des Deutschen Viktimisierungssurvey 2012 unter besonderer Berücksichtigung des räumlichen Kontextes. Reihe „Polizei + Forschung“ 49. Bundeskriminalamt, Wiesbaden 2016). Das dem Viktimisierungssurvey zugrunde liegende Erhebungsinstrument wurde nunmehr in einer zweiten nationalen Viktimisierungsuntersuchung eingesetzt. In die Auswertung der zweiten Befragungswelle ist das Max-Planck-Institut eingebunden. Damit wird BaSiD zum Ausgangspunkt für regelmäßig wiederholte Kriminalitätssurveys, die in Zukunft die unerlässliche Grundlage für die Analyse von Kriminalitätsentwicklungen auf der Grundlage offizieller Datenbestände und von Befragungsdaten herstellen werden.

Die in BaSiD aufgeworfenen Fragestellungen wurden in einer weiteren Untersuchung, die sich mit der Bedeutung kriminalitätsbezogener Unsicherheitswahrnehmungen für die Lebensqualität und das soziale Leben in Großstädten befasst, vertieft. Angesichts des demographischen Wandels und einer zunehmenden Alterung der Bevölkerung wird sich gerade die Frage nach der Sicherheit und der Sicherheitsgefühle älterer Menschen in Zukunft verstärkt stellen. Das Verbundprojekt „Sicherheit älterer Menschen im Wohnquartier. Analysen und Konzeption des Praxismodells „Senioren-sicherheitskoordination“ (SENSIKO) stellt Unsicherheitswahrnehmungen in den breiteren Kontext des kollektiven Sozialkapitals in Wohnquartieren. Damit werden die Bezüge zwischen Kriminalitätsfurcht und dem sozialen Klima in Wohnquartieren betont. Ältere Menschen werden zwar seltener Opfer, haben jedoch aufgrund erhöhter Verletzlichkeit intensivere Furcht vor Kriminalität als jüngere und reagieren stärker mit Rückzugs- und Vermeidungsverhalten und damit geringerer sozialer Teilhabe. Dies kann negative Konsequenzen für die Lebensqualität und das kollektive Sozialkapital in Wohnquartieren haben. Die Untersuchung basiert auf einem Mehrebenen- und Längsschnittdesign, mit dem Befragungs-, Beobachtungs- und Strukturdaten auf einer kleinräumigen Ebene zusammengeführt werden. In einer anwendungsorientierten Perspektive der Sozialraumforschung wurden ferner Handlungsansätze der Prävention von Kriminalität und Unsicherheitsempfinden und der Förderung gesellschaftlicher Teilhabe und des lokalen Sozialkapitals praxisnah entwickelt und gleichzeitig evaluiert. Das Projekt wurde im Berichtszeitraum abgeschlossen. Der Forschungsbericht wurde veröffentlicht (Oberwittler, D., Gerstner, D., Janssen, H.J.: Ergebnisse der SENSIKO-Studie zur Sicherheitslage und Sicherheitswahrnehmung im Alter. In: Projektberichte (working papers) SENSIKO – Sicherheit älterer Menschen im Wohnquartier 4, 2016).

In einem im Jahr 2016 begonnenen Projekt werden zentrale Annahmen des Predictive Policing untersucht. Es geht hier um die Evaluation eines baden-württembergischen Pilotprojekts, das vor dem Hintergrund eines deutlichen Anstiegs der Wohnungseinbrüche in Deutschland in Gang gesetzt wurde, um diesen Trend zu stoppen oder im besten Fall umzukehren. Dabei wird auf Methoden des Predictive Policing, also der auf statistischen Vorhersagen basierenden Vorbeugung in besonders gefährdeten Räumen gesetzt. In Baden-Württemberg wurde hierzu am 30.10.2015 das Pilotprojekt Predictive Policing P4 gestartet. Dieses wurde unter Leitung einer Projektgruppe des Landeskriminalamtes Baden-Württemberg in den Polizeipräsidien Stuttgart und Karlsruhe durchgeführt. Wie auch im Bundesland Bayern und in einigen Gebieten der Schweiz kam dabei die Software PRECOBS des Instituts für musterbasierte Prognosetechnik aus Oberhausen zum Einsatz. Das Max-Planck-Institut übernahm die Untersuchung der Implementation sowie der Evaluation. Die Ergebnisse verweisen darauf, dass Effekte des Predictive Policing nur schwach ausfallen. In einer Anschlussuntersuchung, die nunmehr experimentell angelegt ist, werden die Untersuchungen vertieft. Der Forschungsbericht wird in der ersten Jahreshälfte 2019 vorliegen.

Der „Fachdialog Sicherheitsforschung“, an dem das Max-Planck-Institut sowie das Soziologische Institut der Universität Freiburg unter Leitung des Fraunhofer Instituts für System- und Innovationsforschung (ISI/Karlsruhe) teilnahmen, war auf sicherheitstechnologische Aspekte

konzentriert. Auf der Grundlage eines fachlich-interdisziplinären Austausches wurden grundlegende Entwicklungen der gesellschaftlichen Sicherheitskultur sowie der institutionellen Sicherheitsarchitektur erfasst. Mit mehreren Workshops zu sicherheitsbezogenen Themen wurde der Fachdialog abgeschlossen. Die interdisziplinäre Reihe „Schriften zum Fachdialog Sicherheitsforschung“ und die seit 2016 erfolgende Herausgabe des „European Journal for Security Research“ werden Ergebnisse europaweiter, interdisziplinärer empirischer Sicherheitsforschung abbilden.

Ein bislang vernachlässigtes Forschungsfeld wird mit dem 2014 initiierten Projekt WiSKoS aufgegriffen. WiSKoS zielt auf die systematische Erfassung der Wirtschaftsspionage und Konkurrenzausspähung, der darauf bezogenen staatlichen Kontrollstrukturen und der innerbetrieblichen Erkennungs- und Präventionsstrategien in Deutschland und Europa. Neben einer Bestandsaufnahme des Status Quo wird der Optimierungsbedarf ermittelt, was die Suche nach Alternativmodellen und -strategien im europäischen Ausland einschließt. Die Untersuchung umfasst im Übrigen die Erhebung von Befragungsdaten sowie Aktenanalysen.

4. Schwerpunkt: Kriminalität, sozialer Kontext und sozialer Wandel

Der Forschungsschwerpunkt „Kriminalität, sozialer Kontext und sozialer Wandel“ bündelt Untersuchungen, die sich aus verschiedenen Perspektiven mit Fragestellungen sich verändernder Bedingungen der Entstehung von Kriminalität und damit auch verknüpften Veränderungen strafrechtlicher Sozialkontrolle befassen.

Einen zentralen Bestandteil dieses Schwerpunkts stellen die Freiburger Kohortenstudie zur Entwicklung polizeilich registrierter Kriminalität und strafrechtlicher Sanktionierung auf der Grundlage verschiedener Geburtskohorten in Baden-Württemberg sowie Untersuchungen zu „Polizei und Jugendliche[n] in multi-ethnischen Gesellschaften“ dar.

Bei der Freiburger Kohortenstudie handelt es sich um ein langfristig angelegtes Projekt der kriminologischen Grundlagenforschung, das durch sein besonderes Kohortendesign einzigartig in der Bundesrepublik ist. Der Schwerpunkt der seit den 1980er Jahren kontinuierlich fortgeschriebenen Studie liegt in der Schaffung einer stabilen Datengrundlage zur Analyse delinquenten Verhaltens im Lebenslauf. Dieser ist nun in der Geburtskohorte von 1970 von einem Alter von 7 Jahren (Polizei) bzw. 14 Jahren (Justiz) bis zu einem Alter von knapp 50 Jahren erfasst. Mit diesen Daten kann ferner die Entwicklung offiziell registrierter Kriminalität seit der Mitte der 1980er Jahre nachverfolgt werden, wobei die mehrfachen Ziehungen von Geburtskohorten differenziertere Analysen zulassen, als dies anhand der amtlichen Statistiken (z.B. PKS) möglich wäre. Nicht zuletzt können die Art der justiziellen Reaktion in Abhängigkeit von delikt-spezifischen und biographischen Faktoren untersucht sowie die Veränderungen in den justiziellen Reaktionsformen über die letzten drei Jahrzehnte aufgezeigt werden. Die Größe der untersuchten Populationen – jeweils komplette Geburtsjahrgänge aus ganz Baden-Württemberg – garantiert die Repräsentativität und Aussagekraft auch bei der Analyse seltener Kriminalitätsformen. Dies, zusammen mit der inzwischen abgedeckten Zeitspanne und der Erfassung von nicht nur Männern, sondern auch Frauen, lässt der Studie auch im internationalen Vergleich einen besonderen Status zukommen. Im Übrigen ist auf die Erfüllung sehr aufwendiger Anforderungen des Datenschutzes hinzuweisen.

Das international vergleichende Projekt POLIS leistet einen Beitrag zu einem Forschungsfeld, das nicht nur wegen der in verschiedenen europäischen Ländern immer wieder aufflackernden Unruhen von hoher kriminalpolitischer Bedeutung ist, sondern vor allem wegen der Orientierung an Grundlagenfragen zu Interaktionen zwischen sozialer Kontrolle und (kollektiver) Gewalt sowie des vergleichenden und auf die Integration qualitativer und quantitativer Methoden angelegten Datenzugangs ein herausragendes theoretisches und methodisches Potenzial besitzt. In französischen und britischen Großstädten ist es in den vergangenen Jahren wiederholt zu schweren gewaltsamen Jugendprotesten gekommen, die zumeist durch eskalierende Konflikte

zwischen Polizei und Jugendlichen mit Migrationshintergrund ausgelöst wurden. Dies legt nahe, dass ein Mangel an Legitimität und Akzeptanz polizeilichen Handelns eine ernst zu nehmende Bedrohung für multi-ethnische urbane Gesellschaften darstellt. Vertrauen in die Polizei (und in andere staatliche Institutionen) ist das Ergebnis gesellschaftlicher Verfasstheit insgesamt, aber auch konkreter alltäglicher Erfahrungen der Bürgerinnen und Bürger mit den Repräsentanten des Staates. Tatsächlich zeigt der Vergleich Frankreich/Deutschland bedeutsame Unterschiede in polizeilichen Kontrollmustern und insbesondere im Ausmaß des Vertrauens von jungen Menschen in die Polizei. Ein besseres Verhältnis der deutschen Polizei zur „Problem-Klientel“ liegt nicht nur an dem geringeren Ausmaß sozialer und städtebaulicher Segregation, sondern auch an einer erfolgreichen kommunikativen Strategie und einem Rollenverständnis, die auf Deeskalation ausgerichtet sind. Die Ergebnisse der Untersuchungen wurden in mehreren Forschungsberichten veröffentlicht (Hunold, D.: Polizei im Revier. Polizeiliche Handlungspraxis gegenüber Jugendlichen in der multiethnischen Stadt. Duncker & Humblot, Berlin 2015; Schwarzenbach, A.: Youth-Police Relation in Multi-Ethnic Cities. Duncker & Humblot, Berlin 2018; Oberwittler, D., Roché, S. (Hrsg.), Police-Citizen Relations around the World. Comparing Sources and Contexts of Trust and Legitimacy. Routledge, London 2018).

In der Untersuchung „Intensivbewährung und jugendliche Intensivtäter“ wurde auf der Basis einer Triangulationsstudie das Modellprojekt „Rubikon“ der Bewährungshilfe am Landgericht München I evaluiert, das seit 2010 eine gezielte Betreuung jugendlicher und heranwachsender Intensiv- und Mehrfachtäter in München vorsieht. Im Vordergrund standen dabei neben dichten Beschreibungen der für Intensivtäter implementierten polizeilichen, fürsorgerischen und pädagogischen Maßnahmen Fragestellungen zur Fortsetzung und zum Abbruch krimineller Karrieren (desistance). Ferner wurde ein Evaluationsdesign implementiert, das der Entwicklung adäquater Kontrollgruppen besondere Aufmerksamkeit zollt. Die Untersuchung ist abgeschlossen. Die Veröffentlichung der Ergebnisse ist in der kriminologischen Berichtsreihe für 2018 vorgesehen (Walsh, M.: Intensive Bewährungshilfe und junge Intensivtäter. Eine empirische Analyse des Einflusses von Intensivbewährungshilfe auf die kriminelle Karriere jugendlicher und heranwachsender Mehrfachauffälliger in Bayern. Duncker & Humblot, Berlin 2018).

5. Schwerpunkt: Kriminalpolitik und rechtsstaatliche Entwicklung in Übergangsgesellschaften

In diesem Forschungsschwerpunkt wurden in Zusammenarbeit mit der China University for Political Sciences and Law in dem Ende 2013 eröffneten Center for Chinese Legal Studies regelmäßig Seminare durchgeführt, die sich mit der Modernisierung von Strafjustizsystemen befassen.

Die Zusammenarbeit mit Universitäten aus der Region des Kaukasus wurde fortgeführt und weiter vertieft. Die Kooperation schließt an die in den 1980er Jahren durchgeführten Deutsch-Sowjetischen Kolloquien zu Strafrecht und Kriminologie an und gliedert sich somit in den Aufbau von wissenschaftlichen Beziehungen zwischen der Kriminologischen und der Strafrechtlichen Abteilung des Instituts und den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion ein. In den Berichtszeitraum fallen verschiedene Veranstaltungen am Freiburger Institut sowie in Georgien, die sich mit Fragen der strafrechtlichen Reformprozesse in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion sowie der Entwicklung der Kriminalität befassen. Dabei lag der Schwerpunkt auf der organisierten Kriminalität und der Wirtschaftskriminalität.

Die thematische Ausrichtung der „International Max Planck Research School on Retaliation, Mediation and Punishment“ schließt besondere Fragestellungen von Übergangsgesellschaften ein (vgl. hierzu Kapitel III. C.).

PROJEKTÜBERSICHT

Die folgende Aufstellung gibt einen nach den Forschungsschwerpunkten geordneten Überblick über den Inhalt und die organisatorischen Rahmendaten sämtlicher Forschungsprojekte, die in der Kriminologischen Abteilung im Berichtszeitraum 2015–2017 in Bearbeitung waren.

Von den insgesamt 39 Projekten wurden 22 abgeschlossen. Ein Projekt wurde neu begonnen. Das neu begonnene Projekt (Predictive Policing) soll – wie die weiteren noch andauernden Untersuchungen – spätestens im Laufe des Jahres 2019 abgeschlossen werden. Bei den noch laufenden Projekten handelt es sich um drei Teilprojekte sowie eine Dissertation aus der Sozialtherapieuntersuchung Sachsen, die Studie zur Hausdurchsuchung, die bis Ende 2019 DFG-geförderte bundesweite Rückfallstatistik, die nunmehr vor dem Abschluss stehende Untersuchung zur Wirtschaftsspionage (WiSKoS) und die Implementations- und Evaluationsforschung zur Legalisierung von Cannabis in Uruguay, zu der ein abschließender Bericht bis Frühjahr 2019 vorliegen wird. Die Kohortenstudie bleibt zunächst auf Dauer gestellt. Geplant ist hier für 2018/2019 ein Forschungsbericht, der sich neben grundlegenden Analysen zur Prävalenz und Inzidenz polizeilicher Registrierung auch mit dem seit den 1990er Jahren deutlichen Rückgang registrierter Kriminalität in jungen Altersgruppen befassen wird. Im Übrigen handelt es sich bei den noch nicht abgeschlossenen Projekten um Dissertationsarbeiten, die in die International Max Planck Research School on Retaliation, Mediation and Punishment (REMEP) eingeordnet sind und die innerhalb der Laufzeit der Doktorandenschule (Ende 2019) fertiggestellt werden können.

Erster Forschungsschwerpunkt: Strafverfahren und Sanktionen im Wandel

1. Evaluierung der §§ 4a, 20j, 20k BKA-Gesetz nach Artikel 6 des Gesetzes zur Abwehr von Gefahren des internationalen Terrorismus

Projektleitung: Prof. Dr. Hans-Jörg Albrecht; Prof. Dr. Ralf Poscher (Universität Freiburg); Dr. Philipp Lassahn, LL.M. (Universität Freiburg); Dr. Michael Kilchling

Im Auftrag des Bundesministeriums des Innern wurde die Anwendung verschiedener Normen aus dem Bundeskriminalamtsgesetz zur Abwehr von Gefahren des internationalen Terrorismus evaluiert: § 4a (Zuständigkeit des Bundeskriminalamtes zur Abwehr von Gefahren des internationalen Terrorismus), § 20j (Rasterfahndung) und § 20k BKAG (verdeckter Eingriff in informationstechnische Systeme, sog. ‚Online‘-Durchsuchung). Hierauf aufbauend wurden auch (verfassungs-)rechtliche Fragestellungen im Hinblick auf möglichen Reformbedarf behandelt und Empfehlungen für eine Weiterentwicklung des aktuellen Normenbestandes erarbeitet.

Zeitraum:
2015–2017

Status:
abgeschlossen

Kategorie:
Institutsprojekt

2. Durchsuchungen – Reale und digitale Räume

Projektleitung: Dr. Michael Kilchling

Die Durchsuchung von Privat- und Geschäftsräumen gehört zu den besonders häufig eingesetzten strafprozessualen Ermittlungsmaßnahmen. Ungeachtet einer Vielzahl höchstrichterlicher Rechtsprechungen, auch des Bundesverfassungsgerichts, existierte bislang nur wenig empirisch gesichertes Wissen über die Anwendungspraxis in Deutschland. Die Untersuchung, basierend auf einer repräsentativen Stichprobe von N = 1.025 Verfahren aus Baden-Württemberg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Sachsen, schließt diese Lücke. Neben Fragestellungen der Implementierung und Evaluation erfährt der Umgang mit digitalisierten Datenbeständen im Rahmen der Durchsuchung, der Beschlagnahme und der nachfolgenden Auswertung besondere Aufmerksamkeit. Der Forschungsbericht wird 2018 vorgestellt.

Zeitraumen:
2007–2017

Status:
abgeschlossen

Kategorie:
Institutsprojekt

3. Täter-Opfer-Ausgleich im baden-württembergischen Justizvollzug

Projektleitung: Dr. Michael Kilchling, Johanna Jung

Die Studie analysiert das Modellprojekt Täter-Opfer-Ausgleich im Strafvollzug Baden-Württembergs (2013/14). Ausgewertet wurden 91 Verfahren sowie Befragungsdaten von Opfern und Gefangenen. Die Analysen zeigen wesentliche Unterschiede zu anderen Formen des TOA auf. Zugrunde liegen schwere und schwerste Straftaten. Entsprechend vielfältig sind Teilnahmemotive und Erwartungen. Im Fokus stehen nicht materielle Aspekte, sondern Kommunikation und Tatbewältigung. Auch Fälle ohne persönliche Begegnung können aus Vollzugssicht erfolgreich sein. Neben Verfahrensgang und -ausgang werden die Erkenntnisse aus den Interviews ausführlich dargestellt.

Zeitraumen:
2014–2016

Status:
abgeschlossen

Kategorie:
Institutsprojekt

4. Legalbewährung nach strafrechtlichen Sanktionen

Projektleitung: Dr. Carina Tetel; Dr. Volker Grundies

In dieser Längsschnittstudie wird die Legalbewährung von allen in Deutschland justiziell registrierten Personen untersucht. 2016 lagen die Ergebnisse von drei Erhebungswellen vor. Die Legalbewährung von Personen, die 2004, 2007 oder 2010 verurteilt oder aus der Haft entlassen wurden, wurde bestimmt. Das Projekt wird aktuell um eine vierte Welle ergänzt. Grundlage der Analysen, die auch spezielle Deliktsfelder betreffen, sind die Sanktion, die Legalbiografie sowie Alter und Geschlecht.

Zeitraumen:
2007–2019

Status:
laufend

Kategorie:
Institutsprojekt

5. Elektronische Aufsicht im Vollzug der Freiheitsstrafe in Baden-Württemberg

Projektleitung: Prof. Dr. Hans-Jörg Albrecht; Dipl.-Psych. Dr. Gunda Wöbner, Katharina Meuer

Das Projekt evaluierte den Modellversuch zur elektronischen Aufsicht im Vollzug der Freiheitsstrafe in Baden-Württemberg. Im Berichtszeitraum wurde diese experimentelle Studie mit einer Rückfallanalyse abgeschlossen (Follow-up-Zeitraum max. drei Jahre). Die Rückfallraten der Treatment- und Kontrollgruppen unterschieden sich weder im Anwendungsbereich der elektronisch überwachten Entlassungsvorbereitung (Hausarrest) noch im elektronisch überwachten Freigang signifikant voneinander.

Zeitraumen:
2010–2017

Status:
abgeschlossen

Kategorie:
Institutsprojekt

6. Übertragung opferschützender Normen aus dem Strafverfahrensrecht in andere Verfahrensordnungen

Projektleitung: Dr. Michael Kilchling; Kristina Herzig (Rechtsreferendarin)

Die Studie untersucht Möglichkeiten zur Übertragung der strafrechtlichen Opferschutzstandards in andere Prozessordnungen (ZPO, FamFG, ArbGG, SGG). Risiken sekundärer Viktimisierung, die ein prozessuales Schutzbedürfnis begründen, existieren auch dort. Auf der Basis der strukturellen Unterschiede der verschiedenen Prozessarten wurden relevante Regelungslücken in diesen Verfahrensordnungen identifiziert und verschiedene Bausteine für einen verbesserten Opferschutz in diesen Bereichen entwickelt.

Zeitraumen:
2016–2017

Status:
abgeschlossen

Kategorie:
Institutsprojekt

7. Die Gewährleistung der Prinzipien eines fairen Verfahrens in islamischen Staaten am Beispiel der Islamischen Republik Afghanistan

Projektleitung: Mandana Knust Rassekh Afshar

Das Promotionsprojekt geht der Frage nach, ob und inwieweit das Recht auf ein faires Verfahren in den in der Islamischen Republik Afghanistan rechtstatsächlich operierenden Rechtssystemen gewährleistet wird. Hierbei liegt der Schwerpunkt der Untersuchung auf dem Gesetzlichkeitsprinzip, dem Recht auf Gleichheit vor dem Gesetz und der Gleichbehandlung durch das Gesetz und dem Verbot von Folter und grausamer, unmenschlicher und erniedrigender Behandlung oder Strafe.

Zeitraumen:
2012–2019

Status:
laufend

Kategorie:
Promotionsprojekt
(IMPRS REMEP am MPIL)

8. The Role of Individuals in Compliance Programs

Projektleitung: Yuning Ruiheng

The project conducts comparative research between the USA and Germany on compliance program regimes in order to determine how such programs can best be implemented in China at both, a legislative and practice level.

Zeitraumen:
2017–2019

Status:
laufend

Kategorie:
Promotionsprojekt
(IMPRS REMEP)

9. Intensive Bewährungshilfe und jugendliche Intensivtäter

Projektleitung: Maria Walsh, M.A.

Die Evaluation des Modellprojekts „Rubikon“ am Landgericht München I behandelt die Implementierung und Wirkungen intensiver Bewährungshilfe bei jugendlichen und heranwachsenden Intensiv- und Mehrfachtätern. Die Evaluation wurde in Form einer Triangulationsstudie durchgeführt und befasst sich mit den Bedingungen der Veränderungen krimineller Entwicklungen (desistance).

Zeitraumen:
2011–2015

Status:
abgeschlossen

Kategorie:
Promotionsprojekt
(IMPRS REMEP)

10. Sozialarbeiter vor Gericht? Grund und Grenzen einer Kriminalisierung unterlassener staatlicher Schutzmaßnahmen in tödlichen Kinderschutzfällen in Deutschland und England

Projektleitung: Dr. Linn Katharina Döring

In dem methodisch auf einen funktionalen Rechts- und Maßnahmenvergleich sowie auf qualitative Experteninterviews gestützten Forschungsprojekt wird untersucht, ob, wie und warum es in Deutschland zu Strafverfahren gegen fallbetreuende Sozialarbeiter bei Versäumnissen in fehlgeschlagenen und tödlich endenden Kinderschutzfällen gekommen ist und in England nicht. Ferner wird beantwortet, ob der eher strafrechtlich ausgerichtete Problemzugang in Deutschland die intendierten Funktionen erfüllt.

Zeitraumen:
2014–2017

Status:
abgeschlossen

Kategorie:
Promotionsprojekt

11. Tod in Haft: Fortgesetzte Gefängnisstrafe für ältere und schwerkranke Menschen

Projektleitung: Dr. iur. Aleksandr Khetchumyan

Die Dissertation untersuchte die rechtlichen Rahmenbedingungen alter Gefangener insbesondere im Hinblick auf Entlassungsmöglichkeiten und unter Berücksichtigung der sich aus der Europäischen Menschenrechtskonvention ergebenden Standards am Beispiel von England/Wales.

Zeitraumen:
2012–2017

Status:
abgeschlossen

Kategorie:
Promotionsprojekt (MNARS)

12. Punishment and Sentence Enforcement for Serious Violations of International Humanitarian Law Committed in the Former Yugoslavia

Projektleitung: Filip Vojta (mag. iur.)

The project empirically investigates under what penal purposes and conditions sentences imposed by the ICTY (International Criminal Tribunal for the Former Yugoslavia) are enforced in different European prison systems. Analysis is focussed on how enforcement practices influence legitimacy of international criminal punishment and impacts on overarching goals of international criminal justice such as reconciliation and maintenance of peace.

Zeitraumen:
2012–2018

Status:
laufend

Kategorie:
Promotionsprojekt
(IMPRS REMEP)

Zweiter Forschungsschwerpunkt: Gefährliche Straftäter

13. Sexualstraftäter als Herausforderung für Forschung und Kriminalpolitik

Projektleitung: Dipl.-Psych. Dr. Gunda Wößner

In diesem Projekt wird der Frage nachgegangen, wie verschiedene Faktoren die Rückfallquote von aus der Haft entlassenen Sexualstraftätern beeinflussen. Dabei ist von besonderem Interesse, inwieweit die Behandlung in den sozialtherapeutischen Anstalten Einfluss auf erneute Sexualdelinquenz nimmt. Schließlich werden weitere Schutz- und Risikofaktoren, die mit Rückfall oder der Legalbewährung im Zusammenhang stehen, untersucht.

Zeitraumen:
2003–2018

Status:
laufend

Kategorie:
Institutsprojekt

14. Jugendliche Sexualstraftäter in den sozialtherapeutischen Abteilungen des Freistaates Sachsen

Projektleitung: Dipl.-Psych. Dr. Gunda Wößner

In diesem Forschungsprojekt werden altersgruppenspezifische Aspekte der sozialtherapeutischen Behandlung von Sexual- und Gewaltstraftätern untersucht. Welche besonderen Behandlungsbedürfnisse liegen in dieser Altersgruppe vor? Welche Bedeutung haben Peer-Gruppen-Einflüsse, Bildungsmaßnahmen, soziale Unterstützung und individuelle Bewältigung? Und welche Spezifika lassen sich dabei für heranwachsende Sexualstraftäter identifizieren?

Zeitraumen:
2003–2018

Status:
laufend

Kategorie:
Institutsprojekt

15. Lebensverläufe von Sexualstraftätern nach Entlassung

Projektleitung: Dipl.-Psych. Dr. Gunda Wößner.

Dieses Teilprojekt der Studie „Sexualstraftäter in sozialtherapeutischen Abteilungen des Freistaates Sachsen“ konzentriert sich auf die Untersuchung ausgewählter Aspekte des Lebensverlaufs von Sexualstraftätern nach der Haftentlassung. Im Zentrum stehen die vergleichende qualitative Analyse mit Lebensverläufen von Gewaltstraftätern, Ansätze der Entwicklungspsychologie der Lebensspanne sowie der Vergleich von prognostizierten Risiko- und Schutzfaktoren und deren Ausprägung in diesem Verlauf.

Zeitraumen:
2007–2018

Status:
laufend

Kategorie:
Institutsprojekt

16. Normalitätswiederherstellung: Strategien der Wiedereingliederung im Lebensverlauf haftentlassener Sexualstraftäter

Projektleitung: Kira-Sophie Gauder, M.A.

Das Promotionsprojekt untersucht mit qualitativen Methoden die Lebensverläufe von erwachsenen Sexualstraftätern nach der Haftentlassung. Im Fokus stehen das Erleben der Wiedereingliederung seitens der entlassenen Straftäter und die im Verlauf des Prozesses entwickelten Strategien. Außerdem werden unterschiedliche stabilisierende und destabilisierende Faktoren identifiziert und Wirkdynamiken im Nachentlassungsverlauf beleuchtet.

Zeitraumen:
2015–2018

Status:
laufend

Kategorie:
Promotionsprojekt

Dritter Forschungsschwerpunkt: Innere Sicherheit, organisierte Kriminalität, Terrorismus – gesellschaftliche Wahrnehmungen und Reaktionen

17. Sicherheiten, Wahrnehmungen, Lagebilder, Bedingungen und Erwartungen – Ein Monitoring zum Thema Sicherheit in Deutschland

Projektleitung: Prof. Dr. Hans-Jörg Albrecht (Konsortialführer); Prof. Dr. Regina Ammicht Quinn (Universität Tübingen); Prof. Dr. em. Baldo Blinkert (Universität Freiburg/FifaS); Prof. Dr. Hans Hoch (Universität Freiburg); Prof. Dr. Stefan Kaufmann (Universität Freiburg); Dr. Robert Mischkowitz (BKA Wiesbaden); Prof. Dr. Martin Voss (Freie Universität Berlin); Prof. Dr. Gerhard Vowe (Universität Düsseldorf); Prof. Dr. Marion Weissenberger-Eibl (Fraunhofer ISI Karlsruhe)

Das interdisziplinäre Konsortialprojekt BaSiD (Barometer Sicherheit in Deutschland) ermittelte und analysierte komplexe Grundlagenfragen im Hinblick auf Wahrnehmungen, Lagebilder und Erwartungen zu Sicherheiten. Mittels einer Kombination qualitativer und quantitativer Methoden und auf der Basis zweier national repräsentativer sowie weiterer empirischer Erhebungen wurde ein umfassendes Zustandsbild zu subjektiven und objektiv(iert)en Sicherheiten erstellt und theoriebezogen kritisch reflektiert.

Zeitraumen:
2010–2015

Status:
abgeschlossen

Kategorie:
Institutsprojekt

18. Fachdialog Sicherheitsforschung – Unterstützende Stelle

Projektleitung: Prof. Dr. Hans-Jörg Albrecht; Peter Zoche, M.A. (Fraunhofer ISI Karlsruhe)

Im Fachdialog Sicherheitsforschung werden mit dem Ziel der Vernetzung und Bündelung von Forschung gemeinsam mit dem Soziologischen Institut der Universität Freiburg und dem Fraunhofer ISI/Karlsruhe der fachlich-interdisziplinäre Austausch in den Geistes- und Sozialwissenschaften und der gesellschaftliche Dialog zu relevanten Themen ziviler Sicherheit befördert, aktuelle Forschungsfragen und Problemstellungen identifiziert und damit die Forschungsagenda zur zivilen Sicherheit fortentwickelt.

Zeitraumen:
2007–2016

Status:
abgeschlossen

Kategorie:
Institutsprojekt

19. Sicherheit älterer Menschen im Wohnquartier (SENSIKO)**Projektleitung:** Prof. Dr. Dietrich Oberwittler

Das Projekt analysiert die objektive Sicherheitslage und das subjektive Sicherheitsempfinden in Großstädten. Daten einer großen postalischen Bewohnerbefragung mit zwei Befragungswellen, verknüpft mit offiziellen Statistiken und systematischen Beobachtungen der Wohnquartiere, lassen detaillierte Panel- und Mehrebenenanalysen zu. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels liegt ein spezieller Fokus auf älteren Bewohnern.

Zeitraum:
2013–2018**Status:**
laufend**Kategorie:**
Institutsprojekt**20. Wirtschaftsspionage und Konkurrenzausspähung in Deutschland und Europa (WiSkoS)****Projektleitung:** Prof. Dr. Hans-Jörg Albrecht (Konsortialführer)

In dem Verbundprojekt WiSkoS wird die Bedrohung kleiner und mittlerer Unternehmen durch Wirtschaftsspionage und Konkurrenzausspähung untersucht. Neben einem Vergleich der Rechtslage in allen Mitgliedsstaaten der EU sowie der Schweiz werden in einer Mehrebenen-Evaluation das Hell- und Dunkelfeld u.a. bezüglich der Bedrohungslage, der Täter, Geschädigten, modi operandi sowie der Generierung von Verdachtsfaktoren analysiert, um innerbetriebliche Präventions- und Ermittlungsstrategien zu entwickeln.

Zeitraum:
2015–2018**Status:**
laufend**Kategorie:**
Institutsprojekt**21. FIDUCIA – New European Crimes and Trust-based Policy****Projektleitung:** Prof. Dr. Hans-Jörg Albrecht; Ass. iur. Susanne Knickmeier, M.A.

Das Projekt Fiducia untersuchte die (supra-)nationale Politik der Kriminalitätskontrolle sowie die Entwicklung und Implementierung von auf Vertrauen in das Rechtssystem beruhenden kriminalpolitischen Konzepten. Die Hypothesen wurden anhand von vier Fallstudien (Menschenhandel, unerlaubter Warenhandel, illegale Immigration, Cyberkriminalität) überprüft, die eng mit der Integration, dem technischen Fortschritt und der zunehmenden Mobilität innerhalb der Europäischen Union zusammenhängen.

Zeitraum:
2012–2015**Status:**
abgeschlossen**Kategorie:**
Institutsprojekt**22. Predictive Policing – Evaluation des baden-württembergischen Pilotprojekts P4****Projektleitung:** Dominik Gerstner, M.A.

Kern dieser Forschung ist die Evaluation einer Erprobung von Predictive Policing, also der auf statistischen Vorhersagen basierenden Kriminalprävention (hier bei Wohnungseinbruch) am Landeskriminalamt Baden-Württemberg. Zur Messung der Wirksamkeit von Predictive Policing werden prozessgenerierte Daten analysiert. Eine Online-Befragung mit ca. 700 Teilnehmern sowie Experteninterviews geben Aufschluss zur Akzeptanz und Praktikabilität innerhalb der Polizei.

Zeitraum:
2015–2018**Status:**
laufend**Kategorie:**
Institutsprojekt

23. Gefährdete Unternehmensgeheimnisse – Phänomenologie, Strafverfolgung und Prävention von Konkurrenzausspähung und Wirtschaftsspionage

Projektleitung: Ass. iur. Susanne Knickmeier, M.A.

Das Promotionsprojekt untersucht im Bereich der Konkurrenzausspähung und Wirtschaftsspionage (1.) die Geschädigten und ihre Unternehmensgeheimnisse, (2.) die Täter, ihre Motive und Handlungsintentionen, (3.) das Tatvorgehen und (4.) Präventionsansätze. Zur Beantwortung der Fragestellungen werden Daten aus 713 deutschen Strafverfahren wegen Verstoßes gegen §§ 17–19 UWG ausgewertet sowie Ergebnisse aus Experteninterviews mit Behörden, Unternehmen und Wissenschaftsorganisationen herangezogen.

Zeitraumen:
2016–2019

Status:
laufend

Kategorie:
Promotionsprojekt

24. Grenzwächter des Nachtlebens. Eine Ethnografie über Türsteher in Deutschland

Projektleitung: Christine Preiser

Im Mittelpunkt der ethnografischen Studie über Türsteher steht die Frage, wie Grenzen im Nachtleben ausgehandelt werden. Dies geschieht (1) in Form eines Grenzübergangs am Eingang und eines Wandels vom Neueingetroffenen zum Gast. Es bedeutet (2) die Einhegung der Party und der Entgrenzung mittels (Spiel-)Regeln. Dabei bildet Ärger einen konstanten Bezugspunkt, der es erfordert, (3) (weiteren) Schaden zu begrenzen.

Zeitraumen:
2013–2017

Status:
laufend

Kategorie:
Promotionsprojekt
(IMPRS REMEP)

25. Prävention von Radikalisierung/Deradikalisierung in Deutschland und Frankreich

Projektleitung: M.A. LL.M. Anina Schwarzenbach; Prof. Dr. Hans-Jörg Albrecht

Das Projekt untersucht die Legitimität und Effektivität gegenwärtiger Strategien zur Prävention islamistischer Radikalisierung. Im Mittelpunkt stehen die Fragen, wie die in Deutschland und Frankreich verfolgten Anti-Radikalisierungsstrategien und Präventions- und Deradikalisierungsprogramme in die rechtlichen Rahmenbedingungen und den Diskurs bezüglich der Rolle der Religion in der Gesellschaft eingebettet sind.

Zeitraumen:
2017–2018

Status:
laufend

Kategorie:
Institutsprojekt

Vierter Forschungsschwerpunkt: Kriminalität, sozialer Kontext und sozialer Wandel

26. Freiburger Kohortenstudie zur Entwicklung polizeilich registrierter Kriminalität und strafrechtlicher Sanktionierung

Projektleitung: Dr. Volker Grundies

Die Freiburger Kohortenstudie ist ein langfristig angelegtes Projekt der kriminologischen Grundlagenforschung, das durch sein besonderes Kohortendesign einzigartig ist. Anhand polizeilicher und justizieller Daten wird die Kriminalitätsentwicklung sowohl altersspezifisch als auch als Reaktion auf gesamtgesellschaftliche Entwicklungen über die Zeit analysiert. Weiter werden die institutionellen Reaktionen auf Delinquenz und die Auswirkung dieser Reaktionen untersucht.

Zeitraumen:
Beginn 1985

Status:
laufend

Kategorie:
Institutsprojekt

27. Polizei und Jugendliche in multi-ethnischen Gesellschaften (POLIS)

Projektleitung: Prof. Dr. Hans-Jörg Albrecht; Prof. Dr. Dietrich Oberwittler

Die Studie POLIS untersuchte auf breiter empirischer Basis die alltäglichen Interaktionen und wechselseitigen Wahrnehmungen von Polizei und Jugendlichen in je zwei deutschen und französischen Großstädten, in denen die Hälfte der jugendlichen Bevölkerung einen Migrationshintergrund hat. Das Verhältnis zwischen Polizei und Jugendlichen ist in Deutschland erheblich entspannter als in Frankreich, was auch auf eine bürgernahe und kommunikativ ausgerichtete Polizeistrategie zurückgeführt werden kann.

Zeitraumen:
2009–2015

Status:
abgeschlossen

Kategorie:
Institutsprojekt

28. Perspektiven eines einheitlichen Notwehrrechts in Europa vor dem Hintergrund einer Rechtsvergleichung

Projektleitung: Dr. Michela D'Angelo

Die Notwehr als eines der seit jeher anerkannten Rechte der Bürger ist in nahezu allen Rechtsordnungen vorhanden. Die vorliegende Untersuchung soll mittels eines Rechtsvergleichs auf die Notwehrrechte verschiedener europäischer Rechtsordnungen eingehen, um die Grenzen der Notwehr anhand konkreter Problemstellungen zu untersuchen. Die Analyse soll zudem zur Entwicklung einer einheitlichen Konzeption der Notwehr und somit zur Harmonisierung des Strafrechts im europäischen Kontext beitragen.

Zeitraumen:
2016–2020

Status:
laufend

Kategorie:
Institutsprojekt

29. Internet as Social Control Mechanism**Projektleitung:** Aleksandre Glonti

Research questions concern: How did the Internet become a social control mechanism? How is social control on the Internet carried out? Results of this research will allow recommendations with respect to the regulation of informal shaming sanctions. The study is based on criminological and legal approaches.

Zeitraumen:
2013–2018**Status:**
laufend**Kategorie:**
Promotionsprojekt
(IMPRS REMEP)**30. Vulnerability and Fear of Crime****Projektleitung:** Göran Köber

Ist Vulnerabilität hilfreich zur Erklärung von Kriminalitätsfurcht? Diese Arbeit nimmt Bezug auf frühere Vulnerabilitätsansätze in der Kriminalitätsfurchtforschung, überarbeitet diese aber und integriert einen stärkeren zeitlichen Bezug, eine klarere Trennung zwischen Personen und deren Kontexten sowie Lebensereignisse wie Viktimisierung.

Zeitraumen:
2014–2018**Status:**
laufend**Kategorie:**
Promotionsprojekt (MNARS)**31. The Use of ADR for Cases of Honor-Based Violence in Europe****Projektleitung:** Clara Rigoni

The project analyzes the use of mediation and other alternative dispute resolution mechanisms for cases of honor-based violence in the United Kingdom and Norway and aims at answering the following questions: What are the rights and principles of Western (criminal) justice systems that are threatened by a logic of honor and by the use of alternative dispute resolution mechanisms in such cases? How do these programs work? Do they infringe the mentioned rights and principles?

Zeitraumen:
2013–2018**Status:**
laufend**Kategorie:**
Promotionsprojekt
(IMPRS REMEP)**32. Youth and Violence in Maceió: An Ethnographical Study on Youth Street Violence Related to Drug and Social Order in Brazil's Most Violent City****Projektleitung:** Clessio Moura de Souza

The research consists of an ethnographical study with a focus on the processes that make youths become involved in street violence. The main data is based on participant observation and in-depth qualitative interviews with twenty-four male youths (between 15 and 25 years) perpetrators of violent crimes and engaged in street violence. The interviews show street violence as a tool for the implementation of an informal system of rules stipulated by drug dealers and criminal groups in Maceió.

Zeitraumen:
2011–2018**Status:**
laufend**Kategorie:**
Promotionsprojekt
(IMPRS REMEP)

Fünfter Forschungsschwerpunkt: Kriminalpolitik und rechtsstaatliche Entwicklung in Übergangsgesellschaften

33. Modernization of Criminal Justice Systems – Center for Chinese Legal Studies

Projektleitung: Prof. Dr. Hans-Jörg Albrecht; Prof. Dr. Baosheng Zhang (China University of Political Science and Law, Beijing); Prof. Dr. Liling Yue (China University of Political Science and Law, Beijing); Dr. Michael Kilchling; Dr. Jing Lin

The aim of this cooperative project between the Max Planck Institute and the China University of Political Science and Law (CUPL) is to study the criminal justice system, its policies and practices as well as its development in the PR China. However, corresponding experiences in Europe, especially in Germany will be observed, too.

Zeitraumen:
2012–2020

Status:
laufend

Kategorie:
Institutsprojekt

34. Übergänge von totalitärem zu rechtsstaatlichem Strafrecht – Kriminalpolitische Tendenzen in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion

Projektleitung: Prof. Dr. Hans-Jörg Albrecht, Universität Freiburg; Dr. Dr. h.c. Eliko Ciklauri-Lammich, Moskau und Tiflis, Georgien

Die Forschungsabteilung Kriminologie am Max-Planck-Institut hat in den letzten Jahren die wissenschaftliche Zusammenarbeit mit Ländern der ehemaligen Sowjetunion (insb. Ukraine und Südkaukasus) wieder aufgegriffen und intensiviert. Derzeit entwickeln sich zudem Kontakte zu der Kabardino-Balkarischen Staatsuniversität in Naltschik (Nordkaukasus), der Tadschikischen Staatsuniversität in Dus sowie mit Uzbekistan.

Zeitraumen:
Beginn 2010

Status:
laufend

Kategorie:
Institutsprojekt

35. Responding to „Hacking“ in a Transitional Society: the Example of Ukraine

Projektleitung: Prof. Dr. Hans-Jörg Albrecht; Dr. Lev Streltsov

From illegal access to various types of data to malware that paralyzes a whole society: all such activities fall into the general category of “hacking”, a phenomenon which the young European democracy of Ukraine must respond to in its difficult transition. The principal question is: how can Ukraine maintain a fragile balance between compliance with international obligations, adoption of measures that effectively correspond to its realities and upholding its national interests?

Zeitraumen:
2017–2018

Status:
laufend

Kategorie:
Institutsprojekt

Querschnittsbereich internationale Kooperationsprojekte

36. Victims and Corporations – Implementation of Directive 2012/29/EU for Victims of Corporate Crimes and Corporate Violence**Projektleitung:** Dr. Marc Engelhart; Dr. Carolin Hillemanns; Alexandra Schenk, M.A.

Das interdisziplinäre EU-Kooperationsprojekt "Victims and Corporations – Implementation of Directive 2012/29/EU for victims of corporate crimes and corporate violence" widmet sich der Berücksichtigung der Opferinteressen vor allem im Strafverfahren in Fällen von Unternehmensstraftaten und Corporate Violence in Deutschland, Italien und Belgien. Im Rahmen der Analyse wurden Betroffene und Fachkräfte befragt und darauf aufbauend praxisorientierte Leitfäden für relevante Berufsgruppen entwickelt.

Zeitraumen:
2016–2017**Status:**
abgeschlossen**Kategorie:**
Institutsprojekt**37. Youth-Police Relations in Multi-Ethnic Cities: A Study of Police Contacts and Attitudes toward Police in Germany and France****Projektleitung:** Prof. Dr. Hans-Jörg Albrecht; Prof. Dr. Dietrich Oberwittler; Sebastian Roché (Universität Grenoble); M.A. LL.M. Anina Schwarzenbach

Das Projekt untersucht das Verhältnis von Jugendlichen zur Polizei in französischen und deutschen Städten. Vor dem Hintergrund wiederkehrender gewaltsamer Unruhen in französischen (Vor-)Städten geht das Projekt der Frage nach, ob polizeiliche Praktiken, die als diskriminierend gewertet werden – wie etwa routinemäßig durchgeführte Identitätskontrollen – das Verhältnis der Jugendlichen zur Polizei beeinträchtigen und welche Rolle der ethnischen Zugehörigkeit beizumessen ist.

Zeitraumen:
2013–2017**Status:**
abgeschlossen**Kategorie:**
Promotionsprojekt
(IMPRS REMEP)**38. Implementation and Consequences of Legalizing Marijuana in Uruguay****Projektleitung:** Prof. Dr. Hans-Jörg Albrecht; Dr. Pablo Galain Palermo

The project deals with normative, socio-legal and criminological questions which emerge with legalization of marijuana in Uruguay. Research will cover creation and implementation of international law, national models of legal access to cannabis as well as possible adverse and positive effects of cannabis legalization.

Zeitraumen:
2015–2018**Status:**
laufend**Kategorie:**
Institutsprojekt

39. Polizeiliche Integrität in Armenien: Die Ergebnisse einer Polizeibefragung in Armenien**Projektleitung:** Dr. iur. Aleksandr Khechumyan

Diese Studie untersuchte, inwieweit zentralisierte Systeme wie die armenische Polizei in der Lage sind, eine einheitliche Polizeiintegrität in verschiedenen Behörden zu schaffen. Die Studie basiert auf Fragebogen von 959 Polizisten aus verschiedenen Polizeipräsidien. Die Ergebnisse werden behördenübergreifend verglichen.

Zeitraumen:
2017**Status:**
abgeschlossen**Kategorie:**
Institutsprojekt

II. Aktuelle Forschungsarbeiten

II. AKTUELLE FORSCHUNGSARBEITEN

73	A. Überblick
76	B. Die Architektur des Sicherheitsrechts und seine freiheitlichen Grenzen
86	C. Rethinking Money Laundering and Financial Investigations
95	D. Rechtshilfe bei der Telekommunikationsüberwachung
102	E. Max-Planck-Informationssystem für Strafrechtsvergleichung
112	F. Predictive Policing
119	G. Elektronische Überwachung: Forschung zu Implementierung und Folgen
128	H. Regionale Unterschiede in der gerichtlichen Sanktionspraxis in der Bundesrepublik Deutschland
135	I. Legalizing Marijuana in Uruguay – Implementation and Consequences

A. Überblick

1. Projekte der strafrechtlichen Abteilung

Zu Beginn der nachfolgenden Berichte aus der Forschungsarbeit der strafrechtlichen Abteilung steht der Text zur „Architektur des Sicherheitsrechts“. Er präsentiert den Forschungsertrag aus einer Analyse, die Ergebnisse verschiedener Einzeluntersuchungen der vergangenen Jahre zu den Herausforderungen der globalen Informations- und Risikogesellschaft zusammenbringt und weiterführt. Im Anschluss an diese schwerpunktübergreifende Darstellung folgen drei Berichte zu je einem der drei Schwerpunkte des strafrechtlichen Forschungsprogramms.

- Die Analyse „**Die Architektur des Sicherheitsrechts und seine freiheitlichen Grenzen**“ untersucht das Gesamtbild des neu entstehenden Sicherheitsrechts sowie die hieraus resultierenden rechts- und forschungspolitischen Konsequenzen. Ausgangspunkt sind zahlreiche einzelne Untersuchungsergebnisse zu den Forschungsschwerpunkten über die Veränderungen des Strafrechts in der globalen Informations- und Risikogesellschaft, insbesondere hinsichtlich der funktionalen und territorialen Grenzen des Strafrechts.

Die Ergebnisse der verschiedenen Forschungsprojekte zu diesem Bereich fügen sich zum Bild eines zentralen Paradigmenwechsels im Strafrecht zusammen: Nicht nur gerät das Strafrecht mit seinen stetig wachsenden unmittelbar präventiven Zielsetzungen beim Einsatz gegen komplexe Kriminalität an seine – vor allem – funktionalen Grenzen. Die strafrechtliche Sozialkontrolle geht auch zunehmend in einem sehr viel umfassenderen neuen, *präventiven* Sicherheitsrecht auf. Dieses neue Sicherheitsrecht schließt zahlreiche weitere Rechtsregime ein, die das Strafrecht teilweise ersetzen oder ergänzen und mit dem klassischen Strafrecht intensiv interagieren.

Diese neue Gesamtentwicklung wird inzwischen von der strafrechtlichen Abteilung in Kooperation mit ausländischen Partnern in einem eigenständigen Projekt zum Sicherheitsrecht vertieft untersucht. Sie wirft langfristige Fragestellungen von so grundlegender Natur auf, dass die Max-Planck-Gesellschaft beschlossen hat, das Freiburger Max-Planck-Institut ab 2019 um eine weitere Abteilung zum „Sicherheitsrecht“ zu erweitern.

- Der zweite Bericht über „**Rethinking Money Laundering and Financial Investigations**“ steht beispielhaft für die verschiedenen Projekte zum ersten Forschungsschwerpunkt der strafrechtlichen Abteilung über „Funktionale Grenzen des Strafrechts und neue Formen der Sozialkontrolle“, d.h. über die Veränderungen des Strafrechts durch die moderne Risikogesellschaft. Dieses besonders aktuelle Projekt verdeutlicht am Beispiel des Geldwäscherechts unter anderem auch die vorgenannte Entwicklung des neuen Sicherheitsrechts: Die moderne Risikogesellschaft nutzt und schafft neben dem klassischen Strafrecht auch alternative Rechtsregime, die teils intensiv mit dem Strafrecht zusammenspielen, aber überwiegend präventiv ausgerichtet sind. Sie ermöglicht damit neue und durchaus vielversprechende plurale Ansätze zur Kriminalitätskontrolle. Diese führen jedoch zu gravierenden Bedrohungen der Freiheitsrechte und der Privatsphäre und kollidieren teilweise mit fundamentalen strafrechtlichen Prinzipien. Sie verändern damit das bisherige Gleichgewicht von Sicherheit und Freiheit. Die sich hieraus ergebenden Grundlagenfragen werden in dem Projekt „Rethinking Money Laundering and Financial Investigations“ unter Einbezug empirischer Ergebnisse aus der Rechtspraxis rechtsvergleichend untersucht. Dabei geht es insbesondere auch um die Mitwirkung privater Akteure in der Prävention und Verfolgung von Straftaten. Eine solche Einbindung von Privaten erlaubt in vielen Fällen eine Effektivierung des staatlichen Vorgehens. Andererseits ergibt sich aus dem dadurch bewirkten Verschwimmen der Grenzen zwischen

Behörden und Unternehmen auch die Gefahr einer Umgehung strafprozessualer Verfahrensrechte sowie des Datenschutzes.

Eine aktive Einbringung der Untersuchungsergebnisse dieses Projekts in die Gesetzgebung der EU ist geplant. Das Projekt wird mit privaten Drittmitteln unterstützt und soll 2019 noch durch zusätzliche Mittel der EU gefördert werden.

- Der Bericht über die Studie „**Rechtshilfe in der Telekommunikationsüberwachung**“ illustriert die Untersuchungen zum zweiten Forschungsschwerpunkt „Territoriale Grenzen des Strafrechts, transnationales Strafrecht und internationale Strafrechtsintegration“. In diesem Projekt geht es um die – theoretisch und praktisch wichtige – Grundlagenfrage der Errichtung eines transnational wirksamen Strafrechts: Die Weltgesellschaft muss angesichts der zunehmenden Globalisierung von Kriminalität Möglichkeiten schaffen, das klassische, in seiner Anwendbarkeit zunächst auf das nationale Territorium begrenzte Strafrecht auch transnational in Räumen unter fremder Souveränität durchzusetzen. Die Möglichkeiten dazu sind vielfältig.

Das vorliegend ausgewählte Projekt hat den derzeit weltweit noch vorherrschenden Weg der klassischen Rechtshilfe und ihrer Optimierung zum Gegenstand. Auch bei dieser Optimierung der klassischen Rechtshilfe stellen sich fundamentale Grundlagenfragen des Ausgleichs von Sicherheit und Freiheit, da eine erleichterte Anerkennung und Umsetzung ausländischer Entscheidungen in der Regel mit einem Verlust von nationalen Schutzmechanismen verbunden ist. Das Projekt soll in seinem rechtlichen Teil auch diese Grundlagenfragen klären und so die rechtlichen Erkenntnisse zum zweiten Schwerpunkt des strafrechtlichen Forschungsprogramms ergänzen.

Die Untersuchung wird unter Einbeziehung empirischer und rechtsvergleichender Methoden in Zusammenarbeit mit Polizei- und Justizbehörden zahlreicher europäischer Staaten, der deutschen Zentralen Stelle für Informationstechnik im Sicherheitsbereich (ZITIS) sowie einem Fraunhofer-Institut durchgeführt, das eine begleitende technische Studie erstellt. Die Gesamtergebnisse sollen in ein praxistaugliches technisches System zur transnationalen Telekommunikationsüberwachung in „Echtzeit“ umgesetzt werden. Durch die Kooperation von zwei oder drei europäischen Staaten soll der technische Prototyp abschließend einem Modellversuch unterzogen werden. Das Projekt wird auch durch Drittmittel des Bundesministeriums des Inneren gefördert.

- Das Projekt „**Max-Planck-Informationssystem für Strafrechtsvergleichung**“ repräsentiert den dritten Forschungsschwerpunkt zu der zentralen Forschungsmethode der universalen Strafrechtsvergleichung. Weltweit einzigartig zieht es die Konsequenzen aus der vorstehend beschriebenen Entwicklung des Strafrechts in der globalen Informations- und Risikogesellschaft: Diese verlangt eine Weltstrafrechtswissenschaft, deren Basis neben der Rechtsdogmatik nur eine universale Rechtsvergleichung sein kann.

Ziel des Projekts ist es, grundlegende Methodenfragen der universalen Strafrechtsvergleichung zu untersuchen und ein internationales „Labor“ mit Daten für eine universale rechtsvergleichende Forschung bereitzustellen. Des Weiteren geht es darum, weltweit Grundlagen für die Anwendung der Rechtsvergleichung in der Praxis zu schaffen, einschließlich eines computerbasierten Expertensystems und einer entsprechenden Datenbank zum gesamten Allgemeinen Teil des Strafrechts. Auf die im Rahmen des Projekts erstellte Datenbank kann bereits über das Internet unter der Adresse infocrim.org zugegriffen werden. Die Untersuchung wurde u.a. mit Sondermitteln aus dem strategischen Innovationsfonds des Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft gefördert.

2. Projekte der kriminologischen Abteilung

- Die Untersuchung zu „**Legalizing Marijuana in Uruguay – Implementation and Consequences**“ aus dem Querschnittsbereich Internationale Kooperationsprojekte ist der Fragestellung der Grenzen des Strafrechts zugeordnet. Uruguay war der erste Staat, der die durch die Einheitskonvention der Vereinten Nationen erfasste Droge Marihuana vollständig legalisierte. Seit 2013 ist – bei strenger staatlicher Regulierung und auf der Grundlage eines nicht profit-

orientierten Modells – der Zugang zu Marihuana für Erwachsene grundsätzlich erlaubt. Die Legalisierung wurde damit begründet, dass die strafrechtliche Prohibition mit erheblichen schädlichen Nebenwirkungen (organisierte Kriminalität, Gewalt, Kriminalisierung von vor allem jungen Menschen) verbunden sei und dass die Aufhebung des strafrechtlichen Verbots zu einer Stärkung der Sicherheit und der Gesundheitsvorsorge führen werde. Damit werden seit langem geführte Debatten zum Potenzial des Strafrechts im Bereich des Schutzes der „Volks-gesundheit“ ebenso thematisiert wie Fragen der Vereinbarkeit weitreichender Legalisierung von Marihuana mit internationalem Recht. Mit der auf Implementierung und Evaluation ausgerichteten Untersuchung werden diese Fragestellungen aufgegriffen und auf der Grundlage normativer, sekundäranalytischer und originär-empirischer Forschungen beantwortet.

- Die der elektronischen Überwachung gewidmeten Projekte beleuchten die Implementierung neuer Sanktionsformen und loten im Übrigen ihr Potenzial im Hinblick auf die Prävention von Rückfallkriminalität aus. Bei dem Projekt **„Elektronische Überwachung: Forschungen zu Implementierung und Folgen“** aus dem Forschungsschwerpunkt 1 – Strafverfahren und Sanktionen im Wandel – geht es um die Untersuchungen zur Anwendung der elektronischen Überwachung in Hessen sowie um die nunmehr beendeten Modellprojekte, die im baden-württembergischen Strafvollzug durchgeführt worden sind. Hervorzuheben ist dabei, dass es in Baden-Württemberg gelungen ist, zur Überprüfung der Wirkungen elektronischer Überwachung auf den Rückfall ein kontrolliertes Experiment einzusetzen. Die Ergebnisse der Rückfalluntersuchungen zeigen, dass die elektronische Überwachung im Vergleich zu konventioneller Sanktionsausgestaltung nicht mit weniger Rückfall verbunden ist. Dies deckt sich mit dem internationalen Forschungsstand.
- Die Untersuchung zu **„Regionalen Unterschieden in der gerichtlichen Sanktionspraxis in Deutschland“**, ebenfalls aus dem Forschungsschwerpunkt 1 – Strafverfahren und Sanktionen im Wandel befasst sich mit einer Fragestellung, die Kriminologie, Kriminalpolitik und Strafzumessungsrecht seit langer Zeit beschäftigt und die im Übrigen auch Gegenstand der Strafrechtlichen Abteilung des Deutschen Juristentages 2018 war. Die Annahme, dass signifikante (und unbegründete) Unterschiede in der Strafzumessungspraxis auftreten, hat nicht zuletzt in verschiedenen Ländern zu sogenannten „Sentencing Guidelines“ geführt, die zur Beseitigung (oder Reduzierung) unbegründeter Unterschiede beitragen sollen. Die Studie beruht auf den für die Rückfallstatistik aufbereiteten Daten, die – wie die Analysen zeigen – nicht nur für Untersuchungen zur Rückfallkriminalität, sondern auch für solche zur Strafzumessung genutzt werden können. Der methodische Zugang ist auf die Einbeziehung verschiedener Ebenen und die darauf bezogene Zerlegung von Varianz ausgerichtet. Damit wird nicht nur sichtbar, dass Varianz entsteht, die nicht durch die Deliktsschwere, Vorstrafenbelastung etc. erfassenden Kontrollvariablen erklärt werden können, sondern auch nachweisbar, auf welchen Ebenen die Unterschiede angesiedelt sind. Im Übrigen zeigt die Untersuchung, welches Potenzial so aufbereitete Daten zu unterschiedlichen Sanktionspraktiken für weiterführende Analysen von Rückfallkriminalität enthalten.
- **„Predictive Policing – Evaluation des baden-württembergischen Pilotprojekts P4“** aus dem Forschungsschwerpunkt 3 – Innere Sicherheit, organisierte Kriminalität, Terrorismus – gesellschaftliche Wahrnehmung und Reaktionen – thematisiert eine Fragestellung, die nicht nur in die empirische Polizeiforschung, sondern auch in Theorien der Kriminalitätsentstehung, darüber hinaus in Präventionsuntersuchungen und in die Sicherheitsforschung eingeordnet werden kann. Die Fragen greifen ferner auf Sachverhalte aus, die Information und Informationsverarbeitung in das Zentrum der Betrachtung stellen. Die Suche nach Algorithmen, die erkennen oder jedenfalls begründet vermuten lassen, wo und von wem in der Zukunft Straftaten begangen werden, hat in den letzten Jahren Kriminalpolitik, Sicherheitsbehörden und nicht zuletzt Medien beschäftigt. Die vorliegende Studie hat in einem ersten Schritt den Test einer „vorausschauenden“ Software in der polizeilichen Praxis in Baden-Württemberg evaluiert und wird in einem zweiten Schritt die Folgen einer so angeleiteten polizeilichen Kontrollstrategie auf der Grundlage eines experimentellen Designs überprüfen.

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Ulrich
Sieber, Strafrechtliche
Forschungsabteilung

B. Die Architektur des Sicherheitsrechts und seine freiheitlichen Grenzen

Die Vorstellung des Forschungsprogramms der strafrechtlichen Abteilung bei der Amtseinführung ihres neuen Direktors im Jahr 2004¹ wurde mit der Erwartung verknüpft, dass eine abgestimmte Forschung von zahlreichen Mitarbeitenden und Promovierenden zu Synergieeffekten mit übergreifenden Forschungsergebnissen führen würde.

Diese Erwartung hat sich in verschiedenen Bereichen des Forschungsprogramms – sowohl bei den Mitarbeitern als auch bei den Promovierenden – erfüllt. Zunächst zeigte sich in Untersuchungen zum humanitären Völkerrecht, zum Polizei- und Geheimdienstrecht sowie später auch zur non-conviction based confiscation, dass das Strafrecht in bestimmten Bereichen der komplexen Kriminalität zunehmend durch andere Rechtsregime verdrängt oder ergänzt wird. In den Folgejahren wurde in weiteren rechtsvergleichenden Untersuchungen immer deutlicher, in welchem großen Umfang ein solcher Einsatz alternativer Rechtsregime bei der Kontrolle von Terrorismus, organisierter Kriminalität, Wirtschaftskriminalität und anderen Formen komplexer Kriminalität erfolgt. Diese Entwicklung und ihre präventive Ausrichtung wirken intensiv auf das Strafrecht ein. Sie führen nicht nur zu neuen Ansätzen der Kriminalitätskontrolle, sondern auch zur Gefahr einer Umgehung klassischer strafrechtlicher Sicherungen.

Die damit verbundene Entwicklung eines übergreifenden und primär präventiv ausgerichteten „Sicherheitsrechts“ wurde deswegen seit 2016 verstärkt in ihrer internationalen Dimension untersucht. In diesem Rahmen wurden u.a. drei einschlägige internationale Konferenzen gemeinsam vom Freiburger Max-Planck-Institut, der Queen Mary University London und dem European & International Criminal Law Institute an der Universität Athen konzipiert und teilweise bereits abgehalten: an der Queen Mary University im Januar 2018 zu alternativen Rechtsregimen im Bereich des Terrorismus und der Transitional Justice, und am MPI Freiburg im Juni 2018 gemeinsam mit der Association Internationale de Droit Pénal zu alternativen Rechtsregimen im Bereich der Wirtschaftskriminalität. Eine dritte Konferenz am Institute for European & International Criminal Law Institute in Athen soll 2019 die gleichen Fragestellungen im Bereich des Cybercrime untersuchen. Auch ein grundlegendes rechtsvergleichendes Gemeinschaftsprojekt des Freiburger Max-Planck-Instituts und der University of Oxford über „The Limits of Criminal Law“ ist stark auf die Vergleichung der unterschiedlichen Rechtsregime ausgerichtet. Der nachfolgende Bericht gibt eine Zwischenbilanz, der sich auf die einschlägigen Grundlagenfragen konzentriert.

I. Das Sicherheitsdogma der Risikogesellschaft

Internationaler Terrorismus, organisierte Kriminalität, Wirtschaftskriminalität, Cybercrime und politische Korruption zeigen die große Bedeutung von Kriminalität, Kriminalitätskontrolle und Sicherheit. Die Phänomene komplexer Kriminalität dominieren heute nicht nur öffentliche Diskussionen, Medien und politische Diskurse. Sie haben auch zu einem Paradigmenwechsel im Bereich der Kriminalitätskontrolle geführt: Das klassische *repressive* Strafrecht erhält immer mehr *präventive* Aufgaben und wird zunehmend durch „effektivere“ rechtliche Regime ergänzt und teilweise verdrängt.

Dieser Wandel der Kriminalitätskontrolle hat mehrere Ursachen. Er beruht zunächst auf *objektiven* Veränderungen, wie neuen Bedrohungen und neuen Formen der Kriminalität, beispielsweise durch Terrorismus, organisierte Kriminalität oder Cybercrime. Entscheidend ist jedoch auch auf der *subjektiven* Ebene die wachsende Verbrechensfurcht der Bevölkerung. In vielen Ländern werden die entstandenen Unsicherheitsgefühle und die damit verknüpften Forderungen nach „strengeren“ Gesetzen von populistischen Politikern aufgenommen, die mit *politischen* Konzepten des „law and order“ auf (Wieder-)Wahl zielen. Die hieraus resultierende Politik des „governing through fear of crime“ zeigt sich in zahlreichen Forderungen extremistischer Parteien.

¹ Vgl. ZStW 119 (2007), 1–68.

Die Verbindung dieser objektiven, subjektiven und politischen Faktoren hat die Rechtspolitik der letzten Jahre stark beeinflusst: In vielen Bereichen wird die öffentliche Kriminalpolitik deswegen heute nicht mehr durch die klassischen Fragen von Schuld und Strafe dominiert, sondern durch Begriffe wie *Risiko* und *Gefahr* sowie *Prävention* und *Sicherheit*. Dieses „Sicherheitsdogma“ verändert die bisherigen Ansätze der (straf-)rechtlichen Sozialkontrolle fundamental und führt zu einer neuen Zielsetzung der Rechtspolitik: der Gewährleistung von Sicherheit durch frühzeitige Intervention und Prävention. Da in der modernen Gesellschaft Risiken allgegenwärtig sind, eine vollständige Sicherheit unmöglich und die Prognose zukünftiger Gefahren mit einem hohen Unsicherheitsfaktor belastet ist, führt dieses „Sicherheitsdogma“ zur Gefahr einer immer weitergehenden, letztlich uferlosen Prävention und Intervention.

In wichtigen Bereichen komplexer Kriminalität wandelt sich das klassische, repressive Strafrecht dadurch nicht nur selbst zu einem stark präventiv ausgerichteten Instrument. Es wird Teil eines allgemeinen Sicherheitsrechts, in dem präventives Strafrecht, Polizeirecht, Geheimdienstrecht, Kriegsrecht sowie weitere verwaltungsstrafrechtliche, zivilrechtliche und private Rechtsregime zu einer neuen Sicherheitsarchitektur zusammenwachsen. Das Strafrecht wird damit auch durch Rechtsregime ergänzt, in denen andere Zielsetzungen sowie schwächere Garantien als im Strafrecht gelten.

Eine umfassende Untersuchung dieser grundlegenden Entwicklung der Kriminalitätskontrolle in der globalen Risikogesellschaft fehlt in der in- und ausländischen Literatur. Der vorliegende Beitrag über die „Architektur des Sicherheitsrechts“ zielt deswegen auf eine Analyse dieser Gesamtentwicklung. Zugleich ist er eine Zusammenschau der zahlreichen Untersuchungen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Promovierende in den letzten zehn Jahren im Rahmen des strafrechtlichen Forschungsprogramms zu diesen Fragestellungen der globalen Risikogesellschaft durchgeführt haben. Darüber hinaus fanden bzw. finden 2018 und Anfang 2019 die oben genannten drei internationalen Konferenzen in London, Freiburg und Athen statt, in denen die alternativen Rechtsregime in den Bereichen Terrorismus, Transitional Justice, Wirtschaftskriminalität und Cybercrime vertieft werden sollen. Die zusammen mit der Association Internationale de Droit Pénal 2018 in Freiburg durchgeführte Konferenz ist dabei von besonderer Bedeutung, weil sie in intensiver Weise durch rechtsvergleichende Berichte vorbereitet wurde und darüber hinaus auch einen Schwerpunkt im Bereich der menschenrechtlichen Garantien hatte.

Der vorliegende Beitrag kann dabei nur einen Überblick über die bisherigen Ergebnisse liefern. Er verdeutlicht zunächst den Umfang, die präventive Ausrichtung, den möglichen Sicherheitsgewinn sowie den Verlust an rechtsstaatlichen Garantien, die mit dieser Entwicklung verbunden sind. Anschließend folgen Ausführungen zu rechts- und forschungspolitischen Konsequenzen.

II. Konturen der neuen Sicherheitsarchitektur

Die eingangs beschriebene Entwicklung des neuen Sicherheitsrechts mit seiner verstärkten präventiven Zielsetzung zeigt sich sowohl innerhalb als auch außerhalb des Strafrechts: Das klassische Strafrecht wandelt sich durch die dargestellten Antriebskräfte in wichtigen Bereichen von einem repressiv-punitiven Instrument der Bestrafung ex post zu einem präventiven Instrument der Gefahrenverhinderung ex ante (unten 1.). Es verschwimmt zugleich mit anderen Rechtsregimen zu einem allgemeinen „Sicherheitsrecht“ in einer neuen Sicherheitsarchitektur, die nicht mehr durch ein Monopol des Strafrechts und seiner Schutzgarantien dominiert wird. Das nicht-punitiv Sicherheitsrecht zeigt sich aber nicht nur in den klassischen Maßnahmen der Sicherung und Besserung im Strafgesetzbuch (2.), sondern vor allem in: Verwaltungssanktionen (3.), gefahrenabwehrrechtlichen Maßnahmen (4.), speziellen Regimen zur geheimen Informationsbeschaffung (5.) und besonderen Regelungen für Ausnahmesituationen (6.). Darüber hinaus entstehen auch private Normensysteme und Public Private Partnerships (7.).

1. Verstärkung des präventiven Strafrechts

Im materiellen Strafrecht entwickelt sich ein Präventivrecht schon seit geraumer Zeit durch den zunehmenden Schutz von Gemeinschaftsgütern sowie der Kriminalisierung unterschiedlicher Arten von Risikohandlungen. Die Gefährdungsdelikte verlagern den strafrechtlichen Vorwurf dabei auf unterschiedliche Weise vom Erfolgsunrecht zum Handlungsunrecht. Die derzeit stark expandierenden „Vorbereitungsdelikte“ etwa verschieben die Strafbarkeit ins Vorfeld der Tatplanung. Sie begründen die Gefährlichkeit nicht – wie andere Gefährdungsdelikte – mit dem Risiko einer bestimmten Tat(-handlung), sondern vor allem mit kriminellen Absichten des (potenziellen) Täters.

Im Terrorismusstrafrecht manifestiert sich diese Entwicklung besonders deutlich in der Kriminalisierung von zeitlich frühen, oft alltäglichen (Vorbereitungs-)Handlungen, die in deliktischer Absicht ausgeführt werden. Anschauliche Beispiele für diese Tendenz sind die – auf internationalen Vorgaben beruhenden – Kriminalisierungen der versuchten „Ausreise“ zum Zweck der terroristischen Ausbildung und des „Sammelns“ von Vermögenswerten zur Unterstützung von terroristischen Straftaten (§ 89a Abs. 2a, § 89c StGB). Der objektive Tatbestand der Delikte besteht häufig nur noch in einem bei äußerer Betrachtung sozialüblichen Verhalten.

Gravierende Auswirkungen hat dieses präventive Konzept auch im *Strafprozessrecht*, das als Folge der materiellrechtlichen Ausdehnung ebenfalls im Vorfeld anwendbar wird und dadurch die Aufklärung der neu geschaffenen Vorfelddelikte ermöglicht. Die verdeckten Eingriffsinstrumente aus den Bereichen des Geheimdienstrechts wurden in der deutschen Strafprozessordnung zuletzt mit der „Online-Durchsuchung“ und der „Quelldatenüberwachung“ (§§ 100a Abs. 2, 100b StPO) ausgebaut.

2. Klassische präventive Sicherungsmaßnahmen im Strafrecht: insbesondere Sicherungsverwahrung

Die seit Langem als *Maßregel der Besserung und Sicherung* anerkannte Sicherungsverwahrung ist zwar formal im Strafgesetzbuch geregelt und hat auch die Begehung einer oder mehrerer schwerer Straftaten zur Voraussetzung. In der Sache ist die Sicherungsverwahrung jedoch ein präventives (Gefahrenabwehr-)Recht.

Die Sicherungsverwahrung wurde in den letzten Jahren allerdings kaum zur Prävention von Terrorismus, organisierter Kriminalität oder Wirtschaftskriminalität genutzt. Die Gründe hierfür liegen in den Unsicherheiten von Prognoseentscheidungen bei vor allem noch nicht strafrechtlich in Erscheinung getretenen Personen. Hinzu kommt die erforderliche Anknüpfung der Sicherungsverwahrung an rechtswidrige Vortaten, die in einem Strafverfahren festgestellt werden müssen.

Sie wurde deswegen im Bereich des Terrorismus durch die oben genannten präventiven Vorfelddelikte funktional ersetzt, die bereits bei der Erstbegehung sofortige Untersuchungshaft und langfristige Freiheitsstrafen ermöglichen.

3. Verwaltungssanktionen im Grenzbereich von Repression und Prävention

a) Ordnungswidrigkeiten

Verwaltungssanktionen und Konfiskationsverfahren haben ähnlich wie die Sicherungsverwahrung im deutschen Recht eine lange Tradition. Das in Deutschland schon im 19. Jahrhundert entwickelte Verwaltungsstrafrecht in der heutigen Form des Ordnungswidrigkeitenrechts unterscheidet sich gegenüber dem Kriminalstrafrecht grundsätzlich dadurch, dass es sich definitionsgemäß nicht mehr um Strafrecht handelt. Es ist nicht länger mit einem „sozialethischen Tadel“ verbunden. Als Rechtsfolge kennt es folglich keine Freiheitsentziehung, sondern vor allem Geldbußen. Im Verfahrensrecht liegt der Hauptunterschied zum Strafrecht darin, dass die erstinstanzliche Entscheidung von einer (sachnahen und sachkundigen) Verwaltungsbehörde getroffen wird; im Unterschied zum Strafrecht verzichtet es auf eine Erstentscheidung durch den Richter. Auf den Einspruch des Betroffenen schließt sich ein gerichtliches Verfahren an, dem jedoch im Vergleich zum Strafverfahren einzelne Verfahrensgarantien (z.B. beim Beweisantragsrecht) fehlen.

Das Ordnungswidrigkeitenrecht wird – ähnlich wie das sich ausdehnende Verwaltungssanktionenrecht der EU – allerdings nicht mehr nur als effizienter Mechanismus gegen Bagatelldelinquenz eingesetzt. Es dient vielmehr auch der Rechtsdurchsetzung durch die jeweils zuständigen Fachbehörden der Wirtschaftsaufsicht mit zum Teil sehr hohen Geldbußen, wie sie z.B. das Kartellordnungswidrigkeitenrecht vorsieht. Fraglich ist allerdings, ob die Reduzierung von rechtsstaatlichen Garantien bei diesen neuen „Megaordnungswidrigkeiten“ auch noch legitim ist.

b) Konfiskationssysteme

In vielen Staaten werden Straftatgewinne oder „nicht erklärbarer Reichtum“ mittels neuer Konfiskationssysteme eingezogen. Diese werden (z.B. in Italien) als präventive Maßnahmen oder (wie in den USA) als zivilprozessuale Instrumente konstruiert oder etikettiert. Aufgrund dieser Einordnung als nicht-strafrechtlich gelten für den Nachweis der deliktischen Herkunft von Vermögen statt der hohen strafrechtlichen Beweisforderungen geringere Beweisstandards (z.B. in den USA nur eine „preponderance of evidence“) sowie (entgegen dem strafrechtlichen *nemo tenetur*-Grundsatz) Mitwirkungspflichten zur Erklärung der Herkunft von verdächtigen Vermögenswerten. Diese prozessualen Regelungen machen die „civil asset forfeiture“ und ähnliche Instrumente ebenfalls sehr viel leichter durchsetzbar als die klassischen strafrechtlichen Konfiskationsverfahren.

4. Gefahrenabwehrrecht

a) Polizeiliches Gefahrenabwehrrecht

Die präventive Vorverlagerung der staatlichen Sicherheitsinterventionen im polizeirechtlichen Gefahrenabwehrrecht, die Deutschland und zahlreiche andere Staaten seit Langem kennen, wurde in den vergangenen Jahren zeitlich noch weiter ins Vorfeld verschoben: Das deutsche Polizeirecht erlaubte lange Zeit bei nur abstrakten Gefahren lediglich weniger intensive Maßnahmen der Informationsgewinnung und verlangte für intensivere (Freiheits-)Eingriffe das Vorliegen einer konkreten Gefahr. Nach den gesetzlichen Reformen des Bundeskriminalamtgesetzes sowie des bayerischen Landespolizeiaufgabengesetzes von 2018 kann heute bereits eine „drohende“ Gefahr erhebliche Eingriffe in die Freiheitsrechte der Bürger rechtfertigen.

Gleichzeitig wurden die den präventiven Zielen dienenden polizeirechtlichen Maßnahmen um (disziplinierende) *sanktionsähnliche Rechtsfolgen* erweitert. In Deutschland sind dies z.B. Kontaktverbote, Aufenthaltsverbote oder -gebote, Meldeordnungen, „Gefährderansprachen“ sowie

Kontrollmaßnahmen durch „Institutionen übergreifender Zusammenarbeit“ für Mehrfachtäter. Das bereits genannte bayerische Landespolizeiaufgabengesetz von 2018 erlaubt nunmehr sogar, Personen bei einem gewissen Gefahrengrad aufgrund einer richterlichen Entscheidung bis zu drei Monate in Gewahrsam zu nehmen; die Entscheidung kann jeweils um maximal drei Monate verlängert werden. Der Anwendungsbereich dieser – auch längerfristigen – Polizeihaft geht dabei weit über den der klassischen strafrechtlichen Sicherungsverwahrung hinaus, vor allem auch, weil er ohne jede vorangehende Straftat möglich ist.

b) Spezielles Gefahrenabwehrrecht

Neben das allgemeine Polizei- und Gefahrenabwehrrecht treten spezielle Gefahrenabwehrrechte für besondere Bereiche. Im vorliegenden Kontext hervorzuheben ist das Ausländer- und Immigrationsrecht, in dem die Ausweisung von Ausländern nicht nur als Folge einer strafrechtlichen Verurteilung (mit entsprechenden Schutzgarantien) erfolgt, sondern „non-conviction-based“ auf der Grundlage von speziellen verwaltungsrechtlichen statt strafrechtlichen Risikotatbeständen. So besteht nach dem deutschen Aufenthaltsgesetz bereits dann ein Ausweisungsinteresse, wenn „Tatsachen die Schlussfolgerung rechtfertigen“, dass ein Ausländer eine terroristische Vereinigung unterstützt hat.

5. Spezielle Regime der Informationsbeschaffung

Die vorgenannten Systeme der Kriminalitätskontrolle mit ihren eingriffsintensiven Rechtsfolgen werden zunehmend durch Systeme der Informationsbeschaffung ergänzt, die zwar eigenständige Ziele verfolgen, damit jedoch – zumindest auch – die vorgenannten Kontrollsysteme mit Informationen zur Kriminalität unterstützen. Gegenüber der rein strafrechtlichen Informationssammlung bietet dieser Ansatz die Vorteile der verdachtslosen Rasterung von Personen, der Risikoanalyse, der Vermeidung von strafrechtlichen Verdachtsschwellen und der formlosen internationalen Zusammenarbeit. Dabei werden zahlreiche Bürger als „Vor-Verdächtige“, „Verdächtige“, „potenzielles Risiko“ oder potenzielle „Gefährder“ behandelt.

a) Geheimdienstrecht

In Deutschland und den meisten anderen Staaten ermöglicht das Recht der Nachrichtendienste intensive Überwachungs- und Ermittlungsmaßnahmen ohne den für strafrechtliche Maßnahmen erforderlichen Tatverdacht, ohne das im Polizeirecht charakteristische Gefahrerfordernis und ohne den im Strafrecht selbstverständlichen Richtervorbehalt. Die gewonnenen Informationen werden dann in schwerwiegenden Fällen an die Strafjustiz und die anderen, von der Exekutive gesteuerten Kontrollsysteme weitergegeben. Dies ist vor allem dann effektiv, wenn der Anwendungsbereich des Nachrichtendienstrechts auf bestimmte schwere Kriminalitätsbereiche ausgedehnt wird.

b) Recht der Geldwäschekontrolle

Ein institutionell verselbstständigtes Regime der Informationsbeschaffung stellen auch die weltweit vernetzten Systeme zur Geldwäschekontrolle dar. Diese Systeme zielen auf die Analyse von Finanzdaten durch spezialisierte Financial Investigation Units, die international eng vernetzt sind. Die Informationsbeschaffung verläuft – ebenso wie bei der Analyse von Telekommunikationsdaten – durch mitwirkungspflichtige Private und soll in der Zukunft durch den Ausbau von Public Private Partnerships noch effektiver werden. Auch hier bestehen grundsätzlich keine Richtervorbehalte. Exekutivmaßnahmen als Folge dieser Ermittlungen verlaufen in der Weise, dass die Ergebnisse der Analysebehörden an die Institutionen anderer Kontrollsysteme (wie Strafverfolgungs- und Polizeibehörden) weitergegeben werden und diese Stellen dann im Rahmen ihrer eigenen Befugnisse aktiv werden. Diese Spezialisierung und Auslagerung der Analyse von Finanzdaten erlaubt, ähnlich wie das Nachrichtendienstrecht, ebenfalls verdachtslose Analysen, die im Strafprozessrecht nicht möglich wären.

c) Anlasslose Speicherung von Telekommunikationsdaten

Eine entsprechende Informationssammlung, die allerdings nur für Einzelabfragen der Behörden bei den Providern und nicht für systematische Datenanalysen genutzt werden konnte, bestand in Deutschland auch für die anlasslose (Vorratsdaten-)Speicherung von Telekommunikationsdaten. Die entsprechende EU-Richtlinie über die Vorratsspeicherung von Daten aus dem Jahr 2006 sah für private Anbieter von Telekommunikationsdiensten die Verpflichtung vor, eine Vielzahl unterschiedlicher Daten über einen Zeitraum von bis zu zwei Jahren für Strafverfolgungsbehörden vorzuhalten. Die deutsche Umsetzung dieser Vorgaben wurde in ihrer spezifischen Form jedoch 2010 durch das Bundesverfassungsgericht für nichtig erklärt; die Richtlinie selbst wurde 2014 durch den EuGH für ungültig befunden. Der deutsche Gesetzgeber beschloss zwar 2015 eine neue, an den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts ausgerichtete Form der Vorratsdatenspeicherung, nach einem verwaltungsgerichtlichen Eilverfahren wurde jedoch die Pflicht zur Vorratsdatenspeicherung durch die Bundesnetzagentur bis zur Entscheidung in der Hauptsache ausgesetzt.

d) Systeme zur Überwachung von Aufenthalts- und Reisedaten

Die Informationsgewinnung mittels personenbezogener Massendaten wird zunehmend auch über Aufenthalts- und Reisedaten von Personen realisiert. Ein erster Ansatz hierzu ist die Speicherung von Fluggastdaten (Passenger Name Records – PNRs) durch Passenger Information Units (PIU). Hinzu kommen vor allem im Terrorismusbereich die neuen Möglichkeiten für entsprechende Alerts und Datensammlungen bei Grenzkontrollen nach dem Schengener Informationssystem II sowie weitere Informationsverbünde, z.B. in Gefährderdateien.

6. Besondere Rechtsregime für Ausnahmesituationen

Für Sondersituationen finden sich weitere spezielle Rechtsregime zur Kriminalitätskontrolle, die erhebliche Abweichungen vom „Normalfall“ der vorgenannten Systeme ermöglichen.

a) Ausnahme- und Notstandsrechte

Einzelne Staaten gehen über die beschriebenen Einschränkungen rechtsstaatlicher Standards teilweise erheblich hinaus, indem sie für den Bereich des Terrorismus und der organisierten Kriminalität ein Ausnahme- und Notstandsrecht entwickeln. Diese Notstandsregime setzen vor allem bestimmte Schutzgarantien außer Kraft und bringen zusätzliche Vollmachten für die Exekutive mit sich. Sie können aber – wie bis vor Kurzem in der Türkei – auch neue weitgefasste Straftatbestände schaffen, gefahrabhängige Eingriffstatbestände erweitern oder strafprozessuale Verdachtsgrade absenken. Die verschiedenen nationalen Notstandsrechte unterscheiden sich allerdings stark. In Deutschland beschränkt sich die Notstandsgesetzgebung auf die Sicherung der staatlichen Handlungsfähigkeit.

b) Listungsverfahren von UN und EU

Die Machtverschiebung von der Judikative auf die Exekutive, die das Notstandsrecht hervorruft, lässt sich auch bei den sogenannten Listungsverfahren der Vereinten Nationen und der EU beobachten, etwa wenn der terroristische Charakter einer verdächtigen Organisation oder Person nicht mehr anhand gesetzlicher Vorgaben von einem Gericht bestimmt wird, sondern in rechtsstaatlich problematischen Verfahren von internationalen Gremien nach deren selbstgeschaffenen vagen Vorgaben. Die hierbei geltenden Individualschutzrechte weichen – z.B. bei Beteiligungsrechten oder der Verwendung von Geheimdienstinformationen – oft weit von den rechtsstaatlichen Standards nationaler Verfahren ab.

Der Machtzuwachs von Exekutive und internationalen Organisationen zeigt sich besonders in den Terrorismus-Sanktionen des UN-Sicherheitsrates. Hier werden die Legislative, die Exekuti-

ve (in Form eines aus den Mitgliedern des Sicherheitsrates bestehenden Sanktionsausschusses) und die „Judikative“ (in Form einer Ombudsperson) nur durch den UN-Sicherheitsrat gestellt. Der Grundsatz der Gewaltenteilung ist damit aufgelöst. Die hieraus resultierenden Listungen haben mit dem präventiven Einfrieren aller Vermögenswerte, Reisebeschränkungen und „Bereitstellungsverbieten“ allerdings höchst gravierende Rechtsfolgen.

c) Recht der bewaffneten Konflikte

Noch einen wesentlichen Schritt weiter in seinen Konsequenzen und Rechtsfolgen geht die Anwendung des „Kriegsrechts“ zur „Bekämpfung“ der Kriminalität, vor allem im „war on drugs“, „war on organized crime“, „cyber war“ und „war on terrorism“. Die nationale Interpretation des Rechts der bewaffneten Konflikte erlaubt (insb. in den USA und Israel) teilweise die gezielte Tötung von Terroristen. Nachdem die meisten Staaten die Todesstrafe abgeschafft haben, ermöglicht diese Option mit einer nationalen Partikularinterpretation des humanitären Völkerrechts staatliche Tötungen zur präventiven Kriminalitätsbekämpfung, und zwar – anders als bei der Todesstrafe – ohne strafrechtlichen „Tatnachweis“ und Richtervorbehalt im Einzelfall.

7. Private Normensysteme

Der Kriminalitätskontrolle dienen heute neben staatlichen Regelungen auch neue private Normensysteme und private Institutionen, vor allem bei der Eindämmung von Wirtschaftskriminalität.

a) Compliance Programme

Private Compliance Programme sehen nicht nur präventive Maßnahmen zur Kriminalitätsverhinderung vor, sondern führen in zahlreichen westlichen Staaten zu Privatermittlungen, die nicht durch gesetzlich klar definierte, schützende Garantien begrenzt sind und in der Praxis aus Furcht vor sonst noch drastischeren Sanktionen von den Mitarbeitern und ggf. den Unternehmen geduldet werden. Die so gewonnenen Ergebnisse werden dann von den Unternehmen der Justiz zur Verfügung gestellt.

b) Public Private Partnerships

Der private Sektor wird auch in der Form von Public Private Partnerships immer enger in staatliche Kontrollregime eingebunden und mit anderen staatlichen Kontrollregimen kombiniert. So sind vielerorts Telekommunikationsunternehmen, Banken, Fluglinien und bestimmte Hersteller von Gefahrenstoffen dazu verpflichtet, für den Staat eine Vielzahl von Daten zu erheben, zu sammeln und zu übermitteln. Diese Privatisierung der präventiven Kriminalitätskontrolle führt unter anderem zu Konflikten mit den Grundrechten, die ursprünglich als Rechte gegen den Staat entwickelt wurden und hier Schutz gegen Private bieten sollen.

III. Analyse, Bewertung und Konsequenzen

1. Analyse des Gesamtbildes

a) Vielzahl und Vielfalt der Rechtsregime

Die Gesamtschau der dargestellten Regelungen zeigt zunächst eine überraschende Vielzahl und Vielfalt der zur Kriminalitätskontrolle eingesetzten Rechtsregime. Die vorgefundenen alternativen Systeme haben – wie die Figuren beim Schachspiel – sehr unterschiedliche Fähigkeiten mit jeweils eigenen Stärken und Schwächen. Beim Einsatz zur Kriminalitätskontrolle gehen sie teilweise noch über ihre eigentliche Zielsetzung und ihren ursprünglichen Anwendungsbereich hinaus.

Die nicht-punitiven Rechtsregime sind mit dem Strafrecht verbunden und wirken auf es ein. Dies zeigt sich deutlich im Bereich der Informationsweitergabe, z.B. aus dem Bereich der Geldwäsche-

kontrolle in das Justizsystem. Einwirkungen bestehen aber auch, z.B. wenn eine Vorverlagerung von Eingriffsbefugnissen im Polizeirecht mit den vorverlagerten Gefährdungsdelikten des präventiven Strafrechts kombiniert wird.

b) Paradigmenwechsel von der Repression zur Prävention

Die Analyse der Regime des neuen Sicherheitsrechts bestätigt sodann eindrücklich den eingangs festgestellten Paradigmenwechsel von der Repression zur Prävention. Dieser Wandel zeigt sich sowohl im Strafrecht als auch in den alternativ angewandten neuen Systemen des Sicherheitsrechts: beim Gefahrenabwehrrecht, der Einziehung von Straftatgewinnen oder den Compliance Regimen. Die am Beginn dieses Beitrags aufgestellte Hypothese über den Wandel des Sicherheitsrechts zum Präventionsinstrument wird durch die vorangegangene Analyse voll bestätigt.

c) Verschiebung des Verhältnisses von Sicherheit und Freiheit

Die Entwicklung des Sicherheitsrechts ist darüber hinaus mit einer erheblichen Verschiebung des Verhältnisses von Sicherheit und Freiheit verbunden. Die Entwicklung und Diversifizierung unterschiedlicher Sicherheitsregime zeigt dabei ein erhebliches Potenzial zur Optimierung von Sicherheitsinteressen. Dies geht jedoch mit erheblichen Einbußen an Freiheitsrechten, Privatsphäre und rechtsstaatlichen Garantien einher, die das zentrale Problem dieser neuen Verfahren sind und deswegen einer gesonderten Aufmerksamkeit und Analyse bedürfen.

d) Neue Überwachungskonzepte der Informatik

Der Verlust an Freiheitsrechten in der modernen Risikogesellschaft wird durch den speziellen Charakter der Informationsgesellschaft verstärkt. Deren technische Veränderungen erlauben in zahlreichen Bereichen des Sicherheitsrechts wirkungsvolle informationstechnische Überwachungsmaßnahmen in Form der Sammlung, Speicherung, Verknüpfung und Analyse von massenhaft produzierten personenbezogenen Daten aus einer Unmenge von Quellen, die mit dem Internet der Dinge nochmals wesentlich zunehmen werden. Die riesigen Mengen und die Kombination dieser Daten (wie Telekommunikations-, Finanz-, Bewegungs-, Video- und Warendaten) ermöglichen ein neues „surveillance paradigm“, das zu neuen Ermittlungsstrukturen und neuen rechtlichen Konzepten von „Verdächtigen“, „Vorverdächtigen“ oder „persons of interest“ führt. Wenn die Daten dann mithilfe von künstlicher Intelligenz ausgewertet werden, können die Ergebnisse – wie die computergestützte Zielauswahl von Kampfdrohnen mittels künstlicher Intelligenz bereits zeigt – nicht mehr prozedural nach klaren Algorithmen und Regeln nachvollzogen und kontrolliert werden.

e) Verlust von Schutzrechten im transnationalen Strafrecht

Der mit der Globalisierung einhergehende Verlust nationalstaatlicher Territorialkontrolle beschleunigt zusätzlich den Verlust freiheitsschützender Garantien. Denn eine effiziente transnationale Durchsetzung von Befugnissen geht meist auf Kosten des nationalstaatlichen Schutzes der Betroffenen, beispielsweise wenn Bestimmungen ausländischer Rechtsordnungen mit geringeren Schutzstandards in andere Rechtsordnungen übertragen und dort anerkannt werden. Das zentrale Problem des neuen Sicherheitsrechts liegt daher im Abbau von Schutzgarantien, die sich die Bürger seit der Aufklärung mühsam erkämpft haben.

2. Kriminalpolitische Konsequenzen

Die Bewertung und Weiterentwicklung der neuen Sicherheitsarchitektur erfordern damit eine differenzierte Betrachtung: Einerseits verfügt das neue disziplinübergreifende Sicherheitsrecht gegenüber der rein strafrechtlichen Kriminalitätsverfolgung über neue Mittel der Kriminalitätskontrolle, die für eine Bewältigung der objektiven Herausforderungen der globalen Risikogesellschaft genutzt werden sollten, wenn die Unterminierung von Staaten durch organisierte Kriminalität,

Dieter Schütz@pixelio

politische Korruption in großem Ausmaß oder die in den Panama-Papers deutlich gewordenen Zustände nicht hingenommen werden sollen.

Einzelne der neuen rechtlichen Präventionsregime sind in ihrer konkreten Ausgestaltung allerdings höchst problematisch. Die meisten der hier angesprochenen Regime gehen zwar von einem zutreffenden Ansatz aus: Strafrecht kann auch das Ziel einer unmittelbaren Prävention haben, öffentliches Recht soll der (auch proaktiven) Kriminalitäts- und Gefahrenverhinderung dienen, das Recht der bewaffneten Konflikte muss in bestimmten Fällen eine Verteidigung auch gegen großflächige Angriffe bewaffneter Gruppen ermöglichen.

Die entsprechenden Eingriffsbefugnisse und Rechtsfolgen müssen allerdings systemkonform in die jeweiligen Rechtsregime sowie die menschenrechtlich und verfassungsrechtlich gebotenen Schutzgarantien eingebaut werden. An der Erfüllung dieser rechtsstaatlichen Erfordernisse mangelt es heute in vielen der dargestellten Bereiche der Kriminalitätskontrolle. Eine Bewertung der konkreten Ausgestaltung des neuen Sicherheitsrechts erfordert damit eine sehr differenzierte Auseinandersetzung mit seinen einzelnen Regelungen.

3. Konsequenzen für die rechtswissenschaftliche Forschung

In der Strafrechtswissenschaft besteht ein grundlegendes Forschungsdefizit hinsichtlich der skizzierten Entwicklung der neuen Sicherheitsarchitektur. Dieses zeigt sich bereits in der Konstruktion der unterschiedlichen Rechtsregime, die bisher nur in der Addition verschiedener „Sicherheitsrechte“ besteht und mit einer stimmigen „Architektur“ wenig gemein hat. Es fehlt vor allem ein Gesamtkonzept zu den Grenzen und Garantien dieser neuen Sicherheitsarchitektur. Hauptursache hierfür ist eine selbst gewählte Begrenzung der Strafrechtswissenschaft auf das klassische Strafrecht.

Die Strafrechtswissenschaft kann dadurch zwar ihre dogmatischen Prinzipien im klassischen Strafrecht aufrechterhalten. Sie verhindert damit aber nicht, dass die Aufgaben des Strafrechts in wichtigen Bereichen von anderen Rechtsregimen wahrgenommen und seine zentralen Garantien unter einem anderen Etikett (z.B. der Verwaltungssanktionen oder der „civil confiscation“) umgangen werden. Sie ähnelt insofern einem Menschen, der seine Haustür mit allen Mitteln verteidigt, jedoch nicht bemerkt, dass seine Hintertür offen steht.

Gefordert ist daher eine umfassende „Kriminalwissenschaft“, die – unter Einbeziehung von Vertretern der anderen Rechtsregime – ihren Forschungsgegenstand ausgreifender in der „Kriminalitätskontrolle“ sieht und diese auf der Grundlage funktionaler Rechtsvergleichung sachbezogen in disziplin- und länderübergreifender Weise untersucht. Vergleichbare Defizite und Forderungen bestehen im Übrigen auch in der Kriminologie und in anderen Rechtsdisziplinen.

Die aktuelle Sicherheitsarchitektur muss daher vor allem auch um eine „Freiheitsarchitektur“ der rechtsstaatlichen Garantien ergänzt werden. Dazu gehören Zielsetzungen, Grenzen und Garantien der verschiedenen Sicherheitsregime sowie deren Interdependenzen. Die rechtsstaatlichen Garantien müssen dabei sowohl vom jeweiligen Rechtsregime her gedacht werden als auch in einer Querschnittsdimension unabhängig vom jeweiligen Rechtsregime, um Umetikettierungen der Rechtssysteme (z.B. als nicht-strafrechtlich) zu verhindern.

4. Forschung am Freiburger Max-Planck-Institut

Das Forschungsprogramm des Freiburger Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht hat auf die hier dargestellten neuen Entwicklungen der Risikogesellschaft, der Informationsgesellschaft und der Globalisierung vor 14 Jahren mit dem Ansatz reagiert, die Grenzen des Strafrechts nicht nur unter einem dogmatischen Gesichtspunkt zu bestimmen, sondern wissenschaftlich auch nach funktionalen Äquivalenten der Kriminalitätskontrolle zu suchen.

Ziel war es, das Strafrecht *und* die alternativen Kontrollregime im Rahmen einer Gesamtanalyse sowie von Verfassungsrecht und Menschenrechten in die Entwicklung eines rechtsstaatlichen Sicherheitsrechts einzubeziehen. Ein solcher Ansatz hat das Potenzial, neue innovative Ansätze zur Kriminalitätskontrolle und ein Konzept zu den entsprechenden sicherheitsrechtlichen Garantien zu entwickeln.

Die Max-Planck-Gesellschaft hat diesen Ansatz 2018 mit der Planung einer dritten, für den Bereich des Sicherheitsrechts zuständigen Abteilung ihres Freiburger Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht konstruktiv weitergeführt. Eine größere Anerkennung als diese institutionelle Erweiterung hätte es für das vorliegend entwickelte Konzept nicht geben können. Es ist zu wünschen, dass die zukünftigen drei Abteilungen des Instituts die Forschungen sowohl zu einer disziplin- und länderübergreifenden *Sicherheitsrechtsarchitektur* als auch zu einer entsprechenden *Architektur der Freiheitsrechte* und deren nationalen, regionalen und internationalen Garantien erfolgreich weiterführen werden.

Ulrich Sieber

Weiterführende Literatur:

Sieber, Ulrich: Der Paradigmenwechsel vom Strafrecht zum Sicherheitsrecht: Zur neuen Sicherheitsarchitektur der globalen Risikogesellschaft. In: Tiedemann, K., Sieber, U., Satzger, H., Burchard, C., Brodowski, D. (Hrsg.), Die Verfassung moderner Strafrechtspflege. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2016, S. 351–372.

Rui, J. P./Sieber, U. (Hrsg.): Non-Conviction-Based Confiscation in Europe – Possibilities and Limitations on Rules Enabling Confiscation without a Criminal Conviction. Strafrechtliche Forschungsberichte Bd. S 146, Duncker & Humblot, Berlin 2015, S. 245–304.

Sieber, Ulrich/Vogel, Benjamin: Terrorismusfinanzierung – Prävention im Spannungsfeld von internationalen Vorgaben und nationalem Tatstrafrecht. Strafrechtliche Forschungsberichte Bd. S 150, Duncker & Humblot, Berlin 2015, 236 Seiten.

Xenia Lang: Geheimdienstinformationen im deutschen und amerikanischen Strafprozess. Strafrechtliche Forschungsberichte Bd. S 150, Duncker & Humblot, Berlin 2014, 400 Seiten.

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Ulrich Sieber, Strafrechtliche Forschungsabteilung

Dr. Benjamin Vogel, LL.M., Strafrechtliche Forschungsabteilung

C. Rethinking Money Laundering and Financial Investigations

Der erste Forschungsschwerpunkt der strafrechtlichen Abteilung untersucht mit den funktionalen Grenzen des Strafrechts derzeit vor allem die neuen Entwicklungen alternativer, überwiegend präventiv ausgerichteter Rechtsregime der Risikogesellschaft, die das klassische Strafrecht an seine Grenzen führen. Untersuchungsgegenstände sind insbesondere die Entwicklung des Rechts zur Kontrolle von Terrorismus, organisierter Kriminalität, Wirtschaftskriminalität, Internetkriminalität und Völkerstraftaten. Bewertungsmaßstab für die Beurteilung der einzelnen Rechtsentwicklungen sind die verfassungsrechtlichen, menschenrechtlichen und strafrechtsdogmatischen Grenzen sowie das Gewicht dieser Grenzen bei der Ausbalancierung von Sicherheit und Freiheit.

Vor diesem Hintergrund befasst sich das Projekt „Rethinking Money Laundering and Financial Investigations“ speziell mit der Rolle des Geldwäscherechts in der staatlichen Sicherheitsarchitektur. Die Einordnung der einschlägigen Regelungen und Institutionen des Geldwäscherechts erweist sich heute in mehr als einer Hinsicht als äußerst schwierig, weil im Bereich der Repression und Prävention der Geldwäsche eine Vielzahl von staatlichen und privaten Akteuren interagieren. Diese verfolgen oftmals sehr unterschiedliche und mitunter sogar konträre Ziele. Strafverfolgung, Gefahrenabwehr, Aufsichtsbehörden, Nachrichtendienste und nicht zuletzt private Unternehmen arbeiten auf vielfältige Weise eng zusammen. An klaren Regeln für das Zusammenwirken fehlt es jedoch. Staatliche Aufgaben werden in weitem Umfang der Privatwirtschaft überantwortet, wobei die Grenzen des Handelns der Privaten ebenso wie Grenzen der staatlichen Inpflichtnahme oft ungeklärt bleiben. Diese Unbestimmtheit geht regelmäßig zugleich zulasten der kriminalpolitischen Effektivität der Regelungen und der Wahrung der Bürgerrechte.

Die rechtsvergleichende Studie analysiert das Ineinandergreifen von Strafrecht, Regulierungsrecht und Datenschutzrecht sowohl durch eine rechtsvergleichende Untersuchung als auch durch eine empirische Forschung der behördlichen Praxis. Dabei geht es nicht nur um die Bestimmung der rechtlichen Möglichkeiten und Grenzen der bestehenden Instrumente sowie der gegenwärtig diskutierten Optionen. Vielmehr werden auf der Grundlage der empirischen Untersuchung der Rechtsanwendungspraxis auch neue Lösungsansätze ermittelt, die gegenüber bestehenden rechtspolitischen Vorschlägen einen besseren Ausgleich von Effektivität und Grundrechtsschutz gewährleisten.

Im Rahmen der empirischen Erhebung erfuhr die Studie umfangreiche praktische Unterstützung vonseiten mehrerer supranationaler Stellen, insbesondere der Europäischen Kommission, Europol und Interpol, sowie einer Reihe nationaler Behörden innerhalb und außerhalb der Strafverfolgung. Über die rechtliche und empirische Analyse hinaus wirkt das Projekt aktiv darauf hin, einen grenzüberschreitenden Erfahrungsaustausch zwischen Behörden der untersuchten Staaten im Bereich der Geldwäsche durch wissenschaftliche Begleitung eines Dialogs zwischen Praktikern zu fördern. Für das Jahr 2019 sind dafür Workshops mit Behörden unterschiedlicher Staaten geplant. Die Untersuchung wird mit privaten Drittmitteln unterstützt.

N. Schmitz / pixelio.de

I. Geldwäsche als faktische und rechtliche Herausforderung

1. Illegale Finanzströme im Zentrum des sicherheitspolitischen Diskurses

Illegale Finanzströme und insbesondere Geldwäsche sind Phänomene von herausragender politischer Bedeutung. Die Einfachheit, mit der Vermögen heute über Grenzen und Rechtsordnungen hinweg transferiert werden kann, bietet eben nicht nur vielfältige Möglichkeiten für legalen Handel, sondern auch für die Verheimlichung von Vermögen oder seiner Herkunft. Das wahre Ausmaß des Kriminalitätsbereichs wurde erahnbar, als große Daten-Leaks und die Arbeit investigativer Journalisten (Panama Papers) die Menge des in sogenannten „tax havens“ gelagerten Schwarzgeldes offenlegten. Doch ist nicht nur die Steuerflucht ein schwerwiegendes Problem: Westeuropäische und nordamerikanische Finanzplätze sehen sich heute vielfach mit dem Vorwurf konfrontiert, auf ihren Kapital- und Immobilienmärkten ausländischen Despoten und mafiösen Netzwerken die Investition illegal erworbenen Vermögens zu ermöglichen und gegen einen dahingehenden Missbrauch ihrer Wirtschaftsstandorte zu wenig zu unternehmen. Solche Geldwäsche untergräbt nicht nur mittelbar die Rechtsstaatlichkeit in den Herkunftsländern des Vermögens und zerstört den Wohlstand der dortigen Bevölkerung, sondern gefährdet auch die Stabilität westlicher Staaten und ihrer politischen und wirtschaftlichen Institutionen. Illegale Finanzflüsse sind zugleich die Lebensader organisierter Kriminalität und ein sicherheitspolitisches Risiko für westliche Demokratien. Parallel dazu verwandeln sich die internationalen Finanzmärkte angesichts ihrer grenzüberschreitenden Natur selbst zunehmend zu einem *Instrument von Sicherheitspolitik*. Besonders deutlich wird dies daran, dass Nationalstaaten und supranationale Organisationen wie die UN oder die EU immer häufiger Finanzsanktionen gegen die Urheber schwerer Menschenrechtsverletzungen oder sicherheitspolitischer Bedrohungen einsetzen. Individuen, Unternehmen und mitunter ganze Staaten werden vom internationalen Kapitalmarkt abgeschnitten, um ihren wirtschaftlichen Handlungsspielraum einzuschränken und so auf ihr Verhalten einzuwirken. Deutlich wird dies nicht zuletzt bei dem nunmehr mit großer Entschiedenheit geführten Vorgehen der Staaten gegen die Finanzierung von Terrorismus, doch sind Finanzsanktionen keineswegs auf diesen Bereich beschränkt.

Neben all diese Entwicklungen traten in den vergangenen Jahren zwei weitere Phänomene mit absehbar dramatischen Folgen: die umfassende *Digitalisierung des Zahlungsverkehrs* und die Transformation von Finanzdienstleistungen durch die Entstehung von sogenannten *Kryptowährungen*. Staaten erhalten infolgedessen einerseits ein zunehmend lückenloses Bild der über traditionelle Kreditinstitute abgewickelten Geschäfte, sind andererseits aber auch damit konfrontiert, dass immer mehr Transaktionen mit kaum nachzuverfolgenden nichtstaatlichen Zahlungsmitteln abgewickelt werden.

Ohne Übertreibung lässt sich daher sagen, dass zu keinem Zeitpunkt der jüngeren Geschichte illegale Finanzflüsse derart im Mittelpunkt von Sicherheits- und Kriminalpolitik standen wie es aktuell der Fall ist. Dies gilt besonders für die Europäische Union, wo sich der einschlägige Rechtsrahmen gegenwärtig tiefgreifend verändert. Nachdem das Geldwäscherecht erst vor Kurzem durch die von den Mitgliedstaaten bis zum Sommer 2017 umzusetzende Richtlinie 2015/849 umfassend reformiert wurde, folgte im Mai 2018 mit der Richtlinie 2018/843 bereits eine weitere essenzielle Überarbeitung des Rechtsrahmens. Diese ist von den Mitgliedstaaten bis Anfang 2020 umzusetzen, wobei sich schon jetzt neue fundamentale Änderungen des EU-Rechts abzeichnen.

2. Privatisierung der Ermittlungen und mangelnde Effektivität

In Anbetracht der vorstehend skizzierten Entwicklungen kann es schwerlich überraschen, dass das Recht im Umgang mit Geldwäsche und anderen illegalen Finanzflüssen vor großen Herausforderungen steht.

Tim Reckmann / pixelio.de

Für eine nähere Analyse muss zunächst ein Blick auf den bisherigen Rechtsrahmen gegen illegale Finanzflüsse geworfen werden. Dessen Herzstück ist seit den 1990er Jahren ein internationales Instrumentarium gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung, welches im Rahmen der Financial Action Task Force (FATF) geschaffen wurde. Bei dieser handelt es sich um ein intergouvernementales Gremium am Sitz der OECD, dessen „Empfehlungen“ zwar strenggenommen nicht völkerrechtlich verbindlich sind, von den meisten Staaten aber faktisch dennoch so behandelt werden. Denn bei Nichtumsetzung der FATF-Standards in nationales Recht droht einem Staat letztlich der vollständige Ausschluss vom internationalen Finanzverkehr und damit die wirtschaftliche Handlungsunfähigkeit.

Die von der FATF errichtete Architektur zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung wird von zwei Pfeilern getragen: erstens der strafrechtlichen Ahndung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung sowie der Konfiszierung betroffenen Vermögens, zweitens der präventiven Überwachung des Wirtschaftsverkehrs, durch die illegale Geschäfte verhindert werden sollen. Kennzeichnend für diese Herangehensweise ist die zentrale Rolle der mit Finanztransaktionen betrauten Privatwirtschaft. Diese ist verpflichtet, fortwährend ihre Geschäftsbeziehungen auf entsprechende Risiken zu überwachen, Verdachtsfälle den Behörden mitzuteilen und verdächtige Transaktionen nicht auszuführen.

In jüngster Zeit sind erhebliche Schwächen dieser Regelungen zutage getreten. Während Finanzdienstleister und andere Akteure der Privatwirtschaft über die teils massiven Kosten ihrer Präventionspflichten klagen, steht deren Effektivität kriminalpolitisch zunehmend in Zweifel. Es mehren sich die Hinweise darauf, dass trotz umfangreicher Investitionen die Fähigkeit der Unternehmen zur Identifizierung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung letztlich sehr begrenzt bleibt. Vielfach werden völlig unbescholtene Kunden weitreichenden Einschränkungen ausgesetzt, häufig etwa durch den Abbruch der Geschäftsbeziehung infolge eines irrtümlichen Geldwäscheverdachts. In aller Regel sind die von den Privaten erstellten Verdachtsmeldungen für die Behörden ohne Wert, da sich der Verdacht eben nicht bestätigt.

Das beschriebene Effektivitätsdefizit ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass sich kriminelle Akteure der Überwachung ihrer Geschäfte häufig unkompliziert entziehen können. Es gelingt ihnen, Kreditinstitute zu täuschen, oder sie weichen auf weniger regulierte Wirtschaftssektoren aus. Gerade Kryptowährungen stellen insofern eine große Herausforderung dar, weil diese in vielen Staaten kaum reguliert sind.

Abbildung 1: Anzahl der Verdachtsmeldungen in der EU (ohne Italien, grün) und Verwertungsquote bezüglich behördlichen Verfahren (grau); Quelle: Europol, <https://www.europol.europa.eu/publications-documents/suspicion-to-action-converting-financial-intelligence-greater-operational-impact>

Abbildung 2: Polizeilich erfasste Fälle von Geldwäsche;
<https://de.statista.com/infografik/9111/polizeilich-erfassten-faelle-von-geldwaesche-in-deutschland/>

Auch staatliche Behörden begegnen vielfältigen Schwierigkeiten. Die Komplexität von Finanzermittlungen stellt Polizei und Justiz schon für sich ständig vor große Herausforderungen rechtlicher und tatsächlicher Art, etwa aufgrund fehlenden fachlichen Knowhows. Darüber hinaus birgt der regelmäßig grenzüberschreitende Charakter illegaler Finanzflüsse viele Probleme, vor allem wegen der dadurch ermöglichten Anonymität der Handelnden, die behördliche Bemühungen auf nationaler Ebene oft scheitern lässt. Effektive zwischenstaatliche Zusammenarbeit ist gerade für das Vorgehen gegen Geldwäsche häufig ebenso unverzichtbar wie defizitär.

3. Pionierbereich des Rechts

Die vorstehenden Ausführungen verdeutlichen, dass sich mit der Geldwäsche grundlegende Fragen zur staatlichen Sicherheitsarchitektur stellen, die sich vor allem aus der *Globalisierung* von Finanzflüssen und der mit ihnen verbundenen strafbaren Phänomene sowie aus dem Entstehen der *Informationsgesellschaft* ergeben. Gerade für das Vorgehen gegen illegale Finanzflüsse gilt, dass die Rechtswissenschaft nicht bei traditionell strafrechtlichen Lösungsansätzen stehen bleiben darf, sondern rechtliche Nachbardisziplinen und nicht-strafrechtliche Instrumente in den Blick nehmen muss, insbesondere das Wirtschaftsverwaltungs- und das Datenschutzrecht. Zwar kommt dem Strafrecht weiterhin eine zentrale Rolle zu, seine Ziele und Funktionen lassen sich allerdings ohne Berücksichtigung der auf es einwirkenden anderen Disziplinen vielfach nicht mehr verstehen und sinnvoll gestalten.

Der Rechtsrahmen der Geldwäsche ist insofern ein Pionierbereich des Rechts, als er wohl mehr als jedes andere Feld der Kriminalpolitik die tradierten Mechanismen und Prinzipien strafrechtlicher Sozialkontrolle infrage stellt. Das Strafrecht verwandelt sich hier von einem Instrument der Sanktionierung vergangenen schuldhaften Verhaltens in weiten Teilen zu einem präventiven Instrument, für welches regelmäßig die Absichten der Handelnden und nicht die objektive Gestalt der Tat im Mittelpunkt steht. Zudem ist das Geldwäscherecht durch eine weitreichende Privatisierung von Ermittlungen gekennzeichnet, da die Identifizierung und Aufklärung von Verdachtsfällen weitgehend der Privatwirtschaft übertragen wird.

Diese Veränderungen des Strafrechts und die Wirkung nicht-strafrechtlicher Steuerungsinstrumente haben in vielerlei Hinsicht das Potenzial zu einer Effektivierung des Vorgehens gegen illegale Finanzflüsse. Zugleich stellen sich zahlreiche Probleme. Die stark präventive Ausrichtung des Rechts mag zwar zum Teil notwendig sein, begegnet aber vor allem mit Blick auf europäisches und nationales Verfassungsrecht berechtigten Bedenken, wie etwa die aus den Präventionspflichten der Privatwirtschaft resultierende extensive Sammlung personenbezogener Daten veranschaulicht. Um eine die Grundrechte wahrende Ausgestaltung neuer Lösungsansätze gewährleisten zu können, ist es erforderlich, die aus den neuen Instrumenten resultierenden Gefahren präzise herauszuarbeiten.

Abbildung 3: Der Bargeldumlauf im Euroraum steigt trotz Digitalisierung weiterhin.
 Quelle: https://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Bilder/Grafiken/Geld_und_Geldpolitik/bargeldumlauf_euro_raum.html?__blob=poster4

Bargeldumlauf im Euroraum

Mrd €; monatlich, log. Maßstab

Quelle: EZB.
 Deutsche Bundesbank

21 Aug 2018

Konflikte zwischen neuen Lösungsansätzen und nationalen verfassungsrechtlichen Traditionen sind nicht zuletzt die Folge der starken Internationalisierung der Regelungen gegen Geldwäsche. Prägend ist insofern der Umstand, dass die Vorgaben der FATF und die darin enthaltenen Regelungsmodelle in weitem Umfang dem angloamerikanischen Rechtskreis entstammen. Eine Auflösung der sich im Bereich der Geldwäschebekämpfung zeigenden Konflikte zwischen internationalen Vorgaben und nationalem Verfassungsrecht erfordert daher nicht zuletzt Sensibilität für den rechtskulturellen und institutionellen Kontext der einzelnen Rechtsordnungen. Ohne fundierte Kenntnisse solcher Verschiedenheiten lassen sich effektive Modelle der zwischenstaatlichen Kooperation gegen Geldwäsche nicht entwickeln.

II. Die Analyse des Freiburger Max-Planck-Instituts

1. Zielsetzung: Supranationale und nationale Lösungen

Die strafrechtliche Abteilung des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht untersucht in dem mehrjährigen Projekt „Rethinking Money Laundering and Financial Investigations“, wie das Strafrecht und andere Bereiche des Rechts Geldwäsche wirksam unterbinden und zugleich ein hohes Maß an Grundrechtsschutz gewährleisten können. Dem Forschungsschwerpunkt des Max-Planck-Instituts entsprechend richtet sich das Projekt damit auf Kernfragen der Architektur des supranationalen und nationalen Sicherheitsrechts sowie auf ein hochgradig durch Transnationalität und Digitalisierung geprägtes kriminalpolitisches Phänomen.

Ziel der Studie ist die Entwicklung von rechtspolitischen Empfehlungen sowohl für die Europäische Union, bei der die einschlägigen Gesetzgebungskompetenzen hauptsächlich liegen, als auch für die einzelnen Mitgliedstaaten, insbesondere für den deutschen Gesetzgeber. Der mehrere Ebenen in den Blick nehmende Ansatz spiegelt die Tatsache wider, dass sich in Bezug auf den Forschungsgegenstand rechtliche Lösungen heute kaum noch allein auf nationaler Ebene diskutieren lassen.

Der Studie liegt die Hypothese zugrunde, dass die praktischen Defizite der bisherigen Anti-Geldwäsche-Instrumente entscheidend auf einer fehlenden Bestimmtheit der mit ihnen verfolgten rechtspolitischen Zwecke beruhen. Durch das vermehrte Ineinandergreifen von Strafrecht und anderen Rechtsregimen verschwinden Grenzen zwischen ihnen und vielfach wird unklar, welche Zielsetzungen und Prinzipien innerhalb eines Rechtsregimes gelten und das Handeln der

Abbildung 4: Das Volumen des in der EU auf illegalen Märkten generierten Gewinns wird nach Europol auf 110 Mrd. Euro geschätzt. Davon werden ca. 2,4 Mrd. (2,2 %) durch die Mitgliedsstaaten vorübergehend eingefroren und schließlich 1,2 Mrd. (1,1 %) dauerhaft konfisziert. Quelle: Europol Criminal Assets Bureau, 2016

beteiligten staatlichen und privaten Akteure leiten sollen. Die einzelnen Teile der Untersuchung sind daher von dem übergeordneten Erkenntnisinteresse geprägt, die Funktion und die daraus resultierenden Grenzen der einschlägigen Regelungen und Institutionen zu identifizieren. Im Mittelpunkt stehen dabei einerseits die Frage, inwieweit Private über ihre präventiven Mitwirkungspflichten hinaus in Ermittlungen der Strafverfolgung einbezogen werden, andererseits, auf welche Weise Strafverfolgung und aufsichtsrechtliche Maßnahmen interagieren.

2. Methodischer Ansatz: Rechtsvergleich, empirische Erhebungen und internationaler Diskurs

a) Ausgehend von den oben dargelegten Grundannahmen beruht die Studie auf einem Rechtsvergleich der einschlägigen Regelungen der FATF und der EU sowie fünf nationaler Rechtsordnungen, die wegen ihrer besonderen Bedeutung für die Praxis der Geldwäschebekämpfung ausgewählt wurden, nämlich Deutschland, Italien, die Schweiz, Spanien und das Vereinigte Königreich.

Der Untersuchung der unterschiedlichen Rechtsordnungen ist eine einheitliche Metastruktur unterlegt. Neben dem Straf- und dem Ordnungswidrigkeiten bezieht die Analyse auch das Recht der Wirtschaftsregulierung sowie das diesbezügliche Aufsichts- und Datenschutzrecht ein. Damit reagiert die Studie auf den Befund, dass sich die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit illegalen Finanzflüssen ebenso wie die Rechtsanwendungspraxis heute in der Regel auf einen Teilbereich des Rechts beschränken – obwohl angesichts der vielfältigen Komponenten des Geldwäscherechts nur ein breit angelegter Ansatz Antworten auf die Frage nach den Ursachen von Defiziten in der Rechtsdurchsetzung liefern kann. Das Fehlen einer umfassenden Perspektive führt in der Praxis häufig zu Missverständnissen zwischen den beteiligten öffentlichen und privaten Akteuren und nicht selten zur Ineffektivität des staatlichen Vorgehens gerade im Bereich der Geldwäsche. Über ihre Relevanz für das praktische Vorgehen gegen Geldwäsche hinaus liefert die Studie damit einen wichtigen Beitrag dazu, den rechtswissenschaftlichen Diskurs im Bereich des Sicherheitsrechts von einer oft eindimensionalen, lediglich auf einzelne Spezialdisziplinen des Rechts gerichteten Perspektive wegzuführen. Nur so lässt sich zudem gewährleisten, dass grenzüberschreitende Kooperation nicht an der Vielgestaltigkeit der nationalen Regelungen und Institutionen im Bereich der Geldwäsche scheitert.

b) Für die breit angelegte empirische Untersuchung der Praxis der Repression und Prävention der Geldwäsche wurden Interviews mit zahlreichen Vertretern sowohl nationaler und supranationaler

Behörden als auch der Privatwirtschaft geführt. Die Interviews dienten einerseits der Überprüfung von Schlussfolgerungen, welche aus der rechtsvergleichenden Analyse gezogen wurden, andererseits der Diskussion neuer Lösungsansätze. Zur Optimierung des Erkenntnisgewinns wurden sie wiederholt im Format eines Round-Table-Gesprächs mit mehreren Beteiligten geführt.

3. Ergebnisse: Klare Zuständigkeiten, Public Private Partnership und Datenschutz

Die Erkenntnisse der Studie gehen über Einzelfragen des supranationalen und nationalen Geldwäscherechts hinaus und nehmen die staatliche Sicherheitsarchitektur als Ganzes in den Blick. Die Empfehlungen des Max-Planck-Instituts beinhalten zum einen Lösungsansätze für die Ausgestaltung des nationalen Rechts. Zum anderen belassen es die angestellten Reformüberlegungen nicht bei der Rezeption des supranationalen Rechtsrahmens, sondern entwickeln auch Vorschläge für den europäischen Gesetzgeber. Die rechtliche und empirische Analyse der bestehenden Regelungen und Praktiken verdeutlicht die Notwendigkeit, die für das Vorgehen gegen illegale Finanzströme teilweise seit Jahrzehnten vorherrschenden rechtspolitischen Prämissen und Konzepte in Einzelfällen tiefgreifend infrage zu stellen. Dabei treten vier zentrale Problemfelder zutage, die zugleich den Schwerpunkt der Reformvorschläge bilden:

- a) die Stellung der Financial Intelligence Units (FIUs) in der staatlichen Sicherheitsarchitektur,
- b) das Zusammenwirken von Behörden und Unternehmen,
- c) das Verhältnis des Geldwäscherechts zum Datenschutz sowie schließlich
- d) der grenzüberschreitende Austausch von Daten.

a) Zentral für das Vorgehen gegen Geldwäsche sind die FIUs. Dabei handelt es sich um spezialisierte nationale Behörden, die Verdachtsmeldungen von Finanzdienstleistern und anderen Privaten sowie von Aufsichtsbehörden sammeln und die Fundiertheit des Verdachts überprüfen. Dazu haben FIUs regelmäßig weitreichenden Zugang zu Daten anderer Behörden und bedienen sich leistungsstarker automatisierter Analysetechniken. Sie sind zumeist außerhalb der Strafverfolgungsbehörden angesiedelt. Bestätigt sich ein konkreter Geldwäscheverdacht, so wird der Fall regelmäßig an die Strafjustiz weitergeleitet. In der Zusammenarbeit von FIUs und Strafverfolgung ergeben sich nicht nur in Deutschland praktische Schwierigkeiten. Der Studie gelang es, die wesentlichen Gründe dafür zu identifizieren und Lösungsansätze zu entwerfen. Diese sehen im Kern eine *eindeutige Abgrenzung der Aufgabenbereiche* von FIUs und Strafverfolgungsbehörden vor und bedeuten insofern zugleich eine Präzisierung der staatlichen Sicherheitsarchitektur und des Geltungsbereichs strafprozessualer Verfahrensrechte.

b) Das Anti-Geldwäsche-Recht setzt gegenwärtig hauptsächlich auf Verdachtsmeldungen, die von privaten Unternehmen an die FIUs übermittelt werden. Unternehmen vor allem der Finanzbranche unterliegen weitreichenden Pflichten, die Identität ihrer Kunden zu verifizieren sowie die mit einem Geschäft verfolgten wirtschaftlichen Zwecke und letztendlichen Nutznießer zu identifizieren. Diese sogenannte *Customer Due Diligence* richtet sich nach Risiko-Typologien, die von staatlicher oder privater Seite entwickelt werden. Darüber hinaus kann das Unternehmen vom Kunden umfangreiche zusätzliche Informationen verlangen, um Geldwäsche-Verdachtsmomente auszüräumen, andernfalls droht eine Beendigung der Geschäftsbeziehung und sogar das Einfrieren von Vermögenswerten. Das so entstandene System der privaten Risikobewertung führt in den meisten Staaten der Europäischen Union zu einer hohen Zahl von Verdachtsmeldungen, die sich allerdings bei der anschließenden behördlichen Überprüfung in aller Regel als kriminalistisch wertlos erweisen.

Die Studie konnte zeigen, dass das bestehende Verdachtsmeldewesen vielfach falsche Anzeigen schafft, die dazu führen, dass Kunden irrtümlicherweise der Geldwäsche verdächtigt werden und zugleich Kriminelle in nicht regulierte Bereiche wie Kryptowährungen ausweichen. Die Herausarbeitung dieser Missstände erlaubt es der Studie, eine veränderte Zusammenarbeit zwischen Behörden und Privaten zu konzipieren. Im Mittelpunkt stehen Mechanismen, die es den Unternehmen erleichtern, Geldwäscherisiken in ihrem Geschäftsbereich besser zu er-

kennen, und dadurch letztlich die Qualität der Verdachtsmeldungen nachhaltig verbessern. Hervorzuheben ist insbesondere die Möglichkeit einer *Public Private Partnership*, in der zuständige Behörden und Privatwirtschaft zur Identifizierung konkreter Geldwäscherisiken verstärkt zusammenarbeiten.

c) Wesentlich für eine Reform des Geldwäscherechts ist zudem das Verhältnis von Anti-Geldwäsche-Instrumentarium und Datenschutzrecht. Für die Prävention ebenso wie für die strafrechtliche Ahndung von Geldwäsche sind Finanzdaten von zentraler Bedeutung. Dies führt zwangsläufig zu erheblichen Spannungen zwischen einer effektiven Kriminalpolitik und dem Recht der Bürger auf den Schutz ihrer persönlichen Daten. Gerade vor dem Hintergrund der jüngst in Kraft getretenen Reform des EU-Datenschutzrechts kommt es zu teilweise schweren Verwerfungen innerhalb der Sicherheitsarchitektur. Die fehlende Abstimmung beider Rechtsbereiche bewirkt in vielen Fällen, dass nationale Gesetzgeber, Behörden und Private über das Ausmaß ihrer aus den supranationalen Vorgaben resultierenden Rechte und Pflichten im Unklaren sind. Derartige Unbestimmtheit geht regelmäßig zugleich zulasten der Effektivität des Vorgehens gegen illegale Finanzflüsse und zulasten des Grundrechtsschutzes.

Von Bedeutung sind Spannungen zwischen Geldwäscherecht und Datenschutz nicht zuletzt für die in der EU nunmehr eingeführten öffentlichen Register zur Offenlegung der hinter einem Unternehmen stehenden wirtschaftlich Berechtigten. Mit solchen Registern soll die Transparenz der Eigentümerstruktur von Unternehmen gewährleistet und damit im Ergebnis verhindert werden, dass sich Kriminelle hinter der Anonymität komplexer Firmenstrukturen verbergen. Die Studie zeigt vor diesem Hintergrund auf, inwieweit das Geldwäscherecht mit vor allem europarechtlichen Datenschutzstandards in Konflikt gerät, und entwickelt Lösungen, um zwischen Transparenz und Datenschutz einen besseren Ausgleich zu finden und den betroffenen Akteuren Rechtssicherheit zu verschaffen.

d) Der grenzüberschreitende Austausch von personenbezogenen Daten zwischen Behörden ist für ein effektives Vorgehen gegen illegale Finanzflüsse unverzichtbar. Erforderlich ist in vielerlei Hinsicht eine Globalisierung von Regulierungsmaßnahmen und Strafverfolgung, die der Globalisierung der Finanzmärkte entspricht. Dies stellt eine zentrale Herausforderung des Anti-Geldwäsche-Rechts dar. Denn suspektete Vermögenswerte lassen sich in der Regel leicht und schnell über Ländergrenzen hinweg transferieren. Die Staaten haben darauf durch die Schaffung eines Kooperationsregimes zwischen den FIUs reagiert. Dieses soll den grenzüberschreitenden Datenaustausch im Vergleich zur klassischen Rechtshilfe deutlich vereinfachen und vor allem beschleunigen. Insbesondere aus der in den Staaten sehr unterschiedlich ausfallenden institutionellen Ausgestaltung der nationalen FIU ergeben sich erhebliche Hürden, die eine Zusammenarbeit nicht selten scheitern lassen. Die Studie identifiziert, welche Faktoren der Effektivität des Datenaustauschs zwischen FIUs abträglich sind. Darauf aufbauend zeigt sie Wege auf, die gerade mit Blick auf die Frage einer möglichen gerichtlichen Verwertbarkeit der übermittelten Daten für die beteiligten FIUs ebenso wie für die Strafverfolgungsbehörden Klarheit schaffen und dadurch gegenseitiges Vertrauen und folglich die Bereitschaft zur Zusammenarbeit stärken.

4. Verwertung der Ergebnisse: ein paneuropäischer Diskurs über Rechtspolitik

Der Studie des Freiburger Max-Planck-Instituts hat den Anspruch, einen bahnbrechenden Beitrag für die weitere Entwicklung des Geldwäscherechts zu leisten. Eine derart grundlegend angelegte rechtsvergleichende Studie der einschlägigen internationalen und mehrerer nationaler Rechtsregime liegt bisher nicht vor. Auf entsprechend großes Interesse stößt die Untersuchung sowohl bei europäischen Institutionen als auch bei nationalen Behörden. Eine Verbreitung erster Ergebnisse gelang bereits durch die Round-Table-Diskussionsrunden, die im Laufe des Jahres 2018 mit zahlreichen nationalen Behördenvertretern in mehreren europäischen Staaten geführt wurden. Neben der Publikation der Studie in Buchform sowie ihrer teilweisen Übersetzung ins Italienische und ins Spanische soll zudem ein Workshop mit europäischen und nationalen Behörden zur Verbreitung der Ergebnisse beitragen.

Der durch zahlreiche Gesprächsrunden mit hochrangigen Vertretern europäischer und nationaler Institutionen ermöglichte Gedankenaustausch zwischen Wissenschaft und Praxis verleiht den Ergebnissen der Studie eine besondere Glaubwürdigkeit und rechtspolitische Anschlussfähigkeit. Die Offenheit, mit der Behörden und Private dem Freiburger Max-Planck-Institut begegnet sind, erwies sich in Verbindung mit dem die Interviews prägenden grundlagenorientierten Erkenntnisinteresse nicht nur für die Forschung als äußerst nützlich, sondern zumeist auch für die beteiligten Praktiker. Das Projekt ist damit ein herausragendes Beispiel für einen engen Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Praxis und zeigt, wie anerkannt die Grundlagenforschung unter Praktikern ist.

Über das Geldwäscherecht hinausgreifend treibt das Projekt auch die Entwicklung eines paneuropäischen kriminalpolitischen Diskurses voran. Ein solcher Diskurs ist angesichts der raschen Weiterentwicklung und Ausweitung des europäischen Straf- und Sicherheitsrechts heute dringend geboten, fehlt aber bisher weitgehend. Indem sich die Studie gleichermaßen auf mehrere europäische Rechtsordnungen (und nicht etwa nur Deutschland) bezieht und auf einem engen mehrjährigen Austausch zwischen den beteiligten Landesberichterstatlern beruht, leistet das Max-Planck-Institut auch insofern Pionierarbeit und steht beispielhaft für zukünftige straf- und sicherheitsrechtliche Forschung zum Nutzen einer rationalen und den Grundrechten verpflichteten europäischen Kriminalpolitik.

Benjamin Vogel

Weiterführende Literatur:

Kai Bussmann: Geldwäscheprevention im Markt: Funktionen, Chancen und Defizite, Springer 2018.

EUROPOL: From suspicion to action – Converting financial intelligence into greater operational impact, 2017.

Financial Action Task Force: Mutual Evaluation of Germany, 3. Follow-Up Report, FATF/OECD 2014.

Colin King/Clive Walker/Jimmy Gurulé (Hrsg.): The Palgrave Handbook of criminal and Terrorism Financing Law, Band 1 und 2, Palgrave 2018.

Stuart P. M. Mackintosh: The Redesign of the Global Financial Architecture: The Return of State Authority, Routledge 2016.

Gabriel Zucman: The Hidden Wealth of Nations: The Scourge of Tax Havens, University of Chicago Press 2015.

D. Rechtshilfe bei der Telekommunikationsüberwachung

Der zweite Forschungsschwerpunkt der strafrechtlichen Abteilung über „Territoriale Grenzen des Strafrechts“ beschäftigt sich mit dem – durch die Globalisierung hervorgerufenen – Gegensatz zwischen den grenzüberschreitend weitgehend frei operierenden Straftätern einerseits und dem durch fremde Souveränitätsrechte grundsätzlich auf das eigene Territorium beschränkten nationalen Strafrecht andererseits. Wenn dieser Widerspruch nicht aufgelöst werden kann, scheitert das Strafrecht in der globalen Welt. In den Projekten dieses Schwerpunktes werden daher Möglichkeiten untersucht, ein transnational wirksames Strafrecht zu schaffen. Die einschlägigen Möglichkeiten reichen von der klassischen Rechtshilfe und deren Weiterentwicklung über Maßnahmen der unmittelbaren Anerkennung ausländischer Entscheidungen über supranationales Strafrecht mit einer erweiterten Territorialität bis zu neuen unilateralen und globalen Sanktionssystemen.

Das nachfolgend dargestellte Projekt befasst sich mit der klassischen Rechtshilfe im Bereich der Telekommunikationsüberwachung. Hier ist eine Optimierung erforderlich, da die zunehmende Nutzung moderner Telekommunikations- und Informationstechnik in den Bereichen der organisierten Kriminalität, des Terrorismus, der Cyberkriminalität oder der Schleuserkriminalität einen schnellen Austausch von Daten aus der Telekommunikationsüberwachung erforderlich macht. Ein solcher Beweismitteltransfer wird zwar von mehreren Rechtshilfeübereinkommen mittlerweile vorgesehen, jedoch ist diese Form der „kleinen Rechtshilfe“ nach wie vor mit einer Vielzahl von technischen und organisatorischen, aber vor allem rechtlichen Schwierigkeiten verbunden. Im Hinblick auf den Schutz von Bürgerrechten wirft er grundsätzliche Fragen auf, die bei allen Formen der internationalen Zusammenarbeit eine Rolle spielen und denen in Zukunft auch bei neuen Kooperationsformen eine immer größere Bedeutung zukommen wird.

Die hier dargestellte Studie untersucht daher, wie ein möglichst weitgehend standardisiertes rechtsstaatliches europäisches Rechtshilfesystem zur Telekommunikationsüberwachung mit direkter Ausleitung der erhobenen Daten ins Ausland sowie dem Empfang solcher Daten aus dem Ausland entwickelt werden kann. Auf der Grundlage ihrer Ergebnisse wurde im Rahmen dieses Projekts unter der Gesamtkoordination des Freiburger MPI vom Fraunhofer-Institut für Eingebettete Systeme und Kommunikationstechnik (ESK) in München ein technischer Prototyp entwickelt, der eine vereinfachte Übermittlung von Daten aus Telekommunikationsüberwachung zwischen verschiedenen Staaten ermöglichen soll. Der technische Prototyp wird derzeit im Rahmen von Testanwendungen erprobt und soll zukünftig im Wege eines gesamteuropäischen Ansatzes in der Praxis genutzt werden.

Die Untersuchung wird vom Bundesministerium des Innern finanziell gefördert. Ein erster Band mit einer einschlägigen rechtsvergleichenden Analyse zu acht europäischen Staaten ist Ende 2016 erschienen. Ein zweiter Band zu weiteren Staaten und ein Band mit den Gesamtergebnissen zu den Rechts-hilfefragen erscheinen 2019.

I. Bedeutung und Probleme grenzüberschreitender Telekommunikationsüberwachung

Die aktuelle Bedeutung der Telekommunikationsüberwachung beruht zum einen darauf, dass moderne Kommunikationstechniken in den letzten Jahrzehnten zu einem elementaren gesellschaftlichen Wandel beigetragen haben, der mit dem Schlagwort „Informationsgesellschaft“ beschrieben wird. Die digitale Vernetzung durchzieht mittlerweile nahezu alle Lebensbereiche: Während man Informationen zuvor überwiegend im direkten und persönlichen Kontakt austauschte, nutzt man dafür nun immer öfter technische Medien. Entsprechend spielt auch die Überwachung der Telekommunikation in der Praxis der Strafverfolgung eine zunehmend zentrale Rolle. Im Jahr 2016 wurden in deutschen Strafverfahren insgesamt 21.355 Anordnungen zur Durchführung einer Telekommunikationsüberwachung erteilt, das sind 28 Anordnungen pro 100.000 Einwohner. Noch größeres Gewicht hat diese Ermittlungsmaßnahme in anderen Ländern. Beispielsweise erfolgten in Belgien bereits im Jahr 2012 insgesamt 6.712 Anordnungen, d.h. 60 pro 100.000 Einwohner.

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Ulrich Sieber, Strafrechtliche Abteilung

Dr. Nicolas von zur Mühlen, Strafrechtliche Abteilung

Die transnationale Nutzung dieses Ermittlungsinstruments ist dagegen verschwindend gering, was im Widerspruch zum grenzüberschreitenden Charakter komplexer Kriminalität steht. Dass die transnationale Telekommunikationsüberwachung so selten angewandt wird, hat eine Reihe von Ursachen:

1. Neue technische und rechtliche Herausforderungen

Telekommunikationsüberwachung ist *funktional* mit immer neuen technischen und rechtlichen Herausforderungen verbunden (siehe hierzu auch das Projekt der strafrechtlichen Forschungsgruppe „Zugriffe auf Internetkommunikation“). *Technische* Probleme resultieren vor allem aus der – bei einigen Programmen bereits standardmäßig vorgesehenen – Verschlüsselung der Kommunikation sowie der Vielzahl der genutzten Diensteanbieter und Endgeräte. Dies führt zu neuartigen *rechtlichen* Problemen und Lösungen wie der Quelldatenüberwachung oder der zunehmenden Inpflichtnahme von Providern. Weitere Rechtsfragen ergeben sich aus der Tatsache, dass die – bisher für entsprechende Eingriffsnormen der TKÜ zentrale – Differenzierung zwischen dem Zugriff auf gespeicherte und dem Zugriff auf übermittelte Daten (z.B. bei zwischengespeicherten E-Mails) im Internet aus technischen Gründen verschwimmt. Unklar ist zudem, unter welchen Bedingungen die zur Telekommunikationsüberwachung ermächtigenden Eingriffsnormen neben der Kommunikation zwischen Menschen auch die elektronische Kommunikation von Mensch und Maschine (z.B. bei der Überwachung des Abrufs von Webseiten) oder den Datenaustausch zwischen zwei technischen Geräten (z.B. im Internet der Dinge) einbeziehen. Bei der Überwachung von Internetanschlüssen ergeben sich Schwierigkeiten zunehmend daraus, dass die Daten unbeteiligter Dritter, die denselben Anschluss wie ein Verdächtiger nutzen, aus technischen Gründen miterfasst werden (siehe Abbildung).

2. Komplexität transnationaler Ermittlungen

Die bereits auf nationaler Ebene nur schwer zu lösenden Fragen verstärken sich noch, wenn Straftäter grenzüberschreitend aktiv sind. Reist ein Verdächtiger ins Ausland, so ist die Überwachung seiner Kommunikation dadurch erschwert, dass die Befugnisse der Ermittlungsbehörden grundsätzlich auf das nationale Territorium beschränkt sind und die Überwachung von Telekommunikationssystemen in einem fremden Staat dessen Souveränität verletzen würde. Die dadurch in Auslandssachverhalten erforderliche Rechtshilfe ist allerdings mit weiteren rechtlichen Hürden

verbunden, da die Regelungen zur Telekommunikationsüberwachung in den diversen nationalen Rechtsordnungen unterschiedlich sind und so einer Datenübertragung entgegenstehen können.

Ebenso sehen sich die Strafverfolger mit organisatorischen Problemen konfrontiert, die aus der Komplexität des Rechtshilferechts, aus den damit einhergehenden komplizierten Verfahren, aus Unklarheiten über das jeweilige nationale Recht des ersuchten Staates und Übersetzungsschwierigkeiten resultieren.

Nicht zuletzt entstehen Hürden, wenn etwa die zur Telekommunikationsüberwachung eingesetzten Systeme der jeweiligen Nationalstaaten unterschiedlich ausgestaltet sind und es dadurch zu Inkompatibilitäten kommt. Diese Probleme potenzieren sich, wenn Überwachungsergebnisse nicht nur als aufgezeichnete „Konserven“ in Dateien, sondern in Echtzeit über Datenleitungen übermittelt werden sollen, sodass die Ermittlungsbehörden im ersuchenden Staat sofort auf die Ergebnisse reagieren können. Aus diesen Gründen bilden die nationalen Grenzen in der Europäischen Union noch immer gravierende Hindernisse für eine effektive transnationale Telekommunikationsüberwachung.

3. Schutz von Grundrechten

Schwierigkeiten ergeben sich allerdings nicht nur bezüglich der Effektivität der Strafrechtspflege, sondern auch im Hinblick auf den Schutz der betroffenen Bürger. Dies gilt sowohl für den Fall, dass Deutschland um Rechtshilfe im Ausland ersucht, als auch – aufgrund des vergleichsweise stark ausgeprägten deutschen Grundrechtsschutzes – in Fällen, in denen Deutschland der ersuchte Staat ist und TKÜ-Daten ins Ausland übermitteln soll. Wenn etwa die in Deutschland aufgezeichneten Datenpakete eines Routers möglicherweise die Kommunikation eines Geistlichen oder Daten aus dem Kernbereich der Persönlichkeitssphäre enthalten (die in Deutschland nicht überwacht und nicht ausgewertet werden dürfen) und im Wege der Rechtshilfe nach Frankreich übermittelt werden, wo keine derartigen rechtlichen Privilegien bestehen. Ähnliches gilt, wenn z.B. in England eine Telekommunikationsüberwachung ohne richterlichen Beschluss angeordnet werden kann und eine diesbezügliche Anfrage im Wege der Rechtshilfe an deutsche Behörden übermittelt wird. Auch die aus technischen Gründen bedingte Erfassung der Daten Unbeteiligter ist problematisch, wenn diese Daten nicht – wie es in Deutschland vorgesehen ist – baldmöglichst gelöscht werden, sondern, wie z.B. in Belgien, alle im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens erhobenen Daten langfristig aufbewahrt werden müssen.

Sofern ein Schutz von Grundrechten nicht bereits im Vorfeld der Überwachungsmaßnahme (z.B. durch die Ablehnung des Rechtshilfeersuchens) gewährleistet ist, konnten bislang zumindest nach einer Durchsicht der abgefangenen Daten besonders geschützte Inhalte vor der Übermittlung ins Ausland gelöscht und damit ein effektiver Grundrechtsschutz gewährt werden. Werden die Ergebnisse der TKÜ jedoch zukünftig in Echtzeit ins Ausland ausgeleitet, so verkürzen sich die Möglichkeiten der Kontrolle und Begrenzung der ausgeleiteten Daten noch weiter. Die grundrechtliche Dimension dieser Formen der grenzüberschreitenden TKÜ ist bisher weitgehend ungeklärt. Hierbei handelt es sich jedoch um eine zentrale Grundlagenfrage, die nicht nur im Rahmen der klassischen Rechtshilfe relevant ist, sondern zukünftig auch bei neuen Mechanismen (z.B. des Direktzugriffs) eine erhebliche Rolle spielen wird.

II. Studie des Freiburger Max-Planck-Instituts

Der Wunsch nach einer Lösung dieser Probleme wurde aus der Praxis an das Freiburger Max-Planck-Institut herangetragen. Da neben praktischen Fragen vor allem Grundlagenfragen von hoher Relevanz für das Forschungsprogramm der strafrechtlichen Abteilung relevant sind, führt die Abteilung derzeit eine rechtliche Studie durch, die die Entwicklung eines effektiven Systems der transnationalen Telekommunikationsüberwachung zum Ziel hat, das durch ein angemessenes Schutzniveau für die betroffenen Bürger mit den verfassungs- und menschenrechtlichen Garan-

Baschi Bender

tien vereinbar ist. Diese Studie wird vom Bundesministerium des Innern im Rahmen einer Zusammenarbeit mit der Zentralen Stelle für Informationstechnik im Sicherheitsbereich (ZITiS) auch finanziell unterstützt. Auf Grundlage dieser Kooperation wird gleichzeitig im Rahmen einer separaten technischen Studie die praktische Umsetzung der gefundenen Ergebnisse erforscht und erprobt.

1. Methodischer Ansatz

a) Interdisziplinarität

Im *rechtlichen Projektteil* wird analysiert, ob und inwieweit innerhalb der Europäischen Union eine effektive und grundrechtskonforme Rechtshilfe bei der Überwachung von Inhaltsdaten der Telekommunikation möglich ist, vor allem, wenn die erhobenen Daten von der ausländischen Überwachungsstelle des ersuchten Staates (d.h. in der Regel einem ausländischen Provider) in Echtzeit an die Ermittlungsbehörden des ersuchenden Staates ausgeleitet werden. Dieser rechtliche Teil der Untersuchung wird von der strafrechtlichen Abteilung des Freiburger Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht durchgeführt.

Anhand der daraus gewonnenen Ergebnisse entwickelt der *technische Teil* der Untersuchung praktische Lösungen, mit denen eine solche Direktausleitung von Daten in sicherer und insbesondere vertraulicher Weise erfolgen kann. Ziel dieses technischen Teils ist zunächst die Entwicklung eines generischen technischen Konzepts zur strukturierten staatenübergreifenden Standardvorgehensweise für einen unmittelbaren internationalen TKÜ-Datenaustausch unter Berücksichtigung unterschiedlicher TKÜ-Zugriffsmöglichkeiten. Diese Aufgabenstellung wurde nicht nur theoretisch analysiert, sondern wird auch mit einem eigens dafür entwickelten Prototyp testweise umgesetzt. Dieser Teil der Studie wird vom Fraunhofer-Institut für Eingebettete Systeme und Kommunikationstechnik (ESK) in München entwickelt und nach Auswertung der ersten Ergebnisse der rechtlichen Untersuchung in einer zweiten Stufe bereits im Rahmen von Testanwendungen zwischen Deutschland und mehreren europäischen Staaten erprobt.

b) Einbeziehung des internationalen, transnationalen und nationalen Rechtshilferechts

In dem rechtlichen Projektteil geht es zum einen um die einschlägigen Bestimmungen der *Rechtshilfe*, die im internationalen, europäischen und nationalen Recht normiert sind. Diese Vorschriften betreffen zunächst – im zwischenstaatlichen Verhältnis – die im Bereich des *internationalen* Rechts angesiedelte Frage, inwieweit die Staaten der Europäischen Union einander zur Leistung von Rechtshilfe bei der TKÜ verpflichtet sind. Maßgeblich dafür sind die Normen der Europäischen Union, des Europarats sowie bilaterale Verträge. Zentrales Instrument ist hier die 2014 verabschiedete Richtlinie über die Europäische Ermittlungsanordnung in Strafsachen, die bis 2017 von den Mitgliedstaaten in nationales Recht umgesetzt werden musste. Zum anderen sind im Bereich der Rechtshilfe – im Verhältnis Staat–Bürger – die im *nationalen* Recht geregelten Fragen relevant, ob, inwieweit und unter welchen Bedingungen der deutsche Staat gegenüber den betroffenen Bürgern zur Erhebung von Telekommunikationsdaten und insbesondere zu deren Übermittlung ins Ausland berechtigt und verpflichtet ist, vor allem, wenn im Empfängerstaat ein anderes rechtliches Schutzniveau besteht als in Deutschland.

c) Nationale Regelungsbereiche

Der zweite mit der Forschungsfrage angesprochene Bereich betrifft das *Strafprozessrecht* und das *Telekommunikationsrecht*, die ebenfalls national geregelt sind. Einschlägig sind hier sowohl die Eingriffsermächtigungen des Strafprozessrechts zur TKÜ als auch die speziellen telekommunikationsrechtlichen Vorschriften über die – in den meisten Staaten spezialgesetzlich oder in Verordnungen bestimmten – Mitwirkungspflichten der Provider. Diese Fragen müssen einbezogen werden, weil die Leistung von Rechtshilfe eine rechtmäßige Erlangung der jeweiligen Daten voraussetzt. Die Möglichkeiten und Grenzen der TKÜ in den einbezogenen Rechtsordnungen sind daher zentrale Vorfragen für die Übermittlung dieser Daten im Wege der Rechtshilfe.

d) Rechtsvergleichung

Für die Beantwortung der in den beiden Forschungsfragen relevanten Bezüge zum nationalen Recht wurden für die erste Phase des Projekts acht Länder ausgewählt: Deutschland, Belgien, England, Frankreich, die Niederlande, Schweden, Spanien und Tschechien. In der zweiten Phase sind zehn weitere europäische und zwei außereuropäische Staaten miteinbezogen. Die Auswahl der Staaten erfolgte in Abstimmung mit deutschen Strafverfolgungsbehörden, die einzelne, für ihre Ermittlungstätigkeit speziell relevante Staaten benannten. Besondere Schwierigkeiten bei der Untersuchung des nationalen Rechts bestanden darin, dass (neben dem Strafprozessrecht) mit dem Telekommunikationsrecht und dem Rechtshilferecht auch zwei Spezialgebiete vom Untersuchungsgegenstand umfasst sind, die diesbezüglich spezielle Fachkenntnisse erfordern. Die Verknüpfung der beiden Bereiche verursacht weitere Probleme, da – unter Einbeziehung des Verfassungsrechts – geklärt werden muss, inwieweit rechtliche Unterschiede zwischen den nationalen Strafprozess- und Telekommunikationsrechten eine Rechtshilfe ausschließen. Spezialwissen zur Situation im Ausland ist darüber hinaus gefragt, weil mit Blick auf die praktische Zielsetzung der Arbeit nicht nur das geschriebene, sondern auch das gelebte Recht untersucht werden muss, um die praktischen Probleme aufzudecken.

e) Praxisvergleich

Zur Erlangung verlässlicher Informationen über die verschiedenen Landesrechte unter Einbeziehung des „law in action“ wurden deshalb zwei Erhebungsmethoden kombiniert: Landesberichte von ausländischen Rechtswissenschaftlern mit Spezialkenntnissen im Recht der TKÜ oder des Informationsrechts sowie Interviews und Workshops mit Angehörigen von Polizei und Justiz, die im Bereich der Verfolgung insbesondere organisierter Kriminalität und der TKÜ-Rechtshilfe arbeiten. Die Analyse des „law in the books“ erfolgte vor allem auf der Grundlage eines einheitlichen Fragebogens von Experten des TKÜ-Rechts der genannten Staaten. Sie erstellten Landesberichte zu den einschlägigen Rechtsfragen, die in dem Ende 2016 publizierten Band „Access to Telecommunication Data in Criminal Justice“ zusammen mit einer vergleichenden Querschnittsanalyse vorgestellt wurden. Darüber hinaus wurden – vor allem auch zur Einbeziehung des gelebten Rechts – in allen Ländern Praktiker der Polizei und der Justiz in Workshops mittels eines strukturierten Fragebogens zu rechtlichen und praktischen Problemen befragt. An diesen Besprechungen nahmen im Bereich der Telekommunikationsüberwachung erfahrene Ermittler und Staatsanwälte sowie Spezialisten für die Rechtshilfe teil.

2. Ergebnisse

Die Untersuchung des internationalen Rechtsrahmens hat ergeben, dass sich auch nach Inkrafttreten der Richtlinie 2104/41/EU über die Europäische Ermittlungsanordnung in Strafsachen (RL EEA) keine substanziellen Änderungen bei der grenzüberschreitenden TKÜ ergeben haben, obwohl diese nun auf dem Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung justizieller Entscheidungen basieren soll. Besondere Bedeutung kommt hier zunächst Art. 11 Abs. 1 lit. f) RL EEA zu, nach dem die Vollstreckung versagt werden kann, wenn berechtigte Gründe für die Annahme bestehen, dass die Vollstreckung einer in der EEA angegebenen Ermittlungsmaßnahme mit den Verpflichtungen des Vollstreckungsstaates nach Art. 6 EU und der Grundrechtecharta unvereinbar wäre. Neben diesem „europäischen ordre public-Vorbehalt“ gelten jedoch ebenso die Vorgaben des nationalen Rechts weiter, da eine grenzüberschreitende TKÜ unzulässig ist, wenn sie nicht in einem vergleichbaren innerstaatlichen Fall möglich wäre (Art. 30 RL EEA). So haben richterliche Genehmigungsvorbehalte im Vollstreckungsstaat, die in dessen innerstaatlichem Recht für den Erlass einer Ermittlungsmaßnahme vorgesehen sind, weiterhin Bestand (Art. 2 lit. d) Satz 2 RL EEA). Gleichfalls kann die Vollstreckung der Ermittlungsmaßnahmen im Rahmen der Rechtshilfe in derselben Weise und unter denselben Modalitäten durchgeführt werden, als würde es sich um eine rein nationale Maßnahme handeln (Art. 9 RL EEA). Dadurch wird garantiert, dass das im Vollstreckungsstaat gewährleistete Schutzniveau nicht unterschritten wird.

Es besteht somit bei der TKÜ-Rechtshilfe trotz der allgemeinen Tendenz zu einer unmittelbaren Anerkennung von ausländischen Entscheidungen grundsätzlich ein Erfordernis der „doppelten Ermächtigung“: Die Maßnahme muss nicht nur nach dem Recht des anordnenden, sondern auch nach dem des vollstreckenden Staates rechtmäßig sein. In der Konstellation, dass ein fremder Staat Deutschland um Rechtshilfe ersucht, müssen die deutschen Behörden die Leistung von Rechtshilfe und die Vornahme der TKÜ ablehnen, wenn sich aus der deutschen StPO keine Ermächtigungsgrundlage ergibt oder wenn dem Ersuchen deutsches Verfassungsrecht entgegensteht. Die damit geltende Beschränkung der TKÜ-Rechtshilfe auf die nach deutschem Recht erlaubten TKÜ-Maßnahmen hat zur Folge, dass eine Reihe von ausländischen Rechtshilfeersuchen in Deutschland abgelehnt oder beschränkt werden muss. Gleiches gilt freilich für den Fall, dass Deutschland in einem anderen Staat um Rechtshilfe bei einer TKÜ ersucht.

In der ersten Phase des Projekts, in der das nationale, im Rahmen der TKÜ relevante Recht von acht europäischen Staaten untersucht wurde, konnte bereits eine Vielzahl von Unterschieden zwischen dem deutschen und dem ausländischen Recht identifiziert werden, von denen hier zwei beispielhaft genannt seien:

- Das englische Recht stellt in einer detaillierten gesetzlichen Definition des Begriffs „communication“ klar, dass diese u.a. auch die Signalübermittlung zwischen einer Person und einer Sache, zwischen Sachen oder die Kontrolle eines Apparates erfasst. In den meisten anderen einbezogenen Staaten bestehen dagegen keine gesetzlichen Definitionen und es finden sich deswegen – z.B. in Deutschland, Belgien und Frankreich – auch Tendenzen zur Einschränkung des maschinenorientierten Ansatzes.
- Der Gegenstand der Überwachung wird in den einbezogenen Rechtsordnungen vor allem dadurch unterschiedlich bestimmt, dass der Kreis der zur TKÜ verpflichteten Provider nicht bei allen gleich definiert ist: Einzelne Rechtsordnungen erstrecken die Mitwirkungspflichten hinsichtlich der TKÜ auf alle Bürger und beziehen dadurch zahlreiche Provider von Diensten der Informationsgesellschaft ein, einschließlich Cloud Provider oder soziale Netzwerke (so insbes. Belgien und wohl auch Frankreich und Spanien). Die Mehrzahl der Rechtsordnungen begrenzt die Mitwirkungspflichten zur Überwachung von Telekommunikation jedoch auf klassische Kommunikationsprovider wie Access- und Network-Provider (Deutschland, England, Niederlande, Schweden, Tschechien). An diesem Erfordernis können daher Ersuchen aus der zuerst genannten Staatengruppe scheitern.

Rechtliche Unterschiede der nationalen TKÜ-Ermächtigungen haben allerdings nicht zwangsläufig zur Folge, dass es dadurch im konkreten Einzelfall stets zur Ablehnung der einschlägigen Ersuchen kommt. Denn bei den nationalen Unterschieden handelt es sich häufig nur um andersartige Rechtstechniken, wie die von der strafrechtlichen Abteilung des Freiburger Max-Planck-Instituts praktizierte funktionale Rechtsvergleichung zeigte. Dies gilt z.B. für die Frage, ob die Begrenzung der TKÜ auf schwere Straftaten über einen Katalog von abschließend genannten Delikten (in Deutschland und Belgien), ein Konzept der Mindeststrafdrohung (Frankreich), ein System von Generalklauseln und/oder von konkret zu erwartenden Strafen (England) oder über eine Kombination dieser Kriterien (Niederlande, Schweden, Spanien) erfolgt: Ein Fall, der nach ausländischem Recht aufgrund seiner Mindeststrafdrohung eine TKÜ erlaubt, kann daher in Deutschland als Katalogtat ebenfalls zur TKÜ berechtigen. Für die Pflicht zur Leistung von Rechtshilfe ist somit nicht die Identität der entsprechenden Rechtsnormen relevant, sondern die Erfassung der jeweiligen Lebenssachverhalte. Ähnliches kann auch für den geforderten Verdachtsgrad im Hinblick auf diese Straftat gelten, der in den verschiedenen Rechtsordnungen mit leicht unterschiedlichen Formulierungen umschrieben wird.

Problematisch für die Konzeption eines generischen Systems der transnationalen TKÜ-Überwachung mit direkter Datenausleitung sind vor allem auch Hindernisse, die sich in vergleichbaren innerstaatlichen Fällen bei der Auswertung der aufgezeichneten TKÜ-Daten oder aus sonstigen Gründen *nach der Leistung und Vornahme der Rechtshilfe* stellen. Einschlägig sind Fälle, in denen sich erst bei der Datenauswertung ergibt, dass es sich bei einer aufgezeichneten Kommunikation z.B. um Gespräche mit einem Geistlichen handelt oder die Kommunikation den Kernbereich der Persönlichkeitssphäre des Verdächtigen betrifft. Eine ähnliche Problematik kann sich stel-

len, wenn der Verdächtige nach seiner Benachrichtigung über die TKÜ-Maßnahme Rechtsmittel einlegt und in diesem Verfahren die Rechtswidrigkeit der Maßnahme festgestellt wird. Darüber hinaus hat die rechtsvergleichende Analyse ergeben, dass es in Deutschland noch eine Vielzahl weiterer rechtlicher Begrenzungen gibt, die in einzelnen der im Projekt einbezogenen Länder nicht gelten.

Würden in diesen Fällen die TKÜ-Daten ohne weitere Schutzmaßnahmen aus Deutschland direkt ins Ausland ausgeleitet und dort entgegen den deutschen Schutzpflichten verwertet, so würde der deutsche Staat seine Schutzpflichten gegenüber den betroffenen Bürgern in Deutschland verletzen. Das gleiche Problem wird sich auch künftig bei neuartigen Formen grenzüberschreitender Ermittlungen (z.B. bei Direktzugriff) ergeben. Damit stellt sich die für das Projekt zentrale Grundlagenfrage, wie das Risiko einer solchen Beeinträchtigung der Betroffenen und einer Schutzpflichtverletzung des deutschen Staats gegen die – völkerrechtlich anerkannten – Interessen an einer funktionierenden transnationalen Strafverfolgung abzuwägen und wie diese widerstreitenden Interessen möglichst schonend in praktische Konkordanz zu bringen sind. Dabei steht auch zur Diskussion, ob die Daten vor ihrer Übermittlung ins Ausland im Hinblick auf die Frage analysiert werden müssen, ob sie nach deutschem Recht besonders geschützte Daten enthalten – eine Forderung, die angesichts der Volumina der erfassten Datenströme eine transnationale TKÜ-Maßnahme allerdings unmöglich machen würde.

Diese Fragen werden derzeit im Rahmen der zweiten Phase des Projekts beantwortet, indem ein generisches Rechtskonzept entwickelt wird, das eine Direktausleitung von TKÜ-Daten in Echtzeit erlaubt, die mit dem geltenden deutschen Verfassungs-, Rechtshilfe- und Strafprozessrecht sowie den völkerrechtlichen Verpflichtungen vereinbar ist. Den Ausgangspunkt bildet dabei der von der strafrechtlichen Abteilung des Max-Planck-Instituts entwickelte Lösungsansatz, die Durchführung der Rechtshilfe von Bedingungen abhängig zu machen, die durch den vollstreckenden Staat gestellt und bei der Auswertung der übermittelten Daten vom anordnenden Staat beachtet werden müssen. Um die Effektivität des Rechtshilfesystems zu gewährleisten, dürfen jedoch rein formale prozessuale Ordnungsvorschriften nicht zur Bedingung der Rechtshilfeleistung gemacht werden. Vielmehr muss eine Begrenzung auf solche Regelungen stattfinden, die dem nationalen oder europäischen *ordre public* unterfallen. Deshalb soll für die Zwecke der TKÜ-Rechtshilfe ein Standardformular mit den zentralen Bedingungen des deutschen Rechts entwickelt werden.

3. Zukünftige Entwicklungen

Die Ergebnisse aus der 2016 publizierten ersten Phase der Studie haben bereits zu einer Verbesserung der Rechtshilfe in Europa geführt. Nicht nur Wissenschaftler, sondern auch Praktiker berichten, dass die strukturierten Landesberichte ihnen bei ihrer Arbeit vielfach geholfen und das Verständnis der komplizierten Abläufe im Rahmen der Rechtshilfe des ausländischen Rechts erleichtert hätten. Der derzeit in Vorbereitung befindliche Band mit zwölf weiteren Landesberichten wird hierzu weiter beitragen. Von großer Bedeutung für die Praxis wird auch der auf den Ergebnissen der rechtlichen Studie basierende und momentan in der Erprobung befindliche Prototyp zur technischen Umsetzung einer Direktübermittlung von Daten aus der TKÜ sein. Es bestehen gute Aussichten, dass dieser Prototyp im Rahmen einer Initiative auf europäischer Ebene zukünftig als Standardtechnik bei transnationalen Ermittlungen eingesetzt werden wird. Dem Freiburger Max-Planck-Institut wäre dann nicht nur ein Fortschritt im Bereich der rechtlichen Grundlagenforschung gelungen, sondern auch ein essentieller Beitrag zur praktischen Wirksamkeit der transnationalen Strafverfolgung unter Wahrung der Menschenrechte.

Nicolas von zur Mühlen

Weiterführende Literatur:

Ulrich Sieber / Nicolas von zur Mühlen (eds.): *Access to Telecommunication Data in Criminal Justice. A Comparative Analysis of European Legal Orders*. Strafrechtliche Forschungsberichte Bd. S 156, Duncker & Humblot, Berlin, 2016, 771 Seiten.

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Ulrich Sieber, Strafrechtliche Abteilung

Dr. Konstanze Jarvers, Strafrechtliche Abteilung

Emily Silverman, J.D., LL.M., Strafrechtliche Abteilung

E. Max-Planck-Informationssystem für Strafrechtsvergleichung

Der dritte Forschungsschwerpunkt der strafrechtlichen Abteilung befasst sich mit der Strafrechtsvergleichung als zentraler Forschungsmethode zur Analyse der beiden vorgenannten Schwerpunkte. Strafrechtsvergleichung ist im Forschungsprogramm der strafrechtlichen Abteilung daher nicht nur eine Forschungsmethode für die Untersuchungen zu den territorialen und funktionalen Grenzen des Strafrechts, sondern selbst ein zentraler Forschungsgegenstand.

Das Projekt „Max-Planck-Informationssystem für Strafrechtsvergleichung“ ist eines der großen und längerfristig angelegten Projekte aus diesem Forschungsschwerpunkt. Es zielt auf Grundlagenfragen der funktionalen Strafrechtsvergleichung und der Bestimmung einer universalen Metastruktur, die über den nationalen Rechtsordnungen steht und eine Vergleichung dieser Rechtsordnungen überhaupt erst ermöglicht. Solche Untersuchungen zu den Grundlagen der (Straf-)Rechtsvergleichung sind für eine methodisch korrekte und vor allem für eine ertragreiche Rechtsvergleichung unverzichtbar. Universale Rechtsvergleichung ist in der heutigen globalen Welt nicht nur für die Auflösung der Verweisungen zwischen nationalen, internationalen und supranationalen Rechtsordnungen von Bedeutung. Sie ist auch ein höchst wertvolles Instrument der Kriminalpolitik, die sich damit einen großen Fundus von Lösungsmodellen erschließt, für die bereits praktische Erfahrungen vorliegen. Strafrechtsvergleichung ist weiter in den internationalen Beziehungen für den Bereich der Amts- und Rechtshilfe unverzichtbar, z.B. wenn Auslieferungshindernisse – wie im Fall Puigdemont – zur Diskussion stehen. Auch über den Bereich der Rechtshilfe hinaus liefert Rechtsvergleichung einen wichtigen Beitrag für ein harmonisches Miteinander in der Welt, während das Unverständnis anderer (Rechts-)Kulturen zu tiefgreifenden Verwerfungen in Rechtspraxis und Politik führen kann.

Die einschlägigen Ergebnisse des Projekts zu den Grundlagen der Rechtsvergleichung und die für das Projekt entwickelten Werkzeuge der computerbasierten Strafrechtsvergleichung führen auch zu neuen anwendungsorientierten Ergebnissen: Sie schaffen zum einen die Voraussetzungen für eine rechtsvergleichende Gesamtdarstellung des Strafrechts der Welt, die Claus Roxin 1999 auf der Tagung über „Die deutsche Strafrechtswissenschaft vor der Jahrtausendwende“ zu Recht als „Zukunftsaufgabe der Weltstrafrechtswissenschaft“ eingefordert hat. Zum anderen ermöglichen sie ein völlig neuartiges computerbasiertes Expertensystem und eine entsprechende Datenbank zum gesamten Allgemeinen Teil des Strafrechts in einer Vielzahl von Rechtsordnungen. Auf den im Rahmen des Projekts geschaffenen Prototyp der Datenbank kann über das Internet unter der Adresse infocrim.org zugegriffen werden. Das Projekt wurde u.a. mit Sondermitteln aus dem strategischen Innovationsfonds des Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft gefördert.

I. Anlass des Projekts

Konkreter Anlass für die Konzeption des „Max-Planck-Informationssystem für Strafrechtsvergleichung“ war ein Rechtsgutachten zur mittelbaren Täterschaft für die Anklagebehörde des Internationalen Ad-hoc-Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien der Vereinten Nationen (OTP-ICTY). Dieses Gutachten verglich über 40 unterschiedliche Rechtsordnungen aus allen Rechtskreisen. Dabei stellte sich – wie auch in zahlreichen späteren rechtsvergleichenden Projekten – die zentrale methodische Frage: Kann angesichts der Vielzahl und Vielfalt der einbezoge-

nen Rechtsordnungen und der Komplexität des Untersuchungsgegenstands in einer entsprechend breit angelegten „universalen“ Strafrechtsvergleichung für alle Fragen und alle einbezogenen Rechtsordnungen noch eine umfassende Metastruktur gefunden werden, die für jede Rechtsordnung zu jedem Einzelproblem eine entsprechende Antwort geben kann? Da die Rechtsvergleichung keine mathematischen Beweise kennt, sollte der Nachweis für die Annahme einer solchen Metastruktur durch einen umfangreichen Praxistest in einem weiten und komplexen Gebiet für zahlreiche unterschiedliche Rechtsordnungen geführt werden. Deswegen hat das hierfür konzipierte Projekt nicht mehr und nicht weniger als den gesamten Allgemeinen Teil des Strafrechts zum Gegenstand.

Für eine effektive Bestimmung und Kontrolle der Metastruktur sollten die jeweils relevanten Daten computergestützt erfasst und überprüft werden. Das Ziel einer Überprüfung der Metastruktur an einem konkreten Datenbestand machte die Untersuchung mithin *auch* zu einem *Projekt der Rechtsinformatik*, da die hierfür entwickelten technischen Werkzeuge leicht für weitere anwendungsorientierte Zwecke genutzt werden konnten. Die angestrebte einheitliche Struktur der Stoffdarstellung bot gleichzeitig die Möglichkeit, den gesamten Rechtsstoff nicht nur in einer hierarchisch strukturierten Datenbank abzubilden, sondern die Daten darüber hinaus mit einem computerbasierten Datenbank- oder Expertensystem zu verbinden, das zu weiteren anwendungsorientierten Zwecken wie der Erstellung eines rechtsvergleichenden Querschnittsberichts genutzt werden konnte.

Mit dem Projekt soll auch den Zweifeln Rechnung getragen werden, die bei der Ankündigung von Forschungen zur computergestützten Strafrechtsvergleichung im Rahmen der Amtseinführung von Ulrich Sieber geäußert worden waren. Ihnen wurde deswegen im Forschungsbericht 2004/2005 eine – rhetorisch bewusst überzogene – Vision für dieses Projekt entgegengehalten, die dessen Zielrichtung anschaulich umschreibt:

„Rechtsvergleichler haben einen Traum: Sie träumen von einem System, das die relevanten Informationen zu den Rechtsordnungen der Welt verfügbar hält. Alle Daten sind dabei nach einer einheitlichen Struktur geordnet, so dass sie leicht auffindbar und vergleichbar sind. Wenn Problemstellungen in verschiedenen Rechtsordnungen nicht nur durch ähnliche Vorschriften, sondern durch ganz andere oder zusätzliche Institutionen geregelt sind, so werden diese ebenfalls angezeigt, so dass eine umfassende Information möglich ist. Auf Wunsch können Berichte für bestimmte Länder auch nebeneinander dargestellt werden.“¹

Der nachfolgende Projektbericht soll einen Überblick über den Stand der Untersuchung geben und insbesondere veranschaulichen, inwieweit die angestrebten Ziele erreicht wurden oder erreicht werden können und welche zukünftigen Möglichkeiten und Weiterentwicklungen das Projekt bietet.

II. Projektziele

Die grundlegende Zielsetzung des Projekts im Hinblick auf die Frage nach einer rechtsvergleichenden Metaebene der universalen Rechtsvergleichung wurde bei der Projektpräsentation in einem früheren Forschungsbericht² in Form zweier grundlagenbezogener und zweier anwendungsorientierter Ziele wie folgt konkretisiert:

„1. Im Bereich der strafrechtlichen Grundlagenforschung zielt das Projekt zunächst auf die Entwicklung einer Metastruktur zum Allgemeinen Teil des Strafrechts, die Grundlage für die Gliederung der Materie, die systematisch-funktionale Strafrechtsvergleichung und die

¹ Forschungsbericht 2004/2005 des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht. MPG, Freiburg 2006, S. 42.

² Forschungsbericht 2010/2011 des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht. MPG, Freiburg 2011, S. 90 f.

Entwicklung einer internationalen Strafrechtsdogmatik ist. Diese – über den nationalen Strafrechtsordnungen stehende – Metastruktur soll nicht nur in der Theorie entwickelt, sondern auch für eine Vielzahl von Rechtsordnungen exemplifiziert und überprüft werden. ...

2. Das Projekt schafft – zur Exemplifizierung dieser Metastruktur und als eigenständige Grundlagenforschung – für eine größere Anzahl repräsentativ ausgewählter Rechtsordnungen des Strafrechts identisch strukturierte Landesberichte zum gesamten Allgemeinen Teil. Diese Landesberichte werden als Projektergebnisse in einer klassischen Buchpublikation veröffentlicht, sollen aber auch einen Datenpool für weiterführende rechtsvergleichende Untersuchungen bilden. ...
3. Auf der Grundlage dieser Landesberichte ist ein rechtsvergleichender Querschnittsbericht geplant. Darin werden zu den entsprechenden – funktional definierten – Sachfragen der o.g. Metastruktur die weltweit bestehenden Lösungsmodelle analysiert. ...
4. Parallel zu dieser internationalrechtlichen, strafrechtlichen und rechtsvergleichenden Grundlagenforschung sollen die Möglichkeiten und Grenzen von computerbasierten Expertensystemen zur Strafrechtsvergleichung untersucht werden. ... Der Prototyp eines solchen Datenbank- und Expertensystems soll real gebaut und der Fachwelt über das Internet angeboten werden.“

III. Inhalt und Durchführung

Das „Max-Planck-Informationssystem für Strafrechtsvergleichung“ wurde mit Sondermitteln aus dem strategischen Innovationsfonds des Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft gefördert. Aus diesem Grund werden hier nicht nur die Ergebnisse wiedergegeben, sondern auch ein kurzer Bericht über die Durchführung des Projekts.

1. Strukturierung und Erstellung von Landesberichten in der Pilotgruppe

Die Arbeiten an dem Projekt begannen mit der Einrichtung einer Pilotgruppe zur Erstellung der Metastruktur und der Landesberichte. Diese erste Gruppe bestand neben dem Verfasser dieses Berichts aus 12 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Instituts, die als Referentinnen und Referenten für die von ihnen behandelten Rechtsordnungen in diesen bereits langjährige Erfahrung gesammelt hatten. Die Länderauswahl des Pilotprojekts sollte in dem personell verfügbaren Rahmen ein möglichst breites Spektrum verschiedener Rechtssysteme einbeziehen. Ausgewählt wurden China und Südkorea (als Vertreter des asiatischen Rechtsraums), Côte d'Ivoire (für Afrika), Frankreich, Italien und Spanien (als Länder des romanischen Rechtskreises), Polen (als ehemals sozialistisches Land), Schweden (als Vertreter der nordischen Länder Europas), Österreich (als Vertreter des deutschen Sprachraums) und die Türkei mit ihrem reformierten Strafrecht, das sich von früheren Vorbildern weitgehend emanzipiert hat.

Die Arbeit der Pilotgruppe bei der Entwicklung der Metastruktur war dadurch erschwert, dass sich die zunächst gewählte Gliederung der Materie in den zahlreichen Projektbesprechungen immer wieder für die eine oder andere Rechtsordnung als ungeeignet erwies und folglich alle Berichte zugunsten einer neuen Lösung geändert werden mussten, die auch für die betreffende Rechtsordnung passte. Diese Probleme wurden in langen rechtsvergleichenden Diskussionen gelöst und die Gruppe konnte, vor allem auch aufgrund des großen Engagements der früheren Mitarbeiterin Dr. Karin Cornils, ihre Arbeit 2010 erfolgreich abschließen. Die deutschsprachigen Landesberichte der Pilotgruppe wurden in den Jahren 2008 bis 2010 in fünf – thematisch strukturierten – Bänden vollständig veröffentlicht.

2. Überprüfung und Erweiterung der Ergebnisse anhand weiterer Rechtsordnungen

Zur Überprüfung der entwickelten Metastruktur und zur Erweiterung der Landesberichte wurde in den Jahren 2009/2010 eine zweite Arbeitsgruppe gebildet. Ausgewählt wurden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für zunächst elf weitere Länder, insbesondere mit Blick darauf, das bisherige Spektrum um möglichst auch andersartige Rechtsordnungen zu ergänzen. Neu einbezogen wurden das Schweizer Recht (zur Erweiterung des untersuchten deutschsprachigen Rechtskreises), Australien, Indien und die Vereinigten Staaten von Amerika (als drei weitere Common-Law-Systeme), Ungarn, Rumänien und Russland (als Vertreter der ehemaligen sozialistischen Länder), Bosnien und Herzegowina (als erstes einbezogenes Land aus dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien), Japan (als weiteres Beispiel einer asiatischen Rechtsordnung), Uruguay (als erster Repräsentant Lateinamerikas) sowie Iran (mit interessanten Aspekten des islamischen Strafrechts, dessen grundlegende Wertebasis nicht auf den Schutz des Menschen, sondern auch transzendental auf Gott ausgerichtet ist).

Die Schwierigkeiten bei der Entwicklung eines universal gültigen Referenzrahmens und der hierfür erforderliche Prozess des „trial and error“ waren wichtige Gründe dafür, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an dem oben genannten Pilotprojekt noch in der ihnen am besten vertrauten deutschen Fachsprache gearbeitet hatten. Nachdem die Gliederungsstruktur mit dem Abschluss der Projektbände vorerst festgelegt war, erfolgten die Arbeiten der zweiten Gruppe auf Englisch und wurden die Arbeiten der ersten Gruppe in diese Sprache übersetzt. Dies führte zu neuen Herausforderungen in Bezug auf die Gewinnung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie die Terminologie der Berichte; zur Unterstützung wurde deswegen im Institut ein spezifischer Thesaurus erarbeitet, der einen einheitlichen Sprachgebrauch sichern soll. Die Überprüfung der Landesberichte auf ihre Übereinstimmung mit der vorgegebenen Metastruktur sowie die sprachliche Überprüfung der englischsprachigen Texte erwiesen sich dabei als ein sehr arbeitsintensiver „Flaschenhals“ des Projekts. Diese Arbeiten werden zur Zeit von zwei in der Rechtsvergleichung sehr erfahrenen Mitarbeiterinnen der Gruppe, Frau Emily Silverman, JD, und Frau Dr. Konstanze Jarvers, durchgeführt.

Schwierigkeiten resultieren bei dieser Arbeit auch daraus, dass nicht selten relevante Rechtsfragen in der Rechtsprechung und Literatur der jeweiligen Länder kaum behandelt werden. Da wegen der Vorgaben der Metastruktur auf alle Fragestellungen ausführlich eingegangen werden muss, gestaltet sich die Erstellung der Landesberichte damit wesentlich schwieriger als z.B. das Verfassen eines Lehrbuchs zum nationalen Recht, bei dem sich die Autorin oder der Autor auf die Beantwortung der bisher im jeweiligen Land aktenkundig gewordenen und diskutierten Fragen beschränken kann. Dieses Problem konnte teilweise nur durch eine Feldforschung vor Ort gelöst werden (z.B. durch Interviews mit Richtern in Côte d'Ivoire).

Für die englischsprachige Publikation wurde die Einordnung des Stoffes gegenüber der Struktur in den fünf deutschen Bänden geringfügig modifiziert, so dass jeder Band inhaltlich besser mit seinem Themenschwerpunkt identifiziert werden kann. Die damit auch für die nachfolgenden Landesberichte in ihrem Inhalt vordefinierten fünf Bände behandeln in Band 1 „Introduction to national systems“, in Band 2 „General limitations on the application of criminal law“, in Band 3 „Defining criminal conduct“, in Band 4 „Special forms of criminal liability“ und in Band 5 „Grounds for rejecting criminal liability“. Für diese Bände wurde bei der Publikation von Anfang an ein System von „Unternummern“ entwickelt, mit dem Folgebände zu allen fünf Themenbereichen flexibel herausgegeben werden konnten (z.B. als „Bd. 1“ : Bände 1.1, 1.2, 1.3, ...).

Nachdem die Arbeit der zweiten Gruppe die gefundene Metastruktur bestätigt hatte und ein entsprechender Erläuterungstext zu den jeweiligen Punkten erstellt worden war, entwickelte sich in der Folgezeit eine flexible Erweiterungspolitik, bei der die Landesberichte nicht mehr durch institutsinterne Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sondern durch externe Kooperationspartnerinnen und -partner erstellt werden. Auch die Betreuung dieser externen Partnerinnen und Partner sowie die mühevollen Durchsicht und Redaktion ihrer Texte erfolgt durch die beiden oben genannten In-

stitutsmitarbeiterinnen. Auf diese Weise wurden weitere Rechtsordnungen einbezogen, an denen zur Zeit gearbeitet wird. Das Projekt ist daher langfristig als „work in progress“ angelegt.

3. Ermittlung und Überprüfung der Metastruktur

Die von der Pilotgruppe in einem schwierigen Arbeitsprozess entwickelte Metastruktur ermöglichte für alle einbezogenen Länder eine funktionale Rechtsvergleichung zum Allgemeinen Teil des Strafrechts. Dabei ging es nicht darum, irgendeine zweckmäßige oder pädagogisch sinnvolle Gliederungsstruktur für die Darstellung von Landesberichten oder eines rechtsvergleichenden Querschnittsberichts zu finden. Voraussetzung für einen universalen Rechtsvergleich ist vielmehr, dass jede Aussage zum Strafrecht einer Rechtsordnung in der Metastruktur einen Platz hat, an dem ihm eine Antwort für jede andere Rechtsordnung der Welt zugeordnet werden kann. Die funktionale Rechtsvergleichung erfordert dabei, dass die Definition der entsprechenden Teilelemente der Struktur nicht von den rechtlichen Begriffen der einzelnen Rechtsordnungen abhängt, sondern durch die (in verschiedenen Ländern identischen) Lebenssachverhalte oder Probleme bestimmt wird, d.h. die Teilelemente müssen eine funktionale Entsprechung haben, ohne notwendigerweise das gleiche Ergebnis zu liefern. Nur eine solche Struktur erlaubt die parallele Darstellung und die Vergleichung der unterschiedlichen Regelungen, Theorien und Lösungen in den verschiedenen Rechtsordnungen. Eine besondere methodische Herausforderung liegt hier weiter darin, zu erkennen, unter welchen Bedingungen der Rechtsstoff aus einer Rechtsordnung der jeweils anderen Rechtsordnung zugeordnet werden kann. Dafür sind Hypothesen über universell geltende Strukturmerkmale zu formulieren, die jenseits der eigenen nationalen Regelung und Axiome liegen (funktionale Rechtsvergleichung).

Die für eine solche Strukturierung zu lösenden Probleme lassen sich am Beispiel der verschiedenen Straftatsysteme verdeutlichen: Diese werden in den Landesberichten für alle Rechtsordnungen als Systemgesichtspunkt in gleicher Weise und an gleicher Stelle analysiert. Anstatt dann jedoch bei der Darstellung der Rechtsmaterien – wie etwa im deutschen Strafrecht – nach Tatbestandsmäßigkeit, Rechtswidrigkeit und Schuld zu differenzieren, orientiert sich die weitere Untergliederung der Berichte nicht an diesen unterschiedlich gelösten rechtlichen Systemgesichtspunkten, sondern an dem für alle einbezogenen Rechtsordnungen geltenden „gemeinsamen Nenner“ der sachverhalts- oder tatsachenbezogenen Unterscheidung zwischen objektiver und subjektiver Tatseite.

Entsprechendes gilt z.B. für die Differenzierung von Rechtfertigungs- und Entschuldigungsgründen. Da diese Unterscheidung vielen Rechtsordnungen fremd ist, wurden die Rechtfertigungs- und Entschuldigungsgründe unter dem umfassenderen Gesichtspunkt der Gründe für den Ausschluss der Strafbarkeit behandelt und dann – auf der Grundlage einer funktionalen Strafrechtsvergleichung – nach Lebenssachverhalten weiter differenziert. Das Erfordernis einer länderübergreifenden tatsachenbezogenen Systematik zeigt sich auch an vielen anderen Stellen: So wird etwa der Versuch (d.h. ein rechtliches Konstrukt) in einem (sachbezogenen) Kapitel über „Strafbares Verhalten im Vorfeld der Tatvollendung“ als eine von mehreren möglichen Formen der unvollendeten Tatbegehung dargestellt. Aufgrund dieser funktionalen Systematik sind die Landesberichte teilweise bis in die vierte Gliederungsebene identisch und bis in die fünfte Ebene zumindest ähnlich aufgebaut, was eine hervorragende Grundlage für den späteren Vergleich der Rechtsordnungen und für die Modellbildung der jeweiligen Problemlösungen bietet. Auch die gewählte Terminologie bedurfte einer Vereinheitlichung.

Für die Funktionsfähigkeit der gefundenen Gliederungsstruktur spricht vor allem die Tatsache, dass die zweite Arbeitsgruppe diese Struktur für elf weitere – teilweise sehr verschiedene – Rechtsordnungen übernehmen konnte und insoweit kaum Anpassungsbedarf bestand. Dies deutet darauf hin, dass die weitere Differenzierung der strafrechtlichen Problemstellungen und der Lösungsmodelle bei der rechtsvergleichenden Analyse zu einer überzeugenden universalen Metastruktur und „Grammatik“ der bestehenden Problemstellungen und Lösungsmodelle geführt hat.

IV. Projektergebnisse

1. Erkenntnisse zu methodischen Grundlagenfragen:

Funktionale Strafrechtsvergleichung und Metaebene

Das Projekt hat die am Beginn seiner Konzeption stehenden methodischen Grundlagenfragen klar im Sinne der eingangs aufgestellten Hypothesen beantwortet. Dies bedeutet: Mit einer richtig angewandten funktionalen Rechtsvergleichung, die in der Sache nicht an rechtliche Begriffe, sondern an Lebenssachverhalte anknüpft, lassen sich auch breite Rechtsgebiete und komplexe Fragestellungen für eine Vielzahl unterschiedlicher Rechtsordnungen so strukturieren, dass eine über den verglichenen Rechtsordnungen stehende „Metastruktur“ jeder dieser Rechtsordnungen zugrunde gelegt werden kann. (vgl. dazu oben III.3 das Beispiel zu den Rechtfertigungs- und Schuldausschließungsgründen).

Das Projekt hat dieses – für die Rechtsvergleichung elementare – Ergebnis für den gesamten Allgemeinen Teil des Strafrechts nachgewiesen, d.h. für ein Rechtsgebiet, wie es im Strafrecht kaum breiter und komplexer gewählt werden könnte. Es hat die Funktionsfähigkeit der Metastruktur anhand von höchst unterschiedlichen Rechtsordnungen aus allen Rechtskreisen der Welt belegt, vom kontinentaleuropäischen Recht über das Common Law bis hin zum asiatischen, afrikanischen und religiösen Recht. Dieses Resultat wurde im Übrigen durch die Vielzahl der in den letzten 15 Jahren am Freiburger Max-Planck-Institut entstandenen speziellen rechtsvergleichenden Arbeiten bestätigt, einschließlich zahlreicher Promotionen im Rahmen der International Max Planck Research School for Comparative Criminal Law (IMPRS-CC). Die Untersuchungen haben gezeigt, dass der Erkenntnisgewinn von rechtsvergleichenden Arbeiten durch eine konsequente Zielorientierung und eine gut durchdachte Metastruktur ganz erheblich gesteigert werden kann. Am Institut entstand dadurch ein überragendes Expertenwissen.

Der erreichte Detailgrad der einheitlich und parallel – in mehreren Gliederungsebenen – strukturierten Landesberichte ist bemerkenswert. Die Einhaltung dieser Parallelstruktur wird programmtechnisch durch das dafür verwendete Computersystem gesichert: Wird ein Landesbericht in das System eingegeben, der den vorgegebenen Strukturanforderungen nicht entspricht (z.B. weil er eine vorgegebene Gliederungsebene nicht enthält), so wird dies vom System bei der Dateneingabe erkannt und der Bericht zurückgewiesen.

2. Erstellung eines Datenpools mit Landesberichten zum Allgemeinen Teil des Strafrechts

Mit dem Projekt ist es weiter gelungen, ein „Labor der Strafrechtsvergleichung“ mit einem Datenpool von identisch aufgebauten Landesberichten zu erstellen, mit denen auch die Funktionsfähigkeit der Metastruktur überprüft werden kann. Einbezogen wurden dabei die folgenden Rechtsordnungen: Australien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, China, Côte d'Ivoire, England/Wales, Frankreich, Griechenland, Indien, Iran, Italien, Japan, Korea, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Russland, Schweden, Schottland, Schweiz, Spanien, Thailand, Türkei, Uganda, Ungarn, Uruguay, USA.

Die nur teilweise Verfügbarkeit von Landesberichten beruht zum einen darauf, dass die eingereichten Landesberichte sprachlich überprüft werden müssen (die besten Fachleute des Strafrechts sind nicht immer Expertinnen oder Experten der englischen Sprache). Noch aufwendiger ist – anders als bei der Publikation z.B. eines Lehrbuchtextes –, dass mit Blick auf die Vergleichbarkeit der Berichte sehr sorgfältig kontrolliert werden muss, ob die dargestellten Informationen jeweils an der richtigen Stelle der übergreifenden Struktur stehen. Die Mitwirkung an diesem Projekt stellt an die Verfasserinnen und Verfasser der Landesberichte deswegen auch sehr hohe Anforderungen im Hinblick auf das Verständnis der Gesamtsystematik und die spezifische Zuordnung des Stoffes zu den kleinteiligen und durch die Metastruktur präzise definierten Gliederungspunkten. Deswegen liegt derzeit im Institut ein erheblicher Bestand an Texten der Landes-

berichterstatte(r)innen und -erstatte(r) vor, der noch den arbeitsintensiven Prozess der Inhalts- und Sprachkontrolle durchlaufen muss.

Die bisher publizierten Landesberichte haben eine durchschnittliche Länge von ca. 275 Seiten. Dieser Umfang erlaubt eine aussagekräftige Detailtiefe der Berichte, ohne dass jedoch so ausführlich auf Details der Rechtsprechung eingegangen wird, dass eine ständige Aktualisierung erforderlich wäre. Das System erfasst derzeit den Inhalt von ca. 3000 deutschsprachigen und von ca. 4000 englischsprachigen Seiten. Die fünf deutschsprachigen und elf englischsprachigen Buchbände haben sich als praxistaugliche Nachschlagewerke zur weltweiten Strafrechtsvergleichung im Allgemeinen Teil des Strafrechts erwiesen. Das Projekt hat damit auch gezeigt, dass eine rechtsvergleichende Enzyklopädie zu großen Teilgebieten des Rechts auf der Basis einer universalen einheitlichen Metastruktur erstellt werden kann. Es hat allerdings auch deutlich gemacht, dass ein Produkt mit einer präzise vorgegebenen Metastruktur, die der computergestützten Kontrolle von auf dem Bildschirm nebeneinander angezeigten nationalen Darstellungen zum gleichen Problem standhalten muss, etwas völlig anderes ist als die Erstellung einer Sammlung von Einführungen in die jeweiligen Landesrechte, deren Schwerpunkte die Autorinnen und Autoren weitgehend selbst bestimmen können. Der Arbeitsaufwand für die präzise Einhaltung einer Metastruktur war und ist daher sehr hoch.

3. Schaffung eines operablen Datenbank- und Expertensystems

Das technische Datenbanksystem arbeitet seit dem Relaunch im Jahr 2015 auf professionellem Niveau. Die meisten Funktionen sind selbsterklärend und sofort nutzbar. Die gesuchte rechtliche Information kann in dem einschlägigen Landesbericht punktgenau an der relevanten Textstelle abgerufen werden. Eine parallele Sachdarstellung für ein zweites Land kann auf den Bildschirm geholt und neben die entsprechende Information des ersten Landes gestellt werden, wobei in beiden Berichten gescrollt und gelesen werden kann. Der Bericht des ersten oder des zweiten Landes kann leicht durch den eines anderen Landes ersetzt werden. Das System kann dabei sowohl in der deutschen als auch in der englischen Sprache genutzt werden: Wählt man ein Sachthema z.B. aus der englischsprachigen Gliederung aus, ist der Bericht derzeit jedoch nur in deutscher Sprache vorhanden, so wird das Gesuchte gleichwohl gefunden und dann in der vorhandenen deutschen Form angezeigt. Ist der Bericht in beiden Sprachen vorhanden, so kann zwischen den Sprachversionen gewechselt werden. Konzepte zu einem weiteren Ausbau der Mehrsprachigkeit bestehen bereits.

Damit hat das Projekt auch hinsichtlich dieser Zielsetzung einen überzeugenden Nachweis erbracht, dass eine computergestützte Rechtsvergleichung mit speziell entwickelten Anwendungen möglich ist. Ein Blick auf die Funktionen der Datenbank macht deutlich, dass sie eine hohe Nutzerfreundlichkeit hat, die den Komfort vieler professioneller Datenbanksysteme im nationalen Rechtsbereich übersteigt. Das Projekt hat die eingangs beschriebene Vision der Rechtsvergleicher bereits weitgehend realisiert. Es ist darüber hinaus weltweit die einzige bekannte Datenbank, die speziell auf rechtsvergleichende Recherchen zugeschnitten ist, und auch daher eine Pionierarbeit.

Damit sind das Grundlagenwissen, das Anwendungswissen und ein technischer Prototyp geschaffen, durch die das Max-Planck-Informationssystem für Strafrechtsvergleichung in der Rechtspolitik und der Rechtspraxis insbesondere der Europäischen Union in vielen Rechtsbereichen eine herausragende Bedeutung erlangen kann. Für die zukünftige Rechtspolitik und insbesondere die Rechtsharmonisierung wäre es von großem Wert, wenn bei der Erarbeitung von supranationalen Normen der relevante Rechtsstoff für bestimmte Schlüsselbereiche in der vorliegend beschriebenen Weise rechtsvergleichend abgerufen werden könnte. Zahlreiche Kooperationsprojekte des Max-Planck-Instituts zeigen den großen Bedarf der Praxis an entsprechend abrufbaren Daten. Besonders deutlich wurde dies zuletzt in dem oben (unter D.) beschriebenen Projekt „INTLI“, in dem die Polizei- und Justizpraktiker – vor dem Hintergrund der erforderlichen beidseitigen Ermächtigung zur grenzüberschreitenden TKÜ – dringend sogenannte Übersichtskarten zur einschlägigen Rechtslage in allen europäischen Rechtsordnungen verlangten. Entsprechende,

Nachdem die Machbarkeit des Projekts getestet und ein funktionsfähiges Anwendungssystem geschaffen war, wurde 2015 eine noch nutzerfreundlichere Version erstellt. Die meisten Funktionen sind selbsterklärend und sofort nutzbar. Der Recherchevorgang basiert auf einem einfachen Grundprinzip: Die Angabe der jeweiligen Rechtsordnung (z.B. Griechenland) und des zu recherchierenden Sach- oder Rechtsproblems (z.B. Irrtum) definiert den Suchvorgang.

Max-Planck-Informationssystem für Strafrechtsvergleichung

ENFÜHRUNG PROJEKT PERSONEN DATENSCHUTZ KONTAKT DE / EN

Greece EN 2017

II. Foundations of criminal law | F. Subjective side of the offense

3. Mistakes and misapprehensions

b) Mistakes of law

required is knowledge of the unlawfulness (not just of the unethical character) of the act in accordance with the standards of a **lay person**.¹⁴ Mistakes solely regarding ignorance of the **criminally punishable nature** (αἰσχρονομία) of the act are not, however, legally relevant. Pursuant to the Penal Code, in cases of mistake of law, the act cannot be imputed to the perpetrator if he or she erroneously but excusably assumed that he or she had the right to commit the act.

Art. 31 PK Mistake of law

(1) Ignorance of punishability alone does not suffice for the exclusion of imputability.

(2) The act, however, shall not be imputed to the perpetrator if he mistakenly believed that he had the right to commit the act, and this mistake was excusable.

Mistakes of law may be **positive** (i.e., the perpetrator believes wrongly that he or she has a right to commit the act). Mistakes of law may also be **negative** (i.e., the perpetrator fully ignores the fact that

England und Wales DE 2008 / EN

II. Allgemeine Lehren des Strafrechts | F. Subjektive Tatseite

3. Fehlvorstellungen des Täters, Irrtum

b) Irrtum über Rechtsfragen

Ein Rechtsirrtum (mistake of law) ist unerheblich, wenn der Täter sich über die strafrechtliche Relevanz seines Tuns täuscht.³ Ein reiner **Verbotsirrtum** oder die **Unkenntnis** von Vorschriften, ob vermeidbar oder nicht, hat keinen Einfluss auf die Strafbarkeit. Etwas anderes kann im Einzelfall gelten, wenn der Rechtsirrtum sich auf ein zivilrechtliches Rechtsverhältnis bezieht. Irrt sich beispielsweise der Täter über Eigentumsverhältnisse und irrümlicherweise für sein eigenes Eigentum hält, ist ein Rechtsirrtum dazu führende Tatbestands wegfällt, so

Ein **unvermeidbarer** Verstoß gegen ein Verbot ist, wenn der Täter solche Unbeschränktheit, die nicht berücksichtigt werden.⁴

Ein **Irrtum über Rechts** Annahme einer Situation, die das tatsächliche Vorliegen

Die gesuchte rechtliche Information kann punktgenau an der relevanten Textstelle abgerufen werden. Eine parallele Sachdarstellung für ein zweites Land kann auf den Bildschirm geholt und neben die entsprechende Information des ersten Landes gestellt werden, wobei in beiden Berichten gescrollt und gelesen werden kann. Ist der Bericht in englischer und deutscher Sprache vorhanden, so kann zwischen den Sprachversionen gewechselt werden.

Max-Planck-Informationssystem für Strafrechtsvergleichung

ENFÜHRUNG PROJEKT PERSONEN DATENSCHUTZ KONTAKT DE / EN

Greece EN 2017

II. Foundations of criminal law | F. Subjective side of the offense

3. Mistakes and misapprehensions

b) Mistakes of law

A **mistake of law** (νομική πλάνη) is directly connected with the perpetrator's concrete **consciousness of wrongdoing** (not with intent per se) as an independent prerequisite of guilt.¹³ Consciousness of wrongdoing means that the perpetrator knows (or has the possibility of knowing) that his or her behaviour violates some legal norm. Detailed legal knowledge is not required: all that is required is knowledge of the unlawfulness (not just of the unethical character) of the act in accordance with the standards of a **lay person**.¹⁴ Mistakes solely regarding ignorance of the **criminally punishable nature** (αἰσχρονομία) of the act are not, however, legally relevant. Pursuant to the Penal Code, in cases of mistake of law, the act cannot be imputed to the perpetrator if he or she erroneously but excusably assumed that he or she had the right to commit the act.

Art. 31 PK Mistake of law

(1) Ignorance of punishability alone does not suffice for the exclusion of imputability.

(2) The act, however, shall not be imputed to the perpetrator if he mistakenly believed that he had the right to commit the act, and this mistake was excusable.

England und Wales DE 2008 / EN

II. Foundations of criminal law | F. Subjective side of the offense

3. Mistakes and misapprehensions

Wählen Sie ein Land

- Australien EN
- Bosnien und Herzegowina EN
- Bulgarien EN
- China
- Côte d'Ivoire
- England und Wales
- Frankreich
- Griechenland EN

Der erste oder zweite Landesbericht kann leicht durch einen anderen ersetzt werden.

in den 1980er Jahren mit großem Aufwand für einzelne Rechtsbereiche begonnene Versuche der EU, derartige Datenbanken zu erstellen, sind sämtlich gescheitert, weil es an der notwendigen Klärung der konzeptionellen Grundlagen fehlte, die nunmehr jedoch durch das Max-Planck-Informationssystem gegeben ist.

V. Weitere Schritte

Das Projekt hat seine Zielsetzung im Bereich der Grundlagenforschung zur Gänze erreicht: Die Grundlagenfrage der Untersuchung bestand in dem Nachweis, dass auch in komplexen Bereichen der universalen Rechtsvergleichung eine Metastruktur geschaffen werden kann, auf deren Basis weltweit zu jedem Einzelproblem einer Rechtsordnung eine entsprechende Antwortmöglichkeit in jeder anderen Rechtsordnung zu finden ist, einschließlich deren Simulation und Überprüfung in einem elektronischen Expertensystem.

Um dieses Grundlagenergebnis für die angewandte Wissenschaft ertragreich zu machen, empfehlen sich noch verschiedene unmittelbare Anschlussmöglichkeiten. Im Jahr 2019 sollen deswegen zunächst die vorliegenden (zu einem erheblichen Teil bereits übersetzten oder eingereichten) Landesberichte weiter überarbeitet, überprüft, in das technische System eingestellt und auch in Buchform weiter publiziert werden. Anschließend sollen eine rechtsvergleichende Auswertung und insbesondere eine Querschnittsanalyse beginnen. Diese wurde bereits zu den wichtigsten Themen des Allgemeinen Teils des Strafrechts dadurch vorbereitet, dass für (mithilfe des Informationssystems ausgewählte) besonders interessante Rechtsordnungen vergleichende Dissertationen oder andere vergleichende Arbeiten erstellt wurden (insb. zu Täterschaft und Teilnahme, Unterlassungsdelikte, Vorsatz und Tatbestandsirrtum, Rechtfertigungs- und Entschuldigungsgründe, Normbefolgungsunfähigkeit aufgrund eines Verbotsirrtums und der Unzurechnungsfähigkeit, Versuch und andere Vorbereitungshandlungen).

Wenn bei der vergleichenden Auswertung bestimmte Schlüsselparameter der Rechtsordnungen identifiziert und erfasst werden, so lässt sich damit technisch auch eine völlig neue „inverse“ Suchfunktion schaffen, bei der nicht nur für eine definierte Rechtsordnung und eine bestimmte Sachfrage ein rechtliches Ergebnis recherchiert wird (z.B.: Wie ist das Strafmündigkeitsalter im Land X?), sondern – in umgekehrter Richtung – auch von einem rechtlichen Befund ausgegangen werden und die einschlägigen Rechtsordnungen ermittelt werden können (z.B.: In welchen Rechtsordnungen liegt das Strafmündigkeitsalter bei unter 13 Jahren? Oder: Welche Rechtsordnungen haben das Einheitstätersystem?). Weiterhin lassen sich in das System auch kriminologische Daten und Rechtstatsachen zu spezifischen Rechtsfragen in einer eigenen Ebene integrieren. Diese zuletzt genannten Möglichkeiten setzen allerdings entsprechende Finanzmittel und Mitarbeitende mit speziellen Kenntnissen voraus. Auch beim Ausbau der mehrsprachigen Nutzbarkeit des Systems besteht ein großes Potenzial.

Zusammenfassend lässt sich daher zu dem „Max-Planck-Informationssystem für Strafrechtsvergleichung“ feststellen, dass es seine Ziele in den Bereichen der Grundlagenforschung und der Methodik sowie im Bereich der Rechtsinformatik erreicht hat. Es hat weiter zahlreiche Erkenntnisse über die Durchführung der funktionalen Rechtsvergleichung erbracht. Darüber hinaus bietet das Projekt ein großes Forschungspotenzial, das von vielfältigen inhaltlichen Auswertungen des Datenbestandes über die weitere Forschung an innovativen Rechtsinformatikanwendungen im Bereich der Strafrechtsvergleichung bis zur Schaffung eines für die Praxis wertvollen Datenbank- und Expertensystems reicht.

Ulrich Sieber

Weiterführende Literatur:

Ulrich Sieber: Strafrechtsvergleichung im Wandel. Aufgaben, Methoden und Theorieansätze der vergleichenden Strafrechtswissenschaft. In: Sieber, U./Albrecht, H.-J. (Hrsg.): Strafrecht und Kriminologie unter einem Dach – Kolloquium zum 90. Geburtstag von Professor Dr. Dr. h.c. mult. Hans-Heinrich Jescheck. Duncker & Humblot, Berlin 2006, S. 78–151.

Dominik Gerstner,
Kriminologische
Forschungsabteilung

Hannah Straub,
Kriminologische
Forschungsabteilung

F. Predictive Policing

Evaluation des baden-württembergischen Pilotprojekts P4

Anlage des Projekts

Wie in anderen Regionen Deutschlands ist in Baden-Württemberg die Anzahl der Wohnungseinbruchdiebstähle in den Jahren 2007 bis 2014 stark angestiegen – wenn auch auf vergleichsweise niedrigem Niveau. Um diesem Trend entgegenzuwirken, wurde von der Polizei Baden-Württemberg unter Leitung des Stuttgarter Landeskriminalamts das Pilotprojekt Predictive Policing (P4) durchgeführt. Dabei kam die kommerzielle Computersoftware PRECOBS (Entwickler und Anbieter ist das Institut für musterbasierte Prognosetechnik; www.ifmpt.de) zum Einsatz, die für bestimmte Gebiete erhöhte Wahrscheinlichkeiten von Einbrüchen prognostiziert, worauf im Anschluss entsprechende polizeiliche Maßnahmen ergriffen werden können. Ziel ist hierbei die Verhinderung von sogenannten „Near Repeat“-Folgedelikten. Bei diesen „Near Repeat“-Delikten handelt es sich um Wohnungseinbruchdiebstähle, die in räumlicher und zeitlicher Nähe auf einen initialen Einbruch folgen.

Das Max-Planck-Institut (MPICC) hat das Pilotprojekt evaluiert. Die Evaluationsphase erstreckte sich auf den Zeitraum vom 30.10.2015 bis zum 30.04.2016, und das Testgebiet umfasste die regionalen Polizeipräsidien Karlsruhe und Stuttgart. Im Rahmen der Evaluation wurden prozessgenerierte Daten sowie Daten einer Online-Befragung und aus Experteninterviews analysiert. Die Evaluationsergebnisse wurden in einem Forschungsbericht publiziert (Gerstner 2017).

Seit August 2017 wird der Einsatz von Predictive Policing mit PRECOBS für eine weitere Phase im selben Pilotgebiet getestet. Auch diese Phase wird vom MPICC evaluiert werden. Zusätzlich zu dem verlängerten Evaluationszeitraum konnte ein experimentelles Forschungsdesign integriert werden.

Predictive Policing

Seit das TIME Magazine den Einsatz von Predictive Policing bei der Polizei in Santa Cruz (Kalifornien) als eine der wichtigsten 50 Erfindungen des Jahres 2011 eingestuft hatte (Grossman et al. 2011), gewinnt der Terminus in der polizeilichen Praxis, in der Wissenschaft und in den Medien zunehmend an Bedeutung. Im deutschsprachigen Raum wird dabei häufig von „vorausschauender Polizeiarbeit“ gesprochen – genauer definiert geht es um Folgendes: „Predictive policing is the application of analytical techniques – particularly quantitative techniques – to identify likely targets for police intervention and prevent crime or solve past crimes by making statistical predictions“ (Perry et al. 2013). Die Verfasser dieser Definition weisen weiter darauf hin, dass Predictive Policing ein Prozess ist, und Prognosen über zukünftige Straftaten ohne adäquate Folgemaßnahmen keine Wirkung entfalten. Die Wirksamkeit des Predictive Policing ist also von beidem abhängig: effektive Vorhersage krimineller Ereignisse und effektive Interventionen. Die Ausgestaltung dieses Prozesses kann sehr unterschiedlich sein. Grundlegend wird zwischen „place-based predictive policing“ und „person-based predictive targeting“ (Ferguson 2017) unterschieden. In beiden Bereichen kommen Prognosemethoden zur Anwendung, die von einfachen statistischen Analysen bis in die Bereiche der künstlichen Intelligenz reichen und unterschiedliche Deliktsbereiche abdecken. Obwohl in zahlreichen Ländern verschiedenste Predictive-Policing-Strategien angewendet werden und diese mitunter stark umstritten sind, gibt es bis auf wenige Ausnahmen

keine veröffentlichten (wissenschaftlichen) Untersuchungen zur Wirksamkeit, die nicht von der Polizei oder den Herstellern entsprechender Software selbst stammen. Die Evaluation des Pilotprojekts P4 stellt die erste unabhängige wissenschaftliche Evaluation einer Anwendung von Predictive Policing für den kontinentaleuropäischen Kontext dar.

Predictive Policing mit PRECOBS

In Deutschland kommen Verfahren des Predictive Policing fast ausschließlich im Zusammenhang mit Wohnungseinbruchdiebstählen zur Anwendung. In Bayern wird – wie auch in Baden-Württemberg – die kommerzielle Software PRECOBS verwendet. Andere Bundesländer wie z.B. Berlin haben eigene Systeme entwickelt oder nutzen kommerzielle Statistikprogramme für die Entwicklung von Prognosemodellen (z.B. Nordrhein-Westfalen). Allen gemein ist, dass es sich um „place-based predictive policing“ handelt, wobei sich die Vorhersagen darauf beziehen, dass in einem bestimmten Gebiet für einen bestimmten Zeitraum mit einer erhöhten Wahrscheinlichkeit von Wohnungseinbrüchen gerechnet wird.

Die Prognosefähigkeit von PRECOBS basiert im Wesentlichen auf der Beobachtung, dass nach Straftaten – insbesondere bei Wohnungseinbrüchen – häufig Folgedelikte in kurzer zeitlicher und räumlicher Distanz auftreten. Diese Beobachtung wird in der kriminologischen Forschung als „Near Repeat“-Phänomen (vgl. *Johnson & Bowers* 2014) bezeichnet. Obwohl nicht zwangsläufig jeder Wohnungseinbruch Folgedelikte nach sich zieht, macht sich die Prognosesoftware PRECOBS das Phänomen zunutze, um Vorhersagen über erhöhte Wahrscheinlichkeiten von Wohnungseinbrüchen in bestimmten räumlichen Gebieten und zeitlichen Abschnitten zu machen. Mittels Daten aus der Vergangenheit wird identifiziert, welche Kriterien eines initialen Einbruchs (Trigger-Delikt) auf Folgedelikte hinweisen und wann Vorhersagen möglich sind. PRECOBS verlässt sich dabei im Wesentlichen auf die Tathergänge, Tatbegehungsweise und Tatorte. Prognosen werden dabei nur für bestimmte Gebiete, die als „Near Repeat Areas“ und zugehörige „Randzonen“ bezeichnet werden, automatisch oder manuell generiert. Infolge der Prognosen werden Alarmgebiete (Operativer Kreis um das Trigger-Delikt) für einen vorgegebenen Zeitraum intensiver bestreift und weitere präventive Maßnahmen durchgeführt.

In der Evaluationsstudie wurde untersucht, ob diese Maßnahmen die erwartete Wirkung zeigen. Darüber hinaus gaben eine Online-Befragung mit ca. 700 Teilnehmern sowie Experteninterviews Aufschluss zur Akzeptanz und Praktikabilität innerhalb des Polizeiapparats.

Ergebnisse

Inwieweit Predictive Policing zu einer Verminderung von Wohnungseinbrüchen beitragen kann, ist auch nach dem Pilotprojekt trotz einiger positiver Hinweise nur schwer zu beurteilen. Auf der Basis der verfügbaren Daten können aber einige relevante Schlussfolgerungen gezogen werden. Wichtig ist jedoch, diese vor dem Hintergrund methodischer Einschränkungen (kurze Dauer des Evaluationszeitraums, Verzicht auf experimentelles Design, eingeschränkte Anzahl an Testgebieten) in ihrer Aussagekraft vorsichtig zu bewerten. Der wichtigste Schluss ist, dass kriminalitätsmindernde Effekte von Predictive Policing im Pilotprojekt P4 wahrscheinlich nur in einem moderaten Bereich liegen und allein durch dieses Instrument die Fallzahlen nicht deutlich reduziert werden können. Zwar nahm in manchen Teilen des Pilotgebiets (z.B. in Stuttgart, Abbildung 1) die Zahl der Wohnungseinbrüche ab, in anderen Gebieten gab es aber auch Zunahmen (z.B. in der Stadt Karlsruhe), und die Wirkungen überstiegen einen moderaten Bereich nicht. Aus Modellrechnungen ergibt sich beispielsweise, dass im Polizeipräsidium Karlsruhe die Anzahl der Near-Repeat-Folgedelikte durch die Steigerung der Polizeidichte tendenziell vermindert werden konnte, jedoch sind mit einer Steigerung der Polizeidichte um 100 % gegenüber dem Basiswert im Alarmgebiet nur durchschnittlich 0,24 prognose-bezogene Folgedelikte weniger zu erwarten.

Abbildung 1: Entwicklung der Fallzahlen innerhalb des Pilotgebiets nach Stadt- (SK) und Landkreisen (LK) im Pilotgebiet, 31.10.Jahr–30.04.Folgejahr, eigene Berechnung (Quelle: ComVor-Datenbank LKA BW)

PREC OBS-Alarme

Während der Evaluationsphase gab es im Pilotgebiet 183 Alarme, wovon vor allem die großen Städte Karlsruhe, Pforzheim und Stuttgart betroffen waren. Im ländlichen Raum traten nur sehr wenige Alarme auf. Dort lassen sich kaum Aussagen über die Wirkung treffen. In der Regel wurden die prognose-basierten Alarme zeitnah den zuständigen Revieren zugeleitet. Zwischen dem Trigger-Delikt und der Bekanntmachung des Alarms vergingen durchschnittlich 30 Stunden (inklusive der Zeit bis zur Entdeckung der Tat), wobei 61 % der Fälle in einer Zeit unter 24 Stunden weitergegeben wurden. Bei einer Alarmlaufzeit von meist sieben Tagen ist dies ein akzeptabler Zeiträumen.

Abbildung 2: Beispiel für die Entwicklung der Polizeidichte über einen Alarm, A1 = Tag des alarmauslösenden Einbruchs, A2–A7 = Tage mit aktivem Alarm, eigene Darstellung (Quellen: PRECOBS-Datenbank P4, VIADUX-Standortdaten)

Auf die gesteuerten Alarmmeldungen erfolgte eine messbare Intensivierung der polizeilichen Aktivität. Dies zeigte sich dadurch, dass bei 94 % aller Alarmphasen die polizeiliche Präsenz im Vergleich zur Basisrate in den jeweils betroffenen Gebieten zugenommen hat. Die Messung erfolgte über anonymisierte GPS-Daten von Polizeifahrzeugen (vgl. Abbildung 2). Aus manuell dokumentierten Einsatzprotokollen ließ sich errechnen, dass pro Alarm durchschnittlich 48 Einsatzstunden von durchschnittlich 2,8 Polizisten bzw. Polizistinnen aufgewendet wurden.

Hinweise auf Wirksamkeit von Predictive Policing

Die Entwicklung der Fallzahlen war während des Evaluationszeitraums im Polizeipräsidium Stuttgart stark rückläufig (Abbildung 1). Ob dies in direktem Zusammenhang mit PRECOBS steht, ist schwer zu beurteilen, da dieselbe Entwicklung auch bereits im Winterhalbjahr 2014/2015 zu beobachten war (und sich im Übrigen bundesweit 2017 fortgesetzt hat). Ein Indiz für die Wirksamkeit von PRECOBS ist die rückläufige Anzahl der als Near-Repeat-Folgedelikt klassifizierbaren Taten in den sogenannten „Near Repeat Areas“. Diese Gebiete waren in den Vorjahren besonders anfällig für diese spezielle Art von Delikten. Dort konnte in beiden Polizeipräsidien für das Winterhalbjahr 2015/16 kein signifikantes „Near Repeat“-Muster mehr identifiziert werden. Zudem gab es in Stuttgart einen besonders starken Rückgang der Fallzahlen innerhalb der Near-Repeat Areas, also den Gebieten, die am stärksten von PRECOBS profitieren.

Im Polizeipräsidium Karlsruhe blieben die Fallzahlen konstant. Hierzu trug eine sehr starke Wohnungseinbruchaktivität im November und Dezember 2015 im Stadt- und Landkreis Karlsruhe bei (Abbildung 1). In den restlichen Gebieten des Polizeipräsidiums Karlsruhe gingen die Fallzahlen im Vergleich zum Vorjahr zurück. Dies betrifft vor allem auch den Stadtkreis Pforzheim, wo die Zahlen aber bereits im vorangegangenen Winterhalbjahr rückläufig waren.

Auch im Stadtkreis Karlsruhe konnte für die Evaluationsphase trotz der stark erhöhten Fallzahl kein signifikantes Near-Repeat-Muster in den Near-Repeat-Areas gefunden werden. Die Quote war sogar etwas niedriger als im wenig belasteten Vorjahr. Dass dies trotz der stark erhöhten Fallzahl so ist, kann als weiteres Indiz für eine gewisse Wirkung der Prognosen und anschließende Maßnahmen gewertet werden. Kausale Zusammenhänge können aber auch hier nicht abgeleitet werden.

Im Bereich des Polizeipräsidiums Karlsruhe ist vor allem interessant, dass sich hier Zusammenhänge zwischen der Anzahl an Folgedelikten und den durch PRECOBS bedingten Maßnahmen andeuten. Diese Ergebnisse sind aber wenig belastbar und sollten vorsichtig bewertet werden. Die Zusammenhänge gestalten sich so, dass Folgedelikte dann wahrscheinlicher waren, wenn die Alarme mit größerer zeitlicher Verzögerung zum Initialdelikt gesteuert wurden. Zudem deutet sich an, dass auch die Quantität der polizeilichen Maßnahmen – gemessen über die GPS-Daten von Einsatzmitteln – eine Rolle bei der Verhinderung von Folgedelikten spielte. Ein ähnlicher

Tabelle 1: „Near Repeat“-Muster für ausgewählte Bereiche – Gesamtgebiet und Near-Repeat-Areas, Evaluationszeitraum und Referenzzeiträume

		Signifikante „Near Repeat“-Muster (7 Tage /1 –500 Meter) in der Winterkonfiguration [†]			
		WK12–13	WK13–14	WK14–15	WK15–16 ^{††}
Stuttgart Stadtkreis	gesamt	1.79**	1.29*	1.51**	1.64**
	Near Repeat Areas	2.51**	1.52**	1.85**	1.23
Karlsruhe Pol.Präs.	gesamt	1.66**	1.59**	1.57**	1.62**
	Near Repeat Areas	2.42**	1.75**	2.19**	1.39
Karlsruhe Stadtkreis	gesamt	1.29	1.45**	1.14	1.48*
	Near Repeat Areas	2.22*	1.67**	1.65	1.49

Signifikanzniveau: ** p<0.001, * p<0.05 (Monte-Carlo-Simulation mit N=999 Iterationen)

Beispiel: 1,69: Die Chance auf einen weiteren Einbruch ist um 69 % größer im Falle des angenommenen Musters.

[†]Winterkonfiguration: Monate November, Dezember, Januar, Februar, März

^{††}15–16: Evaluationszeitraum P4

Abbildung 3: Vorhergesagte Werte für unterschiedliche Ausprägungen der Maßnahmenintensität in Abhängigkeit von „Vorserien“ (Berechnung aus Regressionsmodell) (Quellen: PRECOBS-Datenbank P4, ComVor-Datenbank LKA BW; Fälle und Maßnahmendokumentation)

Zusammenhang war in Stuttgart für manuell dokumentierte Einsatzdaten zu beobachten. Aus einem Formular, das die polizeilichen Maßnahmen (z.B. Anzahl Einsatzstunden, Fahrzeug-/Personenkontrollen etc.) während eines Alarms erfasste, konnte ein Index zur Messung der „Maßnahmenintensität“ generiert werden. Es war erkennbar, dass Alarme mit höheren Werten weniger Folgedelikte nach sich zogen (Abbildung 3). Die Ergebnisse sind jedoch nicht bzw. kaum statistisch belastbar. Dennoch sprechen die Beobachtungen für den Einsatz von Methoden, mit deren Hilfe potenzielle Kleinserien erkannt und Near-Repeat-Folgedelikte verhindert werden können. Auch deshalb, da es in beiden Polizeipräsidien eine gewisse Relevanz zu haben scheint, wie viele der Serie der potenziell zugehörigen Delikte (Vorserie) dem alarmauslösenden Delikt vorangingen (Beispiel Stuttgart, Abbildung 3).

Bewertung der PRECOBS-Operatoren und -Operatorinnen

PRECOBS-Operatoren sind diejenigen, die das Programm bedienen, Vorhersagen bewerten und PRECOBS-Alarme weitergeben. Deren Bewertung in den Experteninterviews kann so zusammengefasst werden, dass die Software als hilfreiche Ergänzung angesehen wurde – vor allem im stark belasteten Winterhalbjahr. Für die ländlichen Regionen wurde kaum ein Nutzen gesehen, wofür auch die geringe Anzahl der Alarme im ländlichen Raum spricht. Kritisch wurde auch die Nutzung am Wochenende bewertet, da vor allem an Sonntagen wenige Wohnungseinbrüche stattfinden. Prinzipiell geht aus den Erfahrungen der Operatoren hervor, dass ein weiterer Einsatz sinnvoll sein könnte, jedoch mit einigen Modifikationen. Das Programm wurde als benutzerfreundlich eingestuft, wenn auch zu Beginn Schwierigkeiten auftraten. Da hinter den Prognosen kein komplexer Algorithmus steht, waren diese für die Operatoren und Operatorinnen in der Regel nachvollziehbar, und falsche Alarme, wie z.B. durch Beziehungstaten, konnten gut erkannt werden.

Ergebnisse der Online-Befragung

Bei einer Online-Befragung von 700 Polizeibeamten und -beamtinnen hat sich gezeigt, dass der Einsatz von PRECOBS stark polarisiert hat. Ungefähr die Hälfte der Befragten sieht darin ein erfolgversprechendes Modell, die andere Hälfte ist entgegengesetzter Meinung. Die Frage nach

Abbildung 4: Einschätzung zur zukünftigen Entwicklung („Die Software sollte auch nach der Pilotphase weiter zum Einsatz kommen“) in Abhängigkeit der Häufigkeit von PRECOBS-Alarmen (n = 430; Quelle: eigene Erhebung, Online-Befragung P4)

einer Fortführung wurde im Polizeipräsidium Karlsruhe tendenziell positiver bewertet. Hier waren ca. 62 % dafür, dass die Software weiter zum Einsatz kommt. Im Bereich des Polizeipräsidiums Stuttgart waren dies lediglich ca. 41 %. Am meisten Zustimmung fand ein weiterer Einsatz bei Befragten der höheren Führungsebene (65 %), gefolgt von den Befragten der mittleren Führungsebene (57 %). Bei den Sachbearbeitern und Sachbearbeiterinnen lag die Zustimmung nur bei 46 %. Interessant ist vor allem, dass diejenigen, die mit vielen Alarmen konfrontiert waren, eher gegen einen weiteren Einsatz waren (Abbildung 4). Das hat möglicherweise damit zu tun, dass von den Befragten subjektiv eine Mehrbelastung wahrgenommen wurde und wegen der Alarme andere Arbeit liegen blieb. Gleichzeitig sind Erfolge für die Beamten und Beamtinnen auf der Straße nur schwer sichtbar, da die präventive Wirkung nicht unmittelbar messbar ist und z.B. nur eine einzige Verhaftung während eines Alarms zu verbuchen war. In diesem Zusammenhang ist es wenig erstaunlich, wenn häufige PRECOBS-Einsätze Routinen durchbrechen und daher von manchen Befragten negativ bewertet werden.

Ausblick

Mit den Ergebnissen der Evaluation des Pilotprojekts Predictive Policing konnte noch keine eindeutige Entscheidung darüber getroffen werden, ob dieses Verfahren eine eindeutige kriminalitätsmindernde Wirkung hat. Um die Datenlage und empirische Evidenz zu erweitern, setzt die Polizei Baden-Württemberg PRECOBS deshalb nach einer mehrmonatigen Unterbrechung in einer weiteren Testphase ein, die wiederum durch das Max-Planck-Institut evaluiert wird. Die Analysen sollen durch eine höhere Fallzahl von PRECOBS-Alarmen aus einem weiteren Testzeitraum von 9 Monaten auf eine breitere Basis gestellt werden. Neben dem verlängerten Evaluationszeitraum und weiteren Experteninterviews soll ein randomisiert kontrolliertes Forschungsdesign die Aussagekraft der Ergebnisse erhöhen.

Dabei werden die mit PRECOBS generierten Alarme zufällig einer Experimental- oder Kontrollgruppe zugeordnet. Bei Fällen der ersten Gruppe wird der Alarm an das zuständige Revier weitergegeben und es erfolgen Maßnahmen, die der Prognose entsprechen. Alarme der Kontrollgruppe werden nicht an die Reviere weitergegeben und die Reaktionen auf das lokale Einbruchsgeschehen gestalten sich nach dem üblichen Verfahren der zuständigen Reviere. Durch dieses Design können strukturelle geographische Ungleichgewichte, lokale Besonderheiten wie

z.B. zufällige Schwankungen bei organisierten, hochfrequenten Wohnungseinbruchdiebstahl-Serien, klimatische Schwankungen etc. ansatzweise kontrolliert werden. Ergebnisse werden im Herbst 2018 vorliegen.

Dominik Gerstner & Hannah Straub

Ferguson, A.G. (2017): *The Rise of Big Data Policing. Surveillance, Race, and the Future of Law Enforcement*. New York.

Gerstner, D. (2017): Predictive Policing als Instrument zur Prävention von Wohnungseinbruchdiebstahl. Evaluationsergebnisse zum Baden-Württembergischen Pilotprojekt P4. Freiburg i.Br.

Gerstner, D. (2018, im Druck): Predictive Policing. Theorie, Anwendung und Erkenntnisse am Beispiel des Wohnungseinbruchdiebstahls, in: S. Ellebrecht, S. Kaufmann & P. Zoche (Hrsg.), *Unsicherheiten im Wandel – Gesellschaftliche Dimensionen von Sicherheit*. Münster.

Gerstner, D. (2018, im Druck): Using Predictive Policing to Prevent Residential Burglary. Findings from the Pilot Project P4 in Baden-Württemberg, Germany. *European Police Science and Research Bulletin. Special Conference Edition No. 4*.

Grossman, L., Brock-Abraham, C., Carbone, N., Dodds, E., Kluger, J., Park, A., Rawlings, N., Suddath, C., Sun, F. & Thompson, M. (2011): The 50 best inventions. *Time Magazine* 178, 55–82.

Johnson, S.D. & Bowers, K.J. (2014): Near Repeats and Crime Forecasting, in: G. Bruinsma & D. Weisburd (eds.), *Encyclopedia of Criminology and Criminal Justice*. New York, NY, 3242–3254.

Perry, W.L., McInnis, B., Price, C.C., Smith, S.C. & Hollywood, J.S. (2013): *Predictive Policing: The Role of Crime Forecasting in Law Enforcement Operations*. Santa Monica, CA, RAND Corporation; https://www.rand.org/pubs/research_reports/RR233.html.

G. Elektronische Überwachung: Forschung zu Implementierung und Folgen

Hintergrund

Seit den 1990er Jahren haben sich verschiedene Formen der elektronischen Überwachung in Systemen strafrechtlicher Sanktionen international durchgesetzt. Das Max-Planck-Institut Freiburg befasst sich seit Ende der 1990er Jahre mit Forschungen zur elektronischen Überwachung, die sich zum einen auf die in Hessen ab 2000 und in Baden-Württemberg zwischen 2010 und 2012 eröffneten Anwendungsbereiche der elektronischen Fußfessel beziehen und die auch in die übergreifenden Fragestellungen der Grenzen des Strafrechts sowie der Auswirkungen der Informationstechnologie und ihrem Aufgreifen in strafrechtlichen Sanktionen eingeordnet sind (Haverkamp 2002; Mayer, Haverkamp & Lévy 2003; Mayer 2004; Wößner & Schwedler 2015; Meuer, im Druck). Dabei ist die schnelle Verbreitung – nunmehr auch in der Kontrolle von gefährlichen Straftätern – nicht zuletzt auf die Einführung der GPS-Technik zurückzuführen. Denn die GPS-Technik bietet gegenüber der traditionellen Radiofrequenz-Technik ein breiteres Anwendungsspektrum, da An- und Abwesenheit der überwachten Personen an bestimmten Orten definiert und bei Abweichungen kontrolliert und nachvollzogen werden können.

Die elektronische Aufsicht wird zu unterschiedlichen Zwecken und im Rahmen diverser Anwendungsregime eingesetzt: Sie kann z.B. der vollständigen Haftvermeidung (sog. „front door“-Einsatz), der Haftverkürzung (gegen Ende einer Haftstrafe) oder der anhaltenden Überwachung entlassener Straftäter nach vollständiger Vollstreckung einer Haftstrafe dienen (sog. „back door“-Einsatz). Freilich begegnete man in Deutschland der elektronischen Aufsicht bis vor kurzem eher mit einer skeptischen Haltung. Die empirische Forschung zur elektronischen Aufsicht beruht bislang weitgehend auf der Evaluation von Modellprojekten, in denen vor allem Fragen der Implementierung und Machbarkeit der Maßnahme im Vordergrund stehen. Untersuchungen zu der aus kriminologischer Sicht vor allem relevanten Frage der Wirkungen elektronischer Aufsicht auf die jeweilige Zielgruppe sind demgegenüber eher selten. Die wenigen Studien, die sich solchen Fragen widmen, sind i.d.R. quasi-experimentelle Forschungsprojekte. Die Befunde sind dabei von bereits a priori bestehenden Unterschieden der Vergleichsgruppen abhängig. Das bedeutet, dass haltbare und konsistente Nachweise für resozialisierende oder rückfallverhindernde Effekte, die von der elektronischen Aufsicht ausgehen, immer noch ausstehen. Zudem wird die Anwendung der elektronischen Aufsicht nur selten in theoretische Grundüberlegungen eingebettet. Vor diesem Hintergrund war es angezeigt, die Evaluation des Modellprojekts Baden-Württemberg im Rahmen einer experimentell angelegten Studie durchzuführen.

Das Modellprojekt Baden-Württemberg

Das Gesetz über die elektronische Aufsicht im Vollzug der Freiheitsstrafe Baden-Württemberg (EAST-VollzG) ermöglichte im Zeitraum von Oktober 2010 bis März 2012 den Einsatz der elektronischen Überwachung mittels GPS-Technik für Gefangene des baden-württembergischen Strafvollzugs. Das Gesetz war als randomisiertes Modellprojekt konzipiert und sah die wissenschaftliche Begleitforschung durch das Max-Planck-Institut vor.

Das Projekt war wegen der mit ihm einhergehenden Fragestellungen (s.u.) in zwei Untersuchungsphasen gegliedert. Im Mittelpunkt der ersten Untersuchungsphase stand die Implemen-

Katharina Meuer, Kriminologische
Forschungsabteilung, und
Dr. Gunda Wößner, Kriminolo-
gische Forschungsabteilung

tation und Analyse der Wirkung der elektronischen Fußfessel auf die Probanden. Gegenstand der zweiten Untersuchungsphase war eine Rückfallanalyse, mit deren Beendigung das Projekt im Jahr 2017 abgeschlossen wurde.

Zielsetzung des Modellprojekts und Forschungsfragen

Mit dem baden-württembergischen Modellprojekt sollte der Einsatz der elektronischen Fußfessel im Vollzug der Freiheitsstrafe erprobt werden und zwar in Form von elektronisch überwachtem Hausarrest als Alternative zu einer Ersatzfreiheitsstrafe (Geldstrafe) oder im Übergang zur Entlassung sowie im Rahmen elektronisch überwachter Vollzugslockerungen. Überlegungen, die dem Gesetzgebungsprozess vorausgingen, reichten von der Annahme, man könne dadurch die schädliche Wirkung des Strafvollzugs minimieren und die Probanden in ihren sozialen Bezügen belassen bis hin zu der Überlegung von Beiträgen zu einem effektiveren Übergang von der Haft in die Freiheit. Kritische Stimmen hingegen mahnten an, es handle sich um ein reines Überwachungsinstrument, das keine erzieherischen Maßnahmen beinhalte. Eine umfassende Betreuung durch die Bewährungshilfe war im baden-württembergischen Modellprojekt allerdings ein zentraler Bestandteil. Darüber hinaus wurde auch die mit der elektronischen Überwachung verbundene Privatisierung vollzuglicher Aufgaben kritisiert (die Bereitstellung der Geräte und die Überwachungszentrale waren in der Hand eines Sicherheitsdienstleisters in Nordrhein-Westfalen; ebenso war – zum damaligen Zeitpunkt – die Bewährungshilfe privatisiert).

Die wissenschaftliche Begleitforschung umfasste drei Forschungsziele:

- Hinsichtlich der Implementation war von Interesse, wer mit der Maßnahme tatsächlich erreicht wird und wie beteiligte Stellen (z.B. Staatsanwaltschaft, Bewährungshilfe, Strafvollzug) den Modellversuch beurteilten.
- Im Zentrum der Wirkungsevaluation stand die Frage, wie sich die Probanden unter elektronischer Aufsicht entwickelten, also welche positiven und negativen Auswirkungen die Maßnahme auf die Probanden hatte.
- Mit einer vergleichenden Rückfallanalyse für einen individuellen Bewährungszeitraum von drei Jahren wurde untersucht, ob die Maßnahme einen Einfluss auf das spätere Rückfallverhalten hat.

Das Modellprojekt war als randomisiertes Experiment konzipiert: In jedem Anwendungsbereich wurden die Probanden zufällig entweder der elektronischen Aufsicht oder der Kontrollalternative (Vollzug der Haftstrafe im regulären Vollzug) zugelost.

Anlage und Ablauf des Projekts

Das Gesetz zur elektronischen Aufsicht im Vollzug der Freiheitsstrafe sah grundsätzlich drei Anwendungsbereiche vor:

- elektronisch überwachter Hausarrest als Alternative zu einer Ersatzfreiheitsstrafe,
- elektronisch überwachter Hausarrest zur Entlassungsvorbereitung und zwar bis zu einer Freistellung von bis zu sechs Monaten,
- elektronische Überwachung von Vollzugslockerungen, i.d.R. Freigang.

Voraussetzungen zur Gewährung des elektronisch überwachten Hausarrests waren das Einverständnis des Gefangenen und etwaiger im selben Haushalt lebender Personen, eine feste Unterkunft, eine tagesstrukturierende Tätigkeit von mindestens vier Stunden pro Tag (z.B. in Form von Arbeit oder Ausbildung) sowie die charakterliche Eignung des Probanden hinsichtlich Kooperationsfähigkeit, Belastbarkeit und Missbrauchsgefahr. Bei der Gewährung von Vollzugslockerungen unter elektronischer Aufsicht war neben dem Einverständnis des Gefangenen die persönliche Tauglichkeit ausschlaggebend.

An dem Projekt nahmen fünf baden-württembergische Justizvollzugsanstalten teil. Sie konnten – im Falle der beiden letzten Anwendungsbereiche – geeignete Gefangene zur Teilnahme vorschlagen. Kam ein Gefangener für einen der drei Anwendungsbereiche in Frage, so wurde er über das Projekt und insbesondere über die zufällige Zuteilung zu einer der beiden Studiengruppen informiert (im Falle der Ersatzfreiheitsstrafe wurden die Personen bereits vor deren Haftantritt von der Staatsanwaltschaft über das Projekt informiert): zur jeweiligen Experimentalgruppe der drei Anwendungsbereiche unter elektronischer Aufsicht (im Folgenden Treatmentgruppe) oder zur Kontrollgruppe, die die Haftstrafe regulär in der Strafvollzugsanstalt zu verbüßen hatte (wobei natürlich auch unter dieser Bedingung zu einem späteren Zeitpunkt Gewährung von Lockerungen oder eine Strafstaussetzung zur Bewährung möglich waren). Die Bewährungshilfe nahm dann eine abschließende Beurteilung der Voraussetzungen im Falle der Anwendungsbereiche im Hausarrest vor. Bei allen drei Anwendungsbereichen musste schließlich die jeweilige Staatsanwaltschaft die Maßnahme genehmigen.

Ein wichtiger Baustein des Modellprojekts war in allen drei Anwendungsbereichen die psychosoziale Begleitung. Für die im Hausarrest elektronisch überwachten Probanden war hierfür das Netzwerk Straffälligenhilfe Neustart gGmbH zuständig. Es erstellte mit den einzelnen Probanden der Treatmentgruppe einen individuellen Wochenplan, auf dessen Grundlage – nach Absprache mit der Vollzugsanstalt – der Technikanbieter dann das elektronische Trackinggerät einstellte (An-/Abwesenheitszeiten bei der Arbeits- oder Ausbildungsstelle, bei der Bewährungshilfe, therapeutischen Ambulanz oder zuhause). Für die elektronisch überwachten Freigänger übernahm der Sozialdienst der beteiligten Anstalten die soziale Betreuung.

Datenquellen und Erhebungsinstrumente

Kernstück der empirischen Datenerhebung bildete die Exploration der am Modellprojekt teilnehmenden Straftäter. Diese wurden zu verschiedenen Erhebungszeitpunkten mit einem halbstrukturierten Interview befragt und testpsychologisch untersucht. Hierdurch wurden sowohl Fragen der *Implementation* als auch der *Wirkung* der elektronischen Überwachung auf die Probanden gemessen. Mithilfe von standardisierten psychometrischen Verfahren wurde überprüft, ob sich für die Wiedereingliederung relevante psychologische Merkmalsbereiche durch die Teilnahme an der elektronischen Aufsicht veränderten. Somit wurde auch das Resozialisierungspotenzial der Maßnahme untersucht.

Mit den psychometrischen Testverfahren wurden im Einzelnen folgende Merkmalsbereiche erfasst:

- *Prisonisierung/Haftschäden*: Können durch die Haftverkürzung im geschlossenen Vollzug die mit der Inhaftierung verbundenen Prisonisierungseffekte wie Autonomieverlust, Insuffizienz erleben und emotionale Labilität reduziert werden?
- *Wahrgenommene soziale Unterstützung*: Eine Inhaftierung führt in vielen Fällen zum Abbruch wichtiger sozialer Beziehungen. Die dadurch fehlende Unterstützung während und nach der Haft kann sich negativ auf die Resozialisierung auswirken. Deshalb wurde überprüft, ob sich durch die Haftverkürzungen die wahrgenommene soziale Unterstützung verändert, und zwar in den konkreten Bereichen der emotionalen Unterstützung, der praktischen Unterstützung sowie der sozialen Integration generell.
- *Selbstkonzept*: Ausgangspunkt ist die Annahme, dass eine Inhaftierung das Selbstkonzept einer Person bedroht, also Überzeugungen, die ein Mensch implizit über sich selbst hat. Insbesondere waren in diesem Zusammenhang von Interesse, ob sich durch die frühere Herausnahme aus dem (geschlossenen) Vollzug eine positive Veränderung hinsichtlich der Selbstwertschätzung, des Vertrauens in die eigene Person, Probleme bewältigen und leistungsfähig sein zu können, verändern.
- *Kontrollüberzeugungen*: Die völlige Auslieferung an die totale Institution Gefängnis könnte externale Kontrollüberzeugungen befördern. Insoweit wurde untersucht, ob eine frühere Herausnahme aus dem fremdbestimmten Setting Gefängnis zu einer Reduzierung fatalistischer Einstellungen und einer Erhöhung der Überzeugung führt, eigene Handlungsspielräume kontrollieren zu können.

Zudem wurde zur Einschätzung des Rückfallrisikos der Probanden das Prognoseinstrument LSI-R:SV (Andrews & Bonta 1998) eingesetzt. Die Erhebung dieser quantitativen Daten wurde durch Daten eines halbstrukturierten Interviews ergänzt, in dem die Probanden selbst nach ihren Erfahrungen mit der Fußfessel befragt wurden. Die hieraus gewonnenen Erkenntnisse zur *Implementation* wurden durch Daten anderer am Projekt beteiligter Stellen ergänzt: So wurden Experteninterviews mit Projektverantwortlichen der teilnehmenden Justizvollzugsanstalten und der Bewährungshilfe sowie eine schriftliche Befragung aller Staatsanwaltschaften Baden-Württembergs durchgeführt (zum Vorgehen im Einzelnen siehe Schwedler & Wößner 2015).

Informationen zur Lebenssituation, zur strafrechtlichen und psychiatrischen Vorgeschichte der Probanden sowie zu Anlassdelikt und Haftverlauf wurden den Gefangenenpersonalakten entnommen. Des Weiteren wurden die technischen Meldungen der Überwachungszentrale sowie die Dokumentation der sozialen Betreuung (Bewährungshilfe und Sozialdienste der JVA) gesichtet und analysiert. Eine vergleichende *Rückfallanalyse* beruhte auf Auszügen aus dem Bundeszentralregister für Treatment- und Kontrollgruppenprobanden.

Ergebnisse

Beschreibung der Stichprobe und Implementation

Die Beschreibung der Stichprobe ist eng verknüpft mit der Beantwortung der ersten Forschungsfrage, wer mit der Maßnahme erreicht wurde. Insgesamt wurden 133 Personen für die Teilnahme am Modellprojekt vorgeschlagen: drei für die Alternative zur Ersatzfreiheitsstrafe, 64 für die Teilnahme an der Entlassungsvorbereitung und 66 für die Maßnahme des elektronisch überwachten Freigangs.

Letztlich nahmen aber nur 93 Probanden am Modellprojekt teil: eine Person im Bereich der Ersatzfreiheitsstrafe, 38 im Bereich der Entlassungsvorbereitung und 54 im Bereich des Freigangs. Hierfür gab es u.a. folgende Gründe: Die Probanden hatten schließlich doch keine tagesstrukturierende Tätigkeit gefunden, der Wohnort lag außerhalb des Zuständigkeitsbereichs der Bewährungshilfe, die Eignungsprüfung durch diese bzw. die Genehmigung durch die Staatsanwaltschaft verlief negativ, es gab zwischenzeitliche Änderungen (Entlassung, Überstellung in Freigang ohne elektronische Aufsicht) oder die Probanden selbst hatten ihre Zustimmung widerrufen, weil sie Bedenken oder Aussicht auf Freigang ohne elektronische Aufsicht hatten.

Personen, die eine Geldstrafe nicht bezahlen konnten, wurden aufgrund der durch das Modellgesetz definierten Bedingungen nicht erreicht. Denn nur bei einer tagesstrukturierenden Tätigkeit von mindestens 20 Stunden pro Woche konnte in den elektronisch überwachten Hausarrest als Alternative zur Ersatzfreiheitsstrafe überstellt werden. Dies traf aber auf Personen, die eine Ersatzfreiheitsstrafe antreten mussten, i.d.R. nicht zu. Anders formuliert: Wer einen Job hatte, konnte die Geldstrafe auch bezahlen; wer keinen Job hatte, konnte nicht am Modellprojekt teilnehmen.

Für den Anwendungsbereich der Ersatzfreiheitsstrafe konnten die geplanten Analysen folglich nicht durchgeführt werden, da es hierfür keine geeigneten Probanden gab. In den anderen beiden Anwendungsbereichen waren die Treatment- und die Kontrollgruppe größtenteils vergleichbar (vgl. Tabelle 1).

In der Kontrollgruppe Freigang hatten zudem 40 % der Teilnehmer bereits Hafterfahrung, was sich signifikant von der Treatmentgruppe unterschied ($\chi^2(1; N = 52) = 5,45; p < .05$). Die beiden Gruppen der Versuchsanordnung Hausarrest unterschieden sich hierin nicht (T-EV = 26 %, K-EV = 21 %; $\chi^2(1; N = 38) = 0,15; p = .70$). In allen vier Gruppen waren die meisten Probanden wegen eines Vermögens- oder Eigentumsdelikts inhaftiert (T-EV: 42 % vs. K-EV: 74 %; T-FG: 63 % vs. K-FG: 57 %) gefolgt von Straßenverkehrsdelikten und leichten Gewaltdelikten, Verstößen gegen das Betäubungsmittelgesetz und sonstigen Delikten. Statistisch signifikante Un-

	T-EV	K-EV	T-FG	K-FG
Anzahl Teilnehmer	19	19	24	30
Alter (bei Anlasstat)	M=34,1 (12,5)	M=37,8 (10,3)	M=32,5* (8,4)	M=38,6* (9,8)
Alter (bei erster Straftat)	M = 29,4 (15,6)	M = 28,6 (11,4)	M = 26,8 (10,6)	M = 27,4 (11,9)
Drogenproblematik (Zeitpunkt Verurteilung)	32 %	26 %	54 %	37 %
Frühere psychiatrische / psychologische Behandlung	11 %	5 %	13 %	13 %
Verheiratet	32 %*	58 %*	25 %	33 %
Anzahl Vorstrafen	M=3,8 (4,2)	M=5,4 (5,3)	M=5,9 (6,0)	M=9,4 (8,7)
Strafmaß Anlassdelikt	M=23,5 (19,5)	M=23,8 (16,0)	M=24,4 (17,7)	M=19,9 (18,9)
Anteil Teilnehmer mit Lockerungen	84 %*	89 %*	96 %*	73 %
Strafrestaussetzung	95 %*	84 %*	92 %	67 %
Dauer der EA (Tage)	M=92,1 (50,7)	–	M=84,6 (49,0)	–

T-EV=Treatmentgruppe Entlassungsvorbereitung;

K-EV=Kontrollgruppe Entlassungsvorbereitung

T-FG=Treatmentgruppe Freigang;

K-FG=Kontrollgruppe Freigang

terschiede zwischen den Gruppen lagen diesbezüglich nicht vor. Diese Verteilung war aber nicht repräsentativ für die baden-württembergische Gefängnispopulation. Die Projektteilnehmer waren im Durchschnitt zudem häufiger verheiratet und hatten einen höheren Bildungsabschluss als die Gefängnispopulation.

In der standardisierten psychometrischen Datenerhebung zeigte sich ferner, dass sich alle Modellprojektteilnehmer (Treatment- und Kontrollgruppe) von vornherein durch eine sehr günstige Ausprägung der verschiedenen Merkmalsbereiche auszeichneten. Sie beschrieben sich als selbstsicher, neigten kaum zu externalen Kontrollüberzeugungen, fühlten sich leistungsstark und emotional stabil sowie ausreichend sozial unterstützt. Fast alle Ausprägungen lagen über denen der jeweiligen Normstichprobe, die der Teststandardisierung zugrunde lagen.

Zur Frage, wer mit der Maßnahme tatsächlich erreicht wurde, können zwei zentrale Ergebnisse festgehalten werden:

- Die Zielgruppe der Ersatzfreiheitsstrafe konnte nicht erreicht werden, da die an die Teilnahme am Projekt geknüpften „strengen“ Voraussetzungen bei Personen, die eine Geldstrafe nicht bezahlen konnten, nicht erfüllt wurden.
- Es wurde eine ganz bestimmte Subgruppe von Gefangenen erreicht, nämlich vor allem Personen mit einem niedrigen bis mittleren Risikopotenzial, die in den Bereichen, in denen von der Maßnahme eine Wirkung erwartet worden war, ohnehin schon prosoziale Ausprägungen aufwiesen (inkl. soziodemographischer Faktoren wie Familienstand und Bildung).

Die Befragung der Projektverantwortlichen seitens der Vollzugsanstalten bzw. der Bewährungshilfe wiesen in eine ähnliche Richtung. Die Auswahl zur Ansprache von geeigneten Gefangenen beschränkte sich auf Gefangene, die mit einem niedrigen Rückfallrisiko assoziiert wurden, da bei fehlender Eignung auch eine zusätzliche Überwachung als nicht zielführend erachtet oder ein negatives Medienecho befürchtet wurde. Insgesamt wurde auch der große organisatorische Aufwand kritisch gesehen (z.B. in Form der mehrfachen Prüfung der

Tabelle 1: Beschreibung der Stichprobe; Standardfehler in Klammern; signifikante Unterschiede kursiv; * $p \leq 5$

Eignung der Probanden oder des Einverständnisses der Staatsanwaltschaft). Eine wichtige Rückmeldung war auch, dass viele der angesprochenen Gefangenen gar kein Interesse an der Projektteilnahme hatten.

Hinsichtlich der Implementation war des Weiteren festzustellen, dass es sehr häufig zu Fehlalarmen kam. Meist waren diese auf schlechten Signalempfang oder kurze Akkulaufzeiten zurückzuführen (wobei nicht immer zweifelsfrei erkannt werden konnte, ob die Aufladung tatsächlich regelkonform erfolgte). Ein Rückfall während der Maßnahme wurde nur in einem Fall registriert (unmittelbar nach den ersten Schritten in Freiheit wurde ein Proband wegen eines Betäubungsmitteldelikts in die Haft zurückverlegt).

Wirkungsevaluation

Die durch die elektronische Aufsicht ermöglichten Maßnahmen der Haftverkürzung und Vollzugsöffnung konnten ihre Wirkung hinsichtlich einer Resozialisierung nicht wirklich entfalten. Die Probanden wiesen bereits sehr positive und funktionale psychosoziale Ausprägungen auf. Daher gab es kaum Raum für eine positive Veränderung hinsichtlich der Faktoren, von denen eine Wirkung in Form einer besseren Resozialisierung hätte ausgehen können. Nur im Bereich der Prisonisierung gab es eine positive Veränderung in der Gruppe der elektronisch überwachten Hausarrestanten. Hier kam es zu einer signifikanten Abnahme des Gefühls des Autonomieverlustes ($M_{\text{prä}} = 4,36$; $M_{\text{post}} = 3,59$; Wilcoxon-Test: $Z = -2,18$, $p < .05$). Auch hinsichtlich einer Verbesserung der sozialen Situation gab es für etliche Modellprojektteilnehmer nur wenig Anknüpfungspunkte im Sinne einer Resozialisierung.

Dies spiegelte sich auch in den Ergebnissen der qualitativen Analysen und der Befragung der anderen Projektbeteiligten wider. Für die Freigänger beispielsweise war die zusätzliche elektronische Überwachung im Freigang schwer nachvollziehbar, weil „man hier ja eh eingesperrt ist“ und andere Freigänger nicht elektronisch überwacht wurden (dieses und die folgenden Zitate sind den qualitativen Analysen aus den Probandeninterviews entnommen; siehe auch *Schwedler & Wößner* [2015] und *Meuer* [im Druck]).

Im Bereich der Entlassungsvorbereitung gab es unter den elektronisch überwachten Probanden zwei Lager. Eine erste Gruppe konnte der Maßnahme keine resozialisierende Wirkung abgewinnen. „Also resozialisierende Wirkung hatte das in der Form nicht“, „als Freigänger hatte ich ja schon genug Freiheiten, ich musste halt abends woanders schlafen“ – ein Zitat, das zudem die Sinnhaftigkeit des elektronisch überwachten Freigangs in Frage stellte. Eine zweite Gruppe erlebte die Maßnahme sehr wohl als hilfreich für den Übergang und die Resozialisierung, weil sie „ermöglicht hat, zur Schule zu gehen“ oder „richtig arbeiten zu können“ bzw. „das Geschäft weiterführen [zu] können“. Ohne die Maßnahme wäre „die Umstellung von der Haft in das normale Leben [...] dann schon heftiger gekommen“. Sie wurde auch als Chance wahrgenommen, die „Familie zu halten“ oder „bei der Familie zu sein“.

Weitere Auswirkungen entfaltete die Fußfessel im Hinblick auf Stigmatisierungsängste: In den meisten Fällen wurde deren Entdeckung durch Dritte versucht zu verhindern (z.B. durch verdeckende Kleidung); auch weil z.T. eine Verwechslung mit Sexualstraftätern befürchtet wurde. Die Überwachung wurde häufig als starker Eingriff gewertet. Die vielen Fehlalarme führten gerade am Arbeitsplatz zu „nervlicher Anspannung“ und „Sorgen, dass ich es nie pünktlich schaffe“.

An dieser Stelle soll aber auch in Erinnerung gerufen werden, dass es etliche Gefangene gab, die initial die Teilnahme am Projekt verweigerten. Die Teilnehmer der Treatmentgruppen kamen in ihren abschließenden Bewertungen alles in allem aber zu einer positiven Beurteilung der Maßnahme – und dies obwohl sie diese nicht durchweg positiv sahen, Stigmatisierungsängste äußerten und schlechte Erfahrungen mit vielen Fehlalarmen oder dem Aufladevorgang machten; ein Ergebnis, das sehr deutlich vor der Alternative der längeren Inhaftierung zu interpretieren ist.

Andere Projektbeteiligte z.B. aus der sozialen Betreuung unterstrichen diese Ergebnisse: Beim Freigang sahen 90 % der Befragten, bei der Entlassungsvorbereitung 80 % der Befragten kein höheres Sicherheitsrisiko, hätte man die Probanden ohne elektronische Aufsicht in die Maßnahme überstellt. Auch die Strukturierung mithilfe des durch die elektronische Aufsicht durchgesetzten Wochenplans wurde in den meisten Fällen als nicht notwendig erachtet. Die wirklich wichtigen Maßnahmen zur Entlassungsvorbereitung lagen in der psychosozialen Betreuung, zu der die Fußfessel an sich nicht wesentlich beitragen konnte. Insgesamt werteten Projektbeteiligte wie Anstaltsleitung, Projektverantwortliche in den Vollzugsanstalten und Beteiligte aus der sozialen Betreuung an der Maßnahme als positiv, dass die Probanden schneller in ihre sozialen Bezüge zurückkehren und Perspektiven hinsichtlich Arbeit und Ausbildung erleichtert werden konnten.

Die manchmal im Rahmen der Gesetzgebungsinitiative vorgebrachte Kritik, es handle sich bei der Maßnahme ausschließlich um ein zusätzliches Kontrollinstrument, bestätigte sich einerseits also durch die Ergebnisse zu Implementation und Wirkung. Andererseits ermöglichte erst das EAStVollzG die Herausnahme aus dem Vollzug zu einem Zeitpunkt, der deutlich vor der frühestmöglichen Strafrestausschüttung lag.

Rückfallanalysen

Mit der abschließenden Rückfallstudie (vgl. auch *Meuer*, im Druck) wurde untersucht, ob sich die Experimental- und Kontrollgruppen in den beiden Anwendungsbereichen Entlassungsvorbereitung und Freigang jeweils in ihrem Rückfallverhalten voneinander unterscheiden. Im Mittelpunkt stand der Rückfall nach Abnahme der Fußfessel. Diese Analysen sind in engem Zusammenhang mit der Frage nach einer resozialisierungsfördernden Wirkung zu sehen (s.o.). Während des Gesetzgebungsverfahrens wurde aber auch die Hoffnung geäußert, die von der elektronischen Aufsicht ausgehende externe Kontrolle könne evtl. zu einer Internalisierung führen und somit über die Zeit des Tragens der Fußfessel hinaus rückfallvermeidend wirken.

Tabelle 2 sind die Rückfallquoten der Projektgruppen zu entnehmen. Der χ^2 -Test ergab weder im Anwendungsbereich der Entlassungsvorbereitung (Hausarrest) ($\chi^2 (1, N = 38) = 0,18; p = .68$) noch im Bereich des Freigangs ($\chi^2 (1, N = 54) = 2,4; p = .12$) einen statistisch bedeutsamen Unterschied in der Rückfallquote.

Regressionsanalysen belegen dann, dass das Rückfallverhalten nicht mit der elektronischen Aufsicht korreliert. Mithilfe von multivariaten Regressionsanalysen wurde ferner das jeweilige Modell identifiziert, das in den beiden Anwendungsbereichen den Rückfall am besten erklärt. Bei der Entlassungsvorbereitung war dies das Modell, das die Substanzmissbrauchsproblematik ($B = 2,99; p < .05$), das Alter der ersten Straftat ($B = -0,17; p = .14$) und Haftlockerungen ($B = -4,64; p < .5$) berücksichtigte. Beim Freigang hatte das Modell mit folgenden Variablen den höchsten Erklärungsgehalt: Alter bei Anlassdelikt ($B = -0,17; p < .1$), Haftlockerungen ($B = -3,76; p < .5$) und Anzahl Vorstrafen ($B = 0,25; p < .01$).

	T-EV	K-EV	T-FG	K-FG
Katamnesezeitraum (in Monaten)	36	36	24	24
Probandenanzahl (N)	19	19	24	30
Davon rückfällige Probanden (n)	4	3	7	15
Davon rückfällige Probanden (%)	21,1 %	15,8 %	29,2 %	50 %

T-EV = Treatmentgruppe Entlassungsvorbereitung

K-EV = Kontrollgruppe Entlassungsvorbereitung

T-FG = Treatmentgruppe Freigang

K-FG = Kontrollgruppe Freigang

Tabelle 2: Rückfallquoten von
Treatment- und Kontrollgruppe

Abbildung 1:
Kaplan-Meier-Überlebensfunktion
für die Entlassungsvorbereitung
(Hausarrest)

Schließlich war von Interesse, wie sich der Verlauf des Rückfallverhaltens in den Gruppen gestaltete. Wie Abbildung 1 verdeutlicht, liegt die Kurve für die elektronisch überwachten Probanden der Entlassungsvorbereitung (Hausarrest) im Konfidenzintervall der Kontrollgruppenkurve, auch wenn die Kurve der Kontrollgruppe zu Beginn nur am Rand des Konfidenzintervalls der Treatmentgruppe verläuft. Somit ist kein signifikanter Unterschied im Rückfallverlauf erkennbar. Der Log-Rank-Test, das Standardverfahren zum Vergleich zweier oder mehrerer Überlebenszeitkurven mit derselben Basisidee wie der χ^2 -Test, bestätigt dieses Ergebnis ($p = .63$). Auch für den Bereich des Freigangs (vgl. Abbildung 2) konnte kein signifikanter Unterschied der Verläufe von Treatment- und Kontrollgruppe nachgewiesen werden (LogRankTest: $p = .27$; WilcoxonBreslowTest $p = .37$).

Der einschlägige Rückfall spielte im Anwendungsbereich des elektronisch überwachten Hausarrests insgesamt eher eine untergeordnete Rolle. Nur einer der vier rückfälligen Probanden der Treatmentgruppe und einer der drei rückfälligen Probanden der Kontrollgruppe wurde einschlägig rückfällig (T-EV: Betäubungsmitteldelikt; K-EV: Eigentumsdelikt). Beim Freigang wurden drei der sieben rückfälligen Probanden der Treatmentgruppe einschlägig rückfällig (darunter Gewaltdelikt, Straßenverkehrsdelikt, Eigentumsdelikt). In der Kontrollgruppe waren dies acht der 15 rückfälligen Probanden, wobei hier hauptsächlich im Bereich Vermögensdelikte. Interessant ist an dieser Stelle insbesondere, dass die zwei Kontrollgruppenprobanden, die im Katamnesezeitraum jeweils vier Rückfalldelikte aufwiesen, zu den einschlägig rückfälligen Probanden gehörten (Eigentumsdelikte, Vermögensdelikte). Insgesamt lag der Schwerpunkt des einschlägigen Rückfalls auf den Vermögensdelikten.

Für die Durchführung der Rückfallanalysen wurde das Untersuchungsdesign um eine dritte Gruppe erweitert. Dieser Schritt gründete auf zwei Annahmen: Zum einen könnten die Ausfälle nach der randomisierten Zuweisung die Vorteile des experimentellen Vorgehens gefährden. Zum anderen sollte dadurch einem möglichen Selektionsbias Rechnung getragen werden. Denn motivationale Aspekte könnten einen Einfluss auf das Ergebnis nehmen. Zudem war zu beobachten, dass unter den Gefangenen mitunter eine rege Diskussion über die Maßnahme stattfand, was zur Verletzung der „stable unit treatment value assumption“ (SUTVA; Sampson 2010) führen könnte. Daher wurde eine sog. Zwillingsskontrollgruppe untersucht, die aus Gefangenen des baden-württembergischen Vollzugs bestand, die nicht am Modellprojekt teilnahmen (weder als Treatment- noch als Kontrollgruppenprobanden). In einem matched-pair-Verfahren wurden $n = 45$ Zwillingspartner zu Probanden der Treatmentgruppen gezogen (19 in der Gruppe der Entlassungsvorbereitung; 24 in der Gruppe des elektronisch überwachten Freigangs), und zwar nach Kriterien wie Alter, berufliche Situation, Familienstand, Migrationshintergrund, Art und Strafmaß

Abbildung 2:
Kaplan-Meier-Überlebensfunktion
für den Freigang

des Anlassdelikts sowie Anzahl der Vorstrafen. Die Analyse der Gefangenenpersonalakten und Bundeszentralregisterauszüge zum Rückfall dieser Zwillingsgruppe bestätigten schließlich die Ergebnisse des Vergleichs von Treatment- und Kontrollgruppen der beiden Anwendungsbereiche: Die elektronische Aufsicht hatte keinen Einfluss auf das Rückfallrisiko.

Ausblick

Die Ergebnisse des baden-württembergischen Modellprojekts zeigen sehr deutlich, dass der Einsatz der elektronischen Fußfessel einer klaren und reflektierten Zielformulierung bedarf. Nur so kann verhindert werden, dass die elektronische Überwachung aufgrund von Erwartungen eingesetzt wird, die weder empirisch überprüft noch theoretisch begründbar sind. Die elektronische Fußfessel scheint für manche gesellschaftlichen Herausforderungen – wie beispielsweise terroristische Gefährder oder rückfallgefährdete Sexualstraftäter – Lösungen anzubieten. Doch sollten derartige Versprechungen empirischen Kontrollen ausgesetzt werden. Nur so kann das Risiko von Netwidening- (oder anderen unerwünschten) Effekten vermieden werden.

Gunda Wößner & Katharina Meuer

Andrews, D.A. & Bonta, J. (1998): Level of Service Inventory-Revised: Screening Version. Toronto, Ontario, Canada: Multi-Health Systems.

Haverkamp, R. (2002): Elektronisch überwachter Hausarrestvollzug: Ein Zukunftsmodell für den Anstaltsvollzug? Eine rechtsvergleichende, empirische Studie unter besonderer Berücksichtigung der Rechtslage in Schweden. Freiburg i.Br.

Mayer, M. (2004): Modellprojekt elektronische Fußfessel. Studien zur Erprobung einer umstrittenen Maßnahme. Freiburg/Br.

Mayer, M., Haverkamp, R. & Lévy, R. (eds.) (2003): Will Electronic Monitoring Have a Future in Europe? Contributions from a European Workshop, June 2002. Freiburg i.Br.

Meuer, K. (im Druck): Legalbewährung nach elektronischer Aufsicht im Vollzug der Freiheitsstrafe – eine experimentelle Rückfallstudie zum baden-württembergischen Modellprojekt. Berlin.

Sampson, R. (2010): Gold Standard Myths: Observations on the Experimental Turn in Quantitative Criminology. *Journal of Quantitative Criminology* 26, 489–500.

Schwedler, A. & Wößner, G. (2015): Elektronische Aufsicht bei vollzugsöffnenden Maßnahmen: Implementation, Akzeptanz und psychosoziale Effekte des baden-württembergischen Modellprojekts. Berlin.

Dr. Volker Grundies,
Kriminologische
Forschungsabteilung

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Hans-Jörg
Albrecht, Kriminologische
Forschungsabteilung

H. Regionale Unterschiede in der gerichtlichen Sanktionspraxis in der Bundesrepublik Deutschland

Einleitung

Schon zu Beginn des letzten Jahrhunderts wurden von Woerner (1907) und Exner (1931) deutliche regionale Differenzen in der durch ein einheitliches Reichsstrafgesetzbuch angeleiteten Sanktionspraxis festgestellt. In der vorliegenden Untersuchung erfolgt eine aktuelle Bestandsaufnahme zu den regionalen Differenzen in der gerichtlichen Sanktionspraxis der Bundesrepublik Deutschland. Dabei kann auf Einzelfalldaten des Bundeszentralregisters zurückgegriffen werden, die wesentlich differenziertere Analysen erlauben, als es Woerner und Exner möglich war, denen nur die schon aggregierten Daten der Reichsstatistik zur Verfügung standen.

Die Datengrundlage

Grundlage dieser Untersuchung sind die Daten des Bundeszentralregisters (BZR), die im Rahmen der durch die Universität Göttingen und das Max-Planck-Institut Freiburg durchgeführten Gemeinschaftsprojekts „Bundesweite Rückfallstatistik“ (Jehle et al. 2016) aufbereitet werden. Analysiert wurden sämtliche Erledigungen nach dem StGB (nicht JGG) aus den Jahren 2004, 2007 und 2010. Hierbei wurden alle Erledigungen ignoriert, deren schwerstes Delikt den Straßenverkehr oder das Asyl- bzw. Ausländergesetz betraf. Die Daten beinhalten zu den jeweiligen Erledigungen folgende Informationen: Alter, Geschlecht und Nationalität des Abgeurteilten, das (die) verübte(n) Delikt(e), die verhängte Strafe sowie die im BZR noch gespeicherte Legalbiographie.

Insgesamt liegen aus diesen drei Jahren etwa 1,5 Millionen Entscheidungen vor. Schwere Delikte sind dabei selten. Als Anhaltspunkt hierfür mag der bei knapp über 2 % liegende Anteil der an Landgerichten getroffenen Entscheidungen dienen. Die mittlere Dauer der Strafen liegt bei 120 Tagen (Median 50 Tage). In die folgenden Betrachtungen geht nur die abstrakte Dauer der Strafe ein, d.h. bei Geldstrafen die Anzahl der verhängten Tagessätze bzw. bei Freiheitsstrafen ihre Dauer, ohne dass eine Aussetzung zur Bewährung weiter berücksichtigt wird. Diese Reduzierung auf die abstrakte Strafdauer ist sowohl systematisch vertretbar (§ 43 StGB Entsprechung von Geld- und Freiheitsstrafe) als auch empirisch angemessen.

Es stellt sich hier die Frage, ob für eine Analyse die naheliegende Skala der Strafdauer in Tagen angemessen ist. Entscheidend in diesem Zusammenhang ist, welche Bedeutung einer bestimmten Differenz, z.B. 30 Tage, an jedem Punkt der Skala zukommt. Ist insbesondere aus psychologischer Sicht der Unterschied zwischen einer Strafe von einem Monat und einer von zwei Monaten der gleiche wie der zwischen einer Strafe von 25 oder 26 Monaten? Im ersten Fall verdoppelt sich die Strafe, im zweiten Fall verlängert sie sich gerade um etwa 4 %. Eine relative Betrachtung – die durch Logarithmieren der Werte ermöglicht wird – kommt der intuitiven Einschätzung eher nahe als die lineare Zeiteinteilung. Einer bestimmten Zeitdifferenz kommt dadurch bei einer kurzen Zeitspanne eine größere Bedeutung zu, als wenn sie auf eine lange Zeitspanne bezogen wird. Diese legt auch eine Betrachtung der im StGB angegebenen Strafraumen nahe. Während die Originalverteilung der Strafdauern sehr linksschief (L-förmig) ist, ist die Verteilung der logarithmierten Strafdauern fast symmetrisch (siehe Abbildung 1).

Methoden und Ergebnisse

Diese Untersuchung zielt darauf ab, regionale Differenzen in der Sanktionspraxis zu erfassen. Es handelt sich dabei um sekundäre Effekte, die sicherlich von wesentlich geringerer Bedeutung sind als der Einfluss der primär die Strafzumessung bestimmenden Größen wie das Unrecht der Tat und ggf. vorliegende Vorstrafen, mithin um Effekte zweiter Ordnung. Aus diesem Grund ist es wichtig, vorab die Varianz der Einzelfälle, verursacht durch das spezifische Delikt und die Persönlichkeit des Angeklagten, weitest möglich zu reduzieren bzw. zu kontrollieren, u.a. auch damit sich differierendes Fallaufkommen in den Gerichtsbezirken nicht auf das Ergebnis auswirkt. Dies wird durch eine lineare Regression erreicht, in die die hier aufgelisteten Variablen eingehen, die allesamt signifikante und substanzielle Beiträge zur Erklärung der Sanktionsdauer leisten:

- Deliktsschwere (Strafrahmen des schwersten Delikts, 18 Kategorien)
- Deliktsart (schwerstes Delikt, 28 Kategorien)
- zwei Indikatoren für mehrere Delikte sowie Tateinheit (§ 52) und Tatmehrheit (§ 53)
- weitere erfasste Normen des StGB: Milderung (§ 49), Beihilfe (§ 27), Anstiftung (§ 26), Mittäterschaft (§ 25 Abs. 2), Verminderte Schuldfähigkeit (§ 21), Vollrausch (§ 323a) und Versuch (§ 23)
- drei Variablen zur Erfassung der Legalbiographie
- $\ln(\text{Summe der Dauer verhängter Freiheitsstrafen})$
- $\ln(\text{Summe der Dauer verhängter Geldstrafen})$
- Anzahl von Freiheitsstrafen ohne Bewährung (bis maximal 5)
- Alter, Geschlecht und Nationalität
- AG vs. LG

Ein Modell, das diese Variablen enthält, d.h. sowohl die verfügbaren Angaben zur verurteilten Tat als auch die Legalbiographie des Angeklagten, erklärt 64 % der Varianz der verhängten Sanktionen. Damit kann allein aus den erwähnten Rechtsnormen ein sehr großer Varianzanteil erklärt werden, obgleich sonstige konkrete Angaben zur Tat, wie z.B. Schadenssumme oder das Ausmaß zugefügter Verletzungen, nicht berücksichtigt werden konnten. Letztere tragen in Aktenuntersuchungen nicht unwesentlich zur Erklärung der verhängten Sanktion bei.

Abbildung 1: Logarithmische Verteilung der Strafdauer

Abbildung 2: Verteilung der Parameter der einzelnen Gerichtsbezirke

Um die Unterschiede zwischen den Gerichtsbezirken zu erfassen, wird die verbleibende Varianz durch eine Mehrebenenanalyse dahingehend untersucht, welcher Anteil an Varianz der Basisebene der einzelnen Entscheidungen und welcher Anteil der übergeordneten Ebene der einzelnen Gerichtsbezirke zugeschrieben werden kann. Dieser Anteil wird methodisch durch die Einführung eines „random intercepts“ auf der Ebene der Gerichtsbezirke realisiert. Damit wird die durch das ausführliche Modell zur Sanktionshärte nicht erklärable verbleibende Varianz aufgeteilt in die durch Gemeinsamkeiten innerhalb der Gerichtsbezirke erklärable Varianz und die Varianz, die weiterhin den einzelnen Entscheidungen als Restvarianz zugeordnet bleibt.

Anzumerken ist hier, dass durch das zusätzlich in die Regression eingeführte random intercept nur global der auf der Ebene der Gerichtsbezirke liegende Anteil der Restvarianz bestimmt wird. Einzelne Werte für die Gerichtsbezirke werden dabei nicht ermittelt. Dies ist aber im Nachhinein möglich. Abbildung 2 zeigt sowohl die in der Mehrebenenanalyse angenommene Form und bestimmte Breite des random intercepts als auch die Verteilung der in einem zweiten Schritt (Bayes prediction) bestimmten konkreten Werte für die einzelnen Gerichtsbezirke. Bei der Bayes prediction werden die für die jeweiligen Gerichtsbezirke unter Verwendung des Hauptteils der Regression gewonnenen Mittelwerte der Residuen mit der ermittelten Verteilung des random intercepts gefaltet. Dadurch werden die Mittelwerte der Residuen etwas zur Mitte hin verschoben, und zwar umso stärker, je weiter außen sie liegen und je größer ihr jeweiliger Fehler ist. Dadurch erhält man gerade für Gerichtsbezirke mit geringen Fallzahlen wesentlich stabilere Ergebnisse, als wenn man direkt die gemittelten Residuen verwenden würde. Die Bayes predictions werden in der Statistik als „best linear unbiased predictor“ angesehen. Die hier aufgeführten Parameter, die sich auf die logarithmierte Strafdauer beziehen, sind in Abbildung 3 in prozentuale Abweichungen vom bundesweiten Durchschnitt umgerechnet. Diese Transformation ist nicht ganz symmetrisch (zur Null), was zu etwas größeren positiven Abweichungen führt.

In 17,5 % der Gerichtsbezirke werden durchschnittlich um mindestens 10 % kürzere Strafen verhängt als im Bundesdurchschnitt. Umgekehrt werden in 21 % der Gerichtsbezirke um mindestens 10 % längere Strafen verhängt. Es sind aber, wie Abbildung 3 zeigt, auch deutlich größere Abweichungen möglich. Im Mittel differieren zwei zufällig ausgewählte Gerichtsbezirke um 15 % in der Dauer der verhängten Strafen (bei gleichem Delikt und gleicher Legalbiographie).

Wären dies nur Abweichungen zwischen einzelnen Entscheidungen, so wären sie kaum erwähnenswert. Es handelt sich aber um *systematische Unterschiede* zwischen den Gerichtsbe-

Abbildung 3: Verteilung der prozentualen Abweichungen einzelner Gerichtsbezirke von der mittleren Strafdauer im Bundesgebiet

zirken, und sie sind auch nicht mehr oder weniger zufällig über die Gerichtsbezirke verteilt, sondern es zeigen sich geographische Muster. Dies ist in Abbildung 4 zu sehen, in der die Werte der einzelnen Gerichtsbezirke (Abweichungen des Gerichtsbezirks von der bundesdurchschnittlichen Sanktionshärte) auf eine Kreiskarte der BRD projiziert sind. Dabei werden die ca. 800 Gerichtsbezirke je nach Lage des Gerichtssitzes den ca. 400 Stadt- und Landkreisen zugeordnet, wobei in Kauf genommen wird, dass die Grenzen der Gerichtsbezirke meist nicht deckungsgleich mit den Kreisgrenzen sind. Lagen mehrere Gerichtsbezirke in einem Kreis, so wurden die Werte mit der Anzahl der Verurteilungen gewichtet und gemittelt. Für einige wenige Kreise ($N = 6$), denen kein Gerichtsbezirk zugeordnet war, wurde ein Mittel aus den umliegenden Kreisen verwendet. Es wurde eine Kreiskarte aus dem Jahr 2004 verwendet, die zeitlich vor den meist zusammenfassenden Kreisreformen in einigen ostdeutschen Bundesländern datiert ist. Dies hat zur Folge, dass dort ein räumlich differenzierteres Bild gezeigt werden kann.

In Baden-Württemberg (insbesondere Baden) und großen Teilen Norddeutschlands dominieren helle Flächen, d.h. es wird eher mild sanktioniert. Dagegen tendieren Bayern (insbesondere im Süden) und Süd-Hessen zu härteren Strafen. Generell ist zu beobachten, dass in benachbarten Gebieten eher eine ähnliche Sanktionspraxis vorliegt, falls nicht gerade eine Landesgrenze die Gebiete trennt. Dies kann durchaus strukturelle Gründe haben, sind doch mehrere Amtsgerichte jeweils einem Landgericht zugeordnet und diese wiederum einem Oberlandesgericht. Herrscht nun in einem Landgerichtsbezirk (bzw. OLG-Bezirk) jeweils eine ähnliche Sanktionspraxis, so könnte dies eben jenes Bild hervorrufen, dass benachbarte Gebiete eher ähnliche Sanktionspraktiken haben. Der Steuerungsprozess liefere dann wohl hauptsächlich über die Revisionspraxis der übergeordneten Gerichte, an die sich die untergeordneten Gerichte anpassen.

Um dies zu klären, werden zusätzlich zu den Ebenen der Einzelfälle und der Gerichtsbezirke noch die beiden übergeordneten Ebenen der Landgerichtsbezirke und der OLG-Bezirke mit in das Modell aufgenommen. Damit kann die bisher der Ebene der Gerichtsbezirke zugeordnete Varianz auf diese drei obersten Ebenen aufgeteilt werden.

Tatsächlich verteilen sich die regionalen Differenzen nahezu gleichmäßig auf diese drei Ebenen. 32 % der Varianz liegen zwischen den OLG-Bezirken, d.h. hauptsächlich zwischen den Bundesländern. Weitere 27 % können innerhalb der OLG-Bezirke zwischen den Landgerichtsbezirken

Abbildung 4: Regionale Differenzen in der Sanktionshärte „alle“ Delikte [%]

Die Grenzwerte der Kolorierung entsprechen folgenden kumulierten Prozentwerten der Verteilung: 5 % (-16), 15 % (-10), 25 % (-5), 50 % (1), 75 % (7), 85 % (14), 95 % (22)

verortet werden. Die verbleibenden 41 % sind zwischen den einzelnen Gerichtsbezirken innerhalb der Landgerichtsbezirke zu lokalisieren. Dies ist in Abbildung 5 dargestellt. Mit einer durchgezogenen Linie ist hier jeweils der Bereich von $\pm$ einer Standardabweichung markiert, d.h. der Bereich, in dem etwa 2/3 der entsprechenden Bezirke liegen, vorausgesetzt sie gehören zu dem selben übergeordneten Bezirk. Zusätzlich ist gestrichelt der zusammengefasste Effekt dargestellt, d.h. z.B. bei den Landgerichten der Bereich, in den bundesweit ca. 2/3 der Landgerichte fallen.

Damit bestätigt sich bezüglich der Sanktionspraxis der Einfluss der Oberlandesgerichte auf die Landgerichte und wiederum deren Einfluss auf die Amtsgerichte. Die regionalen Differenzen in der Sanktionspraxis spiegeln somit die hierarchische Struktur der Justiz wider, wobei die Unterschiede zwischen den OLG-Bezirken ihre Entsprechung wohl großteils in der jeweiligen bundeslandspezifischen Justizpolitik finden dürften. So sind in Niedersachsen (3 OLG), NRW (3 OLG), Rheinland-Pfalz (2 OLG) und mit Einschränkungen auch in Baden-Württemberg (2 OLG) die Differenzen in der Sanktionspraxis relativ gering, allerdings kann in Bayern (3 OLG) der Unterschied zwischen der Sanktionspraxis im OLG-Bezirk München gegenüber den OLG-Bezirken Nürnberg und Bamberg kaum durch eine landesspezifische Justizpolitik erklärt werden.

Abbildung 5: Aufspaltung auf die drei Ebenen: OLG-, LG- und AG-Bezirke

Diese Berechnungen basieren auf einer zusammenfassenden Analyse aller verurteilten Delikte (außer Straßenverkehrs-, Asyl- und Ausländervergehen). Daraus ergibt sich aber die Frage, ob die angegebenen regionalen Differenzen so auf alle Delikte zutreffen oder ob im Extremfall z.B. nur bei Diebstahl eine solch unterschiedliche Sanktionspraxis vorherrscht und auf das Gesamtergebnis durchschlägt. Aus diesem Grund wurden weitere Analysen durchgeführt, die sich auf einzelne Deliktskategorien beschränken. Das Ergebnis ist nicht eindeutig. Zwar zeigte sich bei den meisten Deliktgruppen ein relativ ähnliches Bild, das nur geringe Abweichungen aufwies. Bei BtM- und Verkehrsdelikten sind aber in größeren Regionen systematische Abweichungen festzustellen.

Eine explorative Faktorenanalyse der regionalen Differenzen bei Raub, Diebstahl und Unterschlagung, Sexualdelikten, BtM-Delikten und den unter „alle“ oben nicht mit erfassten Verkehrsdelikten ergab nur einen Faktor, was auf nur eine zugrunde liegende Dimension hinweist. Gleichwohl werden insbesondere die BtM-Delikte nicht gut durch diesen Faktor erfasst (Uniqueness = 0,72). Dies zeigen auch die Korrelationen der regionalen Differenzen (siehe Tabelle 1), die für die BtM-Delikte mit ca. 0,4 nicht sehr hoch ausfallen.

Somit bleibt festzuhalten, dass die regionalen Unterschiede für die meisten Deliktgruppen ähnlich ausfallen und somit am ehesten durch eine regional unterschiedliche „allgemeine Punitivität“ erklärbar wären. Gleichwohl sind auch deliktsspezifische Muster festzustellen. Anzumerken

	Alle	Gew.	Sex.	D&U	Raub	BtM
Alle Delikte (außer Verkehr)	1					
Gewaltdelikte (Sex., Raub, KV, Beleidigung)	0,90	1				
Sexualdelikte	0,71	0,65	1			
Diebstahl & Unterschlagung	0,91	0,76	0,63	1		
Raubdelikte	0,66	0,62	0,44	0,61	1	
BtM-Delikte	0,56	0,50	0,44	0,44	0,34	1
Verkehrsdelikte	0,63	0,67	0,50	0,49	0,51	0,38

Tabelle 1: Korrelationen der (predicted) random intercepts verschiedener Deliktsauswahlen auf der Ebene der Landgerichtsbezirke

bleibt noch, dass hier Unterschiede in der Sanktionsdauer nur global mit einer zusätzlichen Konstanten (random intercept) für die einzelnen Gerichte bzw. LG- und OLG-Bezirke erfasst wurden. Inwieweit dies auf unterschiedliche Gewichtungen einzelner Strafzumessungserwägungen (z.B. Schuld, Prävention oder auch Nationalität) zurückzuführen ist, bleibt dabei offen.

Volker Grundies

Exner, F. (1931): Studien über die Strafzumessungspraxis der deutschen Gerichte. Leipzig.

Jehle, J.-M., Albrecht, H.-J., Hohmann-Fricke, S. & Tetel, C. (2016): Legalbewährung nach strafrechtlichen Sanktionen. Eine bundesweite Rückfalluntersuchung 2010 bis 2013 und 2004 bis 2013. Bundesministerium der Justiz.

Woerner, O. (1907): Die Frage der Gleichmäßigkeit der Strafzumessung im Deutschen Reich. Statistische und Nationalökonomische Abhandlung Nr. 3. München.

I. Legalizing Marijuana in Uruguay – Implementation and Consequences

Leading Research Questions

The project deals with implementation and consequences of legalizing marijuana in Uruguay. In 2013, Uruguay was the first country to pass legislation which introduced a regulated market for recreational cannabis as one of fifteen measures to prevent violence and increase public safety. Other than in North America, legalization was in Uruguay the result of a top-down policy. While legalization in Colorado, Washington, California and other states followed public votes, in Uruguay public opinion was clearly in favor of retaining penal prohibition of cannabis. Research will address policy, normative and criminological questions raised with legalizing casual use of a drug which in principle falls under strict prohibition established by the 1961 Single Convention. The project will analyze the making of Uruguayan drug policy and legislation, will then focus on implementation of the normative framework of legalization and finally address its outcomes. Particular emphasis will be placed on discourses related to international legal obligations coming with the Single Convention 1961 and discussions with neighboring countries on possible spillover effects (including facilitation of access to marijuana for tourists etc.).

As legalization of marijuana in Uruguay was also justified with assumptions on violence prone drug markets the project will study the role of violence in marijuana markets and the potential of legalization in reducing levels of violence in Uruguayan society. Finally, attention will be paid to consequences legalization may have on the criminal justice system and prison populations. Of course, the project will then deal with possible effects of legalization on consumption levels and possible adverse consequences with respect to health and traffic safety. The project will also consider socio-legal research carried out in North-America (Canada and those States of the USA which have legalized marijuana as regards recreational use since 2013) and ultimately draw conclusions for European countries and European Union policies.

The Move towards a Regulated Cannabis Market and Legalization of Recreational Cannabis

The move towards legalization of cannabis in Uruguay came rather unexpected but inserts itself in general in growing dissatisfaction with an internationally still endorsed drug policy which is exclusively based on penal prohibition and which is not supported by empirical evidence. More than 50 years of a “war on drugs” have not resulted in significant reductions in the availability of various drugs nor in the demand for drugs. However, although some Latin American countries have experienced significant problems with illicit drugs, the illicit drug market and organized crime groups, Uruguay is not among those countries. And: the illicit drug troubling some Latin American countries like Mexico, Peru, Colombia or Bolivia (and others) deeply is not cannabis but cocaine (and in some areas in particular cocaine base paste and crack cocaine). General surveys show that the public in Uruguay is concerned by security and crime issues. Feelings of insecurity are particularly marked in Uruguay when contrasting data with those from other Latin American countries although police recorded violence as well as victimization surveys rank Uruguay quite low. But, Uruguay has nevertheless adopted a drug policy which seeks to reduce (or minimize) harms coming with drugs and drug control and shares this policy with many American and European countries. Moreover, legalization of cannabis is an element in a more general policy called “Strategy for Life and Coexistence,” which aims at improving security and reducing feelings of insecurity.

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Hans-Jörg
Albrecht, Kriminologische
Forschungsabteilung

Dr. Pablo Galain Palermo,
Kriminologische
Forschungsabteilung

Unlike Europe and North-America, opiates do not play a role in Uruguay; but Uruguay and European countries (and other world regions) have nevertheless two things in common: According to surveys on drug use, cannabis (or marijuana) is the most widely used drug in Uruguay and in other world regions and, cannabis is distributed through an illicit market. The most recent comprehensive drug survey in Uruguay (2014) shows that approximately 9% of the general population (18–64 years) have used cannabis during the past 12 months. Looking at earlier surveys, prevalence rates in the general population are on the increase, from 1.4% in 2001 to 9.3% in 2014. Most of the increase in fact has taken place between 2001 and 2011 (1.4–8.3%). An increase is also observed for the rate of last month users (0.5% in 2001 and 6.5% in 2014). Telephone surveys carried out 2016 and 2017 report a 16% prevalence rate of Uruguayan high school students' marijuana use during the past 12 months in 2014. Also for this age group, a significant increase can be noted between 2001 and 2014. Consumption of cocaine oscillates between 1 and 3% in the period 2003–2014 among secondary school students, and last 12 months prevalence of cocaine stands at 1.9% for the general population (for which also an increase in the use of (powder) cocaine is noted since 2001). A lower prevalence rate is observed for cocaine paste and crack cocaine (0.7 and 0.2%, respectively). The average age of onset of cannabis consumption is estimated to be approximately 18 years. While cannabis is the most often used illicit drug, it ranks far behind alcohol (74%) and tobacco (33.9%). Based on the 2014 survey, some 160,000 persons have used cannabis at least once in the past 12 months (in a country of 3,300,000 inhabitants).

Not much is known about the Uruguayan drug market. As regards cannabis, it is assumed that most of the drug (estimates point to some 80%), which is marketed and consumed in Uruguay, is imported from Paraguay (either through Argentina or through Brazil). Paraguayan marijuana is ranked as the main competitor with legal marijuana. The wholesale price of one kilo of cannabis in Paraguay in 2013 was estimated to be some 10 US\$ while wholesale prices after shipment to Uruguay amounted to 45 US\$ (adding a 35 US\$ profit per kilo for wholesale traffickers). Estimates of the price of cannabis from Paraguay retailed in Uruguay vary between 1 US\$ and 4 US\$ per gram, and the illicit drug may thus indeed be competitive (when considering that legal marijuana is sold today at 1.4 US\$ per gram at pharmacies, raised from a 0.90 US\$ per gram announced when starting implementation of legalization). The price of legal cannabis thus is determined by political grounds (the goal of reducing the share of the illegal market) and not by economic/commercial reasons.

Systematic research on the actors of the drug markets has not been carried out. But, information provided by police and experts point to a growing presence of foreign organized crime groups mainly interested in money laundering and using Uruguay (and its harbors) as a transit place for smuggling cocaine to Europe. Local gangs (partially linked to soccer fan groups, "barras bravas") have been suspected to be involved in retail markets of cannabis and cocaine paste. Evidence of foreign crime groups (e.g. the Brazilian prison gang First Capital Command) smuggling cocaine through Uruguay has triggered assumptions that the increase in cocaine use can be explained also by more cocaine transited through the country. Furthermore, Uruguay might be an attractive country for money launderers due to its "dollarized economy."

The question of whether and to what extent cocaine and cannabis markets are associated with, violence has not been addressed systematically by criminological research. International research finds that cannabis markets are in general less violent than heroin or cocaine markets. However, the increase in number of police recorded murder and the increase in robberies which has been noted recently have been interpreted as reflecting violence coming with drug addiction and drug markets (in particular related to cocaine paste) in Uruguay. The economic crisis affecting Uruguay 2002 has been regarded as an important factor pushing both, demand for cocaine paste and acquisitive crime.

Little is known about the implementation of drug laws and in particular about processing and outcomes of cannabis cases. Regular Uruguayan police, judicial and prison statistics do not allow for separate analysis of investigation and prosecution of different drugs or different

amounts of drugs nor do they allow to differentiate prison populations on the basis of different drug offenses. At the end of the last decade it was found that out of some 900 prisoners (remanded or sentenced for drug related offences) “most were incarcerated for small-scale dealing or possession” of 9 grams or less of drugs.

How Does the New Cannabis Control Model Look Like?

Legalization of marijuana in Uruguay came through Law 19.172 which passed the “Lower House” on July 31, 2013 by a tiny majority (50 v 49) and the Senate on December 10, 2013 (16 v 13). On December 20, 2013 Law 19.172 went into force.

In its response to the International Narcotics Control Board which – that did not come as a surprise – strongly condemned legalization of recreational cannabis in Uruguay and complained about a complete lack of cooperation, the Uruguayan government insisted that the new cannabis policy was in line with the spirit of the international drug conventions, a human rights oriented policy and respecting the specific Uruguayan constitutional framework. The departure from penal prohibition was grounded on the goals of reducing the risks associated with illicit drug markets, in particular exposure to criminal activities and hard drugs like cocaine paste. Moreover, legalization of the cannabis market was justified with eliminating a perceived legal contradiction found in a situation where possession (for personal use) and consumption had been depenalized from 1974 on, while providing for users only the possibility to access cannabis through illicit markets.

Penal prohibition of cannabis (and other drugs) threatened imprisonment of up to 10 years. Possession for personal use was exempted from penalization. However, the threshold of determining the amount of drugs which could fall under exemption was left to the discretion of the courts, creating thus an area where application of drug offense statutes could in principle result in criminalization of drug users.

The control model adopted in Uruguay is based on a strictly regulated and non-profit retail system in which the state retains the monopoly of commercial growth and production of cannabis. Law 19.172 (2013) introduces three (legal) avenues to consumption of cannabis:

- self-cultivation of hemp plants
- Cannabis may be bought in pharmacies (since mid 2017)
- becoming a member of a cannabis club (which is authorized to grow hemp plants for use by its members)

All avenues to legal cannabis request registration of users with the state operated Office for the Control and Regulation of Cannabis (IRCCA). A person can only register with one of the options. Each individual is entitled to a maximum of 40 grams of cannabis per month, and a maximum of 480 grams per year. The 480 grams total per year applies to all types of legal access to cannabis. Access to cannabis is restricted to adults (aged 18 years and older) and to Uruguayan nationals. Access to cannabis for medical reasons has not preceded legalization of recreational use but is now accepted as a fourth way of legal access. It started end of 2017. In principle, medical cannabis requests a doctor's prescription which is then needed to buy cannabis in pharmacies. A separate register deals now with access to cannabis for medical purposes.

In January 2018, 76 cannabis clubs have been operative (which have permission to grow up to 99 hemp plants for a maximum of 45 members). 7,844 individuals have been registered as domestic hemp plant growers (6 plants permitted per individual). Approximately 30,000 persons are registered for access to cannabis at pharmacies (so far 12 pharmacies have permission to sell cannabis to registered persons; these pharmacies do not cover all of the Uruguayan territory). It was estimated in 2015/2016 that the legal cannabis market will cover approximately 25% of the total demand in Uruguay (as measured by multiplying the number of active cannabis users and the average amount consumed).

The institutional core of implementation is represented by IRCCA, charged with registration and licensing of producers of cannabis and the sale of cannabis by pharmacies, home cultivation and operation of cannabis clubs. IRCCA is also entrusted to monitor the enforcement of the regulatory framework (prohibition of advertisement and sale to minors and foreigners) and respond to violations of the obligations of pharmacies, cannabis clubs and growers of hemp plants. The law creates an administrative relationship between IRCCA and those involved in licit production and distribution of cannabis which allows IRCCA officials to enter premises and examine compliance with legal requirements.

The price is determined – as was outlined earlier – on the basis of a political perspective and the goal of reducing the share of the illicit cannabis market. Some 70% of the revenue generated by cannabis sales through pharmacies will go to two companies licensed to grow hemp plants. 20% will be kept by the pharmacies. The rest is devoted to covering administrative expenses and financing prevention programs.

Goals, Structure, Data: Studying Implementation and Evaluating Marijuana Legalization

The main object of the project is to systematize and evaluate Uruguayan experiences with legalization of cannabis as regards consequences in Uruguayan society and in the criminal justice system as well as consequences for international relationships (neighboring countries, international organizations). The approach adopted 2013 aims at reducing the profits of the criminal market and effectively monitoring quantity and quality of cannabis. The Uruguayan government expects improvements in the control of criminal drug traffickers (criminal policy), a rise in public revenue and better health assistance for problematic consumers (public health) and a manageable effect on consumption levels (and related consequences). Another goal pursued concerns reduction of violence in a broad sense through reducing illegal market and containing organized crime involved in drug trafficking (criminal policy).

The project seeks to analyze the policy and law making process and implementation of the legal framework of legalization. Research will address the actors involved in the process of legalization of recreational cannabis (politicians, police, judiciary). A legal and comparative analysis of national and international laws will focus on the questions of which legal models of cannabis control are currently implemented, what international legal discourses develop in the field of cannabis control and how Uruguay but also US states like Colorado, Washington, California as well as the Federal level of the US deal with questions of international law and those international institutions established to monitor the implementation of the international drug treaties. From a criminological point of view, research will focus on the primary political goals of legalization which assume that violence, disorder and other problems of illicit markets can be contained. Then, the study of the possible adverse effects of legalization becomes an issue of paramount importance. Possible adverse effects might be in particular the increase of consumption and a related increase of medical, psychiatric and social problems (including problems of motor vehicle traffic safety). Spill over problems (such as drug tourism, nuisance around cannabis let outs and facilitation of access for children) have been discussed as possible adverse effects of legalization. Furthermore, attention must be given to the co-existence of illicit markets for cannabis, the involvement of criminal gangs and the impact legalization has on the criminal justice system (including the prison system). Finally, the project seeks to establish a network of research dealing with legalization issues and will establish links to drug research related networks in North America and Europe. From 2014 onwards, seminars have been organized in order to present and discuss research results related to the legalization of marijuana. Besides scientific research reports, best practice rules will be developed within the framework of the project. Such best practice rules will provide for guidance to various administrative and professional groups dealing in practice with implementing and monitoring legalization of marijuana. A second set of best practice rules will be developed for policy makers. The Uruguayan experiment will generate valuable knowledge which shall be made available for policy makers in Latin America and beyond.

Different methods will be used to generate data suited to describe and analyze the implementation process and to test hypotheses on desired and adverse effects of legalization.

- (1) Official documents and statistics related to policy and law making as well as the application of drug laws before and after legalization;
- (2) Secondary analysis of public opinion surveys, surveys covering incidence and prevalence of drug use as well as research addressing legalization of cannabis in Uruguay;
- (3) In-depth interviews with key persons involved in policy making and implementation;
- (4) Interviews with tourists;
- (5) Analysis of case files (involving lethal violence and drug offences before and after legalization).

What Do We Know?

Analysis so far is based on official and open sources as well as published research. A comprehensive research report including also case file analysis and interviews will be presented spring 2019.

The Making of Legalization

The debate on cannabis legalization in Uruguay goes back to the 1970s when personal possession of (all) controlled drugs intended for personal use (and in reasonable quantities) was decriminalized in 1974. Complete legalization of recreational use of cannabis has been put on the political agenda then by President Jorge Batlle (2000–2005). The proposal of Batlle did not advance in the legislative process but started mobilizing in particular youth organizations of various political parties involved in the Frente coalition as well as parts of civil society and NGOs. The 2008 political agenda of Frente included comprehensive drug policy reform. A first bill introducing home cultivation of hemp plants for personal consumption went to Congress in 2010 but was prevented from being adopted. Then, in 2012, President Mujica announced plans of fully legalizing recreational use of cannabis. However, the obvious lack of public support (in 2012 public opinion polls showed that two third of the Uruguayan public were in favour of retaining penal prohibition) resulted in delaying legislative moves. Despite a full blown campaign rallying for legalization of cannabis, public support did not build up. But, even in face of still strong public disapproval Law 19.172 passed the legislative stages (by a tiny majority of votes of legislators) and introduced legal access to cannabis in 2013 based on the promise to improve public safety and health.

Public Opinion and Legalization

Public opinion on legalization in Uruguay did not change significantly after legalization. The opinion polls following legalization show that a majority of the Uruguayan public did not support legalization. The “Barómetro de las Américas 2014” found that 60% of Uruguayans are opposed to the 2013 legalization decision. A public opinion poll 2017, however, revealed for the first time that slightly more people endorse legalization than are opposed to it (44% v. 41%).

Enforcing Cannabis Laws

When looking at the enforcement of drug laws, it should first be noted that official (police, judicial, prison) statistics do not differentiate between various drugs. An increase of police registered homicides and robberies in 2014–2016 has been tentatively explained with growing violence in drug markets (although, probably most drug related homicides will occur in cocaine markets).

Prison statistics show a significant increase in the number of remand and sentenced prisoners during the last years, and, the proportion of prisoners held for drug offenses does not seem to change. Approximately 10% of the prison population are detained for drug offenses.

In face of information that police are still tending to focus on low level drug offenders, the government has issued instructions to target large-scale drug traffickers. Furthermore, enforcement activities according to media reports are directed towards registered (home growing) users.

Prevalence of Cannabis Use

Preliminary analysis of survey data indicates that a significant increase in rates of prevalence of cannabis use among young people and the adult population took place in the first decade of the new millennium. So far, survey data do not suggest that legalization had an impact on prevalence rates. This interpretation of survey data is supported by data which show that a corresponding increase has been observed with respect to other drugs and in the neighboring country of Argentina.

The Relationship between Licit and Illicit Cannabis Markets

The relationship between licit and illicit markets of cannabis may be influenced by various conditions.

First, the relationship is dependent on the capacity of legal markets to satisfy demand for cannabis. Here, available data speak for a significant failure of licit cannabis production to meet demand in Uruguay. It has been assumed that only a minor share of cannabis consumed in Uruguay can be provided by legal production.

Second, illicit markets may adjust to competition introduced with legal avenues to cannabis through improving the quality of products retailed or reducing the price. Information provided by law enforcement sources point to adjustment of traffickers of Paraguayan cannabis to legal competition through moving away from pressed cannabis (which always had a bad reputation due to the suspicion that the substance contains various harmful components) to other unpressed forms of hemp flowers.

Third, legally produced cannabis (by self-cultivation or licensed growers) may be diverted to illicit markets (thus also circumventing restrictions on sale as regards the amount or certain groups of persons interested in cannabis, e.g. children or foreigners).

Fourth, drug traffickers may resort to other drugs when squeezed out from the cannabis market.

Fifth, restrictions in the form of the obligation to register as a condition of legal access may serve as a motive to buy cannabis in the illicit market.

An important indicator of the size and relevance of illicit drug markets is represented by seizures of drugs. Here, longitudinal data on cannabis seizures carried out by customs and police show that there is obviously no changes (or rather increases) in the amount of seized cannabis. The flow of cannabis from Paraguay to Uruguay does not seem to have been influenced by establishing a legal cannabis market. This of course does not come as surprise in face of the limited supply of legal cannabis (significant additional supply is needed to satisfy existing demand). Seizure of hemp plants increased from 153 plants in 2012 to approximately 2,000 in 2017. The number of “bocas de drogas” raided and closed remains high, although it is not clear whether these “drug houses” are also places where cannabis is sold.

A study on frequent users of cannabis came up with the result that a majority of these users still bought (also) Paraguayan cannabis in the illicit market (62%). However, most of those still buying Paraguayan cannabis say that they would prefer other options if these were available. The obligation to register (with IRCCA) seems to prevent a significant proportion of frequent users from accessing legal cannabis.

Hans-Jörg Albrecht & Pablo Galain Palermo

III. Nachwuchsförderung

III. NACHWUCHSFÖRDERUNG

143	A. Überblick
151	B. Otto-Hahn-Gruppe zur Architektur des Sicherheitsrechts
155	C. Vorbereitung der Otto-Hahn-Gruppe zu „Alternative and Informal Types of Criminal Justice and Procedure“
157	D. International Max Planck Research School for Comparative Criminal Law
164	E. International Max Planck Research School on Retaliation, Mediation and Punishment
172	F. MaxNetAging Research School
174	G. Beteiligung am Kompetenznetzwerk für das Recht der zivilen Sicherheit in Europa (KORSE)

A. Überblick

1. Nachwuchsförderung in der Max-Planck-Gesellschaft

Die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses ist eine der Kernaufgaben der Max-Planck-Gesellschaft. Sie wird seit 2015 neu strukturiert und ausgebaut. Dabei wurden die Ausbildungs- und Karrierebedingungen des wissenschaftlichen Nachwuchses transparenter und verlässlicher gemacht. Es erfolgte eine Fokussierung auf strategische Zielrichtungen und Förderstrukturen, um auch weiterhin im internationalen Wettbewerb konkurrenzfähig zu bleiben. Im Mittelpunkt der Reformen stand die grundsätzliche Abkehr von der Förderung durch Stipendien sowie die Umstellung auf die Vergabe von längerfristigen Doktorandenförderverträgen bzw. von TVöD-Verträgen für Post-docs. Zusätzlich wurden für beide Zielgruppen recht detaillierte Betreuungsrichtlinien formuliert.

Diese Reformen werden begleitet durch diverse zentral organisierte Fortbildungsangebote zu sog. Soft-Skills-Kompetenzen und Förderprogramme. Hierzu zählen Minerva-FemmeNet mit seinem MPG-übergreifenden Mentoring- und Netzwerkprogramm sowie Angeboten zur gezielten Karriereförderung, das Netzwerk zur Beratung von Wirtschaft und Politik bei der Förderung von Chancengleichheit, Vielfalt und Work-Life-Balance „Sign-Up! Careerbuilding“ sowie das von der Max-Planck-Gesellschaft im November 2017 initiierte Lise-Meitner-Exzellenzprogramm, mit dem sie herausragend qualifizierte Nachwuchswissenschaftlerinnen gewinnen und ihnen vor allem eine langfristige Perspektive bieten möchte.

2. Post-Doc-Förderung am Institut

Die Post-Doc-Förderung am Institut zeichnet diese Neuentwicklungen auf der Ebene der Max-Planck-Gesellschaft nach und vertieft die bislang schon in vielfältiger Weise praktizierten Förderangebote, die grundsätzlich allen Postdocs offenstehen, gleich ob sie eine akademische Laufbahn an einer Universität im deutschsprachigen Raum oder im sonstigen Ausland anstreben. Das Institut bietet seinen Postdocs exzellente Arbeitsbedingungen, die sie darin befähigen sollen, sich im Regelfall ohne größere administrative und personelle Verantwortung durch originäre wissenschaftliche Beiträge national wie international als eigenständige Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in ihrem jeweiligen Forschungsfeld zu profilieren. Die Postdocs sind üblicherweise über einen TVöD-Vertrag zeitlich befristet angestellt und verfügen über einen voll ausgestatteten Arbeitsplatz, umfassenden Zugang zur Bibliothek und zu Online-Datenbanken, den Zugang zu Sachmitteln für die Teilnahme an wichtigen Tagungen im europäischen wie auch außereuropäischem Ausland oder für die Konzeption, Organisation und Durchführung eines eigenen Symposiums. Beide Direktoren wie auch Senior Researcher begleiten die Postdocs in dieser Phase inhaltlich wie auch bei den wichtigen Fragen zur strategischen Karriereplanung innerhalb und außerhalb der Wissenschaft. Sie unterstützen die Postdocs in ihrem Bemühen, Drittmittelanträge erfolgreich zu stellen, Lehrerfahrung zu sammeln, und lassen sie an ihrem umfassenden Netzwerk partizipieren. In den sog. Statusgesprächen werden die Forschungsvorhaben, ihr zeitlicher Rahmen und die hierfür erforderlichen Rahmenbedingungen und Qualifizierungsziele verbindlich besprochen.

Am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht wurden im Berichtszeitraum zusätzlich zum Trainingsportfolio der MPG und FemmeNet speziell für Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler eine Reihe von Förderangeboten in Form von Workshops angeboten und durchgeführt. Hierzu zählen unter anderem eine Fortbildung zu Citavi-Literaturverwaltung; zwei Workshops zu Academic Writing; ein Workshop zu Publishing in International

Journals; zu Grant-Writing; zum Thema Access to the Non-Academic Job Market; Voice Training; eine Empirical Studies Workshop Series; ein Workshop on Qualitative Data Analysis und ein Workshop on Crisis and Stress Handling.

Hinsichtlich der Qualifizierungsziele gibt es nach wie vor signifikante Unterschiede. Eine **deutsche Universitätskarriere** als Lehrstuhlinhaberin bzw. -inhaber erfordert – in den Rechtswissenschaften wie auch in der Soziologie – in der Regel auch weiterhin die Habilitation in einem stark formalisierten Verfahren. Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler mit dieser Zielsetzung im deutschsprachigen Raum werden deswegen unterstützt, möglichst effektiv an ihrem „zweiten großen Buch“ zu arbeiten und bis zum Zeitpunkt des mündlichen Habilitationsvortrags bereits einen größeren „Kranz“ von Publikationen (neben der Dissertation und der späteren Habilitation) zu erstellen, der die angestrebte *venia legendi* rechtfertigt. In der kriminologischen Abteilung arbeitet Dr. Dina Hummelsheim-Doß auf einer Institutsstelle an einer Habilitation an der Universität Freiburg unter Betreuung von Prof. Dr. Hans-Jörg Albrecht im Bereich der Soziologie. In der strafrechtlichen Abteilung streben vier Wissenschaftler die Habilitation an: Dr. Emmanouil Billis, Dr. Marc Engelhart, Dr. Nandor Knust und Dr. Benjamin Vogel, die von Prof. Dr. Ulrich Sieber betreut werden. Diese vier Postdocs und ihr türkischer Kollege Dr. Mehmed Arslan bildeten in der strafrechtlichen Abteilung im Berichtszeitraum die Junior Academy Strafrecht (JAS), deren Mitglieder eine Weiterqualifikation im Hinblick auf eine volle Professur an den Universitäten und Forschungseinrichtungen im In- und Ausland anstreben und Qualifikationsstufen wie in Deutschland die Habilitation durchlaufen wollen. Die JAS zeichnet sich durch eine besonders enge Kooperation aus. So werden in regelmäßigem Turnus aktuelle rechtliche Fragen, grundlegende Werke der Rechtswissenschaft und Nachbardisziplinen, Fragen der Methodik sowie praktische Aspekte der Konzeption und Durchführung von Forschungsprojekten besprochen.

Aufgrund der internationalen Ausrichtung des Instituts liegt der Schwerpunkt der Post-Doc-Förderung von Forschungskarrieren jedoch bei Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die einen **Regelkarriereweg im Ausland** vom „Assistant Professor“ über den „Associate Professor“ zum „Full Professor“ beschreiten möchten. Eine große Zahl der am Institut promovierenden Doktorandinnen und Doktoranden wechselt deswegen – entweder unmittelbar nach der Promotion oder nach einer weiteren Förderphase von bis zu einem Jahr – ohne formale Habilitation als „Professorin“ oder „Professor“ auf diesem Karriereweg an ausländische Universitäten.

Eine Post-Doc-Förderung von **externen ausländischen Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern** am Institut erfolgt über das hausinterne Förderprogramm sowie durch Stipendien der Alexander von Humboldt-Stiftung oder anderer Förderorganisationen. Im Berichtszeitraum wurden 64 PostDoc-Stipendiaten und -Stipendiatinnen über einen Zeitraum von meist ein bis zwei Monaten sowie 21 Postdocs durch TVöD-Vertrag gefördert. Im Berichtszeitraum wurden elf ausländische Postdocs durch die Alexander von Humboldt-Stiftung und elf durch den DAAD bei längeren Aufenthalten am Institut unterstützt. Entsprechendes gilt – wie ein im Berichtszeitraum am Institut arbeitender Marie-Curie-Stipendiat zeigt – im Hinblick auf andere anspruchsvolle Förderprogramme der Post-Doc-Phase.

3. Doktorandenförderung am Institut

a) Allgemeine Doktorandenförderung

Die am Institut längerfristig angebotenen Doktorandinnen und Doktoranden werden von den Direktoren des Instituts oft auch unter Einbindung der Senior Researcher und externer Professorinnen und Professoren in den für die strafrechtliche und kriminologische Forschung maßgeblichen Disziplinen betreut (Rechtswissenschaften, Soziologie, Psychologie). Die gute Zusammenarbeit mit der Rechtswissenschaftlichen Fakultät und dem Institut für Soziologie der Universität Freiburg sowie weiteren Institutionen bei der Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses wird seit 2007 durch die International Max Planck Research School for Comparative Criminal Law (IMPRS-CC), seit 2008 durch die International Max Planck Research School on Retaliation,

Mediation and Punishment (IMPRS-REMEP) sowie weiter auch durch die MaxNetAging Research School und die Doktorandenschule der Universität KORSE vertieft. An beiden IMPRS des Instituts sind Mitglieder der Universität Freiburg aktiv beteiligt. Die Nachwuchsausbildung wurde dabei zunehmend in die vom Institut geleiteten oder unterstützten Research Schools verlagert.

Die Doktorandinnen und Doktoranden promovieren in der strafrechtlichen Forschungsabteilung zum Dr. jur. In der kriminologischen Forschungsabteilung erfolgen die Promotionen in den Rechtswissenschaften sowie in den Disziplinen Soziologie, Psychologie, Politikwissenschaften und Pädagogik. Gemäß den einschlägigen Promotionsordnungen der Universität Freiburg ist in diesen Fächern die Dissertation grundsätzlich als Monographie abzufassen. In der Soziologie, Psychologie und den Politikwissenschaften kann nunmehr aber auch eine kumulative Dissertation eingereicht werden. Eine Zulassung an der Universität Freiburg ist aber nicht zwingend erforderlich. So können auch Doktorandinnen und Doktoranden mit einer Zulassung an anderen deutschen oder ausländischen Universitäten betreut werden. In den letzten Jahren wurden zunehmend auch sog. Cotutelles, insbesondere mit Universitäten in Frankreich, Belgien und Kroatien vereinbart.

Das Doktorandensprecherteam vertritt die Interessen der Promovierenden am Institut. In den Jahren 2015/2016 gehörten dem Team Clara Rigoni, Johannes Schäuble, Anina Schwarzenbach, Maria Tsilimpari und Filip Vojta an. Seit 2016 ist unter den Mitgliedern eine gewählte Person vorgesehen, die als stimmberechtigte externe Vertretung fungiert. Die anderen Mitglieder engagieren sich in erster Linie innerhalb des Instituts. Die externe Vertretung übernahmen nach den jeweiligen Wahlen im Herbst Clara Rigoni (2016–2017) und Angela Aguinaldo (2017–2018). Innerhalb des Instituts wurden sie unterstützt von Jorge Cabrera, Esther Earbin, Kira-Sophie Gauder, Katharina Meuer und Mikko Rudanko.

Das Doktorandensprecherteam nimmt regelmäßige Termine mit den Direktoren und der Verwaltungsleitung wahr. In diesem Rahmen setzen sie sich gemeinsam mit den Arbeitsbedingungen der Promovierenden auseinander. Außerdem informiert das Team die Institutsleitung über vergangene Aktivitäten und bringt Anliegen der Doktorandinnen und Doktoranden zur Sprache. Darüber hinaus steht das Doktorandensprecherteam jederzeit als Ansprechpartner für die Promovierenden zur Verfügung und trägt durch die Organisation von Stammtischen und anderen Aktivitäten zur Vernetzung bei.

Über das Institut hinaus findet der Austausch zwischen den externen Vertreterinnen und Vertretern aller Sektionen im Rahmen des Max Planck PhNet und einem jährlichen „PhNet Meeting“ statt. Hier werden die interdisziplinäre Kooperation und der wissenschaftliche Austausch gestärkt sowie die Arbeitsbedingungen der Promovierenden aller Institute diskutiert. Zusätzlich zum PhD-Net gibt es regionale Plattformen zum Informationsaustausch (z.B. „black forest hub“) und eine institutsübergreifende Interessenvertretung durch gewählte Arbeitsgruppen. Im März 2017 hat sich das PhNet mit dem Leibniz PhD Network und den Helmholtz Juniors unter dem Namen „N2“ zusammengeschlossen. Dieses außeruniversitäre Netzwerk hat es sich zur Aufgabe gemacht, für die Interessen Promovierender insbesondere bezüglich der Arbeitsbedingungen und Karrieremöglichkeiten einzutreten. Auch das Doktorandensprecherteam des Max-Planck-Instituts unterstützt dieses Netzwerk und orientiert sich an dessen Forderungen und Empfehlungen.

b) Promovierende in der strafrechtlichen Forschungsabteilung

In der strafrechtlichen Forschungsabteilung wurden von deren Leiter Prof. Dr. Sieber im Berichtszeitraum von 2015 bis 2017 insgesamt 21 Doktorandinnen und Doktoranden betreut, darunter 4 deutsche und 17 ausländische aus der Volksrepublik China, Chile, Finnland, Griechenland, Kanada, Kolumbien, Kroatien und der Türkei. Dabei erfolgte die Nachwuchsausbildung durch den Direktor der strafrechtlichen Forschungsabteilung grundsätzlich in der IMPRS-CC (14 Doktoranden) und in der IMPRS-REMEP (1 Doktorandin). 6 Doktoranden, deren Arbeiten aufgrund ihrer Fragestellung bzw. Methode nicht die thematischen Aufnahmebedingungen für

die rechtsvergleichend ausgerichtete IMPRS-CC erfüllten, waren oder sind formal nicht in die Doktorandenschulen aufgenommen, nehmen jedoch am Ausbildungsprogramm der IMPRS-CC teil. Ein weiterer Doktorand promovierte im Rahmen eines Cotutelle-Verfahrens mit der Universität Zagreb.

Im Berichtszeitraum wurden 9 dieser 21 Promotionsverfahren erfolgreich abgeschlossen (und bei einer weiteren Arbeit stand nur noch das Rigorosum aus), sodass Prof. Dr. Sieber am Stichtag 31.12.2017 insgesamt 12 (bzw. 11) Doktorandinnen und Doktoranden betreute. Von den 9 abgeschlossenen Arbeiten erhielten 5 die Bestnote „summa cum laude“ und 4 die zweitbeste Note „magna cum laude“. Im Zeitraum von 2015 bis 2017 wurden drei der von Prof. Dr. Sieber betreuten Promotionen mit der Otto-Hahn-Medaille der Max-Planck-Gesellschaft ausgezeichnet und eine davon erhielt zudem den Otto-Hahn-Award. Die unten abgedruckte Tabelle macht deutlich, dass viele der abgeschlossenen Dissertationen bereits in der Strafrechtlichen Forschungsreihe erschienen sind bzw. zeitnah erscheinen werden.

Die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses ist in der strafrechtlichen Abteilung im Übrigen – wie auch die obige Projektübersicht zeigt – vollständig in das strafrechtliche Forschungsprogramm eingebunden. Die Schwerpunkte liegen deswegen auf den territorialen und funktionalen Grenzen des Strafrechts, vor allem auf dem europäischen und internationalen Strafrecht, den Deliktsbereichen des Cybercrime, der Wirtschaftskriminalität, der organisierten Kriminalität und des Terrorismus. Die Themenstellungen werden im Rahmen der nationalen Rechtsordnungen sowie des europäischen Strafrechts und des Völkerstrafrechts – zu einem großen Teil rechtsvergleichend – behandelt.

Nicht aufgenommen in die folgenden Promotionsstatistiken der strafrechtlichen Abteilung ist die Betreuung und Beratung der zahlreichen Doktorandinnen und Doktoranden, die an auswärtigen Universitäten bei Externen promovieren und bei ihren – teilweise regelmäßigen – Besuchen am Freiburger Max-Planck-Institut als Gastwissenschaftlerinnen und Gastwissenschaftler von Prof. Dr. Sieber beraten werden. Die nachfolgende Tabelle nennt daher nur die von ihm in den Freiburger Dissertationsverfahren formal (d.h. als Erstbetreuer und in einem Fall im Rahmen einer formalen Cotutelle-Vereinbarung) betreuten Doktorandinnen und Doktoranden.

Tabelle: Übersicht zu den 2015 – 2017 in der strafrechtlichen Abteilung von Prof. Sieber betreuten Doktorandinnen und Doktoranden

Name	Thema	Betreuer
1. Aguinaldo, Angela Leonor	East Meets West: Rechtshilfe zwischen und innerhalb der ASEAN und der EU (IMPRS-CC)	Prof. Dr. Ulrich Sieber
2. Ariza, Daniel	Modelle zur Kontrolle der Geldwäsche – Ein normativer und institutioneller Vergleich des deutschen und kolumbianischen Rechtssystems	Prof. Dr. Ulrich Sieber
3. Arslan, Mehmet	Die Aussagefreiheit des Beschuldigten bei der polizeilichen Befragung im deutschen und türkischen Recht. Ein Rechtsvergleich im Lichte der EMRK (IMPRS-CC)	Prof. Dr. Ulrich Sieber (Rigorosum: 03.02.2015)
4. Burić, Zoran	Models of Cross-Border Evidence Gathering in European Union Criminal Law (Cotutelle)	Prof. Dr. Ulrich Sieber / Prof. dr. sc. Zlata Đurđević (Rigorosum: 02.02.2016)
5. Caba, Jan	Straftatbestände zum Schutz der Rechtspflege im internationalen Strafrecht (IMPRS-CC)	Prof. Dr. Ulrich Sieber

Name	Thema	Betreuer
6. Castillo Ara, Alejandra	Normbefolgungsunfähigkeit im Strafrecht (IMPRS-CC)	Prof. Dr. Ulrich Sieber [Rigorosum: 29.01.2018]
7. Li, Yuanli	Vorverlagerung des strafrechtlichen Schutzes im Cyberspace: eine rechtsvergleichende Untersuchung der Gefährdungsdelikte im Internetstrafrecht zwischen Deutschland und China	Prof. Dr. Ulrich Sieber
8. Maghzi Najafabadi, Avrooz	Normative Ordnungen in Minderheitengemeinschaften in Deutschland	Prof. Dr. Ulrich Sieber / Prof. Dr. Marie-Claire Foblets
9. von zur Mühlen, Nicolas	Strafprozessuale Überwachung der Telekommunikation in Deutschland	Prof. Dr. Ulrich Sieber [Rigorosum: 09.05.2018]
10. Neubert, Carl-Wendelin	Der Einsatz tödlicher Waffengewalt durch die deutsche auswärtige Gewalt (IMPRS-CC)	Prof. Dr. Ulrich Sieber (Rigorosum: 15.07.2015)
11. Petri, Lena	Erkenntnis, Gewissheit und Rechtfertigung – Strafprozessuale Tatsachenfeststellung als Vergleichsgegenstand (IMPRS-CC)	Prof. Dr. Ulrich Sieber
12. Pinggen, Anna	Motivationsdelikte – ein deutsch-französischer Strafrechtsvergleich (IMPRS-CC)	Prof. Dr. Ulrich Sieber
13. Romero Sánchez, Angélica	Verdeckte Ermittlungen gegen organisierte Kriminalität (IMPRS-CC)	Prof. Dr. Ulrich Sieber
14. Rudanko, Mikko Jorma Johannes	Der Vorsatz – Eine rechtsvergleichende Analyse des nordischen, deutschen und englischen Rechts (IMPRS-CC)	Prof. Dr. Ulrich Sieber
15. Samaritaki, Marilena	Legitimation und Grenzen der Versuchs- und Vorbereitungsstrafbarkeit im deutschen und englischen Strafrecht (IMPRS-CC)	Prof. Dr. Ulrich Sieber
16. Schrägle, Hannes	Das begehungsgleiche Unterlassungsdelikt in Deutschland, England und Frankreich (IMPRS-CC)	Prof. Dr. Ulrich Sieber (Rigorosum: 13.07.2016)
17. Schuetze-Reymann, Jennifer	International Criminal Justice on Trial: The ICTY and ICTR Referral Practice and Possible Relevance for the ICC (IMPRS-REMEP)	Prof. Dr. Ulrich Sieber (Rigorosum: 31.01.2015)
18. Serafin, Maja	Vermögensabschöpfung zwischen Effektivität und Rechtsstaatlichkeit (Otto-Hahn-Gruppe, IMPRS-CC)	Prof. Dr. Ulrich Sieber
19. Tsilimpari, Maria	Rechtfertigungs- und Entschuldigungsgründe im deutschen und englischen Strafrecht am Beispiel von Notwehr und Notstand (IMPRS-CC)	Prof. Dr. Ulrich Sieber
20. Wang, Huawei	Die Verantwortlichkeit der Internet-Service-Provider im deutschen und im chinesischen Recht	Prof. Dr. Ulrich Sieber [Rigorosum: 29.01.2018]
21. Zong, Yukun	Beweisverwertungsverbote im Strafverfahren. Eine rechtsvergleichende Forschung im deutschen, US-amerikanischen und chinesischen Recht (IMPRS-CC)	Prof. Dr. Ulrich Sieber (Rigorosum: 08.11.2016)

c) Promovierende in der Kriminologische Abteilung

In der kriminologischen Abteilung wurden 2015–2017 insgesamt 44 Doktorandinnen und Doktoranden betreut. Die Dissertationsverfahren erfolgten an der Juristischen sowie an der Philosophischen Fakultät (Soziologie) der Universität Freiburg, teilweise als Cotutelle. Erstbetreuer waren insbesondere Prof. Dr. Hans-Jörg Albrecht und Prof. Dr. Dietrich Oberwittler. Die Doktorandinnen und Doktoranden kamen aus Europa (Armenien, Deutschland, Georgien, Griechenland, Italien, Kroatien, Ungarn, Schweiz), Zentral- und Ostasien (Volksrepublik China, Korea, Mongolei), dem Nahen Osten (Armenien, Iran) und Lateinamerika (Brasilien).

Im Berichtszeitraum 2015–2017 wurden in der kriminologischen Abteilung 18 Promotionsverfahren mit dem Rigorosum bzw. der mündlichen Prüfung an der Universität Freiburg abgeschlossen. Davon wurden 17 Doktorandinnen und Doktoranden von Prof. Dr. Hans-Jörg Albrecht als Erstbetreuer betreut, eine durch Prof. Dr. Dietrich Oberwittler. Vier Abschlüsse erfolgten an ausländischen Universitäten als Cotutelle. Vier Dissertationen wurden mit summa cum laude, elf mit magna cum laude und drei mit cum laude bewertet.

Tabelle: Übersicht zu den 2015–2017 in der Kriminologischen Abteilung betreuten Doktorandinnen und Doktoranden

Name	Thema	Betreuer
1. Abachi, Maryam	A Comparative Study on Criminal Law Governing Juvenile Delinquents in Iran, Germany and through the United Nations	Prof. Dr. Hans-Jörg Albrecht (Rigorosum 30.01.2017)
2. Amrollahi Byouki, Mojgan	A Comparative Study on Child Abuse in Iran and Germany	Prof. Dr. Hans-Jörg Albrecht (Rigorosum: 15.07.2015)
3. Arfsten, Kerrin-Sina	Security and Vigilance A Qualitative Study of Public Anti-Terror Vigilance Campaigns in the United States (IMPRS-REMEP)	Prof. Dr. Hans-Jörg Albrecht
4. Bai, Luyuan	Foreign Terrorist Fighters: Recruitment and Legal Countermeasure	Prof. Dr. Hans-Jörg Albrecht
5. Bedoya Sanchez, Shakira	The Politics of Order – An Analysis of Punishment in International Law (IMPRS-REMEP)	Prof. Dr. Hans-Jörg Albrecht (Rigorosum 02.02.2016)
6. Bezić, Reana	Juvenile Delinquency in the Balkans: A Regional Comparative Analysis based on the ISRD3-Study Findings (MPPG for Balkan Criminology, Cotutelle mit der Universität Zagreb)	Prof. Dr. Hans-Jörg Albrecht/ (Rigorosum WS 2018/19)
7. Böhme, Matthias	Pre-Incident-Faktoren terroristischer Handlungen	Prof. Dr. Hans-Jörg Albrecht (Rigorosum 28.08.2017)
8. Chalkiadaki, Vasiliki	Gefährderkonzepte in der Kriminalpolitik – Rechtsvergleichende Analyse der deutschen, französischen und englischen Ansätze (IMPRS-CC)	Prof. Dr. Hans-Jörg Albrecht (Rigorosum: 15.07.2015)
9. Döring, Linn Katharina	Fahrlässige Kriminelle oder fahrlässige Kriminalisierung? – Grund und Grenzen einer Kriminalisierung unterlassener Schutzmaßnahmen von Sozialarbeitern der staatlichen Kinder- und Jugendhilfe in tödlich verlaufenden innerfamiliären Kinderschutzfällen in Deutschland und England	Prof. Dr. Hans-Jörg Albrecht (Rigorosum: 06.11.2017)
10. Gauder, Kira-Sophie	Lebensverläufe von Sexualstraftätern nach der Haftentlassung (IMPRS-REMEP)	Prof. Dr. Hans-Jörg Albrecht (Rigorosum WS 2018/19)
11. Gerstner, Dominik	Analyse des Einflusses sozialer Kontexte auf selbstberichtete Jugenddelinquenz	Prof. Dr. Dietrich Oberwittler
12. Glonti, Aleksandre	The Internet as Mechanism for Social Control (IMPRS-REMEP)	Prof. Dr. Hans-Jörg Albrecht (Rigorosum WS 2018/19)

Name	Thema	Betreuer
13. Györy, Csaba	Criminal Law as a Means of Regulation: The Interplay between Economic, Legal, and Political Rationalities in the Prohibition of Insider Trading and its Enforcement (IMPRS-REMEP)	Prof. Dr. Hans-Jörg Albrecht (Rigorosum: 06.11.2017)
14. Han, Min Kyung	The Effectiveness of Electronic Monitoring in Korea	Prof. Dr. Hans-Jörg Albrecht (Rigorosum: 23.06.2015)
15. Jinghye, Huang	On Categorical Firearm Disability of Felons	Prof. Dr. Hans-Jörg Albrecht (Rigorosum: WS 2019/20)
16. Khechumyan, Aleksandr	Continued Imprisonment of Elderly, Ailing and/or Seriously Ill Prisoners Under the European Convention of Human Rights: The Case of England/Wales (MNARS)	Prof. Dr. Hans-Jörg Albrecht (Rigorosum: 30.01.2017)
17. Knickmeier, Susanne	Gefährdete Unternehmensgeheimnisse – Phänomenologie, Strafverfolgung und Prävention der Konkurrenzausspähung und Wirtschaftsspionage	Prof. Dr. Hans-Jörg Albrecht (Rigorosum: WS 2019/20)
18. Khurelbaatar, Erdem-Undrakh	Das mongolische strafrechtliche Sanktionensystem – Eine vergleichende Analyse zu Entwicklung, geltendem Recht und Reformen (IMPRS-REMEP)	Prof. Dr. Hans-Jörg Albrecht (Rigorosum: 02.05.2016)
19. Köber, Göran	Getting Old in the Neighborhood – The Influence of Age and Life Events on Security Perceptions and Subjective Well-being (MNARS)	Prof. Dr. Dietrich Oberwittler (Rigorosum: SS 2018)
20. Kui, Jia	Strafrechtlicher Schutz bei häuslicher Gewalt – Eine vergleichende Untersuchung zum deutschen und chinesischen Strafrecht	Prof. Dr. Hans-Jörg Albrecht (Rigorosum: 06.11.2017)
21. Lien, Meng-Chi	Victim-Offender Mediation and the Role of the Public Prosecutor – A Comparison of Germany, Taiwan and China (IMPRS-REMEP)	Prof. Dr. Hans-Jörg Albrecht (Rigorosum: 11.05.2015)
22. Maršavelski, Aleksandar	Responsibility of Political Parties for Criminal Offences (MPPG for Balkan Criminology, Cotutelle mit der Universität Zagreb)	Prof. Dr. Hans-Jörg Albrecht/Prof. Dr. Davor Derenčinović, Universität Zagreb (Rigorosum: 03.02.2016)
23. Meuer, Katharina	Legalbewährung nach elektronischer Aufsicht im Vollzug der Freiheitsstrafe – Eine experimentelle Rückfallstudie zum baden-württembergischen Modellprojekt	Prof. Dr. Hans-Jörg Albrecht (Rigorosum: 22.01.2018)
24. Moura de Souza, Clessio	Youth and Violence in Brazil – Deconstructing the Crime Rates (IMPRS-REMEP)	Prof. Dr. Hans-Jörg Albrecht
25. Nikolova, Nina	Whistleblowing als Ermittlungsmethode? (IMPRS-CC)	Prof. Dr. Hans-Jörg Albrecht
26. Palacios Huerta, Alfonso Francisco	Organisierte Kriminalität im Conosur Südamerikas – Verständnis und strafrechtliche Reaktion in Argentinien, Chile und Uruguay (IMPRS-CC)	Prof. Dr. Hans-Jörg Albrecht
27. Pan, Wenbo	Eine vergleichende Studie zum Verhältnis zwischen Schuld und Prävention	Prof. Dr. Hans-Jörg Albrecht (Rigorosum WS 2018/19)
28. Preiser, Christine	Türsteher im Spannungsfeld von Selbstjustiz und Rechtsstaat? Eine qualitative Studie (IMPRS-REMEP)	Prof. Dr. Dietrich Oberwittler (Rigorosum: 25.06.2018)
29. Pritsch, Julian	Der Zusammenhang von Vertrauen und Kriminalitätsfurcht in Deutschland	Prof. Dr. Dietrich Oberwittler

Name	Thema	Betreuer
30. Ressler, Karlo	Trafficking in Human Beings in and through the Balkans – A Qualitative Analysis (MPPG for Balkan Criminology, Cotutelle mit der Universität Zagreb)	Prof. Dr. Hans-Jörg Albrecht/Prof. Dr. Davor Derenčinović, Universität Zagreb
31. Rigoni, Clara	Punishment and Social Order: The Role of Cultures in Criminal Sentencing (IMPRS-REMEP)	Prof. Dr. Hans-Jörg Albrecht/Prof. Dr. Marie-Claire Foblets (Rigorosum WS 2018/19)
32. Rojas Paéz, Gustavo José	Transnational Justice from Below – Chances and Prospects in Contemporary Colombia (IMPRS-REMEP)	Prof. Dr. Hans-Jörg Albrecht
33. Roksandić Vidlička, Sunčana	Prosecuting Serious Economic Crimes as International Crimes – A New Mandate for the ICC? (MPPG for Balkan Criminology, Cotutelle mit der Universität Zagreb)	Prof. Dr. Hans-Jörg Albrecht/Prof. Dr. Davor Derenčinović, Universität Zagreb (Rigorosum: 03.02.2016)
34. Ruiheng, Yuning	The Role of Individuals in Compliance Programs (IMPRS-REMEP)	Prof. Dr. Hans-Jörg Albrecht
35. Schenk, Alexandra	Victims and Corporations	Prof. Dr. Hans-Jörg Albrecht
36. Schwarzenbach, Anina	Youth-Police Relationships in Multi-Ethnic Cities – A study of police contacts and attitudes toward police in Germany and France (IMPRS-REMEP)	Prof. Dr. Dietrich Oberwittler (Rigorosum: 20.09.2017)
37. Solarin, Adepeju	International Mediation: A Study on the Importance of Understanding Reconciliation and Restorative Values (IMPRS-REMEP)	Prof. Dr. Reinhard Kößler (Rigorosum: 10.07.2017)
38. Vojta, Filip	Punishment and Sentence Enforcement for Serious Violations of International Humanitarian Law Committed in the Former Yugoslavia (IMPRS-REMEP, MPPG for Balkan Criminology)	Prof. Dr. Hans-Jörg Albrecht (Rigorosum: 09.07.2018)
39. Wallwaey, Elisa	Zur Relevanz von Wirtschaftsspionage und Konkurrenzausspähung für kleine und mittelständische Unternehmen in Deutschland – Eine Analyse der Ergebnisse einer Dunkelfeldbefragung	Prof. Dr. Hans-Jörg Albrecht (Rigorosum: WS 2018/19)
40. Wang, Xiumei	Comparative and International Criminal Law	Prof. Dr. Hans-Jörg Albrecht (Rigorosum: WS 2019/20)
41. Walsh, Maria	Intensive Bewährungshilfe und junge Intensivtäter – Eine empirische Analyse der Effekte auf kriminelle Lebenswege (IMPRS-REMEP)	Prof. Dr. Hartmut Ditton, Universität München (Rigorosum: 26.01.2016)
42. Wienhausen-Knezevic, Elke	Lebensverlaufsdynamiken junger Haftentlassener – Entwicklung eines empirischen Interaktionsmodells (ZARIA-Schema) zur Analyse von Haftentlassungsverläufen	Prof. Dr. Hans-Jörg Albrecht (Rigorosum: 05.07.2016)
43. Winterer, Heidi	Strafverfolgung bei Gewalt im sozialen Nahbereich – Entwicklungen und Tendenzen am Beispiel der Staatsanwaltschaft Freiburg	Prof. Dr. Hans-Jörg Albrecht (Rigorosum: WS 2018/19)
44. Zhou, Zishi	Geschichte, Stand und Entwicklungen des Sexualstrafrechts – Ein deutsch-chinesischer Vergleich des Sexualstrafrechts und der Sexualstrafrechtspolitik (IMPRS-CC)	Prof. Dr. Hans-Jörg Albrecht (Rigorosum: 30.01.2017)

B. Otto-Hahn-Gruppe zur Architektur des Sicherheitsrechts

1. Hintergrund

Zentrale Instrumente zur Förderung von Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern nach ihrer Promotion sind in der Max-Planck-Gesellschaft die Otto-Hahn-Gruppen. Sie bieten ihnen in der Post-Doc-Phase als Qualifizierungsmöglichkeit Leitungspositionen in Forschungsgruppen. Diese nutzen die Infrastruktur und die Verwaltung eines Max-Planck-Instituts, verfügen jedoch über eigene Personal- und Sachmittel. Die Gruppenleiterinnen und -leiter können dadurch eigenständig ein Forschungsprojekt verfolgen und somit den Grundstein für eine erfolgreiche wissenschaftliche Karriere legen.

Die Max-Planck-Gesellschaft bietet verschiedene Möglichkeiten, eine solche Forschungsgruppe aufzubauen. Neben „institutseigenen“, d.h. von den einzelnen Max-Planck-Instituten vergebenen Forschungsgruppen gibt es zentral ausgeschriebene Gruppen. Hinzu kommen spezielle Minerva-Forschungsgruppen, die Wissenschaftlerinnen vorbehalten sind. Eine weitere Möglichkeit, die Leitung einer solchen Forschungsgruppe in einem Max-Planck-Institut zu übernehmen, ist die Qualifizierung über den Otto Hahn Award, mit dem Bewerber aus dem Empfängerkreis der Otto-Hahn-Medaillen, die für hervorragende Dissertationen vergeben werden, ausgezeichnet werden.

Der Leiter der Otto-Hahn-Gruppe zur Architektur des Sicherheitsrechts in der strafrechtlichen Abteilung des Max-Planck-Instituts, Dr. Marc Engelhart, hat sich auf dem zuletzt genannten Weg über die ihm verliehene Otto-Hahn-Medaille qualifiziert, die er für seine Promotion in der International Max Planck Research School for Comparative Criminal Law (IMPRS-CC) erhielt. Die Förderung der ihm übertragenen Gruppe ist daher nicht nur eine Auszeichnung seiner herausragenden Dissertation, sondern auch eine besondere Anerkennung für die Research School, in der er promovierte. Thematisch ist die Forschung in der Otto-Hahn-Gruppe – ebenso wie die in der IMPRS-CC – in das Gesamtprogramm der strafrechtlichen Abteilung eingebunden. Sie greift die bereits oben dargestellte zentrale Fragestellung aus dem Forschungsprogramm der strafrechtlichen Abteilung nach der Architektur des modernen Sicherheitsrechts auf: Kriminalität wird heute nicht mehr nur durch das Strafrecht eingedämmt, sondern zunehmend auch durch andere Rechtsregime wie das Polizeirecht, das Geheimdienstrecht, das Recht der bewaffneten Konflikte, private Normensysteme (wie Compliance-Programme in Unternehmen) u.a.m. Hierdurch entstehen jedoch die oben dargestellten Überschneidungen, Spannungen und Konflikte. Die Otto-Hahn-Gruppe analysiert diese Probleme für das Verhältnis von Strafrecht, Polizeirecht und Geheimdienstrecht.

2. Forschungsgegenstand, Forschungsziel und Forschungsmethode

Die Grenzen des Strafrechts gegenüber dem Polizei- und Nachrichtendienstrecht verlaufen in Deutschland entlang der dichotomen Unterscheidung zwischen der repressiven Funktion des Strafrechts und der präventiven Gefahrenabwehr im Polizei- und Nachrichtendienstrecht. Damit wird von einer klaren Aufgaben- und Funktionsverteilung zwischen diesen Rechtsgebieten ausgegangen.

Eine derartig scharfe Trennung hat jedoch in dieser Form nie bestanden; die vorhandene wird zudem in den letzten Jahren durch Überschneidungen beider Bereiche mehr und mehr verwischt. Das Strafrecht ist seit jeher stark präventiv geprägt. Klassische Beispiele sind die Strafzwecke der General- und Spezialprävention oder die im StGB geregelte Sicherungsverwahrung zum Schutz

Dr. Marc Engelhart,
Leiter der Otto-Hahn-Gruppe
zur Architektur des Sicherheits-
rechts

der Gesellschaft vor möglichen zukünftigen Taten. In neuerer Zeit hat der präventive Aspekt an Bedeutung noch zugenommen, vor allem bei den Tatbeständen des sogenannten Präventionsstrafrechts zur Verhinderung von Terrorismus. Das Strafrecht stößt hierbei jedoch schnell an seine Grenzen, wenn es im Vorfeld einer Tat und damit primär zukunftsorientiert eingesetzt wird. Dies wirft die Frage nach alternativen polizei- und nachrichtendienstlichen Mitteln auf.

Hinzu kommt, dass das Strafverfahrensrecht in den letzten zwei Jahrzehnten zunehmend Ermittlungsmaßnahmen vorsieht, die ursprünglich nur der Polizei oder den Nachrichtendiensten vorbehalten waren. Auch wurden im Polizei- und Nachrichtendienstrecht, insbesondere im Bereich der Polizeien des Bundes (BKA, Bundespolizei, Zollkriminalamt) sowie des Bundesamts für Verfassungsschutz, immer umfassendere Zuständigkeiten und Eingriffsbefugnisse geschaffen, die der Verhinderung, aber auch der Aufklärung von Straftaten dienen. Hinzu kommen Ausdehnungen des Polizeirechts in das Vorfeld (und damit an sich nachrichtendienstlicher Aufklärung), wie beispielsweise in Bayern mit der Schaffung einer neuen Kategorie der „drohenden Gefahr“.

Die Abgrenzung von Aufgaben und Befugnissen zwischen Strafrecht und präventivem Gefahrenabwehrrecht verschwimmt daher. Die Folge ist eine Mehrfachzuständigkeit von Straf- und Sicherheitsbehörden. Rechtsstaatliche Grenzen einerseits und die Rechte der Betroffenen andererseits sind oftmals unklar. Die Ermittlungsspannen im NSU-Fall haben gezeigt, welche Probleme durch solche Mehrfachzuständigkeiten und die Einbindung der Nachrichtendienste in strafrechtliche Ermittlungen entstehen können. Die Problematik der Einführung von geheim erlangten Informationen in Strafverfahren, deren Zurückhaltung als Staatsgeheimnisse oftmals seitens der Exekutive gewünscht wird, zeigt, welche Spannungen zwischen präventivem Schutz und rechtsstaatlicher Strafverfolgung entstehen können.

Vor diesem Hintergrund zielt die Arbeit auf eine Modellbildung im Hinblick auf die unterschiedlichen Ansätze zur Bestimmung der präventiven und repressiven Grenzen im Bereich des Sicherheitsrechts. Die verschiedenen Modelle sollen dann bewertet und mit Reformansätzen verbunden werden. Die Modellbildung erfolgt durch einen funktionalen Rechtsvergleich der deutschen Rechtslage mit der Entwicklung im Common Law (Vereinigtes Königreich und USA) sowie mit der Rechtsetzung auf internationaler (insbesondere europäischer) Ebene. Auf diesem Wege sollen Ansätze gefunden werden, die das Strafrecht auf seine rechtsstaatliche Belastbarkeit überprüfen, weiterentwickeln und in die rechtliche Gesamtkonzeption einer Sicherheitsarchitektur einbinden, die sowohl der Gewährleistung von Rechtssicherheit durch Strafrecht als auch der Begrenzung hoheitlicher Machtausübung im Spannungsfeld von Repression und Prävention gerecht wird.

3. Forschungsaktivitäten

Die Umsetzung des Forschungsprogramms der Otto-Hahn-Gruppe erfolgt in mehreren Schwerpunktbereichen:

- (1) Strafrecht zwischen Prävention und Repression,
- (2) Vermögensabschöpfung und
- (3) Behandlung von Staatsgeheimnissen im Verfahrensrecht.

Die Unterscheidung zwischen Prävention und Repression analysiert die Grundlagenstruktur des Strafrechts in Deutschland, seine historische Entwicklung, seine Struktur im Vergleich zu ausländischen Rechtsordnungen (v.a. zu Großbritannien und den USA) und die Perspektiven des bestehenden deutschen Rechts. Verbunden damit sind Einzelfragen, die im Rahmen der Forschungsgruppe behandelt werden: Hierzu gehört beispielsweise die Rolle der Nachrichtendienste im Strafverfahren, die insbesondere durch den NSU-Fall Fragen aufgeworfen hat, aber seit den 1990er Jahren immer größer geworden ist. So bildet der Terrorismus seit Jahren einen wichtigen aktuellen Schwerpunkt in diesem Bereich, da hier Vorfelddelikte, aber auch die Überschneidungen mit polizeilichen Maßnahmen der Gefahrenabwehr besonders ausgeprägt sind. Im Rahmen der Recherchen zum ausländischen (insbesondere dem englischen) Strafrecht war Dr. Marc En-

gelhart im Jahr 2014 als visiting scholar am Institute of Criminology der University of Cambridge und am Centre for Criminology der University of Oxford sowie im August 2017 noch einmal am Centre for Criminology der University of Oxford tätig.

Die Fragestellung ist jedoch bei weitem nicht auf das Phänomen des Terrorismus beschränkt, sondern betrifft auch in großem Umfang das Wirtschaftsstrafrecht. Hier sind nicht nur starke Überschneidungen zu verwaltungsrechtlichen präventiven Maßnahmen zu beobachten, die sich – bedingt durch die Finanzkrisen der letzten zehn Jahre – noch deutlich verstärkt haben. Auch spielen präventive Strategien eine immer größere Rolle im Strafrecht, so vor allem durch die Compliance-Entwicklung, die in einer Form der staatlich-privaten Ko-Regulierung private Akteure in nie dagewesener Weise zur Kriminalprävention und zur Ermittlung von Fehlverhalten heranzieht. Hierzu wird das Unternehmensstrafrecht, das in Deutschland nunmehr seit einigen Jahren wieder intensiv diskutiert wird, als geeignetes Vehikel gesehen und beispielsweise in Großbritannien inzwischen auch regelmäßig vom Gesetzgeber angewendet.

Neben diesem zentralen, sehr umfassenden Forschungskomplex stellt die Vermögensabschöpfung einen weiteren Einzelschwerpunkt dar. Diese erlaubt weitreichende Sanktionen, die in vielfacher Weise Vereinfachungen gegenüber einer kriminalstrafrechtlichen Strafe bieten, so vor allem hinsichtlich der Beweislast und erleichterter verfahrensrechtlicher Möglichkeiten. Hier zeigt sich besonders deutlich, wie präventive Erwägungen, zum Beispiel zur Vermeidung des weiteren Umlaufs „inkriminierten“ Geldes und anderer Gegenstände, das klassische Strafspektrum erweitern und welche Probleme dadurch entstehen.

Mit der strafprozessualen Behandlung von Staatsgeheimnissen widmet sich die Forschungsgruppe schließlich einer weiteren Einzelfrage. Im Zentrum des Interesses steht hier vor allem, welche Auswirkungen präventive Geheimhaltungsinteressen (Schutz von Informanten, Betriebsabläufen, Ermittlungstechniken etc.) auf das Strafverfahren haben. Da nachrichtendienstliche Erkenntnisse in den letzten zehn Jahren immer größere Bedeutung für das Strafverfahren (v.a. in Terrorismusverfahren und Verfahren gegen Personen aus dem Bereich der organisierten Kriminalität) erlangt haben, wird der Umgang mit diesen Erkenntnissen oftmals zur entscheidenden Frage.

Zur Umsetzung des Forschungsprogramms und um ein internationales Expertennetzwerk zu schaffen, organisiert die Otto-Hahn-Gruppe seit 2014 eine einwöchige Kurs- und Konferenzveranstaltung, die seit 2016 jährlich am Inter-University Center in Dubrovnik (Kroatien) stattfindet. Das Programm wird in Zusammenarbeit mit der rechtswissenschaftlichen Fakultät in Zagreb ausgearbeitet, wo der Kurs auch mit vier ECTS-Punkten anerkannt ist. Internationale Wissenschaftlerinnen und -wissenschaftler, Nachwuchsforscherinnen und -forscher, Praktiker

Die Webseite der Gruppe bietet einen umfangreichen Überblick zu den Tätigkeiten der Gruppe und ihrer Mitglieder.

und fortgeschrittene Studierende haben in diesem Rahmen die Möglichkeit, sich intensiv über das jeweilige Konferenzthema auszutauschen. In den Jahren 2016 und 2017 stand die Terrorismusbekämpfung im Vordergrund („ISIS as a Threat and Legal Challenge and the Prevention of Recruitment of Terrorism“ bzw. „Fight Against Terrorism through Prevention of Financing and Recruitment“), während 2018 die europäische Zusammenarbeit und der Opferschutz im Mittelpunkt standen („Enhancement of Victims Protection within the EU – Building Mutual Trust Between the EU Member States“). Mit im Durchschnitt jeweils 20 Vortragenden und über 50 Teilnehmern hat sich die Veranstaltung zu einem höchst erfolgreichen Programm entwickelt, das auch in den nächsten Jahren und nach Abschluss der Otto-Hahn-Gruppe fortgesetzt werden soll.

In der im Jahr 2017 neu geschaffenen Reihe „Beiträge zum Sicherheitsrecht“ werden Forschungsergebnisse, die im Rahmen der Otto-Hahn-Gruppe entstanden sind, einem breiten Fachpublikum als Open Access zugänglich gemacht. Die Texte sind als Online-PDF auf den Seiten des Max-Planck-Instituts, über das Publikationsrepositorium der Max-Planck-Gesellschaft (PuRe) sowie auf der Website der Otto-Hahn Gruppe (<https://criminallaw.science/de>) abrufbar.

C. Vorbereitung der Otto-Hahn-Gruppe zu „Alternative and Informal Types of Criminal Justice and Procedure“

Im Berichtszeitraum 2015–2017 gelang es der strafrechtlichen Abteilung des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht (MPICC), die Grundlagen für die Einrichtung einer zweiten Otto-Hahn-Gruppe am Institut zu legen: Der Präsident der Max-Planck-Gesellschaft Prof. Dr. Martin Stratmann verlieh Herrn Dr. Emmanouil Billis, wissenschaftlicher Referent am Institut, neben der Otto-Hahn-Medaille auch den Otto-Hahn-Award 2016 in der Geistes-, Sozial- und Humanwissenschaftlichen Sektion.

Die Preise wurden für die im Rahmen der International Max Planck Research School for Comparative Criminal Law (IMPRS-CC) erstellte und von Prof. Dr. Ulrich Sieber betreute rechtsvergleichende Dissertation über die Rolle des Richters im adversatorischen und im inquisitorischen Beweisverfahren (vgl. oben I.B. Projekt Nr. 40) verliehen. Dies war nicht nur eine besondere Auszeichnung für Dr. Emmanouil Billis. Ein zweiter Otto-Hahn-Award für einen Mitarbeiter der strafrechtlichen Abteilung des Instituts innerhalb weniger Jahre war auch eine weitere Anerkennung der schon vielfach durch Preise gewürdigten Ausbildung in der International Max Planck Research School for Comparative Criminal Law (vgl. unten D.).

Seinen Forschungsaufenthalt im Rahmen der derzeit laufenden ersten Förderphase des Otto-Hahn-Awards verbringt Dr. Billis an den Universitäten von Athen (Griechenland), London (QMUL, Vereinigtes Königreich), Oxford (Vereinigtes Königreich) und Tromsø (Norwegen). Neben seiner Lehrtätigkeit als Guest Lecturer mit allgemeinem Schwerpunkt Strafrechtsvergleichung hat er als Visiting Scholar an diesen Universitäten die Möglichkeit, die rechtsphilosophischen Grundlagen und Besonderheiten einer Vielzahl von Strafrechtssystemen unterschiedlicher Rechtskreise zu erforschen. Ein besonderer Schwerpunkt des Forschungsvorhabens ist die vertiefende Einarbeitung in den allgemeinen Begriff des „strafrechtlichen Konflikts“ (*penal conflict*) sowie in spezifische Fragestellungen im positiven Straf- und Verfahrensrecht wie z.B. die Formen außergerichtlicher Streitbeilegung.

22.7.2017 in Weimar:
Vizepräsidentin Prof. Dr. Friederici überreicht Dr. Emmanouil Billis die Otto-Hahn-Medaille 2016 zusammen mit dem Schreiben von MPG-Präsident Prof. Stratmann über die Verleihung des Otto-Hahn-Awards.

Gleichzeitig bereitet Emmanouil Billis die zweite Phase des Otto-Hahn-Awards vor, namentlich die Übernahme einer Otto-Hahn-Forschungsgruppe als Gruppenleiter mit einem eigenen Forschungskonzept. Im Zentrum seiner Forschung stehen die zeitgenössischen alternativen Verfahrensformen und informellen Prozesstypen zur Konfliktlerledigung in verschiedenen Strafjustizsystemen: Die traditionellen verfahrensorientierten Justizsysteme stoßen zunehmend an ihre funktionellen und logistischen Grenzen. Dementsprechend ist die praktische Bedeutung jener Verfahrensmechanismen und Rechtsinstitutionen gestiegen, die sich die Verbesserung der Strafverfolgung vor allem hinsichtlich der Punkte der Verfahrensökonomie und des Erreichens guter statistischer Ergebnisse zum Ziel gesetzt haben. Gleichzeitig wächst das Bedürfnis nach einer holistischen, normativen und abstrakt-theoretischen Betrachtung der modernen Formen der administrativen und ermessensbasierten Verfahrenserledigung, der alternativen Formen von „Konfliktlösung“ einschließlich Mediation und *plea bargaining*, der informellen *soft law*- und Compliance-Programme als Vorgehen bei Wirtschaftskriminalität sowie anderer Verfahrenstechniken zur Verkürzung, Vereinfachung und eventuell Vermeidung des herkömmlichen Ermittlungs- und Gerichtsverfahrens. Die Forschungen von Dr. Emmanouil Billis und seiner Otto-Hahn-Gruppe zielen damit auf die rechtsvergleichende Betrachtung zentraler relevanter Fragen und fügen sich so in das Institutsprogramm über die funktionalen Grenzen des Strafrechts und die neuen Formen der Sozialkontrolle, einschließlich seiner sicherheitsrechtlichen Implikationen ein.

D. International Max Planck Research School for Comparative Criminal Law

1. Gegenstand und Zielsetzung

Die International Max Planck Research School for Comparative Criminal Law (IMPRS-CC) besteht seit 2007. Ihr Ausbildungsprogramm wird vom Max-Planck-Institut und von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg getragen. Sprecher der Research School ist Prof. Dr. Ulrich Sieber; stellvertretender Sprecher ist Prof. Dr. Walter Perron von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Freiburg. Mitglieder des Lenkungsausschusses und Betreuer sind Prof. Dr. Hans-Jörg Albrecht, Prof. Dr. Wolfgang Frisch und Prof. Dr. Roland Hefendehl von der Universität Freiburg. Koordinatoren der Research School sind Jan-Michael Simon und Dr. Nandor Knust.

Die IMPRS-CC fördert und verbindet im Rahmen eines übergreifenden Forschungsprogramms zur Strafrechtsvergleichung Doktorarbeiten und trägt darüber hinaus zur Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses bei. Der Forschungsgegenstand und die Ziele der Research School werden vor allem durch das Forschungsprogramm der strafrechtlichen Abteilung des Instituts bestimmt. Gegenstand des Programms ist ein Strafrecht zum Schutz der Gesellschaft und eine menschenwürdige, demokratische und rechtsstaatliche Kriminalpolitik im Kontext sich verstärkender weltumspannender Interaktion („Globalisierung“) sowie der Veränderung von Risiken („Risikogesellschaft“ und „Informationsgesellschaft“).

Ziel des Forschungsprogramms zu diesem Untersuchungsgegenstand ist es, neues Wissen über die Harmonisierung und die Internationalisierung von Strafrecht, seine internationale Institutionalisierung sowie seine territorialen und funktionalen Grenzen zu schaffen. Die Untersuchungen im

**Doktorandinnen und Doktoranden
der International Max Planck
Research School for Comparative
Criminal Law**

Rahmen der IMPRS-CC sollen dabei auf der Grundlage neuer Erkenntnisse zur Kriminalität und ihrer Entwicklung neues Wissen über den Grad an Konvergenz und Divergenz zwischen Strafrechtsordnungen sowie zu Kontrollmöglichkeiten, Grenzen und Entwicklungstendenzen des Strafrechts schaffen. Darüber hinaus geht es im Kontext der Globalisierung um andere Strategien der Kriminalitätskontrolle als das Strafrecht. Damit wird die Grundlage für Modelle und Lösungen in der Kriminalpolitik und für die Rechtsanwendung geschaffen. Methodisch ist dafür – neben der Analyse der Rechtstatsachen – insbesondere eine universale und funktionale Strafrechtsvergleichen erforderlich, die vor dem Hintergrund unterschiedlicher gesellschaftlicher Bedingungen und philosophischer Traditionen die strukturellen Zusammenhänge von Strafrecht untersucht.

Der internationale Schwerpunkt des Forschungsprogramms, der globale Kontext seines Forschungsgegenstands und der universale Ansatz der Strafrechtsvergleichen vermitteln den Doktoranden ein besseres Verständnis und eine kritische Distanz zu der eigenen Rechtsordnung, die Sensibilität für die zunehmende internationale Annäherung und Anerkennung unterschiedlicher rechts- und kriminalpolitischer Standpunkte sowie die Fähigkeit zur Entwicklung übergreifender Regelungen, die sowohl Unterschiede als auch Gemeinsamkeiten nationaler Strafrechtsordnungen einbeziehen.

2. Promotionsbetreuung

Jedem Promotionsvorhaben in der IMPRS-CC sind sowohl ein Erst- als auch ein Zweitbetreuer (sog. „Thesis Advisory Committee – TAC“) zugeordnet. In regelmäßigen Abständen finden mit den Doktorandinnen und Doktoranden Betreuungsbesprechungen statt, die eine zielgerichtete und qualitativ hochwertige Erstellung der Promotion innerhalb der vorgegebenen Drei-Jahres-Frist garantieren, was sich auch in der durchschnittlichen Promotionszeit von 36 Monaten widerspiegelt (siehe hierzu weiter unten bei Ergebnissen). Neben dem TAC stehen den Mitgliedern der IMPRS-CC auch erfahrene Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler – sogenannte Day2Day-Betreuer – als Ansprechpartner zur Verfügung.

3. Ausbildungsprogramm

Um das ideale Forschungsumfeld der Bibliothek des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht zu nutzen und den Austausch unter den Doktorandinnen und Doktoranden zu fördern, arbeiten alle Mitglieder der IMPRS-CC in Gemeinschaftsbüros des Instituts.

Die inhaltlichen Aspekte der Ausbildung werden durch regelmäßig durchgeführte Doktoranden-seminare und durch spezielle Ausbildungseinheiten zu grundlegenden und spezifischen Aspekten der Strafrechtsvergleichen sowie zu allgemeinen Schlüsselqualifikationen und zur eigenständigen, problemorientierten und verantwortungsbewussten Forschung ergänzt.

Zentrales Element des Ausbildungsprogramms ist das regelmäßig stattfindende Doktoranden-seminar, in dem jedes Mitglied der IMPRS-CC mindestens einmal pro Jahr seine Arbeit vorstellt und zusammen mit den Betreuern, den Professoren des IMPRS-CC-Lenkungsausschusses und den anderen Mitgliedern diskutiert. Da alle Promovierenden rechtsvergleichend forschen, sind besonders die Diskussionen über die – meist für viele Arbeiten relevanten – Methodenfragen fruchtbar. Im Berichtszeitraum wurden insgesamt 39 Doktoranden-seminare durchgeführt:

- 2015: 13 Doktoranden-seminare
- 2016: 12 Doktoranden-seminare
- 2017: 14 Doktoranden-seminare

Erheblichen Gewinn bringen auch die regelmäßigen Blockseminare, in denen ebenfalls Methodenfragen im Vordergrund stehen, die häufig mit speziellen Anwendungsbeispielen verbunden werden.

Das Ausbildungskonzept der Blockseminare ist zweigliedrig. Zum einen werden hochrangige Experten der Strafrechtsvergleichen und anderer Disziplinen dazu eingeladen, den Doktorandinnen und Doktoranden weiteres Wissen zu vermitteln. Zum anderen sind die Nachwuchswissen-

schaftlerinnen und -wissenschaftler aktiv in den Ablauf der Blockseminare eingegliedert, um ihr erlerntes strafrechtsvergleichendes Wissen aktiv anwenden zu können.

Im Dezember 2017 veranstaltete die IMPRS-CC beispielsweise unter dem Titel „Beyond National Sovereignty – New Approaches to International and Transnational Law Enforcement“ ein Blockseminar zu den neuesten Entwicklungen der internationalen bzw. transnationalen Verbrechensbekämpfung. Hierfür wurden führende Wissenschaftler, aber vor allem auch Funktionsträger der nationalen, regionalen und internationalen Institutionen eingeladen, um einen fruchtbaren Dialog zwischen Theorie und Praxis zu generieren. Das von den Doktorandinnen und Doktoranden der IMPRS-CC geleitete Seminar verfolgte in Bezug auf die Strafrechtsvergleichung einen interdisziplinären Ansatz: Neben der rein (straf-)rechtlichen Betrachtung wurden auch Aspekte der Kriminologie und Rechtssoziologie einbezogen. Im Rahmen dieser Veranstaltung wurden auch Doktorandinnen und Doktoranden der IMPRS-REMEP in das Blockseminar integriert, was zusätzlich den Austausch zwischen den Promovierenden beider Research Schools förderte. Methodischer Ausgangspunkt war die rechtsvergleichende Untersuchung von internationalen, regionalen bzw. transnationalen Rechtsregimen der internationalen Verbrechensbekämpfung. Strukturell war das Seminar in fünf Hauptthemenblöcke untergliedert: Internationale Regime, regionale Regime, neue präventiv ausgelegte Regime, globale Regime und ein Theorieteil über internationale und transnationale Verbrechensbekämpfung.

Hinzu kamen zahlreiche Einzelvorträge auswärtiger Referentinnen und Referenten, die Mittwochsvorträge der strafrechtlichen Forschungsabteilung, die Möglichkeit zur Teilnahme an den Veranstaltungen der anderen Doktorandenschulen in Freiburg sowie die aktive Teilnahme an Veranstaltungen im Ausland oder an auswärtigen Kongressen. Im Hinblick auf das Freiburger Vortragsprogramm wird auf die unter VIII.B.1 genannten Veranstaltungen verwiesen, die den Mitgliedern aller Freiburger Doktorandenschulen offenstanden. Neben der Teilnahme an fachspezifischen Vorträgen im Rahmen der Mittwochsvorträge konnten die Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler auch an den Vorlesungen der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg teilnehmen.

Einen weiteren Punkt im Rahmen des IMPRS-CC-Ausbildungsprogramms stellt die Kooperation mit KORSE dar (siehe hierzu Punkt III.G.). Beide Promotions-Ausbildungscurricula sind unmittelbar miteinander vernetzt, sodass hier die Doktorandinnen und Doktoranden von den Programmen und Veranstaltungen der jeweils anderen Institution profitieren können.

4. Evaluation 2011

Das Ausbildungs- und Promotionsprogramm der IMPRS-CC wurde nach fünfjähriger Laufzeit im Oktober 2011 von einem international besetzten Gutachtergremium evaluiert. Die Evaluation ergab, dass die IMPRS-CC den Studenten einen erheblichen Mehrwert bietet und die Kombination aus exzellenter Wissenschaft und hervorragender Ausbildung eine sehr gute International Max Planck Research School hervorgebracht hat, gekennzeichnet durch eine durchschnittlich zügige Promotionszeit und durch herausragende wissenschaftliche Forschungsergebnisse ihrer Absolventen. Auch wurde festgehalten, dass das Ausbildungsprogramm der IMPRS-CC zum Strafrecht weltweit einmalig ist und die bisherigen Doktorandinnen und Doktoranden sehr zufrieden mit der Ausbildung waren (nähere Informationen zur IMPRS-CC finden sich in der Broschüre „International Max Planck Research School for Comparative Criminal Law 2007–2015“).

5. Statistiken und Bewertungen zum Berichtszeitraum (2015–2017)

Die IMPRS-CC hat diesen erfolgreichen Kurs auch im Berichtszeitraum 2015–2017 fortgesetzt. In diesem Zeitraum wurde an 26 Dissertationen gearbeitet, wobei fünf Promovierende ihr Rigorosum bereits im Jahr 2014 abgelegt hatten und im Berichtszeitraum nur noch ihre Dissertationen publizierten. Die Doktorandinnen und Doktoranden kamen aus 13 Ländern (Brasilien, Chile, VR China, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Italien, Kolumbien, Peru, Philippinen,

Taiwan, Türkei). Von den 23 aktiven (d.h. sich noch vor dem Rigorosum befindlichen) Doktorandinnen und Doktoranden wurden 13 von Prof. Sieber betreut, 7 von Prof. Perron, 2 von Prof. Albrecht und 1 von Prof. Frisch.

Innerhalb des Berichtszeitraums schlossen 10 Doktorandinnen und Doktoranden ihr Rigorosum erfolgreich ab. Das Gesamtergebnis dieser Promotionen ist hervorragend: Sechs Arbeiten wurden mit der Bestnote *summa cum laude* und vier Arbeiten mit *magna cum laude* bewertet. Von 2015–2017 wurden drei von Prof. Sieber betreute Promotionen mit der Otto-Hahn-Medaille der Max-Planck-Gesellschaft ausgezeichnet und zwei mit dem Otto-Hahn-Award geehrt (der mit der Einrichtung einer eigenen Nachwuchsgruppe verbunden ist, vgl. oben III.B. und C.). Ende 2017 standen zwei weitere Doktorandinnen und Doktoranden kurz vor dem Rigorosum.

Von den insgesamt 23 aktiven Mitgliedern kamen 17 aus dem Ausland und 6 aus Deutschland. 14 Mitglieder waren weiblich und 9 waren männlich. Dieser Frauenanteil ist vor allem deshalb bemerkenswert, weil der Anteil der Doktorandinnen in den Vorjahren noch deutlich niedriger war. Mit einem Frauenanteil von 61 % und einem Ausländeranteil von 74 % übertraf die IMPRS-CC damit zu dem o.g. Stichtag auch ihre beiden zusätzlichen Ziele, mindestens 50 % Doktorandinnen und mindestens 50 % ausländische Mitglieder zu haben.

6. Gesamtergebnisse (2007–2017)

Die erfolgreiche Arbeit der IMPRS-CC wird auch durch einen Blick auf ihre Gesamtentwicklung seit 2007 bestätigt: Seit Beginn der IMPRS-CC im Jahre 2007 wurden Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler aus 18 Ländern zusammengeführt. Sie kamen aus Bosnien-Herzegowina, Brasilien, Chile, der VR China, aus Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, aus Italien, Iran, Kolumbien, Peru, den Philippinen, aus Polen, der Schweiz, aus Taiwan und der Türkei. Davon schlossen 39 Doktorandinnen und Doktoranden ihre Promotionsverfahren mit dem Rigorosum ab. Die durchschnittliche Promotionszeit bis zum Rigorosum betrug 36 Monate. 32 dieser Dissertationen erschienen bereits in der Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht.

Das entscheidende Qualitätsmerkmal für die Beurteilung der IMPRS-CC ist jedoch die hohe Qualität der Forschungsergebnisse und der zügig erstellten Publikationen, die sich in deren Bewertungen und Auszeichnungen widerspiegelt: 21 der 39 seit 2007 abgeschlossenen Dissertationen wurden mit der Höchstnote *summa cum laude* und 18 mit der zweitbesten Note *magna cum laude* ausgezeichnet. Von den durch Prof. Sieber in der IMPRS-CC betreuten Dissertationen

- wurden 6 Dissertationen mit der Otto-Hahn-Medaille der Max-Planck-Gesellschaft für hervorragend qualifizierte junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ausgezeichnet,
- zwei Doktoranden wurden für ihre Dissertation zusätzlich mit dem Otto-Hahn-Award geehrt (der mit der Einrichtung einer eigenen Nachwuchsgruppe verbunden ist),
- eine Dissertation erhielt 2010 den Carl-von-Rotteck-Preis für die beste Dissertation des Jahres an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Freiburg,
- eine Dissertation erhielt den Dissertationspreis der Deutsch-Französischen Hochschule,
- einem Doktoranden wurde 2012 der Preis der Wirtschaftsstrafrechtlichen Vereinigung verliehen.

Die IMPRS-CC hat entscheidend zur Weiterentwicklung der strafrechtlichen Forschung im Max-Planck-Institut beigetragen, in die sie thematisch und methodisch voll integriert ist. Das Programm der IMPRS-CC geht noch bis zum 31.12.2018, ergänzt durch eine Auslaufphase bis 30.11.2019. Neue Promovierende wurden deswegen ab 2015/16 nur noch aufgenommen, wenn die Fertigstellung der Promotion bis Ende 2018/2019 oder aber eine entsprechende Anschlussfinanzierung gewährleistet war.

Tabelle 1: Dissertationen in der International Max Planck Research School for Comparative Criminal Law im Berichtszeitraum (2015–2017)

Name	Herkunftsland	Betreuer	Thema	Eintritt / Rigorosum / Publikation
1. Aguinaldo, Angela	Philippinen	Sieber	East Meets West: Rechtshilfe zwischen und innerhalb der ASEAN und der EU	15.06.2016
2. Arslan, Mehmet	Türkei	Sieber	Die Aussagefreiheit des Beschuldigten in der polizeilichen Befragung	01.05.2011 / 04.02.2015 / Publ. 2015
3. Billis, Emmanouil	Griechenland	Sieber	Die Rolle des Richters im adversatorischen und inquisitorischen Beweisverfahren Otto-Hahn-Award + Otto-Hahn-Medaille	15.05.2013 / 11.11.2014 / Publ. 2015
4. Bruhn, Christiane	Brasilien	Perron	Das Beweisverfahren im Brasilianischen Strafprozessrecht	01.11.2016
5. Caba, Jan	Türkei	Sieber	Straftaten und Strafmaßnahmen zum Schutz der Rechtspflege gemäß Art. 70, 71 IStGH-Statut	01.05.2015
6. Castillo Ara, Alejandra	Chile	Sieber	Normbefolgungsunfähigkeit im Strafrecht	01.09.2015 / [29.01.2018]
7. Castillo Montt, Pablo	Chile	Perron	Die strafrechtliche Behandlung der Sterbehilfe im deutschen und chilenischen Recht	01.01.2017 / [11.07.2018]
8. Chalkiadaki, Vasiliki	Griechenland	Albrecht	Gefährderkonzepte in der Kriminalpolitik	01.02.2011 / 15.07.2015 / Publ. 2017
9. D'Angelo, Michela	Italien	Perron	Die Gegenwärtigkeit des Angriffs im Notwehrrecht	01.08.2014 / 21.10.2015
10. Neubert, Carl-Wendelin	Deutschland	Sieber	Der Einsatz tödlicher Waffengewalt durch die deutsche auswärtige Gewalt Otto-Hahn-Medaille	15.03.2013 / 15.07.2015 / Publ. 2016
11. Petri, Lena	Deutschland	Sieber	Erkenntnis, Gewissheit und Rechtfertigung	01.02.2012
12. Pinggen, Anna	Frankreich	Sieber	Motivationsdelikte	01.07.2017
13. Romero, Angélica	Kolumbien	Sieber	Ermittlungen gegen Organisierte Kriminalität in Deutschland und Kolumbien	15.02.2011
14. Rudanko, Mikko	Finnland	Sieber	Der Vorsatz	01.01.2016
15. Salazar Sánchez, Nelson	Peru	Perron	Täterschaft und Teilnahme bei vorsätzlichen Kollektiventscheidungen in Wirtschaftsunternehmen	01.11.2015
16. Samaritaki, Marilena	Griechenland	Sieber	Legitimation und Grenzen der Versuchs- und Vorbereitungstrafbarkeit im deutschen und englischen Strafrecht	15.10.2016
17. Schäuble, Johannes	Deutschland	Perron	Strafverfahren und Prozessverantwortung	01.09.2013 / 09.11.2016 / Publ. 2017
18. Schlageter, Theda	Deutschland	Perron	Kulturgutschutz und Strafrecht	01.01.2017
19. Schrägle, Hannes	Deutschland	Sieber	Das begehungsgleiche Unterlassungsdelikt	15.05.2013 / 13.07.2016 / Publ. 2017
20. Tsilimpari, Maria	Griechenland	Sieber	Rechtfertigungs- und Entschuldigungsgründe im deutschen und englischen Recht am Beispiel von Notwehr und Notstand	15.08.2014

Name	Herkunftsland	Betreuer	Thema	Eintritt / Rigorosum / Publikation
21. Vetter, Mandy	Deutschland	Frisch	Verteidigerkonsultation im Ermittlungsverfahren	01.04.2009 / 04.05.2016 / Publ. 2018
22. Wang, Jing	China	Perron	Die Vermögensverfügung als Tatbestand des Betrugs	15.05.2012 / 15.07.2015 / Publ. 2016
23. Weiß, Harald	Deutschland	Sieber	Haft ohne Urteil Otto-Hahn-Medaille + Dissertationspreis der Deutsch-Französischen Hochschule	01.12.2010 / 22.07.2014 / Publ. 2015
24. Yun, Chunliang	Taiwan	Hefendehl	Die Strafbarkeitsgründe des Insiderhandelsverbots	01.12.2010 / 05.02.2014 / Publ. 2016
25. Zhou, Zishi	VR China	Albrecht	Geschichte, Stand und Entwicklung des Sexualstrafrechts	15.12.2013 / 31.01.2017
26. Zong, Yukun	VR China	Sieber	Beweisverwertungsverbote im Strafverfahren	01.03.2011 / 08.11.2016

Tabelle 2: Alumni

Name	Herkunftsland	Betreuer	Thema	Eintritt / Rigorosum / Publikation
1. Albrecht, Michael	Deutschland	Sieber	Die Kriminalisierung von Dual-Use-Software	15.02.11 (07.05.2013) Publ. 2014
2. Contreras, Lautaro	Chile	Frisch	Normative Kriterien zur Bestimmung der Sorgfaltspflichten des Produzenten	01.04.09 (08.02.2012) Publ. 2012
3. Engelhart, Marc	Deutschland	Sieber	Sanktionierung von Unternehmen unter besonderer Berücksichtigung von Compliance-Maßnahmen Otto-Hahn-Award + Otto-Hahn-Medaille + WisteV-Preis	01.04.07 (09.02.10) Publ. 2010
4. Forster, Susanne	Deutschland	Sieber	Freiheitsbeschränkungen für mutmaßliche Terroristen	01.01.2007 (01.07.2009) Publ. 2010
5. García, Gonzalo	Chile	Hefendehl	Die Informationsstörung als Grundstein des Kapitalmarktstrafrechts	01.06.08 (05.02.2013) Publ. 2014
6. Ghassemi, Ghassem	Iran	Albrecht/ Frisch	Analyse der iranischen Strafrechtspolitik seit der Revolution von 1979	01.01.07 (18.05.10) Publ. 2013
7. Herbert, Nico	Deutschland	Perron	Der strafrechtliche Schutz nichtwirtschaftsfördernder EU-Subventionen vor leichtfertigem Missbrauch in Deutschland, Österreich und England	01.09.09 (30.11.2012) Publ. 2013
8. Herbert, Sarah	Deutschland	Sieber	Grenzen des Strafrechts bei der Terrorismusgesetzgebung	01.06.11 (07.05.2013) Publ. 2014
9. Hörster, Matthias	Deutschland	Frisch	Die strict liability des englischen Strafrechts	01.03.2007 (26.11.2008) Publ. 2009

Name	Herkunftsland	Betreuer	Thema	Eintritt / Rigorosum / Publikation
10. Hügel, Lennart	Deutschland	Sieber	Strafrechtliche Prävention der Terrorismusuntersttzung	01.03.11 (04.02.014) Publ. 2014
11. Knust, Nandor	Deutschland	Sieber/ Perron	Strafrecht und Gacaca Otto-Hahn-Medaille	01.04.07 (26.07.11) Publ. 2013
12. Lang, Xenia	Deutschland	Sieber	Geheimdienstinformationen im Strafprozess	01.02.10 (07.05.2013) Publ. 2014
13. Macke, Julia	Deutschland	Sieber	UN-Sicherheitsrat und Strafrecht	01.04.2007 (19.05.2009) Publ. 2009
14. Maljevic, Almir	Bosnien-Herzegowina	Sieber	„Participation in a Criminal Organisation“ and „Conspiracy“	01.03.2007 (11.02.2009) Publ. 2011
15. Morawski, Slawomir	Polen	Perron	Systeme der Ein- und Abstufungen der Tatschwere im deutschen und im polnischen Strafrecht	01.03.2007 (01.12.2009) Publ. 2011
16. Müller, Tim	Deutschland	Sieber/Perron	Präventiver Freiheitsentzug als Instrument der Terrorismusbekämpfung Otto-Hahn-Medaille + Carl-von-Rotteck-Preis	01.11.07 (14.07.10) Publ. 2011
17. Pleksepp, Alan	Estland	Perron	Die gleichmäßige Gewährleistung des Rechts auf Verteidigerbeistand	01.01.2007 (09.02.2010) Publ. 2012
18. Qi, Xiong	VR China	Albrecht	Massenmedien und Strafurteil	01.01.2007 (09.02.2010) Publ. 2012
19. Reeb, Philipp	Deutschland	Hefendehl	Internal Investigations. Neue Tendenzen privater Ermittlungen	01.04.2010 (01.12.2010) Publ. 2011
20. Rheinbay, Susanne	Deutschland	Sieber	Die Errichtung einer Europäischen Staatsanwaltschaft	01.09.09 (05.02.2013) Publ. 2014
21. Roth, Lutz	Deutschland	Hefendehl	Wettbewerbsverzerrungen durch Strafrecht	01.01.2007 (20.05.2009) Publ. 2010
22. Santangelo, Chiara	Deutschland	Sieber	Der urheberrechtliche Schutz digitaler Werke Eine vergleichende Untersuchung der Schutz- und Sanktionsmaßnahmen im deutschen, italienischen und englischen Recht	01.01.2009 (30.11.2010) Publ. 2011
23. Sonderegger, Linus	Deutschland	Sieber	Grenzen des Folterverbots	15.02.2008 (25.05.2011) Publ. 2012
24. Wang, Gang	VR China	Perron	Die strafrechtliche Rechtfertigung von Hoheitsträgern in Extremfällen	01.09.09 (09.07.2013) Publ. 2014
25. Wang, Ying	VR China	Albrecht	Strafrechtlicher Schutz des Eigentums	01.03.2007 (30.11.2009) Publ. 2011
26. Zhou, Zunyou	VR China	Sieber	Terrorismusbekämpfung im Spannungsfeld von Sicherheit und Freiheit in Deutschland und China	01.03.07 (16.05.2012) Publ. 2014

E. International Max Planck Research School on Retaliation, Mediation and Punishment

Ausrichtung der Doktorandenschule

Die International Max Planck Research School on Retaliation, Mediation and Punishment (IMPRS-REMPE) ist eine von drei am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht (MPICC) angesiedelten Doktorandenschulen. Im Rahmen des Forschungsprogramms der IMPRS-REMPE wird der zentralen Fragestellung nach der Rolle und Funktion von Vergeltung, Mediation und Strafe für die Aushandlung, Konstruktion, Aufrechterhaltung und Wiedergewinnung sozialer Ordnung, sozialer Kontrolle und nunmehr auch Sicherheit im Kontext von Konflikt- und Postkonfliktgesellschaften, aber auch im Zusammenhang mit Verbrechen und Terrorismus nachgegangen. Die IMPRS-REMPE hat einen vergleichenden sowie interdisziplinären Ansatz und fügt sich ein in das jeweilige Forschungsprogramm der beteiligten Max-Planck-Institute und Universitäten. In Freiburg liegt der Schwerpunkt auf Studien, die sich im weitesten Sinne der kriminologischen bzw. strafrechtlichen und strafrechtsvergleichenden Forschung zuordnen lassen. Ein Bezug zu den Grundfragen, welchen Beitrag das Strafrecht bei der Entstehung, Wiederentstehung oder dem Zerfall gesellschaftlicher Ordnung spielt, auf welche Formen und Ausprägungen strafrechtlicher Sozialkontrolle zurückgegriffen wird und welche Substitute (formalisierter) Strafrechtskontrolle denkbar sind, ist bei den Forschungsarbeiten stets erkennbar. Die Promotionsprojekte in Freiburg weisen inhaltliche Überlappungen auf, können aber im Wesentlichen fünf Clustern mit ausgewiesenem eigenem Profil zugeordnet werden, die sich ihrerseits ergänzen. Die Cluster spiegeln die erhebliche Varianz der zentralen Konzepte der IMPRS-REMPE wider.

Das erste Cluster „Strafe, vergeltende Gewalt, Interaktionen und Sozialkontrolle“ umfasst Forschungsarbeiten, die sich vornehmlich mit der Wechselbeziehung von formalisierter Strafe und (vergeltender) Gewalt befassen.

Das zweite Cluster „Mediation und Streitschlichtung in vergleichender Perspektive“ umfasst Forschungsarbeiten, die einen rechtsvergleichenden Ansatz verfolgend sich mit der Rolle von Mediation, Streitschlichtung und Konsens im Rahmen von meist formalisierten Verfahren in verschiedenen Rechtsordnungen befassen.

Das dritte Cluster „Post-Konflikt-Gesellschaften, Transition, Aussöhnung und soziale Ordnung“ enthält Arbeiten zu Transitionsgesellschaften und Räumen begrenzter Staatlichkeit hinsichtlich ihrer Modi zu Vergangenheitsbewältigung und (strafrechtlicher) Aufarbeitung schwerer Menschenrechtsverbrechen und gesellschaftlicher Aussöhnung.

Forschungsarbeiten des vierten Clusters „Strafe und Wechselwirkung zwischen der Völkerrechtsordnung und nationalen Rechtsordnungen“ befassen sich mit den Wechselwirkungen und Einflüssen des Völker(straf)rechts und der internationalen Ordnung auf das nationale bzw. lokale Recht und Gemeinwesen.

Das fünfte und letzte Cluster „Strafe, soziale Kontrolle, Regulierung und Governance“ bezieht sich auf Untersuchungen, die das Zusammenspiel von rechtlichen, wirtschaftlichen und (sicherheits-)politischen Bedingungen in der Reglementierung von (Wirtschafts-)Kriminalität unter der Fragestellung thematisieren, wie diese Bedingungen und Prozesse das (Wirtschafts-)Strafrecht und seine Durchsetzung beeinflussen.

Organisation

An der IMPRS-REMEP beteiligen sich neben dem Freiburger Max-Planck-Institut – vornehmlich durch die kriminologische Abteilung – das Max-Planck-Institut für ethnologische Forschung (Halle) und das Max-Planck-Institut für europäische Rechtsgeschichte (Frankfurt), die Rechtswissenschaftliche Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg sowie die Philosophische Fakultät I der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Die finanziellen Mittel werden zentral durch die Max-Planck-Gesellschaft zur Verfügung gestellt, ergänzt durch Ko-Finanzierungen aus den Institutshaushalten und den Universitäten sowie Drittmitteln. Sprecher der Research School ist derzeit Prof. Dr. Günther Schlee, Direktor am Max-Planck-Institut für ethnologische Forschung in Halle. Sein Stellvertreter ist Prof. Dr. Hans-Jörg Albrecht. Die Gesamtkoordination hat Dr. Timm Sureau vom Max-Planck-Institut für ethnologische Forschung inne. Dr. Carolin Hillemanns, unterdessen Forschungskordinatorin am Freiburger Max-Planck-Institut, ist verantwortlich für den Standort Freiburg.

Die Research School wurde 2008 gegründet und nach erfolgreicher Evaluation der ersten Förderphase (2008–2013) durch international renommierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler um weitere sechs Jahre (2014–2019) verlängert worden.

Ausbildungsprogramm und Betreuung

Die IMPRS-REMEP bietet Doktorandinnen und Doktoranden für einen Zeitraum von drei Jahren die Möglichkeit, interdisziplinär zum Themenbereich Vergeltung, Mediation und Strafe in einem Verbund von Max-Planck-Instituten und Hochschulen zu forschen. Sie stellt hierfür Mittel für Nachwuchskosten (nunmehr grundsätzlich Doktorandenförderverträge) sowie Sachmit-

Freiburger Doktorandinnen und Doktoranden der International Max Planck Research School on Retaliation, Mediation and Punishment

tel zur Verfügung. Die Doktorandinnen und Doktoranden nutzen an ihren jeweiligen Standorten (Frankfurt, Freiburg, Halle) die Infrastruktur der Institute und Universitäten. Sie werden fächerübergreifend von einer Direktorin bzw. Direktoren sowie Hochschulprofessoren unter Einbindung von Senior Researchers oder wissenschaftlichen Referenten im Rahmen von sog. Thesis Advisory Committees betreut. Über das strukturierte Ausbildungsprogramm hinaus werden die MPG-Regeln zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis sowie das Verfahren bei Verdacht auf wissenschaftliches Fehlverhalten und sog. Soft Skills (z.B. Presentation Skills, Academic Writing, Project Management, Umgang mit Literaturverwaltungsprogrammen) vermittelt und die soziale Integration der Doktoranden auch über sog. Buddy-Programme gefördert. Die Trainingssprache der Research School ist Englisch.

Die IMPRS-REMEP verfolgt einen multidisziplinären Ansatz. Zunächst werden die aus unterschiedlichen Fachrichtungen kommenden Doktorandinnen und Doktoranden im Rahmen von Einführungskursen mittels eines einheitlichen Curriculums mit den jeweiligen Forschungsfragen, Theorien und Methoden der beteiligten Disziplinen vertraut gemacht. Während der alljährlichen Winter oder Summer University – regelmäßig in Form eines Retreats – stellen die Promovierenden ihre Dissertationsprojekte zur kritischen Diskussion, in die Faculty Members und Mitpromovierende einbezogen sind. Vorträge zu ausgewählten Themen durch Faculty Members und externe Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Praktiker ergänzen die Kolloquia.

Am Freiburger Max-Planck-Institut legen die Doktorandinnen und Doktoranden eine sog. Proposal Defence in der Regel innerhalb der ersten sechs bis acht Monate nach Aufnahme in die Research School ab. Ziel dieser Prüfung ist sicherzustellen, dass das Forschungsdesign stimmig ist und innovatives Potenzial enthält. Am Institut werden mittels der REMEP Guest Lecture Series sowie über thematisch ausgerichtete Workshops Teilgebiete vertieft sowie Netzwerke mit anderen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern an deutschen und ausländischen Universitäten und Forschungseinrichtungen geknüpft, die das Forschungsinteresse zu Vergeltung, Mediation und Strafe teilen. Ferner erhalten die Promovierenden in Freiburg die Gelegenheit, Expertinnen und Experten zu ihrem Fachgebiet einzuladen, die gezielt Teile der jeweiligen Dissertation in sog. Author Meets Critic Sessions kommentieren. Dieses Format ergänzt die regelmäßig auf Instituts- oder Doktorandenebene stattfindenden Diskussionsrunden zu einzelnen Kapiteln der Doktorarbeiten, zu Zeitschriftenbeiträgen oder auch zu spezifischen empirischen Forschungsmethoden. Ein integraler Bestandteil der Promotionszeit ist die Präsentation eigener Forschungsergebnisse auf europäischen und mitunter auch auf außereuropäischen Tagungen. Die IMPRS-REMEP stellt hierfür jeder Doktorandin und jedem Doktoranden jährlich einen festen Geldbetrag zur Verfügung. Ferner werden sie ermutigt und unterstützt, im zweiten oder dritten Promotionsjahr einen Workshop oder eine Tagung mit Bezug zum eigenen Forschungsthema allein oder gemeinsam zu konzipieren und durchzuführen sowie im Nachgang die Beiträge in geeigneter Art und Weise zu publizieren. Institutionalisierte Kooperationen bestehen weiterhin mit der Bern Graduate School for Criminal Justice (BCS) an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Bern (Doktorandenseminare und Austauschprogramm für Promovierende) sowie dem Centro Studi “Federico Stella” sulla Giustizia penale e la Politica criminale (CSGP) an der Università Cattolica del Sacro Cuore, Mailand (Seminare zu Restorative Justice, Ausarbeitung gemeinsamer Forschungsanträge; siehe EU Projekt Victims & Corporations). Eine Kooperation mit der Washington and Lee School of Law, Virginia, bestand bis 2015.

Empirische Datenerhebung/Feldforschung

Die Doktorandinnen und Doktoranden der Sozialanthropologie führen grundsätzlich bis zu einem Jahr Feldforschung, zum Teil unter schwierigen Bedingungen in (Post-)Konfliktgesellschaften und Krisengebieten durch. Die Forschungsprojekte in der kriminologischen Abteilung des Instituts sind ebenfalls empirisch angelegt. Daher erfolgt auch die Datenerhebung einiger der Freiburger Promovierenden in Form von Umfragen, Interviews oder teilnehmender Beobachtung im oftmals schwierigen Umfeld von Kriminalität und Devianz. Im Berichtszeitraum wurden in Brasilien, Deutschland, England, Frankreich, Norwegen und USA Daten erhoben.

Dank der von der Research School angestoßenen Debatte wurden unterdessen die Rahmenbedingungen für Nachwuchsforscherinnen und -forscher innerhalb der Max-Planck-Gesellschaft signifikant verbessert und Rettungs- und Schutzmechanismen etabliert (Versorgung bei Krankheit, Rückführung bei Unglücksfällen u.Ä.; Max-Planck-Gesellschaft, Eckpunktepapier Krisen- und Sicherheitsmanagement im internationalen Rahmen, Dezember 2010). Die jeweiligen Doktorandinnen und Doktoranden werden in einem Vorbereitungsgespräch mit einem am Institut angesiedelten Psychologen für möglicherweise drohende Re-Traumatisierungen ihrer Informantinnen und Informanten sensibilisiert und auch auf mögliche eigene psychische Belastungen hingewiesen, die sie im Verlauf der Feldforschung erfahren können. Im Nachgang zur Feldphase erhalten sie die Möglichkeit, sich in einem geschützten Rahmen über belastende Erfahrungen mit einem geschulten Psychologen auszutauschen, was jedoch keine Therapie beinhaltet oder ersetzt.

Ausbildungsprogramm während des Berichtszeitraums

2015

- 11.–16. September: Summer University in Bad Hersfeld
- 15.–16. Oktober: BGS-REMEP Doktorandenseminar am MPICC
- 9. Dezember: Workshop on How to Become Known in the United States: Journals, Conferences, Networks & Publishing in English Speaking Journals, MPICC
- Gastvorträge / Author-Meets-Critic Sessions:
 - Dr. Tilmann Röder, Geschäftsführer Max-Planck-Stiftung für internationalen Frieden und Rechtstaatlichkeit, Heidelberg
 - Prof. Dr. Reinhard Wolf, Professur für internationale Beziehungen mit dem Schwerpunkt Weltordnungsfragen, Universität Frankfurt (Author-Meets-Critic Sessions mit Adepeju Solarin)

2016

- 26.–27. Januar: REMEP Einführungskurs in Kriminologie und Strafrecht, MPICC
- 28.–29. Januar: REMEP Einführungskurs in Rechtsgeschichte, MPI für europäische Rechtsgeschichte, Frankfurt
- 4. Februar: Workshop on Stress and Crisis in the Field, MPICC
- 26. Februar: Alumni-Meeting, MPICC
- 4.–8. April: Field Workshop Nairobi, Kenia
- 7.–8. April: International Workshop on Translatability of Genocidal and Mass Violence, Evidentiary Practices, Narratives of Remembrance, and Future Making, MPI für ethnologische Forschung, Halle
- 25. April; 10.–11. Mai; 29. Juni: Empirical Studies Workshop Series, MPICC
- 8.–10. Dezember: BGS-REMEP Doktorandenseminar in Adelboden, Schweiz
- Winter- und Sommersemester 2016/17: Guest Lecture Series on the Colombian Peace Process, MPICC, mit Vorträgen von:
 - Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Hans-Jörg Albrecht, MPICC
 - Prof. Dr. Dr. h.c. Walter Perron, Institut für Strafrecht und Strafprozessrecht, Universität Freiburg
 - Prof. Dr. Dr. h.c. Kai Ambos, Institut für Kriminalwissenschaften, Universität Göttingen
 - Ana Maria Rodriguez, Colombian Commission of Jurists
 - Prof. Dr. Markus Schulze-Kraft, Associate Professor, Department of Political Studies, Universidad Icesi, Cali, Kolumbien
- Gastvorträge / Author-Meets-Critic Sessions:
 - Prof. Dr. Ulrich Bröckling, Institut für Soziologie, Universität Freiburg
 - Jean-Paul Costa, ehem. Präsident des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte
 - Prof. Nora V. Demleitner, Current Roy L. Steinheimer Jr. Professorship in Law, Washington and Lee University, Virginia.

- Prof. Dr. Hartmut Ditton, Lehrstuhl für allgemeine Pädagogik, Erziehungs- und Sozialisationsforschung, Universität München (Author-Meets-Critic Sessions Maria Walsh)
- Prof. Didier Fassin PhD, The James D. Wolfensohn Professor of Social Sciences, Institute of Advanced Study, School of Social Science, Princeton, New Jersey (Author-Meets-Critic Sessions Christine Preiser)
- Klaus Hoffmann, ehem. Vertreter der Anklage ICTY, Oberstaatsanwalt StA Offenburg
- Marie-Ursula Kind, LL.M., Associate Expert with swisspeace, Senior Transitional Justice Adviser of the UNDP/OHCHR Joint Project “Support to Transitional Justice in Kosovo”

2017

- 17.–23. Februar: REMEP Winter University, Neudietendorf
- 23.–24. März: REMEP Einführungskurs in Kriminologie und Strafrecht, MPICC
- 24.–25. April: REMEP Einführungskurs in ethnologische Forschung, MPI für ethnologische Forschung, Halle
- 26.–28. April: REMEP Einführungskurs in Rechtsgeschichte, MPI für europäische Rechtsgeschichte, Frankfurt

Tabelle 1:
Übersicht über die Dissertationen
in der International Max Planck
Research School on Retaliation,
Mediation and Punishment

Name	Akademisches Herkunftsland	Betreuer (1./2.)	Thema (& Finanzierung)	Bemerkung
1. Arfsten, Kerrin-Sina	Deutschland	Albrecht/Krasmann	Security and Vigilance – A Qualitative Study of Public Anti-Terror Vigilance Campaigns in the United States (MPG)	Dissertation eingereicht
2. Cabrera Guirao, Jorge Patricio	Chile	Hefendehl/Albrecht	Critic of the accessoriness of Administrative Regulations in Environmental Criminal Law (DAAD)	Eintritt: Feb. 2016
3. Earbin, Esther	USA	Hefendehl/Albrecht	The Criminalization of Copyright Law: A comparative analysis of Germany and the United States (MPG)	Eintritt: April 2016
4. Glonti, Aleksandre	Georgien	Albrecht/Perron	The Internet as Mechanism for Social Control (DAAD, MPG)	Dissertation eingereicht seit Febr. 2018: Chief specialist for the legal issues committee of the Parliament of Georgia, Tiflis
5. Moura de Souza, Cléssio	Brasilien	Albrecht/Perron	Youth and Violence in Brazil – An Ethnographical Study on Youth Street Violence Related to Drug and Social Order in Brazil's Violent City (MPG)	Eintritt: Okt. 2011
6. Poschadel, Annika	Deutschland	Hefendehl/Albrecht	“Fair Trial” in Transnational Internal Investigations. Transnational internal investigations and their implications on defendant's rights. (Stipendiatin Deutsche Studienstiftung)	
7. Rigoni, Clara	Italien	Albrecht/Foblets (MPI ethnologische Forschung);	Punishment and Social Order: The Role of Cultures in Criminal Sentencing (MPG)	Dissertation eingereicht
8. Rojas Paez, Gustavo	Kolumbien	Albrecht/Perron	Transitional Justice from Below – Chances and Prospects in Contemporary Colombia (DAAD)	Okt. 2010–Sept. 2012 Investigador Junior, Universidad Libre, Bogota, Colombia
9. Ruiheng, Yuning	China	Albrecht/Perron	The Role of Individuals in Compliance Programs. (Stipendiat China Scholarship Council)	Eintritt: Okt. 2017

- 18. Juli: Max Planck Summer Academy on Legal History, MPI für europäische Rechtsgeschichte, Frankfurt
- 13. Juli: Workshop on Perspectives for Researchers: Turning an Idea into a Project and Career Opportunity, MPICC
- 2. August: Workshop on Exploring Job Opportunities on the Non-Academic Job Market, MPICC
- 20. Oktober: Panel on How Terrorists Learn, Carolin Görzig (mit Andreas Armbrorst, Anina Schwarzenbach)
- 2.–3. November: BGS-REMEP Doktorandenseminar, MPICC
- Gastvorträge / Author-Meets-Critic Sessions:
 - Prof. Anne Klinefelter, Associate Professor of Law and Director of the Law Library at the University of North Carolina, Chapel Hill (Author-Meets-Critic Sessions Esther Earbin)
 - Prof. Dr. Salvatore Palidda, Anthropological Science Department, University of Genova

Vom 14.–16. Februar 2018 fand die dritte internationale Tagung zu den zentralen Konzepten Vergeltung – Mediation – Strafe im Rahmen der IMPRS-REMEP am MPI für ethnologische Forschung zum Themenkomplex Strafe statt: Punishment Conference: Negotiating Society. Sie folgte auf die

Tabelle 2: Alumni

Name	Herkunftsland	Betreuer (1./2.)	Thema (& Finanzierung)	Karriereweg
1. Armbrorst, Andreas	Deutschland	Albrecht/Blinkert	Jihadi Violence – A Study of al-Qaeda's Media	Marie-Curie-Fellow (IEF; 2015–2016); Leiter Nationales Zentrum für Kriminalprävention, Bonn
2. Bedoya Sánchez, Shakira	Peru	Albrecht/Perron	The Politics of Order – An Analysis of Punishment in International Law	Lehrbeauftragte an der Juristischen Fakultät Humboldt-Universität Berlin
3. Györy, Csaba	Ungarn	Hefendehl/Albrecht	Criminal Law as a Means of Regulation: The Interplay between Legal, Economic and Political Rationalities in the Regulation of Corporate Crime	Research fellow, Institute for Legal Studies, Hungarian Academy of Science Associate Professor, Centre for Law and Society, ELTE University, Faculty of Law, Budapest
4. Khurelbaatar, Erdem-Undrakh	Mongolei	Albrecht/Perron	Das mongolische strafrechtliche Sanktionensystem – Eine vergleichende Analyse zu Entwicklung, geltendem Recht und Reformen (DAAD Stipendiatin)	Scientific Secretary, The National Legal Institute of Mongolia, Ulaanbaatar
5. von Frankenberg, Kiyomi	Deutschland	Hefendehl/Albrecht	Grundlagen konsensualer Konfliktlösungsprozesse – eine empirische Analyse von Konsensbildungsprozessen in abgesprochenen Wirtschaftsstrafverfahren	Projektmanagerin Mercator Science Policy Network Research Center Ruhr, Essen
6. Hiéramente, Mayeul	Deutschland	Sieber/Perron	International Arrest Warrants in Ongoing Conflicts – The Legal Framework of Criminal Law Interventions by External Actors	Rechtsanwalt für Unternehmensstrafrecht, Düsseldorf
7. Jensen, David	Costa Rica	Albrecht/Perron	Maras: A Study of Their Origin, International Impact, and the Measures Taken to Fight Them	Rechtsanwalt, Costa Rica
8. Kasselt, Julia	Deutschland	Albrecht/Perron	Ehre im Spiegel der Justiz – Eine Untersuchung zur Praxis deutscher Schwurgerichte im Umgang mit dem Phänomen der Ehrenmorde	seit Dez. 2016: Referentin beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
9. Lien, Meng-Chi	Taiwan	Albrecht/Hefendehl	Victim-Offender Mediation and the Role of the Public Prosecutor – A Comparison of Germany, Taiwan and China	Assistant Professor of Law, Institute of Law for Science and Technology (ILST), National Tsing Hua University (NTHU)

internationalen Tagungen zu Vergeltung am MPICC im Oktober 2011 und zu Mediation am MPI für europäische Rechtsgeschichte im Februar 2014. Alle drei Publikationen hierzu erscheinen bei Berghahn Books: Turner, B. & Schlee, G. (eds.) (2017): *On Retaliation. Towards an Interdisciplinary Understanding of a Basic Human Condition*. New York, Oxford. Der Band zu Mediation wird Anfang 2019 und der zu Strafe Ende 2019 veröffentlicht werden.

Wissenstransfer

Die IMPRS-REMEEP hat im Berichtszeitraum verstärkt den Versuch unternommen, die in ihrem Rahmen bearbeiteten Fragestellungen in die breitere Öffentlichkeit zu tragen, um Diskussionen anzustoßen oder sich hieran aktiv zu beteiligen. Besonders gut gelungen ist dies REMEEP-Doktorandin Christine Preiser (<http://www.remep.mpg.de/person/40791/3378>). Die Nachwuchsforscherin kommuniziert sehr erfolgreich über ihre Forschung zur Rolle von Türstehern bei der Aufrechterhaltung normativer Ordnung in deutschen Nachtclubs mittels ihres Blogs und Twitter. Sie ist häufig zu Gast bei Diskussionsveranstaltungen, gerade auch im Rundfunk. Die Printmedien greifen ihr Thema immer wieder auf. Die IMPRS-REMEEP selbst konnte bei den Veranstaltungen zum Wissenstransfer in Freiburg nicht unerhebliche Besucherzahlen verbuchen und stieß auf positive Resonanz. Sie bediente sich unterschiedlicher Formate:

- 24. November 2015: Knastdilemma – Resozialisierung neu Denken; Einladung zur Lesung und zum Publikumsgespräch, veranstaltet gemeinsam mit Neustart, Bezirksverein für soziale Rechtspflege Freiburg, MPICC
- 24. Juni 2016: Panel Discussion on Communist Regime Crimes – in Kooperation mit Justice 2.0/Platform of European Memory and Conscience, MPICC
- 20. November 2017: Max-Planck-Forum, Untaten im Namen des Staates, Verbrechen gegen die Menschlichkeit als Aufgabe des Strafrechts, Winterer Foyer/Theater Freiburg
- 25. November 2016: A Song of Good and Evil – Musikalische Lesung mit Katja Riemann, August Zirner, von und mit Philippe Sands, Theater Freiburg. Das Projekt wurde aufgegriffen von UniCROSS der Universität Freiburg; Freiburger Studierende beleuchteten in crossmedialen Kampagnen dieses Thema über ihre Radio-, TV- und Online-Kanäle
- 16. Januar 2017: Podiumsdiskussion mit Opfern und Tätern der italienischen Roten Brigaden in Kooperation mit dem Italienischen Konsulat Freiburg, dem Centro Culturale Italiano, im Kommunalen Kino in Freiburg
- 22. November 2017: Podiumsdiskussion Kriminalitätsschwerpunkte in Freiburg – Sinnvolle polizeiliche Strategie oder blinder Aktionismus?, MPICC

Statistik und Gesamtbetrachtung

Die IMPRS-REMEEP verfügt über ein strukturiertes Trainings- und Forschungsprogramm, das seit 2008 58 Doktorandinnen und Doktoranden (35 Frauen und 23 Männer) aus Deutschland (21 Promovierende) und aus 24 weiteren Ländern Afrikas, Asiens, Europas sowie Nord- und Südamerikas erfolgreich durchlaufen haben. Hiervon führten 29 Promovierende (18 Frauen und 11 Männer) ihre Forschungsarbeiten am Standort Freiburg durch. 20 Freiburger Promovierende haben unterdessen erfolgreich ihre Dissertation abgeschlossen; ein Dissertationsvorhaben wurde vorzeitig abgebrochen. Zwölf Promovierende wurden von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät, davon einer mit summa cum laude und elf mit magna cum laude, und fünf von der Philosophischen Fakultät der Universität Freiburg, davon drei mit magna cum laude und zwei mit summa cum laude promoviert. Drei Doktorandinnen erwarben den Dokortitel an anderen Fakultäten (LMU München, Fakultät für Psychologie und Pädagogik; Universität Bern, Rechtswissenschaftliche Fakultät, Schweiz; Columbia University School of Law, USA). Die Dissertation von Dr. Andreas Armbrorst wurde 2013 mit der Otto-Hahn-Medaille ausgezeichnet. Weitere drei Dissertationen liegen derzeit zur Begutachtung vor. Die verbleibenden Arbeiten werden im Wesentlichen bis zum Auslaufen der Research School fertiggestellt werden. Neben der Veröffentlichung ihrer Dissertationen können die Doktorandinnen und Doktoranden insgesamt auf eine Vielzahl von Publikationen in Fachzeitschriften (siehe http://www.remep.mpg.de/events_and_publications/publication_list) sowie auf zahlreiche Vorträge auf nationalen

wie internationalen Fachtagungen verweisen (<http://www.remep.mpg.de/people>). Die finanziellen Mittel für die Teilnahme an Tagungen sowie für Forschungsaufenthalte an anderen Universitäten und Forschungseinrichtungen wurden zu einem wesentlichen Teil von der Research School gestellt; zum Teil sind erfolgreich Gelder beim DAAD und der International Graduate Academy der Universität Freiburg eingeworben worden.

Als Resümee soll auf das Fazit der international und interdisziplinär zusammengesetzten Evaluierungskommission an den Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft vom 19. März 2012 verwiesen werden, das auch weiterhin seine Berechtigung beansprucht:

The IMPRS with its exceptional format has developed into a competitive graduate center that attracts talented and highly motivated students from Germany and from all over the world. With an interdisciplinary approach and professional organization, the school offers an excellent program of education and training which the students take full advantage of. The cooperation between participating institutions is untroubled and beneficial to the IMPRS. The IMPRS REMEP is a unique cross-institutional and interdisciplinary venture that offers students an unrivalled opportunity and funding to undertake doctoral research on important topics in a highly collaborative and genuinely innovative intellectual environment. The reviewers view the IMPRS for 'Retaliation, Mediation and punishment' (REMEP) as a great success in both science and education.

Die beiden Tabellen 1 und 2 enthalten lediglich Angaben zu den Freiburger Doktorandinnen und Doktoranden. Weitere Informationen siehe unter www.remep.mpg.de/.

F. MaxNetAging Research School

Das Institut ist ferner mit drei Studien an der institutsübergreifenden MaxNetAging Research School (MNARS) beteiligt. Sie ist Teil des Max Planck International Research Network on Aging (MaxNet Aging). Gegenstand dieses internationalen Netzwerks sind die Ursachen, Verläufe und Konsequenzen des Alterns. Kooperationspartner des Netzwerks sind 15 Max-Planck-Institute, die Politikwissenschaften, Soziologie, Anthropologie, Rechtswissenschaften, Ökonomie, Geschichtswissenschaften, Demografie, Mathematik, Biologie, Medizin, Psychologie und die Gehirnwissenschaften in einem interdisziplinären Forschungsverbund vereinigen. MaxNetAging wurde von Prof. Dr. Paul B. Baltes (1939–2006) gegründet und steht seit 2007 unter der Leitung von Prof. Dr. James W. Vaupel (Max-Planck-Institut für demografische Forschung, Rostock).

Die MNARS wurde 2007 als Ausbildungskomponente von MaxNetAging gegründet und umfasst 81 abgeschlossene und laufende Dissertationsprojekte. Die teilnehmenden Doktorandinnen und Doktoranden kommen aus den unterschiedlichen Fachrichtungen der beteiligten Max-Planck-Institute. Das sechsmonatige Ausbildungsprogramm wird am Max-Planck-Institut für demografische Forschung durchgeführt. Ziel des Ausbildungsprogramms ist es, den Doktorandinnen und Doktoranden Grundkenntnisse der Altersforschung zu vermitteln und sie mit der Interdisziplinarität der Thematik vertraut zu machen. Dadurch sollen fachübergreifende Forschungsarbeiten, die auf einer soliden methodischen, theoretischen und empirischen Grundlage stehen, stimuliert werden. Das Ausbildungsprogramm besteht aus wöchentlichen Vorträgen mit anschließenden Kolloquien, Einführungskursen in Forschungsmethoden, einem Forschungsseminar zu grundlegenden Ansätzen in der Altersforschung sowie einer Graduiertenklasse. In dieser stellen die Doktorandinnen und Doktoranden ihr Dissertationsprojekt zur Diskussion. Nach Beendigung des Ausbildungsprogramms werden die Forschungsarbeiten an den jeweiligen Max-Planck-Instituten weitergeführt.

Teilnehmer der MaxNetAging-Konferenz „Longevity: Future, Present, Past and across the Tree of Life“ im May 2017
Foto: Peter Wilhelm, Max-Planck-Institut für demografische Forschung

Im Berichtszeitraum forschten zwei Doktoranden am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht. Aleksandre Khechumyans Untersuchung „Imprisonment of the Elderly and Death in Custody“ - The Right to Review ist 2018 bei Routledge erschienen. Die Forschungsarbeit untersucht, vor dem Hintergrund steigender Zahlen Gefangener in höherem Alter, die rechtlichen Rahmenbedingungen dieser Altersgruppe insbesondere im Hinblick auf Entlassungsmöglichkeiten und unter Berücksichtigung der sich aus der Europäischen Menschenrechtskommission ergebenden Standards. Die Dissertation wurde von Prof. Albrecht betreut.

Eine Untersuchung zur Kriminalitätsfurcht und Unsicherheitsempfinden Älterer wurde ab 2014 von Herrn Göran Köber durchgeführt. Schwerpunkte seiner Analysen lagen auf der Rolle der körperlichen, psychischen und sozialen Vulnerabilitäten für Unsicherheit und deren Wechselwirkungen mit sozialräumlichen Bedingungen. Die Dissertation wurde von Prof. Dr. Dietrich Oberwittler betreut und 2018 unter dem Titel „Vulnerability and Fear of Crime“ an der Universität Freiburg eingereicht. Sie ist auch Teil des Projektes „SENSIKO“ (Sicherheit älterer Menschen im Wohnquartier. Analysen und Konzeption des Praxismodells „Senioren-sicherheitskoordination“).

G. Beteiligung am Kompetenznetzwerk für das Recht der zivilen Sicherheit in Europa (KORSE)

Im Berichtszeitraum wurde die Kooperation mit dem Kompetenznetzwerk für das Recht der zivilen Sicherheit in Europa (KORSE) der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg fortgeführt. Das Projekt KORSE bestand am Wissenschaftsstandort Freiburg vom 1.2.2013 bis 31.1.2016. Das Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht war mit dem Projekt eng vernetzt. Synergieeffekte gab es insbesondere auch zwischen den beiden International Max Planck Institute Research Schools und der Doktorandenschule des KORSE.

KORSE war ein vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördertes Projekt, an dem neben dem Zentrum für Sicherheit und Gesellschaft der Universität Freiburg, die Deutsche Hochschule für Polizei in Münster, die Bucerius Law School in Hamburg sowie das Institut für Internet und Gesellschaft an der HU Berlin beteiligt waren. Gemeinsames Ziel des Projekts war, den Beitrag der deutschen Rechtswissenschaft innerhalb der europäischen Forschung zur zivilen Sicherheit zu stärken. In dem Projekt erforschten Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler in Doktorandenschulen sowie Experten im Rahmen von Fellowships die theoretischen, dogmatischen und praktischen Fragen, die sich aus der fortschreitenden Europäisierung, Internationalisierung und Globalisierung für das Sicherheitsrecht ergeben. Kern der Forschungen war ein intradisziplinärer Ansatz, der die einzelnen rechtswissenschaftlichen Teilgebiete in horizontaler (insbes. Straf-, Zivil- und Öffentliches Recht) sowie in vertikaler Hinsicht (insbes. Europa- und Völkerrecht) vernetzt. Forschungen behandelten u.a. die Gewährleistung maritimer Sicherheit, den Schutz von IT-Infrastrukturen, die Kontrolle von Geheimdiensten oder die Entgrenzung des Strafrechts durch Präventivmaßnahmen.

Der KORSE-Standort Freiburg wurde von Prof. Dr. Ralf Poscher (Albert-Ludwigs-Universität Freiburg) geleitet, der maßgeblich für die Einwerbung der Drittmittel verantwortlich zeichnete und mit dem das Institut in Fragen der Sicherheitsforschung eng zusammenarbeitete. Aus dem Korse-Projekt ging beispielsweise ein bei Oxford University Press erschienener umfangreicher Band über „Privacy and Power: A Transatlantic Dialogue in the Shadow of the NSA-Affair“ hervor, der u.a. auch auf ein Gemeinschaftsseminar im Freiburger Max-Planck-Institut zurückging und an dem auch ein Institutsmitarbeiter mitschrieb.

In Freiburg arbeiteten zehn Doktoranden zu den Themen Big Data, IT-Sicherheit durch Meldepflichten, Rechtsfragen autonomer Rettungssysteme, Verbote extremistischer Vereinigungen, den Schutz von Staatsgeheimnissen, Whistleblowing, sicherheitspolitische Eingriffe in die Privatautonomie im Außenwirtschaftsrecht, Rechtsbedingungen der dual use-Forschung sowie die Bekämpfung organisierter Kriminalität durch Gewinnabschöpfung. Auch der Mitarbeiter des Instituts, Thomas Wahl (betreut von Prof. Dr. Ulrich Sieber) forschte bei Korse zu den „Interessenverschiebungen im europäischen Auslieferungsrecht“. Die Arbeit betrifft den Forschungsschwerpunkt der strafrechtlichen Abteilung über das transnationale (europäische) Strafrecht.

Die beiden International Max Planck Research Schools kooperierten mit der KORSE-Doktorandenschule Freiburg im Bereich ihrer Ausbildungskomponenten. Seminare, Kurse und Vorträge standen allen Doktoranden offen und wurden gegenseitig besucht. Prof. Dr. Ulrich Sieber wirkte mit Vorträgen zu Methodenfragen der Strafrechtsvergleichung und zu Ethikfragen am Ausbildungsprogramm sowie an speziellen Seminarveranstaltungen von KORSE mit. Die Kooperation zwischen den beiden Institutionen wurde weiter durch die Beiratstätigkeit der beiden Institutsdirektoren für KORSE gestärkt. Durch die gegenseitige Nutzung der Netzwerke der Research Schools sowie des Instituts kam ein unmittelbarer fachlicher Austausch mit Nachwuchswissenschaftler/-innen sowie Gastwissenschaftler/-innen des MPI mit ähnlichen Forschungsinteressen zustande.

Insbesondere die strafrechtlich geprägten Forschungsprojekte der KORSE-Kollegiaten sowie der Fellows erhielten internationale Rückkoppelung und wertvollen Input.

Aus dem KORSE-Projekt entstand ein Rechtshandbuch Zivile Sicherheit (herausgegeben von Christoph Gusy/Dieter Kugelman/Thomas Würtenberger, erschienen im Springer-Verlag 2017). Thomas Wahl wirkte durch seinen Beitrag „Zivile Sicherheit aus Sicht des Europäischen Strafrechts“ an dem Buchprojekt mit.

IV. Wissenschaftliche Zusammenarbeit

IV. WISSENSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT

179	A. Internationale und nationale Kooperationen
186	B. Max Planck Partner Group for Balkan Criminology
191	C. The Latin American Observatory for Research on Crime Policy and Criminal Law Reform (OLAP)
194	D. Institutionalisierte Netzwerke – insbesondere Joint Research Groups in Istanbul und Teheran
199	E. Ausländische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler am Institut

A. Internationale und nationale Kooperationen

1. Internationale Kooperationen

Das Max-Planck-Institut pflegt seit jeher weltweit enge Verbindungen zu Forschungseinrichtungen und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern im Ausland sowie Akteuren und Institutionen aus Politik und Praxis. Der Schwerpunkt der internationalen Kooperationen wird durch sechs forschungsstrategische Ziele gesetzt:

1. systematische Erweiterung und Konzentration von Informationen zu den Schwerpunkten beider Forschungsprogramme durch Kooperationsprojekte weltweit;
2. Aufbau und nachhaltige Pflege eines internationalen Netzwerks exzellenter Forschungseinrichtungen und Forscherinnen und Forscher, auch verbunden mit der Förderung der internationalen Sichtbarkeit;
3. an das Forschungsprogramm des Instituts angelehnte und mit diesem eng verschränkte Entwicklung von Forschungskapazitäten und -zentren an verschiedenen ausländischen Standpunkten sowie am Institut selbst;
4. Förderung des kritischen Diskurses zu den Schwerpunkten der Forschungsprogramme durch internationalen Austausch mit Wissenschaft, Politik und Praxis;
5. Förderung der Synergien zwischen Grundlagenforschung und der Ausbildung von Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern aus der ganzen Welt;
6. Unterstützung von Entwicklungsländern und Übergangsgesellschaften beim Aufbau eines modernen rechtsstaatlichen Strafrechts und Justizsystems.

Die wissenschaftlichen Kooperationen des Instituts ergeben sich *inhaltlich* vor allem aus zwei Prozessen, die den Forschungsschwerpunkten beider Abteilungen zugrunde liegen: erstens der Globalisierung und der damit verbundenen Transnationalisierung der Kriminalität, zweitens der Veränderung der Risiken und der Risikowahrnehmung von komplexen Kriminalitätsformen, insbesondere im Zusammenhang mit Terrorismus, Organisierter Kriminalität, Internetkriminalität und Wirtschaftskriminalität. Sie fokussieren sich zum anderen auf wissenschaftliche Projekte zur Rechtsvergleichung sowie zur Analyse der ausländischen und supranationalen Rechtsordnungen, insbesondere der Europäischen Union, des Europarates, der Vereinten Nationen und dem Internationalen Strafrecht.

a) Weltweite Kooperationen

Neben weltweiten Kooperationen legt das Institut in seiner internationalen Zusammenarbeit vor allem geografische Schwerpunkte.

Eine weltweite Zusammenarbeit erfolgte im Berichtszeitraum auf dem Gebiet der Strafrechtsvergleichung insbesondere in dem langjährigen Projekt „Max-Planck-Informationssystem für Strafrechtsvergleichung“, dem Projekt „Internationale Zusammenarbeit im Rahmen der Telekommunikationsüberwachung“ und im rechtsvergleichenden Projekt „Prevention, Investigation and Sanctioning of Economic Crime“. In dem Projekt „Max-Planck-Informationssystem“ kooperieren beispielsweise seit über 10 Jahren mehr als 40 Autorinnen und Autoren aus über 30 Staaten.

Auch in den großen internationalen Vereinigungen für Strafrecht und für Rechtsvergleichung besteht eine weltweite Zusammenarbeit: mit der Association Internationale de Droit Pénal (AIDP), der Société Internationale de Défense Sociale pour une Politique Criminelle Humaniste (SiDS) und der International Academy of Comparative Law (IACL). So veranstaltete das Max-Planck-Institut gemeinsam mit der AIDP und einigen renommierten europäischen Universitäten die „2018 AIDP Conference and International Colloquium on Section III of the XXth AIDP International Congress of Penal Law: Prevention, Investigation, and Sanctioning of Economic Crime“ vom 18.–23.06.2018 in Freiburg i.Br. Rund 200 ausgewiesene Expertinnen und Experten auf dem Gebiet des Wirtschaftsstrafrechts diskutierten – mit Bezug zum Wirtschaftsstrafrecht – die aktuellen Veränderungen der Kriminalität, des Strafrechts und der Kriminalpolitik in der globalen Informations- und Risikogesellschaft. Die damit einhergehenden neuen Herausforderungen an das Strafrecht, insbesondere die Rolle des Strafrechts in dem neu entstehenden präventiv orientierten Sicherheitsrecht und vor allem die alternativen Systeme der Sozialkontrolle (u.a. das Verwaltungsstrafrecht, Bestimmungen zur Geldwäschebekämpfung, Vorschriften zu Verfall und Einziehung, privatrechtliche Compliance-Programme) standen im Zentrum der Debatten. Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler entwarfen Empfehlungen an die Politik, die im Rahmen des XXth AIDP International Congress of Penal Law in Rom (2019) verabschiedet werden sollen. Leitfragen waren dabei zum einen, wie effektiv derartige alternative Sanktionssysteme Wirtschaftskriminalität einhegen können und welche menschen- und bürgerrechtlichen Garantien sie beinhalten sollten und müssten.

Im Bereich der Kriminologie arbeitet das Institut seit 2006 mit dem United Nations Interregional Crime and Justice Research Institute zusammen; gemeinsam geben sie die Onlinezeitschrift „F3 – Freedom from Fear Magazine“ zu geopolitischen Fragestellungen heraus.

b) Geografische Schwerpunkte

Geografisch liegen die Schwerpunkte der internationalen Zusammenarbeit auf dem europäischen Raum, der Russischen Föderation, der Mongolei, der Ukraine und dem Südkaukasus, der Türkei und dem Iran, China sowie Lateinamerika sowie neuerdings auf Kanada und Australien. Europäische Kooperationen ergeben sich dabei vor allem aus der gewachsenen Zuständigkeit der Europäischen Union in den Bereichen Kriminalitätsprävention und Strafrechts-harmonisierung sowie aus dem zunehmenden Bedürfnis europäischer Staaten, gemeinsame Strategien in der Kriminalpolitik zu verfolgen. Ein weiterer Schwerpunkt betrifft Staaten und Regionen, die von politischer und sozialer Transition und/oder wirtschaftlicher Transformation gekennzeichnet sind, wie insbesondere die Volksrepublik China, die Mongolei, die Region Lateinamerika, die Balkanregion, die Russische Föderation, die Region des Südkaukasus, die Republik Türkei und die Islamische Republik Iran. Die neuen Kooperationen mit Kanada und Australien fokussieren sich auf die Bearbeitung gemeinsamer Forschungsinteressen im Bereich der Terrorismusforschung und Forschung zu Sexualstraftätern sowie zur urbanen Gewaltdelinquenz.

Europäischer Raum

Zu den Forschungsprojekten und Kooperationen im europäischen Raum zählen u.a. das bereits erwähnte Projekt „Internationale Zusammenarbeit in der Telekommunikationsüberwachung“; das Drittmittelprojekt über Grundlagenfragen der Geldwäschekontrolle, das von der EU finanzierte Projekt „Victims and Corporations – Implementation of Directive 2012/29/EU for Victims of Corporate Crimes and of Corporate Violence“ in Zusammenarbeit mit der Università Cattolica del Sacro Cuore Mailand (PI) und der Katholieke Universiteit Leuven; das von der DFG und dem CNRS unterstützte Projekt POLIS (Polizei und Jugendliche in multiethnischen Gesellschaften), das gemeinsam mit der Universität Grenoble getragen wird; das in Kooperation mit neun europäischen Universitäten durchgeführte Projekt „Restrictions and Disenfranchisement of Certain Civil and Political Rights after Conviction“.

Im Jahr 2015 wurde das Projekt „Developing Integrated Responses to Sexual Violence: An interdisciplinary research project on the potential of restorative justice“ beendet, an dem das Max-Planck-Institut neben sechs weiteren Projektpartnern und -partnerinnen aus verschiedenen europäischen Ländern (Belgien, Irland, den Niederlanden, Dänemark, Norwegen, Großbritannien) beteiligt war. In diesem von der Europäischen Kommission geförderten Daphne 2011 Projekt wurde untersucht, ob und wie der Restorative-Justice-Ansatz auch im Bereich von Sexualstraftaten eine effektive alternative Intervention im Rahmen der Strafverfolgung darstellen kann. Ergebnisse dieser Kooperation waren u.a. ein Sammelband und eine Monographie sowie ein Practice Guide, zu denen Dr. Gunda Wößner beitrug. Eine intensive wissenschaftliche Zusammenarbeit in der Balkanregion ermöglicht die Kooperation mit der Universität Zagreb im Rahmen der „Max Planck Partner Group for Balkan Criminology“ (MPPG). Darüber hinaus werden im Bereich der Lehre seit 2006 zusammen mit der Universität Pécs im jährlichen Wechsel strafrechtliche bzw. kriminologische Sommerkurse abgehalten.

Zwischen der kriminologischen Abteilung des Max-Planck-Instituts und dem „National Institute of Criminology of Hungary (OKRI)“ hat sich in den letzten zehn Jahren eine Kooperation etabliert, die in regelmäßigen und stetig an Sichtbarkeit gewinnenden gemeinsamen Veranstaltungen mündete. Um diese international etablierte Kooperation fortzuführen und zu erweitern, fand im März 2018 der eintägige Workshop „Challenges for Criminal Psychology in Times of Insecurity and Globalization“ im Freiburger Max-Planck-Institut statt. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus verschiedenen ungarischen Forschungseinrichtungen und dem Institut präsentierten und diskutierten empirische Forschungsergebnisse zu verschiedenen aktuellen Themen wie z.B. objektiver und subjektiver Sicherheit, Opfern von Unternehmenskriminalität in einem globalisierten Kontext oder zu neueren, z.B. neurobiologischen Erkenntnissen der Jugendkriminalität. In diesem Rahmen kam ein reger Austausch zu der Frage zustande, was die Kriminalpsychologie im 21. Jahrhundert zu den gesellschaftlich drängenden Fragen zu bieten hat.

Mit der Universität Bern und der Università Cattolica del Sacro Cuore in Mailand ist insbesondere die am Institut angesiedelte International Max Planck Research School on Retaliation, Mediation and Punishment durch Kooperationsvereinbarungen im Rahmen ihres Ausbildungsprogramms weiterhin eng in Form von jährlich stattfindenden Doktorandenseminaren respektive Tagungen und einem gemeinsamen Forschungsvorhaben verbunden.

Ferner ging auf das Institut die Gründung der European Criminology Group on Atrocity Crimes and Transitional Justice im Rahmen der jährlichen Konferenz der European Society of Criminology im Jahre 2012 zurück. Ziel dieser Arbeitsgruppe ist, die Strafrechtswissenschaft und Kriminologie in der Disziplin des Völkerstrafrechts und Übergangsgerechtigkeit zu stärken und die Vernetzung der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler dieser Fachrichtung weiter zu fördern.

Darüber hinaus gibt das Institut in Zusammenarbeit mit Kolleginnen und Kollegen aus allen EU-Staaten das Onlinejournal „eucrim – The European Criminal Law Association's Forum“, eine europaweite Plattform für das europäische Strafrecht, sowie das Journal for Security Research in Kooperation mit dem European University Institute, Florenz, und der Ecole Centrale Paris heraus. Schließlich ist das Institut federführend im European Criminal Law Academic Network (ECLAN) vertreten, das Lehre und Forschung zum Europäischen Strafrecht in Kooperation mit 31 meist universitären Partnern befördert.

Russische Föderation, Mongolei und Kaukasus

Die russisch-deutsche Zusammenarbeit findet in der Kooperation mit der Moskauer Lomonosow-Universität, mit der Kant-Universität Kaliningrad sowie mit der Universität von St. Petersburg ihre Fortsetzung. Auch mit den Ländern der ehemaligen Sowjetunion, insbesondere mit der Mongolei, der Ukraine, Georgien, Armenien und Aserbeidschan, wurde der wissenschaftliche Austausch weiter vertieft, was sich in der Verleihung zweier Ehrendoktorwürden an Prof. Dr.

Hans-Jörg Albrecht im September 2016 durch die Law Enforcement University in Ulan Bator/Mongolei sowie im Mai 2017 durch die Technische Universität in Tiflis/Georgien widerspiegelt. In Georgien waren dem zahlreiche gemeinsame wissenschaftliche Veranstaltungen sowie das mit der Robakidze-Universität in Tiflis gemeinsam gegründete Transkaukasische Forschungszentrum für Kriminalitätsprävention und vergleichende Kriminologie vorausgegangen. Entsprechendes gilt für die Verleihung von zwei Ehrendoktorgraden an Prof. Sieber durch die West University in Timișoara/Rumänien (2016) und die Freie Universität Burgas/Bulgarien (ebenfalls 2016). Darüber hinaus werden regelmäßig wissenschaftliche Veranstaltungen in der Region des Südkaukasus in Zusammenarbeit mit verschiedenen Universitäten organisiert, die sich vor allem mit den Themen Strafprozessreform und Verfahrenspraxis in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion und Fragen der Menschenrechte und des Menschenrechtsschutzes beschäftigen.

Türkei

Die wissenschaftliche Zusammenarbeit mit der Türkei war im Berichtszeitraum weiterhin sehr intensiv. 60 Forschungsaufenthalte von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus mehreren türkischen Universitäten konnten am Max-Planck-Institut verzeichnet werden. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts waren ihrerseits bei Veranstaltungen verschiedener Universitäten (z.B. Istanbul Universität, Süleyman Demirel Universität Isparta, Başkent Universität Ankara) und sonstiger Institutionen mit Vorträgen aktiv vertreten. 2016 fand wieder eine gemeinsame Tagung des Instituts, der Bahçeşehir-Universität, des türkischen Kassationshofs und der türkischen Justizakademie in Ankara statt. Im Rahmen der etablierten Kooperation mit der Bahçeşehir-Universität (vgl. Forschungsbericht 2012–2014, S. 197 ff.) erschien in der gemeinsamen Publikationsreihe 2016 ein weiterer Band, an dessen Veröffentlichung sich auch die Türkische Justizakademie beteiligte (Band T 3: Nuhoğlu, A., Sieber, U. & Tellenbach, S. (eds.) (2016): *Alman ve Türk Ceza Hukukunun Güncel Sorunları – Aktuelle Probleme im deutschen und türkischen Strafrecht*, Ankara). In Planung ist darüber hinaus ein Band T 4 mit gesammelten und ins Türkische übersetzten Aufsätzen von Prof. Dr. Ulrich Sieber. Die Bahçeşehir-Universität baute die Max-Planck-Zweigbibliothek mit zahlreichen Neuanschaffungen deutscher Literatur, die ihr vom Institut empfohlen worden war, aus. Die Bibliothek wird in zunehmendem Maße auch von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus anderen türkischen Universitäten genutzt.

Die langjährige Leiterin des Referats Türkei, Iran und arabische Staaten am Institut, Dr. Silvia Tellenbach, erhielt in Anerkennung und Würdigung ihrer Leistungen und Verdienste um und für die türkische Strafrechtswissenschaft und ihre Verbindung zur deutschen Strafrechtswissenschaft am 23. September 2017 die Ehrendoktorwürde der Bahçeşehir-Universität.

Iran

Die Kooperation mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern an iranischen Universitäten konnte 2015–2017 weiter intensiviert werden. So sind 84 Besuche iranischer Gastwissenschaftlerinnen und Gastwissenschaftler aus mehreren iranischen Universitäten zu verzeichnen, die zu Forschungsaufenthalten an das Institut kamen. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des Instituts wiederum waren bei Veranstaltungen verschiedener Universitäten im Iran mit Vorträgen vertreten. Auch wurde die Zusammenarbeit mit der Allameh Tabatabaei Universität erfolgreich weitergeführt. Im August 2015 boten Wissenschaftler des Instituts eine Summer School in Teheran mit Kursen zu den Themen „German National Criminal Law: Exploring the Principle of German Criminal Law“, „International Criminal Law“ sowie „Criminology: Victimology – Victim's Rights – Mediation“ an. Im Januar 2017 veranstalteten die Allameh Tabatabaei Universität, das Institut und das BMJV in Freiburg eine zehntägige Winter School für 12 iranische Doktorandinnen und Doktoranden von vier iranischen Universitäten zum Thema „Criminal Procedure in a State of Law – The Example of Germany“. Die Veranstaltung fand so großen Anklang, dass eine baldige Wiederholung angestrebt wird.

In Anerkennung und Würdigung ihrer wissenschaftlichen Errungenschaften erhielt Dr. Silvia Tellenbach zwei Festschriften, die erste 2016, herausgegeben von Prof. Gholami, Allameh Tabatabaei

baei Universität, und die zweite 2017, herausgegeben von Prof. Rahmdel, Azad Universität, und Prof. Bashiriyeh, Allameh Tabatabaei Universität.

China

In der Zusammenarbeit mit China erfolgte 2013 die Gründung des „Cooperation Center on Modernization and Civilization of the Judicial System in China“, gemeinsam mit der China University of Political Science and Law (CUPL) sowie 17 weiteren internationalen Partnern. Diese Initiative stellt den Hintergrund einer weiteren bilateralen Kooperationsvereinbarung zwischen dem Institut und der CUPL dar, die sowohl die Durchführung gemeinsamer Forschungsprojekte sowie Konferenzen und Summer Schools als auch die 2013 erfolgte Einrichtung des weiterhin am Institut angesiedelten „Center for Chinese Legal Studies“ zum Gegenstand hat. Beide Direktoren unterhalten intensive Vortrags- und Lehrtätigkeiten an den renommierten chinesischen Universitäten, an denen sie z.T. einen Gastprofessorenstatus innehaben. So ist Prof. Dr. Ulrich Sieber Gastprofessor an den Juristischen Fakultäten der Peking-Universität, der Renmin-Universität, der Beijing Normal University und der Universität Wuhan. Prof. Dr. Hans-Jörg Albrecht ist Gastprofessor am Institut für Strafrecht der China-Universität für Politik und Recht sowie an der Juristischen Fakultät der Universität Beijing und am College for Criminal Law Science (Beijing Normal University), an den Juristischen Fakultäten der Universität Hainan, der Renmin-Universität, der Universität Wuhan und an der China University for Political Science and Law und schließlich an der Dalian Ocean University. Infolge dessen wurde Prof. Albrecht im Mai 2017 für seine Verdienste um die deutsch-chinesische akademische Zusammenarbeit und Lehre mit dem „2016 International Educator in China Award“ des Information Research Center of International Talents bei der State Administration of Foreign Experts Affairs (SAFEA) der VR China ausgezeichnet.

Nordamerika

Im Jahr 2016 wurde der Grundstein für eine Kooperation zwischen der Simon Fraser University, Institute on Violence, Terrorism, and Security und der kriminologischen Abteilung am Institut gelegt. Derzeit werden in dieser Kooperation folgende Forschungsziele verfolgt: eine direkte vergleichende Analyse der kanadischen Daten (Dr. Evan McCuish) und der Daten aus dem Sozialtherapieprojekt (Dr. Gunda Wößner) zu „Pathways to Sexual Delinquency and Recidivism“ sowie Beantragung von Fördergeldern für einen gemeinsamen internationalen Workshop zu „Risk Assessment and Risk Management of Potential Anti-state Terrorists“ (Dr. Raymond Corrado und Prof. Dr. Hans-Jörg Albrecht gemeinsam mit Dr. Gunda Wößner). Im Berichtszeitraum wurden hierfür erste gemeinsame Vorarbeiten geleistet. Darüber hinaus soll die Förderung des wissenschaftlichen Austauschs auch in anderen Bereichen ermöglicht werden.

Lateinamerika

In Lateinamerika lag der Schwerpunkt 2017 auf der strafrechtlichen Zusammenarbeit mit Kolumbien sowie der Zusammenarbeit mit dem Center for Justice and International Law (CEJIL) mit Sitz in Washington D.C. und der University of California, Berkeley Law School. In Kolumbien wurde im Rahmen des seit 2012 bestehenden Kooperationsabkommens mit der Externado Universität im Berichtszeitraum ein Modul zum Projekt der Grundlagenfragen der Geldwäschekontrolle vorbereitet. Darüber hinaus wurde ein gemeinsames internationales Kolloquium zu Fragen der Transitional Justice entworfen, das 2018 stattfinden wird. Zusammen mit CEJIL und der University of California Berkeley Law School wurde der Entwurf eines internationalen Protokolls für die Ermittlung von Angriffen gegen Menschenrechtsverteidiger entwickelt. Hinsichtlich der kriminologischen Zusammenarbeit mit Lateinamerika kommt die breit angelegte, u.a. durch ein Marie Curie Fellowship (2016–2018) von der EU finanzierte Untersuchung „Legalization of Cannabis. The Uruguayan Model“ hinzu, das vor allem in Kooperation mit der Universidad de la Republica, Montevideo (Uruguay) durchgeführt wird. Diese Zusammenarbeit wurde mit der Gründung des Observatorio Latinoamericano en Política Criminal y Reformas Penales (OLAP) institutionalisiert.

Australien

In Australien ist das Max-Planck-Institut mit dem Projekt „Neighborhood Social Capital and Crime Problems in Multiethnic Urban Societies: A Cross-Cultural Comparison of Australian and German Cities“ präsent. Das Projekt wird durch den DAAD ko-finanziert (2014–2018). In den Jahren 2015 und 2016 absolvierten Wissenschaftlerinnen und -wissenschaftler des Instituts einen Forschungsaufenthalt in Brisbane sowie australische Wissenschaftler einen Aufenthalt am Institut.

2. Nationale Kooperationen

Die Institutsdirektoren, Prof. Dr. Hans-Jörg Albrecht und Prof. Dr. Ulrich Sieber, haben an der Juristischen Fakultät der Universität Freiburg den Status eines „qualifizierten Honorarprofessors“ mit vollen Mitwirkungsrechten. Prof. Dr. Albrecht ist ferner Mitglied der Philosophischen Fakultät, Prof. Dr. Sieber Honorarprofessor und Mitglied der Juristischen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München. Priv.-Doz. Dr. Dietrich Oberwittler, Senior Researcher in der kriminologischen Abteilung, wurde im Januar 2016 von der Universität Freiburg zum außerplanmäßigen Professor ernannt. Aus dem Kreis der Mitarbeiter ist Prof. Dr. Jörg Arnold Honorarprofessor an der Universität Münster. An der Universität Freiburg decken beide Direktoren sowie wissenschaftliche Referentinnen und Referenten aus beiden Abteilungen einen beachtlichen Teil des Lehrangebots zum Schwerpunktbereich „Strafrechtliche Rechtspflege“ ab. Zudem tragen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der kriminologischen Abteilung, vor allem Prof. Dr. Dietrich Oberwittler, zum Lehrangebot des soziologischen Instituts und neuerdings auch des University College Freiburg bei. PD Dr. Hans-Georg Koch ist langjähriges Mitglied der Ethik-Kommission der Universität Freiburg.

Neben Prof. Michael Tonry, PhD h.c., McKnight Presidential Professor of Criminal Law and Policy, University of Minnesota Law School, sind Prof. em. Dr. Dres. h.c. Wolfgang Frisch und Prof. Dr. Dr. h.c. Walter Perron, beide Universität Freiburg, auswärtige Wissenschaftliche Mitglieder des Max-Planck-Instituts. Dabei steht die Berufung von Prof. Dr. Walter Perron auch in Zusammenhang mit der Kooperationsvereinbarung zwischen der Freiburger Universität und der Max-Planck-Gesellschaft, die diesen Status für den Inhaber des Lehrstuhls für Strafrecht, Strafprozessrecht und Strafrechtsvergleichung am Institut vorsieht. Umgekehrt ist geregelt, dass der am Institut für die strafrechtliche Abteilung zuständige Direktor zum qualifizierten Honorarprofessor an der Juristischen Fakultät der Universität Freiburg berufen wird.

Eine enge Zusammenarbeit mit der Juristischen Fakultät der Universität Freiburg besteht weiterhin in der International Max Planck Research School for Comparative Criminal Law (IMPRSCC) sowie der International Max Planck Research School on Retaliation, Mediation and Punishment (REMEP). Diese Kooperation fußt auf einer im Jahr 2010 geschlossenen Vereinbarung, deren Zweck es ist, besonders qualifizierte in- und ausländische Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler in den Gebieten der Strafrechtswissenschaft und Kriminologie für den Wissenschaftsstandort Freiburg zu gewinnen und auszubilden sowie durch eine gezielte Profilbildung wissenschaftlichen Mehrwert zu erzielen. Seit 2005 besteht bei Forschungen zum Cybercrime eine enge Zusammenarbeit mit dem von Prof. Dr. Gerhard Schneider geleiteten Lehrstuhl für Informatik und Rechenzentrum der Universität Freiburg. In diesem Rahmen wird seit über 10 Jahren in jedem Wintersemester ein gemeinsames Seminar zum Thema „Cybercrime“ veranstaltet. Darüber hinaus arbeitet das Institut am Center for Security and Society mit. Beide Einrichtungen sind wiederum an dem Kompetenznetzwerk für das Recht der zivilen Sicherheit in Europa (KORSE) beteiligt.

Im Sommer 2013 wurde an der Universität Freiburg das „Zentrum für transkulturelle Asienstudien“ (CETRAS) gegründet, das ebenfalls mit dem Max-Planck-Institut zusammenarbeitet. CETRAS soll die interdisziplinären Asienforschungen der Freiburger Forschungseinrichtungen bündeln und eine Plattform für weitere Kooperationen und Verbundprojekte sowie für gemein-

same Vorlesungen, Seminare und Ausbildungsprogramme schaffen. Das Institut kooperiert mit CETRAS seither vor allem über das „Center for Chinese Legal Studies“.

Weiterhin ist bzw. war das Max-Planck-Institut im Berichtszeitraum Konsortialführer in drei Verbundprojekten, die im Rahmen des Sicherheitsforschungsprogramms des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert wurden und werden. Das Kooperationsprojekt zum Monitoring mit dem Thema Sicherheit in Deutschland (Barometer Sicherheit Deutschland – Ba-SiD) wurde 2015 abgeschlossen. Das Institut kooperierte mit dem Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung (ISI) in Karlsruhe, dem Fraunhofer-Institut für Eingebettete Systeme und Kommunikationstechnik (ESK) in München, dem Internationalen Zentrum für Ethik in den Wissenschaften (IZEW) in Tübingen, dem Bundeskriminalamt (BKA), der Katastrophenforschungsstelle der FU Berlin, dem Institut für Sozialwissenschaften der Universität Düsseldorf sowie dem Institut für Soziologie der Universität Freiburg. Das Projekt hatte die Ermittlung und Analyse objektiver und subjektiver Dimensionen von Sicherheit zum Gegenstand. Das BMBF-Verbundprojekt zur Wirtschaftsspionage und Konkurrenzausspähung in Deutschland und Europa (WISKOS) wird unter Beteiligung des ISI, dem BKA, dem Landeskriminalamt Baden-Württemberg und der Hochschule der Sächsischen Polizei durchgeführt. Das Projekt zielt auf die systematische Erfassung der Wirtschaftsspionage und Konkurrenzausspähung, der darauf bezogenen staatlichen Kontrollstrukturen sowie der innerbetrieblichen Erkennungs- und Präventionsstrategien in Deutschland und Europa. Neben einer Bestandsaufnahme des Status quo sollen unter Einbeziehung von Alternativmodellen im Ausland der Reformbedarf im deutschen Recht ermittelt und gegebenenfalls konkrete Vorschläge erarbeitet werden. Des Weiteren arbeitet das Institut in dem BMBF-Verbundprojekt „Sicherheit älterer Menschen im Wohnquartier“ (SENSIKO) als Konsortialführer eng mit der Fachhochschule Köln und dem Paritätischen Wohlfahrtsverband Nordrhein-Westfalen (als Praxispartner) zusammen. Das Projekt analysiert die objektive Sicherheitslage und das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung in Großstädten und stellt diese in den breiteren Kontext des (kollektiven) Sozialkapitals im Wohnquartier.

Schließlich ist das Max-Planck-Institut in das Konsortium der „China-EU School of Law“ in Peking eingebunden (Leitung: Universität Hamburg) und arbeitet zusammen mit der Universität Göttingen an einem Projekt zur Erstellung einer qualitativ verbesserten und auf Dauer angelegten Rückfallstatistik auf der Grundlage des Bundeszentralregisters.

3. Perspektiven

Die Forschungsperspektiven im Bereich der internationalen und nationalen Kooperation beziehen ihre Koordinaten aus allgemeinen Entwicklungstrends, die in den Begriffen der Globalisierung sowie der Risiko- und Informationsgesellschaft zum Ausdruck kommen. Hieraus ergeben sich Fragestellungen zu den Grenzen der strafrechtlichen Sozialkontrolle in einer Welt, die durch neue und grenzüberschreitende Risiken, neue Informationstechnologien, Migration und hierdurch entstehende Konfliktpotenziale sowie durch eine zunehmende Bedeutung internationaler und supranationaler Standards (insb. Menschenrechte) gekennzeichnet ist. Gleichzeitig erhöht der Prozess der Globalisierung den Bedarf an international einordnungsfähigem Wissen, somit den Bedarf an funktionsfähigen Forschungsnetzwerken und erfordert schließlich eine komparative Methodologie, die Zustände und Entwicklungen in grenzüberschreitenden Problemen, in nationalen Strafrechtssystemen und auf supranationaler (internationaler und europäischer) Ebene abbilden kann.

B. Max Planck Partner Group for Balkan Criminology

The Max Planck Partner Group for 'Balkan Criminology' (MPPG) was established in January 2013 as a joint venture between the Max Planck Institute for Foreign and International Criminal Law and the University of Zagreb's Faculty of Law. Headed by Prof. Dr. Anna-Maria Getoš Kalac, the MPPG aims to establish a centre of excellence in criminological and criminal justice research on the Balkan region.

Activities and Events

Scientific Report and Evaluation

In 2015, the Scientific Report of the Max Planck Partner Group for Balkan Criminology (eds. Albrecht, H.-J. & Getoš Kalac, A.-M.) was published to document the MPPG's achievements from 2013 to 2015. Based on the report and an on-site visit in July 2015, the Scientific Advisory Board to the Max Planck Society (MPG) – composed of Prof. Dr. Letizia Paoli (Leuven Institute of Criminology, Catholic University of Leuven, Belgium), Prof. Dr. Marie-Claire Foblets (Director, Max Planck Institute for Social Anthropology, Halle/Saale, Germany), and Prof. Dr. Marko Baretić (Vice-dean for international relations, Faculty of Law, University of Zagreb, Croatia) evaluated the MPPG's work during its first three years and endorsed the extension of its funding for two more years, thus recommending to the MPG that it "continue funding the MPPG beyond the original five-year plan and to create sustainable permanent structures for the MPPG."

MPPG Evaluation (on-site visit of the Scientific Advisory Board in Zagreb): Prof. Dr. Marko Baretić, Prof. Dr. Anna-Maria Getoš Kalac, Prof. Dr. Marie-Claire Foblets, Mr. Filip Vojta, Prof. Dr. Letizia Paoli, Ms. Reana Bezić, Mr. Karlo Ressler, and Prof. Dr. h.c. mult. Hans-Jörg Albrecht (from left to right)

The MPG's evaluation concluded by stating:

The MPPG was built up from zero in less than three years and has managed to deliver an impressive amount of high-quality output in terms of scientific research, publications, networking activities, events, and more. Particularly noteworthy are the capacities, commitment and excellent performance of the head of the Partner Group, Dr. Anna-Maria Getoš Kalac. Her appointment has, without doubt, been the main driving force in the impressive achievements reached in such a short period of time. Dr. Getoš Kalac also succeeded in selecting a core team of highly committed and qualified young researchers. She ideally meets the MPG's desired profile of an outstanding young researcher. The MPPG has the potential to become a centre of excellence, elevating the quality of criminological research in the whole region of Southeastern Europe.

Extraordinary Extension of the MPPG in October 2017

Based on a successful application for an extraordinary extension of the MPPG – due to two consecutive periods of maternity leaves for Prof. Dr. Anna-Maria Getoš (which significantly affected the pace of research and publications), the MPG endorsed funding for an additional 14 months, ending in March 2019. Thereby the MPG, as well as the MPI, adhered to their commitment to “reconcile family and career” and “promote exceptionally qualified female scientists.”

Signing of the MPPG Extension in October 2017 at the MPI in Freiburg: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Hans-Jörg Albrecht, Prof. Dr. Anna-Maria Getoš Kalac, Prof. Dr. Nina Tepeš, and Prof. Dr. Igor Gliha (from right to left)

Annual Conferences of the European Society of Criminology (ESC)

At the annual conferences of the European Society of Criminology (ESC), the MPPG organized a total of 6 panels and presented 27 papers (Porto 2015, Münster 2016, Cardiff 2017). The ESC working group on Balkan Criminology held its regular meetings within the framework of the conferences, thereby further widening its network and presenting its findings to a broad scientific audience. During this period, the MPPG Head Prof. Dr. Getoš Kalac also acted as an elected member of the ESC Board, while Prof. Dr. Gorazd Meško, a member of the MPPG's Balkan Criminology Network, was nominated and elected as ESC President. Consequently, the 2018 ESC conference will take place in Sarajevo and the 2020 conference in Bucharest. The impact of the MPPG and its Network have been the main driving force behind reviving criminology in the Balkans and permanently positioning itself as a relevant player in the European criminological community.

MPPG Annual Conferences

The MPPG, in line with its research program, continued to organise annual scientific regional conferences at changing locations throughout the Balkans. The Second Annual Conference of the MPPG on “Imprisonment in the Balkans” was held in Sarajevo (Bosnia and Herzegovina) mid-September 2015. It focused on the legal frameworks and criminological realities of sentencing and imprisonment throughout the region. The conference gathered participants from 13 countries of the region. The Third Annual Conference (“Violence in the Balkans”) was held in Bucharest (Romania) in early September 2016; it looked at various dimensions and the phenomenology of violence. Subsequently, the ‘Balkan Homicide Study’ – the first comprehensive criminological study on lethal violence in the Balkans – commenced. The Fourth Annual Conference on ‘Victimology and Victim Protection in the Balkans’ took place in Budapest (Hungary) in September 2017. With the 2017 conference, the MPPG has managed to finalize the “mapping of the criminological landscape of the Balkans” by covering key topics of criminology in Southeastern Europe: Criminology and Crime, Penology, Violence, and Victimology. The papers presented at the conferences, as well as the subsequent discussions, form the basis of the edited volumes published through the Balkan Criminology Publication Series of the MPI, edited by Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Hans-Jörg Albrecht and Prof. Dr. Anna-Maria Getoš Kalac.

MPPG’s ‘Balkan Criminology’ One-Week Intensive Course

Implementing its research program, the MPPG continued to organise its ‘Balkan Criminology’ One-Week Intensive Course, held each year since 2014 at the Inter-University Center in Dubrovnik (Croatia). The course has been accredited by the Zagreb Law Faculty with 4 ECTS. It provides in-depth and up-to-date knowledge about the state of art in crime research in the Balkans, while introducing participants to the basics of criminological methodology, phenomenology, and aetiology. The course has served as a platform for the dissemination of criminological expertise gathered through the MPPG’s scientific research and annual conferences. This concept of transforming the latest research findings and expertise *from* and *for* the region into transmittable knowledge for course participants has ensured a holistic approach that combines education with science and research. The benefit for course participants, besides the knowledge itself, has been the opportunity of networking with colleagues from the region and the possibility to present their PhD/Master/Diploma theses. In total, more than 70 participants and 39 lecturers participated in the MPPG courses between 2015, 2016, and 2017.

MPPG’s Balkan Criminology Newsletter

The MPPG has regularly published the ‘Balkan Criminology News’ since 2014. Over the past three years, nine issues have been published with 86 contributions on a wide range of criminological topics from and for the region.

Selected MPPG-Lead Research Projects

In March 2016, the MPI funded ‘Balkan Homicide Study’ was initiated. Its principle investigators, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Albrecht and Prof. Dr. Getoš Kalac, together with researchers from the BCNet, study lethal violence in nine countries of the region (Albania, Bosnia and Herzegovina, Croatia, Hungary, Kosovo, Macedonia, Romania, Serbia, and Slovenia). Rather than focusing on more popular and funding-attractive topics like domestic violence or femicide, the study takes a step back from typologies and subtopics, placing its full attention on the fundamental question of lethal violence research: How and why does one person kill another? Trying to answer this question in a region that is generally perceived as prone to violence, yet has not been empirically marked as a high-crime or high-violence region, has already proven

to be a challenge, and the findings are likely to be very controversial. The two different, but closely interconnected parts of the study – the legal and social construction of lethal violence on the one side and the inquiry into lethal violence as a criminological reality on the other – require two different methodological approaches: (1) for the investigation of the legal and social construction of lethal violence, a normative-comparative approach is used. This aims to detect common characteristics and distinguishing features in the statutory provisions of the penal codes in the sample countries, thus combining these findings with empirical data on the process of constructing lethal violence (initial and changing offence classification, dismissal or conviction etc.); (2) for the study of lethal violence as a criminological reality, empirical research is being conducted using criminal case analyses and a uniform research questionnaire with a total of 110 variables and a brief textual case description. The findings will significantly advance the field of lethal violence research; they will also enhance our understanding of how and why lethal violence is constructed and reveal the consequences of the “power to define” violence. Data collection was completed in Macedonia and Croatia in 2016 and 2017; it is currently ongoing in the remaining countries. Preliminary findings are expected in early 2019.

MPPG's Scientific Impact

The Freiburg-Zagreb MPPG has not only impacted the Croatian criminological research setting at its host institution, but set a completely new scholarly quality level, thus initiating even more far-reaching effects throughout the entire European region. The MPPG managed to not only deliver innovative scientific achievements, but also completely revived and innovated criminological research in the Balkans, thereby propelling many BCNet members into prominent international and European research groups. To name just a few: The International Self-Report Delinquency Study, the European Sourcebook of Crime and Criminal Justice Statistics, the MPI's Balkan Homicide Study, and the Siracusa International Institute for Criminal Justice and Human Rights' project on Strengthening the Fight Against Illicit Trade in South-eastern Europe.

The Presidential address from the ESC President in the ESC Newsletter bears witness to the MPPG's overall scientific impact under the title “Before going to Sarajevo in 2018: A revival of comparative criminology in the Balkans”:

... after the establishment of the Balkan Criminology Group, a revival of (empirical and comparative) criminology, criminal justice and other studies were published, mainly applying Western concepts in regional and national contexts. Recently, monographs have been edited to present the development of criminological research in the Balkans (and other countries of Southeastern Europe), demonstrating that criminology is again flourishing in the region. Despite the fact that criminology had almost disappeared from the curricula in faculties of law in Central and Eastern Europe, research achievements are proving that criminological reflection and imagination have not vanished. On the contrary, criminology, victimology, penology and crime prevention have become important subjects at many schools of social sciences, especially in new schools of criminal justice, security and police academies.

In quite a short time, a significant amount of work has been done by editing collections of essays on the development of criminology, penology, violence and victimology in English. If everything goes well, a quadrilogy of Balkan criminology publications will be presented at the 2018 ESC conference in Sarajevo. For this reason, I believe that a generation of (mainly) young criminologists from the Balkans and Southeastern Europe will contribute to global criminology and policy-making in their countries” (Newsletter of the ESC – Criminology in Europe, 2017(3), Vol. 16, p. 2–5).

In 2017, using a significant grant from the Croatian Science Foundation, Prof. Dr. Anna-Maria Getoš Kalac also successfully created a Croatia-wide research group to establish the Violence Research Lab. With funding for two full-time PhD research positions, the development and

implementation of an on-line database and analytical tool, as well as a nation-wide empirical field study into criminal violence, the founding of the Violence Research Lab is not only a recognition of the MPPG's scientific work but also marks the firm entrenchment of criminological research at the University of Zagreb's Faculty of Law.

Outlook: Beyond 2017

The MPPG is now in its concluding phase and final year of funding. It is therefore appropriate to provide a brief outlook of its future beyond 2017, and especially beyond the framework of the MPG structures and funding.

The 'Balkan Criminology Trilogy' and Major Events 2018

In terms of scientific output in 2018, two further 'essential readers' will be published (penology and victimology) and the work on the publication of the Balkan Homicide Study results will be initiated (violence), hopefully resulting in publication in late 2019. With these pieces, the MPPG will have provided a solid basis for further criminological research. The trilogy not only documents the topics of the respective Balkan Criminology annual conferences held in Zagreb, Sarajevo, and Budapest but also fully captures the main areas of criminology in the Balkans.

The 'Balkan Criminology Trilogy: Mapping the criminological landscape of the Balkans by covering the main topics of a 'Balkan Criminology' (criminology and crime in general, penology and victimology)

Permanent structures and continuity of Balkan Criminology (BC) outside the funding and framework of MPPG

As of 2018, the MPPG Head, together with the Head of the Chair for Criminal Law Prof. Dr. Davor Derenčinović at the University of Zagreb, have initiated an application for a permanent faculty position for Ms. Reana Bezić, a member of staff of the MPPG. The prospects are good and, if approved, this position will ensure the continuity of Balkan criminology at the University of Zagreb. In light of this, the BC Network, the BC Courses and biannual BC Conferences, as well as the BC Newsletter and future publications through the BC Publication Series are all being provided with an excellent opportunity to be continued. Moreover, the anchoring at the University of Zagreb will provide solid long-term prospects for a centre of Balkan criminology to grow into a regional hub of excellence in criminological and criminal justice research.

C. The Latin American Observatory for Research on Crime Policy and Criminal Law Reform (OLAP)

Observatorio Latinoamericano para la investigación en Política Criminal y en las reformas en el Derecho Penal – OLAP

Goals

The Latin American Observatory for Research on Crime Policy and Criminal Law Reform (OLAP) was established in close cooperation between the University of the Republic, Montevideo (UdelaR) and the Max Planck Institute. OLAP focuses on interdisciplinary and socio-legal studies on crime policies and criminal law reform in South America. Its primary objective is the enhancement of the effectiveness of criminal justice systems. The Observatory implements socio-legal research, which provides for a basis of both the making of cost effective criminal justice policies and the development of policies respecting human rights as well as the principles of democracy, the rule of law and those values which are shared by the Mercosur and South America at large. OLAP also contributes to the building of criminological research capacity and aims at the development of training and education in the field of criminology and criminal justice research. Furthermore, OLAP establishes links with regional and international research institutes dealing with criminal law reform and works towards strengthening the international network of research on criminal law reform and situating Latin America as a key actor in the field of international crime policy.

Latin America is faced with significant problems related to crime control and criminal law reform. Many of these problems are international in nature and not a characteristic only of the South American region. New forms of crime such as organized crime, international terrorism, drug trafficking, corruption, money laundering, environmental crime and various forms of economic crime have affected Latin America just as they are affecting other world regions. Some problems, however, are particularly pronounced in Latin America. Among these problems violence stands out, which has plagued some South American countries for decades. Guerrilla warfare and repressive and authoritarian regimes in the past have created a climate where impunity prevailed and where the judicial power was side-lined. Pervasive use of pre-trial detention and imprisonment has resulted in serious problems of overcrowding and adverse conditions in prison and detention facilities. Drug trafficking has taken its toll on various countries in Latin America and continues to do so. The heritage of colonialism has found its expression in particular problems of accommodating indigenous and minority populations within the framework of criminal law and criminal justice.

Effective crime policies and sustainable criminal law reform have to be based on empirical evidence. Implementation of criminal law reform has to be studied carefully and evaluation has to be carried out in order to know not only whether policies have been successful or not but also in order to know why success has been achieved or why reforms have failed. Evidence-based crime policies thus necessitate systematic and sustained socio-legal research and analysis. Pursuit of an interdisciplinary approach follows the concept of the “Gesamte Strafrechtswissenschaft” (Comprehensive Criminal Law Sciences). This approach encompasses criminal law doctrine, criminal policy and criminology; it covers the fields of substantive and procedural criminal law, enforcement of sentences and correctional law.

Organization

OLAP is based in Montevideo/Uruguay and is part of the University of the Republic (UdelaR). It is coordinated by a director who in addition to directing research policy and supervising research

projects also coordinates the relationship with the participating universities and the international research community as well as developing training programs in the fields of criminal law, criminology and criminal policy. OLAP is advised by a scientific board which meets annually to evaluate the ongoing and completed research projects of OLAP and represents international research institutes and law schools.

Research

OLAP launched its first empirical project in 2014. The study on “Implementation and consequences of legalizing Marijuana in Uruguay” deals with normative, social and criminological questions, which emerge with the legalization of marijuana. Details of the project are presented in chapter II.J of this volume. The complete report will be published in spring 2019.

Teaching/Training

A teaching course on criminology has been developed and will be implemented in cooperation with the Catholic University of Montevideo from 2019 on.

Publications

Galain Palermo, P. (2016): Justicia Restaurativa y Sistema Penal. OLAP/Universidad Catolica del Uruguay, Montevideo, Uruguay.

Norrie, A. (2015): La justicia en la mesa de sacrificios de la historia: la culpa de la guerra en Arendt y Jaspers, 1a ed. Bogotá: Universidad Libre.

Conferences and Lectures

2017

“Criminología Cuantitativa”, Lecture by Hans-Jörg Albrecht, Facultad de Derecho, UDELAR, Montevideo.

“The Uruguayan cannabis model: update and open issues”, Talk by Pablo Galain, 11th Conference of the The International Society for the Study of Drug Policy; Center for Alcohol and Drug Research, Aarhus BSS, Aarhus University, Denmark.

“Desaparición forzada de personas en contextos de ausencia del estado de derecho: experiencia del cono sur. Tercer Foro Internacional en materia de Desaparición Forzada de Personas”; lecture by Pablo Galain, Facultad de derecho de la Universidad Veracruzana, México.

“Narrativas sobre los crímenes del pasado en Uruguay: ¿Justicia o política de transición? Desaparición forzada y Acuerdos Gobierno Nacional-FARC/EP”; lecture by Pablo Galain, Universidad de la Costa, Barranquilla, Colombia.

“Introducción a la justicia restaurativa, un abordaje desde el derecho internacional penal. Jornada sobre justicia restaurativa”; lecture by Pablo Galain, Universidad de Buenos Aires, Argentina.

“Diferencias entre crímenes de lesa humanidad y criminalidad organizada. Curso de capacitación a fiscales de la PGR de México”; talk by Pablo Galain, Agencia de Cooperación Alemana GIZ.

2016

16th Annual Conference of the European Society of Criminology. Münster. Panel on “Legalisation of marijuana in international perspective: concepts, models, experiences” by Hans-Jörg Albrecht and Pablo Galain including a talk by Pablo Galain titled “Drug Legalization Instead of War on Drugs: the Uruguayan experience”.

2015

“Dimensiones económicas del terrorismo de Estado: los juicios por complicidad empresarial en el terrorismo de Estado en la Argentina actual y la Alemania post-guerra”; lecture by Hannah Franzki, Facultad de Derecho, Udelar.

“Libre arbitrio y derecho penal: Aportes de la neurociencia y evolución dogmática”; lecture by Victor Rodríguez y Gonzalo Fernández, Facultad de Derecho, Udelar.

“Regulación del cannabis en Uruguay: primeros monitoreos y evaluaciones”; lecture by Hans-Jörg Albrecht and Pablo Galain, Facultad de Derecho, Udelar, Montevideo.

2do Encuentro Criminológico Internacional de OLAP sobre Justicia Transicional; talks by Hans-Jörg Albrecht and Pablo Galain, Universidad Pontificia Javeriana, Bogota, Colombia and Universidad Libre, Bogota, Colombia.

“Debates About Peace and the Post-conflict Process in Colombia”, “Transitional Justice – Sanctions, Reparations, and Gender Issues”, “Punishment and Justice”. Joint Conference in Bogotá, Colombia, at Pontificia Universidad Javeriana, Universidad Libre and at Universidad de los Andes.

Directorate and Scientific Advisory Board

Dr. Pablo Galain Palermo (Montevideo) is the director of the project. Dr. Maria Laura Böhm (Buenos Aires) acts as sub-director. The Scientific Board is made up of the following twelve members: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Albin Eser, Prof. Dr. Cornelius Prittwitz, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Francisco Muñoz Conde, Prof. Gonzalo Fernández, Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Jörg Albrecht, Prof. Dr. Jorge de Figueiredo Dias, Prof. Dr. Juan Carlos Ferré Olivé, Prof. Psic. Juan E. Fernández Romar, Prof. Dr. Kai Ambos, Prof. Dr. Lorenzo Picotti, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Luis Arroyo Zapatero, and Prof. Dr. Dr. h.c. Raul Eugenio Zaffaroni.

D. Institutionalisierte Netzwerke – insbesondere Joint Research Groups in Istanbul und Teheran

1. Verfestigung von Netzwerken in der strafrechtlichen Forschung

Für die rechtsvergleichende und internationale strafrechtliche Forschung ist die wissenschaftliche Zusammenarbeit mit dem Ausland unverzichtbar. Diese Kooperation erfolgt in der strafrechtlichen Abteilung seit der Institutsgründung durch Landes- und Sachreferate, die in Netzwerken eng mit ausländischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern verbunden sind. Die entsprechenden Netzwerke sind in der Regel offen und flexibel, sodass sie den Erfordernissen unterschiedlicher Projekte gerecht werden können (Näheres dazu vgl. unten V.A.1).

Soweit erforderlich, erfolgt dabei auch eine organisatorische Verfestigung von Strukturen der Wissenschaftskooperation. Ausschlaggebend dafür sind neben inhaltlichen Gesichtspunkten des Forschungsprogramms der strafrechtlichen Abteilung vor allem programmatische Gesichtspunkte der Zusammenarbeit in der Strafrechtswissenschaft und Kriminalpolitik zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Ausland unter Einschluss von Politik und Praxis.

- Eine solche Verfestigung besteht vor allem im Bereich des europäischen Strafrechts, wo mit Unterstützung der Europäischen Kommission in jedem Mitgliedstaat der Europäischen Union sowie in den potentiellen Beitrittsstaaten eine Vereinigung für Europäisches Strafrecht gegründet wurde. Die Präsidentinnen und Präsidenten sowie die Mitglieder der *Vereinigungen für europäisches Strafrecht* treffen sich seit mehr als zwei Jahrzehnten jedes Jahr zu Tagungen und Abstimmungen. Gründer und Präsident der deutschen Vereinigung für Europäisches Strafrecht ist Prof. Sieber. Im Kontext dieser Vereinigungen und ihrer Förderung gibt die strafrechtliche Abteilung des Instituts auch die vierteljährlich erscheinende Zeitschrift „eucrim“ heraus, die über die Entwicklung des europäischen Rechts und die Aktivitäten dieser europäischen Vereinigungen berichtet. Diese Zeitschrift wurde initiiert, um einen Gegenpol zu den populistischen antieuropäischen Stimmen zu setzen, die auf der Dresdner Strafrechtstagung 2003 laut geworden waren. Im Kreis der europäischen Strafrechtsvereinigungen kommt der deutschen Vereinigung durch die Herausgabe dieser Zeitschrift eine herausgehobene Rolle zu, auch weil ihre Inhalte bei den jährlichen Präsidententreffen und den Treffen des Herausgeberbeirats intensiv diskutiert werden.
- Eine ähnliche Verfestigung von langjährigen Kooperationen besteht auch bei anderen internationalen Vereinigungen. Im Strafrecht ist vor allem die *Association Internationale de Droit Pénal* (AIDP) von Bedeutung, deren Vertreter und Mitglieder in einem seit Jahrzehnten gewachsenen festen Rahmen häufig zusammenkommen. Daneben besteht eine weitere traditionsreiche weltweite strafrechtliche Vereinigung, die *Société Internationale de Défense Sociale pour une Politique Criminelle Humaniste* (SiDS). Als fächerübergreifende und weltweite Vereinigung von Vertretern aller Rechtsdisziplinen (insbesondere des Zivilrechts) ist im Forschungsbereich des Instituts weiter die *International Academy of Comparative Law* (IACL) zu nennen, die ihre Mitglieder nach strengen Kriterien auswählt. Die Wahl und die Tätigkeit von Prof. Sieber bei allen drei dieser Vereinigungen als Vizepräsident zeigt nicht nur die Anerkennung des Instituts im internationalen Bereich, sondern führt zu seiner engen Einbindung in diese Netzwerke (zuletzt 2018 durch die Veranstaltung der oben genannten Konferenz zusammen mit der AIDP über Wirtschaftskriminalität (vgl. oben I.B, Projekt Nr. 15, und VIII.B) sowie 2018 durch die aktive Beteiligung von Prof. Sieber auf der Weltkonferenz der IACL 2018 in Fukuoka/Japan (vgl. unten VIII.B).
- Verfestigte Kooperationen entstehen auch in langfristig angelegten Projekten des Instituts. Ein Beispiel hierfür ist die Kooperation mit ausländischen Wissenschaftlern in dem langjährigen Projekt „Max-Planck-Informationssystem für Strafrechtsvergleichung“ mit seinen

über 30 einbezogenen Rechtsordnungen und über 40 Autorinnen und Autoren (vgl. oben II.E und IV.A).

- Von ganz zentraler Bedeutung für die internationale wissenschaftliche Kooperation sind auch die persönlichen Netzwerke insbesondere der Landesreferentinnen und -referenten am Institut, aber auch generell der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den Abteilungen Strafrecht, Kriminologie und Verwaltung. Das große Engagement aller ist ein wesentlicher Grund dafür, dass das Institut im Berichtszeitraum 2015–2017 von insgesamt 1.472 Langzeitgästen aus 73 Ländern besucht wurde, die es auch als das „Mekka des Strafrechts“ bezeichnen (vgl. zur Gästestatistik unten IV.E).

Bei der Verfestigung von Netzwerken kommt es in einzelnen Fällen auch zum Aufbau von Kooperationsinstituten direkt vor Ort. Dies geschah in den oben dargestellten Fällen der „Balkan Criminology“ (oben IV.B) und „OLAP“ (oben IV.C), insbesondere aber auch im Fall der „Joint Research Group on European Criminal Law“ in der Türkei und eines ähnlichen Programms in Iran. Die enge Kooperation vor Ort mit der Türkei beruht auf langjährigen persönlichen Kontakten mit türkischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern (vgl. oben IV.A). Sie ist jedoch auch wegen der besonderen Rolle der Türkei im Hinblick auf das Verhältnis zwischen Europa und dem Nahen Osten relevant. Unter diesem Vorzeichen wird die Kooperation mit der Türkei auch durch eine Verfestigung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit mit der Islamischen Republik Iran ergänzt.

Die beiden Kooperationen mit der Türkei und Iran werden im Folgenden stellvertretend für die anderen Netzwerke im Rahmen der Zusammenarbeit mit dem Ausland dargestellt, die in unterschiedlicher Form und Intensität bestehen. Beide Kooperationsinstitutionen vor Ort im Nahen Osten sind insbesondere auch angesichts der jüngeren politischen Entwicklungen in der Region von großer Bedeutung. Denn Rechtsvergleichung ist von sich aus transnational sowie auf internationale wissenschaftliche Kooperation und gegenseitige Verständigung ausgelegt.

2. Die „Joint Research Group on European Criminal Law“ in Istanbul

Die Zusammenarbeit mit der Türkei

Die Türkei bildet eine Brücke zwischen Europa und dem Nahen Osten. Rein geographisch gehört sie zwar weit überwiegend zu Asien (97 %) und nur zu einem kleinen Teil (3 %) zu Europa. Religiös und historisch gesehen ist sie ebenfalls eher dem Nahen Osten zuzuordnen. Die Gründung der Türkischen Republik im Jahr 1923 brachte jedoch eine massive Orientierung nach Westen mit sich, sodass sich die Türkei heute – trotz mancher gegenläufiger Tendenzen – auch als Teil Europas versteht. Diese Orientierung in Richtung Europa wird besonders deutlich im Recht. So ist das öffentliche Recht in der Türkei eher französisch, das Zivilrecht hingegen schweizerisch geprägt. Was das Strafrecht betrifft, so wurde es erst durch das italienische, später aber auch französische Recht beeinflusst und seit der Strafrechtsreform hat auch das deutsche erheblich an Gewicht gewonnen. Seit der Übernahme der deutschen Strafprozessordnung im Jahr 1929 ist insbesondere auch das Strafprozessrecht stark von Deutschland beeinflusst. Die Türkei hat sich zudem der Internationalisierung des Rechts geöffnet, ist zahlreichen UN-Abkommen beigetreten und 1954 auch der EMRK. Obwohl die Türkei kein Mitglied der EU ist, wird die Entwicklung des EU-Rechts ständig beobachtet und bei eigenen Gesetzgebungsvorhaben bedacht.

Auf diesem Hintergrund wird verständlich, dass die türkische Strafrechtswissenschaft seit Langem ein intensives Interesse an wissenschaftlichen Beziehungen zu Deutschland hat und dort Forschungsaufenthalte anstrebt. So besuchten das Max-Planck-Institut in den letzten 35 Jahren etwa 70 türkische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zwecks – häufig wiederholter – Forschungsaufenthalte, darunter auch die drei Wissenschaftler, die das türkische Strafgesetzbuch von 2004 maßgeblich beeinflusst haben. Das Institut verfügt in der Türkei über ein breites Netz an Kontakten zu zahlreichen Universitäten und Institutionen. Mitglieder des Max-Planck-Instituts, allen voran die Türkei-Referentin, beteiligen sich regelmäßig an wissenschaftlichen Veran-

staltungen verschiedener türkischer Universitäten (beispielsweise der Bahçeşehir-Universität in Istanbul oder der Universität Istanbul) und weiterer Institutionen (beispielsweise des Türkischen Kassationshofs). Zahlreiche türkische Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen nahmen am Kolloquium zu Ehren von Frau Dr. Tellenbach am 11.12.2015 in Freiburg teil. Bei vielen Projekten des Max-Planck-Instituts wird die Türkei berücksichtigt, zuletzt im Projekt „Max-Planck-Informationssystem für Strafrechtsvergleichung“ (oben II.E).

Mitglieder des Instituts veröffentlichen in türkischen Fachzeitschriften zu Themen des deutschen und europäischen Rechts und publizieren in Deutschland und anderen Ländern zum türkischen Recht. Beispiele zur Veranschaulichung sind:

- M. Arslan, Aussagefreiheit des Beschuldigten in der polizeilichen Befragung. Ein Vergleich zwischen EMRK, deutschem Recht und türkischem Recht. Berlin 2015, 670 S.
- M. Arslan, Yalan Tanıklık Suçunda Gerçeğe Aykırılık (Unrichtigkeit der Aussage bei der Falschaussage), Ceza Hukuku Dergisi 2015, 260–280.
- M. Arslan, Ceza Davasında Mahkûmiyet Hükümünün Gereğesinin Yazılması (Abfassung der Urteilsgründe im Strafverfahren), Türkiye Adalet Akademisi Dergisi 27 (2016), 549–608.
- M. Arslan, Die türkische Strafprozessordnung – Ceza Muhakemesi Kanunu. Zweisprachige Ausgabe. Deutsche Übersetzung und Einführung. Berlin 2017, 289 S.
- M. Arslan, Staatsgeheimnisse im türkischen Strafprozessrecht. Freiburg 2017.
- S. Tellenbach, Verunglimpfung und Beleidigung von Institutionen, Amtsträgern und Bürgern nach deutschem Strafrecht. In: Ceza Hukuku Dergisi 34 (2017), 5–7.
- S. Tellenbach, Zehn Einzelbeiträge zum türkischen Recht, in dem Projekt „Max-Planck-Institut für Strafrechtsvergleichung“ (oben II.E).

Die „Joint Research Group on European Criminal Law“

Im Jahr 2009 wurde eine Kooperationserklärung zwischen dem Max-Planck-Institut und der Bahçeşehir-Universität in Istanbul unterzeichnet, auf deren Grundlage später zwei Kooperationsverträge abgeschlossen wurden. Einer dieser Verträge sieht dabei auch die Einrichtung einer Zweigbibliothek des Max-Planck-Instituts in einem besonderen Raum der Bahçeşehir-Universität vor. Diese Bibliothek soll die wichtigsten Werke des deutschen Straf- und Strafprozessrechts sowie des Europäischen Strafrechts umfassen und nicht nur den Partner-Institutionen, sondern auch Angehörigen aller anderen türkischen Universitäten offenstehen. Die Max-Planck-Gesellschaft gewährte dem Max-Planck-Institut für den Aufbau dieser Zweigbibliothek eine besondere finanzielle Starthilfe. Die Bahçeşehir-Universität in Istanbul kauft seitdem regelmäßig deutsche und europäische Literatur zu bestimmten Sachgebieten, die ihr das Max-Planck-Institut zur Anschaffung empfiehlt. Auf diese Weise soll für ein Land, das dem deutschen Recht besonders verbunden ist, vor Ort ein Zugang zu deutscher strafrechtlicher Literatur geschaffen werden, den es in dieser Art bisher in keinem anderen Land geben dürfte.

Ein weiterer Vertrag sieht die Etablierung einer „Joint Research Group on European Criminal Law“ vor, die sich insbesondere mit Fragen des europäischen Strafrechts, des internationalen Terrorismus, der organisierten Kriminalität und der Wirtschaftskriminalität befassen soll. Zu den Aufgaben der Forschungsgruppe gehört die Förderung eines intensiven Austauschs unter den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern beider Länder zu diesem Themenkomplex. Im Rahmen dieses Programms hat die Bahçeşehir-Universität auch den wissenschaftlichen Nachwuchs gefördert. Mithilfe dieser Unterstützung schloss z.B. der türkische Nachwuchswissenschaftler Mehmet Arslan 2015 in der International Max Planck Research School for Comparative Criminal Law bei Prof. Ulrich Sieber erfolgreich seine Promotion ab; im Anschluss daran erhielt er ein Post-Doc-Stipendium der Thyssen-Stiftung und ist inzwischen als Mitarbeiter am Institut tätig.

Seit diesen Vertragsschlüssen wurden mehrere Veranstaltungen abgehalten, die von der Bahçeşehir-Universität und vom Max-Planck-Institut gemeinsam organisiert, bei denen jedoch auch weitere Universitäten oder Institutionen als Mitveranstalter beteiligt wurden. Genannt seien hier:

- Radicalisation, Recruitment and „Foreign Fighters“ – Responding to a New Terrorist Phenomenon (Istanbul 1./2.4.2016);
- Bilişim Hukuku Sempozyumu (Ankara 16.5.2016).

Es besteht auch eine gemeinsame Publikationsreihe, in der bisher drei Bände veröffentlicht wurden, zuletzt: Nuhoğlu, A./Sieber, U./Tellenbach, S., *Alman ve Türk Ceza Hukuku Yeni Sorunları* [Neue Herausforderungen im deutschen und türkischen Strafrecht] Istanbul 2016. Vonseiten des Instituts enthält der Band Beiträge von Mehmet Arslan, Marc Engelhart, Ulrich Sieber, Silvia Tellenbach und Nicolas von zur Mühlen). Ein weiterer Band ist in Planung.

Das große Engagement der für diese Kooperation zuständigen Landesreferentin Frau Dr. Tellenbach wurde dadurch anerkannt, dass sie 2017 die Ehrendoktorwürde der Bahçeşehir-Universität erhielt.

3. Die „Joint Research Group for Comparative Criminal Law“ in Teheran

Die Islamische Republik Iran ist mit über 78 Millionen Einwohnern nach Ägypten (82 Millionen) das bevölkerungsreichste muslimische Land im Nahen Osten. Seit der Islamischen Revolution von 1979 hat das iranische Recht laut Verfassung durchgehend islamisch zu sein. Damit wird beansprucht, alle Rechtsfragen, die sich aus der Konfrontation dieses komplexen Staatsgebildes mit den Herausforderungen des modernen Lebens ergeben, nach dem islamischen Recht zu lösen. Entgegen landläufiger Annahme in westlichen Ländern ist das schiitisch-islamische Recht jedoch, von wenigen Bereichen abgesehen, sehr flexibel. Das ist unter anderem auch darauf zurückzuführen, dass im schiitischen im Gegensatz zum sunnitischen Recht der Verstand (‘aql) als eine eigenständige Rechtsquelle angesehen wird. Daher ist die heutige iranische Rechtsordnung in der Lage, sich auch ständig mit international diskutierten Rechtsproblemen auseinanderzusetzen und für moderne Fragen von der Organtransplantation über die Ölförderung bis zum Internetrecht Islam-kompatible Lösungen zu erarbeiten oder auch, wie weiter oben bereits erwähnt, Elemente aus fremden Rechtssystemen in das eigene zu integrieren.

Dieses Recht ist außerhalb Irans kaum bekannt. Aus diesem Grund besteht auch für westliche Juristen ein großes Interesse an einem intensiven wissenschaftlichen Austausch, der darüber aufklärt, wie bestimmte Lebenssachverhalte und Probleme in einer Rechtsordnung geregelt werden, die aus ganz anderen Rechtsquellen und Rechtsvorstellungen gespeist werden.

Während der Islamischen Revolution 1979 und des Irakisch-Iranischen Krieges (1980–1988) lagen die Beziehungen des Max-Planck-Instituts zu Iran über Jahre zwangsläufig brach. Das änderte sich jedoch nach Kriegsende sehr rasch. Von 1990 an kamen zunehmend iranische Kollegen zu Forschungsaufenthalten nach Freiburg; in den ersten Jahren Professoren, ab Ende der Neunzigerjahre jedoch zunehmend auch jüngere Wissenschaftler. In diesen Jahren waren institutionelle Verbindungen nicht angezeigt. Jedoch haben viele der ca. 80 iranischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die seitdem am Institut forschten und unter denen in den letzten Jahren auch zunehmend Frauen waren, ein bis heute ständig wachsendes Netz an Kontakten des MPI zu zahlreichen iranischen Universitäten herausgebildet. Zu nennen sind hier beispielsweise die Universität Teheran, die Schahid-Beheshti-Universität (Teheran), die Allameh-Tabatabaei-Universität (Teheran), die Universität Isfahan sowie einzelne Hochschulen der Azad-Universität in verschiedenen Städten.

Die exzellente Bibliothek des Max-Planck-Instituts und die ständige Gelegenheit, auf internationalem Niveau zu diskutieren, machen für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus einem Land, in dem aus verschiedenen Gründen Bibliotheken oft nur über begrenzte Ausstattungen verfügen, einen Aufenthalt im Freiburger Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht besonders reizvoll. Andererseits wird das iranische Strafrecht im Westen häufig nur in holzschnittartigen Vergrößerungen gesehen. Daher ist es eine wichtige Aufgabe des Instituts, westlichen Juristen dieses Recht zugänglicher zu machen. Dies hat am Max-Planck-Institut bereits zu einer beträchtlichen Anzahl von Publikationen geführt, die im Forschungsbericht für 2012–2014 (S. 200–201) genannt sind. Im Berichtszeitraum kamen dann z.B. hinzu:

- S. Tellenbach, Iran. In: Robbers, W., Durham, W.C. Jr. (Hrsg.), Brill's Encyclopedia of Law and Religion. Brill, Nijhoff, Leiden et al. 2016.
- S. Tellenbach, Fondamenti del diritto penale nella Repubblica Islamica dell'Iran. In: Diritto penale XXI Secolo XV (2016), 215–244.
- S. Emadeddin Tabatabaei, Schmähungen von *muqaddasāt* im iranischen Strafrecht. In: S. Tellenbach/T. Hanstein (Hrsg.), Beiträge zum islamischen Recht XII, Frankfurt u.a. 2017, 55–70.
- A. Maghzi Najafabadi, Challenges to the Regulation of Sexuality under Iranian Criminal Law. In: S. Tellenbach/T. Hanstein (Hrsg.), Beiträge zum islamischen Recht XII, Frankfurt u.a. 2017, 99–132.

Im November 2014 wurde anlässlich eines Besuchs von Prof. Dr. Ulrich Sieber und Dr. Silvia Tellenbach in Teheran ein Kooperationsabkommen mit der dortigen Allameh-Tabatabaei-Universität abgeschlossen und somit auch in Iran eine „Joint Research Group for Comparative Criminal Law“ begründet. Das Programm der Forschungsgruppe sieht eine Anzahl unterschiedlicher, gemeinsam koordinierter Aktivitäten vor. Beispielsweise soll ein regelmäßiger Austausch unter Professoren und Nachwuchswissenschaftlern stattfinden, gewährleistet etwa durch Forschungsaufenthalte, Symposien oder Veranstaltungen für den wissenschaftlichen Nachwuchs. Ferner soll die Forschungsgruppe die Partnerinstitutionen beim Aufbau der Bibliotheken unterstützen, insbesondere durch Hinweise auf wünschenswerte Anschaffungen.

In den Jahren 2015–2017 fanden nicht nur mehrere Vortragsreisen von Prof. Albrecht und Frau Dr. Tellenbach nach Iran statt, sondern auch von Institutsmitarbeitern: Dr. Arslan war 2017 zu einem zweimonatigen Forschungsaufenthalt in Teheran und hielt dort Vorträge. Aus Iran waren zahlreiche Gastwissenschaftler und Gastwissenschaftlerinnen in Freiburg. Um den wissenschaftlichen Nachwuchs aus Iran noch besser einzubinden, wurde 2015 unter der Leitung von Prof. Sieber und Dr. Tellenbach damit begonnen, entsprechende Summer und Winter Schools ins Leben zu rufen:

- Im August 2015 veranstalteten das MPI und die Allameh-Tabatabaei-Universität eine viertägige Summer School für Promovierende zum deutschen und internationalen Strafrecht (Lehrende aus dem MPI: Dr. Knust, Dr. Vogel, Dr. Kilchling).
- Im Januar 2017 fand eine 10-tägige Winter School für 12 iranische Nachwuchswissenschaftler bzw. Nachwuchswissenschaftlerinnen zum Thema „Criminal Procedure in a State of Law – The Example of Germany“ in Freiburg statt.
- Wegen des großen Anklangs, den diese Veranstaltung fand, wurde 2017 auch eine weitere Summer School vorbereitet: Im Oktober 2018 werden – durch Mittel des Instituts finanziert – 12 iranische Nachwuchswissenschaftler und Nachwuchswissenschaftlerinnen für ca. 10 Tage zu einer weiteren Winter School nach Freiburg kommen.

Professor Hans-Heinrich Jescheck hatte das dem jetzigen Max-Planck-Institut vorausgehende Freiburger Universitätsinstitut für ausländisches und internationales Strafrecht nach dem Zweiten Weltkrieg vor allem auch aufgebaut, um die deutsche Strafrechtswissenschaft in die „Weltgemeinschaft der Strafrechtler“ zurückzuführen. Die Rolle der Wissenschaft als Brückenbauer zwischen den Kulturen war und ist seit dieser Zeit ein Anliegen des Freiburger Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht. Die intensive Kooperation und Verständigung im Berichtszeitraum zwischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in Iran und der Türkei mit ihren Freiburger Kolleginnen und Kollegen über Themen des Strafrechts und der Kriminologie sind ein Beleg für diese Brückenfunktion des Instituts auch in schwierigen Zeiten.

E. Ausländische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler am Institut

Das Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht war auch im Berichtszeitraum 2015 bis 2017 mit seinem interdisziplinären und rechtsvergleichenden Forschungsprogramm ein Anziehungspunkt für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus der ganzen Welt. Das Institut bietet ihnen die Möglichkeit, in einem zeitlich befristeten Rahmen individuelle Forschungsvorhaben auf den Gebieten des Strafrechts, des Strafprozessrechts und der Kriminologie zu realisieren.

Im Berichtszeitraum 2015 bis 2017 erforschten die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler am Institut eine Vielzahl von Einzelthemen. Die einzelnen Forschungsvorhaben betrafen im rechtlichen Bereich neben Fragen des nationalen Straf- und Sicherheitsrechts vor allem auch das europäische und das internationale Strafrecht. Im Zentrum standen insbesondere Fragestellungen zum Terrorismus, zur Organisierten Kriminalität, zur Wirtschaftskriminalität (insbesondere Strafbarkeit juristischer Personen und Compliance), zu Cybercrime, Robotics und künstlicher Intelligenz, Korruption, Geldwäsche, zur Bekämpfung von Terrorismusfinanzierung, zu Menschenhandel, Menschenrechten und Strafrecht, Multikulturalismus und Strafrecht sowie zum Jugend- und Umweltstrafrecht. Stark vertreten waren ebenso klassische Fragestellungen zum Allgemeinen Teil des Strafrechts wie Begehen durch Unterlassen, Verbotsirrtum, Rücktritt vom Versuch, Täterschaft und Teilnahme sowie Notwehr und Notstand in einer rechtsvergleichenden Perspektive. In der Kriminologie befassten sich die Forschungen unter anderem mit häuslicher Gewalt, Viktimologie, „Victim Offender Mediation“, Konfliktschlichtung und „Restorative Justice“, Gefährderkonzepten, elektronischer Überwachung, strafrechtlichen Sanktionen und Strafzumessung, Kriminalitätsfurcht sowie mit dem Friedensprozess in Kolumbien und Fragestellungen der Legalisierung von Marihuana in Uruguay.

Der Wissenschaftsaustausch führte auch in den Jahren 2015 bis 2017 zu internationalen Kooperationen mit Forschungseinrichtungen der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die das Institut besuchten. 2015 wurden neue internationale Kooperationen begonnen mit der Universidad Rafael Landivar in Guatemala, der Universidad Libre Colombia in Kolumbien und dem El Colegio de Mexico in Mexiko. 2016 ging das Institut internationale Kooperationen ein mit der Getulio Vargas Foundation Law School and Brazilian Center of Analysis and Planning in Brasilien, der Islamic Azad University im Iran, der West University of Timișoara in Rumänien

Gästekoordination:
Dr. Johanna Rinceanu,
(Strafrecht) und Dr. Volker
Grundies (Kriminologie)

Abbildung 1:
Zusammensetzung der
Gastwissenschaftlerinnen
und -wissenschaftler, die
das Institut in den Jahren
2015–2017 langfristig
besuchten

Abbildung 2:
Gastwissenschaftlerinnen
und Gastwissenschaftler
2015–2017, differenziert
nach Abteilung und
akademischem Status

sowie der Berner Graduiertenschule für Strafrechtswissenschaft (BGS) der Universität Bern in der Schweiz. 2017 wurden internationale Kooperationen initiiert mit dem Institute of Law of Shanghai Academy of Social Sciences und der China University of Political Science and Law in China, mit der Georgian Technical University sowie der David Aghmashenebeli University of Georgia in Georgien und der Queen Mary University of London in Großbritannien. Darüber hinaus wurden im selben Jahr internationale Kooperationen geschlossen mit der Simon Fraser University in Kanada, der University of Zagreb in Kroatien sowie der University of Nicosia in Zypern.

Abbildung 3:
Verteilung der ausländischen
Wissenschaftlerinnen und Wissen-
schaftler auf die Herkunftsländer.
Neben Italien und Spanien waren
auch der Iran, China, die Türkei und
Brasilien von 2015 bis 2017 über-
durchschnittlich häufig vertreten.

Nr.	Herkunft	Anzahl
1	Afghanistan	3
2	Albanien	1
3	Angola	1
4	Argentinien	20
5	Armenien	2
6	Aserbaidshan	5
7	Australien	6
8	Belgien	3
9	Bolivien	1
10	Bosnien u. Herz.	1
11	Brasilien	52
12	Bulgarien	10
13	Chile	12
14	Costa Rica	2
15	Deutschland	35
16	Dänemark	1
17	Ecuador	1
18	Estland	3

Nr.	Herkunft	Anzahl
19	Finnland	4
20	Frankreich	3
21	Georgien	38
22	Griechenland	13
23	Großbritannien	5
24	Indien	7
25	Indonesien	1
26	Iran (Isl. Rep. of)	84
27	Island	2
28	Israel	3
29	Italien	266
30	Japan	7
31	Kamerun	2
32	Kanada	1
33	Kasachstan	2
34	SKirgistan	1
35	Kolumbien	17
36	Kroatien	31

Nr.	Herkunft	Anzahl
37	Litauen	2
38	Macao	4
39	Mazedonien	1
40	Mexiko	3
41	Moldavien	1
42	Mongolei	6
43	Neuseeland	1
44	Niederlande	15
45	Norwegen	10
46	Peru	6
47	Philippinen	2
48	Polen	34
49	Portugal	14
50	Rumänien	21
51	Russland	7
52	Schweden	13
53	Schweiz	11
54	Serbien	7

Nr.	Herkunft	Anzahl
55	Slowakei	3
56	Slowenien	2
57	Spanien	94
58	Südafrika	12
59	Südkorea	3
60	Taiwan	4
61	Thailand	3
62	Tschechien	13
63	Türkei	60
64	USA	16
65	Ukraine	7
66	Ungarn	32
67	Uruguay	3
68	V.R. China	67
69	Venezuela	1
70	keine Angaben	3
71	Ägypten	3
72	Österreich	8

Am Institut hielten sich im Berichtszeitraum 2015 bis 2017 insgesamt 1.472 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu längeren Forschungsaufenthalten auf:

- 2015 kamen 498 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ans Institut (338 über die strafrechtliche und 160 über die kriminologische Abteilung).
- 2016 besuchten 464 Gäste das Institut zu Forschungszwecken (339 über die strafrechtliche und 125 über die kriminologische Abteilung).
- 2017 forschten 510 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler am Institut (389 über die strafrechtliche und 121 über die kriminologische Abteilung).

Abbildung 1 schlüsselt die Forschungsaufenthalte nach jährlichen Besuchszahlen und nach Abteilungen auf.

Unter den im Berichtszeitraum 2015 bis 2017 länger anwesenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern befanden sich – Abbildung 2 – 388 Professorinnen und Professoren, 390 Promovierte sowie 694 Doktorandinnen und Doktoranden. Eine Vielzahl der Forschungsvorhaben wurde dabei vom Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD), von der Alexander von Humboldt-Stiftung (AvH), dem Marie-Curie-Programm der EU sowie anderen internationalen und ausländischen Stipendiengebern gefördert.

Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler kamen im Berichtszeitraum aus 73 Ländern an das Institut. Eine bedeutende Anzahl von ihnen stammte – wie in den vergangenen Jahren – aus Italien (266) und Spanien (94) und damit aus Ländern, deren rechtswissenschaftliche Fakultäten traditionell enge Beziehungen zur deutschen Strafrechtswissenschaft und Kriminologie unterhalten. Überdurchschnittlich häufig waren darüber hinaus der Iran (84), die Volksrepublik China (67), die Türkei (60), Brasilien (52), Georgien (38), Polen (34), Ungarn (32), Kroatien (31), Rumänien (21) und Argentinien (20) vertreten. Ferner sind Kolumbien (17), die USA (16), die Niederlande (15), Portugal (14), Griechenland (13), Schweden und Tschechien (jeweils 13), Chile (12), Südafrika (12), die Schweiz (11) und Bulgarien sowie Norwegen (jeweils 10) zu nennen. Zahlreiche weitere Staaten sind in Abbildung 3 und ihrer Legende genannt.

Neben längeren Forschungsaufenthalten befanden sich zudem noch 2.214 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu einem kurzfristigen Aufenthalt am Institut.

V. Organisation

V. ORGANISATION

205	A. Forschungsabteilungen
214	B. Bibliothek
218	C. Rechtsgutachten und sachverständige Äußerungen für die Praxis
220	D. Herausgabe von Buchreihen und Zeitschriften
226	E. Öffentlichkeitsarbeit
228	F. IT-Dienstleistungen
231	G. Forschungsförderung
234	H. Good Governance
238	I. Forschungsethik

A. Forschungsabteilungen

STRAFRECHTLICHE ABTEILUNG

Die Zusammensetzung und die Organisation der strafrechtlichen Abteilung werden durch ihr Forschungsprogramm bestimmt: Die Arbeit am Institut soll nicht aus der Addition isolierter Einzelprojekte bestehen, sondern durch die Bündelung von Kapazitäten Synergieeffekte für die wissenschaftliche Erkenntnis und Ausbildung erzielen. Vor allem bei größeren Projekten sind oft mehrere wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abteilung mit ihrem Fachwissen in unterschiedliche Projektphasen eingebunden. Dieses Fachwissen bildet das wissenschaftliche Rückgrat der strafrechtsvergleichenden Forschung des Instituts. Daneben liegen die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses sowie Gutachten-, Übersetzungs- und Publikationsfragen in der Hand von Fachleuten, die für die Forschungsunterstützung zuständig sind. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Institut werden durch flexible Netzwerke von externen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern unterstützt.

1. Forschung im Institut

Die Forschung in der strafrechtlichen Abteilung erfordert zunächst ein nach Ländern und Sachgebieten differenziertes Fachwissen. Ein Forschungsprogramm mit der gegenständlichen und der methodischen Ausrichtung auf die Strafrechtsvergleichung verlangt insbesondere ein detailliertes Wissen über das ausländische sowie das europäische und internationale Strafrecht, über die verschiedenen Rechtskulturen und die sie tragenden Gesellschaften sowie die dafür erforderlichen Fremdsprachenkenntnisse auf wissenschaftlichem Niveau. Diese besonderen Qualifikationen sind schwer zu finden, ist doch das Strafrecht ist wie kaum eine andere Rechtsmaterie Ausdruck der staatlichen Souveränität, noch wenig internationalisiert und daher eine Materie von Spezialisten für sehr unterschiedliche Rechtsordnungen. Ähnliches gilt für Sachgebiete, die durch ihre besondere Komplexität in tatsächlicher wie in rechtlicher Hinsicht gekennzeichnet sind und häufig über strafrechtliche Aspekte hinausreichen. Auch hier sind die Anforderungsprofile so speziell, dass Expertinnen und Experten selten sind. Die Einbeziehung von Fachwissen kann auch nur begrenzt über die – in jedem Fall notwendige – Zusammenarbeit mit externen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern gelöst werden. Die erforderlichen Kernkompetenzen müssen deswegen in bestimmten Sachbereichen von der Forschungsabteilung selbst bereitgehalten werden.

Länderspezifisches Fachwissen

Die Zusammensetzung des Kreises der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter trägt der internationalen Ausrichtung des Instituts Rechnung. Dies macht das Institut besonders attraktiv für ausländische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, deren Zahl stetig zunimmt. Das dadurch gewonnene Fachwissen umfasst einzelne Länder (z.B. China, Italien, Spanien oder Rumänien) und Sub-Kontinente (z.B. Lateinamerika). Darüber hinaus sind Rechtsordnungen des Common Law (USA und Kanada sowie das Vereinigte Königreich) und von muslimisch geprägten Gesellschaften (Türkei, Iran, arabische Länder) einbezogen. Zu den betreffenden Rechtsordnungen werden laufend die aktuelle Entwicklung der Gesetzgebung, Rechtsprechung und Lehre sowie die Tendenzen der Kriminalität und der Kriminalpolitik verfolgt. Die Gewinnung der entsprechenden Fachleute ist schwierig. Ist sie für ein Referat nicht möglich, so wird für die jeweilige Rechtsordnung auf bestehende Netzwerke zurückgegriffen. Die bestehenden Referate sind deswegen einem gewissen Wandel unterworfen.

Für die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist die Mitwirkung an rechtsvergleichenden Gemeinschaftsprojekten der Forschungsabteilung von besonderer Bedeutung. Hier kommen ihre speziellen Kenntnisse über die fremden Rechtsordnungen bereits bei der Forschungskonzeption zum Tragen. Der gegenseitige Meinungs-, Gedanken- und Erfahrungsaustausch über das Rechtsverständnis in den einzelnen Ländern ermöglicht einen übergreifenden Blick auf den Untersuchungsgegenstand und die von länderspezifischen Begriffen losgelöste Formulierung von Forschungsfragen. Bei größeren rechtsvergleichenden Arbeiten wird von den Projektleiterinnen und Projektleitern eine Gliederungsstruktur entwickelt, die den Landesberichten als Basis für die Erstellung des anschließenden Rechtsvergleichs zugrunde liegt. Dieses Vorgehen ist Bedingung für eine fundierte rechtsvergleichende Grundlagenforschung.

Neben den Gemeinschaftsprojekten sind die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch in Einzelprojekten tätig. Sie informieren die Fachöffentlichkeit in Aufsätzen und Vorträgen – auch rechtsvergleichend – über Entwicklungen und Besonderheiten des Strafrechts und der Kriminalpolitik in den einzelnen Ländern. Auf diese Weise tragen die Forscherinnen und Forscher unter auslandsrechtlichen und rechtsvergleichenden Aspekten zur wissenschaftlichen Diskussion bei. Ferner erhält das Institut häufig Anfragen zu bestimmten Rechtsproblemen oder Verfahrensregeln in einzelnen Ländern. Die meisten Anfragen kommen von deutschen Gerichten und Staatsanwaltschaften aus Anlass konkreter Strafsachen, in denen das ausländische Strafrecht oder die Prozesspraxis eine Rolle spielen. Solche Anfragen werden durch das Gutachtenreferat koordiniert (vgl. dazu unten V.C). Darüber hinaus ist die Expertise der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Reformprozessen weltweit gefragt.

Die Forschung stützt sich hauptsächlich auf die Institutsbibliothek. Zu den Aufgaben der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abteilung gehört es daher, den Bibliotheksbestand auf dem aktuellen Stand zu halten. Dies setzt eine sorgfältige Beobachtung des Fachbuch- und Zeitschriftenmarktes sowie der elektronischen Medien voraus. Von großer Bedeutung sind weiter persönliche Kontakte mit Personen aus Wissenschaft und Praxis der jeweiligen Länder. Hierdurch erschließen sich nicht nur zusätzliche Informationsquellen; vielmehr bilden Aufbau und Pflege dieser Beziehungen auch eine Basis für die wissenschaftliche Zusammenarbeit des Instituts mit dem Ausland.

Die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abteilung stehen in Verbindung mit Universitäten, Strafverfolgungs-, Justiz- und Vollzugsbehörden sowie anderen juristischen Einrichtungen in ihren Ländern. Sie nehmen an Seminaren und Kongressen teil, halten Vorträge, organisieren mit den Kolleginnen und Kollegen vor Ort gemeinsame Veranstaltungen und wirken in Einzelfällen an akademischen Prüfungen ausländischer Universitäten mit. Zur Kontaktpflege gehört vor allem auch die Betreuung ausländischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die sich als Forschungsgäste am Institut aufhalten. Hier ist insbesondere die fachliche und persönliche Unterstützung des wissenschaftlichen Nachwuchses hervorzuheben. Aus ihr entstehen die Auslandsbeziehungen zur nachfolgenden Generation von Juristinnen und Juristen.

Sachgebietsspezifische wissenschaftliche Expertise

Außer auf länderspezifischen Sachverstand konzentriert sich die Zusammensetzung der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Abteilung gegenwärtig auf die Expertise zu speziellen Querschnittsmaterien der Forschung, die unterschiedliche Sachgebiete betreffen: Beim internationalen Strafrecht (insbesondere Völkerstrafrecht) sowie beim europäischen Strafrecht geht es vor allem um die Untersuchung eigenständiger supranationaler Strafrechtsordnungen, während es sich in den Bereichen des Terrorismus und der Organisierten Kriminalität, im Informationsrecht und im Wirtschaftsstrafrecht um besondere Formen der Delinquenz sowie die Möglichkeiten und Grenzen ihrer Kontrolle durch das Strafrecht handelt. Wegen der für sie typischen ineinandergreifenden Rechtsgebiete und der Komplexität der betroffenen Materien ist hier ein besonderes Fachwissen erforderlich. Darüber hinaus sind die verschiedenen Sachgebiete durch spezifische politische bzw. technische Entwicklungsbedingungen gekennzeichnet,

die – vergleichbar den charakteristischen Bedingungen einer nationalen Strafrechtsordnung – der besonderen Beobachtung und Erforschung bedürfen. Aufgaben und Arbeitsweisen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit besonderem Fachwissen ähneln dabei denen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit länderspezifischem Wissen.

International Max Planck Research School for Comparative Criminal Law (IMPRS-CC)

Neben den Forschungsarbeiten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus der strafrechtlichen Abteilung ist auch das Ausbildungsprogramm der „International Max Planck Research School for Comparative Criminal Law“ (IMPRS-CC) in die Forschungsfelder des Forschungsprogramms eingebettet (vgl. Kapitel I.B.1 „Forschungsprogramm“ und III.B „IMPRS-CC“). Auf diese Weise trägt auch der wissenschaftliche Nachwuchs der IMPRS-CC seinen Teil zum Forschungsbetrieb der Abteilung bei.

Schema:
Spezialisiertes Fachwissen in der strafrechtlichen Forschungsabteilung

2. Forschungsunterstützung im Institut

Die Forschungsarbeit wird durch Fachleute unterstützt und ergänzt, in deren Hand die Publikation und Übersetzung, die Koordination der gutachterlichen Tätigkeiten und der International Max Planck Research School for Comparative Criminal Law liegen.

Die Publikationen der strafrechtlichen Forschungsabteilung werden durch ein fachkundiges Team unterstützt, das sämtliche Manuskripte redigiert und lektoriert. Ein Schwerpunkt der Arbeit dieser Fachleute liegt auf der Veröffentlichung der strafrechtlichen Forschungsergebnisse in der Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht, insbesondere in den „Strafrechtlichen Forschungsberichten“, die in Kooperation mit dem Verlag Duncker & Humblot herausgegeben werden (vgl. unten V.D.). Da Veröffentlichungen der Forschungsergebnisse der strafrechtlichen Abteilung zunehmend in englischer Sprache sowohl im Druck- wie auch im Onlinebereich an Gewicht gewinnen, bedarf es auch hier verstärkt entsprechender Fachkräfte, insbesondere für das „Proofreading“ und für Übersetzungen.

Angesichts der zahlreichen Rechtsfragen, die von außen an die Forschungsabteilung gestellt werden, besteht auch ein spezieller Bedarf zur Unterstützung der gutachterlichen Tätigkeiten, insbesondere im Hinblick auf die Koordination des Gesamtablaufs der Gutachtenbearbeitung, die Beratung der Fragesteller, die Prüfung der Anfragen auf ihre Bezüge zum Forschungsprogramm, die Weiterleitung der relevanten Fragen an die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und die Zusammenfassung von Einzelergebnissen.

Schließlich bedarf der Forschungs- und Ausbildungsbetrieb der International Max Planck Research School for Comparative Criminal Law der Koordination. Dabei geht es vor allem um die Ausrichtung der Ausbildungsmaßnahmen nach den Vorgaben des Lenkungsausschusses und um die Beratung der Promovierenden in Angelegenheiten ihres Ausbildungsplans. Für diese Aufgaben steht ein Koordinator bereit. Die wissenschaftliche Betreuung der Doktorarbeiten erfolgt dagegen ausschließlich durch den Erst- und den Zweitbetreuer der Arbeiten; Letzterer wird bereits bei Ausbildungsbeginn festgelegt.

Besondere Zuständigkeiten bestehen darüber hinaus für die Betreuung der ausländischen Gastwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler, die Öffentlichkeitsarbeit und den Datenschutz.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der strafrechtlichen Abteilung treffen sich zu Projekt- und Arbeitsbesprechungen, aber auch zu Vorträgen – vor allem von ausländischen Gästen – und Diskussionen. Die Vorträge finden in der Regel mittwochs statt und sind institutsöffentlich. Sie werden auch von den Gastwissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern im Hause gern besucht und durch weitere Vortragsveranstaltungen an Abendterminen ergänzt, zu denen auch auswärtige Gäste eingeladen sind.

3. Forschungsk Kooperation in internationalen Netzwerken

Das Forschungsprogramm der strafrechtlichen Abteilung des Instituts ist seit dessen universitären Ursprüngen vor mehr als 80 Jahren auf rechtsvergleichende Untersuchungen ausgerichtet. Es beruht deswegen seit dieser Zeit auf einer intensiven internationalen Zusammenarbeit. Daraus entstanden schrittweise umfassende internationale Netzwerke in verschiedenen Regionen der Welt. Diese Verbindungen setzen bei wissenschaftlichen Partnerschaften an, die seit Jahrzehnten in einzelnen Regionen und Ländern bestehen – insbesondere in Europa, Lateinamerika und Ostasien sowie in Ländern wie der Türkei und Iran. In der internationalen Zusammenarbeit mit den nachfolgenden Generationen ausländischer Nachwuchswissenschaftler weiten sich diese Kontakte kontinuierlich aus. Darüber hinaus veranlasst die gemeinsame Arbeit die Bildung neuer Netzwerke mit Strafrechtswissenschaftlern und Institutionen in Ländern wie insbesondere China, dessen Bedeutung in diesem Bereich in den knapp 20 Jahren erheblich zugenommen hat. Zur Umsetzung der – teilweise auch aus dem Ausland drittmittelfinanzierten – Projekte bedarf es

in der strafrechtlichen Abteilung einer hochspezialisierten Expertise. Ohne eine solche ist eine aktive Teilnahme an der vernetzten internationalen Forschung zum Strafrecht – oder gar deren koordinierte Steuerung – kaum möglich, und entsprechende Ergebnisse sind ohne derartiges Spezialwissen vor Ort auch kaum kontrollierbar.

Diese Fachexpertise wird von Länderexpertinnen und -experten abgedeckt, die selbst in den einzelnen Ländern ausgebildet worden sind (z.B. Spanien, USA, China) oder über langjährige hervorragende Kenntnisse zu den jeweiligen Rechtssystemen verfügen (z.B. zum italienischen und türkischen Rechtssystem und zu den Rechtssystemen Lateinamerikas). Die Länderexperten des Instituts sind voll in die ausländischen Wissenschaftlergemeinden integriert, was durch Publikationen und Lehrtätigkeiten vor Ort (wie Honorarprofessuren) sowie auch durch entsprechende nationale Ehrungen (wie Ehrendoktorwürden oder Orden) deutlich wird.

Die Bedeutung dieser internationalen Netzwerkkooperation wird in der strafrechtlichen Abteilung vor allem aus zwei Gründen auch in Zukunft weiter zunehmen: Zum einen sind neuere rechtsvergleichende Projekte häufiger als früher breit angelegt, da die rechtsvergleichenden Anforderungen zunehmend universalen Ansprüchen genügen müssen. Die Projekte betreffen deswegen öfter 20 bis 30 und in Einzelfällen auch über 40 Rechtsordnungen. Es ist offensichtlich, dass bei der Breite dieser Untersuchungen die erforderlichen Länderanalysen nicht mehr allein von Länderexperten aus dem Institut in den einzelnen Rechtsordnungen durchgeführt werden können. Daher greifen die Institutsangehörigen zunehmend auf Netzwerke zurück, deren Beiträge sie zur Durchführung der Länderanalysen koordinieren.

Zum Zweiten beruht die wachsende Bedeutung der Forschungsk Kooperation in internationalen Netzwerken auf einer zunehmenden Spezialisierung in besonderen Forschungsfeldern der Strafrechtswissenschaft, so zum Beispiel in den Bereichen des Terrorismus und der Organisierten Kriminalität sowie Wirtschafts- und Internetkriminalität. Vor allem in solchen sind – zumal bei interdisziplinären Projekten – weitere Spezialisierungen erforderlich, wie zuletzt die Untersuchung zur transnationalen Rechtshilfe im Bereich der Telekommunikationsüberwachung mittels technischer Direktausleitung der abgehörten Daten zeigte. Das zur Untersuchung entsprechender Fragen im Einzelfall notwendige hohe Maß an Spezialisierung können die Länderexperten der strafrechtlichen Abteilung – zusätzlich zu ihren profunden Kenntnissen zum allgemeinen Strafrecht und Strafprozessrecht in dem jeweiligen Land – nicht in allen Bereichen vorhalten. Deswegen werden in Einzelfällen die entsprechenden Länderanalysen zum “law in the books” von oder zusammen mit Fachleuten im jeweiligen Land erstellt und die Erfassung des “law in action” erfordert zusätzlich Interviews mit Experten aus der Praxis, z.B. Vertretern ausländischer Polizeibehörden. Der Zugang zu diesen Spezialisten erfolgt sowohl über die Verbindungen der Länderexperten mit ihren Kenntnissen der Landessprache, des Landesrechts und der landesinternen Institutionen und Prozesse als auch über die Verbindungen der Sachreferate des Instituts.

Besonders bei interdisziplinären Projekten wird nicht nur mit Einzelpersonen, sondern auch mit anderen Forschungsinstitutionen zusammengearbeitet. Beispielsweise besteht in dem o.g. interdisziplinären Projekt zur Telekommunikationsüberwachung eine enge Kooperation mit dem Fraunhofer-Institut für Eingebettete Systeme und Kommunikationstechnik in München, das an den technischen Fragestellungen der Untersuchung arbeitet.

Die dadurch gebildeten Projektgruppen müssen im Rahmen neuer Forschungsprojekte laufend ausgebaut und verändert werden. Sie sind daher anpassungsfähig und flexibel konzipiert. Organisatorische Verfestigungen und der Aufbau lokaler Brückenköpfe erfolgen dann, wenn hierfür besondere sachliche oder strategische Gründe vorliegen. Ein Beispiel ist das 2009 an der Bahçeşehir-Universität Istanbul aus der strafrechtlichen Abteilung und ihrem Netzwerk in der Türkei heraus gegründete „Joint Research Center for European Criminal Law“, das über eine eigene Bibliothek und eigene Räume verfügt (siehe dazu oben IV.D.2) Eine ähnliche „Joint Research Group for Comparative Criminal Law“ wurde auch an der Allameh-Tabatabaei-Universität Teheran eingerichtet (vgl. oben IV.D.3).

4. Zuständigkeiten

Die aus dem Forschungsprogramm abgeleiteten Aufgaben werden im Rahmen von definierten Zuständigkeiten erfüllt. Speziell als Landesreferentinnen und Landesreferenten für einzelne Länder und Regionen sind verantwortlich Dr. Konstanze Jarvers (insb. Italien), Dr. Teresa Manso (Spanien), Dr. Johanna Rinceanu (insb. Rumänien), Emily Silverman, J.D., LL.M. (insb. USA), Jan Michael Simon (Lateinamerika), Dr. Silvia Tellenbach (insb. Türkei und Iran), Dr. Benjamin Vogel, LL.M. (insb. England) sowie Dr. Zunyou Zhou, LL.M. (insb. China).

Detaillierte Kenntnisse ihrer nationalen Rechtsordnungen und entsprechende Zuständigkeiten haben auch die – früher teilweise aus dem Exzellenzfonds des Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft für einen begrenzten Zeitraum finanzierten – Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die im Rahmen des Projekts „Max-Planck-Informationssystem für Strafrechtsvergleichung“ Landesberichte zum Allgemeinen Teil des Strafrechts erstellen oder erstellten. Dies sind oder waren Dr. Emmanouil Billis (Griechenland), Dr. András Csúri (Ungarn), Dr. Pablo Galain (Uruguay), Dr. Neha Jain (Indien), Dr. Catherine Namakula und Dr. Josephine Ndagire (Uganda), Guy Cumes, LL.M. (UNSW) (Australien), Yoshisuke Ito (Japan), Dr. Svetlana Paramonova (Russland) und Dr. Nadine Zurkinden (Schweiz).

Für die supranationalen Rechtsordnungen ist im Bereich des internationalen Strafrechts (insb. Völkerstrafrecht) Dr. Nandor Knust zuständig, für das europäische Strafrecht und die damit oft verbundenen Fragen der Rechtshilfe Thomas Wahl.

Bei den – für das Forschungsprogramm besonders relevanten – speziellen Kriminalitätsbereichen werden die Fragen von Terrorismus und organisierter Kriminalität durch Dr. Benjamin Vogel, LL.M., abgedeckt, das Wirtschaftsstrafrecht durch Dr. Marc Engelhart und die Bereiche Cybercrime, Informationsrecht und Rechtsinformatik durch Rechtsanwalt Dr. Nicolas von zur Mühlen, Dr. Tatjana Tropina und Assessor Stefan Zimmermann. Prof. Dr. Jörg Arnold beschäftigt sich mit Fragen der transnationalen Strafverteidigung.

Die Wissenschaftskoordination für die strafrechtliche und die kriminologische Abteilung nimmt nach dem Weggang von Frau Astrid Fischer inzwischen Dr. Carolin Hillemanns wahr. Koordinatoren der International Max Planck Research School für Strafrechtsvergleichung sind Jan Michael Simon und Dr. Nandor Knust. Das **Gutachtenreferat** liegt in den Händen von PD Dr. Hans-Georg Koch. Für die Betreuung der **wissenschaftlichen Gäste** aus dem Ausland ist Dr. Johanna Rinceanu verantwortlich, für Stipendienfragen Dr. Silvia Tellenbach. Übersetzungen und Lektorierungen in der englischen Sprache sind Sache von Emily Silverman, J.D., LL.M., sowie Dr. Yvonne Shah-Schlageter und Indira Tie.

Publikationen liegen vor allem in den Händen von Ines Hofmann und Petra Lehser, die wegen der starken Zunahme der veröffentlichten Bücher unterstützt werden durch Irene Kortel, Birgit Jacob, Dorothea Borner-Burger und Hildegund Schaab.

Für die Redaktion der Auslandsrundschau der ZStW sind Dr. Marc Engelhart und Dr. Benjamin Vogel zuständig, für die Redaktion der Onlinezeitschrift eucrim Thomas Wahl. Die Bibliothek (Leitung Elisabeth Martin), die IT (Leitung Jochen Jähnke) und die Pressearbeit (Anna Schaich) werden zentral für beide Forschungsabteilungen organisiert. Ansprechpartner für die Presse ist im Strafrecht PD Dr. Hans-Georg Koch.

Für die Redaktion der ZStW ist Dr. Barbara Huber zuständig, für die Redaktion der Onlinezeitschrift eucrim Dr. Els De Busser. Die Bibliothek (Leitung Elisabeth Martin), die IT (Leitung Jochen Jähnke) und die Pressearbeit (Andrea Keller) werden zentral für beide Forschungsabteilungen organisiert.

KRIMINOLOGISCHE ABTEILUNG

Die Kriminologische Abteilung des Max-Planck-Instituts besteht seit 1970. Sie wurde mit der Berufung von Prof. Dr. Günther Kaiser zum Direktor des Instituts und zum Leiter der Kriminologischen Forschungsgruppe als zweite Abteilung neben der Strafrechtlichen Forschungsgruppe gegründet. Seit 1997 steht diese unter der Leitung von Prof. Dr. Hans-Jörg Albrecht. Im Jahr 2007 wurden die Kriminologische und die Strafrechtliche Forschungsgruppe jeweils in „Kriminologische Abteilung“ bzw. „Strafrechtliche Abteilung“ umbenannt.

Die kriminologische Forschung ist projektbezogen organisiert. Die Projekte sind den verschiedenen und weiter oben vorgestellten Forschungsschwerpunkten zugeordnet. Die Projektleitung liegt bei den jeweils mit der Entwicklung von Fragestellung, Forschungsdesign und Förderungsantrag befassten wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Regelmäßige Abteilungssitzungen dienen der Information über Entwicklung und Stand der einzelnen Untersuchungen, der Diskussion inhaltlicher, methodischer und sonstiger projektbezogener Fragen sowie der Planung der Projektentwicklung. Hinzu treten projektbezogene Gruppensitzungen, die der Koordination und Durchführung der Großprojekte dienen. Teilweise handelt es sich dabei um Konsortialprojekte (BaSiD, WiSKoS, SENSIKO, POLIS), die unter Einschluss von verschiedenen Universitäten, Forschungsinstituten und Praxiseinrichtungen organisiert sind und deshalb unter Beteiligung von Konsortialmitgliedern durchgeführt werden.

Von erheblicher Bedeutung sind für die Kriminologische Abteilung in der Implementierung des Forschungsprogramms die Einwerbung von Drittmitteln und die Kooperation mit in- und ausländischen Forschungseinrichtungen, die neben der Umsetzung des interdisziplinären Anspruchs auch auf die Internationalisierung der Forschung zielt und ferner Synergien sowie Forschungseffizienz durch Arbeitsteilung und die Entwicklung verlässlicher Netzwerke herstellt.

Für die Forschungsfinanzierung waren in neuerer Zeit neben verschiedenen Stiftungen Förderungsprogramme der Europäischen Union, die Deutsche Forschungsgemeinschaft sowie das Sicherheitsforschungsprogramm des Bundesministeriums für Bildung und Forschung relevant. An letzterem ist das Institut durch die Mitarbeit an strategischen Planungen zur (empirischen, interdisziplinären und auf die Integration der Sozial- und Rechtswissenschaften ausgerichteten) Sicherheitsforschung im Fachdialog Sicherheit beteiligt. Intensiviert wird dadurch insbesondere die wissenschaftliche Zusammenarbeit mit in- und ausländischen Universitäten, ferner mit Instituten der Fraunhofer-Gesellschaft. Darüber hinaus sind Forschungseinrichtungen der Polizei und die Strafverfolgungs- und Justizpraxis eingebunden. Eine verlässliche Verbindung zu Politik und Praxis ist im Übrigen für den Zugang zu Informationssystemen und Daten sowie für den Wissenstransfer von besonderer Bedeutung. Schließlich ist es ein zentrales Anliegen der Kriminologischen Abteilung, eine Zusammenarbeit herzustellen, die mittel- und langfristig den auch für die Grundlagenforschung relevanten organisatorischen Rahmen für wiederholte nationale Kriminalitäts- und Sicherheitssurveys sowie nationale Rückfallstatistiken fördert. Ausgangspunkte hierfür sind das Konsortialprojekt „BaSiD“ sowie die in Zusammenarbeit mit der Universität Göttingen nunmehr in einer dritten Welle realisierten nationalen Rückfallstatistik.

Die organisatorischen Strukturen der Kriminologischen Abteilung sind auch bestimmt durch eine gezielte Erweiterung und Bündelung der Forschung in Zusammenarbeit mit ausländischen Universitäten und Forschungseinrichtungen. Dabei geht es um eine an das Forschungsprogramm des Max-Planck-Instituts angelehnte und mit diesem verschränkte Entwicklung von Forschungskapazitäten und -zentren an verschiedenen ausländischen Standorten sowie am Institut selbst.

Die Einrichtung des „Center for Chinese Legal Studies“ am Institut ist das Ergebnis langjähriger und erfolgreicher wissenschaftlicher Kooperation mit chinesischen Universitäten und Teil eines internationalen Forschungsnetzwerks, das sich, durch die chinesische Zentralregierung finanziert, mit Fragestellungen der Kriminalpolitik und Strafrechtsreformen in China befasst. Das Netzwerk setzt sich aus europäischen, amerikanischen und asiatischen Forschungseinrichtungen zusam-

Prof. Dr. Hans-Jörg Albrecht

men, die sich einerseits auf die Zusammenarbeit mit China, andererseits auf Zusammenhänge zwischen (Straf-)Recht und sozialem Wandel (Übergänge) sowie Kriminalpolitik und Strafrechtsreform spezialisiert haben. Das „Center for Chinese Legal Studies“ ist wiederum mit dem an der Universität Freiburg angesiedelten „Zentrum für Transkulturelle Asienstudien“ verknüpft, mit dem das in Freiburg vorhandene Potenzial an Asienforschung gebündelt und fortentwickelt werden soll.

Die Entstehung der „Max Planck Partner Group for Balkan Criminology“ (MPPG) an der Juristischen Fakultät der Universität Zagreb hängt eng zusammen mit den am Freiburger Institut verfolgten Fragestellungen zu Innerer Sicherheit und Organisierter Kriminalität sowie der internationalen Strafjustiz. Durch die Partnergruppe werden allerdings nicht nur Grundlagenfragen zu Zusammenhängen zwischen Transaktionskriminalität, kriminellen Netzwerken und illegalen Märkten für Drogen, Dienstleistungen und Gewalt

aufgeworfen und unter den besonderen Bedingungen des Balkans empirisch untersucht. Aus dem Verbund ergeben sich weitere Potenziale im Hinblick auf Ausbildung und Förderung der Nachwuchsforschung, wobei die Cotutelle hier eine besondere Rolle spielt.

Das in Tiflis/Georgien angesiedelte „Transkaukasische Forschungszentrum für Kriminalitätsprävention und vergleichende Kriminologie“ geht auf eine enge Kooperation des Instituts mit der Robakidze-Universität in Tiflis zurück. In diesem Ansatz wird die in die 1970er Jahre zurückgehende strafrechtlich-kriminologische Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen der ehemaligen Sowjetunion fortgeführt mit der Entwicklung eines Netzwerks, das von den Kaukasusstaaten ausgeht, grundsätzlich aber auf die Nachfolgestaaten der Sowjetunion insgesamt ausgerichtet ist.

Schließlich ist das an der Universität Montevideo/Uruguay an der dortigen Rechtswissenschaftlichen Fakultät eingerichtete „Observatorio Latinoamericano para la investigación en Política Criminal y en las reformas en el Derecho Penal“ (OLAP) zu nennen, in dem als Ausgangspunkt empirische Untersuchungen zu den Auswirkungen der Legalisierung von Marihuana stehen.

Die in den vorstehend angesprochenen Forschungszentren und Kooperationsansätzen wirkenden Organisationsstrukturen erlauben nicht nur das Aufgreifen von Grundlagenfragestellungen der Kriminologie, sondern lassen auch die intensive Zusammenarbeit zwischen Kriminologie und Strafrecht in verschiedener Hinsicht sichtbar werden. Die Untersuchungen zu den Folgen der Legalisierung von Marihuana sind kriminologisch-strafrechtlich angelegt und erfassen neben der Frage nach den Grenzen des Strafrechts und seiner Alternativen Analysen zu den durch das internationale Drogenrecht eröffneten kriminalpolitischen Spielräumen. Der transkaukasische Verbund ist ebenso wie das „Center for Chinese Legal Studies“ in der Orientierung auf die Rolle des Strafrechts in Zeiten des sozialen Umbruchs und auf die Entwicklung von Kriminalpolitik unter Bedingungen neuer Risiken an einem interdisziplinären Programm ausgerichtet.

Für verschiedene Aufgaben, die in der Abteilung regelmäßig anfallen, sind einzelne Forscherinnen und Forscher zuständig. Die Betreuung der wissenschaftlichen Gäste aus dem Ausland und die Planung sowie Implementierung des Stipendienprogramms liegen in der Hand von Dr. Volker Grundies. Die Öffentlichkeitsarbeit nimmt in Zusammenarbeit mit dem PR-Referat Dr. Dina Hummelsheim-Doß wahr. Für Angelegenheiten der internationalen Beziehungen sowie der Forschungsförderung mit dem besonderen Schwerpunkt EU-Programme ist

Prof. Dr. Dietrich Oberwittler zuständig. Dr. Michael Kilchling kümmert sich um Fragen der Nachwuchsförderung und die Beziehungen zu Universitäten, insbesondere zur Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Hinblick auf die Lehrverpflichtungen im Rahmen des Schwerpunktgebietes „Strafrechtliche Rechtspflege“ an der Juristischen Fakultät. Die Organisation der International Max Planck Research School on Retaliation, Mediation and Punishment (IMPRS REMEP) obliegt Dr. Carolin F. Hillemanns. Verantwortlich für Datensicherheit und Archivierung sind Dr. Volker Grundies und Jochen Jähne. Der Sachbereich Veröffentlichungen fällt in die Zuständigkeit von Ulrike Auerbach. Beate Lickert betreut die Webseiten des Instituts sowie Datenbanken und ist in die Herstellung von Printprodukten eingebunden.

B. Bibliothek

Die Bibliothek des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht gehört mit nunmehr knapp 477.000 gedruckten Medieneinheiten und einer Vielzahl an elektronischen Ressourcen zu den wichtigsten und größten Spezialbibliotheken für strafrechtliche und kriminologische Literatur weltweit. Die Bibliothek verfolgt einen systematischen und vorsorgenden Bestandsaufbau, der sie zu einem leistungsfähigen Forschungsinstrument und damit zu einem Anziehungspunkt für Forscherinnen und Forschern aus aller Welt macht.

Bestand und Bestandsaufbau

Die Bibliothek umfasst zum 31.12.2017 knapp 477.000 gedruckte Bände sowie mehr als 1.300 laufend gehaltene (Print-)Zeitschriften. Darüber hinaus bietet sie Zugriff auf eine umfangreiche Sammlung elektronischer Ressourcen, die lokal erworben wurden oder zentral für die Bibliotheken der Max-Planck-Gesellschaft von der Max Planck Digital Library (MPDL) zur Verfügung gestellt werden: Volltext- und Nachweisdatenbanken, Online-Journals (über 15.000 Titel), elektronische Dokumente und E-Books (über 650.000 Titel). Während der lokal erworbene Bestand an elektronischen Ressourcen den (straf-)rechtlichen und kriminologischen Sammelschwerpunkt der Bibliothek abdeckt, sind die konsortial zur Verfügung gestellten Ressourcen in der Regel fächerübergreifend. Dies führt dazu, dass das Informationsangebot der Bibliothek außerordentlich breit aufgestellt und auf die Unterstützung interdisziplinärer Forschung angelegt ist.

Im Berichtszeitraum betrug der Zuwachs der Bibliothek an gedruckten Medien 21.447 Bände. Hiervon sind 14.690 Bände Monographien oder Fortsetzungen und 6.757 Bände Zeitschriftenbände. Im gleichen Zeitraum wurden 2.878 digitale Publikationen, darunter 822 E-Books, lokal erworben. Der lokale Erwerb elektronischer Ressourcen wurde in den letzten Jahren konsequent weiter ausgebaut: Der Anteil digitaler Publikationen an den Neuerwerbungen der Bibliothek be-

Bibliotheksleiterin Elisabeth Martin (im Bild ganz links) und ihr Team

trägt inzwischen knapp 12 %. Insgesamt beläuft sich der Bestand an lokal bereitgestellten digitalen Publikationen zum 31.12.2017 auf 7.122 Titel.

Für Neuerwerbungen und Einband wurden im Jahr 2016 (2015) 1.156.286,15 EUR (1.056.324,49 EUR) aufgewendet, davon 521.724,02 EUR (508.362,43 EUR) für Monographien sowie Fortsetzungen und 634.562,13 EUR (551.673,29 EUR) für Periodika. Hinzu kommen 11.654,34 EUR (9.178,20 EUR) für die Benutzung von Online-Datenbanken und Bibliothekssoftware.

Im Jahr 2017 betrugen die Aufwendungen für Neuerwerbungen und Einband insgesamt 1.097.086,22 EUR, davon 524.088,42 EUR für Monographien und Fortsetzungswerke sowie 572.997,80 für Zeitschriften. Weitere 13.369,42 EUR wurden für die Benutzung von Online-Datenbanken und Bibliothekssoftware ausgegeben.

Bestands- und Informationsvermittlung

Die hybride Bibliothek der Gegenwart – gekennzeichnet durch das Nebeneinander von gedruckten und digitalen Medien – bringt hohe Anforderungen an die Informationsvermittlung mit sich. Das digitale Informationsangebot der Bibliothek wird einerseits über die Web-Applikation der MPDL „MPG.ReNa – Resource Navigator“ unter einer institutsspezifischen Oberfläche zur Verfügung gestellt. In MPG.ReNa kann eine inhaltliche Erschließung aber nur nach groben Sachgruppen erfolgen. Andererseits werden die lokalen elektronischen Dokumente und E-Books – ebenso wie die Print-Bestände – anhand einer feingliederten Bibliothekssystematik sachlich erschlossen und zusätzlich über die Oberfläche des Online-Katalogs für die Benutzer gut recherchierbar gemacht.

Damit ist der inhaltliche Zugang zu den Medien zweigeteilt: sachliche Erschließung anhand der feingliedrigen Bibliothekssystematik in der Bibliothek und eingeschränkte Recherche über MPG.ReNa. Für die Benutzer ist aus diesem Grund eine intensive Betreuung durch das Bibliotheksteam unabdingbar.

Ein weiteres Instrument der hybriden Bibliothek ist das „catalogue enrichment“: Auch 2015 bis 2017 wurden bei den neu angeschafften Monographien die Inhaltsverzeichnisse eingescannt und sodann in den Online-Katalog integriert. Es wurden insgesamt 9.097 Inhaltsverzeichnisse neu eingebunden. Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nutzen diesen zusätzlichen Service intensiv und können vielfach so schon vom Arbeitsplatz aus erkennen, ob das Buch für die jeweilige Forschung einschlägig ist.

Benutzung

Mit dem herausragenden Bestand an strafrechtlicher und kriminologischer Literatur und den digitalen Informationsressourcen war die Bibliothek auch im Berichtszeitraum wieder Anziehungspunkt für zahlreiche Wissenschaftler aus dem In- und Ausland. Neben den Institutsmitarbeiterinnen und -mitarbeitern wurde die Bibliothek 2015 von 1.352, 2016 von 1.212 und 2017 von 1.122 externen Benutzern – Institutsgästen und Kurzgästen – in Anspruch genommen. Dabei stieg die Anzahl der Institutsgäste mit 498 (2015), 464 (2016) und 501 (2017) Gästen erneut kontinuierlich an, sodass der bisherige Höchstwert aus dem Jahr 2014 (465) noch einmal übertroffen wurde. Möglich war dies zum einen durch die Einrichtung eines provisorischen dritten Lesesaals während der besonders frequentierten Sommermonate. Zum anderen musste dafür aber auch der Zugang von Kurzgästen eingeschränkt werden.

Einführung der Fernleihe

Seit 2017 wird Literatur, die für einzelne Forschungsvorhaben zwar benötigt wird, aber nicht in das Forschungsprofil des Instituts fällt und deshalb nicht für den Bibliotheksbestand erworben

wird, den Benutzern per Fernleihe beschafft. Dieser Service hat sich insbesondere für die ausländischen Gastwissenschaftler als sehr hilfreich erwiesen, da so auch entlegene Titel schnell und unkompliziert zur Verfügung gestellt werden können.

Neue Kompaktusanlage

2017 wurde mit der Erneuerung des Rollregalsystems in den Freihand-Magazinen begonnen. Bis Anfang 2019 wird in sechs Bauabschnitten die bisher hydraulisch betriebene Kompaktusanlage durch eine elektrische Anlage mit modernster Technik ersetzt. Notwendig wurde dies, da die 1978 in Betrieb genommene Anlage inzwischen technisch anfällig war, nicht mehr gewartet werden konnte und häufig ausfiel, sodass ganze Regalbereiche nicht mehr zugänglich waren. Im Rahmen der im Jahr 2017 durchgeführten drei Bauabschnitte wurden insgesamt 3.900 Regalmeter an Büchern auf die im Foyer und im 1. OG provisorisch aufgestellten Ersatzregale verteilt. Durch das logistisch anspruchsvolle Vorgehen konnte sichergestellt werden, dass die Bücher trotz des Umbaus weiterhin jederzeit zugänglich waren. Allerdings konnte das als zentrale Anlaufstelle im 1. OG geplante Helpdesk der Bibliothek wegen der Baumaßnahme noch nicht realisiert werden, da an der dafür vorgesehenen Stelle noch bis Anfang 2019 Ersatzregale aufgestellt sind.

Open Access (OA)

Entsprechend der MPG Open Access Policy stellt das Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht seine Forschungsergebnisse in zunehmendem Umfang unbeschränkt und kostenlos zur Verfügung. Als Open-Access-Angebot ist die vom Max-Planck-Institut mit Unterstützung des European Anti-Fraud Office (OLAF) herausgegebene Zeitschrift *eu crim* verfügbar. Gleiches gilt für die Zeitschrift *F³ Freedom from fear*, ein vierteljährlich erscheinendes Magazin, entwickelt von UNICRI in Zusammenarbeit mit dem Max-Planck-Institut und dem Basel Institute on Governance sowie für die 2017 neu gegründete Reihe „Beiträge zum Sicherheitsrecht“, die im Rahmen der Otto-Hahn-Gruppe Architektur des Sicherheitsrechts herausgegeben wird.

In der Regel werden die Forschungsergebnisse des Instituts in den institutseigenen Schriftenreihen veröffentlicht. Als Printversionen nicht mehr verfügbare ältere Titel sind nun fast vollständig online abrufbar. Ohne Einschränkung zugänglich sind die Reihe „Arbeitsberichte“, in der vorläufige Kurzbeschreibungen von Forschungsergebnissen publiziert werden, und die Reihe „forschung aktuell / research in brief“, in der das Institut vorläufige bzw. zusammenfassende Kurzbeschreibungen von Forschungsergebnissen veröffentlicht.

Von besonderer Bedeutung im Open-Access-Bereich ist das Max-Planck-Informationssystem für Strafrechtsvergleichung. Die Landesberichte dieses Projekts werden in der Schriftenreihe „Strafrechtliche Forschungsberichte“ in Buchform veröffentlicht. Sämtliche Informationen im Buchformat sind darüber hinaus jedoch auch in den Datenpool des Informationssystems integriert und über das Internet kostenfrei abrufbar: <http://infocrim.org>.

Anfang 2016 haben die sogenannten Open Access Ambassadors des Instituts, Frau Anina Schwarzenbach und Herr Filip Vojta, in Zusammenarbeit mit der Bibliotheksleiterin Frau Elisabeth Martin eine Open-Access-Konferenz am Max-Planck-Institut durchgeführt, bei der die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler für das Thema Open Access sensibilisiert und dazu aufgerufen wurden, gemäß der MPG Open Access Policy frei zugänglich zu publizieren. Frau Martin steht für Fragen rund um Open Access als Ansprechperson zur Verfügung.

Weitere Aktivitäten

2016/17 wurde die Migration der Publikationsdaten des Instituts in das neue Repositorium der Max-Planck-Gesellschaft MPG.PuRe vorbereitet und von der MPDL in enger Zusammenarbeit

mit der Webredaktion des Instituts, die die Qualität der migrierten Datensätze geprüft hat, umgesetzt. Die in MPG.PuRe enthaltenen Publikationsdaten des Instituts können nun nicht mehr allein zur Erstellung von gedruckten Veröffentlichungsverzeichnissen genutzt werden, sondern es ist nun auch möglich, die Veröffentlichungsdaten durch eine automatische Routine tagesaktuell auf die Institutshomepage zu exportieren. Die Ergebnisse der wissenschaftlichen Arbeit am Institut sind so sichtbarer als zuvor.

Die im Rahmen einer seit 2009 bestehenden Kooperation gegründete Zweigbibliothek an der Bahçeşehir-Universität Istanbul, in der Bücher zum europäischen und deutschen Strafrecht gesammelt werden, konnte im Berichtszeitraum weiter ausgebaut werden.

Aufgrund einer 2016 eingegangenen Kooperation mit dem „Fachinformationsdienst Kriminologie“ (FID Kriminologie) werden die Titelinformationen der kriminologischen Neuerwerbungen der Institutsbibliothek dem FID Kriminologie übermittelt und in die vom ihm betriebene bibliographische Fachdatenbank KrimDok übernommen. Dieses Kooperationsprojekt unterstreicht, dass der Institutsbibliothek in der deutschen Forschungslandschaft eine gesteigerte Bedeutung zukommt, seitdem die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) 2014 ihr seit Jahrzehnten laufendes Förderprogramm „Sondersammelgebiete“ an Staats- und Universitätsbibliotheken aufgegeben hat und seitdem von den Bundesländern die Literatur einzelner Fachgebiete nicht mehr weltweit und umfassend gesammelt werden.

Ausblick

Die Bibliothek hat weiterhin den Anspruch, umfassend und vorsorgend, das heißt unabhängig von aktuellen Forschungsinteressen strafrechtliche und kriminologische Literatur zu beschaffen. Ob die Bibliothek diesem Anspruch zukünftig gerecht werden kann, wird maßgeblich davon abhängen, ob durch Anhebung des Erwerbungssetats oder – wie in den Jahren 2015 bis 2017 geschehen – durch Umschichtung von Haushaltsmitteln die finanziellen Voraussetzungen dafür geschaffen werden können.

Ein weiterer Schwerpunkt der bibliothekarischen Tätigkeiten wird in den kommenden Jahren auf der besseren Erschließung des Bibliotheksbestands liegen: In einem neuen Informationsportal der Bibliothek soll die simultane (sachliche) Suche sowohl im Bestand an gedruckten Büchern als auch im elektronischen Bibliotheksangebot benutzerfreundlich möglich sein.

Daneben wird die Bibliothek die im Berichtszeitraum aufgenommenen neuen Aufgaben und Serviceleistungen für das Institut (Open-Access-Aktivitäten; MPG.PuRe) weiter ausbauen.

C. Rechtsgutachten und sachverständige Äußerungen für die Praxis

Praxisbezogene Problemstellungen können wertvolle Anregungen für die durch das Forschungsprogramm des Instituts vordefinierte Forschungsarbeit geben. Aus der Verbindung von Vorgaben des Forschungsprogramms mit Sichtweise und Anliegen von „Praktikern“ aus Rechtspflege, Politik und Verwaltung wurden in der Vergangenheit sogar größere rechtsvergleichende und kriminologische Projekte entwickelt.

Die Anfragen in- wie ausländischer Institutionen bis hin zu internationalen Gerichtshöfen verdeutlichen, dass auslandsrechtliche und rechtsvergleichende Informationen durch das Institut für die Praxis von erheblicher Bedeutung sind. Diese Informationen sind für die Praxis ansonsten kaum zu beschaffen.

Die auf ausländische Rechtsordnungen spezialisierten Landesreferate bilden eine zentrale Basis für die durch das Gutachtenreferat zu leistende Koordinationsarbeit. Von beträchtlicher Relevanz, insbesondere für die Bearbeitung von Anfragen aus der Justiz zum ausländischen Strafrecht, ist aber auch das über Jahrzehnte hinweg aufgebaute Netzwerk der strafrechtlichen Abteilung. Diesem gehören fachlich bewährte und verlässliche Partner an, die meist schon längere Zeit am Institut forschend tätig waren. Ohne diese Mitarbeit externer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler könnten viele Fragestellungen aus dem Bereich des Gutachtenreferats nicht oder jedenfalls nicht zuverlässig bearbeitet werden.

Die Mehrzahl der Anfragen kommen von deutschen Gerichten und Staatsanwaltschaften aus Anlass einzelner Strafsachen, in denen das ausländische Straf- oder Strafverfahrensrecht bzw. die ausländische Prozesspraxis eine Rolle spielen; allerdings ist auch eine zunehmende Anzahl von Asylsachen festzustellen. Die Thematik der Gutachten betrifft häufig die Feststellung der zur Tatzeit am ausländischen Tatort geltenden materiellen Rechtslage, etwa hinsichtlich der Strafbarkeit der Vergewaltigung in der Ehe, des sexuellen Missbrauchs, des Drogenbesitzes, der Unterhaltspflichtverletzung, der Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung oder der Urkundenfälschung. Strafverfahrensrechtliche Fragestellungen betrafen z.B. die Video-Vernehmung von Zeugen in einer Rechtshilfeangelegenheit, die Zulässigkeit von Telekommunikationsüberwachungsmaßnahmen oder die Reichweite von Zeugnisverweigerungsrechten.

Im Berichtszeitraum wurden insgesamt 143 Anfragen bearbeitet (2015: 51, 2016/2017 je 46). Davon kamen 85 Anfragen von Institutionen der Rechtspflege (2015: 29, 2016: 26, 2017: 30). Zu den am meisten nachgefragten Ländern zählen neben Deutschland (32) die Türkei (8) und Syrien (14). Insgesamt waren ca. 45 Rechtsordnungen vertreten.

An der Schnittstelle zum Wissenstransfer liegen Auskünfte zu Anfragen, die von den Medien (Presse, Rundfunk, Fernsehen) an das Institut herangetragen werden und die sich meist auf aktuelle Ereignisse und damit verbundene Rechtsfragen, aber nicht direkt auf die Forschungstätigkeit des Instituts beziehen. Aktuelle Beispiele sind etwa Fragen zum Datenschutz im Zusammenhang mit der DSGVO oder zum Europäischen Haftbefehl anlässlich der Festnahme des katalanischen Politikers Carles Puigdemont in Schleswig-Holstein.

D. Herausgabe von Buchreihen und Zeitschriften

1. Buchreihen

Seit 2005 sind die Publikationen der beiden Forschungsabteilungen in Kooperation mit dem Verlag Duncker & Humblot in der „Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht“ zusammengeführt.

Die Schriftenreihe umfasst neben der 1884 von Franz von Liszt gegründeten traditionsreichen

- „Sammlung ausländischer Strafgesetzbücher in deutscher Übersetzung“

vor allem auch die Unterreihen

- „Strafrechtliche Forschungsberichte“,

- „Kriminologische Forschungsberichte“

sowie

- „Interdisziplinäre Forschungen aus Strafrecht und Kriminologie“.

Hinzu kommen die in Zusammenarbeit mit Oxford University Press konzipierte Reihe „Max Planck Research on International, European, and Comparative Criminal Law“, die „Series of the Max Planck Institute for Foreign and International Criminal Law and Bahçeşehir University Joint Research Group“ (die in Istanbul erscheint) sowie die „Publications of the Max Planck Partner Group for Balkan Criminology“, die auch über die Juristische Fakultät der Universität Zagreb erhältlich sind.

Im Eigenverlag werden darüber hinaus die Broschüren „Arbeitsberichte“, „Auslandskooperationen“, „Forschung aktuell/research in brief“ und seit 2017 auch die „Beiträge zum Sicherheitsrecht“ der Otto-Hahn-Gruppe „Architektur des Sicherheitsrechts“ herausgegeben. Mit ihnen sollen aktuelle Forschungsergebnisse der internationalen und nationalen Öffentlichkeit zeitnah zugänglich gemacht werden. Sie stehen im Internet kostenfrei zum Download zur Verfügung. Im Berichtszeitraum ist in der Reihe „Beiträge zum Sicherheitsrecht“ *Mehmet Arslans* Untersuchung zu Staatsgeheimnissen im türkischen Strafprozessrecht erschienen. Als „Forschung aktuell/research in brief“ sind erschienen *Gunda Wößner*, *Elke Wienhausen-Knezevic*, *Kira-Sophie Gauder* „I was thrown in at the deep end ...“. Prisoner Reentry: Patterns of Transition from Prison to Community Among Sexual and Violent Offenders, Nr. 48 (7/2015); *Sabine Carl*, *Michael Kilchling*, *Susanne Knickmeier*, *Elisa Wallwaey*, Wirtschaftsspionage und Konkurrenzausspähung in Deutschland und Europa. Eine rechtsvergleichende Betrachtung, Nr. 49 (7/2017); *Dominik Gerstner*, Predictive Policing als Instrument zur Prävention von Wohnungseinbruchdiebstahl. Evaluationsergebnisse zum Baden-Württembergischen Pilotprojekt P4, Nr. 50 (10/2017).

Strafrechtliche Forschungsberichte
Hrsg. Ulrich Sieber

- Band S 128.2.2** *Ulrich Sieber / Konstanze Jarvers / Emily Silverman* (eds.), National Criminal Law in a Comparative Legal Context. Volume 2.2: General limitations on the application of criminal law, 2017 • XVII, 272 Seiten
- Band S 128.3.2** *Ulrich Sieber / Konstanze Jarvers / Emily Silverman* (eds.), National Criminal Law in a Comparative Legal Context. Volume 3.2: Defining criminal conduct, Berlin 2017 • XVII, 370 Seiten
- Band S 128.4.1** *Ulrich Sieber / Konstanze Jarvers / Emily Silverman* (eds.), National Criminal Law in a Comparative Legal Context. Volume 4.1: Special forms of criminal liability, Berlin 2015 • XVII, 401 Seiten
- Band S 128.5.1** *Ulrich Sieber / Konstanze Jarvers / Emily Silverman* (eds.), National Criminal Law in a Comparative Legal Context. Volume 5.1: Grounds for rejecting criminal liability, Berlin 2016 • XVIII, 410 Seiten
- Band S 146** *Jon Petter Rui / Ulrich Sieber* (eds.), Non-Conviction-Based Confiscation in Europe. Possibilities and Limitations on Rules Enabling Confiscation without a Criminal Conviction Berlin 2015 • XXV, 306 Seiten
- Band S 148** *Harald Weiß*, Haft ohne Urteil, Berlin 2015 • XLVIII, 891 Seiten
- Band S 150** *Ulrich Sieber / Benjamin Vogel*, Terrorismusfinanzierung, Prävention im Spannungsfeld von internationalen, Vorgaben und nationalem Tatstrafrecht, Berlin 2015 • XXV, 237 Seiten
- Band S 151** *Emmanouil Billis*, Die Rolle des Richters im adversatorischen und im inquisitorischen Beweisverfahren, Modelltheoretische Ansätze, englisches und deutsches Beweisführungssystem, internationalrechtliche Dimensionen, Berlin 2015 • XIX, 503 Seiten
- Band S 152** *Albin Eser / Walter Perron* (Hrsg.), Strukturvergleich strafrechtlicher Verantwortlichkeit und Sanktionierung in Europa. Zugleich ein Beitrag zur Theorie der Strafrechtsvergleichung, Berlin 2015 • IX, 1147 Seiten
- Band S 153** *Mehmet Arslan*, Die Aussagefreiheit des Beschuldigten in der polizeilichen Befragung. Ein Vergleich zwischen der EMRK, dem deutschen und dem türkischen Recht, Berlin 2015 • XXXV; 670 Seiten
- Band S 154** *Carl-Wendelin Neubert*, Der Einsatz tödlicher Waffengewalt durch die deutsche auswärtige Gewalt, Berlin 2016 • XXVII, 391 Seiten
- Band S 155** *Jennifer Schuetze-Reymann*, International Criminal Justice on Trial. The ICTY and ICTR Case Referral Practice to National Courts, and Its Possible Relevance for the ICC, Berlin 2016 • XVIII, 232 Seiten
- Band S 156** *Ulrich Sieber / Nicolas von zur Mühlen* (eds.), Access to Telecommunication Data in Criminal Justice. A Comparative Analysis of European Legal Orders, Berlin 2016 • VII, 771 Seiten
- Band S 158** *Hannes Schrägle*, Das begehungsgleiche Unterlassungsdelikt. Eine rechtsgeschichtliche, rechtsdogmatische und rechtsvergleichende Untersuchung und die Entwicklung eines Systems der Garantietypen, Berlin 2017 • XXVI, 339 Seiten
- Band S 159** *Johannes Schäuble*, Strafverfahren und Prozessverantwortung. Neue prozessuale Obliegenheiten des Beschuldigten in Deutschland im Vergleich mit dem US-amerikanischen Recht, Berlin, 2017 • XXX, 477 Seiten
- Band S 160** *Mandy Vetter*, Verteidigerkonsultation im Ermittlungsverfahren. Eine rechtsvergleichende Untersuchung zum deutschen und englischen Strafverfahrensrecht im Lichte der Europäischen Menschenrechtskonvention Berlin, 2018 • XXXI, 460 Seiten

Sammlung ausländischer Strafgesetzbücher in Übersetzung Hrsg. Ulrich Sieber und Hans-Jörg Albrecht

- Band G 124** The Greek Penal Code. English translation by Vasiliki Chalkiadaki and Emmanouil Billis. Introduction by Emmanouil Billis, Berlin 2017 • XII, 238 Seiten
- Band G 125** Die türkische Strafprozessordnung. Deutsche Übersetzung und Einführung von Mehmet Arslan, Berlin 2017 • XII, 289 Seiten
- Band G 126** Strafgesetzbuch der Tschechischen Republik. Trestní zákoník České republiky. Deutsche Übersetzung von Susanne Altmann, Einführung von Helena Válková, Josef Kuchta und Petr Bohata, Berlin 2017 • IX, 238 Seiten

Series of the Max Planck Institute for Foreign and International Criminal Law and Bahçeşehir University Joint Research Group Hrsg. Ulrich Sieber and Feridun Yenisey

- Band T 3** Nuhoglu/Sieber/Tellenbach, Alman ve Türk Ceza Hukukunun Güncel Sorunları, 2016

Interdisziplinäre Forschungen aus Strafrecht und Kriminologie Hrsg. Hans-Jörg Albrecht und Ulrich Sieber

- Band I 21** Tanja Leibold, Der Deal im Steuerstrafrecht. Die Verständigung gemäß § 257c StPO in der Systematik des formellen und materiellen Rechts, Berlin 2016 • XVIII, 254 Seiten
- Band I 22** Claudia Carolin Klüpfel, Die Vollzugspraxis des Umweltstraf- und Umweltordnungswidrigkeitenrechts. Eine empirische Untersuchung zur aktuellen Anwendungspraxis sowie zur Entwicklung des Fallspektrums und des Verfahrensgangs seit den 1980er Jahren, Berlin 2016 • XXIII, 278 Seiten
- Band I 23** Hans-Jörg Albrecht (Hrsg.), Kriminalität, Kriminalitätskontrolle, Strafvollzug und Menschenrechte. Internationales Kolloquium zum Gedenken an Professor Dr. Günther Kaiser vom 23. Januar 2009, Berlin 2016 • X, 176 Seiten
- Band I 24** Ulrich Sieber (Hrsg.), Strafrecht in einer globalen Welt. Internationales Kolloquium zum Gedenken an Professor Dr. Hans-Heinrich Jescheck vom 7. bis 8. Januar 2011, Berlin 2016 • X, 200 Seiten
- Band I 25** Chenguang Zhao, The ICC and China, Berlin 2017 • XIV, 245 Seiten

Kriminologische Forschungsberichte Hrsg. Hans-Jörg Albrecht und Günther Kaiser †

- Band K 168** Daniela Hunold, Polizei im Revier. Polizeiliche Handlungspraxis gegenüber Jugendlichen in der multiethnischen Stadt, Berlin 2015 • XI, 288 Seiten
- Band K 169** Andreas Schwedler, Gunda Wössner, Elektronische Aufsicht bei vollzugsöffnenden Maßnahmen. Implementation, Akzeptanz und psychosoziale Effekte des baden-württembergischen Modellprojekts, Berlin 2015 • X, 126 Seiten
- Band K 170** Moritz Tauschwitz, Die Dopingverfolgung in Deutschland und Spanien. Eine strafrechtliche und kriminologische Untersuchung, Berlin 2015 • XIX, 332 Seiten

-
- Band K 171** *Rita Haverkamp, Harald Arnold (Hrsg.), Subjektive und objektivierte Bedingungen von (Un-)Sicherheit. Studien zum Barometer Sicherheit in Deutschland (BaSiD), Berlin 2015 • VIII, 384 Seiten*
-
- Band K 172** *Julia Kassel, Ehre im Spiegel der Justiz. Eine Untersuchung zur Praxis deutscher Schwurgerichte, im Umgang mit dem Phänomen der Ehrenmorde, Berlin 2016 • XXVI, 495 Seiten*
-
- Band K 173** *Jing Lin, Compliance and Money Laundering Control by Banking Institutions in China, Self-Control, Administrative Control, and Penal Control, Berlin 2016 • XVI, 222 Seiten*
-
- Band K 174** *Min Kyung Han, The Effectiveness of Electronic Monitoring in Korea, Berlin 2017 • XV, 210 Seiten*
-
- Band K 175** *Michael Kilchling, Täter-Opfer-Ausgleich im Strafvollzug. Wissenschaftliche Begleitung des Modellprojekts Täter-Opfer-Ausgleich im baden-württembergischen Justizvollzug, Berlin 2017 • 217 Seiten*
-
- Band K 177** *Tillmann Bartsch, Martin Brandenstein, Volker Grundies, Dieter Hermann, Jens Puschke, Matthias Rau (Hrsg.), 50 Jahre Südwestdeutsche und Schweizerische Kriminologische Kolloquien, Berlin 2017 • 312 Seiten*
-

Publications of the Max Planck Partner Group for Balkan Criminology
Eds. Hans-Jörg Albrecht and Anna-Maria Getoš Kalac

-
- Band BC 2** *Sunčana Roksandić Vidlička, Prosecuting Serious Economic Crimes as International Crimes. A New Mandate for the ICC? Berlin 2017 • 529 Seiten*
-

Die Herausgabe der strafrechtlichen Publikationen wird unterstützt von unserem Lektoratsteam, hier im Bild (v.l.n.r.): Hildegund Schaab, Dorothea Borner-Burger, Petra Lehser, Ines Hofmann und Irene Kortel.

Die Herausgabe der kriminologischen Publikationen wird unterstützt von unserem Lektoratsteam, hier im Bild (v.l.n.r.): Ulrike Auerbach, Katharina John und Gabriele Löffler.

2. Zeitschriften

Die Direktoren des Instituts wirken an der Herausgabe verschiedener Zeitschriften mit. Besondere Bedeutung haben dabei die folgenden Zeitschriften, deren Redaktion im Institut erfolgt.

Auslandsrundschau der Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft (ZStW), Verlag Walter de Gruyter, Berlin

Seit dem Jahr 2006 wird die Auslandsrundschau der Zeitschrift von Ulrich Sieber und Hans-Jörg Albrecht herausgegeben. Die Schriftleitung liegt bei Ulrich Sieber. Seit 2016 sind Marc Engelhart und Benjamin Vogel für die Redaktion verantwortlich. Die 1881 von Franz von Liszt und Adolf Dochow gegründete Zeitschrift ist in Deutschland das zentrale wissenschaftliche Periodikum für ausländisches Strafrecht. Sie unterrichtet die strafrechtliche Fachwelt über neue Rechtsentwicklungen auf dem Gebiet des nationalen, internationalen und supranationalen Strafrechts, analysiert Gesetzgebung, Rechtsanwendung und Reformen und informiert über wichtige Konferenzen und deren Ergebnisse. Es kommen deutsche und ausländische Strafrechtswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler sowie Praktikerinnen und Praktiker zu Wort; die Veröffentlichungssprachen sind Deutsch und Englisch.

Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform (MschrKrim), Verlag Wolters Kluwer Deutschland, Köln

Die Monatsschrift für Kriminologie ist das zentrale wissenschaftliche Publikationsmedium der deutschsprachigen Kriminologie und ihrer Nachbardisziplinen. Herausgeber sind Hans-Jörg Albrecht, Stephan Quensel (Bremen) und Helmut Remschmidt (Marburg). Die Schriftleitung liegt bei Hans-Jörg Albrecht, die Redaktion leitet Ulrike Auerbach. Die Zeitschrift ist 2017 im 100. Jahrgang erschienen. Neben der systematischen Berichterstattung über Forschungsergebnisse und kriminalpolitische Entwicklungen zielt die Monatsschrift für Kriminologie auf eine kritische Begleitung von Strafrecht, Strafrechtspraxis sowie Kriminalpolitik und bildet zudem ein Forum, das den Austausch über die Grenzen der wissenschaftlichen Disziplinen hinaus und über sprachliche Grenzen hinweg ermöglicht. Die Publikationssprache ist Deutsch; vermehrt erscheinen Artikel bzw. Schwerpunkthefte in englischer Sprache. Die Monatsschrift ist peer reviewed. Die Inhalte der Hefte mit Zusammenfassungen der einzelnen Artikel sind auf der Website www.heymanms-mshrkrim.de in deutscher und englischer Sprache bis zum Jahr 1998 rückwirkend einsehbar. Ab Heft 1/2010 stehen die einzelnen Artikel im Volltext zum Download unter www.jurion.de zur Verfügung. Die Zeitschrift führt – der Internationalität folgend – den englischen Untertitel „Journal of Criminology and Penal Reform“.

eucrim – The European Criminal Law Associations' Forum

Die Zeitschrift wird vom Max-Planck-Institut durch Ulrich Sieber in Zusammenarbeit mit der Vereinigung für europäisches Strafrecht e.V. (mit finanzieller Unterstützung durch OLAF, Europäische Kommission) seit 2006 herausgegeben und erscheint viermal im Jahr. Die Redaktion obliegt seit 2016 wieder Thomas Wahl. eucrim wirkt dem von der europäischen Strafrechtswissenschaft beklagten Informationsdefizit im Bereich des Europäischen Strafrechts entgegen, insbesondere durch die Analyse der aktuellen strafrechtsrelevanten Entwicklungen in der Europäischen Union und im Europarat sowie durch die Veröffentlichung von wissenschaftlichen Beiträgen (auf Englisch, Deutsch und Französisch) zu Schwerpunktthemen. Die Zeitschrift ist ein multimediales Informationssystem für Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft, Praxis und Politik, das zwar auch als Printversion gedruckt, überwiegend jedoch online als kostenloses Pdf zur Verfügung gestellt wird. Die Online-Version hatte im Jahr 2017 über 1.750 Abonnenten. Die Printversion erscheint in 2.000 Exemplaren. 2017 wurde damit begonnen, die Website der Zeitschrift neu zu gestalten und zu modernisieren. Ab 2018 können die einzelnen Inhalte der Zeitschrift mit Hilfe eines CMS unmittelbar veröffentlicht werden.

F3 – Freedom From Fear

Das in Zusammenarbeit des United Nations Interregional Crime and Justice Research Institute (UNICRI, Turin) und des Max-Planck-Instituts herausgegebene Magazin erscheint seit Herbst 2008 mit etwa vier themenorientierten Ausgaben pro Jahr. Das Editorial Board setzt sich 2017 zusammen aus Marina Mazzini (UNICRI, editor in chief), Cindy J. Smith und Leif Villadsen (UNICRI), Hans-Jörg Albrecht, Ulrike Auerbach und Michael Kilchling (Max-Planck-Institut). F3 – Freedom From Fear wurde bis Heft 6 sowohl elektronisch als auch in einer Printversion vertrieben und lag u.a. an den UNO-Standorten Genf, New York und Wien kostenlos aus. Seit Heft 7 ist das Magazin ausschließlich online und zum Download verfügbar: <http://f3magazine.unicri.it/>.

European Journal for Security Research

Das 2016 gegründete European Journal for Security Research bietet mit seiner stark interdisziplinären Ausrichtung eine europäische Diskussionsplattform für die Sicherheitsforschung. Das Themenspektrum umfasst u. a. die weltweit wachsende Tendenz zur Versicherheitlichung, die erkenntnistheoretische, politische, rechtliche und mediale Rahmung der „Produktion“ von Sicherheit, die Möglichkeiten interdisziplinärer Entwicklungs- und Optimierungsprozesse im Hinblick auf die Erzeugung von Sicherheit und das Störpotenzial innovativer Technologien. Der Blick richtet sich aber auch auf die Unmöglichkeit, mithilfe neuer Technologien hundertprozentige Sicherheit zu erzeugen.

Die Zeitschrift erscheint halbjährlich mit einem Umfang von ca. 100 Seiten pro Ausgabe. Akzeptiert werden ausschließlich Originalbeiträge, die im Peer-Review-Verfahren geprüft wurden, Herausgeber der Zeitschrift ist Hans-Jörg Albrecht, Redaktionsleiter ist Dr. Christopher Murphy.

E. Öffentlichkeitsarbeit

Öffentlichkeitsarbeit, die aktiv und auf Anfrage hin effektiven Transfer von Forschungsergebnissen und Wissen an Medien, Politik und Bevölkerung organisiert, hat für die Max-Planck-Gesellschaft insgesamt wie für das Freiburger Institut erhebliche Bedeutung bekommen. Effektive Öffentlichkeitsarbeit sorgt für die Sichtbarkeit der Forschungsfelder und der Forschungsergebnisse über die wissenschaftliche Öffentlichkeit hinaus und trägt damit entscheidend dazu bei, dass Relevanz und Notwendigkeit von Grundlagenforschung nachvollzogen werden können. Sie hat für das Freiburger Institut auch deshalb besondere Bedeutung, weil dessen Forschungen immer wieder auf politisch sensible und in der Öffentlichkeit kontrovers diskutierte Fragestellungen Bezug nehmen. Die besondere Bedeutung der Öffentlichkeitsarbeit wird auch dadurch unterstrichen, dass diese seit Oktober 2017 in der Hand einer hauptamtlichen Pressereferentin liegt.

Im Jahr 2015 stand (wieder) das Thema „Vorratsdatenspeicherung“ auf der rechtspolitischen Tagesordnung. Im Sommer 2015 hatte die Bundesregierung ein neues Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung von Internet- und Telefonverbindungen verabschiedet, das politisch und rechtlich umstritten war und in den Medien kontrovers diskutiert wurde. Vor dem Hintergrund verschiedener, am Institut durchgeführter empirischer Studien zur Telekommunikationsüberwachung und Vorratsdatenspeicherung waren die damit befassten Wissenschaftler, insbesondere Prof. Hans-Jörg Albrecht, gefragte Ansprechpartner in den Medien.

Besonderes Interesse in Medien und Öffentlichkeit fand auch das im Jahr 2015 angelaufene Projekt „Predictive Policing“, mit dem kriminologische Grundlagenfragestellungen aufgegriffen, „Big Data“ thematisiert und durch Hollywood angeregte Phantasien aktiviert werden. Das Landeskriminalamt Baden-Württemberg setzte in einem Pilotprojekt die Computer-Prognosesoftware PRECOBS ein, um effektive Prävention von Wohnungseinbrüchen zu implementieren. Das Institut führte eine externe wissenschaftliche Evaluation der Pilotstudie durch, deren Ergebnisse in zahlreichen Medienberichten aufgegriffen worden sind (Tagesspiegel, Badische Zeitung, Weser-Kurier etc.). 2017 organisierte das Institut zu diesem Thema eine öffentliche Veranstaltung mit Filmvorführung und einer Podiumsdiskussion, die beim Freiburger Publikum großen Anklang fand.

Das PR-Team (v. l. n. r.):
Priv.-Doz. Dr. Hans-Georg Koch,
Anna Schaich und Dr. Dina
Hummelsheim-Doß

Eine weitere öffentliche Veranstaltung fand im Januar 2017 in Zusammenarbeit mit dem Italienischen Konsulat und dem Kommunalen Kino zu dem vor einigen Jahren in Gang gesetzten Prozess der Versöhnung zwischen Angehörigen von Opfern der Roten Brigaden und ehemaligen Mitgliedern der Roten Brigaden statt. Die Veranstaltung schloss ein Gespräch zwischen der Tochter des 1978 ermordeten Aldo Moro und nach jahrzehntelanger Haft entlassenen ehemaligen Rotbrigadisten ein.

Der 2015 einsetzende erhebliche Zuzug von Flüchtlingen führte erwartungsgemäß zu (erneutem) öffentlichem Interesse an Zusammenhängen zwischen Wanderung, Immigration und Kriminalität. Prof. Albrecht war in den Medien ein gefragter Ansprechpartner rund um die Frage, wie sich die Migration mittel- und langfristig auf die Kriminalitätsentwicklung in Deutschland auswirken werde.

Im Jahr 2016 wandte sich die politische und mediale Aufmerksamkeit wieder stärker dem Thema der Institutionalisierung einer Europäischen Staatsanwaltschaft zu. Prof. Sieber betonte in verschiedenen Interviews, dass eine Europäische Staatsanwaltschaft aus Sicht der Wissenschaft ein sinnvolles Instrument sei, um Betrügereien gegen Finanzinteressen der EU effektiver zu verfolgen. Im Sommer 2017 gaben die Justizminister der EU in der Tat grünes Licht für den Aufbau einer solchen Behörde, die zunächst jedoch nicht EU-weit agieren wird.

In zahlreichen weiteren Beiträgen kommentierten Vertreter des Instituts rechtliche Fragen, wie die Reform des Unternehmensstrafrechts (Prof. Sieber), Auslieferung und Abschiebung (Thomas Wahl), Dieselskandal (Dr. Engelhart), Zwangsheirat in Deutschland (Dr. Tellenbach) oder die Strafverfolgung von Korruption (Jan-Michael Simon). Interviewed wurden auch prominente Gastwissenschaftler am Institut, wie der berühmte Strafrechtsprofessor und Bestsellerautor von Kriminalromanen Prof. He Jiahong von der Renmin Universität in Peking, der zu seinem Gastvortrag über die Korruption in China befragt wurde.

Auch in ausländischen Medien wurde die Forschung des Max-Planck-Instituts präsentiert. Der Leiter des China-Referats, Dr. Zunyou Zhou, äußerte sich zu verschiedenen Aspekten des Terrorismus in den CCTV News, im Wall Street Journal und in der South China Morning Post. Prof. Oberwittler sprach zum Thema Waffen und Amokläufe u.a. mit der New York Times und der Los Angeles Times.

In das Jahr 2016 fiel schließlich der 50. Jahrestag der Institutsgründung. Der Festakt selbst fand bei Anwesenheit des Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft im Historischen Kaufhaus Freiburg statt. Am Tage der Jubiläumsveranstaltung widmete die Badische Zeitung der Arbeit des Instituts fast ihre gesamte zweite Seite und ergänzte den Bericht durch ein Interview mit Prof. Sieber. Das 50-Jahre-Jubiläum wurde ferner begleitet von der deutschen Uraufführung von „A Song of Good and Evil“ im Freiburger Theater, das Ursprung und Entwicklung des Völkerstrafrechts nachzeichnet und an dem Katja Riemann, August Zirner und Philippe Sands mitwirkten.

Im Jahr 2018 wird ein Schwerpunkt der Öffentlichkeitsarbeit auf der Vorbereitung und Durchführung des Max-Planck-Tages am 14. September liegen. Die Planungen sehen u.a. eine Fotoausstellung, mehrere Kurzvorträge, ein Quiz zu Strafrecht und Kriminologie, einen Malwettbewerb für Kinder und eine Podiumsdiskussion mit den Institutsdirektoren und interessanten Persönlichkeiten unserer Stadt vor. Geplant ist auch ein gemeinsames Projekt mit dem ebenfalls in Freiburg angesiedelten MPI für Immunbiologie und Epigenetik.

Nachdem die Pressereferentin Andrea Keller das Institut im Jahr 2016 verlassen hatte, konnte im Oktober 2017 Anna Schaich als neue Referentin für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit gewonnen werden. Ihr zur Seite stehen Dr. Dina Hummelsheim-Doß als Pressekoordinatorin für die Abteilung Kriminologie und Priv.-Doz. Dr. Hans-Georg Koch als Pressekoordinator für die Abteilung Strafrecht.

F. IT-Dienstleistungen

Laufende Modernisierung

Die IT-Abteilung ermöglicht der Wissenschaft bei Nutzung aktuellster Technik eine reibungslose Arbeit. Dazu werden zyklisch Programme und Hardware aktualisiert. Bei PCs dauert dieser Zyklus etwa drei Jahre, Server- und Netzwerkhardware werden nach etwa fünf, spätestens nach zehn Jahren getauscht. Die Erneuerung von Betriebssystemen und Anwendungssoftware erfolgt bei entsprechender Eignung der neuen Releases laufend durch Patches und in Schüben. Dies alles läuft weitgehend unbemerkt und im Hintergrund ab. So wurden im Berichtszeitraum alle Client-Computer modernisiert, die Netzwerkhardware erneuert und gleichzeitig im Kern auf 10 Gigabit/s umgestellt, sowie einige Server auf aktuelle Hard- und Software migriert. Beispiele hierfür sind insbesondere der Backup-Server sowie das „FollowMe“-Drucksystem, das neben einer genauen Kostenkontrolle vertrauliches Drucken und neuerdings auch Scannen und Kopieren ermöglicht.

Größere Umstellungen gab es im Bereich des zentralen Dateiservers. Hier wurde das bis dahin existierende hochverfügbare Cluster durch eine einfachere, redundant angelegte und schnellere Architektur ersetzt. Im laufenden Betrieb hatte sich die bisherige Clusterarchitektur als zu komplex erwiesen. Ein Gewinn an Redundanz war in der Praxis nicht feststellbar; stattdessen hat sich die architekturbedingte hohe Komplexität als negativ erwiesen. Die Systemarchitektur der neuen Maschinen ist einfacher aufgebaut und damit auch stabiler sowie – im Fehlerfall – leichter zu reparieren und zu warten. Die fehlende Hochverfügbarkeit wird durch Stabilität und redundantes Datenmanagement kompensiert. Die verschiedenen Server und Speicherbauteile, die zusammen die Fileserver-Rolle übernehmen, verfügen netto über 160 Terabyte Speicherplatz und erlauben dadurch das Vorhalten von weiteren aktuellen Kopien der Daten als Sicherheit. Der Speicher wird höchstwahrscheinlich die nächsten Jahre gut ausreichen und ist bei Bedarf erweiterbar.

IT-Leiter Jochen Jähnke (im Bild ganz links) und sein Team

IT-Sicherheit

IT-Sicherheit am Institut

Durch die Art und den Umfang der Nutzung personenbezogener Daten, insbesondere für die Forschung in der kriminologischen Abteilung, waren die IT-Sicherheit und der Datenschutz schon immer im Fokus der IT am MPI. Um das hohe Sicherheitsniveau zu halten, müssen die organisatorischen und technischen Maßnahmen laufend aktualisiert werden. Im Berichtszeitraum bis Ende 2017 wurde in der MPG der Bereich der IT-Sicherheit reorganisiert. In diesem Zusammenhang hat sich das Kompetenz-Netzwerk IT-Sicherheit (KNITS) in der MPG formiert, das den IT-Sicherheitsbeauftragten der MPG und den IT-Abteilungen bei Vorfällen und Maßnahmen Hilfe leistet. Das KNITS wurde durch aktive Mitarbeit vonseiten der IT-Abteilung am Institut unterstützt. Eine weitere Zusammenarbeit und Teilnahme werden angestrebt.

Der Fokus der Arbeiten lag im Bezugszeitraum auf den laufenden organisatorischen Aufgaben zur IT-Sicherheit sowie auf der Fortschreibung der technischen Infrastruktur. In diesem Zusammenhang ist insbesondere die Erneuerung des Firewall-Clusters zu nennen. Weiterhin wurde die regelmäßige Suche nach Schwachstellen institutionalisiert. Die Überwachung der Serversysteme – auch von außerhalb des Institutsnetzwerks – erfolgt rund um die Uhr. Bei Fehlern wird eine SMS an die zuständigen Mitarbeiter geschickt.

Mit der Open-Source-Software „Observium“ wurde ein weiteres Tool zur Systemüberwachung integriert. Dieses Tool erlaubt die einfache Überwachung umfangreicher Systemparameter ohne großen Aufwand. Insbesondere die graphische Aufbereitung der Daten ist sehr übersichtlich und nützlich. Diese Erfahrungen wurden in einem Bericht auf dem Treffen der IT in der MPG mit den anderen IT-Abteilungen in der MPG geteilt.

IT-Sicherheit auf der zentralen Ebene der MPG

Die IT-Sicherheit der einzelnen Max-Planck-Institute wird auch durch Vorgaben in der Generalverwaltung der MPG geprägt. Der Präsident der Max-Planck-Gesellschaft setzte deswegen 2017 eine IT-Sicherheitskommission ein, die Empfehlungen für den künftigen Umgang mit diesen Fragen vorlegen sollte. Die Kommission entwickelte eine Sicherheitsrichtlinie und empfahl die Einsetzung einer ständigen IT-Sicherheitskommission. Aufgabe dieser ständigen Sicherheitskommission ist es, alle mit IT-Sicherheit verbundenen Aktivitäten in der Max-Planck-Gesellschaft zu initiieren und zu koordinieren. Darüber hinaus soll sie auch weitergehende Empfehlungen erlassen und dem Verwaltungsrat jährlich einen Bericht zur Lage der IT-Sicherheit in der Max-Planck-Gesellschaft vorlegen.

Prof. Ulrich Sieber war an diesen Arbeiten als Mitglied der ersten IT-Sicherheitskommission beteiligt. Er wurde 2018 vom Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft zum Mitglied der ständigen IT-Sicherheitskommission ernannt.

Softwareentwicklung und Kooperation

Die Max-Planck-Institute in Stuttgart, Tübingen und Freiburg kooperieren schon über 15 Jahre miteinander bei der Internetanbindung. Das baden-württembergische Wissenschaftsnetz BELWü dient dabei als Zubringer zum deutschen Forschungsnetz DFN. Die Vertragslage war nicht mehr mit den Statuten des DFN vereinbar und wurde 2017 modifiziert. Die teilnehmenden Institute nehmen nun am DFN-Cluster des BELWü teil und haben die Bandbreite der einzelnen Verbindungen auf 10 Gigabit/s erhöht.

Im Jahr 2016 wurde für die Inventurdatenbank der IT eine eigene Softwarelösung programmiert. Dies geschah im Rahmen einer Schulung im sogenannten Django-Framework. Dieses Framework erlaubt die Entwicklung von Web-Applikationen in der Programmier-

sprache Python. Durch die Verwendung eines Frameworks müssen sich die Entwickler und Entwicklerinnen um die allermeisten Programmieraufgaben nicht selbst kümmern, sondern können auf fertige Lösungen – sogenannte Bibliotheken – zugreifen. Das ermöglicht die Konzentration auf die eigentliche Problemstellung, was die Codeentwicklung beschleunigt und die Wartung vereinfacht.

Die Erfahrungen mit der Inventurlösung waren so gut, dass noch eine weitere Herausforderung angegangen werden konnte. Gemeinsam mit der Verwaltung, der Bibliothek und den Gästekoordinatoren wurde eine Datenbank zur Verwaltung von Aufenthalten, Verträgen, Nutzerdaten und Personen entwickelt, die sogenannte „User Data Base“ (UDB). Diese nützt nicht nur den Servicebereichen und Wissenschaftlern, sondern auch den Gästen, indem sie Abläufe beschleunigt und transparenter macht. Die UDB ist seit Mitte 2017 im Einsatz und so erfolgreich, dass andere Institute sie übernehmen wollen.

Auf den jährlich stattfindenden Treffen aller IT-Abteilungen der MPG wurden Vorträge über unsere Erfahrungen mit Observium und der Entwicklung der Django-Applikationen (siehe jeweils oben) gehalten. Diese stießen auf reges Interesse.

Laufende Projekte

Für die aktuelle Telefonanlage wurde vom Hersteller der Support gekündigt. Damit wurde die Beschaffung einer neuen Anlage notwendig. Anfang 2017 wurden erste Schritte eingeleitet, und es wurde beschlossen, auf die zentral gewartete VOIP-Anlage der Generalverwaltung umzusteigen. Die Beschaffung der Hardware erfolgte Ende 2017. Im Moment laufen die Arbeiten zur Migration.

Der Ersatz für das in die Jahre gekommene Content-Management-System (CMS) für die Webseiten des Instituts wurde im Jahr 2016 in Angriff genommen. Gleichzeitig soll ein Redesign der Webseiten erfolgen. Hierfür wurde eine deutschlandweite Ausschreibung durchgeführt. Im Sommer 2017 erhielt eine Münchner Firma den Zuschlag. Die Arbeiten dauern noch an und sollen bis Sommer 2018 abgeschlossen sein.

Ausbildung

Mehrere Auszubildende haben die Ausbildung und den Abschluss zum Fachinformatiker der Fachrichtung Systemintegration in der IT-Abteilung erfolgreich abgeschlossen und das Institut in Richtung Studium verlassen.

G. Forschungsförderung

Ein wichtiges Element in der Forschung des Instituts ist die Beteiligung an Förderprogrammen außerhalb der Max-Planck-Gesellschaft. Anbieter eigener Forschungsförderungsprogramme sind vor allem Stiftungen, die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD), die Bundesländer, der Bund und die EU. Deren Förderung orientiert sich vorwiegend an thematisch eingegrenzten Forschungsgebieten oder Querschnittsthemen von besonderem wissenschaftlichen, politischen, gesellschaftlichen oder sozialen Interesse. Die Ziele sind in den jeweiligen Forschungsprogrammen niedergelegt. Dabei richtet sich die Förderung der meist längerfristigen Projekte sowohl an wissenschaftliche Einrichtungen als auch einzelne Forscherinnen und Forscher. Daneben ist auch die punktuelle Erschließung von Drittmitteln seitens öffentlicher und privater Institutionen von Bedeutung. Es handelt sich hierbei vor allem um kurzfristige Forschungsvorhaben, die im Zusammenhang mit Auftragsforschung oder Beratertätigkeiten zu aktuellen Fragestellungen und Entwicklungen stehen. Bei der Generierung von Fördermitteln verfolgt das Institut auch weiterhin drei programmatische und forschungsstrategische Ziele:

- Zum Ersten sind Schwerpunktsetzungen im Rahmen aktueller Förderprogramme wichtige Instrumente zur Forschungsinnovation. Dies gilt für die Formulierung neuer Probleme und wissenschaftlicher Fragestellungen ebenso wie für den damit verbundenen Bedarf an methodischer Weiterentwicklung.
- Zum Zweiten stellt die Evaluation der Anträge, die bei Förderprogrammen der allgemeinen Forschungsförderung regelmäßig stattfindet, ein bedeutendes Instrument zur Feststellung der Qualität der Forschungsvorhaben und somit von Exzellenz dar. Dies gilt insbesondere für die Bewilligung von Anträgen durch – zumeist international besetzte – Gutachtergremien.
- Zum Dritten sind die Beteiligung an Förderprogrammen und die Durchführung von Forschungsaufträgen aus Politik und Praxis auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene ein Weg, um unabhängige Ergebnisse aus der Grundlagenforschung in die Praxis einfließen zu lassen.

Die von außerhalb der Max-Planck-Gesellschaft bewilligten Projektmittel aus Förderprogrammen und mehrjährigen Forschungsprojekten beliefen sich im Berichtszeitraum 2015 bis 2017 wieder auf rund 2 Mio. Euro. Den größten Anteil der Mittel trug dabei der Bund gefolgt von der Europäischen Union. Mit den Bundesmitteln wurden vor allem die mehrjährigen Verbundprojekte WISKOS, SENSIKO und das Projekt Internationale Zusammenarbeit in der Telekommunikationsüberwachung finanziert. Bei den ersten beiden Projekten warben Wissenschaftlerinnen und

Zuwendungsgeber	2015	2016	2017	Gesamt
Bund	463.117,08 €	248.310,84 €	190.295,07 €	901.722,99 €
EU	158.642,69 €	294.603,08 €	273.917,26 €	727.163,03 €
sonstige Zuwendungsgeber	26.686,89 €	43.620,20 €	59.222,41 €	129.529,50 €
sonstige ausländische Forschungsfinanzierung	-	8.303,00 €	8.000,00 €	16.303,00 €
Zwischensumme	648.446,66 €	594.837,12 €	531.434,74 €	1.774.718,52 €
Einzelförderungen und Gutachtentätigkeiten	401.653,66 €	8.259,19 €	13.386,00 €	423.298,85 €
Bewilligungen insgesamt	1.050.100,32 €	603.096,31 €	544.820,74 €	2.198.017,37 €

Tabelle:
Herkunft der Drittmittel
im Berichtszeitraum

Patrice Wegener, Büroleitung

Arbeits- und Organisationsstruktur
des Max-Planck Regionalbüros
Baden-Württemberg

Wissenschaftler des Instituts jeweils als Projektkoordinatorinnen und -koordinatoren aus dem Sicherheitsforschungsprogramm des Bundesministeriums für Bildung und Forschung für zwei groß angelegte Verbundprojekte Mittel ein. Im Bereich der EU-Förderung fallen insbesondere zwei Marie-Curie-Förderungen, die Beteiligung an einem DG-Justice-Kooperationsprojekt sowie die Beteiligung an den Hercule-Programmen des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF) ins Gewicht. Wesentliche weitere Drittmittelprojekte wurden und werden darüber hinaus vom Bundesministerium des Innern und vom Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz gefördert. Hinzu kommen einmalige Einzelförderungen von öffentlichen und privaten Forschungsförderern in einer Höhe von rund 321.000 Euro. Die Förderungen wurden für ein Einzelprojekt sowie für Beratungs- und Forschungstätigkeiten gewährt.

Max-Planck Regionalbüro Baden-Württemberg

Das Max-Planck Regionalbüro Baden-Württemberg wurde 2007 eingerichtet, um die Max-Planck-Institute im Südwesten Deutschlands bei der Einwerbung von Drittmitteln aus nationalen und internationalen Programmen zu unterstützen. Interessierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler erhalten qualifizierte Informationen zu Förderprogrammen, außerdem Hilfe bei Antragstellung, Vertragsvorbereitung und Projektdurchführung. Institutsverwaltungen bietet das Büro Unterstützung bei möglichen Problemen an der Schnittstelle zwischen Förderinstitutionen, Kooperationspartnern und den am Institut Forschenden, beispielsweise im Bereich des Zuwendungs- sowie Konsortialvertragsrechts oder der Projektpraxis („Best Practice“).

Ein besonderes Augenmerk der Max-Planck-Gesellschaft gilt dem wissenschaftlichen Nachwuchs. Das Max-Planck Regionalbüro steht auf Wunsch Promovierenden und jungen Postdocs mit individuellem Rat und regelmäßigen Coaching-Workshops zur Seite. Eine Vielzahl von Programmen (Stipendien, kleine „Grants“, Nachwuchsleiterprojekte) fördert deren aktive Karriereentwicklung und Profilbildung.

Das Beratungs-Portfolio des Regionalbüros umfasst die Förderprogramme der Europäischen Union, des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF), der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) und ausgewählter privater Stiftungen (Humboldt, Volkswagen, Fritz-Thyssen, Begabtenförderungswerke). Mit die-

sen Einrichtungen bestehen seitens des Büros jahrelange persönliche Kontakte, die der Beratung im Hause zugutekommen.

Das Max-Planck Regionalbüro Baden-Württemberg, geleitet von Patrice Wegener, unterstützt die Max-Planck-Institute für Ausländisches und Internationales Strafrecht (CC) sowie für Immunbiologie und Epigenetik (IBE) in Freiburg, außerdem für Biologische Kybernetik (KYB), für Entwicklungsbiologie (EB) und für Intelligente Systeme (IS, nur vereinzelt) sowie das Friedrich-Miescher-Laboratorium (FML) in Tübingen. Das Büro ist für die Institute ständig erreichbar, bietet aber regelmäßige Beratung vor Ort an.

H. Good Governance

Gleichstellung

Im Bereich der Chancengleichheit arbeiten die Gleichstellungsbeauftragten des Instituts Emily Silverman, J.D. (Berkeley Law), LL.M. (bis Dezember 2016), Dr. Carolin Hillemanns (ab Dezember 2016), Dr. Sabine Carl (Stellvertretende Gleichstellungsbeauftragte bis zu ihrem Ausscheiden aus dem Institut im Juli 2017) und Jelena Schulz (Stellvertretende Gleichstellungsbeauftragte seit September 2017) gemeinsam mit der Institutsleitung an der kontinuierlichen Umsetzung der „Grundsätze für die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Max-Planck-Gesellschaft“ (MPG-Gleichstellungsgrundsätze). Im Einklang mit der im April 2014 mit der Institutsleitung getroffenen Zielvereinbarung zur Verbesserung der Chancengleichheit von Wissenschaftlerinnen, die das Bewusstsein für eine gleichstellungsfördernde Personalpolitik fördern soll, werden die Gleichstellungsbeauftragten grundsätzlich über alle wesentlichen Entwicklungen am Institut einschließlich Personalangelegenheiten unterrichtet und in gebührendem Maße sowohl durch das Direktorium als auch durch die Verwaltung in die Entscheidungsabläufe eingebunden. Sie organisierten im Berichtszeitraum Workshops, zum einen speziell für Frauen aller Abteilungen (Voice-Building), zum anderen speziell für Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler (Karrierewege außerhalb wie innerhalb der Wissenschaft). Die Gleichstellungsbeauftragten unterstützten die Institutsleitung bei der Formulierung eines Gleichstellungsplans sowie bei der Chancengleichheitswebseite, die jedoch beide noch ihrer Umsetzung bedürfen. Weiterhin wird eine höhere Zahl von Rednerinnen bei Institutsveranstaltungen angestrebt sowie eine aktive genderspezifische Betreuung und Beratung von Wissenschaftlerinnen auf allen Karrierestufen vorangetrieben. Die paritätische Unterstützung bei der Teilnahme und Finanzierung von Fortbildungsmaßnahmen, Mentoring-Programmen und Konferenzen ist vollständig etabliert. Verbesserungsbedarf bleibt in Teilbereichen wie z.B. hinsichtlich der Nominierung für wissenschaftliche Preise. Eine Erhöhung der Anzahl von Frauen als Herausgeberinnen in vom Institut (mit) zu verantwortenden Zeitschriften ist ein weiteres Ziel.

Die Gleichstellungsbeauftragten nahmen an den regelmäßig stattfindenden Sitzungen und Arbeitstreffen der Institutsgleichstellungsbeauftragten teil und sind Ansprechpartnerinnen im Netzwerk Career Steps.

Die derzeitigen Gleichstellungsbeauftragten Dr. Carolin Hillemanns und Jelena Schulz

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Familienfreundlichkeit hat sich zu einem entscheidenden Faktor im Wettbewerb um hochqualifiziertes Personal entwickelt. Deshalb benötigt das Institut ein bedarfsgerechtes Angebot an familienfreundlichen Maßnahmen in verschiedenen Handlungsfeldern wie Arbeitszeitgestaltung, Kinderbetreuung sowie Pflege von Angehörigen. Maßnahmen, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erlauben, wurden in den Jahren 2015 bis 2017 vertieft und ergänzt.

Ein zentrales Instrument zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie stellt die Arbeitszeitgestaltung dar. Flexible Arbeitszeiten entlasten die Beschäftigten und helfen dem Institut, unvorhergesehene Fehlzeiten zu verringern. Schon seit vielen Jahren gibt es am Institut das flexible Arbeitszeitmodell der Gleitzeit. Zudem schafft das Angebot der Telearbeit für die Beschäftigten weitere Gestaltungsmöglichkeiten der Arbeitszeit. Für kurzfristige und nicht planbare Pflegesituationen besteht die Möglichkeit der Notfalltelearbeit.

Für die Kinderbetreuung stehen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in einer Kindertagesstätte des Jugendhilfswerks Freiburg e.V. drei Kleinstkinderbetreuungsplätze (0 bis 3 Jahre) sowie drei Kindergartenplätze (3 bis 6 Jahre) zur Verfügung. Die Kindertagesstätte ist ein Waldkindergarten mit Ganztagesbetreuung in der Nähe des Instituts. Das Angebot wird von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sehr gut genutzt. Alle Belegplätze waren in den letzten drei Jahren fast durchgängig besetzt.

Ergänzt wurde das Angebot der Kinderbetreuung durch die Eröffnung des Eltern-Kind-Zimmers im Jahr 2015. Das Eltern-Kind-Zimmer bietet in Notfällen die Möglichkeit, ein Kind mit zur Arbeitsstelle zu bringen und dieses dort kurzfristig zu betreuen. Dieser Raum ist mit einem Arbeitsplatz und einem durch Sachspenden ermöglichten Spielbereich samt Spielzeug ausgestattet.

Im Rahmen eines Pilotprojekts können seit Juli 2017 junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit einem Zuschuss zur Kleinstkinderbetreuung mit Mitteln der Max-Planck-Förderstiftung gefördert werden. Die Fördersumme beträgt 50 % der Kosten für bedarfsgerechte und flexible Kinderbetreuung bzw. max. 400 EUR pro Monat. Die Förderung richtet sich an junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit noch geringerem Gehaltspotenzial (Postdocs TVöD sowie Doktoranden mit Fördervertrag) und kleinen Kindern (3 Monate bis 3 Jahre), damit die Wissenschaftlerlaufbahn ohne große Unterbrechungen fortgeführt werden kann.

Für die Vermittlung von Kinderbetreuungspersonen, Notfallbetreuung sowie Eldercare können die Beschäftigten die Dienste des externen Familiendienstleisters „pme Familienservice“ in Anspruch nehmen. Der pme Familienservice bietet Hilfe in vielen Lebenssituationen an, insbesondere bei der Betreuung von Kindern und älteren Angehörigen. Die Leistungen für die Beschäftigten umfassen die kostenlose Beratung und Vermittlung für Kinder bzw. pflegebedürftige Angehörige sowie Tagungsbetreuungs- und Ferienbetreuungsangebote.

Das Institut ist außerdem Mitglied im Freiburger Netzwerk „Familienbewusste Unternehmen“ und nimmt regelmäßig an Netzwerktreffen teil, in denen die Unternehmen selbst Themen zu und Interesse an familienfreundlicher Personalpolitik einbringen, sich informieren und Erfahrungen und Lösungen bei der Umsetzung familienfreundlicher Maßnahmen austauschen. Hieraus entstanden für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter offene Veranstaltungen beispielsweise zu den Themen „Das zweite Pflegestärkungsgesetz – die wichtigsten Änderungen ab 2017 im Überblick“ sowie „Neues Begutachtungsverfahren zur Feststellung der Pflegebedürftigkeit“.

Personalentwicklung

Im Zentrum der Weiter- und Fortbildungsangebote des Instituts stehen die Veranstaltungen der Generalverwaltung für die Beschäftigten der Max-Planck-Gesellschaft. Diese bieten – von Direktorinnen und Direktoren bis zu den Auszubildenden – fachliche und persönliche Qualifika-

tionsmöglichkeiten für alle Beschäftigtengruppen in Wissenschaft, wissenschaftlichem Service sowie der Verwaltung. In fachlicher Hinsicht vermitteln sie ein breites inhaltliches Spektrum. Es beinhaltet unter anderem rechtliche Themen von Arbeitsrecht bis Zollverfahren, Trainings zu den Schlüsselqualifikationen in Management und Führung für alle Karrierestufen sowie Informationen zu speziellen Fragestellungen im Rahmen der Karriereentwicklung von Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern.

Für Fremdsprachenkurse besteht seit 2011 eine Kooperation mit dem Sprachlehrinstitut (SLI) der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, das den Institutsbeschäftigten den Besuch der am SLI angebotenen Sprachkurse zu den für Universitätsangehörige geltenden Gebühren ermöglicht. Daneben werden seit dem Jahr 2013 am Institut Business English-Kurse und fachspezifische Englischkurse in Kleingruppen angeboten.

Hinzu kommen die Soft-Skills-Angebote für Doktorandinnen und Doktoranden im Rahmen der International Max Planck Research Schools (siehe III.C und D). Über den sich ständig erneuernden Bedarf an beruflicher und persönlicher Qualifikation stehen Institutsleitung, Verwaltungsleitung und die Entsandten der Interessenvertretungen am Institut in kontinuierlichem Austausch, um bedarfsgerecht auf die jeweiligen Anforderungen reagieren zu können.

Gesundheitsmanagement

Seit einigen Jahren gewinnt das betriebliche Gesundheitsmanagement in der Max-Planck-Gesellschaft an Bedeutung. Dies ist zum einen der sozialen Verantwortung gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern geschuldet, zum anderen erklärt sich die Bedeutung durch die Annahme, dass durch geeignete Maßnahmen die Lebens- und Arbeitsqualität der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verbessert, mittelbar das allgemeine Betriebsklima und damit Leistung, Motivation und Zufriedenheit insgesamt gesteigert werden. Ziele der Maßnahmen sind die Erhaltung und Förderung der Gesundheit und des Wohlbefindens der Beschäftigten in ihrer Arbeitsumwelt nach dem Motto „Gesunde Mitarbeiter in einem gesunden Unternehmen“.

Das Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht begann bereits 2013 mit der Etablierung eines umfassenden strategischen betrieblichen Gesundheitsmanagements und hat Präventionsmaßnahmen eingeführt, die sowohl am individuellen Verhalten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als auch an der Unternehmensorganisation als solcher ansetzen. Diese Maßnahmen sind über die vergangenen Jahre stetig ausgebaut worden und haben krankmachende wie gesundheitsfördernde Aspekte im Blick. Seit Juni 2013 führt das Institut beispielsweise gemeinsam mit dem Max-Planck-Institut für Immunbiologie und Epigenetik Gesundheitstage durch mit Mit-

mach-Aktionen, praktischen Workshops, Bewegungsangeboten, Tests, Check-ups z.B. mit Vermessung der Wirbelsäule und Einzelberatungen. Ferner werden am Institut Präventionsmaßnahmen wie arbeitsmedizinische Untersuchungen, Gripeschutzimpfungen, Hör- und Sehtests, Arbeitsplatzbegehungen vor Ort mit Einzelberatungen zur gesundheitsförderlichen Körperhaltung und Vorträge, z.B. zu Stress und Burnout oder zu Fragen rund um die Pflege von Angehörigen im Alter, angeboten. Es finden u.a. auch Workshops und Beratungen statt zum Umgang mit psychischen Belastungen während oder nach Feldforschungsaufenthalten in Krisengebieten. Ein Ergebnis der Etablierung des Themas Gesundheitsmanagement ist ferner die Organisation von Yogakursen aufgrund einer Mitarbeiterereignisinitiative. Dieses Angebot wird von den Institutsangehörigen rege genutzt. Auch hat das Institut für seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sog. Faszien-Massagerollen gegen Verspannungen sowie Mineralwasserspender angeschafft und hält regelmäßig frisches Obst und ein Teesortiment kostenlos zur Verfügung.

Das Institut hat mit diesen Maßnahmen bereits einen hohen Standard im betrieblichen Gesundheitsmanagement geschaffen, doch besteht nach wie vor Optimierungsbedarf. Hierzu gehört z.B. ein begünstigter Zugang zu Fitnessstudios in der Region. Dies ist bislang aus haushaltsrechtlichen Gründen nicht möglich gewesen. Innovative Wege zu effektivem Gesundheitsmanagement sollen in Zukunft systematisch eröffnet werden.

Verwaltungsleiter Sören Mohr
(im Bild ganz links) und sein Team

I. Forschungsethik

Die Diesel-Affäre der letzten Jahre hat gezeigt, wie wichtig für ein Unternehmen oder eine Institution ethisches Verhalten ist und welche Schäden unethisches Verhalten verursachen kann. Dies gilt auch für Institutionen der Forschung. Die Max-Planck-Gesellschaft ist sich ihrer ethischen Verantwortung bewusst und baut unethischem Verhalten durch verschiedene Regelungen und Institutionen vor.

- Für die Ethik des wissenschaftlichen Arbeitens gelten die vom Senat der Max-Planck Gesellschaft verabschiedeten „**Regeln zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis**“ (i.d.F. vom 20.3.2009, www.mpg.de/Regeln_guter_wiss_Praxis_Volltext-Dokument_.pdf). Darin wird unter anderem geregelt, wie der wissenschaftliche Nachwuchs zu betreuen ist, wie bei wissenschaftlichen Arbeiten die Urheber zu benennen sind, wie Forschungsdaten aufbewahrt werden müssen oder wie der Datenschutz zu gewährleisten ist. Für spezielle Forschungsbereiche bestehen weitere spezifische Vorgaben.
- Zur konkreten Unterstützung in Fragen der **allgemeinen Forschungsethik** besteht der 2006 geschaffene **Ethikrat**. Diese vom Präsidenten der MPG eingesetzte Kommission berät ihn in wichtigen wissenschafts- und forschungsethischen Fragen. Der Ethikrat ist auch für die Prüfung von Forschungsvorhaben innerhalb der MPG zuständig, zu denen er Empfehlungen ausspricht. Der Ethikrat entwickelt weiter Grundsatzpapiere, die heute zu den „Goldstandards“ in der deutschen Wissenschaftslandschaft gezählt werden, wie beispielsweise die oben genannten „Regeln zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis“.
- Für spezielle Fragen der **Ethik sicherheitsrelevanter Forschung** bestehen die 2010 geschaffenen „Hinweise und Regeln der Max-Planck-Gesellschaft zum verantwortlichen Umgang mit Forschungsfreiheit und Forschungsrisiken“ (i.d.F. vom 17.03.2017: www.mpg.de/199426/forschungsfreiheitRisiken.pdf) sowie die **Kommission für Ethik sicherheitsrelevanter Forschung (KEF)**. Die Hinweise sind ethische Leitlinien, die Missbrauch in der Forschung im Weg der Selbstregulierung verhindern sollen. Sie betreffen vor allem die sog. „Dual Use“-Forschung, bei der Forschungsergebnisse missbraucht werden können, wenn sie in die falschen Hände geraten. Die Regeln sollen den Blick der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler für möglichen Missbrauch ihrer Forschungsergebnisse schärfen, auch, wo dieser nicht unbedingt auf der Hand liegt. Diese Regeln sind die Grundlage für die oben genannte Kommission für Ethik sicherheitsrelevanter Forschung (KEF). Die KEF berät die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler im Hinblick auf sicherheitsrelevante Forschung, z.B. im Hinblick auf die Risiken von Dual use Forschung oder Forschung, die von Institutionen aus dem militärischen Umfeld finanziert wird. Sie ist als Kommission des Wissenschaftlichen Rates von der Verwaltung unabhängig.

Das Freiburger Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht war und ist an den Aktivitäten des Ethikrats und der KEF als Instanzen der Selbstreflexion und der moralischen Verortung des Tuns von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aktiv beteiligt. Prof. Sieber ist seit vielen Jahren Mitglied des Ethikrates. Er leitete daneben die Arbeitsgruppe, die die „Hinweise und Regeln der Max-Planck-Gesellschaft zum verantwortlichen Umgang mit Forschungsfreiheit und Forschungsrisiken“ entwickelte. Diese Regeln wurden inzwischen in weitgehend ähnlicher Form von der DFG, der Leopoldina und zahlreichen anderen Forschungsorganisationen übernommen. Prof. Sieber ist auch Vorsitzender der KEF.

Der Präsident der Max-Planck-Gesellschaft hat dem Vorsitzenden der KEF, Prof. Sieber, und dem Vorsitzenden des Ethikrates, Prof. Wolfrum, 2018 für deren Arbeiten auf dem Gebiet der Forschungsethik den Communitas-Preis der Max-Planck-Gesellschaft verliehen, der seit 2014 für ein besonderes Engagement im Dienste der Max-Planck-Gesellschaft verliehen wird.

Der Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, Prof. Dr. Martin Stratmann, überreicht Prof. Dr. Ulrich Sieber (*rechts*) und Prof. Dr. Rüdiger Wolfrum (Heidelberg, *links*) den Communitas-Preis.

VI. Fachbeirat und Kuratorium

Fachbeirat

Das Fachbeiratswesen ist das zentrale Instrument der begleitenden wissenschaftlichen Evaluation der Forschungseinrichtungen der Max-Planck-Gesellschaft. Die an allen Instituten einzurichtenden und sich aus international anerkannten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zusammensetzenden Fachbeiräte sind externe Beratungsgremien für die Organe, die nach der Satzung der Max-Planck-Gesellschaft für Entscheidungen über die Entwicklung der Institute und der Gesellschaft insgesamt zuständig sind. Eine regelmäßige Evaluation ihrer Institute liegt im Interesse der Max-Planck-Gesellschaft und trägt zur Funktionsfähigkeit ihres Selbststeuerungssystems bei. Zudem dient sie der Rechenschaftslegung gegenüber der Öffentlichkeit im Hinblick auf den sinnvollen und effektiven Einsatz der ihr zur Verfügung gestellten Mittel. Die Fachbeiräte der Max-Planck-Institute haben daher zugleich eine beratende und bewertende Funktion. Letztere kommt vor allem bei den „großen“ Evaluationen zum Tragen, die im Rahmen eines erweiterten Betrachtungshorizonts von sechs Jahren stattfinden. Zudem spiegelt sie sich in den bereichsspezifischen Synopsen wider, mithilfe derer der Stellenwert verwandter Max-Planck-Institute in der nationalen wie internationalen Forschung eruiert wird. Die Begutachtung erfolgt regelmäßig in dreijährigem, bei der erweiterten Evaluation in sechsjährigem Abstand. Der Vorsitzende eines Fachbeirats und die Mitglieder werden vom Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft auf der Grundlage von Vorschlägen aus den Instituten ernannt. Die Amtszeit eines Fachbeiratsmitglieds beträgt in der Regel sechs Jahre und kann einmalig um drei Jahre verlängert werden (siehe Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V., Regelungen für das Fachbeiratswesen, Juni 2015).

Die Mitglieder des Fachbeirats am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht sind international herausragende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die an deutschen, europäischen und zum Teil auch an außereuropäischen Universitäten und Forschungseinrichtungen tätig sind. Sie repräsentieren die Strafrechtswissenschaften und die Kriminologie. Der Fachbeirat setzt sich derzeit wie folgt zusammen:

- Prof. Dr. Catrien Bijleveld,
Netherlands Institute for the Study of Crime and Law Enforcement, Amsterdam/Niederlande
(stellv. Vorsitzende seit 2018)
- Prof. Dr. Dr. h.c. José Luis de la Cuesta,
Universidad del País Vasco, San Sebastián/Spanien
- Prof. Dr. Dr. h.c. Juan Luis Gómez Colomer,
Universität Jaume I, Castellón/Spanien
- Prof. Dr. Dieter Dölling,
Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg/Deutschland (Vorsitzender seit 2018)
- Prof. Dr. Tatjana Hörnle,
Humboldt-Universität zu Berlin/Deutschland (Mitglied bis 2017)
- Prof. Dr. Susanne Karstedt,
Griffith University, Brisbane/Australien
- Prof. Dr. Dr. h.c. Mordechai Kremnitzer,
The Israel Democracy Institute, Jerusalem/Israel
- Prof. Dr. Ana Lúcia Sabadell,
Universidade Federal do Rio de Janeiro/Brasilien
- Prof. Dr. Sergio Seminara,
Università di Pavia/Italien
- Prof. Dr. Heinz Schöch,
Ludwig-Maximilians-Universität München/Deutschland (Vorsitzender bis 2016)
- Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Luis Arroyo Zapatero,
Universidad de Castilla-La Mancha, Ciudad Real/Spanien (stellv. Vorsitzender bis 2016)
- Prof. Dr. Lucia Zedner,
University of Oxford/Großbritannien

Kuratorium

Die Kuratorien der Max-Planck-Institute sollen in erster Linie eine vertrauensvolle Verbindung zwischen den Instituten und der Öffentlichkeit, insbesondere zu den an der Forschung der Institute interessierten Personen und Institutionen, fördern. Sie haben aber auch die Aufgabe, das Vertrauen der breiten Öffentlichkeit in die Arbeit der autonom handelnden Forschung insgesamt zu stärken. Sie nehmen eine Vermittlerfunktion für die Anliegen des Instituts wahr. Die Kuratorien setzen sich daher aus hochrangigen Vertretern von Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien sowie aus weiteren Persönlichkeiten zusammen, die einen wesentlichen Beitrag zur Förderung des Instituts leisten können. Die Amtsperiode des Kuratoriums beträgt sechs Jahre. Auch die Mitglieder des Kuratoriums werden auf Vorschlag aus den Instituten vom Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft berufen (siehe Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V., Regelungen für Kuratorien in der Max-Planck-Gesellschaft, 8.3.2002).

Das Kuratorium am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht ist derzeit wie folgt zusammengesetzt:

- Dr. Katarina Barley, MdB,
Bundesministerin der Justiz, Berlin (seit 2018)
- Hans-Georg Baumann,
Leiter der Abt. Strafrecht, BMI der Justiz und für Verbraucherschutz, Berlin
(stellv. Vorsitzender bis und ausgeschieden 2017)
- Baron Prof. Dr. Serge Brammertz,
Prosecutor of the International Residual Mechanism for Criminal Tribunals,
Den Haag/Niederlande
- Achim Brauneisen,
Generalstaatsanwalt, Stuttgart
- Prof. Dr. Dr. h.c. Thomas von Danwitz,
Präsident am Gerichtshof der Europäischen Union, Luxemburg
- Dr. Peter Frank,
Generallandesanwalt am Bundesgerichtshof, Karlsruhe
- Peter Häberle,
Leiter der Strafrechtsabteilung III im Justizministerium Baden-Württemberg, Stuttgart
- Dr. Wolfgang Heckenberger,
Senior Competition Advisor Siemens AG, München (Vorsitzender seit 2018)
- Dr. Christian H. Hodeige,
Verleger Unternehmensgruppe Badische-Zeitung, Freiburg i.Br.
- Dr. Christine Hohmann-Dennhardt,
ehem. Mitglied des Vorstands Volkswagen AG, Kehlheim
- Martin Horn,
Oberbürgermeister, Freiburg i.Br. (seit 2018)
- Prof. Dr. Herbert Landau,
Richter am Bundesverfassungsgericht, Karlsruhe (Vorsitzender bis und ausgeschieden 2016)
- Prof. Dr. Christine Langenfeld,
Richterin am Bundesverfassungsgericht, Karlsruhe (seit 2018)
- Bettina Limperg,
Präsidentin des Bundesgerichtshofs, Karlsruhe
- Holger Münch,
Präsident des Bundeskriminalamts, Wiesbaden
- Prof. Dr. Dr. h.c. Angelika Nussberger,
Vize-Präsidentin am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, Straßburg (stellv. Vorsitzende seit 2018)

- Prof. Dr. Heribert Prantl,
Ressortleiter Innenpolitik Süddeutsche Zeitung, München
- Dr. Dieter Salomon,
Oberbürgermeister, Freiburg i.Br. (bis 2018)
- Peter Wilkitzki,
ehem. Ministerialdirektor im Bundesministerium der Justiz, Berlin (bis 2015)

VII. Personalien

VII. PERSONALIEN

- 247___ **A. Ehrungen, Ernennungen und Berufungen**
- 249___ **B. Wissenschaftliche Mitgliedschaften und Tätigkeiten**
- 258___ **C. Beiträge zur Wissenschaftsverwaltung sowie Selbstverwaltungsaktivitäten und Funktionen in der MPG und im MPI**

A. Ehrungen, Ernennungen und Berufungen

Albrecht, Hans-Jörg

- Verleihung des "China Government Friends Award", Peking/VR China (August 2015)
- Status als Gastprofessor am College for Criminal Law Science, Beijing Normal University, Peking/VR China (August 2015)
- Verleihung der Ehrendoktorwürde der Law Enforcement University, Ulaanbaatar/Mongolei (September 2016)
- Verleihung des "2016 International Educator in China Award" für die Verdienste um die deutsch-chinesische akademische Zusammenarbeit und Lehre, Information Research Center of International Talents bei der State Administration of Foreign Experts Affairs (SAFEA), Peking/VR China (Mai 2017)
- Verleihung der Ehrendoktorwürde für die Verdienste bei der Unterstützung rechtswissenschaftlicher Zusammenarbeit, Technische Universität Tiflis/Georgien (Mai 2017)
- Verleihung des "Loyd Braga Chair", University of Minho, Braga/Portugal (November 2017)

Billis, Emmanouil

- Verleihung der Otto-Hahn-Medaille der Max-Planck-Gesellschaft für hervorragend qualifizierte junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (Juni 2017)
- Verleihung des Otto-Hahn-Award der Max-Planck-Gesellschaft für herausragende wissenschaftliche Leistungen (Juni 2017)

Ciklauri-Lammich, Eliko

- Ehrenmedaille der staatlichen Universität Baku/Aserbaidschan für Verdienste bei der Unterstützung rechtswissenschaftlicher Zusammenarbeit (September 2015)

Engelhart, Marc

- Academic Visitor am Centre for Criminology der University of Oxford (August 2017)

Eser, Albin

- Scripta amicitiae. Freundschaftsgabe für Albin Eser zum 80. Geburtstag am 26. Januar 2015. (Hrsg. v. B. Burkhardt/H.-G. Koch/W. Gropp/O. Lagodny/M. Spaniol/S. Walther/A. Künschner/J. Arnold/W. Perron, Berliner Wissenschaftsverlag, Berlin 2015, 451 S.)

Galain Palermo, Pablo

- Marie Curie Fellow, European Research Council (2015–2018)

Knust, Nandor

- Lecturer of the year 2015, Tallin Law School (BA Level), Tallinn/Estland

Neubert, Carl-Wendelin

- Verleihung der Otto-Hahn-Medaille der Max-Planck-Gesellschaft für hervorragend qualifizierte junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (Juni 2016)

Oberwittler, Dietrich

- Ernennung zum apl. Professor, Institut für Soziologie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i.Br. (2015)
- Academic Visitor an der School of Social Sciences, University of Queensland, Brisbane/Australien (September 2015)

Sieber, Ulrich

- Verleihung der Ehrendoktorwürde durch die West University Timisoara/Rumänien (März 2016)
- Verleihung der Ehrendoktorwürde durch die Freie Universität Burgas/Bulgarien (Mai 2016)
- Communitas-Preis der Max-Planck-Gesellschaft (2018)

Simon, Jan-Michael

- Verleihung der Ehrendoktorwürde durch die Universidad Andina „Néstor Cáceres Velásquez“, Juliaca-Puno/Peru (November 2015)

Streltsov, Lev

- Ernennung zum Official Representative of the Criminological Association of Ukraine in the European Union (Mai 2017)

Tellenbach, Silvia

- Verleihung der Ehrendoktorwürde durch die Bahçeşehir-Universität Istanbul/Türkei (September 2017)
- Übergabe der Festschrift: ‘Ulūm-i ġināyī-yi taṭbīqī dar partū-yi hamkārīhā-yi bainalmilālī (Comparative Criminal Sciences in the Light of International Cooperations) – Mağmū‘a-

yi nikūdāšt-i duktur-i Silwiyā-yi Tillinbāḥ, Ġulāmī, Ḥusain (Hrsg.). Teheran 2017, 630 S. (Dezember 2016)

- Übergabe der Festschrift: Dānišnāma-yi ḥuqūq-i kaifārī wa-ġurmšināsī (Encyclopedia of Criminal Law and Criminology) – Nikūdāšt-i ḥānum-i duktur-i Silwiyā-yi Tillinbāḥ, Raḥmdil, Maṣṣūr und Bašīriya Tahmūrāṭ (Hrsg.). Teheran 2017, 896 S. (Februar 2017)

Weiß, Harald

- Verleihung der Otto-Hahn-Medaille der Max-Planck-Gesellschaft für hervorragende qualifizierte junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (Juni 2015)
- Auszeichnung mit dem Dissertationspreis der Deutsch-Französischen Hochschule für die besten deutsch-französischen Doktorarbeiten (November 2015)

B. Wissenschaftliche Mitgliedschaften und Tätigkeiten

Albrecht, Hans-Jörg

Wiss. Vereinigungen (Deutschland):

- Stellvertretender Sprecher der International Max Planck Research School on Retaliation, Mediation and Punishment (IMPRS REMEP)
- Mitglied der International Max Planck Research School for Comparative Criminal Law (IMPRS-CC)
- Mitglied der MaxNetAging Research School (MNARS)
- Mitglied der International Max Planck Research School on Successful Dispute Resolution in International Law (IMPRS-SDR)
- Kuratoriumsmitglied der Studienstiftung des Deutschen Volkes
- Korrespondierendes Mitglied des Beirats der Kriminologischen Zentralstelle e.V., Wiesbaden
- Mitglied im Beirat des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld
- Mitglied im Beirat der Gesellschaft für wissenschaftliche Datenverarbeitung mbH Göttingen
- Fachexperte im Fachdialog Sicherheitsforschung: Unterstützende Stelle des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (SiFo)
- Mitglied der Kriminologischen Gesellschaft (KrimG)
- Mitglied des Centre for Security and Society (CSS), Albert-Ludwigs-Universität Freiburg
- Mitglied der Deutschen Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e.V. (DVJJ), Hannover

Wiss. Vereinigungen (international):

- Mitglied und Berater der „Monitoring Mission“ to Ukraine des Europäischen Parlaments, Brüssel/Belgien und Strasbourg/Frankreich
- Mitglied der Groupe Européen de Recherches sur les Normativités (GERN)
- Mitglied der Association Internationale de Droit Pénal (AIDP)

- Mitglied der European Society of Criminology (ESC)
- Mitglied der American Society of Criminology (ASC)
- Mitglied der Academy of Criminal Justice Sciences
- Mitglied des Advisory Committee Social Sciences, Netherlands Organisation for Scientific Research, Den Haag/Niederlande
- Gutachter für die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), Bonn
- Gutachter für die Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF), Wien/Österreich
- Gutachter für die Fundação para a Ciência e a Tecnologia (FCT), Lissabon/Portugal
- Gutachter für die Alexander von Humboldt-Stiftung (AvH), Bonn
- Gutachter für den Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD), Bonn und Berlin

Universitäten:

- Honorarprofessor und Fakultätsmitglied der Albert-Ludwigs-Universität, Freiburg
- Life Membership am Clare Hall College der Universität Cambridge/Großbritannien
- UT-Professorship and Permanent Faculty Membership der Rechtswissenschaftlichen Fakultät des Qom High Education Center der Universität Teheran/Iran
- Gastprofessor an der Juristischen Fakultät der Renmin Universität/VR China
- Gastprofessor an der Juristischen Fakultät der Universität Wuhan/VR China
- Gastprofessor an der Juristischen Fakultät der Beijing Normal University, Peking/VR China
- Gastprofessor an der Juristischen Fakultät der China University of Political Science and Law, Peking/VR China

Schriftenreihen:

- Mitherausgeber der Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht „Kriminologische Forschungsberichte“ (Duncker & Humblot)
- Mitherausgeber der Schriftenreihen des Max-Planck-Instituts für ausländisches und

internationales Strafrecht „Interdisziplinäre Forschungen aus Strafrecht und Kriminologie“ (Duncker & Humblot) sowie „Sammlung ausländischer Strafgesetzbücher“ (Duncker & Humblot)

- Mitherausgeber der Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht „Balkan Criminology“ (Duncker & Humblot)
- Mitherausgeber der Schriftenreihe „Zivile Sicherheit. Schriften zum Fachdialog Sicherheitsforschung“

Zeitschriften:

- Mitherausgeber der „Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform“ (MschrKrim)
- Mitherausgeber der Zeitschrift „Déviance et Société“
- Mitherausgeber der Zeitschrift „Recht der Jugend und des Bildungswesens“
- Mitherausgeber der Zeitschrift „Auslandsrundschau der Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft“
- Mitherausgeber der Zeitschrift „European Journal for Security Research“
- Mitglied im Editorial Board der Zeitschrift „Journal on Terrorism and Organised Crime“
- Mitglied im Editorial Board der Zeitschrift „F3 – Freedom from Fear“
- Mitglied im Advisory Board der Zeitschrift „European Journal of Criminology“
- Mitglied im Advisory Board der Zeitschrift „Suchttherapie“
- Mitglied im Advisory Board der Zeitschrift „International Journal of Policy and Practice“
- Mitglied im Advisory Board der Zeitschrift „Police Practice and Research – An International Journal“
- Mitglied im Advisory Board der Zeitschrift „Studies on Crime and Crime Prevention“
- Mitglied im Advisory Board der Zeitschrift „Revista de Derecho Penal y Criminología“
- Mitglied im Advisory Board der Zeitschrift „Crime & Justice International“
- Mitglied im Advisory Board der Zeitschrift „Criminology and Criminal Justice“
- Mitglied im Scientific Council der Zeitschrift „Crimen – Journal for Criminal Justice“
- Rédacteur Associé der Zeitschrift „Revue internationale de criminologie et de police technique et scientifique“

Arnold, Jörg

- Honorarprofessor an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster

- Vertrauensdozent und Mitglied im Promotionsausschuss der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Arslan, Mehmet

- Mitglied der Association Internationale de Droit Pénal (AIDP)

Billis, Emmanouil

- Mitglied der Greek Association of Penal Law (seit 2016)
- Gründungsmitglied des European & International Criminal Law Institute, Athen/Griechenland
- Visiting Research Fellow an der Queen Mary University of London, School of Law, Criminal Justice Centre, London/Großbritannien (seit 2016)
- Fellow der German Scholars Organization Leadership Academy (2017–2018)
- Ehemaliges Mitglied der International Max Planck Research School for Comparative Criminal Law (IMPRS-CC) (2012–2015)

Carl, Sabine

- Mitglied der European Society of Criminology (ESC)
- Chair der European Society of Criminology Postgraduate and Early Stages Researchers Working Group (EPER) und ESC Scholarship Committee

Chalkiadaki, Vasiliki

- Mitglied der European Society of Criminology (ESC)
- Mitglied der Association Internationale de Droit Pénal, Jeunes Pénalistes (AIDP)
- Mitglied der Rechtsanwaltskammer Athen/Griechenland

Ciklauri-Lammich, Eliko

- Ehrenmitglied und Mitbegründerin der Juristengesellschaft Georgiens
- Mitglied der Kriminologischen Gesellschaft (KrimG)
- Mitherausgeberin der Zeitschrift der Robakidze Universität „Academic Digest“

D'Angelo, Michela

- Mitglied der Società Italiana di Criminologia (ab 2016)

De Busser, Els

- Mitglied in Promotionsprüfungskommissionen der Universität Gent/Belgien
- Sekretärin der Association Internationale de Droit Pénal (AIDP) – Comité Scientifique
- Leitendes Redaktionsmitglied der Zeitschrift „eucrim“
- Redaktionsmitglied – International Criminal Law – Panopticon
- Gutachterin für die Buchreihe „Computers, Privacy and Data Protection“
- Gutachterin für die Zeitschrift „Computer Law and Security Review“
- Gutachterin für die Zeitschrift „Philosophy and Technology“
- Gutachterin für die Zeitschrift „Utrecht Law Review“

Engelhart, Marc

- Lehrbeauftragter der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg
- Mitglied der Association Internationale de Droit Pénal (AIDP)
- Mitglied der Gesellschaft für Rechtsvergleichung
- Mitglied der Gesellschaftsrechtlichen Vereinigung (VGR)
- Mitglied der Société internationale de Défense Sociale (SiDS)/International Society of Social Defence (iSSD)
- Mitglied der Auswahlkommission für die Studienstiftung des deutschen Volkes
- Gutachter für die polnische Forschungsgemeinschaft (Narodowe Centrum Nauki)
- Schriftleitung (gemeinsam mit Vogel, B.) des Auslandsteils der Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft (ZStW) (seit Januar 2016)

Erdem-Undrakh, Khurelbaatar

- Mitglied der Mongolian Bar Association
- Mitglied der Mongolian Criminology Association
- Mitglied im editorial board der Zeitschrift “Хууль дээдлэх ёс” (Law Review, Journal of Legal and Academic Research. Theory and Practices; National Legal Institute of Mongolia) (seit 2016)

Eser, Albin

- Ehrenmitglied der Japanischen Gesellschaft für Strafrecht

- Ehrenmitglied der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, Budapest
- Mitglied des Arbeitskreises Völkerstrafrecht
- Mitglied der Vereinigung deutschsprachiger Medizinrechtslehrerinnen und Medizinrechtslehrer
- Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats „Handbuch des Strafrechts“, Würzburg
- Beiratsmitglied der Freiburger Kant-Stiftung
- Mitglied des Legal Expert Teams der “Platform of European Memory and Conscience”, Prag/Tschechien
- Mitglied des Arbeitskreises deutscher, österreichischer und schweizerischer Strafrechtslehrer (AE) für einen Alternativ-Entwurf Strafprozessreform
- Ehrenmitglied der Association Internationale de Droit Pénal (AIDP)
- Mitglied des Managing Committee der International Society for the Reform of Criminal Law, Vancouver/Kanada
- Mitglied des Board of Advisers to the Institute of Criminology and Criminal Justice, Queen’s University Belfast/Northern Ireland
- Mitglied der Collaboradores Permanentes „Lex Medicinæ Revista Portuguesa de Direito da Saúde“ des Centro de Direito Biomédico
- Mitglied des Consejo Aesor der „Revista de Derecho Penal y Criminología“
- Mitglied des Advisory Board des “Maastricht Journal of European and Comparative Law“
- Mitglied des Advisory Board des Magazins „Derecho y Genoma Humano/Law and the Human Genome Review“ der Universidad de Deusto in Bilbao/Spainien
- Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des „Jahrbuchs für Wissenschaft und Ethik“
- Mitglied des Consejo Consultivo Internacional der “Revista de Derecho Penal”, Buenos Aires/Argentinien
- Mitglied des Consejo Consultivo Internacional der “Revista Peruana de Ciencias Penales”

Galain Palermo, Pablo

- Forscher an der Agencia Nacional de Investigación e Innovación, Uruguay
- Mitglied der Grupo Latinoamericano de Estudios Sobre Derecho Penal Internacional im Rechtsstaatsprogramm für Lateinamerika der Konrad-Adenauer-Stiftung
- Mitglied der European Society of Criminology (ESC) (seit 2016)
- Mitglied der Société internationale de Défense Sociale (SiDS)/International Society of Social Defence (iSSD)

- Mitglied im Editorial Board der “Revista Portuguesa de Ciência Criminal” (seit 2017)
- Mitglied im Editorial Board der “Revista Penal”, Spanien
- Mitglied im Editorial Board der “Revista Penal”, Mexiko
- Mitglied im portugiesischen Editorial Board der Editorial Juruá, Brasilien

Gauder, Kira-Sophie

- Mitglied des Instituts für Qualitative Sozialforschung Freiburg (iqs)
- Mitglied der European Society of Criminology (ESC)

Gerstner, Dominik

- Gutachter für die „Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform“ (MschrKrim)
- Mitglied des Koordinierungsrates Kommunale Kriminalprävention der Stadt Freiburg i.Br.

Hummelsheim-Doß, Dina

- Gutachterin für die Zeitschrift “European Sociological Review”
- Gutachterin für die Zeitschrift “European Journal of Criminology”
- Gutachterin für die Zeitschrift “Social Indicators Research”
- Gutachterin für die Zeitschrift “Journal of Community & Applied Social Psychology”
- Gutachterin für die Zeitschrift “Journal of Happiness Studies”
- Gutachterin für die „Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform“ (MschrKrim)

Jarvers, Konstanze

- Mitglied im Herausgeberkreis der Reihe „Rechtsgeschichte und Rechtsgeschehen – Italien“ (Hrsg. Thomas Vormbaum), LIT-Verlag, Berlin

Kilchling, Michael

- Lehrbeauftragter der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg
- Externer Gutachter in einem Lehrstuhlbesetzungsverfahren für Viktimologie der Katholischen Universität Leuven/Belgien (Leuven Institute of Criminology) (2017)
- Mitglied im wissenschaftlichen Beirat des Instituts für Rechts- und Kriminalsoziologie IRKS, Wien/Österreich (seit 2017)

- Course Director, Internationaler Frühjahrskurs “Crime Prevention through Criminal Law and Security Studies” der Universität Zagreb, IUC Dubrovnik/Kroatien
- Course Director, Kriminologischer Intensivkurs der Max-Planck-Partnergruppe des Max-Planck-Instituts Freiburg und der Universität Zagreb für “Balkan Criminology”, IUC Dubrovnik/Kroatien
- Course Director, Kriminologischer Sommerkurs, Universität Pécs/Ungarn
- Vorsitzender des European Forum for Restorative Justice (bis 2016)
- Mitglied im wissenschaftlichen Beirat des Arbeitskreises der Opferhilfen in Deutschland e.V. (ado)
- Mitglied der European Society of Criminology (ESC)
- Mitglied der World Society of Victimology
- Mitglied der Kriminologischen Gesellschaft (KrimG)
- Mitglied der Vereinigung für Europäisches Strafrecht
- Co-editor des wissenschaftlichen Online-Newsletters “Balkan Criminology News”
- Mitglied im editorial board der Zeitschrift “F3 – Freedom From Fear”
- Mitglied im international advisory board und Gutachter bei der Zeitschrift “Restorative Justice – An International Journal”
- Gutachter für die „Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform“ (MschrKrim)
- Gutachter für das “European Journal for Criminal Policy and Research”
- Gutachter für den Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD)
- Gutachter für die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG)

Knust, Nandor

- Mitglied der American Society of International Law
- Mitglied der European Society of Criminology (ESC)
- Mitglied der European Criminology Group on Atrocity Crimes and Transitional Justice
- Mitglied der African Foundation for International Law
- Mitglied im Arbeitskreis Völkerstrafrecht

Koch, Hans-Georg

- Lehrbeauftragter der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

- Mitglied in der Ethik-Kommission der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg
- Vorsitzender der Transplantationskommission der Bezirksärztekammer Südbaden
- Mitglied der Akademie für Ethik in der Medizin
- Mitglied im wissenschaftlichen Beirat der Zeitschrift „Ethik in der Medizin“
- Mitglied im Arbeitskreis „Offene Fragen der Reproduktionsmedizin“ der Bundesärztekammer
- Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft „Datenschutz“ des Arbeitskreises medizinischer Ethik-Kommissionen in Deutschland

Lin, Jing

- Mitglied der European China Law Studies Association e.V. (ECLS)

Meuer, Katharina

- Mitglied der European Society of Criminology (ESC) (2016)

Oberwittler, Dietrich

- Apl. Professor der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg
- Mitglied der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Sektion „Methoden der empirischen Sozialforschung“
- Mitglied der European Society of Criminology (ESC)
- Mitglied im Advisory Panel, Oxford University Press, Clarendon Series in Criminology (seit 2015)
- Mitglied im Scientific Advisory Committee, Netherlands Institute for the Study of Crime and Law Enforcement (NSCR) (seit 2015)
- Mitglied im Program Committee, 16th Annual Conference of the European Society of Criminology (2016)
- Gutachter für die Deutsche Forschungsgemeinschaft (Fortsetzungsantrag des SFB 882); ANR – L'agence nationale de la Recherche; GACR – Czech Science Foundation
- Gutachter für die Zeitschrift „Advances in Life Course Research“
- Gutachter für die Zeitschrift „Applied Spatial Analysis and Policy“
- Gutachter für die Zeitschrift „Criminology“
- Gutachter für die Zeitschrift „Criminology & Criminal Justice“
- Gutachter für die Zeitschrift „European Journal of Criminology“
- Gutachter für die Zeitschrift „International Criminal Justice Review“

- Gutachter für die Zeitschrift „Journal of Community Psychology“
- Gutachter für die Zeitschrift „Journal of Quantitative Criminology“
- Gutachter für die Zeitschrift „Journal of Scandinavian Studies in Criminology and Crime Prevention“
- Gutachter für die „Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform“ (MschrKrim)
- Gutachter für die Zeitschrift „PLOS One“
- Gutachter für die Zeitschrift „Policing and Society“
- Gutachter für die Zeitschrift „Soziale Probleme“
- Gutachter für die „Zeitschrift für Soziologie“

Rigoni, Clara

- Lehrbeauftragte der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg (seit 2016)
- Mitglied der European Society of Criminology (ESC)
- Mitglied der European Society of Criminology Working Group on Victimology
- Mitglied im European Forum for Restorative Justice
- Mitglied des Osservatorio Antigone (Prison Observatory)

Rinceanu, Johanna

- Lehrbeauftragte der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg
- Gutachterin für die Fulbright Kommission
- Mitglied des Rumänischen Instituts/Rumänische Bibliothek Freiburg i.Br.
- Mitglied des Vereins „Anwältinnen ohne Grenzen“ Deutschland
- Mitglied des Freiburger Anwaltsvereins
- Mitglied der Rechtsanwaltskammer Freiburg

Schwarzenbach, Anina

- Mitglied der European Society of Criminology (ESC)
- Mitglied des Wolfson College der Universität Cambridge/Großbritannien

Sieber, Ulrich

Wiss. Vereinigungen (Deutschland):

- Präsident der Deutschen Vereinigung für Europäisches Strafrecht e.V.
- Vorsitzender der Deutschen Landesgruppe der Association Internationale de Droit Pénal (AIDP)

- Vorstandsmitglied im Europäischen Rechtszentrum der Universität Würzburg
- Sprecher der International Max Planck Research School for Comparative Criminal Law
- Mitglied der International Max Planck Research School on Retaliation, Mediation and Punishment
- Mitglied im Gemeinsamen Ausschuss zum Umgang mit sicherheitsrelevanter Forschung von Leopoldina und DFG
- Beratendes Direktoriumsmitglied des Centre for Security and Society der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg
- Beirat im Kompetenznetzwerk für das Recht der zivilen Sicherheit in Europa (KORSE) der Universität Freiburg
- Mitglied im Stiftungsrat der Olav-Brennhoovd-Stiftung
- Mitglied des Deutschen Juristentags (DJT)
- Mitglied der Gesellschaft für Rechtsvergleichung e.V.
- Mitglied im „Münchener Kreis“
- Mitglied der Deutschen Gesellschaft für Recht und Informatik e.V. (DGRI)
- Mitglied der Deutschen Stiftung für Recht und Informatik (DSRI)
- Gutachter für: Alexander von Humboldt-Stiftung (AvH), Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD), Studienstiftung des Deutschen Volkes, u.a.m.

Wiss. Vereinigungen (international):

- Vizepräsident der International Academy of Comparative Law/Académie Internationale de Droit Comparé (IACL)
- Vizepräsident der Association Internationale de Droit Pénal (AIDP)
- Vizepräsident der Société Internationale de Défense Sociale pour une Politique Criminelle Humaniste (SiDS)
- Mitglied des Board of Directors des Istituto Superiore Internazionale di Scienze Criminali (ISISC)
- German Contact Point for the European Criminal Law Academic Network (ECLAN)
- Mitglied des European Law Institute (ELI)
- Ehrenmitglied der Japanischen Strafrechtslehrervereinigung
- Ehrenmitglied des Ilustre Colegio de Abogados del Cusco
- Wissenschaftlicher Berater des Center of Legal Studies on Counter-Corruption, Peking/VR China

Universitäten:

- Honorarprofessor und Fakultätsmitglied an der Ludwig-Maximilians-Universität München
- Honorarprofessor und Fakultätsmitglied an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg
- Gastprofessor an der Renmin Universität, Peking/VR China
- Gastprofessor an der Peking Universität, Peking/VR China
- Gastprofessor an der Beijing Normal University, Peking/VR China
- Gastprofessor an der Universität Wuhan, Wuhan/VR China
- Honorarprofessor an der Universidad Tecnológica de los Andes, Cusco/Peru

Schriftenreihen:

- Herausgeber der strafrechtlichen Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht „Strafrechtliche Forschungsberichte“ (Duncker & Humblot)
- Herausgeber der europäischen Schriftenreihen „ius informationis“ und „ius criminale“ (Carl Heymanns Verlag)
- Herausgeber der Reihe „Max Planck Research on International, European, and Comparative Criminal Law“ (Oxford University Press)
- Mitherausgeber der Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht „Interdisziplinäre Forschungen aus Strafrecht und Kriminologie“ (Duncker & Humblot)
- Mitherausgeber der Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht „Sammlung ausländischer Strafgesetzbücher“ (Duncker & Humblot)
- Mitherausgeber der Schriftenreihe „ius europaeum“ (Nomos Verlagsgesellschaft)
- Beratender Mitherausgeber der Schriftenreihe „Comparative, European, International Criminal Justice“ (Springer)

Zeitschriften:

- Mitherausgeber der Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft (ZStW) sowie der Auslandsrundschau der Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft
- Mitherausgeber der Zeitschrift „Multimedia und Recht“
- Mitglied im Herausgeberbeirat der Zeitschrift „Computer und Recht“
- Herausgeber der Zeitschrift „eucrim“

- Mitglied im Editorial Board der "Computer Law and Security Review"
- Mitglied im Editorial Board der "Series on International Criminal Law"
- Mitglied im Editorial Board der Zeitschrift "Crime, Law and Social Change"
- Mitglied im Redaktionskollegium der russischen Zeitschrift „Nationale Sicherheit“
- Mitglied im Editorial Board der "International Criminal Law Review"
- Mitglied im Advisory Board der Zeitschrift "European Journal of Crime, Criminal Law and Criminal Justice"
- Mitglied im Advisory Board der Zeitschrift "New Journal of European Criminal Law"
- Mitglied im Advisory Board der Zeitschrift "Money Laundering Control"
- Mitglied im Advisory Committee der Zeitschrift "Peking University Law Journal"
- Mitglied im internationalen wissenschaftlichen Komitee der "Revista Penal"
- Mitglied im wissenschaftlichen Komitee der "Revista Penal México"
- Mitglied im Comité scientifique international der Zeitschrift „Revue de science criminelle et de droit pénal comparé“ (RSC)
- Mitglied im International Scientific Council der Zeitschrift „Archivio Penale“
- Mitglied im Scientific Council der serbischen Zeitschrift "Crimen – Journal for Criminal Justice"
- Mitglied im Honorary Committee der rumänischen Zeitschrift „Revista de Drept Penal“
- Mitglied im Scientific Council der Zeitschrift „Dreptul“ (hrsg. von der rumänischen Juristenvereinigung)
- Mitglied im Scientific Board der Zeitschrift "Journal of Eastern European Criminal Law" (hrsg. von den Strafrechtsabteilungen der Rechtswissenschaftlichen Fakultäten der West Universität Timisoara und der Universität Pécs)
- Mitglied im Beirat der griechischen Online-Zeitschrift „Recht & Neue Technologien“

Silverman, Emily

- American Bar Association (inactive)

Simon, Jan-Michael

- Gastprofessor an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Katholischen Universität von Santa María, Arequipa/Peru

- Honorarprofessor an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Nationalen Universität „Hermilio Valdizán“, Huánuco/Peru
- Mitglied der Société Internationale de Défense Sociale
- Mitglied im portugiesischen Editorial Board der Editorial Juruá, Porto/Portugal
- Mitglied International Advisory Board der Fachzeitschrift "Revista Justitia", São Paulo/Brasilien
- Mitglied International Advisory Board der Fachzeitschrift "Revista Ciencia Jurídica", San José/Costa Rica
- Mitglied International Advisory Board der Fachzeitschrift "Studia Iuridica", San José/Costa Rica
- Berater des Ad Hoc Staatsanwalts im Verfahren Odebrecht der Republik Peru, Lima/Peru
- Berater des Präsidenten des Obersten Gerichtshofs der Republik Peru, Lima/Peru
- Sonderberater gegen Korruption und Straflosigkeit des Generalsekretariats der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), Washington D.C./USA
- Gutachter des Center for Justice and International Law, Washington D.C./USA
- Mitglied des Internationalen Panels zur Auswahl des Verfassungssenats am Obersten Gerichtshof von El Salvador, Due Process of Law Foundation, Washington D.C./USA

Streltsov, Lev

- Official Representative of the Criminological Association of Ukraine in the EU (seit 2017)

Tellenbach, Silvia

- Mitglied im Expertenforum beim Informationszentrum Asyl des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge
- Mitglied im Vorstand der Gesellschaft für arabisches und islamisches Recht e.V.
- Mitglied in der Internationalen Juristenkommission e.V.
- Mitglied der Gesellschaft für Rechtsvergleichung e.V.
- Mitglied der Deutschen Morgenländischen Gesellschaft e.V.
- Mitglied der Deutschen Arbeitsgemeinschaft Vorderer Orient e.V.
- Mitglied der Deutsch-Türkischen Juristenvereinigung e.V.
- Mitglied der Deutsch-Iranischen Juristenvereinigung e.V.

- Mitglied im Beirat der Zeitschrift Süleyman Demirel Üniversitesi Hukuk Fakültesi Dergisi
- Mitglied im Editorial Board der Bahçeşehir Üniversitesi Hukuk Fakültesi Dergisi
- Mitglied im wissenschaftlichen Komitee der Zeitschrift Diritto penale del XXI secolo
- Mitglied im Editorial Committee der Reihe “Studies in International and Comparative Criminal Law”

Vogel, Benjamin

- Mitglied der Deutschen Landesgruppe der Association Internationale de Droit Pénal (AIDP)
- Mitglied der Association Française de Droit Penal
- Mitglied der Deutschen Sektion der Internationalen Vereinigung für Rechts- und Sozialphilosophie (IVR)
- Mitglied der Auswahlkommission für die Studienstiftung des deutschen Volkes
- Schriftleitung (gemeinsam mit Engelhart, M.) des Auslandsteils der Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft (ZStW) (seit Januar 2016)

Vojta, Filip

- Mitglied der European Society of Criminology (ESC)
- Mitglied der European Society of Criminology Working Group on Balkan Criminology
- Vice Chair der European Society of Criminology Postgraduate and Early Stage Researchers Working Group (EPER)

Von zur Mühlen, Nicolas

- Lehrbeauftragter der Humboldt Law Clinic Internetrecht (HLCI)
- Mitglied der Deutschen Gesellschaft für Recht und Informatik e.V. (DGRI)
- Mitglied des Deutschen Juristentages (DJT)
- Mitglied der Association Internationale de Droit Pénal (AIDP)

Wahl, Thomas

- Mitglied im European Criminal Law Academic Network (ECLAN)

Wallwaey, Elisa

- Mitglied der European Society of Criminology (ESC)

- Mitglied der European Society of Criminology Postgraduate and Early Stage Researchers Working Group

Walsh, Maria

- Mitglied der European Society of Criminology (ESC)
- Mitglied im Deutschen Hochschulverband (DHV)
- Mitglied in der Deutschen Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen (DVJJ)

Wienhausen-Knezevic, Elke

- Mitglied der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS)
- Mitglied der European Society of Criminology (ESC)
- Mitglied der Behandlungsinitiative Opfererschutz (BIOS) – Opferhilfe e.V.
- Mitglied der Kriminologischen Gesellschaft (KrimG)
- Mitglied der Deutschen Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfe e.V. (DVJJ)

Wößner, Gunda

- Gutachterin für die Zeitschrift “Aggressive Behavior”
- Gutachterin für die Zeitschrift “Clinical Medicine Insights: Psychiatry”
- Gutachterin für die „Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform“ (Mschr-Krim)
- Gutachterin für die Zeitschrift “Child and Adolescent Psychiatry and Mental Health”
- Gutachterin für die Zeitschrift “Criminal Justice and Behavior”
- Gutachterin für die Zeitschrift “Restorative Justice”
- Gutachterin für die Zeitschrift “Justice Quarterly”
- Gutachterin für die Zeitschrift “Punishment and Society”
- Gutachterin für das “Journal of Sexual Aggression”
- Gutachterin für das “British Medical Journal”
- Gutachterin für das “B.E. Journal of Economic Analysis and Policy”
- Gutachterin für das “Journal of Forensic Psychiatry and Psychology”
- Gutachterin für das “Journal of Offender Rehabilitation”

- Gutachterin für die American Psychology-Law Society
- Gutachterin für den Schweizerischen Nationalfonds (SNF)
- Gutachterin für die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG)
- Gutachterin für die Croatian Science Foundation (HRZZ)
- Mitglied der European Society of Criminology (ESC)
- Mitglied des European Forum for Restorative Justice (EFRJ)
- Mitglied der International Association for the Treatment of Sex Offenders (IATSO)

C. Beiträge zur Wissenschaftsverwaltung sowie Selbstverwaltungsaktivitäten und Funktionen in MPG und MPI

Aguinaldo, Angela

- Doktorandensprecherin (seit 2015)

Albrecht, Hans-Jörg

- Schlichtungsberater der Geistes-, Sozial- und Humanwissenschaftlichen Sektion der Max-Planck-Gesellschaft
- Mitglied des Max Planck Legal Studies Network
- Mitglied der Arbeitsgruppe „Zusammenarbeit der juristischen Institute in der MPG mit den Wirtschaftswissenschaften und anderen sozialwissenschaftlichen Disziplinen“
- Mitglied der Arbeitsgemeinschaft „Islamforschung“
- Mitglied der Auswahlkommission „Verfolgte Wissenschaftler“, Wissenschaftsministerium Baden-Württemberg, Stuttgart
- Stellvertretender Vorsitzender des Vereins der Freunde und Förderer des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht e.V. Freiburg

Arnold, Jörg

- Schwerbehindertenbeauftragter der Institutsleitung

Cabrera Guirao, Jorge Patricio

- Doktorandensprecher (2016–2017)

Carl, Sabine

- Stellvertretende Gleichstellungsbeauftragte (2016–2017)

Czudnochowski, David

- Mitglied des Betriebsrats (seit 2017)

D'Angelo, Michela

- Ersatzmitglied des Betriebsrats (seit 2017)

Earbin, Esther

- Doktorandensprecherin (seit 2016)

Eser, Albin

- Mitglied der ständigen Präsidentenkommission „Ethikrat“ der Max-Planck-Gesellschaft

Falkowski, Rahel

- Schwerbehindertenvertreterin (seit 2016)

Gauder, Kira-Sophie

- Doktorandensprecherin (seit 2016)

Greiner, Christian

- Sicherheitsbeauftragter

Grundies, Volker

- Datenschutzkoordinator
- Gäste- und Stipendienkoordinator der Abteilung Kriminologie
- Ersthelfer

Hillemanns, Carolin F.

- Wissenschaftliche Koordinatorin der International Max Planck Research School on Retaliation, Mediation and Punishment (IMPRS REMEP; Local Coordinator of the Freiburg Group)
- Gleichstellungsbeauftragte (seit 2016)
- Ersthelferin

Hofmann, Ines

- Stellvertretende Vorsitzende des Betriebsrats (seit 2015)

Hummelsheim-Doß, Dina

- Pressekoordinatorin Abteilung Kriminologie
- Mitglied des Betriebsrats (seit 2017)

Jähneke, Jochen

- Brandschutzbeauftragter
- Mitglied im Kompetenznetzwerk IT-Sicherheit in der MPG
- Ausbilder IHK für Fachinformatiker der Fachrichtung Systemintegration
- Ersthelfer

Jarvers, Konstanze

- Mitglied der Stipendienkommission der Abteilung Strafrecht
- Mitglied des Betriebsrats (seit 2017)

John, Katharina

- Stellvertretende Schwerbehindertenvertreterin (bis 2015)

Keller, Andrea

- Mitglied des Betriebsrats (bis 2016)

Kilchling, Michael

- Vertretung der Max-Planck-Gesellschaft in dem Auswahlkomitee des Baden-Württemberg Fund for Persecuted Scholars (2017)
- Schatzmeister des Vereins der Freunde und Förderer des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht e.V. Freiburg

Knust, Nandor

- Stellvertretender Wissenschaftlicher Koordinator der International Max Planck Research School for Comparative Criminal Law

Koch, Hans-Georg

- Pressekoordinator Abteilung Strafrecht
- Stellvertretender Datenschutzkoordinator

Köber, Göran

- Open Access Ambassador

Meuer, Katharina

- Doktorandensprecherin (2016/2017)

Murphy, Christopher

- Mitglied des Betriebsrats (bis 2017)

- Stellvertretender Vorsitzender des Betriebsrats (bis 2015)

Oberwittler, Dietrich

- Vertreter der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Geistes-, Sozial- und Humanwissenschaftlichen Sektion der Max-Planck-Gesellschaft
- Ombudsperson

Rigoni, Clara

- Doktorandensprecherin (seit 2015)

Rinceanu, Johanna

- Gästekoordinatorin Abteilung Strafrecht
- Mitglied der Stipendienkommission Abteilung Strafrecht
- Geschäftsführerin des Vereins der Freunde und Förderer des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht e.V. Freiburg

Rombach, Silke

- Ausbilderin IHK für Kaufleute der Fachrichtung Büromanagement (gemeinsam mit Sutterer, I.)

Rudanko, Mikko

- Doktorandensprecher (seit 2016)

Schulz, Jelena

- Stellvertretende Gleichstellungsbeauftragte (seit 2017)

Schwarzenbach, Anina

- Open Access Ambassador
- Doktorandensprecherin (bis 2016)

Sieber, Ulrich

- Vorsitzender der Kommission für Ethik sicherheitsrelevanter Forschung (KEF) des Wissenschaftlichen Rates der Max-Planck-Gesellschaft
- Mitglied der ständigen Präsidentenkommission „Ethikrat“ der Max-Planck-Gesellschaft
- Mitglied der Kommission „Informationssicherheit in der MPG“

- Mitglied der IT-Sicherheitskommission der MPG
- Mitglied des Max Planck Legal Studies Network
- Mitglied des Stipendienkomitees der Minerva Stiftung in der Max-Planck-Gesellschaft
- Sprecher der International Max Planck Research School for Comparative Criminal Law (IMPRS-CC)
- Mitglied der International Max Planck Research School on Retaliation, Mediation and Punishment (IMPRS REMEP)
- Vorsitzender des Vereins der Freunde und Förderer des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht e.V. Freiburg

Silverman, Emily

- Stellvertretende Gleichstellungsbeauftragte (2015)
- Gleichstellungsbeauftragte (2016)

Stegle, Jasmin

- Mitglied des Betriebsrats (seit 2017)

Straka, Kathleen

- Ersthelferin

Sutterer, Isabel

- Ausbilderin IHK für Kaufleute der Fachrichtung Büromanagement (gemeinsam mit Rombach, S.)

Tellenbach, Silvia

- Vorsitzende der Stipendienkommission der Abteilung Strafrecht

- Mitglied des Betriebsrats (bis 2015)

Tetal, Carina

- Mitglied des Betriebsrats
- Mitglied des Gesamtbetriebsrats der Max-Planck-Gesellschaft
- Sicherheitsbeauftragte
- Ersthelferin

Tie, Indira

- Vorsitzende des Betriebsrats
- Ersthelferin

Trutt, Oliver

- Stellvertretender Schwerbehindertenvertreter (seit 2016)

Veit, Andrea

- Ersthelferin

Vogel, Benjamin

- Mitglied des Betriebsrats

Vojta, Filip

- Open Access Ambassador
- Doktorandensprecher (bis 2016)

Walsh, Maria

- Schwerbehindertenvertreterin (bis 2015)

Wößner, Gunda

- Mitglied im MPG LeadNet Steering Committee (seit 2017)

VIII. Wissenstransfer

VIII. WISSENSTRANSFER

263	A. Publikationen
287	B. Veranstaltungen und Vorträge
319	C. Lehre

A. Publikationen

Albrecht, Hans-Jörg

2015

Albrecht, H.-J.: Tutuklama Hukuku ve Uygulaması Avrupa'da Karşılaştırmalı Bir Perspektif (Recht und Praxis der Untersuchungshaft – Eine vergleichende europäische Perspektive, türkische Übersetzung von Arslan, Mehmet). In: Bahçeşehir Üniversitesi Hukuk Fakültesi Dergisi (Bahçeşehir University Law Review) 10, 125–126, 29–53 (2015).

Albrecht, H.-J.: Freiheit und Innere Sicherheit? In: Steiger, S., Schiller, J., Gerhold, L. (Hrsg.), Sicherheitsforschung im Dialog. Beiträge aus dem Forschungsforum Öffentliche Sicherheit. Peter Lang Edition, Frankfurt a. M. 2015, S. 161–186.

Albrecht, H.-J.: Criminal Sanctions and Crime Control: Past, Presence and Future in Europe. In: Kambellari, E. (Hrsg.), International Scientific Symposium: Criminal Justice System and the Social Welfare. 05–06 March 2015, Tirana, Albania. Proceedings Book. Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Rule of Law Program South East Europe of the Konrad-Adenauer Stiftung e.V., Faculty of Law of the University of Tirana, Tirana 2015, S. 8–27.

Albrecht, H.-J.: Verfassungs- und menschenrechtliche Grundlagen der Resozialisierung. In: Rotsch, T., Brüning, J., Schady, J. (Hrsg.), FS Ostendorf, Strafrecht – Jugendstrafrecht – Kriminalprävention in Wissenschaft und Praxis. Nomos, Baden-Baden 2015, S. 23–39.

Albrecht, H.-J.: Geleitwort. In: Kunz, F., Gertz, H.-J. (Hrsg.), Straffälligkeit älterer Menschen. Interdisziplinäre Beiträge aus Forschung und Praxis. Springer, Berlin 2015, S. V–VII.

Albrecht, H.-J.: Die Todesstrafe: Wege zur Abschaffung. In: Law Review (National Legal Institute of Mongolia) 55, 5, 29–46 (2015).

Albrecht, H.-J.: Juvenile Criminal Law and Justice in Germany – Accounting for Trends in the German Juvenile Criminal Justice System –, S. 901–974; [türkische Übersetzung von Çağ, B.] Almany'a'da Çocuk Ceza Hukuku ve Adaleti Alman Çocuk Adaleti Sistemi Eğilimlerinin Muhasebesi –, S. 975–1046. In: Sözüer, A. (Hrsg.), 3rd International Crime and Punishment Film Festival. Juvenile Justice, Academic Papers (2. Cilt), 3. Uluslararası Suç ve Ceza Film Festivali, Çocuk(ça) Adalet? Tebliğler (2. Cilt). Adalet Yayınevi, Ankara 2015.

Albrecht, H.-J.: Criminal Sanctions and Crime Control – Past, Presence and Future in Europe, S. 16–27; [in chinesischer Sprache, übersetzt von Zhao, Shuhong, S. 3–15]. In: Zhao, B. (Hrsg.), Toward Scientific Criminal Law Theories – CCLS Tenth Anniversary Anthology of Papers from International Academic Partners. Law Press China, Beijing 2015.

Albrecht, H.-J.: The Incapacitation of the Dangerous Offender – Criminal Policy and Legislation in the Federal Republic of Germany [in chinesischer Sprache, übersetzt von Wang, Dong]. In: Liu, R. (Hrsg.), Improving Criminal Law Structure after the Abolition of Re-education through Labor. Social Science Academic Press (China), Beijing 2015, S. 523–548.

Albrecht, H.-J.: Stalking – National and International Legal Policy and Legislative Development [in chinesischer

Sprache, übersetzt von Kui, Jia]. In: Criminal Law Review 44, 429–443 (2015).

Albrecht, H.-J.: Terrorism, Victimization and Compensation of Victims of Terrorism [in chinesischer Sprache, übersetzt von Lü, Fengli]. In: Chen, Z. (Hrsg.), New Reports in Criminal Law. Social Sciences Academic Press (China), Beijing 2015, S. 208–229.

2016

Albrecht, H.-J.: Criminal Sanctions and Crime Control: Past, Presence and Future in Europe. In: National Legal Institute of Mongolia, Max Planck Institute for Foreign and International Criminal Law, Law Enforcement University of Mongolia (Hrsg.), Proceedings of the German-Mongolian Seminar on Current Trends in Criminal Punishment. National Legal Institute of Mongolia, Ulaanbaatar 2016, S. 7–24.

Albrecht, H.-J.: Einleitung [in chinesischer Sprache]. In: Deutsche Gesetzbücher zum Strafprozess: StPO, GVG und JGG. Übersetzt von Yue, Liling, Lin, Jing. China Procuratorate Press, Beijing 2016, S. 1–22.

Albrecht, H.-J.: Wandel der Sicherheit – Von präventiver zu präemptiver Sicherheit? Entwicklungen der Sicherheitspolitik in Systemen des öffentlichen Personentransports. In: Fischer, S., Masala, C. (Hrsg.), Innere Sicherheit nach 9/11. Sicherheitsbedrohungen und (immer) neue Sicherheitsmaßnahmen?. Springer VS, Wiesbaden 2016, S. 209–229.

Albrecht, H.-J.: Vorwort, S. V–VII; Strafrechtliche Sozialkontrolle, Kriminalität und die Kriminologie, S. 81–98. In: Albrecht, H.-J. (Hrsg.), Kriminalität, Kriminalitätskontrolle, Strafvollzug und Menschenrechte. Internationales Kolloquium zum Gedenken an Professor Dr. Günther Kaiser vom 23. Januar 2009. Herausgegeben zum 50-jährigen Bestehen des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht, Freiburg, am 1. Juli 2016. Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht. Interdisziplinäre Forschungen aus Strafrecht und Kriminologie I 23. Duncker & Humblot, Berlin 2016.

Albrecht, H.-J.: Kriminologie und Strafrecht. In: Sieber, U. (Hrsg.), Strafrecht in einer globalen Welt. Internationales Kolloquium zum Gedenken an Professor Dr. Hans-Heinrich Jescheck vom 7. bis 8. Januar 2011. Herausgegeben zum 50-jährigen Bestehen des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht, Freiburg, am 1. Juli 2016. Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht. Interdisziplinäre Forschungen aus Strafrecht und Kriminologie I 24. Duncker & Humblot, Berlin 2016, S. 86–99.

Albrecht, H.-J.: Sicherheit, Sicherheitserwartungen und Sicherheitsgefühle. In: Kecskés, L., Finszter, G., Köhalmi, L., Végh, Z. (Hrsg.), Egy jobb világot hátrahagyni... Tanulmányok KORINEK LASZLÓ professzor tiszteletére. Pécsi Tudományegyetem Állam- és Jogtudományi Kar, Pécs 2016, S. 119–134.

Albrecht, H.-J.: Legal Aspects of the Use of Coercive Measures in Psychiatry. In: Völm, B., Nedopil, N. (Hrsg.), The Use of Coercive Measures in Forensic Psychiatric Care: Legal, Ethical and Practical Challenges. Springer, Cham 2016, S. 31–48.

Albrecht, H.-J.: Prison Overcrowding – Finding Effective Solutions. Strategies and Best Practices Against Overcrowding in Correctional Facilities [in persischer Sprache, übersetzt von Gholami, Hossein]. Mizan Legal Foundation, Tehran 2016 (144 S.).

Albrecht, H.-J.: Introduction [in persischer Sprache, übersetzt von Gholami, Hossein]. In: Gholami, H., Penology – Understanding Crime Responsology. Mizan Legal Foundation, Tehran 2016, S. 9–10.

Albrecht, H.-J.: Wirtschaftskriminalität. In: Hübner, J., Eurich, J., Honecker, M., Jähnichen, T., Kulessa, M., Renz, G. (Hrsg.), Evangelisches Soziallexikon. Kohlhammer, Stuttgart 2016, S. 1733–1740.

Albrecht, H.-J.: Der Rückgang der Jugendkriminalität setzt sich fort. In: Recht der Jugend und des Bildungswesens 64, 4, 395–413 (2016).

Albrecht, H.-J.: The Concept and Potential Value of Recidivism Statistics in the Perspective of Comparative Law [in chinesischer Sprache, übersetzt von Zhou, Wu]. In: Issues on Juvenile Crimes and Delinquency, 4, 115–120 (2016).

Albrecht, H.-J.: Direito Penal e Periculosidade: A política criminal entre prevenção, combate e perigos e retribuição de culpa [portugiesische Übersetzung von Corrêa da Luz, Y.]. In: Machado, M. R., Püschel, F. P. (Hrsg.), Responsabilidade e pena no estado democrático de Direito. Desafios teóricos, políticas públicas e o desenvolvimento da democracia. Academica Livre, São Paulo 2016, S. 41–83, <http://bibliotecadigital.fgv.br/dspace/bitstream/handle/10438/17701/Responsabilidade-e-pena.pdf?sequence=5&isAllowed=y>

Jehle, J.-M., Albrecht, H.-J., Hohmann-Fricke, S., Tetl, C.: Legalbewährung nach strafrechtlichen Sanktionen. Eine bundesweite Rückfalluntersuchung 2010 bis 2013 und 2004 bis 2013. In: Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (Hrsg.). Reihe „recht“. Forum Verlag Godesberg, Mönchengladbach 2016 (352 S.), http://www.bmfv.de/SharedDocs/Downloads/DE/StudienUntersuchungenFachbuecher/Legalbewaehrung_nach_strafrechtlichen_Sanktionen_2010_2013.pdf?__blob=publicationFile&v=1

Albrecht, H.-J. (Hrsg.): Kriminalität, Kriminalitätskontrolle, Strafvollzug und Menschenrechte. Internationales Kolloquium zum Gedenken an Professor Dr. Günther Kaiser vom 23. Januar 2009. Herausgegeben zum 50-jährigen Bestehen des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht, Freiburg, am 1. Juli 2016. Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht. Interdisziplinäre Forschungen aus Strafrecht und Kriminologie I 23. Duncker & Humblot, Berlin 2016 (176 S.).

2017

Albrecht, H.-J.: Empirische Strafzumessungsforschung. In: Safferling, C., Kett-Straub, G., Jäger, C., Kudlich, H. (Hrsg.), Festschrift für Franz Streng zum 70. Geburtstag C.F. Müller, Heidelberg 2017, S. 185–199.

Albrecht, H.-J.: Police, policing and organised crime: lessons from organised crime research. In: Nogala, D., Fehérváry, J., Jaschke, H.-G., den Boer, M. (Hrsg.), European Police Science and Research Bulletin – Police Science and Police Practice in Europe, Special Conference Edition Nr. 2. European Union Agency for Law Enforcement Training (CEPOL), Luxembourg 2017, S. 207–218, <https://www.cepol.europa.eu/sites/default/files/Special%20Conference%20Edition%20Nr.%202.pdf>

Albrecht, H.-J.: Strafzumessung bei schwerer Kriminalität – Eine vergleichende theoretische und empirische Studie zur Herstellung und Darstellung des Strafmaßes [in chinesischer Sprache, übersetzt von Qi Xiong, Wu Wei, Shuhong Zhao, Zishi Zhou, Liling Yue, Wenbo Pan]. Law Press, Beijing 2017 (583 S.).

Albrecht, H.-J.: The Shift of Security: Changing Concepts of Security? [in chinesischer Sprache, übersetzt von Zhou, Zishi]. In: Chen, Z. (Hrsg.), New Reports in Criminal Law. Social Sciences Academic Press (China), Beijing 2017, S. 329–347.

Albrecht, H.-J.: Criminal Law, Security and Criminal Policies: German and Korean Perspectives. In: von Hein, J., Merkt, H., Meier, S., Bruns, A., Bu, Y., Vöney, S., Pawlik, M., Takahashi, E. (Hrsg.), Relationship between the Legislature and the Judiciary, Contributions of the 6th Seoul-Freiburg Law Faculties Symposium. Nomos Verlag, Baden-Baden 2017, S. 195–216.

Albrecht, H.-J.: Verhängung in Tagessätzen, § 40, S. 1854–1876; Geldstrafe neben Freiheitsstrafe, § 41, S. 1876–1879; Zahlungerleichterungen, § 42, S. 1879–1883; Ersatzfreiheitsstrafe, § 43, S. 1884–1889; Verlust der Amtsfähigkeit, der Wählbarkeit und des Stimmrechts, § 45, S. 1907–1909; Eintritt und Berechnung des Verlustes, § 45a, S. 1909–1910; Wiederverleihung von Fähigkeiten und Rechten, § 45b, S. 1910; Voraussetzungen der Verwarnung mit Strafvorbehalt, § 59, S. 2336–2341; Bewährungszeit, Auflagen und Weisungen, § 59a, S. 2341–2342; Verurteilung zu der vorbehaltenen Strafe, § 59b, S. 2342–2343; Gesamtstrafe und Verwarnung mit Strafvorbehalt, § 59c, S. 2343–2344; Absehen von Strafe, § 60, S. 2344–2348. In: Kindhäuser, U., Neumann, U., Paeffigen, H.-U. (Hrsg.), Nomos Kommentar zum Strafgesetzbuch. 5. Aufl. Nomos, Baden-Baden 2017.

Wößner, G., Albrecht, H.-J.: Behandlung, Resozialisierung, Rückfallgefahr: Sexualstraftäter in den sozialtherapeutischen Anstalten Sachsens. In: Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V. (Hrsg.), Jahrbuch 2017 der Max-Planck-Gesellschaft. München 2017 (5 S.), https://www.mpg.de/11003517/stra_jb_2017?c=11356432

Amato, Giovanna 2016

Amato, G.: Unternehmen und organisierte Kriminalität: Neue Szenarien der Straftatvorbeugung in Italien. In: Zeitschrift für die Gesamte Strafrechtswissenschaft 128, 4, 1175–1192 (2016).

Amato, G.: Whistleblowing and bribery prevention in Italy. A survey on the relevant criminal law issues of failure to report. In: Revista de Estudos Criminais, 9–57 (2016).

Arnold, Harald 2015

Haverkamp, R., Arnold, H.: Einführung, S. 1–29; (mit Haverkamp, R.) Zur Messung von objektivierten und subjektiven Sicherheiten: Eine Operationalisierung anhand des Sicherheitsquadrats, S. 339–380. In: Haverkamp, R., Arnold, H. (Hrsg.), Subjektive und objektiverte Bedingungen von (Un-)Sicherheit. Studien zum Barometer Sicherheit in Deutschland (BaSiD). Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht. Kriminologische Forschungsberichte K 171. Duncker & Humblot, Berlin 2015.

Haverkamp, R., Arnold, H. (Hrsg.): Subjektive und objektiverte Bedingungen von (Un-)Sicherheit. Studien zum Barometer Sicherheit in Deutschland (BaSiD). Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht. Kriminologische Forschungsberichte K 171. Duncker & Humblot, Berlin 2015 (384 S.).

Zoche, P., Kaufmann, S., Arnold, H.: Sichere Zeiten – Gesellschaftliche Dimensionen der Sicherheitsforschung. Zur Einführung in den Tagungsband. In: Zoche, P., Kaufmann, S., Arnold, H. (Hrsg.), Sichere Zeiten? Gesellschaftliche Dimensionen der Sicherheitsforschung. Zivile Sicherheit. Schriften zum Fachdialog Sicherheitsforschung 10. Lit-Verlag, Berlin 2015, S. 1–20.

Zoche, P., Kaufmann, S., Arnold, H. (Hrsg.): *Sichere Zeiten? Gesellschaftliche Dimensionen der Sicherheitsforschung. Zivile Sicherheit. Schriften zum Fachdialog Sicherheitsforschung* 10. LIT Verlag, Berlin 2015 (416 S.).

2016

Arnold, H.: *Barometer of Security in Germany (BaSiD) – Empirical Security Research at the MPI*. In: Korean Institute of Criminology (Hrsg.), *Challenges and Opportunities in Criminal Justice for Public Safety*. KIC International Forum. KIC, Seoul 2016, S. 89–106.

Arnold, H., Haverkamp, R.: *Ignored Securities? On the Diversity of Securities and a Proposal for Their Integration*. In: Palidda, S. (Hrsg.), *Governance of Security and Ignored Insecurities in Contemporary Europe. Advances in Criminology*. Routledge, London et al. 2016, S. 65–80.

Zoche, P., Kaufmann, S., Arnold, H.: *Grenzenlose Sicherheit? – Gesellschaftliche Dimensionen der Sicherheitsforschung. Zur Einführung in den Tagungsband*. In: Zoche, P., Kaufmann, S., Arnold, H. (Hrsg.): *Grenzenlose Sicherheit? Gesellschaftliche Dimensionen der Sicherheitsforschung. Zivile Sicherheit. Schriften zum Fachdialog Sicherheitsforschung* 13. Lit-Verlag, Berlin 2016, S. 1–20.

Zoche, P., Kaufmann, S., Arnold, H. (Hrsg.): *Grenzenlose Sicherheit? Gesellschaftliche Dimensionen der Sicherheitsforschung. Zivile Sicherheit. Schriften zum Fachdialog Sicherheitsforschung* 13. LIT Verlag, Berlin 2016 (350 S.).

Arnold, Jörg

2015

Arnold, J.: *Grenzüberschreitende Strafverteidigung in Europa. Praktische Erfahrungen und theoretische Überlegungen anhand von Interviews mit Strafverteidigerinnen und Strafverteidigern*. Berliner Wissenschaftsverlag, Berlin 2015 (254 S.).

Arnold, J.: „Die Ursache“ von Leonhard Frank. In: Burkhardt, B., et al. (Hrsg.), *Scripta amicitiae – Freundschaftsgabe für Albin Eser zum 80. Geburtstag am 26. Januar 2015*. BWV Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2015, S. 281–311.

Arnold, J.: *Verteidigung in grenzüberschreitenden Strafverfahren in Europa – Einige Überlegungen zu Wissenschaft und Praxis*. In: *Strafverteidiger* 35, 9, 588–597 (2015).

Arnold, J.: Rezension von: „Mit Recht gegen die Macht“. Persönliche Eindrücke zur Monografie von Wolfgang Kaleck, *Mit Recht gegen die Macht. Unser weltweiter Kampf für die Menschenrechte*, Hanser Berlin 2015, 224 S. In: *Informationsbrief des Republikanischen Anwältinnen- und Anwältevereins e.V. (Rav)* 111, 43–46 (2015), <http://www.rav.de/publikationen/infobriefe/info-brief-111-2015/mit-recht-gegen-die-macht/>

Burkhardt, B., Koch, H.-G., Gropp, W., Lagodny, O., Spaniol, M., Walther, S., Künschner, A., Arnold, J., Perron, W. (Hrsg.): *Scripta amicitiae. Freundschaftsgabe für Albin Eser zum 80. Geburtstag am 26. Januar 2015*. BWV Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2015 (451 S.).

2016

Arnold, J.: *Gedanken zum Zeitgeist zwischen Freiburg und Dresden*. In: Gropp, W., Hecker, B., Kreuzer, A., Ringelmann, C., Witteck, L., Wolfslast, G. (Hrsg.), *Strafrecht als ultima ratio – Gießener Gedächtnisschrift für Günter Heine*. Mohr Siebeck, Tübingen 2016, S. 13–31.

Arnold, J.: *Werner Holtfort (1920–1992). Freiheitlich gesinnter Sozialist und unermüdlicher Kämpfer für eine freie Advokatur in einer demokratisierten Gesellschaft*. In: *Kritische Justiz* (Hrsg.), *Streitbare JuristInnen. Nomos*, Baden-Baden 2016, S. 219–246.

Arnold, J.: *Zur Kritikgeschichte opferperspektivischer Wandlungen im Strafrecht und im Strafverfahren*. In: *Bild und Selbstbild der Strafverteidigung*. 40. Strafverteidigertag, (Hrsg.) *Strafverteidigervereinigungen/Organisationsbüro. Schriftenreihe der Strafverteidigervereinigungen* 40. (2016) 109–167.

Arnold, J.: *Wohin sind wir unterwegs? Nachdenken über Christa Wolfs „Stadt der Engel“*. In: Plöse, M., Fritsche, T., Kuhn, M., Lüders, S. (Hrsg.), *„Worüber reden wir eigentlich?“ Festgabe für Rosemarie Will*. Humanistische Union, Berlin 2016, S. 62–86.

Arnold, J.: Rezension von: *Ambos/König/Rackow (Hrsg.), Rechtshilferecht in Strafsachen*, Baden-Baden 2015, 1366 S. In: *Strafverteidiger* 36, 264–266 (2016).

Arnold, J.: *Staatskritik und „Kampf ums Recht“*. Ist Strafverteidigung ein tauglicher Gegenstand von Rechtskritik? In: *Freispruch. Mitgliederzeitung der Strafverteidigervereinigungen*, 9, 29–38 (2016), http://www.strafverteidigervereinigungen.org/freispruch/Freispruch%20Heft%209_web.pdf.

2017

Arnold, J.: *Wandlungen der Strafverteidigung. Gedanken zum „neuen Typ“ des Strafverteidigers*. In: *Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik* 12, 10, 621–628 (2017), http://www.zis-online.com/dat/artikel/2017_10_1152.pdf.

Arnold, J., Lagodny, O.: *Sammelrezension Strafverteidigung im deutschsprachigen Europa*. In: *Strafverteidiger* 37, 630–632 (2017).

Arnold, J., Hase, K.: *Zur Aktualität von Kants Schrift „Zum ewigen Frieden“ – unter Beachtung des Einmischungsverbot in die Staats- und Volkssouveränität [in russischer Sprache]*. In: *Kriminologie: Gestern, Heute, Morgen. Zeitschrift des Sankt Petersburger Internationalen Kriminologie-Klubs [in russischer Sprache]* 46, 3, 45–51 (2017).

Arslan, Mehmet

2015

Arslan, M.: *Die Aussagefreiheit des Beschuldigten in der polizeilichen Befragung. Ein Vergleich zwischen EMRK, deutschem und türkischem Recht*. Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht. Strafrechtliche Forschungsberichte S 153. Duncker & Humblot, Berlin 2015 (670 S.).

Arslan, M.: *Yalan Tanıklık Suçunda Gerçeğe Aykırılık [Falschheit der Aussage beim Falschaussagen]*. In: *Ceza Hukuku Dergisi [Zeitschrift für Strafrecht]*, 260–280 (2015).

Arslan, M.: *Vorgaben des internationalen Menschenrechtsschutzes für das nationale Strafverfahrensrecht*. In: *Zeitschrift für die Gesamte Strafrechtswissenschaft* 127, 4, 1111–1135 (2015).

2016

Arslan, M.: *Kendini Suçlamama Hakkının Güncel Sorunları. Özellikle insan onuruyla ilişkisi [Aktuelle Fragen des Rechts auf Selbstbelastungsfreiheit. Insbesondere mit seinen Bezügen zu Menschenwürde]*. In: Nuhoglu, A., Sieber, U., Tellenbach, S. (Hrsg.), *Alman ve Türk Ceza Hukukunun Güncel Sorunları / Aktuelle Probleme im deutschen und türkischen Strafrecht. Series of the Max Planck Institute for Foreign and International Criminal Law and Bahçeşehir University Joint Research Group T3. Türkiye Adalet Akademisi Yayınları*, Ankara 2016, S. 95–112.

Arslan, M.: *Ceza Davasında Mahkûmiyet Hükmünün Gerekçesinin Yazılması [Abfassung der Urteilsgründe im*

Strafverfahren]. In: Türkiye Adalet Akademisi Dergisi 27, 549–608 (2016), <http://www.taa.gov.tr/yayin/turkiye-adalet-akademisi-dergisi-sayi-27/>

2017

Arslan, M.: Die türkische Strafprozessordnung – Ceza Muhakemesi Kanunu vom 4. Dezember 2004 nach dem Stand vom 6. Januar 2017. Deutsche Übersetzung und Einführung von Mehmet Arslan. Zweisprachige Ausgabe. Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht. Sammlung ausländischer Strafgesetzbücher in Übersetzung G 125. Duncker & Humblot, Berlin 2017 (289 S.).

Arslan, M.: Staatsgeheimnisse im türkischen Strafprozessrecht. Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht. Beiträge zum Sicherheitsrecht/1. Stücker Druck und Verlag, Freiburg i.Br. 2017 (64 S.), https://www.mpicc.de/files/pdf4/Staatsgeheimnisse_Comp.pdf

Arslan, M.: Drafting a reasoned judgement of conviction in Turkish criminal procedure law. In: *La legislazione penale – International reports* 9, 1–14 (2017), <http://www.lalegislazionepenale.eu/wp-content/uploads/2017/09/Arslan.pdf>

Arslan, M.: Türkisches Rechtsmittelrecht. In: *Bahçeşehir Üniversitesi Hukuk Fakültesi Dergisi (Bahçeşehir University Law Review)* 12, 81–91 (2017).

Billis, Emmanouil

2015

Billis, E.: Der rechtliche Rahmen zur Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung in Griechenland. In: *Eucrim – the European Criminal Law Associations' Forum*, 01, 19–26 (2015).

Billis, E.: Die Rolle des Richters im adversatorischen und im inquisitorischen Beweisverfahren. Modelltheoretische Ansätze, englisches und deutsches Beweisführungssystem, internationalrechtliche Dimensionen. Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht. Strafrechtliche Forschungsberichte S 151. Duncker & Humblot, Berlin 2015 (503 S.).

2016

Billis, E.: The European Court of Justice: A “Quasi-Constitutional Court” in Criminal Matters? The Taricco Judgment and Its Shortcomings. In: *New Journal of European Criminal Law*, 1, 20–38 (2016), https://www.researchgate.net/publication/301198633_Billis_Emma_nouil_THE_EUROPEAN_COURT_OF_JUSTICE_A_QUASI-CONSTITUTIONAL_COURT_IN_CRIMINAL_MATTERS_THE_TARICCO_JUDGMENT_AND_ITS_SHORTCOMINGS_In_New_Journal_of_European_Criminal_Law_NJECL_12016_pp_20-38

Billis, E.: Commentary on the Taricco Judgment of the ECJ (Case C-105/14) [in griechischer Sprache]. In: *Poinika Chronika* 11, 6, 478–480 (2016).

2017

Billis, E.: On the methodology of comparative criminal law research: Paradigmatic approaches to the research method of functional comparison and the heuristic device of ideal types. In: *Maastricht Journal of European and Comparative Law* 24, 6, 864–881 (2017), https://www.researchgate.net/publication/318966709_Billis_Emma_nouil_On_the_methodology_of_comparative_criminal_law_research_Paradigmatic_approaches_to_the_research_method_of_functional_comparison_and_the_heuristic_device_of_ideal_types_In_Maastricht_J

Billis, E.: Decision to commence criminal prosecution, purposes of trial, and evidentiary obstacles before the

International Criminal Court [in griechischer Sprache]. In: *Poinika Chronika* 12, 2, 86–92 (2017).

Billis, E.: Plea bargaining, Verständigung, penal conciliation. Comparative and practical dimensions [in griechischer Sprache]. In: *Poiniki Dikaiosyni* 8–9, 717–722 (2017), <https://www.researchgate.net/publication/318966857>

Billis, E.: Report on the First International Conference of the European & International Criminal Law Institute on “International Criminal Law and Contemporary Reality: Challenges and Perspectives”. In: *European Criminal Law Review* 7, 2, 210–214 (2017).

Billis, E.: Principle of legality (*nullum crimen sine lege*) in Greece, S. 23–36; Extraterritorial jurisdiction – the applicability of domestic criminal law to activities undertaken abroad in Greece, S. 149–166. In: Sieber, U., Jarvers, K., Silverman, E. (Hrsg.), *National Criminal Law in a Comparative Legal Context*. Vol. 2.2: General limitations on the application of criminal law. Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht. Strafrechtliche Forschungsberichte S 128.2.2. Duncker & Humblot, Berlin 2017.

Billis, E.: The criminal offence – definitions and internal structure in Greece, S. 38–49; Objective side of the offence in Greece, S. 152–173; Subjective side of the offence in Greece, S. 286–307. In: Sieber, U., Jarvers, K., Silverman, E. (Hrsg.), *National Criminal Law in a Comparative Legal Context*. Vol. 3.2: Defining criminal conduct. Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht. Strafrechtliche Forschungsberichte S 128.3.2. Duncker & Humblot, Berlin 2017.

Billis, E.: The structure of evidentiary proceedings as reflected in the case-law of the ECtHR on article 6 (3) ECHR. In: Spinellis, C.D., Theodorakis, N., Billis, E., Papadimitrakopoulos, G. (Hrsg.), *Europe in Crisis: Crime, Criminal Justice, and the Way Forward*. Essays in Honour of Nestor Courakis/Festschrift für Nestor Courakis. Volume II: Essays in English, German, French, and Italian. Ant. N. Sakkoulas Publications, Athen 2017, S. 957–978, http://crime-in-crisis.com/en/wp-content/uploads/2017/06/51-BILIS-KOURAKIS-FS_Final_Draft_26.4.17.pdf

Billis, E.: Presentation of the research programme of the Max Planck Institute for Foreign and International Criminal Law and of the International Max Planck Research School for Comparative Criminal Law [in griechischer Sprache]. In: Mylonopoulos, C. (Hrsg.), *International Criminal Law and Contemporary Reality: Challenges and Perspectives*. P.N. Sakkoulas, Athen 2017, S. 177–180.

Billis, E.: Introduction to the basic characteristics and fundamental principles of the criminal law and Penal Code of Greece. In: Billis, E. (Hrsg.), *The Greek Penal Code – Law 1492 of 1950 in conjunction with Presidential Decree 283 of 1985 as of 28 February 2017*. English translation by Vasiliki Chalkiadaki and Emmanouil Billis. Introduction by Emmanouil Billis. Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht. Sammlung ausländischer Strafgesetzbücher in Übersetzung G 124. Duncker & Humblot, Berlin 2017, S. 1–62.

Billis, E. (Hrsg.): *The Greek Penal Code – Law 1492 of 1950 in conjunction with Presidential Decree 283 of 1985 as of 28 February 2017*. English translation by Vasiliki Chalkiadaki and Emmanouil Billis. Introduction by Emmanouil Billis. Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht. Sammlung ausländischer Strafgesetzbücher in Übersetzung G 124. Duncker & Humblot, Berlin 2017 (238 S.).

Spinellis, C.D., Theodorakis, N., Billis, E., Papadimitrakopoulos, G. (Hrsg.): *Europe in Crisis: Crime, Criminal Justice, and the Way Forward*. Essays in Honour of

Nestor Courakis/Festschrift für Nestor Courakis. Volume II: Essays in English, German, French, and Italian. Ant. N. Sakkoulas Publications, Athen 2017 (1884 S.), <http://crime-in-crisis.com/en/wp-content/uploads/2017/06/essays-nestor-courakis.pdf>

Cabrera Guirao, Jorge Patricio

2016

Cabrera Guirao, J. P.: Comentario de Jurisprudencia Corte de Apelaciones de Valparaíso Rol 2033–2015 [Review of the Decision of the Court of Appeals of Valparaíso Docket No. 2033–2015]. In: *Revista Chilena de Derecho y Ciencias Penales*, 2 (2016).

Cabrera Guirao, J. P.: Comentario Sentencia Rol N° 2868–2015 [Review of Decision Docket Number 2868–2015]. In: *Revista Chilena de Derecho y Ciencias Penales*, 1 (2016).

Carl, Sabine

2015

Vojta, F., Carl, S.: European Society of Criminology Postgraduate and Early Stage Researchers Working Group (EPER): With Porto and a New Special Issue on the Horizon. In: *Criminology in Europe: Newsletter of the European Society of Criminology* 14, 2, 23–24 (2015).

2016

Carl, S.: Emotions re-visited: Autoethnographic reflections on a qualitative PhD thesis using semi-structured interviews. A tale of politicians, professors and ombudsmen. In: *British Journal of Community Justice* 14, 2, 33–44 (2016).

Kilchling, M., Carl, S.: Wirtschaftsspionage im globalen Markt: Sind die Ermittlungsstrukturen in Deutschland noch zeitgemäß? In: Zoche, P., Kaufmann, S., Arnold, H. (Hrsg.), *Grenzenlose Sicherheit? Gesellschaftliche Dimensionen der Sicherheitsforschung. Zivile Sicherheit. Schriften zum Fachdialog Sicherheitsforschung* 13. Lit-Verlag, Berlin 2016 S. 183–196, https://www.wirtschaftsschutz.info/SharedDocs/Publikationen/DE/Wirtschaftsschutzallgemein/WISKOS-Carl.pdf?__blob=publicationFile&v=1

Vojta, F., Carl, S.: ESC Postgraduate and Early Stage Researchers Working Group (EPER): We've got your back in Münster too! In: *Criminology in Europe: Newsletter of the European Society of Criminology* 15, 2, 18–19 (2016), <http://escnewsletter.org/newsletter/2016-2/european-society-criminology-postgraduate-and-early-stage-researchers-working>

2017

Carl, S., Kilchling, M., Knickmeier, S., Wallwaey, E.: Wirtschaftsspionage und Konkurrenzausspähung in Deutschland und Europa. Eine rechtsvergleichende Betrachtung. *forschung aktuell | research in brief* 49. edition iuscrim, Freiburg i.Br. 2017 (137 S.), https://www.mpicc.de/files/pdf4/rib_49_wiskos_2017.pdf

Carl, S.: An Unacknowledged Crisis – Economic and Industrial Espionage in Europe. In: Spinellis, C.D., Theodorakis, N., Billis, E., Papadimitrakopoulos, G. (Hrsg.), *Europe in Crisis: Crime, Criminal Justice, and the Way Forward. Essays in Honour of Nestor Courakis/Festschrift für Nestor Courakis. Volume II: Essays in English, German, French, and Italian*. Ant. N. Sakkoulas Publications, Athen 2017, S. 755–761, <http://crime-in-crisis.com/en/wp-content/uploads/2017/06/essays-nestor-courakis.pdf>

Chalkiadaki, Vasiliki

2015

Chalkiadaki, V.: The French “War on Terror” in the post-Charlie Hebdo Era. In: *Eu crim – the European Criminal Law Associations’ Forum*, 01, 26–32 (2015).

Chalkiadaki, V.: The case of terrorism: Security as purpose of criminal law? In: Vébraité, V., et al. (Hrsg.), *Security as the purpose of law – Conference papers*. Vilnius University, Vilnius 2015, S. 26–35, <http://lawphd.net/wp-content/uploads/2014/09/International-Conference-of-PhD-Students-and-young-researchers-2015.pdf#page=26&zoom=auto,54,778>

2017

Chalkiadaki, V.: *Gefährderkonzepte in der Kriminalpolitik: Rechtsvergleichende Analyse der deutschen, französischen und englischen Ansätze*. Springer, Wiesbaden 2017.

Ciklauri-Lammich, Eliko

2015

Ciklauri-Lammich, E.: Transitional Justice – als rechtlich gestalteter Wandel (Übergänge und Gerechtigkeit: Modelle und Erfahrungen) [in georgischer Sprache]. In: Georgian American University (Hrsg.), *Aktuelle Themen der Strafjustiz in Georgien* [Konferenzband: Konferenz über Transitionsjustiz]. Georgian American University, Tbilisi 2015.

Gvenetadze, N., Ciklauri-Lammich, E., Kvachadze, M., Gabunia, M.: Juvenile Justice: Diversion and Mediation [in georgischer Sprache; Neuauflage]. In: UNIVERSAL (Hrsg.), UNIVERSAL, Tbilisi 2015 (ca. 420 S.).

2016

Ciklauri-Lammich, E.: Erscheinungsformen der Gewalt – Religiöser Radikalismus [in russischer Sprache]. In: Law Enforcement University of Mongolia (Hrsg.), *International Scientific Conference “Law Enforcement Operations: Theoretical and Practical Issues”*. Law Enforcement University of Mongolia, Ulaanbaator 2016, S. 201–215.

Ciklauri-Lammich, E.: Erste juristische deutsch-georgische wissenschaftliche Kontakte [in georgischer Sprache]. In: Meridian (Hrsg.), *Festschrift für Otar Gamkrelidze zum 80. Geburtstag*. Meridian, Tbilisi 2016, S. 68–93.

2017

Salimov, K. N., Ciklauri-Lammich, E., Malikova, Q. D.: Problems of minimizing the harm caused to people with mental abnormalities in the process of detention, arrest in the practice of the police services of the European Union and the United States. In: *Online-Journal des Justizministeriums Aserbaidshans* (2017).

Cumes, Guy

2015

Cumes, G.: The Nullum Crimen, Nulla Poena Sine Lege Principle: The Principle of Legality in Australian Criminal Law. In: *Criminal Law Journal* 39, 2, 77–100 (2015).

Cumes, G.: Punishable conduct prior to the completion of an offence in Australia, S. 3–26; Parties to crime in Australia, S. 117–151; Criminal liability for crimes in companies, associations, and other collective legal entities in Australia, S. 303–322. In: Sieber, U., Jarvers, K., Silverman, E. (Hrsg.), *National Criminal Law in a Comparative Legal Context. Vol. 4.1: Special forms of criminal liability*. Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht. Strafrechtliche Forschungsberichte S 128.4.1. Duncker & Humblot, Berlin 2015.

2016

Cumes, G.: Book Review: Rui Graça Feijó, Dynamics of Democracy in Timor-Leste: The Birth of a Democratic Nation 1999–2012. In: Internationales Asienforum 47, 3–4, 324–326 (2016).

Cumes, G.: Grounds for excluding criminal liability in Australia, S. 4–62; Grounds for terminating or expunging criminal liability in Australia, S. 311–327. In: Sieber, U., Jarvers, K., Silverman, E. (Hrsg.), National Criminal Law in a Comparative Legal Context. Vol. 5.1: Grounds for rejecting criminal liability. Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht. Strafrechtliche Forschungsberichte S 128.5.1. Duncker & Humblot, Berlin 2016.

D'Angelo, Michela**2015**

D'Angelo, M.: Merkmal der Gegenwärtigkeit im Notwehrrecht bei neuen Konfliktmustern aus rechtsvergleichender Sicht. Dissertation. Albert-Ludwigs-Universität, Freiburg i.Br. 2015, <https://doi.org/10.6094/UNIFR/11175>.

De Busser, Els**2015**

De Busser, E.: Confiscation and Data Protection – The Bare Necessities. In: Rui, J. P., Sieber, U. (Hrsg.), Non-Conviction-Based Confiscation in Europe. Possibilities and Limitations on Rules Enabling Confiscation without a Criminal Conviction. Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht. Strafrechtliche Forschungsberichte S 146. Duncker & Humblot, Berlin 2015, S. 191–209.

De Busser, E.: Increased Involvement of Private Companies in Criminal Investigations in the EU. In: Colomer Hernández, I. (dir.), Oubina Barbolla, S. (Hrsg.), La Transmisión de Datos Personales en el Seno de la Cooperación Judicial Penal y Policial en la Unión Europea. Thomson Reuters Aranzadi, Cizur Menor 2015, S. 403–418.

De Busser, E.: The Lisbon After-Burn Effect. In: Era Forum, 1–13 (2015), <http://link.springer.com/article/10.1007/s12027-015-0381-4>

De Busser, E., Riehle, C.: News – European Union. In: Eucrium – the European Criminal Law Associations' Forum, 01, 2–10 (2015).

De Busser, E., Riehle, C.: News – European Union. In: Eucrium – the European Criminal Law Associations' Forum, 02, 34–42 (2015).

De Busser, E., Riehle, C.: News – European Union. In: Eucrium – the European Criminal Law Associations' Forum, 03, 78–86 (2015).

De Busser, E., Riehle, C.: News – European Union. In: Eucrium – the European Criminal Law Associations' Forum, 04, 130–136 (2015).

Engelhart, Marc**2015**

Engelhart, M.: Criminal Compliance in der EU. Aus anwaltlicher Sicht. In: Rotsch, T. (Hrsg.), Criminal Compliance. Handbuch. Nomos, Baden-Baden 2015, S. 1104–1120.

Engelhart, M.: Anmerkung zu OLG München, Beschl. v. 23.9.2014 – 3 Ws 599/14, 3 Ws 600/14. In: Journal der Wirtschaftsstrafrechtlichen Vereinigung e.V., 4, 242–247 (2015), <http://www.compliancedigital.de/Wj.04.2015.242>

Engelhart, M.: Rezension von: Caracas, Christian, Verantwortlichkeit in internationalen Konzernstrukturen nach § 130 OWiG – Am Beispiel der im Ausland straflosen Bestechung im geschäftlichen Verkehr, Baden-Baden 2014. In: Journal der Wirtschaftsstrafrechtlichen Vereinigung e.V., 4, 260–263 (2015), http://www.compliancedigital.de/download/125227/wij_20150409.pdf

Engelhart, M.: Verbandsverantwortlichkeit – Dogmatik und Rechtsvergleichung. In: Neue Zeitschrift für Wirtschafts-, Steuer- und Unternehmensstrafrecht 4, 6, 201–210 (2015).

Engelhart, M.: § 4 Räumliche Geltung, S. 85–91; § 5 Wirtschaftsstrafrecht der Internationalen Organisationen, S. 91–112; § 6 Europäisches Strafrecht, S. 112–209; § 7 Ausländisches Wirtschaftsstrafrecht, S. 209–240. In: Müller-Gugenberger, C. (Hrsg.), Wirtschaftsstrafrecht, Handbuch des Wirtschaftsstraf- und -ordnungswidrigkeitenrechts. Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Köln 2015.

Engelhart, M.: International Criminal Responsibility of Corporations [in chinesischer Sprache]. In: Chen, Z. (Hrsg.), New Reports in Criminal Law. Social Sciences Academic Press (China), Beijing 2015, S. 278–297.

Sieber, U., Engelhart, M.: Compliance Programs for the Prevention of Economic Crimes in Germany – An Empirical Survey of German Companies [in japanischer Sprache]. In: Kai, K., Taguchi, M. (Hrsg.), International Trends of Criminal Compliance. Shinzansha Publishers Co., Ltd., Tokio 2015, S. 167–274.

2016

Engelhart, M.: Firmen haben keine Seele zum Verfluchen. Können Unternehmen bestraft werden oder nur ihre Mitarbeiter? Eine Rechtsgeschichte aus Anlass des VW-Skandals. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, S. 12 (16.02.2016).

Engelhart, M.: Kolluk Hukuku ve Ceza Hukuku Arasında – Öncüleri Düzenlemeler ile Adli Düzenlemeler Arasındaki Sınırların Birbirine Karşması [Zwischen Polizei- und Strafrecht – Das Verschwimmen der Grenzen von Prävention und Repression]. In: Nuhoğlu, A., Sieber, U., Tellenbach, S. (Hrsg.), Türk ve Alman Ceza Hukukunun Güncel Sorunları – Aktuelle Probleme im deutschen und türkischen Strafrecht. Series of the Max Planck Institute for Foreign and International Criminal Law and Bahçeşehir University Joint Research Group T3. Türkiye Adalet Akademisi Yayınları, Ankara 2016, S. 53–64.

Engelhart, M.: Objetivos de la Justicia de Transición [spanische Übersetzung von Galain Palermo, P.J. In: Galain Palermo, P. (Hrsg.), ¿Justicia de Transición? Mecanismos políticos y jurídicos para la elaboración del pasado. Reihe “Teoría”. Tirant lo Blanch, Valencia 2016, S. 35–70.

Engelhart, M.: Der britische Bribery Act 2010. In: Zeitschrift für die Gesamte Strafrechtswissenschaft 128, 3, 882–930 (2016), doi: 10.1515/zstw-2016-0032

Engelhart, M.: Anfängerhausarbeit Strafrecht: Der missglückte (?) Anschlag im Museum. In: Juristische Ausbildung (Jura) 38, 8, 934–948 (2016), doi: 10.1515/jura-2016-0184

Engelhart, M.: The ‘Business and Human Rights’ Perspective, S. 61–65; The Process of Transposition and Implementation of the Directive 2012/29/EU in Germany, S. 42–45. In: Mazzucato, C. (Hrsg.), Victims and Corporations. Rights of Victims, Challenges for Corporations. Project's first findings. 2016, http://www.victimsandcorporations.eu/wp-content/uploads/2017/01/Vict-and-Corp_First-Findings.pdf

2017

Engelhart, M.: §§ 1–16 OWiG; (mit Rübenstahl, M., Tsambikakis, M.): § 30 OWiG; (mit Rübenstahl, M.): § 17 OWiG; §§ 18–29a OWiG; §§ 31–87 OWiG; § 130 OWiG. In: Esser, R., Rübenstahl, M., Saliger, F., Tsambikakis, M.

(Hrsg.), Wirtschaftsstrafrecht. Kommentar mit Steuerstrafrecht und Verfahrensrecht. Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Köln (2017).

Engelhart, M.: Das Unternehmensstrafrecht des Auslandes. In: *Ad Legendum*, 1, 5–13 (2017).

Engelhart, M.: The National Socialist Underground (NSU) Case: Structural Reform of Intelligence Agencies' Involvement in Criminal Investigations?. In: Miller, R. A. (Hrsg.), *Privacy and Power. A Transatlantic Dialogue in the Shadow of the NSA-Affair*. Cambridge University Press, Cambridge 2017, S. 375–400, doi: <https://doi.org/10.1017/CBO9781316658888.015>

Engelhart, M., Hillemanns, C., Schenk, A.: Victims and Corporations. Umsetzung der Richtlinie 2012/29EU im Hinblick auf die Opfer von Unternehmensstraftaten und Corporate Violence. Leitfaden für die Rechtsanwaltschaft 2017 (42 S.), http://www.victimsandcorporations.eu/wp-content/uploads/2017/12/Germany_Guidelines_lawyers.pdf [ISBN: 978-3-86113-332-2]

Engelhart, M., Hillemanns, C., Schenk, A.: Victims and Corporations. Umsetzung der Richtlinie 2012/29EU im Hinblick auf die Opfer von Unternehmensstraftaten und Corporate Violence. Ein Leitfaden für Polizei, Staatsanwaltschaft, Richterschaft und GerichtsmitarbeiterInnen 2017 (40 S.), http://www.victimsandcorporations.eu/wp-content/uploads/2017/12/Germany_Guidelines_Police-Prosecutors-Court-Staff.pdf [ISBN 978-3-86113-334-6]

Engelhart, M., Hillemanns, C., Schenk, A.: Victims and Corporations. Umsetzung der Richtlinie 2012/29EU im Hinblick auf die Opfer von Unternehmensstraftaten und Corporate Violence. Leitfaden für Opferunterstützungsdienste 2017 (41 S.), http://www.victimsandcorporations.eu/wp-content/uploads/2017/12/Germany_Guidelines_Victim-Support.pdf [ISBN 978-3-86113-333-9]

Tiedemann, K., unter Mitarbeit von Engelhart, M.: Wirtschaftsstrafrecht (5. aktualis. und erweiterte Aufl.). Verlag Franz Vahlen, München 2017 (581 S.).

Erdem-Undrakh, Khurelbaatar

2016

Erdem-Undrakh, Kh.: The Path to the Death Penalty Abolition in Mongolia. In: National Legal Institute of Mongolia, Max Planck Institute for Foreign and International Criminal Law, Law Enforcement University of Mongolia (Hrsg.), *Proceedings of the German-Mongolian Seminar on Current Trends in Criminal Punishment*. National Legal Institute of Mongolia, Ulaanbaatar 2016, S. 35–46.

Khurelbaatar, E.-U.: Das reformierte mongolische Sanktionensystem aus der Sicht des deutschen Strafrechts. In: *Law Review – Journal of Legal and Academic Research, Theory and Practice*, Nli 60, 5, 52–74 (2016).

Eser, Albin

2015

Eser, A.: Neue Impulse zur Reform der Tötungsdelikte: ein kritischer Vergleich. In: Albrecht, P.-A., Kirsch, S., Neumann, U., Singer, S. (Hrsg.), *Festschrift für Walter Kargl zum 70. Geburtstag*. BWV Berliner Wissenschaftsverlag, Berlin 2015, S. 91–108.

Eser, A.: Justice for the totalitarian crimes – why haven't we done enough?. In: Platform of European Memory and Conscience (Hrsg.), *Proceedings of the International Conference "Legacy of Totalitarianism Today"*. 2015, S. 100–104.

Eser, A.: Zur transnationalen Absicherung der Strafverfolgung von Völkerrechtsverbrechen. In: Kieß, C., Institute for International Peace and Security Law (Hrsg.),

10 Jahre Arbeitskreis Völkerstrafrecht. Geburtstagsaufgaben aus Wissenschaft und Praxis. Kölner Schriften zum Friedenssicherungsrecht 5. Optimus Verlag, Köln 2015, S. 185–196.

Eser, A.: Zur Genese des Projekts – ein Werkstattbericht, S. 3–25; Strafrechtsvergleichung: Geschichte – Zielsetzungen – Methoden, S. 929–1135. In: Eser, A., Perron, W. (Hrsg.), *Strukturvergleich strafrechtlicher Verantwortlichkeit und Sanktionierung in Europa*. Zugleich ein Beitrag zur Theorie der Strafrechtsvergleichung. Duncker & Humblot, Berlin 2015.

Eser, A., Perron, W. (Hrsg.): *Strukturvergleich strafrechtlicher Verantwortlichkeit und Sanktionierung in Europa*. Zugleich ein Beitrag zur Theorie der Strafrechtsvergleichung. Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht. Strafrechtliche Forschungsberichte S 152. Duncker & Humblot, Berlin 2015 (1147 S.).

2016

Eser, A.: Gemeinsames Wirken mit Günther Kaiser am Max-Planck-Institut. In: Albrecht, H.-J. (Hrsg.), *Kriminalität, Kriminalitätskontrolle, Strafvollzug und Menschenrechte*. Internationales Kolloquium zum Gedenken an Professor Dr. Günther Kaiser vom 23. Januar 2009. Herausgegeben zum 50-jährigen Bestehen des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht, Freiburg, am 1. Juli 2016. Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht. Interdisziplinäre Forschungen aus Strafrecht und Kriminologie I 23. Duncker & Humblot, Berlin 2016, S. 11–14.

Eser, A.: Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht. Annäherung an und Begegnungen mit Hans-Heinrich Jescheck. In: Sieber, U. (Hrsg.), *Strafrecht in einer globalen Welt*. Internationales Kolloquium zum Gedenken an Professor Dr. Hans-Heinrich Jescheck vom 7. bis 8. Januar 2011. Herausgegeben zum 50-jährigen Bestehen des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht, Freiburg, am 1. Juli 2016. Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht. Interdisziplinäre Forschungen aus Strafrecht und Kriminologie I 24. Duncker & Humblot, Berlin 2016, S. 33–40.

Eser, A.: Precauciones transnacionales contra la impunidad de crímenes internacionales. El caso Uruguay a la luz de un proyecto comparado sobre la justicia de transición [spanische Übersetzung von Galain Palermo, P]. In: Galain Palermo, P. (Hrsg.), *¿Justicia de Transición? Mecanismos políticos y jurídicos para la elaboración del pasado*. Reihe "Teoría". Tirant lo Blanch, Valencia 2016, S. 71–96.

Eser, A.: Reform der Tötungsdelikte: zum Abschlussbericht der amtlichen Expertengruppe – Zugleich im Gedenken an Günter Heine. In: Gropp, W., Hecker, B., Kreuzer, A., Ringelmann, C., Witteck, L., Wolfslast, G. (Hrsg.), *Strafrecht als ultima ratio – Gießener Gedächtnisschrift für Günter Heine*. Mohr Siebeck, Tübingen 2016, S. 69–91.

Eser, A.: Article 31: Grounds for excluding criminal responsibility. In: Triffterer, O., Ambos, K. (Hrsg.), *The Rome Statute of the International Criminal Court. A Commentary*. 3. Aufl. C.H. Beck – Hart – Nomos, München 2016, S. 1125–1160.

Eser, A.: Book Review: Keiler, J., Roef, D. (Hrsg.), *Comparative Concepts of Criminal Law*. 1. Aufl. 2015, 2. Aufl. 2016, Intersentia, Cambridge-Antwerp, 282 S. In: *Maastricht Journal of European and Comparative Law* 23, 375–382 (2016).

Eser, A.: Geleitwort des Begründers der Schriftenreihe. In: Schneider, A., *Body Integrity Identity Disorder*. Das Selbstbestimmungsrecht des Patienten in Grenzsituationen unter rechtlichen und ethischen Aspekten. Nomos, Baden-Baden 2016, S. 7–10.

Eser, A.: Jisatsukanyo no Fushobatsusei – Doitsu nio-keru Aratana Seigen [Straflosigkeit der Suizidteilnahme: neue Einschränkungen in Deutschland; Übersetzung ins Japanische von Kamon, Yu], S. 567–587; Straflosigkeit der Suizidteilnahme: neue Einschränkungen in Deutschland, S. 587–609. In: Ida, M., Inoue, T., Shiratori, Y., Takada, A., Matsumiza, Z., Yamaguchi, A. (Hrsg.), Festschrift für Kazushige Asada (Band 1). Seibundo Verlag, Tokio 2016.

Eser, A.: Changing Structures: From the ICTY to the ICC. In: Ackerman, B., Ambos, K., Sikirić, H. (Hrsg.), Visions of Justice. Liber Amicorum Mirjan Damaška. Duncker & Humblot, Berlin 2016, S. 213–234.

2017

Eser, A.: Zum Stand der Strafrechtsvergleichung: eine literarische Nachlese. In: Safferling, C., Kett-Straub, G., Jäger, C., Kudlich, H. (Hrsg.), Festschrift für Franz Streng zum 70. Geburtstag. C.F. Müller, Heidelberg 2017, S. 669–683.

Eser, A.: Tötungsdelikte im Wandel des deutschen Strafrechts: Zwischen „Heiligkeit“ und „Qualität“ des Lebens. In: Zöller, M. A., Sinn, A., Esser, R. (Hrsg.), Lebensschutz im Strafrecht. 4. Deutsch-Taiwanesisches Strafrechtsforum Berlin 2014. Verlag Dr. Kovač, Hamburg 2017, S. 57–80.

Eser, A.: Killing in War: Unasked Questions-Ill-Founded Legitimation. In: Criminal Law and Philosophy 11, 1–18 (2017), doi: <https://doi.org/10.1007/s11572-017-9426-9>

Eser, A.: Comparative Criminal Law. Development – Aims – Methods [englische Übersetzung durch Brigitte Heilmann]. C.H.Beck • Hart • Nomos, München • Oxford • Baden-Baden 2017 (206 S.).

Galain Palermo, Pablo

2015

Galain Palermo, P.: Delitos contra el medio ambiente en Uruguay. In: Revista Penal, 35, 300–304 (2015).

Galain Palermo, P.: Lavado de activos en Uruguay: una vision criminologica. In: Ambos, K., Caro Coria, D. C., Malarino, E. (Hrsg.), Lavado de Activos y Compliance. Perspectiva Internacional y derecho comparado. CEDPAL, Jurista Editores, Lima 2015, S. 317–360, <http://cedpal.uni-goettingen.de/data/publicaciones/2015/LavadoCompliance.pdf>

Galain Palermo, P.: Terrorismo y financiación del terrorismo en Uruguay. In: Ambos, K., Malarino, E., Steiner, C. (Hrsg.), Terrorismo y derecho penal. CEDPAL/Konrad Adenauer Stiftung, Bogota 2015, S. 277–317, http://www.kas.de/wf/doc/kas_42741-1522-4-30.pdf?151007153012

Galain Palermo, P., Duran, S.: Reformas en la legislación penal y procesal (2012–2015) en Uruguay, S. 284–287; La culpa de la guerra en H. Arendt y K. Jaspers. Un comentario a la posición de A. Norrie sobre la imputación de responsabilidad y el Derecho penal internacional, S. 122–132. In: Revista Penal, 36 (2015).

Galain Palermo, P.: A manera de Epílogo: La culpa de la guerra en H. Arendt y K. Jaspers. Un comentario a la posición de A. Norrie sobre la imputación de responsabilidad y el Derecho Penal Internacional. In: Norrie, A., La justicia en la mesa de sacrificios de la historia: la culpa de la guerra en Arendt y Jaspers. Universidad Libre, Bogotá 2015, S. 93–114, <http://www.unilibre.edu.co/derecho/images/stories/pdfs/2015/11.pdf>

Galain Palermo, P.: ¿Cómo acceden legalmente al cannabis las personas privadas de libertad?, S. 4344; El nuevo sistema penal, S. 4243. In: Semanario Busqueda (2015), <http://www.busqueda.com.uy>

2016

Galain Palermo, P.: Justicia Restaurativa y Sistema Penal. Cambio de paradigma o nuevas herramientas de la Justicia Penal?. Universidad Católica del Uruguay, Montevideo 2016 (335 S.).

Galain Palermo, P., Scaglione, R.: El delito de aborto. In: Revista Penal, 37, 278–281 (2016).

Galain Palermo, P.: A modo de introducción, S. 25–32; A modo de conclusión, S. 399–415. In: Galain Palermo, P. (Hrsg.), ¿Justicia de Transición? Mecanismos políticos y jurídicos para la elaboración del pasado. Reihe “Teoría”. Tirant lo Blanch, Valencia 2016.

Galain Palermo, P.: Los acuerdos entre criminales y administradores de justicia penal. El arrepentido o colaborador que negocia con la justicia penal. In: CAP Jurídica, 1, Ecuador, 63–141 (2016).

Galain Palermo, P.: Reflexões sobre alternativas à pena e uma aproximação à alternatividade penal. In: Machado, M. R., Püschel, F. P. (Hrsg.), Responsabilidade e pena no estado democrático de Direito. Desafios teóricos, políticas públicas e o desenvolvimento da democracia. Academica Livre, São Paulo 2016, S. 281–328, <http://bibliotecadigital.fgv.br/dspace/bitstream/handle/10438/17701/Responsabilidade-e-pena.pdf?sequence=5&isAllowed=y>.

Galain Palermo, P. (Hrsg.): ¿Justicia de Transición? Mecanismos políticos y jurídicos para la elaboración del pasado. Reihe “Teoría”. Tirant lo Blanch, Valencia 2016 (415 S.).

Freitas, P. M., Galain Palermo, P.: Restorative Justice and Technology. In: Novais, P., Carneiro, D. (Hrsg.), Interdisciplinary Perspectives on Contemporary Conflict Resolution. Thomson Reuters Books, New York 2016, S. 80–94.

2017

Galain Palermo, P.: El modelo uruguayo de regulación del Cannabis. Cuestiones jurídicas y de geopolítica. In: Ambos, K., Malarino, E., Fuchs, M.-C. (Hrsg.), Drogas Ilícitas y Narcotráfico. Nuevos desarrollos en América Latina. Fundación Konrad Adenauer, Bogotá 2017, S. 311–364, http://www.kas.de/wf/doc/kas_50216-1522-4-30.pdf?171003005148

Galain Palermo, P.: Marihuana legal. In: Semanario Busqueda, S. 1901 (2017), <http://www.busqueda.com.uy>

del Castillo, F., Fraiman, R., Galain Palermo, P.: ¿Justicia restaurativa en Uruguay? In: Castillejo Manzanares, R., Alonso Salgado, C., Valiño Ces, A. (Hrsg.), La mediación a examen: experiencias innovadoras y pluralidad de enfoques. Universidade de Santiago de Compostela, Santiago de Compostela 2017, S. 37–60, <http://www.usc.es/libros/index.php/spic/catalog/view/1068/992/3148-1>

Gauder, Kira-Sophie

2015

Woessner, G., Gauder, K.-S., Wienhausen-Knezevic, E.: The interaction of effects of imprisonment, social support, and individual coping strategies in violent and sexual offenders' reentry experience. In: Dâmboeanu, C. (Hrsg.), Sociological studies on imprisonment – a European perspective. Tritonic, Bucharest 2015, S. 149–184.

Wößner, G., Wienhausen-Knezevic, E., Gauder, K.-S.: “I was thrown in at the deep end ...”. Prisoner Reentry: Patterns of Transition from Prison to Community Among Sexual and Violent Offenders. 1. Aufl. (2. Aufl. 2016) forschung aktuell | research in brief 48. edition iuscrim, Freiburg i.Br. 2015 (39 S.), https://www.mpicc.de/files/pdf3/rib_48_woessner_et_al1.pdf, https://www.mpicc.de/files/pdf3/rib_48_woessner_et_al_2016.pdf

2016

Wößner, G., Gauder, K.-S., Wienhausen-Knezevic, E.: Erleben von Gefangenen zwischen drinnen und draußen. In: Koop, G., Kappenberg, B. (Hrsg.), *Weichen gestellt für den Justizvollzug? Herausforderungen und Strategien*. Gesellschaft für Fortbildung der Strafvollzugsbediensteten e.V., Wiesbaden 2016, S. 90–125.

Wößner, G., Wienhausen-Knezevic, E., Gauder, K.-S.: "I was thrown in at the deep end ...". Prisoner Reentry: Patterns of Transition from Prison to Community Among Sexual and Violent Offenders. 2. Aufl. *forschung aktuell | research in brief* 48. edition iuscrim, Freiburg i.Br. 2016 (39 S.), https://www.mpicc.de/files/pdf3/rib_48_woessner_et_al_2016.pdf

2017

Gauder, K.-S., Woessner, G.: Re-entry processes of released sex offenders in Germany. In: *The International Association for Correctional and Forensic Psychology Newsletter* 49, 2, 1–3 (2017).

Bach, J., Gauder, K.-S.: 53. Kolloquium der Südwestdeutschen und Schweizerischen Kriminologischen Institute und Lehrstühle. In: *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform* 100, 5, 376–392 (2017).

Gerstner, Dominik

2015

Gerstner, D., Oberwittler, D.: Wer kennt wen und was geht ab? Ein netzwerkanalytischer Blick auf die Rolle delinquenter Peers im Rahmen der Situational Action Theory. In: *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform* 98, 3, 204–226 (2015).

Oberwittler, D., Gerstner, D.: Die Modellierung von Interaktionseffekten in Erklärungsmodellen selbstberichteter Delinquenz – Ein empirischer Vergleich von linearer OLS-Regression und negativer Binomialregression anhand der Wechselwirkungen von Risikoorientierung und Scham. In: Eifler, S., Pollich, D. (Hrsg.), *Empirische Forschung über Kriminalität: methodologische und methodische Grundlagen*. Reihe „Kriminalität und Gesellschaft“. Springer VS, Wiesbaden 2015, S. 275–301.

2016

Gerstner, D., Oberwittler, D.: Bevölkerungsbefragung „Zusammenleben und Sicherheit in Köln/Essen“ 2014 und 2015 – Methodenbericht. In: *Projektberichte (working papers) SENSIKO – Sicherheit älterer Menschen im Wohnquartier* 1, 2016, (46 S.), https://www.mpicc.de/files/pdf3/SENSIKO_Gerstner_Oberwittler_workingpaper1.pdf

Oberwittler, D., Gerstner, D.: Kriminalitätsfurcht in großstädtischen Wohngebieten – Wie sozialräumliche Bedingungen die Unsicherheitswahrnehmungen beeinflussen. In: Zoche, P., Kaufmann, S., Arnold, H. (Hrsg.), *Grenzenlose Sicherheit? Gesellschaftliche Dimensionen der Sicherheitsforschung*. Zivile Sicherheit. Schriften zum Fachdialog Sicherheitsforschung 13. Lit-Verlag, Berlin 2016, S. 95–116.

Oberwittler, D., Gerstner, D., Janssen, H. J.: Ergebnisse der SENSIKO-Studie zur Sicherheitslage und Sicherheitswahrnehmung im Alter. In: *Projektberichte (working papers) SENSIKO – Sicherheit älterer Menschen im Wohnquartier* 4, 2016 (20 S.), https://www.mpicc.de/files/pdf3/SENSIKO_OberwittlerGerstnerJanssen_workingpaper4.pdf

Janssen, H. J., Gerstner, D.: An attrition analysis in the SENSIKO survey (waves 1 and 2). In: *Projektberichte (working papers) SENSIKO – Sicherheit älterer Menschen im Wohnquartier* 3, 2016 (16 S.), https://www.mpicc.de/files/pdf3/SENSIKO_Janssen_Gerstner_workingpaper3.pdf

Schubert, H., Oberwittler, D., Schartau, L., Planer, N., Nutz, A., Spieckermann, H., Gerstner, D., Janssen, H.: *Sicherheitsempfinden älterer Menschen im Wohnquartier: Ein Praxishandbuch für die Soziale Arbeit*. VERLAG SOZIAL • RAUM • MANAGEMENT, Köln 2016 (301 S.).

2017

Gerstner, D.: Predictive Policing als Instrument zur Prävention von Wohnungseinbruchdiebstahl. Evaluationsergebnisse zum Baden-Württembergischen Pilotprojekt P4. *forschung aktuell | research in brief* 50. edition iuscrim, Freiburg i.Br. 2017 (97 S.), https://www.mpicc.de/files/pdf4/rib_50_gerstner_2017.pdf

Gerstner, D.: Die „Coolen“ von der Schule. Ein netzwerkanalytischer Blick auf die Delinquenz von Jugendlichen im Schulkontext. In: Bartsch, T., Brandenstein, M., Grundies, V., Hermann, D., Puschke, J., Rau, M. (Hrsg.), *50 Jahre Südwestdeutsche und Schweizerische Kriminologische Kolloquien*. Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht. Kriminologische Forschungsberichte K 177. Duncker & Humblot, Berlin 2017, S. 279–295.

Oberwittler, D., Janssen, H. J., Gerstner, D.: Unordnung und Unsicherheit in großstädtischen Wohngebieten – die überschätzte Rolle von „Broken Windows“ und die Herausforderungen ethnischer Diversität. In: *Soziale Probleme* 28, 2, 181–205 (2017), <https://link.springer.com/article/10.1007/s41059-017-0040-9>

peer-review accepted / peer-review submitted

Gerstner, D., Oberwittler, D., Wickes, R.: Collective Efficacy in Australian and German Neighborhoods: Testing Cross-Cultural Measurement Equivalence and Structural Correlates in a Multi-Level SEM Framework (peer-review submitted to *Social Indicators Research*).

Gerstner, D., Oberwittler, D.: Who's Hanging Out and What's Happening? A Network Perspective on Delinquent Peers in the context of Situational Action Theory. In: *European Journal of Criminology* (peer-review accepted).

Glonti, Aleksandre

2015

Glonti, A.: Brief Introduction into the World of Cyber Security. In: *Grigol Robakidze University Law Academic Herald* (2015).

Glonti, A., Alavidze, G.: Ineffectiveness of Penitentiary Sanctions for the Offenders who Committed Petty Crimes [in georgischer Sprache]. In: *Grigol Robakidze University Law Academic Herald*, 258–266 (2015), http://gruni.edu.ge/uploads/files/akademiuri_macne/Law_2015.pdf

Grundies, Volker

2016

Grundies, V.: Gleiches Recht für alle? – Eine empirische Analyse lokaler Unterschiede in der Sanktionspraxis in der Bundesrepublik Deutschland. In: Neubacher, F., Bögelein, N. (Hrsg.), *Krise – Kriminalität – Kriminologie*. Neue Kriminologische Schriftenreihe 116. Forum Verlag Godesberg, Mönchengladbach 2016, S. 511–525, <http://www.krimg.de/drupal/files/9783942865661.pdf>

Grundies, V., Zhao, S.: Strafzumessung bei schwerer Kriminalität in China. Eine Urteilsanalyse bei ausgewählten Raubdelikten. In: *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform* 99, 2, 140–157 (2016).

2017

Grundies, V., Kilchling, M., Oberwittler, D., Wößner, G.: *Kriminalität, Kriminalitätskontrolle und ihre Wahrnehmung*

gen im gesellschaftlichen Wandel. Ein kurzer Überblick über ein Jahrzehnt kriminologischer Forschung am Max-Planck-Institut. In: Bartsch, T., Brandenstein, M., Grundies, V., Hermann, D., Puschke, J., Rau, M. (Hrsg.), 50 Jahre Südwestdeutsche und Schweizerische Kriminologische Kolloquien. Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht. Kriminologische Forschungsberichte K 177. Duncker & Humblot, Berlin 2017, S. 63–94.

Bartsch, T., Brandenstein, M., Grundies, V., Hermann, D., Puschke, J., Rau, M. (Hrsg.): 50 Jahre Südwestdeutsche und Schweizerische Kriminologische Kolloquien. Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht. Kriminologische Forschungsberichte K 177. Duncker & Humblot, Berlin 2017 (312 S.).

Han, Min Kyung

2017

Han, M. K.: The Effectiveness of Electronic Monitoring in Korea. Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht. Kriminologische Forschungsberichte K 174. Duncker & Humblot, Berlin 2017 (210 S.).

Hillemanns, Carolin F.

2017

Hillemanns, C.: Ein ungewöhnlicher Versöhnungsprozess – Opfer und Täter der italienischen Roten Brigaden. In: PM – perspektive mediation, 4, 243–250 (2017).

Engelhart, M., Hillemanns, C., Schenk, A.: Victims and Corporations. Umsetzung der Richtlinie 2012/29EU im Hinblick auf die Opfer von Unternehmensstraftaten und Corporate Violence. Leitfaden für die Rechtsanwaltschaft 2017 (42 S.), http://www.victimsandcorporations.eu/wp-content/uploads/2017/12/Germany_Guidelines_lawyers.pdf [ISBN: 978-3-86113-332-2]

Engelhart, M., Hillemanns, C., Schenk, A.: Victims and Corporations. Umsetzung der Richtlinie 2012/29EU im Hinblick auf die Opfer von Unternehmensstraftaten und Corporate Violence. Ein Leitfaden für Polizei, Staatsanwaltschaft, Richterschaft und GerichtsmitarbeiterInnen 2017 (40 S.), http://www.victimsandcorporations.eu/wp-content/uploads/2017/12/Germany_Guidelines_Police-Prosecutors-Court-Staff.pdf [ISBN 978-3-86113-334-6]

Engelhart, M., Hillemanns, C., Schenk, A.: Victims and Corporations. Umsetzung der Richtlinie 2012/29EU im Hinblick auf die Opfer von Unternehmensstraftaten und Corporate Violence. Leitfaden für Opferunterstützungsdienste 2017 (41 S.), http://www.victimsandcorporations.eu/wp-content/uploads/2017/12/Germany_Guidelines_Victim-Support.pdf [ISBN 978-3-86113-333-9]

Huber, Barbara

2015

Huber, B.: Landesbericht England und Wales. In: Eser, A., Perron, W. (Hrsg.), Strukturvergleich strafrechtlicher Verantwortlichkeit und Sanktionierung in Europa. Zugleich ein Beitrag zur Theorie der Strafrechtsvergleichung. Duncker & Humblot, Berlin 2015, S. 111–181.

Hummelsheim-Doß, Dina

2015

Hummelsheim, D.: Sorgen über die Altersversorgung beeinträchtigen die Lebenszufriedenheit. In: Informations-

dienst Soziale Indikatoren 54, 7–12 (2015), <http://www.gesis.org/fileadmin/upload/forschung/publikationen/zeitschriften/isi/isi-54.pdf>

Hummelsheim, D.: Subjektive Unsicherheit und Lebenszufriedenheit in Deutschland. In: Zoche, P., Kaufmann, S., Arnold, H. (Hrsg.), Sichere Zeiten? Gesellschaftliche Dimensionen der Sicherheitsforschung. Zivile Sicherheit. Schriften zum Fachdialog Sicherheitsforschung 10. Lit-Verlag, Berlin 2015, S. 67–89.

Hummelsheim, D.: Subjektive Sicherheit und Lebenszufriedenheit: Die besondere Bedeutung von Vertrauen und Kontrollüberzeugungen. In: Haverkamp, R., Arnold, H. (Hrsg.), Subjektive und objektivierbare Bedingungen von (Un-)Sicherheit. Studien zum Barometer Sicherheit in Deutschland (BaSiD). Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht. Kriminologische Forschungsberichte K 171. Duncker & Humblot, Berlin 2015, S. 205–230.

Hummelsheim, D., Oberwittler, D., Pritsch, J.: Die Beziehung zwischen Kriminalitätsfurcht und generalisiertem Vertrauen – Mehrebenenanalysen zur Rolle individueller und kontextueller Faktoren. In: Eifler, S., Pollich, D. (Hrsg.), Empirische Forschung über Kriminalität: methodologische und methodische Grundlagen. Reihe „Kriminalität und Gesellschaft“. Springer VS, Wiesbaden 2015, S. 405–438.

Hirtenlehner, H., Hummelsheim, D.: Kriminalitätsfurcht und Sicherheitsempfinden: Die Angst der Bürger vor dem Verbrechen (und dem, was sie dafür halten). In: Guzy, N., Birkel, C., Mischkowitz, R. (Hrsg.), Viktimisierungsbefragungen in Deutschland. Reihe „Polizei + Forschung“ 47.1. Bundeskriminalamt, Wiesbaden 2015, S. 458–487, https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/Publikationsreihen/PolizeiUndForschung/1_47_1_ViktimisierungsbefragungenInDeutschland.html?nn=47924

2016

Hummelsheim-Doß, D.: Kriminalitätsfurcht in Deutschland. Fast jeder Fünfte fürchtet, Opfer einer Straftat zu werden. In: Informationsdienst Soziale Indikatoren 55, 6–11 (2016), <http://www.gesis.org/fileadmin/upload/forschung/publikationen/zeitschriften/isi/isi-55.pdf>

Hummelsheim-Doss, D.: Kriminalitätsfurcht in deutschen Großstädten. Über den Sinn und Unsinn von Städtevergleichen. In: Birkel, C., Hummelsheim-Doss, D., Leitgöb-Guzy, N., Oberwittler, D. (Hrsg.), Opfererfahrungen und kriminalitätsbezogene Einstellungen in Deutschland. Vertiefende Analysen des Deutschen Viktimisierungssurvey 2012 unter besonderer Berücksichtigung des räumlichen Kontextes. Reihe „Polizei + Forschung“ 49. Bundeskriminalamt, Wiesbaden 2016, S. 171–199, https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/Publikationsreihen/PolizeiUndForschung/1_49_OpfererfahrungenUndKriminalitaetsbezogeneEinstellungenInDeutschland.pdf?__blob=publicationFile&v=3

Birkel, C., Hummelsheim-Doss, D., Leitgöb-Guzy, N., Oberwittler, D. (Hrsg.): Opfererfahrungen und kriminalitätsbezogene Einstellungen in Deutschland. Vertiefende Analysen des Deutschen Viktimisierungssurvey 2012 unter besonderer Berücksichtigung des räumlichen Kontextes. Reihe „Polizei + Forschung“ 49. Bundeskriminalamt, Wiesbaden 2016 (306 S.), https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/Publikationsreihen/PolizeiUndForschung/1_49_OpfererfahrungenUndKriminalitaetsbezogeneEinstellungenInDeutschland.pdf?__blob=publicationFile&v=3

2017

Hummelsheim-Doss, D.: Objektive und subjektive Sicherheit in Deutschland. Eine wissenschaftliche Annäherung an das Sicherheitsgefühl. In: Aus Politik und

Zeitgeschichte 67 (Heft 32–33), 34–39 (2017), <http://www.bpb.de/apuz/253609/objektive-und-subjektive-sicherheit-in-deutschland>

Hunold, Daniela

2015

Hunold, D.: Polizei im Revier. Polizeiliche Handlungspraxis gegenüber Jugendlichen in der multiethnischen Stadt. Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht. Kriminologische Forschungsberichte K 168. Duncker & Humblot, Berlin 2015 (288 S.).

Janssen, Heleen J.

2016

Janssen, H. J., Gerstner, D.: An attrition analysis in the SENSICO survey (waves 1 and 2). In: Projektberichte (working papers) SENSICO – Sicherheit älterer Menschen im Wohnquartier 3, 2016 (16 S.), https://www.mpicc.de/files/pdf3/SENSICO_Janssen_Gerstner_workingpaper3.pdf

Janssen, H. J., Weerman, F. M., Eichelsheim, V. I.: Parenting as a protective factor against criminogenic settings? Interaction effects between three aspects of parenting and unstructured socializing in disordered areas. In: Journal of Research in Crime and Delinquency, 1–27 (2016), doi: 10.1177/0022427816664561

Janssen, H. J., Bruinsma, G. J. N., Deković, M., Eichelsheim, V. I.: A between- and within-person analysis of parenting and time spent in criminogenic settings during adolescence: The role of self-control and delinquent attitudes. In: Youth & Society, 1–26 (2016), doi: 10.1177/0044118X16636138, <http://journals.sagepub.com/doi/pdf/10.1177/0044118X16636138>

Oberwittler, D., Gerstner, D., Janssen, H. J.: Ergebnisse der SENSICO-Studie zur Sicherheitslage und Sicherheitswahrnehmung im Alter. In: Projektberichte (working papers) SENSICO – Sicherheit älterer Menschen im Wohnquartier 4, 2016 (20 S.), https://www.mpicc.de/files/pdf3/SENSICO_OberwittlerGerstnerJanssen_workingpaper4.pdf

Schubert, H., Oberwittler, D., Schartau, L., Planer, N., Nutz, A., Spieckermann, H., Gerstner, D., Janssen, H.: Sicherheitsempfinden älterer Menschen im Wohnquartier: Ein Praxishandbuch für die Soziale Arbeit. VERLAG SOZIAL • RAUM • MANAGEMENT, Köln 2016 (301 S.).

Jarvers, Konstanze

2015

Jarvers, K.: Uno sguardo critico attraverso la lente dei §§153, 153a StPO. In: Quattrocchio, S. (Hrsg.), I nuovi epiloghi del procedimento penale per particolare tenuità del fatto. Giappichelli, Torino 2015, S. 171–198.

Jarvers, K.: Landesbericht Italien. In: Eser, A., Perron, W. (Hrsg.), Strukturvergleich strafrechtlicher Verantwortlichkeit und Sanktionierung in Europa. Zugleich ein Beitrag zur Theorie der Strafrechtsvergleichung. Duncker & Humblot, Berlin 2015, S. 291–429.

Sieber, U., Jarvers, K., Silverman, E. (Hrsg.): National Criminal Law in a Comparative Legal Context. Vol. 4.1: Special forms of criminal liability. Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht. Strafrechtliche Forschungsberichte S 128.4.1. Duncker & Humblot, Berlin 2015 (401 S.).

2016

Jarvers, K.: Die „Entkriminalisierung“ von Bagatelldelikten in Italien. In: Zeitschrift für die Gesamte Strafrechtswissenschaft 128, 2, 549–577 (2016).

Jarvers, K.: Reati sessuali in Germania: stato attuale e prospettive di riforma. In: Rivista dell'Associazione Italiana degli Avvocati per la Famiglia e per i Minori, 41–46 (2016).

Sieber, U., Jarvers, K., Silverman, E. (Hrsg.): National Criminal Law in a Comparative Legal Context. Vol. 5.1: Grounds for rejecting criminal liability. Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht. Strafrechtliche Forschungsberichte S 128.5.1. Duncker & Humblot, Berlin 2016 (410 S.).

2017

Jarvers, K.: Das italienische Strafvollstreckungs- und -vollzugssystem: Historische Entwicklung, Überblick und gerichtliche Kontrolle. In: Spinellis, C.D., Theodorakis, N., Billis, E., Papadimitrakopoulos, G. (Hrsg.), Europe in Crisis: Crime, Criminal Justice, and the Way Forward. Essays in Honour of Nestor Courakis/Festschrift für Nestor Courakis. Volume II: Essays in English, German, French, and Italian. Ant. N. Sakkoulas Publications, Athen 2017, S. 817–845, <http://crime-in-crisis.com/en/wp-content/uploads/2017/06/essays-nestor-courakis.pdf>

Sieber, U., Jarvers, K., Silverman, E. (Hrsg.): National Criminal Law in a Comparative Legal Context. Vol. 2.2: General limitations on the application of criminal law. Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht. Strafrechtliche Forschungsberichte S 128.2.2. Duncker & Humblot, Berlin 2017 (272 S.).

Sieber, U., Jarvers, K., Silverman, E. (Hrsg.): National Criminal Law in a Comparative Legal Context. Vol. 3.2: Defining criminal conduct. Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht. Strafrechtliche Forschungsberichte S 128.3.2. Duncker & Humblot, Berlin 2017 (370 S.).

Kasselt, Julia

2016

Kasselt, J.: Ehre im Spiegel der Justiz. Eine Untersuchung zur Praxis deutscher Schwurgerichte im Umgang mit dem Phänomen der Ehrenmorde. Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht. Kriminologische Forschungsberichte K 172. Duncker & Humblot, Berlin 2016 (495 S.).

Khechumyan, Aleksandr

2015

Khechumyan, A., Dewhurst, E.: The Scope of Initial Pre-Trial Detention under European Convention on Human Rights: An Armenian Case Study. In: European Human Rights Law Review, 2, 174–184 (2015).

Khechumyan, A., Kutnjak Ivkovich, S.: Police Integrity in Armenia. In: Kutnjak Ivkovich, S., Haberland, M. R. (Hrsg.), Measuring Police Integrity Across the World: Studies from Established Democracies and Countries in Transition. Springer, New York et al. 2015, S. 37–65.

Kilchling, Michael

2015

Kilchling, M., Parlato, L.: Nuove prospettive per la Restorative Justice in seguito alla Direttiva sulla vittima: verso un “diritto alla mediazione”? Germania e Italia a confronto [New Perspectives for Restorative Justice Following the

Directive on Victims' Rights: towards "the Right to Mediation"? A Comparison between Germany and Italy]. In: Cassazione Penale 55, 11, 4188–4200 (2015).

2016

Kilchling, M.: Migrants as victims: victimological perspectives of human smuggling and human trafficking. In: Freedom from Fear Magazine, 12, 13–19 (2016), https://www.mpicc.de/files/pdf3/F3_Magazine_12_Kilchling_migrants_as_victims.pdf, <http://f3magazine.unicri.it/?cat=284>

Kilchling, M.: Restorative Justice in der europäischen Opferrechtsrichtlinie. In: Kecskés, L., Finszter, G., Köhalmi, L., Végh, Z. (Hrsg.), Egy jobb világot hátrahagyni... Tanulmányok KORINEK LÁSZLÓ professzor tiszteletére. Pécsi Tudományegyetem Állam- és Jogtudományi Kar, Pécs 2016, S. 135–143.

Kilchling, M., Carl, S.: Wirtschaftsspionage im globalen Markt: Sind die Ermittlungsstrukturen in Deutschland noch zeitgemäß? In: Zoche, P., Kaufmann, S., Arnold, H. (Hrsg.), Grenzenlose Sicherheit? Gesellschaftliche Dimensionen der Sicherheitsforschung. Zivile Sicherheit. Schriften zum Fachdialog Sicherheitsforschung 13. Lit-Verlag, Berlin 2016 S. 183–196, https://www.wirtschaftsschutz.info/SharedDocs/Publikationen/DE/Wirtschaftsschutzallgemein/WISKOS-Carl.pdf?__blob=publicationFile&v=1

2017

Kilchling, M.: Restorative Justice, insbesondere Täter-Opfer-Ausgleich im Strafvollzug. In: Kerner, H.-J., Kinzig, J., Wulf, R. (Hrsg.), Kriminologie und Strafvollzug. Symposium am 19. März 2016. Tübinger Schriften und Materialien zur Kriminologie (TÜKRIM) 39. Institut für Kriminologie, Tübingen 2017, S. 45–60, doi: <http://dx.doi.org/10.15496/publikation-17149>

Kilchling, M.: Übertragung opferschützender Normen aus dem Strafverfahrensrecht in andere Verfahrensordnungen. Wissenschaftliche Studie im Auftrag des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz. Freiburg, Oktober 2017 (114 S.), http://www.bmjjv.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF/Berichte/MPI_Gutachten_Uebertragung_opferschuetzender_Normen.pdf?__blob=publicationFile&v=1 (Externe Mitwirkende: Schädler, W., Hennighausen, J., Herzig, K.)

Kilchling, M.: Strategien zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität. In: Möllers, M.H.W., van Ooyen, R.C. (Hrsg.), Jahrbuch Öffentliche Sicherheit (JBÖS) – 2016/2017. Nomos, Baden-Baden 2017, S. 397–409.

Kilchling, M.: Täter-Opfer-Ausgleich im Strafvollzug. Wissenschaftliche Begleitung des Modellprojekts Täter-Opfer-Ausgleich im baden-württembergischen Justizvollzug. Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht. Kriminologische Forschungsberichte K 175. Duncker & Humblot, Berlin 2017 (217 S.).

Carl, S., Kilchling, M., Knickmeier, S., Wallwaey, E.: Wirtschaftsspionage und Konkurrenzausspähung in Deutschland und Europa. Eine rechtsvergleichende Betrachtung. forschung aktuell | research in brief 49. edition iuscrim, Freiburg i.Br. 2017 (137 S.), https://www.mpicc.de/files/pdf4/rib_49_wiskos_2017.pdf

Haverkamp, R., Kilchling, M.: Crime Prevention and the Victims – Lessons Learned from Victimology. In: Winterdyk, J. A. (Hrsg.), Crime Prevention – International Perspectives, Issues, and Trends. CRC Press, Boca Raton 2017, S. 403–426.

Grundies, V., Kilchling, M., Oberwittler, D., Wößner, G.: Kriminalität, Kriminalitätskontrolle und ihre Wahrnehmungen im gesellschaftlichen Wandel. Ein kurzer Überblick über ein Jahrzehnt kriminologischer Forschung am Max-Planck-Institut. In: Bartsch, T., Brandenstein, M.,

Grundies, V., Hermann, D., Puschke, J., Rau, M. (Hrsg.), 50 Jahre Südwestdeutsche und Schweizerische Kriminologische Kolloquien. Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht. Kriminologische Forschungsberichte K 177. Duncker & Humblot, Berlin 2017, S. 63–94.

Schlupp-Hauck, W., Hartmann, A., Mayer, S., Kilchling, M.: Täter-Opfer-Ausgleich im Justizvollzug. Forschungsberichte zum Potenzial der Mediation bei schweren Straftaten. In: Kriegel-Schmidt, K. (Hrsg.), Mediation als Wissenschaftszweig. Im Spannungsfeld von Fachexpertise und Interdisziplinarität. Springer, Wiesbaden 2017, S. 273–284.

Knüpfel, Claudia Carolin

2016

Knüpfel, C. C.: Die Vollzugspraxis des Umweltstraf- und Umweltordnungswidrigkeitenrechts. Eine empirische Untersuchung zur aktuellen Anwendungspraxis sowie zur Entwicklung des Fallspektrums und des Verfahrensgangs seit den 1980er Jahren. Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht. Interdisziplinäre Forschungen aus Strafrecht und Kriminologie I 22. Duncker & Humblot, Berlin 2016 (278 S.).

Knickmeier, Susanne

2015

Knickmeier, S., Bikelis, S., Hough, M., Sato, M., Buker, H.: Trafficking of goods: Report on the state-of-the-art situation of trafficking of goods in EU countries. In: Maffei, S., Carrillo Calderón, E. S. (Hrsg.), Fiducia. New European Crimes and Trust-Based Policy, volume#3. EPLO, Athen 2015, S. 35–52, http://www1.eplo.int/media/items/68/Fiducia_V3_web.pdf

2016

Knickmeier, S.: Refugees: Stranded between the Priorities of European Security. In: Palidda, S. (Hrsg.), Governance of Security and Ignored Insecurities in Contemporary Europe. Advances in Criminology. Routledge, London et al. 2016, S. 167–178.

Knickmeier, S.: Der Zigarettenschmuggel, das Recht und die Moral. In: Neubacher, F., Bögelein, N. (Hrsg.), Krise – Kriminalität – Kriminologie. Neue Kriminologische Schriftenreihe 116. Forum Verlag Godesberg, Mönchengladbach 2016, S. 429–440, <http://www.krimg.de/drupal/files/9783942865661.pdf>

2017

Knickmeier, S.: „Lieber verzollt als verknackt“. Präventionsstrategien beim unerlaubten Zigarettenhandel. In: Bartsch, T., Brandenstein, M., Grundies, V., Hermann, D., Puschke, J., Rau, M. (Hrsg.), 50 Jahre Südwestdeutsche und Schweizerische Kriminologische Kolloquien. Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht. Kriminologische Forschungsberichte K 177. Duncker & Humblot, Berlin 2017, S. 297–309.

Carl, S., Kilchling, M., Knickmeier, S., Wallwaey, E.: Wirtschaftsspionage und Konkurrenzausspähung in Deutschland und Europa. Eine rechtsvergleichende Betrachtung. forschung aktuell | research in brief 49. edition iuscrim, Freiburg i.Br. 2017 (137 S.), https://www.mpicc.de/files/pdf4/rib_49_wiskos_2017.pdf

Knust, Nandor**2015**

Pampalk, M., Knust, N.: "Transitional Justice" und Positive Komplementarität. In: Kreß, C., Institute for International Peace and Security Law (Hrsg.), 10 Jahre Arbeitskreis Völkerstrafrecht. Geburtstagsausgaben aus Wissenschaft und Praxis. Kölner Schriften zum Friedenssicherungsrecht 5. Optimus Verlag, Köln 2015, S. 534–550.

2016

Knust, N., Karstedt, S.: Post-Conflict Justice & Criminology: The European Criminology Group on Atrocity Crimes and Transitional Justice (EACTJ). In: Criminology in Europe: Newsletter of the European Society of Criminology 15, 2, 16–17 (2016), http://escnewsletter.org/sites/escnewsletter.org/files/newsletter/2016/esc_2016_2_online.pdf

Knust, N., Karstedt, S.: The European Criminology Group on Atrocity Crimes and Transitional Justice (EACTJ). In: Newsletter – Criminology and International Crimes 11, 2 (2016).

Koch, Hans-Georg**2015**

Koch, H.-G.: Die Ethik-Kommission: Zur Evolutionsgeschichte einer der Kinder- und Jugendjahren entworfenen Idee. In: Burkhardt, B., et al. (Hrsg.), Scripta amicitiae – Freundschaftsgabe für Albin Eser zum 80. Geburtstag am 26. Januar 2015. BWV Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2015, S. 363–386.

Koch, H.-G.: Rechtsvergleichende Bemerkungen anlässlich der Überlegungen zu einer Reform der vorsätzlichen Tötungsdelikte in Deutschland. In: Expertengruppe zur Reform der Tötungsdelikte, Abschlussbericht. 2015, S. 592–612.

Koch, H.-G.: Rezension von: Bergmann, Karl Otto/Pauge, Burkhard/Steinmeyer, Heinz-Dietrich (Hrsg.), Gesamtes Medizinrecht, 2. Aufl., Baden-Baden (Nomos Verlagsgesellschaft), 2014, 1877 S.; S. 70–72; Rezension von: Spickhoff, Andreas (Hrsg.), Medizinrecht, 2. Aufl., München (C.H. Beck), 2014, 3073 S., S. 142–143. In: Archiv für Kriminologie 235 (2015).

Burkhardt, B., Koch, H.-G., Gropp, W., Lagodny, O., Spaniol, M., Walther, S., Künschner, A., Arnold, J., Peron, W. (Hrsg.): Scripta amicitiae. Freundschaftsgabe für Albin Eser zum 80. Geburtstag am 26. Januar 2015. BWV Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2015 (451 S.).

2016

Koch, H.-G.: Unter welchen Voraussetzungen sind Altpfoten für medizinische Forschung nutzbar?. In: Gropp, W., Hecker, B., Kreuzer, A., Ringelmann, C., Witteck, L., Wolfslast, G. (Hrsg.), Strafrecht als ultima ratio – Gießener Gedächtnisschrift für Günter Heine. Mohr Siebeck, Tübingen 2016, S. 199–220.

2017

Koch, H.-G.: Interdisziplinarität – Recht und Medizin: Beobachtungen aus vorwiegend juristischer Perspektive. In: Vieweg, K. (Hrsg.), Festgabe Institut für Recht und Technik. Erlanger Festveranstaltungen 2011 und 2016. Carl Heymanns Verlag, Köln 2017, S. 445–465.

Köber, Göran**peer-review accepted / peer-review submitted**

Köber, G., Oberwittler, D.: How Older People Became Less Afraid of Crime – An Age-Period-Cohort Analysis Using Repeated Cross-Sectional Survey Data from Germany (peer-review submitted to Social Science Research).

Leibold, Tanja**2016**

Leibold, T.: Der Deal im Steuerstrafrecht. Die Verständigung gemäß § 257c StPO in der Systematik des formellen und materiellen Rechts. Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht. Interdisziplinäre Forschungen aus Strafrecht und Kriminologie I 21. Duncker & Humblot, Berlin 2016 (254 S.).

Lin, Jing**2016**

Lin, J.: Compliance and Money Laundering Control by Banking Institutions in China. Self Control, Administrative Control, and Penal Control. Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht. Kriminologische Forschungsberichte K 173. Duncker & Humblot, Berlin 2016 (222 S.).

2017

Lin, J.: How Effective is Legal Aid Service in China. In: Peking University Law Journal 5, 1, 187–204 (2017).

Lin, J.: Falv Yuanzhu de Xianzhuang yu Cunzai Wenti [Status Quo and Existing Problems of Legal Aid in China]. In: Hu, Ming (Hrsg.), Zhejiang University Law Review, vol 4. Zhejiang University Press 2017, S. 190–210.

Maghzi, Afroz**2017**

Maghzi, A.: Challenges to the Regulation of Sexuality under Iranian Criminal Law. In: Tellenbach, S., Hanstein, T. (Hrsg.), Beiträge zum Islamischen Recht XII. Peter Lang, Frankfurt a. M. 2017, S. 99–132.

Maillart, Jean-Baptiste**2016**

Vogel, B., Maillart, J.-B.: Recent Developments in EU Anti-Money Laundering. Some Critical Observations. In: Eucrim – the European Criminal Law Associations' Forum, 04, 179–183 (2016).

Maillart, J.-B.: Disposition sur l'extinction, la suspension ou l'amendement du traité entre l'Etat prédécesseur et l'autre Etat partie (article 26). In: Distefano, G., Gaglioli, G. (Hrsg.), La Convention de Vienne sur la succession d'Etats en matière de traités de 1978. Bruylant, Bruxelles 2016.

Manso Porto, Teresa**2015**

Manso Porto, T.: Corrupción y "compraventa" del voto de los diputados y demás mandatarios políticos a la luz del Derecho penal español y alemán: los "casos Wuppertal, Camas y Arrecife". In: Puente Aba, L. M. (Hrsg.), La intervención penal en supuestos de fraude y corrupción. Bosch, S.A., Barcelona 2015, S. 381–402.

2016

Manso Porto, T.: Agresiones a bienes altamente personales a través de las TICs: tratamiento penal de fenómenos como el stalking, sexting, grooming y ciberacoso en Alemania. In: Cuerda Arnau, M. L. (Hrsg.), Menores y redes sociales. Ciberbullying, ciberstalking, cibergruoming, pornografía, sexting, radicalización y otras formas de violencia en la red. Tirant lo Blanch, Valencia 2016, S. 309–322.

Manso Porto, T.: Breves notas críticas sobre el delito de tráfico de influencias a propósito del caso Noos. In: Souto García, E. M., Puente Aba, L. M. (Hrsg.), *Corrupción y fraudes a consumidores: Perspectivas y casos actuales*. Comares, Granada 2016, S. 193–202.

2017

Manso Porto, T.: El delito de blanqueo de capitales entre la dogmática y la política criminal internacional: resultados desde una perspectiva de derecho comparado. In: Viveiros, C., Carrión Díaz, J. E. (Hrsg.), *El delito de lavado de activos, aspectos sustantivos, procesales y de política criminal*. Grijley, Lima 2017, S. 221–242.

Moura de Souza, Cléssio

2016

Moura de Souza, C.: Violência letal e tráfico de drogas em Maceió. In: *Revista Portuguesa de Ciência Criminal* 26, 1–4, 485–498 (2016).

2017

Moura de Souza, C.: Jovens e Tráfico de Drogas em Maceió, S. 71–73, Bandido bom é bandido morto!, S. 74–77, E assim rotulamos e reforçamos estereótipos, S. 78–80, A cultura social do medo, S. 81–85, “RE” – Educação e “Re” – Socialização, S. 86–90. In: Marques, K. P. L., Almeida, L. S. de (Hrsg.), *Droga, Poder, Estado*. Agência Fonte de Notícias, Maceió 2017.

Murphy, Christopher

2016

Murphy, C.: Pecunia Non Olet: The Case for the €500 Banknote. In: *European Journal of Crime, Criminal Law and Criminal Justice* 24, 4, 340–353 (2016).

Neubert, Carl-Wendelin

2015

Neubert, C.-W.: Grundrechtliche Schutzpflicht des Staates gegen grundrechtsbeeinträchtigende Maßnahmen fremder Staaten am Beispiel der Überwachung durch ausländische Geheimdienste. In: *Archiv des öffentlichen Rechts* 140, 267–304 (2015).

2016

Neubert, C.-W.: Dilemmata der Völkerrechtsordnung – Zu dem bewaffneten Auslandseinsatz der Bundeswehr in Syrien. In: *Recht und Politik* 52, 2, 100–103 (2016).

Neubert, C.-W.: Auswärtiger Einsatz tödlicher Waffengewalt durch deutsche Streitkräfte nach Völker- und Verfassungsrecht. In: *Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V. (Hrsg.), Jahrbuch 2016 der Max-Planck-Gesellschaft*. München 2016 (4 S.), https://www.mpg.de/9956129/STRA_JB_2016?c=10583665

Neubert, C.-W.: Der Einsatz tödlicher Waffengewalt durch die deutsche auswärtige Gewalt. Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht. Strafrechtliche Forschungsberichte S 154. Duncker & Humblot, Berlin 2016 (391 S.).

2017

Neubert, C.-W.: Bundeswehreininsatz im Südsudan: Evakuierungsmissionen deutscher Streitkräfte im Ausland nach Völker- und Verfassungsrecht. In: *Die öffentliche Verwaltung*, 141 ff. (2017).

Neubert, C.-W.: Zwischen Mohammed-Karikaturen, „Körperwelten“ und „Flüchtlinge Fressen“: Zur öffentlichen Zurschaustellung provokanter Werke. In: *Juristische Ausbildung (Jura)* 39, 8, 882–894 (2017), doi: 10.1515/jura-2017-0173

Sieber, U., Neubert, C.-W.: Transnational Criminal Investigations in Cyberspace: Challenges to National Sovereignty. In: Lachenmann, F., Röder, T. J., Wolfrum, R., *Max Planck Foundation for International Peace and the Rule of Law (Hrsg.), Max Planck Yearbook of United Nations Law*, vol. 20 (2016). Brill, Nijhoff, Leiden 2017, S. 241–321.

Oberwittler, Dietrich

2015

Oberwittler, D.: Kriminalität. In: Rahlf, T. (Hrsg.), *Deutschland in Daten. Zeitreihen zur Historischen Statistik*. Bundeszentrale für Politische Bildung, Bonn 2015, S. 130–141, <http://www.deutschland-in-daten.de/>

Oberwittler, D.: Situative, interaktive und individuelle Bedingungen. In: Melzer, W., et al. (Hrsg.), *Handbuch Aggression, Gewalt und Kriminalität bei Kindern und Jugendlichen*. Bad Heilbrunn, Klinkhardt Verlag 2015, S. 88–92.

Oberwittler, D.: Polizei und Jugendliche in multiethnischen Gesellschaften: Konflikthafte Interaktionen und ihre Ursachen in Deutschland und Frankreich. In: *Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V. (Hrsg.), Jahrbuch 2015 der Max-Planck-Gesellschaft*. München 2015 (4 S.), http://www.mpg.de/8932222/STRA_JB_2015?c=9262520

Oberwittler, D., Kury, H.: Ziele und Nutzen von Opferbefragungen – Wissenschaftliche Perspektive. In: Guzy, N., Birkel, C., Mischkowitz, R. (Hrsg.), *Viktimisierungsbefragungen in Deutschland*. Reihe „Polizei + Forschung“ 47.1. Bundeskriminalamt, Wiesbaden 2015, S. 107–133, https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/Publikationsreihen/PolizeiUndForschung/1_47_1_ViktimisierungsbefragungenInDeutschland.html?nn=47924

Oberwittler, D., Schwarzenbach, A.: Police and adolescents in multi-ethnic societies. Findings of a comparative survey of adolescents in German and French cities. In: *Siak-Journal – Journal for Police Science and Practice (International Edition)* 5, 27–38 (2015), http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_SIAK/4/2/1/ie2015/files/Oberwittler_IE_2015.pdf, doi: 10.7396/IE_2015_C

Gerstner, D., Oberwittler, D.: Wer kennt wen und was geht ab? Ein netzwerkanalytischer Blick auf die Rolle delinquenter Peers im Rahmen der Situational Action Theory. In: *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform* 98, 3, 204–226 (2015).

Hummelsheim, D., Oberwittler, D., Pritsch, J.: Die Beziehung zwischen Kriminalitätsfurcht und generalisiertem Vertrauen – Mehrebenenanalysen zur Rolle individueller und kontextueller Faktoren, S. 405–438; (mit Gerstner, D.) Die Modellierung von Interaktionseffekten in Erklärungsmodellen selbstberichteter Delinquenz – Ein empirischer Vergleich von linearer OLS-Regression und negativer Binomialregression anhand der Wechselwirkungen von Risikoorientierung und Scham, S. 275–301. In: Eifler, S., Pollich, D. (Hrsg.), *Empirische Forschung über Kriminalität: methodologische und methodische Grundlagen*. Reihe „Kriminalität und Gesellschaft“. Springer VS, Wiesbaden 2015.

2016

Oberwittler, D.: Kriminalstatistik: Lange Zeitreihen dokumentieren die Entwicklung von Verbrechen und Strafe. In: *Informationsdienst Soziale Indikatoren* 55, 1–6 (2016), <http://www.gesis.org/fileadmin/upload/forschung/publikationen/zeitschriften/isi/isi-55.pdf>

Oberwittler, D.: Anomie, S. 9–11; Abweichendes Verhalten, S. 357–360. In: Kopp, J., Steinbach, A. (Hrsg.), *Grundbegriffe der Soziologie*, 11. Aufl. Springer VS, Wiesbaden 2016.

Oberwittler, D.: Jugendliche und Polizei. Eine vergleichende Untersuchung zur Rolle verdachtsunabhängiger Personenkontrollen in französischen und deutschen Städten. In: *Recht der Jugend und des Bildungswesens* 64, 4, 414–427 (2016).

Oberwittler, D.: Skalendokumentation der Befragung „Zusammenleben und Sicherheit in Köln/Essen“ 2014–2015. In: *Projektberichte (working papers) SENSIKO – Sicherheit älterer Menschen im Wohnquartier 2*, 2016 (62 S.), https://www.mpicc.de/files/pdf3/SENSIKO_Oberwittler_workingpaper2.pdf

Oberwittler, D., Gerstner, D.: Kriminalitätsfurcht in großstädtischen Wohngebieten – Wie sozialräumliche Bedingungen die Unsicherheitswahrnehmungen beeinflussen. In: Zoche, P., Kaufmann, S., Arnold, H. (Hrsg.), *Grenzenlose Sicherheit? Gesellschaftliche Dimensionen der Sicherheitsforschung. Zivile Sicherheit. Schriften zum Fachdialog Sicherheitsforschung* 13. Lit-Verlag, Berlin 2016, S. 95–116.

Oberwittler, D., Gerstner, D., Janssen, H. J.: Ergebnisse der SENSIKO-Studie zur Sicherheitslage und Sicherheitswahrnehmung im Alter. In: *Projektberichte (working papers) SENSIKO – Sicherheit älterer Menschen im Wohnquartier 4*, 2016 (20 S.), https://www.mpicc.de/files/pdf3/SENSIKO_OberwittlerGerstnerJanssen_workingpaper4.pdf

Oberwittler, D., Zirnig, C.: Unsicherheitsgefühle von Migranten in Deutschland, S. 201–240; (mit Birkel, C.): Eine Mehrebenenanalyse von Opfererlebnissen in Deutschland, S. 95–136; (mit Pritsch, J.): Kriminalitätsfurcht in Deutschland – Kontexteffekte auf ein individuelles Empfinden, S. 137–169. In: Birkel, C., Hummelsheim-Doss, D., Leitgöb-Guzy, N., Oberwittler, D. (Hrsg.), *Opfererfahrungen und kriminalitätsbezogene Einstellungen in Deutschland. Vertiefende Analysen des Deutschen Viktimisierungssurvey 2012 unter besonderer Berücksichtigung des räumlichen Kontextes. Reihe „Polizei + Forschung“ 49. Bundeskriminalamt, Wiesbaden 2016*, https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/Publikationsreihen/PolizeiUndForschung/1_49_OpfererfahrungenUndKriminalitaetsbezogeneEinstellungenInDeutschland.pdf?__blob=publicationFile&v=3

Birkel, C., Hummelsheim-Doss, D., Leitgöb-Guzy, N., Oberwittler, D. (Hrsg.): *Opfererfahrungen und kriminalitätsbezogene Einstellungen in Deutschland. Vertiefende Analysen des Deutschen Viktimisierungssurvey 2012 unter besonderer Berücksichtigung des räumlichen Kontextes. Reihe „Polizei + Forschung“ 49. Bundeskriminalamt, Wiesbaden 2016* (306 S.), https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/Publikationsreihen/PolizeiUndForschung/1_49_OpfererfahrungenUndKriminalitaetsbezogeneEinstellungenInDeutschland.pdf?__blob=publicationFile&v=3

De Maillard, J., Hunold, D., Roché, S., Oberwittler, D.: Different styles of policing: discretionary power in street controls by the public police in France and Germany. In: *Policing and Society – an International Journal of Research and Policy* 26, 1–14 (2016), doi: 10.1080/10439463.2016.1194837, <http://dx.doi.org/10.1080/10439463.2016.1194837>

De Maillard, J., Hunold, D., Roché, S., Oberwittler, D., Zagrodzki, M.: Les logiques professionnelles et politiques du contrôle. Des styles de police différents en France et en Allemagne. In: *Revue Française de Science Politique* 66, 2, 271–293 (2016).

Gerstner, D., Oberwittler, D.: Bevölkerungsbefragung „Zusammenleben und Sicherheit in Köln/Essen“ 2014 und 2015 – Methodenbericht. In: *Projektberichte (working papers) SENSIKO – Sicherheit älterer Menschen im*

Wohnquartier 1, 2016 (46 S.), https://www.mpicc.de/files/pdf3/SENSIKO_Gerstner_Oberwittler_workingpaper1.pdf

Hunold, D., Oberwittler, D., Lukas, T.: ‘I’d like to see your identity cards please’ – Negotiating authority in police-adolescent encounters: Findings from a mixed-method study of proactive police practices towards adolescents in two German cities. In: *European Journal of Criminology* 13, 5, 590–609 (2016), doi: 10.1177/1477370816633724

Pritsch, J., Oberwittler, D.: Kriminalitätsfurcht in Deutschland – Kontexteffekte auf ein individuelles Empfinden. In: Haverkamp, R., Arnold, H. (Hrsg.), *Subjektive und objektivierte Bedingungen von (Un-)Sicherheit. Studien zum Barometer Sicherheit in Deutschland (BaSiD). Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht. Kriminologische Forschungsberichte K 171. Duncker & Humblot, Berlin 2015*, S. 231–258.

Schubert, H., Oberwittler, D., Schartau, L., Planer, N., Nutz, A., Spieckermann, H., Gerstner, D., Janssen, H.: *Sicherheitsempfinden älterer Menschen im Wohnquartier: Ein Praxishandbuch für die Soziale Arbeit. VERLAG SOZIAL • RAUM • MANAGEMENT, Köln 2016* (301 S.).

2017

Oberwittler, D. & Roché, S.: Ethnic disparities in police-initiated controls of adolescents and attitudes towards the police in France and Germany: A tale of four cities. In: Oberwittler, D., Roché, S. (Hrsg.), *Police-Citizen Relations around the World. Comparing Sources and Contexts of Trust and Legitimacy*. Routledge, London 2018, S. 73–107 [erschienen 2017].

Oberwittler, D., Janssen, H. J., Gerstner, D.: Unordnung und Unsicherheit in großstädtischen Wohngebieten – die überschätzte Rolle von „Broken Windows“ und die Herausforderungen ethnischer Diversität. In: *Soziale Probleme* 28, 2, 181–205 (2017), <https://link.springer.com/article/10.1007/s41059-017-0040-9>

Weeke, A., Oberwittler, D.: A Comparison of Note Writers and No Note Writers in Homicide-Suicide Cases in Germany. In: *Archives of Suicide Research* 21, 1–9 (2017), doi: <http://dx.doi.org/10.1080/13811118.2017.1304307>

Grundies, V., Kilchling, M., Oberwittler, D., Wößner, G.: Kriminalität, Kriminalitätskontrolle und ihre Wahrnehmungen im gesellschaftlichen Wandel. Ein kurzer Überblick über ein Jahrzehnt kriminologischer Forschung am Max-Planck-Institut. In: Bartsch, T., Brandenstein, M., Grundies, V., Hermann, D., Puschke, J., Rau, M. (Hrsg.), *50 Jahre Südwestdeutsche und Schweizerische Kriminologische Kolloquien. Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht. Kriminologische Forschungsberichte K 177. Duncker & Humblot, Berlin 2017*, S. 63–94.

Roché, S., Oberwittler, D.: Towards a broader view of police-citizen relations: How societal cleavages and political contexts shape trust and distrust, legitimacy and illegitimacy. In: Oberwittler, D., Roché, S. (Hrsg.), *Police-Citizen Relations around the World. Comparing Sources and Contexts of Trust and Legitimacy*. Routledge, London 2018, S. 3–26 [erschienen 2017].

Roché, S., Schwarzenbach, A., de Maillard, J., Oberwittler, D.: Adolescents’ divergent ethnic and religious identities and trust in the police. Combining micro- and macro-level determinants in a comparative analysis in France and Germany. In: Oberwittler, D., Roché, S. (Hrsg.), *Police-Citizen Relations around the World. Comparing Sources and Contexts of Trust and Legitimacy*. Routledge, London 2018, S. 175–195 [erschienen 2017].

Oberwittler, D., Roché, S. (Hrsg.): *Police-Citizen Relations Across the World. Comparing Sources and Contexts of Trust and Legitimacy*. Routledge, London 2018 (344 S.) [erschienen 2017].

peer-review accepted / peer-review submitted

Gerstner, D., Oberwittler, D., Wickes, R.: Collective Efficacy in Australian and German Neighborhoods: Testing Cross-Cultural Measurement Equivalence and Structural Correlates in a Multi-Level SEM Framework (peer-review submitted to Social Indicators Research).

Köber, G., Oberwittler, D.: How Older People Became Less Afraid of Crime – An Age-Period-Cohort Analysis Using Repeated Cross-Sectional Survey Data from Germany (peer-review submitted to Social Science Research).

Gerstner, D., Oberwittler, D.: Who's Hanging Out and What's Happening? A Network Perspective on Delinquent Peers in the context of Situational Action Theory. In: European Journal of Criminology (peer-review accepted).

Paramonova, Svetlana**2015**

Paramonova, S.: Punishable conduct prior to the completion of an offence in Russia, S. 46–62; Parties to crime in Russia, S. 185–207; Criminal liability for crimes in companies, associations, and other collective legal entities in Russia, S. 340–350. In: Sieber, U., Jarvers, K., Silverman, E. (Hrsg.), National Criminal Law in a Comparative Legal Context. Vol. 4.1: Special forms of criminal liability. Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht. Strafrechtliche Forschungsberichte S 128.4.1. Duncker & Humblot, Berlin 2015.

Poschadel, Annika Maleen**2017**

Poschadel, A. M.: Book Review: Benjamin Roger, Grund und Grenzen transnationaler Strafrechtspflege (2016). In: Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik 12, 11, 713–714 (2017), http://www.zis-online.com/dat/artikel/2017_11_1161.pdf

Preiser, Christine**2015**

Preiser, C.: „Nachtgestalten“. In: Stadtform 1 (Heft 1: „Schwarze Luft – Stadt bei Nacht“) (2015).

2016

Preiser, C.: Gewalt im Arbeitsalltag von Türstehern. In: Equit, C., Groenemeyer, A., Schmidt, H. (Hrsg.), Situationen der Gewalt. Beltz Juventa, Weinheim 2016, S. 323–341.

Preiser, C.: Conducting open participant observations of bouncers – negotiating (in)visibility in fieldwork. In: British Journal of Community Justice 14, 2, 61–74 (2016).

2017

Preiser, C.: Gegenspieler oder Partner? Das Verhältnis von Türstehern und Polizei – Ergebnisse einer Ethnografie im Nachtleben in Deutschland. In: Kriminologisches Journal, 49, 3, 204–219 (2017).

Rigoni, Clara**2016**

Rigoni, C.: Book Review: Dünkel, F., Grzywa-Holten, J., Horsfield, P. (Hrsg.), Restorative justice and mediation in penal matters. A stock-taking of legal issues, implementation strategies and outcomes in 36 European countries. Forum Verlag Godesberg, Mönchengladbach 2015, 1100 S. In: Restorative Justice. An International Journal 4, 2, 276–279 (2016).

peer-review accepted / peer-review submitted

Rigoni, C.: Crime, Diversity, Culture, and Cultural Defense. In: Criminology and Criminal Justice (peer-review accepted).

Rinceanu, Johanna**2016**

Rinceanu, J.: Coping with freedom: The implementation of probation in Germany. In: Tomiță, M. (Hrsg.), The fifth international conference. Multidisciplinary perspectives in the quasi-coercive treatment of offenders – Probation as a field of study and research: From person to society. Filodiritto Editore, Bologna 2016, S. 190–195.

Rinceanu, J.: Criminal liability of legal persons in Romania. In: Borsari, R. (Hrsg.), Responsabilità da reato degli enti. Un consuntivo critico. Padova University Press, Padova 2016, S. 405–416.

2017

Rinceanu, J.: Judicial dialogue between the European Court of Human Rights and national supreme courts. In: Spinellis, C.D., Theodorakis, N., Billis, E., Papadimitrakopoulos, G. (Hrsg.), Europe in Crisis: Crime, Criminal Justice, and the Way Forward. Essays in Honour of Nestor Courakis/Festschrift für Nestor Courakis. Volume II: Essays in English, German, French, and Italian. Ant. N. Sakkoulas Publications, Athen 2017, S. 1029–1041, <http://crime-in-crisis.com/en/wp-content/uploads/2017/06/essays-nestor-courakis.pdf>

Rinceanu, J.: Conferenza internazionale sul terrorismo e la politica criminale. I 50 anni del MPI, Max Planck Institut per il diritto penale straniero e internazionale. In: Cassazione Penale 57, 4, 212–213 (2017).

Rinceanu, J.: Reflections on the German system of measures of rehabilitation and incapacitation. In: Orts Berenguer, E., Alonso Rimo, A., Roig Torres, M. (Hrsg.), Peligrosidad criminal y estado de derecho. Tirant Lo Blanch, Valencia 2017, S. 249–258.

Rinceanu, J.: The European Court of Human Rights as promoter of common human rights standards in criminal proceedings. In: Klarić, M. (Hrsg.), The europeanisation of criminal law and protection of human rights in criminal proceedings and the process of execution of criminal sanctions. University of Split, Faculty of Law, Split 2017, S. 93–99.

Romero Sánchez, Angélica**2015**

Romero Sánchez, A.: La asociación criminal y los delitos en banda en el derecho penal alemán. Universidad Externado de Colombia, Bogotá 2015 (86 S.).

Romero Sánchez, A.: Proceso penal privacidad y autodeterminación informativa en la persecución penal de la delincuencia organizada – Un análisis desde la perspectiva del derecho penal alemán. In: Revista Criminalidad (Policía Nacional) 57, 2, 319–333 (2015).

Schenk, Alexandra**2017**

Engelhart, M., Hillemanns, C., Schenk, A.: Victims and Corporations. Umsetzung der Richtlinie 2012/29EU im Hinblick auf die Opfer von Unternehmensstraftaten und Corporate Violence. Leitfaden für die Rechtsanwaltschaft 2017 (42 S.), http://www.victimsandcorporations.eu/wp-content/uploads/2017/12/Germany_Guidelines_lawyers.pdf [ISBN: 978-3-86113-332-2]

Engelhart, M., Hillemanns, C., Schenk, A.: Victims and Corporations. Umsetzung der Richtlinie 2012/29/EU im Hinblick auf die Opfer von Unternehmensstraftaten und Corporate Violence. Ein Leitfaden für Polizei, Staatsanwaltschaft, Richterschaft und GerichtsmitarbeiterInnen 2017 (40 S.), http://www.victimsandcorporations.eu/wp-content/uploads/2017/12/Germany_Guidelines_Police-Prosecutors-Court-Staff.pdf [ISBN 978-3-86113-334-6]

Engelhart, M., Hillemanns, C., Schenk, A.: Victims and Corporations. Umsetzung der Richtlinie 2012/29/EU im Hinblick auf die Opfer von Unternehmensstraftaten und Corporate Violence. Leitfaden für Opferunterstützungsdienste 2017 (41 S.), http://www.victimsandcorporations.eu/wp-content/uploads/2017/12/Germany_Victim-Support.pdf [ISBN 978-3-86113-333-9]

Schäuble, Johannes

2017

Schäuble, J.: Strafverfahren und Prozessverantwortung. Neue prozessuale Obliegenheiten des Beschuldigten in Deutschland im Vergleich mit dem US-amerikanischen Recht. Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht. Strafrechtliche Forschungsberichte S 159. Duncker & Humblot, Berlin 2017 (477 S.).

Schrägle, Hannes

2017

Schrägle, H.: Das begehungsgleiche Unterlassungsdelikt. Eine rechtsgeschichtliche, rechtsdogmatische und rechtsvergleichende Untersuchung und die Entwicklung eines Systems der Garantietypen. Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht. Strafrechtliche Forschungsberichte S 158. Duncker & Humblot, Berlin 2017 (339 S.).

Schuetze-Reymann, Jennifer

2016

Schuetze-Reymann, J.: International Criminal Justice on Trial. The ICTY and ICTR Case Referral Practice to National Courts and Its Possible Relevance for the ICC. Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht. Strafrechtliche Forschungsberichte S 155. Duncker & Humblot, Berlin 2016 (232 S.).

Schwarzenbach, Anina

2015

Oberwittler, D., Schwarzenbach, A.: Police and adolescents in multi-ethnic societies. Findings of a comparative survey of adolescents in German and French cities. In: Siak-Journal – Journal for Police Science and Practice (International Edition) 5, 27–38 (2015), http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_SIAK/4/2/1/ie2015/files/Oberwittler_IE_2015.pdf, doi: 10.7396/IE_2015_C

2017

Schwarzenbach, A.: Wie stehen Jugendliche in Deutschland zur Polizei? Ergebnisse aus dem Forschungsprojekt POLIS. In: Bartsch, T., Brandenstein, M., Grundies, V., Hermann, D., Puschke, J., Rau, M. (Hrsg.), 50 Jahre Südwestdeutsche und Schweizerische Kriminologische Kolloquien. Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht. Kriminologische Forschungsberichte K 177. Duncker & Humblot, Berlin 2017, S. 167–181.

Roché, S., Schwarzenbach, A., de Maillard, J., Oberwittler, D.: Adolescents' divergent ethnic and religious identities and trust in the police. Combining micro- and macro-level determinants in a comparative analysis in France and Germany. In: Oberwittler, D., Roché, S. (Hrsg.), Police-Citizen Relations around the World. Comparing Sources and Contexts of Trust and Legitimacy. Routledge, London 2018, S. 175–195 [erschienen 2017].

peer-review accepted / peer-review submitted

Schwarzenbach, A.: Countering Islamist Radicalization in Germany and France: A Comparative Overview of Policy and Prevention Initiatives. In: International Journal of Developmental Science (IJDS). Special Issue on "Developmental Pathways Towards Violent Left-Wing, Right-Wing, Islamist Extremism and Radicalization" (peer-review submitted).

Sieber, Ulrich

2015

Sieber, U., Vogel, B.: Terrorismusfinanzierung. Prävention im Spannungsfeld von internationalen Vorgaben und nationalem Tatstrafrecht. Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht. Strafrechtliche Forschungsberichte S 150. Duncker & Humblot, Berlin 2015 (237 S.), https://www.mpicc.de/files/pdf3/Band_S_150_Online-Version.pdf

Rui, J. P., Sieber, U.: Non-Conviction-Based Confiscation in Europe. In: Rui, J. P., Sieber, U. (Hrsg.), Non-Conviction-Based Confiscation in Europe. Possibilities and Limitations on Rules Enabling Confiscation without a Criminal Conviction. Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht. Strafrechtliche Forschungsberichte S 146. Duncker & Humblot, Berlin 2015, S. 245–304.

Sieber, U.: Blurring the Categories of Criminal Law and the Laws of War – Efforts and Effects in the Pursuit of Internal and External Security. In: Bárd, P. (Hrsg.), The Rule of Law and Terrorism. hvg-orag Publishing Ltd., Budapest 2015, S. 25–64.

Sieber, U., Engelhart, M.: Compliance Programs for the Prevention of Economic Crimes in Germany – An Empirical Survey of German Companies [in japanischer Sprache]. In: Kai, K., Taguchi, M. (Hrsg.), International Trends of Criminal Compliance. Shinzansha Publishers Co., Ltd., Tokio 2015, S. 167–274.

Sieber, U.: Criminal Law in the Information Society – Basic Principles and a Concept for Reform [in chinesischer Sprache, Übersetzung von Zunyou Zhou]. In: Zhao, B. (Hrsg.), Toward Scientific Criminal Law Theories – CCLS Tenth Anniversary Anthology of Papers from International Academic Partners. Law Press China, Beijing 2015, S. 28–41.

Sieber, U.: Der XIX. Internationale Strafrechtskongress der AIDP 2014 über „Information Society and Penal Law“. In: Zeitschrift für die Gesamte Strafrechtswissenschaft 127, 2, 474–478 (2015).

Sieber, U.: The Hans-Heinrich Jescheck Prize: Laudations for Prof. Dr. Eugenio Raúl Zaffaroni and Prof. Dr. Klaus Tiedemann. In: Zeitschrift für die Gesamte Strafrechtswissenschaft 127, 2, 513–522 (2015).

Sieber, U.: Foreword to "Law & Order". In: Banning, J. (Hrsg.), Law & Order. The World of Criminal Justice. Ipso Facto Publishers, Utrecht 2015, S. 3–4; (niederländische Übersetzung, S. 161–162).

Sieber, U., Vogel, B.: Strafbare Terrorismusfinanzierung – Internationale Vorgaben und nationale Regulierung. Gutachtliche Stellungnahme zum Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes zur Verfolgung der Vorbereitung von schweren staatsgefährdenden Gewalttaten (GVVG-

ÄndG) vorgelegt zu der Anhörung im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz des Deutschen Bundestages am 23.03.2015 (58 S.).

Sieber, U., Jarvers, K., Silverman, E. (Hrsg.): National Criminal Law in a Comparative Legal Context. Vol. 4.1: Special forms of criminal liability. Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht. Strafrechtliche Forschungsberichte S 128.4.1. Duncker & Humblot, Berlin 2015 (401 S.).

Rui, J. P., Sieber, U. (Hrsg.): Non-Conviction-Based Confiscation in Europe. Possibilities and Limitations on Rules Enabling Confiscation without a Criminal Conviction. Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht. Strafrechtliche Forschungsberichte S 146. Duncker & Humblot, Berlin 2015 (306 S.).

Hoeren, T., Sieber, U., Holznagel, B. (Hrsg.): Handbuch Multimedia-Recht. Rechtsfragen des elektronischen Geschäftsverkehrs. Grundwerk und Ergänzungslieferungen bis 2015 (42. Aufl.). Verlag C.H. Beck, München 2015.

2016

Sieber, U.: Der Paradigmenwechsel vom Strafrecht zum Sicherheitsrecht: Zur neuen Sicherheitsarchitektur der globalen Risikogesellschaft. In: Tiedemann, K., Sieber, U., Satzger, H., Burchard, C., Brodowski, D. (Hrsg.), Die Verfassung moderner Strafrechtspflege. Erinnerung an Joachim Vogel. Studien zum Wirtschaftsstrafrecht – Neue Folge 10. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2016, S. 351–372.

Sieber, U.: Die Verantwortlichkeit von Internet-Providern im Rechtsvergleich [in chinesischer Sprache, Übersetzung von Huawei Wang und Zhou Wu]. In: Chen Xingliang (Hrsg.), Xingshifa Pinglun (Criminal Law Review), Vol. 37, Peking University Press, S. 191–222.

Sieber, U.: Strafrechtsvergleichung. In: Sieber, U. (Hrsg.), Strafrecht in einer globalen Welt. Internationales Kolloquium zum Gedenken an Professor Dr. Hans-Heinrich Jescheck. Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht. Interdisziplinäre Forschungen aus Strafrecht und Kriminologie I 24. Duncker & Humblot, Berlin 2016, S. 51–63.

Sieber, U.: Bilgi Toplumunun Ceza Hukuku – Temel Esaslar ve Reform Önerileri [Das Strafrecht der Informationsgesellschaft – Grundlagen und Reformkonzept]. In: Nuhoglu, A., Sieber, U., Tellenbach, S. (Hrsg.), Alman ve Türk Ceza Hukukunun Güncel Sorunları / Aktuelle Probleme im deutschen und türkischen Strafrecht. Series of the Max Planck Institute for Foreign and International Criminal Law and Bahçeşehir University Joint Research Group T3. Türkiye Adalet Akademisi Yayınları, Ankara 2016, S. 9–35.

Sieber, U.: The Paradigm Shift in the Global Risk Society: From Criminal Law to Global Security Law – An Analysis of the Changing Limits of Crime Control. In: Journal of Eastern-European Criminal Law, 1, 14–27 (2016).

Sieber, U.: The Paradigm Shift in the Global Risk Society: From Criminal Law to Global Security Law – An Analysis of the Changing Limits of Crime Control. In: Freie Universität Burgas, Zentrum Juristische Fakultät (Hrsg.), Juristische Sammlung Bd. XXIII. 2016, S. 13–26.

Sieber, U. (Hrsg.): Strafrecht in einer globalen Welt. Internationales Kolloquium zum Gedenken an Professor Dr. Hans-Heinrich Jescheck. Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht. Interdisziplinäre Forschungen aus Strafrecht und Kriminologie I 24. Duncker & Humblot, Berlin 2016 (200 S.).

Sieber, U.: Sperrverpflichtungen gegen Kinderpornografie im Internet [in chinesischer Sprache, Übersetzung von Guohe Yuan]. In: Chen Xingliang (Hrsg.), Xingshifa Pinglun (Criminal Law Review), Vol. 38, Peking University Press 2016, S. 184–200.

Sieber, U.: Die Verantwortlichkeit von Internet-Providern im deutschen Strafrecht [in chinesischer Sprache, Übersetzung von Huawei Wang]. In: Zhao Binghui (Hrsg.), Criminal Law Review, Vol. 46, Law Press China 2016, S. 313–348.

Sieber, U., von zur Mühlen, N. (Hrsg.): Access to Telecommunication Data in Criminal Justice. A Comparative Analysis of European Legal Orders. Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht. Strafrechtliche Forschungsberichte S 156. Duncker & Humblot, Berlin 2016 (771 S.).

Sieber, U., Jarvers, K., Silverman, E. (Hrsg.): National Criminal Law in a Comparative Legal Context. Vol. 5.1: Grounds for rejecting criminal liability. Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht. Strafrechtliche Forschungsberichte S 128.5.1. Duncker & Humblot, Berlin 2016 (410 S.).

Nuhoglu, A., Sieber, U., Tellenbach, S. (Hrsg.): Alman ve Türk Ceza Hukukunun Güncel Sorunları / Aktuelle Probleme im deutschen und türkischen Strafrecht. Series of the Max Planck Institute for Foreign and International Criminal Law and Bahçeşehir University Joint Research Group T3. Türkiye Adalet Akademisi Yayınları, Ankara 2016 (408 S.).

Tiedemann, K., Sieber, U., Satzger, H., Burchard, C., Brodowski, D. (Hrsg.): Die Verfassung moderner Strafrechtspflege. Erinnerung an Joachim Vogel. Studien zum Wirtschaftsstrafrecht – Neue Folge 10. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2016 (520 S.).

Hoeren, T., Sieber, U., Holznagel, B. (Hrsg.): Handbuch Multimedia-Recht. Rechtsfragen des elektronischen Geschäftsverkehrs. Grundwerk und Ergänzungslieferungen bis 2016 (43. Aufl.). Verlag C.H. Beck, München 2016.

2017

Sieber, U., Neubert, C.-W.: Transnational Criminal Investigations in Cyberspace: Challenges to National Sovereignty. In: Lachenmann, F., Röder, T. J., Wolfrum, R., Max Planck Foundation for International Peace and the Rule of Law (Hrsg.), Max Planck Yearbook of United Nations Law, vol. 20 (2016). Brill, Nijhoff, Leiden 2017, S. 241–321.

Sieber, U.: Der Paradigmenwechsel vom Strafrecht zum Sicherheitsrecht: Zur neuen Sicherheitsarchitektur der globalen Risikogesellschaft [in griechischer Sprache, Übersetzung von Marilena Samaritaki, Maria Tsilimpari und Emmanouil Billis]. In: Mylonopoulos, C. (Hrsg.), International Criminal Law and Contemporary Reality: Challenges and Perspectives. P.N. Sakkoulas, Athen 2017, S. 19–38.

Sieber, U.: Urheberstrafrecht [in chinesischer Sprache, Übersetzung von Qiwei Zhu]. In: Chen Xingliang (Hrsg.), Xingshifa Pinglun (Criminal Law Review), Vol. 39, Peking University Press 2017, S. 327–351.

Sieber, U.: Würdigung von Nestor Courakis. In: Spinellis, C.D., Theodorakis, N., Billis, E., Papadimitrakopoulos, G. (Hrsg.), Europe in Crisis: Crime, Criminal Justice, and the Way Forward. Essays in Honour of Nestor Courakis/Festschrift für Nestor Courakis. Volume II: Essays in English, German, French, and Italian. Ant. N. Sakkoulas Publications, Athen 2017, S. VI–XII.

Hess, B., Hopt, K. J., Sieber, U., Starck, C. (Hrsg.): Unternehmen im globalen Umfeld. Aufsicht, Unternehmensstrafrecht, Organhaftung und Schiedsgerichtsbarkeit in Ostasien und Deutschland. Fünftes Internationales Symposium der Fritz Thyssen Stiftung in Köln. Carl Heymanns Verlag, Köln 2017 (471 S.).

Sieber, U., Jarvers, K., Silverman, E. (Hrsg.): National Criminal Law in a Comparative Legal Context. Vol. 2.2: General limitations on the application of criminal law. Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht. Strafrechtliche Forschungsberichte S 128.2.2. Duncker & Humblot, Berlin 2017 (272 S.).

Sieber, U., Jarvers, K., Silverman, E. (Hrsg.): National Criminal Law in a Comparative Legal Context. Vol. 3.2: Defining criminal conduct. Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht. Strafrechtliche Forschungsberichte S 128.3.2. Duncker & Humblot, Berlin 2017 (370 S.).

Hoeren, T., Sieber, U., Holznapel, B. (Hrsg.): Handbuch Multimedia-Recht. Rechtsfragen des elektronischen Geschäftsverkehrs. Grundwerk und Ergänzungslieferungen bis 2017 (44. Aufl.). Verlag C.H. Beck, München 2017.

Silverman, Emily

2015

Silverman, E.: United States of America, S. 50–51; Verenigde Staten van Amerika, S. 172–174. In: Banning, J. (Hrsg.), Law & Order. The World of Criminal Justice. Ipso Facto Publishers, Utrecht 2015.

Sieber, U., Jarvers, K., Silverman, E. (Hrsg.): National Criminal Law in a Comparative Legal Context. Vol. 4.1: Special forms of criminal liability. Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht. Strafrechtliche Forschungsberichte S 128.4.1. Duncker & Humblot, Berlin 2015 (401 S.).

2016

Gless, S., Silverman, E., Weigend, T.: If Robots Cause Harm, Who is to Blame? Self-Driving Cars and Criminal Liability. In: New Criminal Law Review 19, 3, 412–436 (2016), doi: 10.1525/nclr.2016.19.3.412

Sieber, U., Jarvers, K., Silverman, E. (Hrsg.): National Criminal Law in a Comparative Legal Context. Vol. 5.1: Grounds for rejecting criminal liability. Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht. Strafrechtliche Forschungsberichte S 128.5.1. Duncker & Humblot, Berlin 2016 (410 S.).

2017

Gless, S., Silverman, E., Weigend, T.: Robotlar Zarara Neden Oluyorsa, Kim Sorumlu Tutulabilir? Kendi Kendini Süren Arabalar Ve Cezai Sorumluluk [If Robots Cause Harm, Who Is to Blame? Self-Driving Cars and Criminal Liability, türkische Übersetzung von Serkan Oğuz]. In: Küresel Bakış Çeviri Hukuk Dergisi 8, 23, 125–147 (2017), <http://www.taa.gov.tr/indir/robotlar-zarara-neden-oluyorsa-kim-sorumlu-tutulabilir-kendi-kendini-suren-ara-balar-ve-cezai-sorumluluk-bWFrYwXlFDfMGZkLTMyMGFmLTIZjg3LWE4Nm14LnBkZnwxMTA0>

Sieber, U., Jarvers, K., Silverman, E. (Hrsg.): National Criminal Law in a Comparative Legal Context. Vol. 2.2: General limitations on the application of criminal law. Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht. Strafrechtliche Forschungsberichte S 128.2.2. Duncker & Humblot, Berlin 2017 (272 S.).

Sieber, U., Jarvers, K., Silverman, E. (Hrsg.): National Criminal Law in a Comparative Legal Context. Vol. 3.2: Defining criminal conduct. Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht. Strafrechtliche Forschungsberichte S 128.3.2. Duncker & Humblot, Berlin 2017 (370 S.).

Simon, Jan-Michael

2015

Simon, J.-M.: Responsabilidade, culpa e obrigação de recordar: um comentário. In: Prittwitz, C., Joppert Swenson, L., Torelly, M., Abrão, P., Neumann, U. (Orgs.), Justiça de Transição: análises comparadas Brasil-Alemanha. Ministério da Justiça, Comissão de Anistia, Brasília 2015, S. 198–204.

Simon, J.-M.: Corrupção e autoridade: as duas faces da “corrupção política”. Uma agenda de pesquisa. In: Revista Brasileira de Estudos Constitucionais – REBC, Belo Horizonte, ano 9, n. 33, 671–700 (setembro/dezembro 2015).

Simon, J.-M.: El caso de Corrupción Política como recurso normativo de poder estratégico frente a la autoridad política. Ara Editores, Lima 2015 (53 S.).

Simon, J.-M.: El dominio del hecho macrocriminal. Fundamentos. In: Calcina Hanco, A. (Hrsg.), Dogmática penal – aplicada y cuestiones actuales del Derecho Penal económico y de la empresa. Grijley, Lima 2015, S. 32–96.

2016

Simon, J.-M.: El caso de Corrupción Política como recurso normativo de poder estratégico frente a la autoridad política – Corruption and political authority. The two faces of the term “political corruption”. Colección Derecho Penal y Filosofía del Estado 2. Ara Editores, Lima 2016 (92 S.).

Simon, J.-M.: Tutela penal dos Direitos Humanos? In: de Assis Machado, M. R., Portella Püeschel, F. (Hrsg.), Responsabilidade e pena no Estado Democrático de Direito. Desafios teóricos, políticas públicas e o desenvolvimento da democracia. FGV Direito SP, São Paulo 2016, S. 465–476.

Solarin, Adepeju O.

2015

Solarin, A. O.: Respect, Restorative Justice and the Oslo 1993 Talks. In: Arnold-Bergstraesser-Institut für kulturwissenschaftliche Forschung e. V. (Hrsg.), ABI Working Papers, 2, 2015 (28 S.), http://www.arnold-bergstraesser.de/sites/default/files/field/pub-download/abi_working_paper_2_-_solarin_0.pdf

2016

Solarin, A. O.: Book Review: Van Camp, T., Victims of violence and restorative practices: finding a voice. Routledge, London et al. 2014. In: European Forum for Restorative Justice: Newsletter 17, 2, 11–12 (2016), http://www.euforumrj.org/wp-content/uploads/2016/09/Vol_17_2-1.pdf

Streltsov, Lev

2016

Streltsov, L.: Copyright Protection of Computer Programs in the TRIPS Agreement [in ukrainischer Sprache]. In: Jurnalul juridic national: teorie și practică 17, 1, 102–106 (2016).

Streltsov, L.: State Obligations on Computer Program Protection in International Law. Autorreferat of the thesis for obtainment of the Ph.D. degree in specialty 12.00.11 – International Law. Kyiv National Taras Shevchenko University, Ministry of Education and Science of Ukraine [in ukrainischer Sprache mit Zusammenfassungen in englischer und russischer Sprache]. Astroprint, Odessa 2016 (19 S.).

Streltsov, L.: State Obligations on Computer Program Protection in International Law. Thesis for obtainment of the Ph.D. degree in specialty 12.00.11 – International Law [in ukrainischer Sprache]. PhD Thesis, Kyiv National Taras Shevchenko University, Ministry of Education and Science of Ukraine, Kyiv 2016 (225 S.).

2017

Streltsov, L.: The System of Cybersecurity in Ukraine: Principles, Actors, Challenges, Accomplishments. In: European Journal for Security Research, 2, 2, 147–184 (2017).

Streltsov, L.: Forming the Ukrainian Cybersecurity Architecture [in ukrainischer Sprache]. In: In: Borisov, V. I., Fris, P. L., Hatselyuk, V. O., Mikitin, Y. I., Kozitch, I. V. (Hrsg.), Materials of the International Scientific-Practical Conference "Policy in the Area of Fighting Crime", June 8-10 2017. Organized with support of the OSCE Project Coordinator in Ukraine. Ivano-Frankivsk 2017, S. 212–218.

Streltsov, L.: Crimes against the Foundations of the Global Legal Order [in ukrainischer Sprache]. In: Miroshnichenko, N. A., Streltsov, I. L. (Hrsg.), Modern Criminal Law of Ukraine: Scientific Essays. Juridichna Literatura, Odessa 2017, S. 400–412.

Tabatabaei, Seyed Emadeddin

2017

Tabatabaei, S. E.: Schmähungen von *muqaddasat* im iranischen Strafrecht. In: Tellenbach, S., Hanstein, T. (Hrsg.), Beiträge zum Islamischen Recht XII. Peter Lang, Frankfurt a. M. 2017, S. 55–70.

Tauschwitz, Moritz

2015

Tauschwitz, M.: Die Dopingverfolgung in Deutschland und Spanien. Eine strafrechtliche und kriminologische Untersuchung. Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht. Kriminologische Forschungsberichte K 170. Duncker & Humblot, Berlin 2015 (332 S.).

Tellenbach, Silvia

2015

Tellenbach, S.: Punishable conduct prior to the completion of an offence in Turkey, S. 82–96; Parties to crime in Turkey, S. 240–272; Criminal liability for crimes in companies, associations, and other collective legal entities in Turkey, S. 369–384. In: Sieber, U., Jarvers, K., Silverman, E. (Hrsg.), National Criminal Law in a Comparative Legal Context. Vol. 4.1: Special forms of criminal liability. Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht. Strafrechtliche Forschungsberichte S 128.4.1. Duncker & Humblot, Berlin 2015.

Tellenbach, S.: Rezension von: Rainer Grote/Tilmann J. Roeder: Constitutionalism in Islamic Countries – Between Upheaval and Continuity, Oxford University Press, 2012, XXIV+730 S. In: Verfassung und Recht in Übersee 48, 238–242 (2015).

2016

Tellenbach, S.: Grounds for excluding criminal liability in Turkey, S. 209–265; Grounds for terminating or expunging criminal liability in Turkey, S. 375–395. In: Sieber, U., Jarvers, K., Silverman, E. (Hrsg.), National Criminal Law in a Comparative Legal Context. Vol. 5.1: Grounds for rejecting criminal liability. Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht. Strafrechtliche Forschungsberichte S 128.5.1. Duncker & Humblot, Berlin 2016.

Tellenbach, S.: Law, Crime, and Society in the Middle East. In: Sagaster, B., Strohmeier, M., Guth, S. (Hrsg.), Crime Fiction in and around the Eastern Mediterranean. Harrassowitz Verlag, Wiesbaden 2016, S. 33–44.

Tellenbach, S.: Islamic Law, Secular Law and Customary Law – Aspects of a Rich Interrelationship. In: Collin, P. (Hrsg.), Justice without the State within the State – Judicial Self-Regulation in the Past and Present. Studien zur

europäischen Rechtsgeschichte 295. Verlag Vittorio Klostermann, Frankfurt a. M. 2016, S. 311–328.

Tellenbach, S.: Iran. In: Robbers, G., Durham, W. C. Jr. (Hrsg.), Brill's Encyclopedia of Law and Religion. Brill, Nijhoff, Leiden et al. 2016, S. 130–145.

Tellenbach, S.: Fondamenti del diritto penale nella Repubblica Islamica dell'Iran. In: Diritto Penale XXI Secolo XV, 215–244 (2016).

Tellenbach, S., Nuhoglu, A.: Türk ve Alman Ceza Hukukunda. Yapılan Değişiklikler ve Reform Girişimleri. In: Nuhoglu, A., Sieber, U., Tellenbach, S. (Hrsg.), Alman ve Türk Ceza Hukukunun Güncel Sorunları / Aktuelle Probleme im deutschen und türkischen Strafrecht. Series of the Max Planck Institute for Foreign and International Criminal Law and Bahçeşehir University Joint Research Group T3. Türkiye Adalet Akademisi Yayınları, Ankara 2016, S. 1–8.

Nuhoglu, A., Sieber, U., Tellenbach, S. (Hrsg.): Alman ve Türk Ceza Hukukunun Güncel Sorunları / Aktuelle Probleme im deutschen und türkischen Strafrecht. Series of the Max Planck Institute for Foreign and International Criminal Law and Bahçeşehir University Joint Research Group T3. Türkiye Adalet Akademisi Yayınları, Ankara 2016 (408 S.).

2017

Tellenbach, S.: Principle of legality (*nullum crimen sine lege*) in Turkey, S. 94–106; Extraterritorial jurisdiction – the applicability of domestic criminal law to activities undertaken abroad in Turkey, S. 234–252. In: Sieber, U., Jarvers, K., Silverman, E. (Hrsg.), National Criminal Law in a Comparative Legal Context. Vol. 2.2: General limitations on the application of criminal law. Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht. Strafrechtliche Forschungsberichte S 128.2.2. Duncker & Humblot, Berlin 2017.

Tellenbach, S.: The criminal offense – definitions and internal structure in Turkey, S. 73–83; Objective side of the offense in Turkey, S. 207–218; Subjective side of the offense in Turkey, S. 341–353. In: Sieber, U., Jarvers, K., Silverman, E. (Hrsg.), National Criminal Law in a Comparative Legal Context. Vol. 3.2: Defining criminal conduct. Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht. Strafrechtliche Forschungsberichte S 128.3.2. Duncker & Humblot, Berlin 2017.

Tellenbach, S.: Grundzüge des iranischen Strafgesetzbuchs von 2013. In: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. (Hrsg.), Iran-Reader 2017. Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Berlin 2017, S. 71–86, http://www.kas.de/wf/doc/kas_49042-544-1-30.pdf?170530103740

Tellenbach, S.: Verunglimpfung und Beleidigung von Institutionen, Amtsträgern und Bürgern nach deutschem Strafrecht. In: Ceza Hukuku Dergisi [Zeitschrift für Strafrecht] 12, 34, 173–180 (2017).

Tellenbach, S., Hanstein, T. (Hrsg.): Beiträge zum Islamischen Recht XII. Peter Lang, Frankfurt a. M. 2017 (153 S.).

Tellenbach, S., Hanstein, T.: Vorwort der Herausgeber. In: Tellenbach, S., Hanstein, T. (Hrsg.), Beiträge zum Islamischen Recht XII. Peter Lang, Frankfurt a. M. 2017, S. 5–7.

Tetal, Carina

2016

Jehle, J.-M., Albrecht, H.-J., Hohmann-Fricke, S., Tetal, C.: Legalbewährung nach strafrechtlichen Sanktionen. Eine bundesweite Rückfalluntersuchung 2010 bis 2013 und 2004 bis 2013. In: Bundesministerium der Justiz

und für Verbraucherschutz (Hrsg.). Reihe „recht“. Forum Verlag Godesberg, Mönchengladbach 2016 (352 S.), http://www.bmjv.de/SharedDocs/Downloads/DE/StudienUntersuchungenFachbuecher/Legalbewaehrung_nach_strafrechtlichen_Sanktionen_2010_2013.pdf?__blob=publicationFile&v=1

Tropina, Tatiana

2015

Tropina, T., Callanan, C.: Self- and Co-regulation in Cybercrime, Cybersecurity and National Security. Springer-Briefs in Cybersecurity. Springer, Berlin et al. 2015 (100 S.), doi: 10.1007/978-3-319-16447-2

2016

Tropina, T.: The nexus of information technologies and illicit financial flows: phenomenon and legal challenges. In: *Era Forum* 17, 3, 369–384 (2016), doi: 10.1007/s12027-016-0435-2

Tropina, T.: Do digital technologies facilitate illicit financial flows?. In: World Bank Group (Hrsg.), *World Development Report background papers 2016* (29 S.), <http://documents.worldbank.org/curated/en/2016/02/25851779/world-development-report-2016-digital-dividends-digital-technologies-facilitate-illicit-financial-flows>

Tropina, T.: Part 2 – Comparative Analysis. In: Sieber, U., von zur Mühlen, N. (Hrsg.), *Access to Telecommunication Data in Criminal Justice. A Comparative Analysis of European Legal Orders*. Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht. Strafrechtliche Forschungsberichte S 156. Duncker & Humblot, Berlin 2016, S. 9–119.

Tropina, T., von zur Mühlen, N.: Delikte in der digitalen Sphäre – Die Vereinten Nationen im Kampf gegen Cyberkriminalität. In: *Vereinte Nationen*, 2, 56–60 (2016).

2017

Tropina, T.: Cyber-policing: the role of the police in fighting cybercrime. In: Nogala, D., Fehérváry, J., Jaschke, H.-G., den Boer, M. (Hrsg.), *European Police Science and Research Bulletin – Police Science and Police Practice in Europe, Special Conference Edition Nr. 2*. European Union Agency for Law Enforcement Training (CEPOL), Luxembourg 2017, S. 287–294, <https://www.cepol.europa.eu/sites/default/files/Special%20Conference%20Edition%20Nr.%202.pdf>

Tropina, T.: Chapter 4: Big Data: Tackling Illicit Financial Flows. In: Atlantic Council & Thomson Reuters (Hrsg.), *Big Data: A Twenty-First Century Arms Race*. Washington D.C. 2017, S. 41–52, http://www.atlanticcouncil.org/images/publications/Big_Data_A_Twenty-First_Century_Arms_Race_web_0627_Chapter_4.pdf

Vogel, Benjamin

2015

Sieber, U., Vogel, B.: Terrorismusfinanzierung. Prävention im Spannungsfeld von internationalen Vorgaben und nationalem Tatstrafrecht. Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht. Strafrechtliche Forschungsberichte S 150. Duncker & Humblot, Berlin 2015 (237 S.), https://www.mpicc.de/files/pdf3/Band_S_150_Online-Version.pdf

Sieber, U., Vogel, B.: Strafbare Terrorismusfinanzierung – Internationale Vorgaben und nationale Regulierung. Gutachtliche Stellungnahme zum Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes zur Verfolgung der Vorbereitung von schweren staatsgefährdenden Gewalttaten (GVVG-

ÄndG) vorgelegt zu der Anhörung im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz des Deutschen Bundestages am 23.03.2015 (58 S.).

2016

Vogel, B.: Country Report Germany. In: Sieber, U., von zur Mühlen, N. (Hrsg.), *Access to Telecommunication Data in Criminal Justice. A Comparative Analysis of European Legal Orders*. Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht. Strafrechtliche Forschungsberichte S 156. Duncker & Humblot, Berlin 2016, S. 505–543.

Vogel, B.: Zur Bedeutung des Rechtsguts für das Gebot strafgesetzlicher Bestimmtheit. In: *Zeitschrift für die Gesamte Strafrechtswissenschaft* 128, 1, 139–172 (2016).

Vogel, B., Maillart, J.-B.: Recent Developments in EU Anti-Money Laundering. Some Critical Observations. In: *Eucrim – the European Criminal Law Associations' Forum*, 04, 179–183 (2016).

2017

Vogel, B.: „In camera“-Verfahren als Gewährung effektiven Rechtsschutzes? – Neue Entwicklungen im europäischen Sicherheitsrecht. In: *Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik* 12, 1, 28–38 (2017), http://www.zis-online.com/dat/artikel/2017_1_1081.pdf

Vogel, B.: Rechtsgüterschutz und Normgeltung – Zur Funktion des Rechtsguts im Schuldstrafrecht. In: *Zeitschrift für die Gesamte Strafrechtswissenschaft*, 129, 629–649 (2017).

Vogel, B.: Mutual Recognition and Empathy: the Role of Criminal Law in a Multicultural Society. In: Eren, A., Korkusuz, R. (Hrsg.), *İslam Ceza Hukuku/Islamic Criminal Law* (2. Band). Lale Yayıncılık, Istanbul 2017, S. 98–117.

Vojta, Filip

2015

Vojta, F.: Imprisonment in the Balkans: Some Remarks on the Punishment of Life and Long-Term Imprisonment in the Countries of the Former Yugoslavia. In: *Balkan Criminology News: Newsletter of the Max Planck Partner Group for Balkan Criminology*, 1, 1–5 (2015), http://balkan-criminology.eu/files/newsletter/balkan-criminology-news_2015-01.pdf

Vojta, F., Carl, S.: European Society of Criminology Postgraduate and Early Stage Researchers Working Group (EPER): With Porto and a New Special Issue on the Horizon. In: *Criminology in Europe: Newsletter of the European Society of Criminology* 14, 2, 23–24 (2015).

2016

Vojta, F.: Life and Long-Term Imprisonment in the Countries of the Former Yugoslavia. In: van Zyl Smit, D., Appleton, C. (Hrsg.), *Life Imprisonment and Human Rights*. Oñati International Series in Law and Society. Hart Publishing, Oxford et al. 2016, S. 351–371.

Vojta, F.: 6th Pécs Summer Course in Criminology: Criminology of Terrorism, 29 May–03 June 2016. In: *Balkan Criminology News: Newsletter of the Max Planck Partner Group for Balkan Criminology*, 2, 4–6 (2016), http://balkan-criminology.eu/files/newsletter/balkan-criminology-news_2016-02.pdf

Vojta, F., Carl, S.: ESC Postgraduate and Early Stage Researchers Working Group (EPER): We've got your back in Münster too! In: *Criminology in Europe: Newsletter of the European Society of Criminology* 15, 2, 18–19 (2016), <http://escnewsletter.org/newsletter/2016-2/european-society-criminology-postgraduate-and-early-stage-researchers-working>

peer-review accepted / peer-review submitted

Vojta, F.: Enforcement of International Sentences in Light of the ICC Decision in Lubanga and Katanga Cases. In: Freedom From Fear Magazine (peer-review submitted).

Von zur Mühlen, Nicolas**2016**

Von zur Mühlen, N.: İnternette İşlenen Örgüt Suçlarının Özellikleri ve Yapısı [Phänomene und Strukturen organisierter Kriminalität im Internet, türkische Übersetzung von Başer Doğan, Zehra]. In: Nuhoglu, A., Sieber, U., Tellenbach, S. (Hrsg.), Alman ve Türk Ceza Hukukunun Güncel Sorunları / Aktuelle Probleme im deutschen und türkischen Strafrecht. Series of the Max Planck Institute for Foreign and International Criminal Law and Bahçeşehir University Joint Research Group T3. Türkiye Adalet Akademisi Yayınları, Ankara 2016, S. 283–296.

Sieber, U., von zur Mühlen, N. (Hrsg.): Access to Telecommunication Data in Criminal Justice. A Comparative Analysis of European Legal Orders. Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht. Strafrechtliche Forschungsberichte S 156. Duncker & Humblot, Berlin 2016 (771 S.).

Tropina, T., von zur Mühlen, N.: Delikte in der digitalen Sphäre – Die Vereinten Nationen im Kampf gegen Cyberkriminalität. In: Vereinte Nationen, 2, 56–60 (2016).

Wahl, Thomas**2016**

Wahl, T.: Exchange of Intercepted Electronic Communication Data between Foreign Countries (Part 3 – Country Report Germany). In: Sieber, U., von zur Mühlen, N. (Hrsg.), Access to Telecommunication Data in Criminal Justice. A Comparative Analysis of European Legal Orders. Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht. Strafrechtliche Forschungsberichte S 156. Duncker & Humblot, Berlin 2016, S. 570–599.

Wahl, T., Riehle, C.: News – European Union. In: Eu-crim – the European Criminal Law Associations' Forum, 01, 2–18 (2016).

Wahl, T., Riehle, C.: News – European Union. In: Eu-crim – the European Criminal Law Associations' Forum, 02, 66–81 (2016).

Wahl, T., Riehle, C.: News – European Union. In: Eu-crim – the European Criminal Law Associations' Forum, 03, 122–134 (2016).

Wahl, T., Riehle, C.: News – European Union. In: Eu-crim – the European Criminal Law Associations' Forum, 04, 154–168 (2016).

2017

Wahl, T., Gless, S.: Die Schweiz und das Europäische Strafrecht, in: U. Cassani et al., Chronique de droit pénal suisse dans le domaine international / Schweizerische Praxis zum Strafrecht im internationalen Umfeld (2016). In: Swiss Review of International and European Law 27, 3, 434–446 (2017).

Wahl, T.: Die EU-Richtlinien zur Stärkung der Strafverfahrensrechte im Spiegel der EMRK. In: ERA Forum, 18, 3, 311–333 (2017), <https://link.springer.com/article/10.1007/s12027-017-0470-7>.

Wahl, T.: Die EU-Strafverfahrensrechtsrichtlinien vor deutschen Gerichten. In: Eu-crim – the European Criminal Law Associations' Forum, 01, 50–52 (2017).

Wahl, T., Riehle, C.: News – European Union. In: Eu-crim – the European Criminal Law Associations' Forum, 01, 2–20 (2017).

Wahl, T., Riehle, C.: News – European Union. In: Eu-crim – the European Criminal Law Associations' Forum, 02, 54–75 (2017).

Wahl, T., Riehle, C.: News – European Union. In: Eu-crim – the European Criminal Law Associations' Forum, 03, 95–121 (2017).

Wahl, T., Riehle, C.: News – European Union. In: Eu-crim – the European Criminal Law Associations' Forum, 04, 162–178 (2017).

Wahl, T.: Zivile Sicherheit aus Sicht des Europäischen Strafrechts [Civil Security from the European Criminal Law Perspective]. In: Gusy, C., Kugelman, D., Würtenberger, T. (Hrsg.), Rechtshandbuch Zivile Sicherheit. Springer, Berlin 2017, S. 489–515.

Wallwaey, Elisa**2017**

Carl, S., Kilchling, M., Knickmeier, S., Wallwaey, E.: Wirtschaftsspionage und Konkurrenzausspähung in Deutschland und Europa. Eine rechtsvergleichende Betrachtung. forschung aktuell | research in brief 49. edition iuscrim, Freiburg i.Br. 2017 (137 S.), https://www.mpicc.de/files/pdf4/rib_49_wiskos_2017.pdf

Walsh, Maria**2015**

Walsh, M.: Case Management in der Bewährungshilfe – eine beispielhafte Darstellung anhand der Situation in Bayern. In: Case Management 12, 2, 78–83 (2015).

Walsh, M.: Übergangsmanagement im Rahmen von Intensivbewährungshilfe. Das Modellprojekt RUBIKON. In: Schweder, M. (Hrsg.), Handbuch Jugendstrafvollzug. Beltz Juventa, Weinheim et al. 2015, S. 730–742.

2016

Walsh, M., Hausenberger, R., Krischker, S., Platten, G., Riemer, S., Schmid, A.: Beziehungsarbeit im Rahmen einer Intensivbetreuung. Möglichkeiten der Bewährungshilfe Impulse zum Karriereabbruch zu setzen. In: Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe, 2, 242–246 (2016).

Weiß, Harald**2015**

Weiß, H.: Haft ohne Urteil. Strafprozessuale Freiheitsentziehungen im deutsch-französischen Vergleich. Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht. Strafrechtliche Forschungsberichte S 148. Duncker & Humblot, Berlin 2015 (891 S.).

Wienhausen-Knezevic, Elke**2015**

Woessner, G., Gauder, K.-S., Wienhausen-Knezevic, E.: The interaction of effects of imprisonment, social support, and individual coping strategies in violent and sexual offenders' reentry experience. In: Dâmboeanu, C. (Hrsg.), Sociological studies on imprisonment – a European perspective. Tritonic, Bucharest 2015, S. 149–184.

Wößner, G., Wienhausen-Knezevic, E., Gauder, K.-S.: "I was thrown in at the deep end ...". Prisoner Reentry: Pat-

terns of Transition from Prison to Community Among Sexual and Violent Offenders. 1. Aufl. (2. Aufl. 2016) forschung aktuell | research in brief 48. edition iuscrim, Freiburg i.Br. 2015 (39 S.), https://www.mpicc.de/files/pdf3/rib_48_woessner_et_al1.pdf, https://www.mpicc.de/files/pdf3/rib_48_woessner_et_al_2016.pdf

2016

Wienhausen-Knezevic, E.: Verlaufsmuster agentivierter Wendungen im Leben junger Haftentlassener. Abbruchs- und Fortführungsprozesse im Rahmen der kriminellen Karriere. In: Soziale Probleme 27, 2, 155–178 (2016), <http://link.springer.com/article/10.1007/s41059-016-0019-y/fulltext.html>, doi: 10.1007/s41059-016-0019-y

Wößner, G., Gauder, K.-S., Wienhausen-Knezevic, E.: Erleben von Gefangenen zwischen drinnen und draußen. In: Koop, G., Kappenberg, B. (Hrsg.), Weichen gestellt für den Justizvollzug? Herausforderungen und Strategien. Gesellschaft für Fortbildung der Strafvollzugsbediensteten e.V., Wiesbaden 2016, S. 90–125.

Wößner, G., Wienhausen-Knezevic, E., Gauder, K.-S.: “I was thrown in at the deep end ...”. Prisoner Reentry: Patterns of Transition from Prison to Community Among Sexual and Violent Offenders. 2. Aufl. forschung aktuell | research in brief 48. edition iuscrim, Freiburg i.Br. 2016 (39 S.), https://www.mpicc.de/files/pdf3/rib_48_woessner_et_al_2016.pdf

2017

Wienhausen-Knezevic, E.: Junge Haftentlassene zwischen Autonomie und Verbundenheit. Ein biografie- und interaktionstheoretischer Ansatz zur Erklärung von Wiedereingliederungsprozessen. In: Bartsch, T., Brandenstein, M., Grundies, V., Hermann, D., Puschke, J., Rau, M. (Hrsg.), 50 Jahre Südwestdeutsche und Schweizerische Kriminologische Kolloquien. Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht. Kriminologische Forschungsberichte K 177. Duncker & Humblot, Berlin 2017, S. 243–261.

Wößner, Gunda

2015

Woessner, G.: Understanding sexual violence: Victims, offenders and community. In: Zinsstag, E., Keenan, M., Aertsen, I. (Hrsg.), Developing integrated responses to sexual violence: An interdisciplinary research project on the potential of restorative justice – Project Report. Leuven Institute of Criminology (LINC), Leuven 2015, S. 22–63.

Woessner, G., Gauder, K.-S., Wienhausen-Knezevic, E.: The interaction of effects of imprisonment, social support, and individual coping strategies in violent and sexual offenders’ reentry experience. In: Dâmboeanu, C. (Hrsg.), Sociological studies on imprisonment – a European perspective. Tritonic, Bucharest 2015, S. 149–184.

Wößner, G., Wienhausen-Knezevic, E., Gauder, K.-S.: “I was thrown in at the deep end ...”. Prisoner Reentry: Patterns of Transition from Prison to Community Among Sexual and Violent Offenders. 1. Aufl. (2. Aufl. 2016) forschung aktuell | research in brief 48. edition iuscrim, Freiburg i.Br. 2015 (39 S.), https://www.mpicc.de/files/pdf3/rib_48_woessner_et_al1.pdf, https://www.mpicc.de/files/pdf3/rib_48_woessner_et_al_2016.pdf

Schwedler, A., Wößner, G.: Elektronische Aufsicht bei vollzugsöffnenden Maßnahmen. Implementation, Akzeptanz und psychosoziale Effekte des baden-württembergischen Modellprojekts. Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht. Kriminologische Forschungsberichte K 169. Duncker & Humblot, Berlin 2015 (126 S.).

2016

Wößner, G.: Women and children as victims of sex offenses: Crime prevention by treating the offenders?. In: Kury, H., Redo, S., Shea, E. (Hrsg.), Women and children as victims and offenders: Background, prevention, reintegration (vol. 2). Springer, Berlin 2016, S. 525–556.

Wößner, G.: Book Review: Radcliffe, P., Gudjonsson, G., Heaton-Armstrong, A., Wolchover, D. (Hrsg.), Witness testimony in sexual cases – Evidential, investigative and scientific perspectives. Oxford University Press, Oxford UK 2016, 413 S. In: European Journal of Crime, Criminal Law and Criminal Justice 24, 2–3, 221–226 (2016).

Wößner, G., Gauder, K.-S., Wienhausen-Knezevic, E.: Erleben von Gefangenen zwischen drinnen und draußen. In: Koop, G., Kappenberg, B. (Hrsg.), Weichen gestellt für den Justizvollzug? Herausforderungen und Strategien. Gesellschaft für Fortbildung der Strafvollzugsbediensteten e.V., Wiesbaden 2016, S. 90–125.

Wößner, G., Graf, J.: Stress und Bewältigungsstrategien im Polizeiberuf im Zusammenhang mit der Ermittlungstätigkeit bei Kinderpornographie: eine qualitative Untersuchung. In: Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform 99, 5, 363–378 (2016).

Wößner, G., Wienhausen-Knezevic, E., Gauder, K.-S.: “I was thrown in at the deep end ...”. Prisoner Reentry: Patterns of Transition from Prison to Community Among Sexual and Violent Offenders. 2. Aufl. forschung aktuell | research in brief 48. edition iuscrim, Freiburg i.Br. 2016 (39 S.), https://www.mpicc.de/files/pdf3/rib_48_woessner_et_al_2016.pdf

Haverkamp, R., Woessner, G.: The emergence and use of GPS electronic monitoring in Germany: Current trends and findings. In: Journal of Technology in Human Services 34, 1, 117–138 (2016).

Haverkamp, R., Woessner, G.: Electronic monitoring and beyond in Germany. In: The Journal of Offender Monitoring 29, 2, 20–25 (2016).

Siegfried, C., Woessner, G.: The explanatory power of the General Theory of Crime: A comparative analysis of a general population and serious offender sample. In: Deviant Behavior 37, 5, 509–524 (2016).

2017

Woessner, G.: On the relationship between restorative justice and therapy in cases of sexual violence. In: Zinsstag, E., Keenan, M. (Hrsg.), Restorative responses to sexual violence. Legal, social and therapeutic dimensions. Routledge, London 2017, S. 248–264.

Gauder, K.-S., Woessner, G.: Re-entry processes of released sex offenders in Germany. In: The International Association for Correctional and Forensic Psychology Newsletter 49, 2, 1–3 (2017).

Wößner, G., Albrecht, H.-J.: Behandlung, Resozialisierung, Rückfallgefahr: Sexualstraftäter in den sozialtherapeutischen Anstalten Sachsens. In: Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V. (Hrsg.), Jahrbuch 2017 der Max-Planck-Gesellschaft. München 2017 (5 S.), https://www.mpg.de/11003517/stra_jb_2017?c=11356432

Schwedler, A., Woessner, G.: Identifying the rehabilitative potential of electronically monitored release preparation: A randomized controlled study in Germany. In: International Journal of Offender Therapy and Comparative Criminology 61, 8, 839–856 (2017).

Grundies, V., Kilchling, M., Oberwittler, D., Wößner, G.: Kriminalität, Kriminalitätskontrolle und ihre Wahrnehmungen im gesellschaftlichen Wandel. Ein kurzer Überblick über ein Jahrzehnt kriminologischer Forschung am Max-Planck-Institut. In: Bartsch, T., Brandenstein, M., Grundies, V., Hermann, D., Puschke, J., Rau, M. (Hrsg.),

50 Jahre Südwestdeutsche und Schweizerische Kriminologische Kolloquien. Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht. Kriminologische Forschungsberichte K 177. Duncker & Humblot, Berlin 2017, S. 63–94.

peer-review accepted / peer-review submitted

Meuer, K., Woessner, G.: Does electronic monitoring as a means of release preparation reduce subsequent recidivism? A randomized controlled trial in Germany. In: European Journal of Criminology (peer-review accepted).

Zhao, Chenguang

2017

Zhao, C.: The ICC and China. The Principle of Complementarity and National Implementation of International Criminal Law. Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht. Interdisziplinäre Forschungen aus Strafrecht und Kriminologie I 25. Duncker & Humblot, Berlin 2017 (245 S.).

Zhou, Zunyou

2015

Zhou, Z.: China's Draft Cybersecurity Law. In: China Brief 15, 24 (2015), [http://www.jamestown.org/programs/chinabrief/single/?tx_ttnews\[tt_news\]=44924&tx_ttnews\[backPid\]=789&no_cache=1#.Vw3zwnqLGC0](http://www.jamestown.org/programs/chinabrief/single/?tx_ttnews[tt_news]=44924&tx_ttnews[backPid]=789&no_cache=1#.Vw3zwnqLGC0)

Zhou, Z.: Paris terrorist attacks underline the need to root out the causes that radicalise youth. In: South China Morning Post (2015), <http://www.scmp.com/comment/insight-opinion/article/1883152/paris-terrorist-attacks-underline-need-root-out-causes>

Zhou, Z.: China's Desperate Battle Against Separatist Terrorism. In: Wall Street Journal (2015).

Zhou, Z.: China needs its human rights lawyers to fortify its rule of law. In: South China Morning Post (2015), <http://www.scmp.com/comment/insight-opinion/article/1844025/china-needs-its-human-rights-lawyers-fortify-its-rule-law>

Zhou, Z.: China's Draft Counter-Terrorism Law. In: China Brief 15, 14 (2015), [http://www.jamestown.org/programs/chinabrief/single/?tx_ttnews\[tt_news\]=44173&tx_ttnews\[backPid\]=789&no_cache=1#.Vw3ul3qLGC0](http://www.jamestown.org/programs/chinabrief/single/?tx_ttnews[tt_news]=44173&tx_ttnews[backPid]=789&no_cache=1#.Vw3ul3qLGC0)

Zhou, Z.: China's Global Hunt for Fugitives: What Beijing Needs to Get Right. In: Wall Street Journal (2015).

Zhou, Z.: In defining terrorism, China should heed global practices. In: South China Morning Post (2015), <http://www.scmp.com/comment/insight-opinion/article/1731061/defining-terrorism-china-should-heed-global-practices>

Zhou, Z.: How China Defines Terrorism. In: The Diplomat Magazine (2015), <http://thediplomat.com/2015/02/how-china-defines-terrorism/>

Zhou, Z.: In its zeal to eradicate the terrorist threat, China must still protect civil liberties. In: South China Morning Post (2015), <http://www.scmp.com/comment/insight-opinion/article/1693342/its-zeal-eradicate-terrorist-threat-china-must-still-protect>

2016

Zhou, Z.: Bishkek bomb cloud casts a shadow over China's interests abroad. In: South China Morning Post, Seq. No.: 2012888 (2016), <http://www.scmp.com/comment/insight-opinion/article/2012888/bishkek-bomb-cloud-casts-shadow-over-chinas-interests-abroad>

Zhou, Z.: After Nice, we all must learn to live with a certain amount of terrorism. In: South China Morning Post, Seq. No.: 1991243 (2016), <http://www.scmp.com/comment/insight-opinion/article/1991243/after-nice-we-all-must-learn-live-certain-amount-terrorism>

Zhou, Z.: After Orlando, the US must accept that strict gun laws curb mass violence, as China's example shows. In: South China Morning Post, Seq. No.: 1976096 (2016), <http://www.scmp.com/comment/insight-opinion/article/1976096/after-orlando-us-must-accept-strict-gun-laws-curb-mass>

Zhou, Z.: Rehabilitating Terrorists: The Chinese Approach. In: Counter Terrorist Trends and Analysis 8, 4, 10–15 (2016), <http://www.rsis.edu.sg/wp-content/uploads/2016/05/CTTA-April-2016.pdf>

Zhou, Z.: Brussels bombings expose Europe's stark choice between security and freedoms. In: South China Morning Post, Seq. No.: 1930572 (2016), <http://www.scmp.com/comment/insight-opinion/article/1930572/brussels-bombings-expose-europes-stark-choice-between>

Zhou, Z.: China's Comprehensive Counter-Terrorism Law. In: The Diplomat, Seq. No.: 2016/01 (2016), <http://thediplomat.com/2016/01/chinas-comprehensive-counter-terrorism-law>

2017

Zhou, Z.: Chinese Strategy for De-radicalization. In: Terrorism and Political Violence, 1–24 (2017), <https://doi.org/10.1080/09546553.2017.1330199>

Zhou, Z.: Is Turkey paying a bloody price for double standards on terror? In: South China Morning Post (2017), <http://www.scmp.com/comment/insight-opinion/article/2060924/turkey-paying-bloody-price-double-standards-terror>

Zurkinden, Nadine

2015

Zurkinden, N.: Punishable conduct prior to the completion of an offence in Switzerland, S. 63–81; Parties to crime in Switzerland, S. 208–239; Criminal liability for crimes in companies, associations, and other collective legal entities in Switzerland, S. 351–368. In: Sieber, U., Jarvers, K., Silverman, E. (Hrsg.), National Criminal Law in a Comparative Legal Context. Vol. 4.1: Special forms of criminal liability. Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht. Strafrechtliche Forschungsberichte S 128.4.1. Duncker & Humblot, Berlin 2015.

Cassani, U., Roth, R., Sager, C., Zurkinden, N.: Chronique de droit pénal suisse dans le domaine international (2014) = Schweizerische Praxis zum Strafrecht im internationalen Umfeld (2014). In: Schweizerische Zeitschrift für internationales und Europäisches Recht 25, 3, 427–438 (2015).

Zurkinden, N.: Switzerland – cherry-picker or victim of EU criminal law imperialism? In: Tidsskrift for Strafferett, 488–514 (2015).

Petrig, A., Zurkinden, N.: Swiss Criminal Law in a Nutshell. DIKE, Zürich 2015 (218 S.).

2016

Zurkinden, N.: Grounds for excluding criminal liability in Switzerland, S. 167–208; Grounds for terminating or expunging criminal liability in Switzerland, S. 358–374. In: Sieber, U., Jarvers, K., Silverman, E. (Hrsg.), National Criminal Law in a Comparative Legal Context. Vol. 5.1: Grounds for rejecting criminal liability. Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht. Strafrechtliche Forschungsberichte S 128.5.1. Duncker & Humblot, Berlin 2016.

B. Veranstaltungen und Vorträge

Die wissenschaftlichen Tagungen, Kolloquien und Workshops sowie die Vorträge der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des Max-Planck-Instituts dienen vor allem der Vorstellung und dem Austausch von Forschungsergebnissen, der Pflege und dem Ausbau internationaler und nationaler wissenschaftlicher Netzwerke sowie der Entwicklung und Förderung neuer Forschungsperspektiven. Sie sind daher neben den Publikationen ein wesentlicher Bestandteil des Wissenstransfers.

1. Veranstaltungen

Die wissenschaftlichen Veranstaltungen orientieren sich inhaltlich am Forschungsprogramm und an den Forschungsschwerpunkten der wissenschaftlichen Abteilungen. Sie finden nicht nur am Institut, sondern auch extern im In- und Ausland statt. Dabei nehmen die Kooperationen mit nationalen und internationalen Partnern auch weiterhin große Bedeutung ein. Soweit Veranstaltungen am Institut stattfinden, stehen sie allen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie den wissenschaftlichen Gästen und in aller Regel Kolleginnen und Kollegen an der Universität, der Justiz sowie der interessierten Öffentlichkeit offen.

Im Berichtszeitraum besonders hervorzuheben ist die Konferenz „Terrorismus und Kriminalpolitik“ in der Aula der Universität Freiburg. Vier zum Teil international und interdisziplinär zusammengesetzte Panels besetzt mit Vertretern aus Forschung und Praxis diskutierten vor und mit zahlreich anwesendem Fachpublikum teilweise sehr kontrovers aktuelle Fragestellungen zu „Terrorismus und präventives Strafrecht“, „Terrorismus und Polizeirecht“, „Terrorismus, Verwaltungsrecht und Recht der Nachrichtendienste“, „Terrorismus, Notstandsrecht und Recht der bewaffneten Konflikte“ sowie zu „Alternativen der Prävention des Terrorismus“. Die Veranstaltung erfolgte im Rahmen der 50-Jahr-Feier des Freiburger Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht.

In einem internationalen Symposium zum Thema „Secret Evidence in Court Proceedings“ diskutierten im August 2016 Vertreterinnen und Vertreter aus acht Rechtsordnungen vor dem Hintergrund der aktuellen terroristischen Bedrohung in Europa den Umgang mit nachrichtendienstlichen und anderen geheimen Beweisquellen in Strafverfahren und den daraus resultierenden Konflikt zwischen rechtsstaatlichen Verfahrensgrundrechten und staatlichen Geheimhaltungsinteressen.

Ebenfalls im Sommer 2016 widmeten sich junge Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler aus zehn Ländern in einem eintägigen Kolloquium der Rolle des Strafrechts beim Umgang mit Geschichte, etwa im Hinblick auf die Leugnung des Holocausts. Anlass hierfür war nicht zuletzt die in den vergangenen Jahren im Zuge terroristischer Gewalt vielerorts wieder entflammte Debatte über die Kriminalisierung menschenverachtender Äußerungen.

Aktuelle Entwicklungen zu Recht und Praxis der Geldwäschekontrolle und Vermögensabschöpfung waren Gegenstand eines Symposiums mit chinesischen Partnern der Beijing Normal University und weiterer Institutionen aus der Volksrepublik China im November 2017. Die Fortentwicklung der Rahmenvorgaben auf der internationalen Ebene wurde ebenso diskutiert wie deren Implementation und Probleme der praktischen Umsetzung in China, Deutschland und anderen europäischen Rechtsordnungen.

Die zweitägige Konferenz „Beyond National Sovereignty“ führte am Institut im Dezember 2017 hochrangige Vertreter internationaler Institutionen und Wissenschaftler zusammen, um jüngst aufkommende Fragen supranationaler Strafverfolgung sowie alternative Mechanismen der internationalen Ahndung schwerer Menschenrechtsverletzungen zur Diskussion zu stellen. Der Erfolg der Veranstaltung unterstrich zum einen das große Potenzial eines Erfahrungsaustauschs zwischen Wissenschaft und Praxis und bestätigte zum anderen einmal mehr das besondere Ansehen des Freiburger Max-Planck-Instituts nicht zuletzt bei Praktikern der internationalen Strafrechtspflege.

Im Jahr 2017 war die Kriminologische Abteilung gemeinsam mit dem Institut für Kriminologie und Wirtschaftsstrafrecht der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg für die Organisation und Austragung des 53. Kolloquiums der Südwestdeutschen und Schweizerischen Kriminologischen Institute und Lehrstühle verantwortlich. Insgesamt waren mehr als zehn Hochschulen und Institute vertreten. Auch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus anderen Bundesländern und dem Ausland waren zugegen, was deutlich macht, dass sich das Kolloquium zu einer in Fachkreisen geschätzten Tradition entwickelt hat.

Im Rahmen des zusammen mit der Universität Oxford durchgeführten Projekts „The Limits of Criminal Law“ fanden im Mai 2017 und Januar 2018 zwei jeweils zweitägige Workshops statt, zunächst in Oxford und anschließend in Freiburg. Zur Erstellung einer umfassenden rechtsvergleichenden Studie diskutierten dabei acht deutsch-englische Autorenpaare die Stellung des Strafrechts innerhalb der staatlichen Sicherheitsarchitektur. In Kleingruppen sowie in großer Runde wurde dabei der Frage nachgegangen, welche Faktoren die Beziehung des Strafrechts zu anderen Disziplinen des Rechts (etwa dem Verwaltungs- oder dem Nachrichtendienstrecht) prägen.

Zwischen der Kriminologischen Abteilung des Max-Planck-Instituts und dem „National Institute of Criminology of Hungary (OKRI)“ hat sich in den letzten zehn Jahren eine Kooperation etabliert, die in regelmäßige und stetig an Sichtbarkeit gewinnende gemeinsame Veranstaltungen mündete. Um diese international etablierte Kooperation fortzuführen und zu erweitern, fand im März 2018 der eintägige Workshop „Challenges for Criminal Psychology in Times of Insecurity and Globalization“ im Freiburger Max-Planck-Institut statt. Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen aus verschiedenen ungarischen Forschungseinrichtungen und dem Max-Planck-Institut präsentierten und diskutierten empirische Forschungsergebnisse zu verschiedenen aktuellen Themen wie z.B. objektiver und subjektiver Sicherheit, Opfern von Unternehmenskriminalität in einem globalisierten Kontext oder zu neueren, z.B. neurobiologischen, Erkenntnissen der Jugendkriminalität. In diesem Rahmen kam ein reger Austausch zu der Frage zustande, was die Kriminalpsychologie im 21. Jahrhundert zu den gesellschaftlich drängenden Fragen zu bieten hat.

Im Jahr 2017 begannen am Institut die Arbeiten für eine wissenschaftliche Vorbereitungsveranstaltung zu dem alle fünf Jahre stattfindenden AIDP-Kongress 2019 in Rom. Diese bedeutendste Tagung der Strafrechtswissenschaftler weltweit wird in vier sektionsweise aufgeteilten Kolloquien vorbereitet. Dem Max-Planck-Institut für Strafrecht in Freiburg kam hier eine herausragende Bedeutung zu, weil für die Sektion 3 (Strafprozessrecht) nicht nur das Institut zum Ausrichter für die Kolloquiumsveranstaltung bestimmt wurde, sondern auch Prof. Sieber zum Generalberichterstatler. Diese *internationale Konferenz* zum Thema „Prevention, Investigation, and Sanctioning of Economic Crime“ fand vom 18.–21. Juni 2018 in Freiburg mit ca. 200 Teilnehmern aus aller Welt statt. Drei weitere Veranstaltungen zu ähnlichen Themenstellungen der Wirtschaftskriminalität setzten es anschließend fort. Die Konferenz wurde durch ca. 30 Landesberichte und Spezialberichte zu dem Thema intensiv vorbereitet. Die Berichte, Vorträge und Diskussionen leisteten einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung und Bewertung neuer Strategien und Mechanismen zur Prävention, Verfolgung und Sanktionierung von Wirtschaftsstraftaten auf nationaler, internationaler und supranationaler Ebene. Die am Ende dieser Veranstaltung entworfenen Empfehlungen für mögliche Beschlüsse werden zusammen mit einer Auswertung der Berichte bis zur Hauptkonferenz in Rom 2019 noch weiterentwickelt.

Im Berichtszeitraum waren sechs ausländische Delegationen aus Wissenschaft, (Wissenschafts- und Rechts-)Politik und Praxis am Max-Planck-Institut zu Gast. Die zum Teil mehrtägigen Aufenthalte waren verbunden mit einem intensiven wissenschaftlichen Austausch und häufig mit vom Institut organisierten Besuchen bei der örtlichen Justiz und dem Strafvollzug sowie dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg und/oder dem Bundesgerichtshof in Karlsruhe. Im Zentrum des Besuchs einer Delegation von Staatsanwälten aus Peking im Jahre 2015 stand der Workshop „Development in Criminal Justice Policy and Research in China“. In den Jahren 2015 und 2016 waren, wie in den Vorjahren auch, Delegationen von Justizbeamtinnen und Justizbeamten aus der Mongolei zu Gast. Eine norwegische Delegation aus Staatsanwälten, Richterinnen, Professoren, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Justizministeriums, unabhängige Rechtsberater sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Polizeibehörden, die damit beauftragt waren, die norwegische Strafprozessordnung zu überarbeiten, fand sich im Jahr 2015 ein. Im Mittelpunkt ihres Besuchs stand ein Expertenworkshop mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern des Instituts sowie deutschen Staatsanwälten zum deutschen Strafprozessrecht. Die norwegischen Kolleginnen und Kollegen nutzten darüber hinaus die umfangreiche Bibliothek des Instituts, um Einblicke in die Literatur zum Strafprozessrecht anderer Rechtsordnungen zu nehmen. Ebenfalls im Jahr 2015 fand ein einwöchiges Studien- und Dialogprogramm mit Richtern des Obersten Gerichtshofs Thailands am Institut statt. Eine Delegation aus iranischen Juristinnen und Juristen nahm 2017 an einem Seminar „Criminal Procedure in a State of Law. The Example of Germany“ teil. Nicht selten mündeten die Besuche in längerfristige Kooperationen.

Der wissenschaftlichen Diskussion zwischen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Instituts und den ausländischen Gästen dienen die Vortragsreihen in beiden Abteilungen. Bereits seit langem etabliert sind die regelmäßig durchgeführten „Mittwochsvorträge“ der Strafrechtlichen Abteilung. Ähnliches gilt für die Vorträge der Kriminologischen Abteilung zu aktuellen Themen sowie methodischen und theoretischen Fragestellungen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kriminologischen Abteilung präsentieren meist während des Semesters aktuelle Forschungsarbeiten im informellen Rahmen der „Brown Bag“-Reihe.

In den Veranstaltungen und Vortragsreihen der beiden Abteilungen haben auch die Doktorandinnen und Doktoranden des Instituts Gelegenheit, ihre Dissertationsvorhaben und vorläufigen Ergebnisse vorzustellen. Sie präsentieren ihre Arbeiten zudem auf den regelmäßigen Doktorandentreffen und stellen sich dabei der kritischen Diskussion. Vor diesem Hintergrund sind derartige Vortragsveranstaltungen auch als Foren der Förderung und Integration des wissenschaftlichen Nachwuchses zu betrachten. Die von den beiden Research Schools regelmäßig veranstalteten Vorträge, Tagungen und Workshops mit namhaften Referentinnen und Referenten aus dem In- und Ausland vermitteln auch über den Fokus der Doktorandenausbildung hinaus vielfältige Impulse für die Forschungstätigkeit der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Instituts.

Unter den externen Veranstaltungen des Instituts sind neben den bereits genannten besonders bi- und multilaterale wissenschaftliche Veranstaltungen in Lateinamerika, Georgien und der Kaukasus-Region, der Türkei, der Volksrepublik China und der Russischen Föderation zu nennen. Eine weitere Komponente sind die regelmäßigen Sommerkurse an der Universität Pécs, Ungarn, die im jährlichen Wechsel zu strafrechtlichen und kriminologischen Themen durchgeführt werden, sowie die unter der Federführung der Max Planck Partner Group for Balkan Criminology organisierten wissenschaftlichen Veranstaltungen in der Balkan-Region.

Schließlich hatten die Veranstaltungen zur Jubiläumsfeier im Jahr 2016 – 50 Jahre Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht – eine besondere Bedeutung. Hervorzuheben ist der Festakt am 1. Juli 2016 im Historischen Kaufhaus der Stadt Freiburg mit Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Politik und Justiz sowie rund 400 Gästen aus dem In- und Ausland, dem sich eine ungezwungene Open-House-Veranstaltung am Institut bis in den späten Abend anschloss. In diesem Zusammenhang standen zwei Veranstaltungen am Freiburger Theater. Am 20.11.2016 fand das Max-Planck-Forum „Untaten im Namen des Staates – Verbrechen gegen die Menschlichkeit als Aufgabe des Strafrechts“ vor dem Hintergrund der Flüchtlingskrise statt. Rund 250 Zuhörer nahmen an der interdisziplinär besetzten Podiumsdiskussion im Winterer

Foyer des Theater Freiburg teil. Diese Veranstaltung war Auftakt zu der musikalischen Lesung „A Song of Good and Evil“ von und mit Philippe Sands, Katja Riemann und August Zirner, die in einer Kooperation mit dem Freiburger Theater im Großen Haus in deutscher Sprache am 25.11.2016 uraufgeführt wurde.

Außerhalb der Jubiläumsveranstaltungen, aber ebenfalls mit dem Gedanken des Scientific Outreach, fanden 2017 und 2018 weitere Veranstaltungen des Instituts statt. Im Rahmen der International Max Planck Research School on Retaliation, Mediation and Punishment wurde im Kommunalen Kino Freiburg eine ungewöhnliche Podiumsdiskussion im Januar 2017 durchgeführt mit Tätern und Opfern der Roten Brigaden. Ferner diskutierte im Rahmen eines Max-Planck-Forums u.a. Prof. Dr. Dietrich Oberwittler über die Frage „Wächst die Gewalt? Jugendkriminalität im öffentlichen Raum“ am 28.03.2017 in Berlin. Am 14.02.2018 fand schließlich ein weiteres vom Max-Planck-Institut initiiertes Max-Planck-Forum in Berlin statt, das mit fast 140 Zuhörerinnen und Zuhörern einen Besucherrekord bei den Max-Planck-Foren in Berlin verzeichnen konnte. Prof. Hans-Jörg Albrecht diskutierte dabei mit dem Präsidenten des Bundeskriminalamtes Holger Münch über die Frage „Kampf gegen den Terrorismus – Was sind die richtigen Mittel?“. Die große Resonanz – auch in der anschließenden Diskussion mit dem Publikum – macht deutlich, welcher Stellenwert der Dialog zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis für aktuelle kriminalpolitische Fragen hat.

VERANSTALTUNGEN AM INSTITUT

Tagungen, Kolloquien und Workshops

2015

Workshop “Development in Criminal Justice Policy and Research in China”, 07.01.2015.

International Criminal Law & Transitional Justice Colloquiums Series “Current Challenges of Transitional Justice and International Criminal Law”, 29.07.2015.

Workshop „Übergänge in der Ukraine – Kriminalpolitik und Strafrechtliche Tendenzen“, in Zusammenarbeit mit der WOG (West-Ost Gesellschaft Südbaden), 05.08.2015.

German-Mongolian Seminar on Current Trends in Criminal Punishment, 19.–22.10.2015.

Deutsch-norwegisches Seminar “The German System of Criminal Procedure”, 20.–22.10.2015.

Kolloquium zu Ehren von Frau Dr. Silvia Tellenbach „Türkisches Straf- und Strafprozessrecht in Theorie und Praxis“, 11.12.2015.

2016

Sino-German Seminar on Criminal Justice, 12.01.2016.

Open Access Conference, 25.01.2016.

Workshop “Desistance Processes among Young Offenders following Judicial Interventions”, 31.03.–01.04.2016.

Meilenstein- und Kooperationsverbundtreffen des Projekts „Wirtschaftsspionage und Konkurrenzausspähung in Deutschland und Europa (WiSKoS)“, 02.05.2016.

Internationaler Workshop [geschlossene Veranstaltung] des Projekts „Wirtschaftsspionage und Konkurrenzausspähung in Deutschland und Europa (WiSKoS)“, 03.05.2016.

International Symposium “Ethnic Diversity and Neighbourhood Social Processes – Cross-Cultural Perspectives”, zusammen mit Dr. Rebecca Wickes, School of Social Science, University of Queensland/Australia, 24.05.–25.05.2016.

Kolloquium „Verbrechen unter kommunistischer Herrschaft: Aufarbeitung & Umgang“, International Max Planck Research School on Retaliation, Mediation and Punishment (IMPRS REMEP), zusammen mit der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg und der Platform of European Memory and Conscience, 24.06.2016.

German and Chinese Workshop on Economic Criminal Law, 05.07.2016.

International Criminal Law & Transitional Justice Colloquiums Series “Creation & Protection of Historical Memory by the Means of Criminal Law”, 29.07.2016.

International Colloquium “Secret Evidence in Court Proceedings”, 01.08.2016.

Seminar “Sentencing Policy and Practices in Germany and Mongolia”, 12.–16.09.2016.

Jahrestagung der Gesellschaft für Arabisches und Islamisches Recht e.V. (GAIR), 21.–22.10.2016.

Workshop “International Legal Cooperation in the Interception of Communications (INTLI)”, 01.–02.12.2016.

2017

International Conference on Mass Supervision “SPECTO 2017”, zusammen mit der West University of Timișoara und der Confederation of European Probation (CEP), 11.–12.05.2017.

International Symposium on Challenges of Criminal Trials, 11.07.2017.

Tagung „Strafrechtsreformen in einigen Ländern der ehemaligen Sowjetunion und die Ergebnisse nach 25 Jahren Unabhängigkeit“, 14.08.2017.

Ceremonial Presentation of the Festschrift in Honour of Prof. Dr. Nestor Courakis, full member of the European Academy of Sciences and Arts, 22.09.2017.

MPPG “Balkan Criminology” Meeting, Max Planck Partner Group for Balkan Criminology (MPPG), 30.10.–01.11.2017.

China-Germany Workshop "Anti-Money Laundering and Asset Recovery: International Perspectives", zusammen mit der Beijing Normal University, 20.–21.11.2017.

Workshop "Balkan Homicide Study", zusammen mit der Max Planck Partner Group for Balkan Criminology (MPPG), 26.–28.11.2017.

Workshop „Streitregulierung in Deutschlands pluraler Gesellschaft“, zusammen mit dem Max-Planck-Institut für ethnologische Forschung (Halle/Saale), 29.–30.11.2017.

Workshop "Beyond National Sovereignty: New Approaches to International and Transnational Law Enforcement", 01.–02.12.2017.

Vorträge in der Strafrechtlichen Abteilung (insbesondere „Mittwochsvorträge“)

2015

Dott. Stefano Zirulia, Milan, Italy: "Victims of Toxic Substances in Criminal Court: Just an Italian Oddity?", 21.01.2015.

"Criminal Law Reform in Romania":

Dr. Ioana Celina PAȘCA, West University of Timișoara, Romania: "The new criminal code: A balance between tradition and innovation",

Dr. Laura Maria STĂNILĂ, West University of Timișoara, Romania: "New systematization of the crimes and offenses in the special part of the new Romanian criminal code",

Dr. Flaviu CIOPEC, West University of Timișoara, Romania: "The Romanian code of criminal procedure: New rules, new standards, new principles", 04.03.2015.

Professor Wayne McCormack, University of Utah, USA: "To Ignore or Not To Ignore: International Law in the U.S. Supreme Court", 20.05.2015.

Prof. Dr. Bachana Jishkariani, LL.M., Tbilisi State University, Georgia: "The Influences of European Criminal Law on Georgian Criminal Law", 17.06.2015.

Dr. Ivan Salvadori, Verona University, Italy: "Possession as an Offence – Some Reflections from a Comparative Perspective –", 15.07.2015.

Assoc. Prof. Dr. Hossein Gholami, Allama Tabatabaiei University, Tehran, Iran: "Political-economic system and responses to crime: Analyzing the developments in Iran since 1979", 22.07.2015.

Prof. Vincent Cheng Yang, Ph.D., Saint Joseph University, Macau: "Fugitives and Stolen Assets: Can China and the West Cooperate under UNCAC?", 14.08.2015.

Dr. Roberto Wenin, University of Trento: "Fighting Terrorism by Criminalization of Preparatory Acts: A Comparative Analysis", 26.10.2015.

Prof. Dr. Alison Dundes Renteln, University of Southern California, USA: "Cultural Diversity and (Criminal) Law – Epistemology and Methodology in Conducting Research on Cultural Diversity and Criminal Law", 30.10.2015.

Dr. Cengiz Tannkulu, Izmir, Turkey: "Computer Fraud in the Turkish Penal Code", 04.11.2015.

Helene Højfeldt, LL.M., Aarhus University, Denmark: "The Criminal Liability of Foreign Fighters", 02.12.2015.

2016

Prof. Dr. Dr. h.c. Ivo Josipović, University of Zagreb, Croatia: "Social and Political Development of the Republic of Croatia – The Role of Criminal Law", 10.05.2016.

Catherine Marchi-Uhel, Ombudsperson for the UN Security Council ISIL (Da'esh) and Al-Qaida Sanctions

Committee: "The Ombudsperson mechanism of the ISIL (Da'esh) and Al-Qaida sanctions regime", 04.07.2016.

Patricia Faraldo Cabana, University of A Coruña/Spain – FRIAS Senior Fellow/Germany: "Money and the Governance of Punishment", 20.07.2016.

Dr. Lukas Staffler, Universität Innsbruck, Österreich: „Terrorismusprävention nach der italienischen Strafrechtsreform von 2015“, 27.07.2016.

Dr. Matthew Dyson, Trinity College, Cambridge/UK: "The New English Law of Complicity", 11.08.2016.

Prof. Dr. Valsamis Mitsilegas, Dean of the School of Law, Queen Mary University of London/UK: "Preventive Justice and the State of Prevention in EU Law", 26.10.2016.

Dr. Henri Decœur: "The Criminalisation of Armed Jihad under French Law: Concerns over Current Practices and Future Developments", 28.10.2016.

Dr. Antje du Bois-Pedain, University of Cambridge: "Paradigms of Criminal Participation", 05.12.2016.

2017

Prof. Dr. Yuki Nakamichi, Waseda Universität, Tokio, Japan: „Präventionsstrafrecht in Japan – Hintergrund, Entwicklung und Aufgaben der ‚Aktivierung von Strafgesetzgebung‘“, 25.01.2017.

James Stewart, Deputy Prosecutor of the ICC, The Hague, Netherlands: "The International Criminal Court: Challenges and Achievements", 15.02.2017.

Prof. Zhuangzhi Sun, Chinese Academy of Social Sciences (CASS): "China's Anti-Corruption Campaign through Strengthening Chinese Communist Party's Rules", 28.02.2017.

Klaus Rackwitz, Director of the International Nuremberg Principles Academy: "Some Remarks on the International Nuremberg Principles Academy's Rules", 01.03.2017.

Advocate-General Philippe de Koster, Public Prosecutor's Office of the Belgian Court of Cassation, Director of the Belgian Financial Intelligence Processing Unit (C.T.I.F.-C.F.I.): "The Evolution of the Role of Financial Intelligence Units", 10.05.2017.

Prof. Grazia Mannozi, University of Insubria, Italy: "Humanism of Justice: Looking to the Future through the Awareness of the Past", 28.06.2017.

Dr. iur. Sonja Pflaum, University of Basel, Switzerland: "Self-defence and excessive self-defence with weapons in Swiss criminal law", 12.07.2017.

Dr. Hans-Holger Herrnfeld, Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV), Berlin: „Die Europäische Staatsanwaltschaft – ein neuer Meilenstein europäischer Strafrechtspolitik“, 18.09.2017.

Dr. Wouter van Ballegooij, Policy Analyst, European Parliament: "The Cost of Non-Europe in the EU Criminal Justice Area", 20.09.2017.

Prof. Dr. Nestor Courakis, full member of the European Academy of Sciences and Arts: "Social Justice as a New Objective of Criminal Policy – Beyond Restorative Justice", Vortrag im Rahmen der "Ceremonial Presentation of the Festschrift in Honour of Prof. Dr. Nestor Courakis", 22.09.2017.

Antonella Comba, Buenos Aires University, Argentina: "Rural tax evasion in Argentina: The sociocultural phenomenon of tax offences in the agricultural activity", 11.10.2017.

Prof. Dr. He Jiahong, Renmin University of China, Beijing: "Anti-Corruption Strategy in China", 13.11.2017.

Karla Padilha Rebelo Marques, Public Prosecutor, Maceió, Alagoas, Brazil: "The challenge of preventing and combating public corruption in Brazil", 29.11.2017.

Prof. Jacqueline E. Ross, University of Illinois, USA: „Verdeckte Ermittlungen in vergleichender Betrachtung: die USA, Deutschland, Italien und Frankreich“, 20.12.2017.

Dr. Juan-Pablo Pérez-Léon-Acevedo, University of Oslo, Norway: „Reparations for Victims of International Crimes and International Criminal Justice: Developments, Limitations, and Prospects“, 21.12.2017.

Vorträge in der Kriminologischen Abteilung (insbesondere Gastvorträge, REMEP Guest Lecture Series und „Brown Bag“-Vortragsreihe)

2015

Prof. Dr. Sebastian Roché, CNRS, PACTE / University of Grenoble, Institut d'études politiques: „Religious Faith, Identity and Trust in Police among Adolescents“, 20.01.2015.

Thomas S. Carhart, USA: „Ein Atlas der Prostitution: Zur raumbezogenen Analyse als wissenschaftlicher Ansatz und Werkzeug für die kriminologische Erfassung von und Forschung zur Prostitution und ihrer spezifischen Rand- und Nebenerscheinungen“, 14.04.2015.

Dr. Tilmann Röder, Max Planck Foundation for International Peace and the Rule of Law, Heidelberg: „Colonial Law in the 21st Century – The Framework for Dispute Resolution in Pakistan's Federally Administered Tribal Areas (FATA)“, 29.04.2015.

Göran Köber, MPI Freiburg: „Intersections of vulnerability and fear of crime in two big German cities“, 19.05.2015.

Anna Weeke: „Ich nehme alle Schuld auf mich, da Sigid – was soll ich sagen mein Leben war – Eine Analyse von Abschiedsbriefen familialer Homizid-Suizid-Täter“, 02.06.2015.

Suzan van der Aa, Assistant professor International Victimology Institute Tilburg (INTERVICT), Tilburg University, Netherlands: „Creating a victim hierarchy on the basis of vulnerability. Affirmative action or unjustified discrimination?“, 09.06.2015.

Dr. Rebecca Wickes, School of Social Science, University of Queensland, Brisbane, Australia: „The regulatory capacity of neighborhoods: A longitudinal study of violence, drug and property crime“, 15.06.2015.

Prof. Dr. Didier Fassin, Institute for Advanced Study, Princeton: „The Moral Life of the State“, 23.06.2015.

Sebastian Kurtenbach, Universität Köln: „Leben im Problemviertel – Disorder und Kontexteffekte untersucht am Beispiel Köln-Chorweiler“, 03.07.2015.

Anina Schwarzenbach, MPI Freiburg: „Adolescents' identities and their attitudes toward the police. Insights from the German-French POLIS Project“, 14.07.2015.

Prof. Dr. Ulrich Bröckling, University of Freiburg, Institute for Sociology: „Governing by Triangulation. On Mediation“, 23.07.2015.

Jon Gould, Ph.D., J.D., Professor of Public Affairs and Law, American University Washington, D.C., On leave as Director of the Law and Social Sciences Program, National Science Foundation, USA: „Location, Location, Location: Operationalizing the Influence of Local Punitive Culture in Assessing the U.S. Death Penalty“, 01.09.2015.

Prof. Dr. Reinhard Wolf, Professor of International Relations, Department of Political Science at Goethe University Frankfurt/M.: „Respect and Recognition: Neglected Pathways to Peace?“, 13.11.2015.

Dr. Anita Nagy, Associate professor at the University of Miskolc, Faculty of Law, Department of Criminal Procedure Law and Prison Law, Ungarn: „Criminal Sanction System in Hungary“, 16.11.2015.

Lesung und Publikumsgespräch mit Prof. Dr. Bernd Maelicke, Lüneburg: „Knastdilemma – Resozialisierung neu denken“, zusammen mit NEUSTART gGmbH und dem Bezirksverein für soziale Rechtspflege Freiburg, 24.11.2015.

2016

Prof. Dr. Nora V. Demleitner, Washington and Lee University School of Law, USA: „From Mass Incarceration to Mass Supervision in the United States: How to Create Meaningful Change“, 18.01.2016.

Marie-Ursula Kind, LL.M., Cambridge, Senior Adviser on Transitional Justice, Support to Transitional Justice in Kosovo (STJK), United Nations Kosovo Team: „Transitional Justice in Kosovo“, 27.01.2016.

Jean-Paul Costa, former President of the European Court of Human Rights: „The ECHR Case-Law; its Influence on Criminal Procedure of the Member States“, 21.03.2016.

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Hans-Jörg Albrecht, MPI Freiburg: „Preconditions for Ending Cycles of Violence – The Case of Colombia“, 22.11.2016.

Prof. Dr. Kai Ambos, University of Göttingen: „The Colombian Peace Process after the 'No' of 2 October 2016“, 28.11.2016.

Prof. Dr. Walter Perron, University of Freiburg: „Objectives, Mechanisms and Efficiency of Criminal Convictions in Stable Societies and in the Colombian Transitional Situation“, 21.12.2016.

2017

Ana María Rodríguez, Human Rights Lawyer at the Colombian Commission of Jurists (CCJ): „Victims and the Colombian Peace Process“, 24.03.2017.

Prof. Dr. Salvatore Palidda, University of Genova, Italy: „Governance of Security and Ignored Insecurities at European Borders“, discussion statement by Thomas Wahl, MPI Freiburg & Susanne Knickmeier, MPI Freiburg, 09.05.2017.

Anne Klinefelter, Associate Professor of Law and Director of the Law Library at the University of North Carolina, USA: „Privacy and Court Records: An Empirical Study“, 22.05.2017.

Markus Schultze-Kraft, D.Phil., Oxon, Associate Professor, Department of Political Studies, Universidad Icesi, Cali – Colombia: „Making Peace in Seas of Crime: Criminal Order and Armed Conflict Termination in Colombia“, 04.07.2017.

Prof. Dr. Eugenio Raúl Zaffaroni (Argentinien), gemeinsam mit Guido Leonardo Croxatto, LL.M. (Berlin und Argentinien): „Friedrich Spee: Von der Hexenjagd zum modernen Strafrecht“, 10.07.2017.

Dr. Carolin Görzig, Max Planck Research Group Leader at the Max Planck Institute for Social Anthropology in Halle (Saale): „Presentation of the Max Planck Research Group Project 'How terrorists learn'“, discussants: Dr. Andreas Armbrorst, National Center for Crime Prevention in Germany & Dr. Anina Schwarzenbach, MPI Freiburg, 07.11.2017.

Dr. Romain Sèze, National Institute of Advanced Studies in Security and Justice (INHESJ), Paris, Frankreich: „Countering Islamist radicalisation in France. Social and political challenges posed by an emerging security paradigm“, 05.12.2017.

Veranstaltungen im Rahmen der Doktorandenausbildung

2015 – 2017

Regelmäßige Dienstagskolloquien der IMPRS-CC.

2015

IMPRS REMEP Summer University, 11.–16.09.2015.

Seminar for Doctoral Students, International Max Planck Research School on Retaliation, Mediation and Punishment (IMPRS REMEP) & Berner Graduiertenschule für Strafrechtswissenschaften (BGS), 15.–16.10.2015.

Session on the landscape of English-speaking criminal law and criminology journals and beyond, International Max Planck Research School on Retaliation, Mediation and Punishment (IMPRS REMEP) & Alumni Association of the MPICC [*Verein der Freunde und Förderer des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht e.V.*], Professor Nora Demleitner, Washington and Lee University, School of Law: “How to become known in the US: Journals, Conferences and Networks”, PD Dr. Dietrich Oberwittler, Senior Researcher, MPICC: “Publishing in English-Speaking Criminological Journals”, 09.12.2015.

2016

Workshop zu Stress und psychischen Belastungen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in der Feld-

forschung (Workshop on stress and violence in the field), Leitung: Prof. Dr. med. Christian Pross, International Max Planck Research School on Retaliation, Mediation and Punishment (IMPRS REMEP), 04.02.2016.

Alumni+ Meeting 2016, International Max Planck Research School on Retaliation, Mediation and Punishment (IMPRS REMEP), 26.02.2016.

Workshop: “Lecture: ‘I’ve got your back Jack!’ – Reviewing and writing for academic journals”, zusammen mit Prof. Dr. John Winterdyk, Mount Royal University, Canada, und der European Society of Criminology Postgraduate and Early Stage Researchers Working Group (EPER), 25.05.2016.

2017

Winter School together with Allameh Tabataba’i University Tehran and the Federal Ministry of Justice and Consumer Protection: “Criminal Procedure in a State of Law – The Example of Germany”, 23.–31.01.2017.

IMPRS REMEP Winter School, 18.02.2017.

Einführungskurs: “Introduction to Criminal Law & Criminology”, International Max Planck Research School on Retaliation, Mediation and Punishment (IMPRS REMEP), 23.–24.03.2017.

Seminar for Doctoral Students, International Max Planck Research School on Retaliation, Mediation and Punishment (IMPRS REMEP) & Berner Graduiertenschule für Strafrechtswissenschaften (BGS), 02.–03.11.2017.

EXTERNE VERANSTALTUNGEN DES INSTITUTS

2015

7th International Spring Course “Crime Prevention through Criminal Law & Security Studies”, zusammen mit der University of Zagreb, Faculty of Law, IUC Dubrovnik (HR), Dubrovnik, Kroatien, 23.–27.03.2015.

International conference “Police-citizen relations”, zusammen mit Pacte research unit, CNRS – Sciences Po, University of Grenoble, Paris, Frankreich, 19.–21.04.2015.

II Encuentro Criminológico del Observatorio Latinoamericano de Derecho Penal y Reformas Penales (OLAP), zusammen mit der Pontificia Universidad Javeriana, Bogotá, Kolumbien, 04.–06.05.2015.

3. Konferenz des Fachdialogs Geistes- und Sozialwissenschaften in der zivilen Sicherheitsforschung „Grenzenlose Sicherheit? – Gesellschaftliche Dimensionen der Sicherheitsforschung“, zusammen mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung, Berlin, 07.–08.05.2015.

Internationale Evaluation der Max-Planck-Partnergruppe für Balkan-Kriminologie, zusammen mit der University of Zagreb, Faculty of Law, Zagreb, Kroatien, 13.07.2015.

Seminario “Regulación del cannabis en Uruguay: primeros monitoreos y evaluaciones”, zusammen mit dem Observatorio Latinoamericano en Política Criminal y Reformas Penales (OLAP), Universidad de la República, Montevideo, Uruguay, 10.08.2015.

Summer School für Promovierende zum deutschen und internationalen Strafrecht, Teheran, Iran, 23.–26.08.2015.

2nd Annual Conference of the Max Planck Partner Group for Balkan Criminology “Imprisonment in the Balkans”, University of Sarajevo, Bosnia and Herzegovina, 17.–19.09.2015.

2nd Balkan Criminology Intensive Course “Crime and Criminology in the Balkans”, zusammen mit der University of Zagreb, Faculty of Law, IUC Dubrovnik (HR), Dubrovnik, Kroatien, 05.–09.10.2015.

2016

8th International Spring Course “Crime Prevention through Criminal Law & Security Studies”, zusammen mit der University of Zagreb, Faculty of Law, IUC Dubrovnik (HR), Dubrovnik, Kroatien, 20.–25.03.2016.

Seminar “Radicalization, Recruitment and ‘Foreign Fighters’ – Responding to New Terrorist Phenomenon”, zusammen mit der Bahçeşehir University, Istanbul, Türkei, 01.–02.04.2016.

International conference “Establishing a Global Knowledge Network: ISIS as a Threat and Legal Challenge and the Prevention of Recruitment” during the Spring Course “EU Substantive Criminal Law and Protection of Victims”, zusammen mit der University of Zagreb, Faculty of Law, IUC Dubrovnik (HR), Dubrovnik, Kroatien, 25.–29.04.2016.

Tagung zusammen mit der Türkischen Justizakademie, dem Kassationshof und der Bahçeşehir-Universität, „Informationsrecht“, Ankara, Türkei, 16.05.2016.

Sechster Kriminologischer Sommerkurs des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht und der Universität Pécs über „Kriminologie des Terrorismus“, Universität Pécs, Ungarn, 29.05.–02.06.2016.

International conference “International Criminal Law and Contemporary Reality: Challenges and Perspectives”, zusammen mit dem European and International Criminal Law Institute, Athen, Griechenland, 03.–05.06.2016.

3rd Annual Conference of the Max Planck Partner Group for Balkan Criminology “Violence in the Balkans”, University of Bucharest, Rumänien, 01.–04.09.2016.

3rd Balkan Criminology Intensive Course “Crime and Criminology in the Balkans”, zusammen mit der University of Zagreb, Faculty of Law, IUC Dubrovnik (HR), Dubrovnik, Kroatien, 10.–14.10.2016.

International conference “Victims & Corporations. Rights of Victims, Challenges for Corporations, Potentials

for new models of Criminal Justice”, zusammen mit der Università Cattolica del Sacro Cuore, Centro Studi “Federico Stella” sulla Giustizia penale e la Politica criminale und der Katholieke Universiteit Leuven, Leuven Institute of Criminology, Mailand, Italien, 13.–14.10.2016.

International conference “Terrorism, Legislation and Judicial Practices: New Approaches in Counter-Terrorism Policies – Conference regarding the 35 years of partnership”, zusammen mit dem Supreme Court of Georgia und der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), Tiflis, Georgien, 02.–04.11.2016.

2017

Vortrags- und Forschungsreise von Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Hans-Jörg Albrecht, zusammen mit der East China University of Political Science and Law (ECUPL), Shanghai, 16.03.2017 und zusammen mit der Beijing Normal University (BNU), VR China, 21.03.2017.

9th International Spring Course “Crime Prevention through Criminal Law & Security Studies”, zusammen mit der University of Zagreb, Faculty of Law, IUC Dubrovnik (HR), Dubrovnik, Kroatien, 03.–08.04.2017.

International conference “Fight Against Terrorism through Prevention of Financing and Recruitment”, Jean Monnet Advanced Seminar in EU Criminal Law and Policy, Spring Course “EU Substantive Criminal Law and the Protection of Victims”, zusammen mit der University of Zagreb, Faculty of Law, IUC Dubrovnik (HR), Dubrovnik, Kroatien, 01.–05.05.2017.

SCIENTIFIC OUTREACH

Veranstaltung im Rahmen der International Max Planck Research School on Retaliation, Mediation and Punishment (IMPRS REMEP) „Der Weg zur Versöhnung: Begegnung und Gespräch – Ehemalige Mitglieder der Roten Brigaden und von ihren Anschlägen betroffene Personen“, zusammen mit dem Italienischen Konsulat, dem Kommunalen Kino und dem Verein Centro Culturale Italiano, Kommunales Kino, Freiburg i.Br., 14.01.2017.

Podiumsdiskussion „Wächst die Gewalt? – Jugendkriminalität im öffentlichen Raum“, Max-Planck-Forum, Berlin, 28.03.2017.

Podiumsdiskussion „Kriminalitätsschwerpunkte in Freiburg – Sinnvolle polizeiliche Strategie oder blinder Aktionismus?“, 22.11.2017.

Colloquium “The Limits of Criminal Law”, zusammen mit der University of Oxford, Corpus Christi College, Oxford/Großbritannien, 19.–20.05.2017.

Internationale Tagung „Rechtliche Herausforderungen moderner Technologien – die Balance zwischen Sicherheit und Freiheit“, zusammen mit der Technischen Universität Georgiens, dem Obersten Gericht Georgiens und der Deutschen Stiftung für internationale rechtliche Zusammenarbeit e.V. (IRZ), Tiflis, Georgien, 24.–26.05.2017.

Sommerschule der Strafrechtlichen Abteilung des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht zum Thema „Neue Sicherheitsarchitektur und technische Überwachung“, Universität Pécs, Ungarn, 28.05.–01.06.2017.

53. Kolloquium der Südwestdeutschen und Schweizerischen Kriminologischen Institute und Lehrstühle, Caritas Tagungszentrum, Freiburg i.Br., 14.–16.07.2017.

4th Annual Conference of the Max Planck Partner Group for Balkan Criminology “Victimology in the Balkans”, zusammen mit dem National Institute of Criminology (OKRI), Budapest, Ungarn, 21.–24.09.2017.

Launch Ceremony for a Chinese Version of Prof. Albrecht’s Book on Sentencing Policy, zusammen mit dem Collaborative Innovation Center of Judicial Civilization (CICJC) und der China University of Political Science and Law (CUPL), Peking, VR China, 14.10.2017.

4th Balkan Criminology Intensive Course “Crime and Criminology in the Balkans”, zusammen mit der University of Zagreb, Faculty of Law, IUC Dubrovnik (HR), Dubrovnik, Kroatien, 22.–27.10.2017.

Veranstaltungen im Rahmen des 50. Jubiläums des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht:

Konferenz „Terrorismus und Kriminalpolitik“, Jubiläumsfeier – 50 Jahre Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht, 01.–02.07.2016.

Podiumsdiskussion „Untaten im Namen des Staates – Verbrechen gegen die Menschlichkeit als Aufgabe des Strafrechts“, Max-Planck-Forum, Theater Freiburg – Winterer-Foyer, 20.11.2016.

Katja Riemann, Philippe Sands und August Zirner lesen „A Song of Good and Evil“, deutschsprachige Uraufführung zum 50. Jubiläum des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht in Freiburg, multimediale Inszenierung / musikalische Lesung im Theater Freiburg – Großes Haus, 25.11.2016.

2. Vorträge

Neben Vorträgen, die die Direktoren und die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an anderen Forschungseinrichtungen und Universitäten halten, zielen Vortragsaktivitäten auch auf die Fort- und Ausbildung (beispielweise Deutsche Richterakademie) und beziehen diejenigen Berufsgruppen ein, die im System der Strafverfolgung, der Strafjustiz und des Strafvollzugs tätig sind. Des Weiteren schließt die Vortragstätigkeit Veranstaltungen ein, die sich an Politik und Öffentlichkeit wenden.

Im Berichtszeitraum wurden – wie sich aus der nachfolgenden Zusammenstellung ergibt – insgesamt 622 Vorträge gehalten, davon 252 im Inland und 370 im Ausland. Die Auslandsvorträge verteilten sich auf 50 Länder, die meisten in Kroatien (34) gefolgt von China (28) und Portugal (26), Iran (20), Ungarn (18), Großbritannien (17), USA (16), der Türkei und Spanien (jeweils 14). Von den Inlands-vorträgen fanden 87 in Freiburg statt. Strukturell lassen sich die Vorträge untergliedern in Beiträge auf Kongressen, Workshops und Kolloquien (363), am Institut (67), an ausländischen Universitäten und Forschungsinstituten (333), in Sommerschulen u.ä. (29), an deutschen Universitäten (38), an Akademien (21), für Justizbehörden und Anwaltschaft (30), für die Politik (16), vor Verbänden und Behörden (16), für die Öffentlichkeit (19), und sonstige (20).

Albrecht, Hans-Jörg

2015

Albrecht, H.-J.: "System of Sanctions and Crime Control". Faculty of Law of University of Tirana & Konrad-Adenauer-Stiftung, Rule of Law Program South East Europe: "Criminal Justice System and the Social Welfare". Tirana/Albanien, 06.03.2015.

Albrecht, H.-J.: "Sentencing in National and International Courts". 7th International Spring Course "Crime Prevention through Criminal Law & Security Studies". IUC Dubrovnik. Dubrovnik/Kroatien, 23.03.2015.

Albrecht, H.-J.: "Anti-Corruption in German Criminal Law and Criminal Procedure Law". China University of Political Science and Law. Peking/VR China, 31.03.2015.

Albrecht, H.-J.: "The Development of Anti-Terrorism Legislation in Germany and in Europe". China University of Political Science and Law. Peking/VR China, 02.04.2015.

Albrecht, H.-J.: "The Development of Anti-Terrorism Legislation in Germany and in Europe". Beijing Normal University. Peking/VR China, 08.04.2015.

Albrecht, H.-J.: "Environmental Crime and Criminal Law Policy". China University of Political Science and Law. Peking/VR China, 09.04.2015.

Albrecht, H.-J.: „Hasskriminalität“. 10. Tagung des Interdisziplinären Forum Forensik: „Macht – Hass – Gewalt“. Bremen, 23.04.2015.

Albrecht, H.-J.: "Peace in Colombia and Transnational Justice". II Meeting of Latinoamerican Observatory of Criminal Law and Criminal Reforms (OLAP). Universidad Javeriana. Bogotá/Kolumbien, 04.05.2015.

Albrecht, H.-J.: "Punishment in Political Transitions: Compared Experiences". II Meeting of Latinoamerican Observatory of Criminal Law and Criminal Reforms (OLAP). Universidad Libre de Colombia. Bogotá/Kolumbien, 05.05.2015.

Albrecht, H.-J.: "Drug Policy and Peace in Colombia". II Meeting of Latinoamerican Observatory of Criminal Law and Criminal Reforms (OLAP). Universidad de los Andes. Bogotá/Kolumbien, 06.05.2015.

Albrecht, H.-J.: "Economic Espionage, National Security and Protection of Commercial Secrets". China University of Political Science and Law and Beijing Normal University. Peking/VR China, 28.05.2015.

Albrecht, H.-J.: „Internationaler Terrorismus und IS, Gefahren, Finanzierung, Bekämpfung“, „Transitionsgechtigkeit und Justiz“. Oberster Gerichtshof Georgiens: Konferenz zum Thema „Übergangsgerechtigkeit“. Tiflis/Georgien, 06.06.2015.

Albrecht, H.-J.: „Sicherheitserwartung, Sicherheitsempfinden – Sicherheit in Deutschland“. Deutsche Anwalt Akademie, 66. Deutscher Anwaltstag. Hamburg, 12.06.2015.

Albrecht, H.-J.: "Security, Surveillance and Telecommunication Data Retention: What Can We Learn From Retention Policies?". University of Palermo, PhD Program in Human Rights: "Human Rights & Security: Justifying Exceptions". Palermo/Italien, 17.06.2015.

Albrecht, H.-J.: „Herausforderungen einer funktionierenden Gewaltenteilung und einer unabhängigen Justiz: Lehren aus den Strafverfahren gegen Timoshenko und andere“. Workshop in Kooperation mit der WOG (West-Ost Gesellschaft Südbaden): „Übergänge in der Ukraine – Kriminalpolitik und Strafrechtliche Tendenzen“. Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht. Freiburg i.Br., 05.08.2015.

Albrecht, H.-J.: „Legalisierung von Cannabis“, "Alternative Mechanisms in the Criminal Procedural Systems". Ausbildung der Forschungsgruppe zur Legalisierung von

Drogen. Udelar Universität, Ucdal, Katholische Universität. Montevideo/Uruguay, 11.08.2015.

Albrecht, H.-J.: "Security and Pre-Crime Criminology – New Perspectives?". 15th Annual Conference of the European Society of Criminology. Porto/Portugal, 04.09.2015.

Albrecht, H.-J.: "Empirical and Theoretical Research Integration in Security Issues". 15th Annual Conference of the European Society of Criminology. Porto/Portugal, 05.09.2015.

Albrecht, H.-J.: "The Interaction of Media and Politics". The Ghent Group, Seminar on Forensic Psychiatry in Europe for Consultants and Experienced Trainees. Irsee, 08.09.2015.

Albrecht, H.-J.: "Repeat Participants: Law, Political Climate and Forensic Psychiatry, how do they Interact?". The Ghent Group, Seminar on Forensic Psychiatry in Europe for Consultants and Experienced Trainees. Irsee, 09.09.2015.

Albrecht, H.-J.: "Why do Some Cases Become Influential and Others Not?". The Ghent Group, Seminar on Forensic Psychiatry in Europe for Consultants and Experienced Trainees. Irsee, 09.09.2015.

Albrecht, H.-J.: "Marc Dutroux and its Impact on the Law and on Forensic Psychiatry". The Ghent Group, Seminar on Forensic Psychiatry in Europe for Consultants and Experienced Trainees. Irsee, 09.09.2015.

Albrecht, H.-J.: "Influential Cases in and for Other Jurisdictions". The Ghent Group, Seminar on Forensic Psychiatry in Europe for Consultants and Experienced Trainees. Irsee, 10.09.2015.

Albrecht, H.-J.: „Organisierte Kriminalität und Terrorismus: Konzepte – Verknüpfungen – Transformationen“. Akademie für Politische Bildung Tutzing und Studienstiftung des deutschen Volkes: „Organisiertes Verbrechen – Herausforderung für Deutschland und Europa“. Tutzing, 16.09.2015.

Albrecht, H.-J.: "Penological Research in the Balkans". 2nd Annual Conference of the Max Planck Partner Group for Balkan Criminology "Imprisonment in the Balkans". Sarajevo/Bosnien Herzegowina, 17.09.2015.

Albrecht, H.-J.: „Empirische Kriminologie“. 3. Sommerschule für lateinamerikanische Juristen "Ciencias Criminales y Dogmática Penal Alemana". Universität Göttingen, Lehrstuhl für Strafrecht, Strafprozessrecht, Rechtsvergleichung und Internationales Strafrecht. Göttingen, 25.09.2015.

Albrecht, H.-J.: "Death Penalty". College for Criminal Law Science of Beijing Normal University. Peking/VR China, 08.10.2015.

Albrecht, H.-J.: "Death Penalty". College for Criminal Law Science of Beijing Normal University. Peking/VR China, 09.10.2015.

Albrecht, H.-J.: "Death Penalty". Embassy of the Republic of France. Peking/VR China, 10.10.2015.

Albrecht, H.-J.: "The Development of Comparative Criminology". China University of Political Science and Law. Peking/VR China, 12.10.2015.

Albrecht, H.-J.: "Restitution, Mediation and Restorative Justice: Basic Concepts and Theories from a Western View". Allameh Tabataba'i University. Teheran/Iran, 31.10.2015.

Albrecht, H.-J.: "Normative Frameworks of Restitution and Mediation in Germany". Allameh Tabataba'i University. Teheran/Iran, 31.10.2015.

Albrecht, H.-J.: "Mediation/Restorative Justice and Crimes Against Humanity – Western Views". Allameh Tabataba'i University. Teheran/Iran, 01.11.2015.

Albrecht, H.-J.: "Truth and Reconciliation Commissions: Concepts and Experiences". Allameh Tabataba'i University. Teheran/Iran, 01.11.2015.

Albrecht, H.-J.: "The Relationship between Truth and Reconciliation Commissions and International Criminal Courts: Punishment vs. Reconciliation". Allameh Tabataba'i University. Teheran/Iran, 02.11.2015.

Albrecht, H.-J.: "Amnesties and Reconciliation". Allameh Tabataba'i University. Teheran/Iran, 02.11.2015.

Albrecht, H.-J.: "What is more Effective? Evaluation of Outcomes of Mediation and Restorative Justice". Allameh Tabataba'i University. Teheran/Iran, 02.11.2015.

Albrecht, H.-J.: Roundtable "Punishment and Mediation in the Production of Social Order". Allameh Tabataba'i University. Teheran/Iran, 02.11.2015.

Albrecht, H.-J.: "Economic Crimes". Islamic Azad University. Bandar Anzali/Iran, 03.11.2015.

Albrecht, H.-J.: "Victim's Right". Islamic Azad University. Bandar Azali/Iran, 04.11.2015.

Albrecht, H.-J.: "Basic Concepts of Human Smuggling and Human Trafficking". Colloquium "Refugee Crisis in Europe and Prevention of Trafficking in Human Beings". University of Zagreb, Faculty of Law. Zagreb/Kroatien, 06.11.2015.

Albrecht, H.-J.: „Familiäre Gewalt als Auslöser für Jugend- und Erwachsenengewalt“. Landratsamt Sächsische Schweiz-Osterzgebirge „Mittendrin statt nur dabei – Kinder als Zeugen und Opfer häuslicher Gewalt“. Pirna, 25.11.2015.

Albrecht, H.-J.: „Hörensagen‘ und das Urteil des georgischen Verfassungsgerichts bzw. Gespräch am Obersten Gerichtshof Georgiens zur Frage „... Verfassungsgericht hat alle bisherigen Gerichtsentscheidungen, die auf Art. 76.3 StPO basieren, für verfassungswidrig erklärt. Dabei ging es nur um die neue StPO. Gilt die Entscheidung des Verfassungsgerichts auch rückwirkend für die frühere Fassung der StPO und frühere Gerichtsentscheidungen?““. Human Rights and Civil Integration Committee. Tiflis/Georgien, 18.12.2015.

Albrecht, H.-J.: "Comparative Aspects of Anti-Torture Legislation in Georgia with a Particular Look at the European Context". Human Rights and Civil Integration Committee. Tiflis/Georgien, 19.12.2015.

2016

Albrecht, H.-J.: "Criminal Legislation and Terrorism – A Critical Approach". Sofia University St. Kliment Ohridsky, Faculty of Law. Sofia/Bulgarien, 29.02.2016.

Albrecht, H.-J.: "Business, Crime and Economy". University of Sao Paulo, Law Faculty, Dept. of Philosophy and Theory of Law. Sao Paulo/Brasilien, 08.03.2016.

Albrecht, H.-J.: "Financial Crime and Financial Crisis". University of Sao Paulo, Law Faculty, Dept. of Philosophy and Theory of Law. Sao Paulo/Brasilien, 08.03.2016.

Albrecht, H.-J.: "Prison Overcrowding". Post-Graduate Course. University of Sao Paulo, Law Faculty, Dept. of Philosophy and Theory of Law. Sao Paulo/Brasilien, 09.03.2016.

Albrecht, H.-J.: "Law and Security". University of Sao Paulo, Law Faculty, Dept. of Philosophy and General Theory of Law. Sao Paulo/Brasilien, 10.03.2016.

Albrecht, H.-J.: "Critical Criminology". University of Sao Paulo, Law Faculty, Dept. of Philosophy and General Theory of Law. Sao Paulo/Brasilien, 14.03.2016.

Albrecht, H.-J.: "Alternative Dispute Resolution, Sanctioning and Sentencing in an Era of Prison Overcrowding". University of Sao Paulo, Law Faculty, Dept. of Philosophy and General Theory of Law. Sao Paulo/Brasilien, 15.03.2016.

Albrecht, H.-J.: "Prison Overcrowding". Post-Graduate Course. University of Sao Paulo, Law Faculty, Dept. of Philosophy and General Theory of Law. Sao Paulo/Brasilien, 16.03.2016.

Albrecht, H.-J.: "Surveillance, Technology and Criminological Theory". 8th International Spring Course "Crime Prevention through Criminal Law & Security Studies". IUC Dubrovnik. Dubrovnik/Kroatien, 20.03.2016.

Albrecht, H.-J.: "Implementation of Foreign Fighters Criminal Offence Statutes: Practice and Experience". Joint Seminar of Bahçeşehir University Istanbul & MPI Freiburg on "Radicalization, Recruitment and 'Foreign Fighters' – Responding to New Terrorist Phenomenon". Bahçeşehir-Universität. Istanbul/Türkei, 01.04.2016.

Albrecht, H.-J.: "Radicalization, Recruitment, and Foreign Fighters. An Overview". Joint Seminar of Bahçeşehir University Istanbul & MPI Freiburg on "Radicalization, Recruitment and 'Foreign Fighters' – Responding to New Terrorist Phenomenon". Bahçeşehir-Universität. Istanbul/Türkei, 02.04.2016.

Albrecht, H.-J.: „Rechtliche Grundlagen im Straf- und Maßregelvollzug – Teil 1“. Deutsche Psychologen Akademie. Seminar „Rechtliche Grundlagen im Straf- und Maßregelvollzug“. Köln, 08.04.2016.

Albrecht, H.-J.: "Economic Espionage – Big Data and Protection of Commercial Secrets". University of Macau, Law Faculty. Macau/VR China, 12.04.2016.

Albrecht, H.-J.: "Community Corrections in Germany – From Day Fines to Intermediate Penalties". Symposium on "Community Correction". National Taipei University, Graduate School of Criminology. Taipei/Taiwan, 15.04.2016.

Albrecht, H.-J.: "Restorative Justice in Germany – Politics, Theory and Practices". Symposium on "Community Correction". National Taipei University, Graduate School of Criminology. Taipei/Taiwan, 16.04.2016.

Albrecht, H.-J.: "Radicalization, Recruitment and Terrorist Foreign Fighters". Beijing Normal University, College for Criminal Law Science. Peking/VR China, 16.05.2016.

Albrecht, H.-J.: "Economic Espionage. National Security and Protection of Commercial Secrets". Beijing Normal University, College for Criminal Law Science. Peking/VR China, 17.05.2016.

Albrecht, H.-J.: "Migration and Hate Violence – Did we learn from the Migration Crisis of the 1990s?". Universität Utrecht, CIROC: The Refugee Crisis in Europe. Utrecht/Niederlande, 25.05.2016.

Albrecht, H.-J.: „Kriminologie des Terrorismus – Eine Einführung“. Sechster Kriminologischer Sommerkurs des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht und der Universität Pécs über „Kriminologie des Terrorismus“. Rechtswissenschaftliche Fakultät. Pécs/Ungarn, 30.05.2016.

Albrecht, H.-J.: „Reisende Jihadisten, Ausländische Kämpfer“. Sechster Kriminologischer Sommerkurs des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht und der Universität Pécs über „Kriminologie des Terrorismus“. Rechtswissenschaftliche Fakultät. Pécs/Ungarn, 01.06.2016.

Albrecht, H.-J.: „Muss Strafe sein? Unser Umgang mit Schuld, Strafe und Menschenrechten im Strafvollzug“. Tagung für Schöffinnen und Schöffen „Das Salz der Demokratie im Rechtswesen“. Evangelische Akademie. Bad Boll, 04.06.2016.

Albrecht, H.-J.: "The Legal Status of Migrants and Refugees in Different Countries in Europe". The Ghent Group: 6th Seminar on Forensic Psychiatry in Europe for Consultants and Experienced Trainees "Culture, Diversity and Forensic Psychiatry". Secon am Chiemsee, 16.08.2016.

Albrecht, H.-J.: "Legal Means and Restrictions for Returning and Expulsing Migrants who come in Conflict with the Law". The Ghent Group: 6th Seminar on Forensic Psychiatry in Europe for Consultants and Experienced Trainees "Culture, Diversity and Forensic Psychiatry". Secon am Chiemsee, 17.08.2016.

Albrecht, H.-J.: "Research on Lethal Violence in Europe". 3rd Annual Conference of the Max Planck Partner Group for Balkan Criminology: "Violence in the Balkans". Juristische Fakultät der Universität Bukarest. Bukarest/Rumänien, 02.09.2016.

Albrecht, H.-J.: "Social Media, Shaming and Vigilant Justice". Beijing Normal University. Peking/VR China, 27.09.2016.

Albrecht, H.-J.: "Criminal Policy and Sanction Policy". International Conference "Law Enforcement Activities: Its theoretical and practical issues". Law Enforcement University of Mongolia. Ulaanbaatar/Mongolei, 29.09.2016.

Albrecht, H.-J.: "German Criminal Justice", "Criminal Law", "Criminal Procedure". Vorlesungsreihe an der China University of Political Science and Law. Peking/VR China, 15.–30.10.2016.

Albrecht, H.-J.: "Terrorist Attack, Homemade Terrorists and Foreign Fighters, Radicalization and Recruitment". International Conference "Terrorism, Legislation and Judicial Practices – New Approaches in Counter-Terrorism Policies". Oberster Gerichtshof Georgiens. Tiflis/Georgien, 02.11.2016.

Albrecht, H.-J.: "Preconditions for Ending Cycles of Violence – The Case of Colombia". Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht. Freiburg i.Br., 22.11.2016.

Albrecht, H.-J.: "Sentencing and Criminal Sanctions – A Comparative Iranian-German Approach". Allameh Tabataba'i University. Teheran/Iran, 04.12.2016.

Albrecht, H.-J.: "Criminal Sanctions and Sentencing System – Purposes, Theories, Principles, Functions and Practices. A Comparative Iranian-German Approach". Islamic Azad University. Bandar Anzali/Iran, 07.12.2016.

2017

Albrecht, H.-J.: "What is Wrong with Human Trafficking?". Universität Tübingen, Juristische Fakultät. Tübingen, 26.01.2017.

Albrecht, H.-J.: „Verbrechen, Strafe und ihre Folgen“. Eröffnungsvortrag im Rahmen der Themenkonzerte „Was folgt“. Max-Planck-Gesellschaft, Bayerische Staatsoper. München, 27.01.2017.

Albrecht, H.-J.: "The Development of the German Economic Criminal Law". European Criminal Law Research Center of Shanghai Academy of Social Science (SASS). Shanghai/VR China, 16.03.2017.

Albrecht, H.-J.: "German Anti-Corruption Policy and Reforms of the Criminal Law". European Criminal Law Research Center of Shanghai Academy of Social Science (SASS). Shanghai/VR China, 17.03.2017.

Albrecht, H.-J.: "Confiscation and Forfeiture of Proceeds of Crime". Beijing Normal University. Peking/VR China, 20.03.2017.

Albrecht, H.-J.: "Security Policies and Criminal Law". Beijing Normal University. Peking/VR China, 21.03.2017.

Albrecht, H.-J.: "Anti-Corruption Policies in German Substantive Criminal Law". Beijing Normal University. Peking/VR China, 22.03.2017.

Albrecht, H.-J.: "The Impact of Human Rights on Substantive and Procedural Criminal Law". 9th International Spring Course "Crime Prevention through Criminal Law & Security Studies". IUC Dubrovnik. Dubrovnik/Kroatien, 03.04.2017.

Albrecht, H.-J.: "Migration and Trafficking of Human Beings". Annual Colloquium of the Max Planck Partner Group for Balkan Criminology. Zagreb/Kroatien, 04.04.2017.

Albrecht, H.-J.: "The German Counter-Terrorism Strategy". Katholieke Universiteit Leuven, Law Faculty. Leuven/Belgien, 18.04.2017.

Albrecht, H.-J.: "Chinese Perspectives on Human Rights and International Human Rights Law: Prospects for EU-China Cooperation". Katholieke Universiteit Leuven, Law Faculty, Leuven/Belgien, 18.04.2017.

Albrecht, H.-J.: „Einführung in Quantitative Kriminologie“. Universidad de la República, Facultad de Derecho. Montevideo/Uruguay, 21.04.2017.

Albrecht, H.-J.: „Rechtliche Grundlagen im Straf- und Maßregelvollzug, Teil 1“. Deutsche Psychologen Akademie. Köln, 05.05.2017.

Albrecht, H.-J.: „Korruption“. Instituto de Pesquisa Econômica Aplicada. Rio de Janeiro/Brasilien, 08.05.2017.

Albrecht, H.-J.: „Korruption“. Faculdade de Direito da Universidade de São Paulo. São Paulo/Brasilien, 10.05.2017.

Albrecht, H.-J.: "Mass Imprisonment and Alternative Dispute Resolution". Universidade Federal do Pará. Belém/Brasilien, 12.05.2017.

Albrecht, H.-J.: „Neue Technologien und Recht – Unbegrenzte Möglichkeiten und große Risiken“. Tagung „Moderne Technologien, Menschenrechte und Strafrecht im Obersten Gericht Georgiens“. Oberster Gerichtshof Georgiens. Tiflis/Georgien, 24.05.2017.

Albrecht, H.-J.: "Comparative European Study on Restrictions of Certain Civil and Political Rights after Conviction". Aristoteles-Universität. Thessaloniki/Griechenland, 07.06.2017.

Albrecht, H.-J.: "Communication with Politicians and Political Administrators". Seminar on Forensic Psychiatry in Europe for Consultants and Experienced Trainees. Secon am Chiemsee, 09.08.2017.

Albrecht, H.-J.: "Multi-agency Discussions: Optimizing the Ways of Communication about the Clients of Forensic Psychiatry". Seminar on Forensic Psychiatry in Europe for Consultants and Experienced Trainees. Secon am Chiemsee, 09.08.2017.

Albrecht, H.-J.: "Communication Strategies in Courts and among Lawyers". Seminar on Forensic Psychiatry in Europe for Consultants and Experienced Trainees. Secon am Chiemsee, 08.08.2017.

Albrecht, H.-J.: "Anti-Corruption". Vorlesungsreihe an der Beijing Normal University. Peking/VR China, 06.–22.10.2017.

Albrecht, H.-J.: "Predictive Policing – Theory, Practices and Results". University of Minho, Law School. Braga/Portugal, 08.11.2017.

Albrecht, H.-J.: "Retention of Telecommunication Traffic Data, Criminal Procedure and Crime Control". University of Minho, Law School. Braga/Portugal, 09.11.2017.

Albrecht, H.-J.: "Predictive Policing – Theory, Practices and Results". University of Minho, Law School. Braga/Portugal, 10.11.2017.

Albrecht, H.-J.: „Strafrecht und Strafe in den USA – amerikanischer Exzeptionalismus?“. Vortrag im Rahmen der Vortragsreihe am Carl-Schurz-Haus "Law and (Dis-)Order in Contemporary America". Freiburg i.Br., 28.11.2017.

Albrecht, H.-J.: „Recht(schutz) in der europäischen Terrorismusbekämpfung“. Stiftung Wissenschaft und Politik, Arbeitskreis Europäische Integration e.V. Berlin, 01.12.2017.

Albrecht, H.-J.: "Economic Criminal Law in Germany". Workshop on Legal Aspects of Economic Crime. Allameh Tabataba'i University. Teheran/Iran, 18.12.2017.

Albrecht, H.-J.: "Crime Prevention and Control of Economic Crime and Corruption in Germany". Islamic Azad University. Bandar Anzali/Iran, 20.12.2017.

Albrecht, H.-J.: "The Evolution of Criminological Theories in the Field of the Economy: A Western View". Islamic Azad University. Bandar Anzali/Iran, 21.12.2017.

Arnold, Harald

2016

Arnold, H.: "Barometer of Security in Germany (BaSiD) – Empirical Security Research at the MPI". KIC International Forum. Seoul/Korea, 30.09.2016.

Arnold, H.: "Exploratory Study of Insecurity: a Qualitative – Quantitative Study". Korean Institute of Criminology. Seoul/Korea, 01.10.2016.

Arnold, H.: „Methodische Herausforderungen bei der wissenschaftlichen Erfassung von Radikalisierungsprozessen“. Fachworkshop „Radikalisierung“. Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. Freiburg i.Br., 09.12.2016.

Arnold, Jörg

2016

Arnold, J.: „Zur Kritikgeschichte opferperspektivischer Wandlungen im Strafrecht und im Strafverfahren“. 40. Strafverteidigertag. Frankfurt a. M., 05.03.2016.

Arnold, J.: „Ist Strafverteidigung ein tauglicher Gegenstand von Rechtskritik?“. 2. Plenum der Tagung „Praxen der Rechtskritik“. Humboldt-Universität zu Berlin. Berlin, 08.04.2016.

2017

Arnold, J.: „Zur Aktualität von Kants Schrift ‚Zum ewigen Frieden‘ – unter Beachtung des Einmischungsverbotes in die Staats- und Volkssouveränität“. Kant-Universität Kaliningrad. Kaliningrad/Russland, 06.10.2017.

Arslan, Mehmet

2015

Arslan, M.: „Selbstbelastungsfreiheit des Beschuldigten nach der EMRK“. Sommerschule der Strafrechtlichen Abteilung des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht zum Thema „Menschenrechte im Strafrecht und Strafprozessrecht unter besonderer Berücksichtigung der Strafprozessrechtskodifikation“. Universität Pécs. Pécs/Ungarn, 29.06.2015.

2016

Arslan, M.: "Secret Evidence in Court Proceedings (Country Report: Turkey)". International Colloquium "Secret Evidence in Court Proceedings". Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht. Freiburg i.Br., 01.08.2016.

2017

Arslan, M.: "Alternative Mechanisms of Punishment and Diversion in Criminal Proceedings – Experiences in Turkey". Institute of Criminal Law and Criminology. University of Tehran. Teheran/Iran, 12.04.2017.

Arslan, M.: "Sentencing Decision. Fixing the Punishment by Judge. An Analysis of Main Determinants in Germany". Institute of Criminal Law and Criminology. Uni-

versity of Tehran & Faculty of Law and Political Sciences. University of Kharazmi. Teheran/Iran, 12.04.2017.

Arslan, M.: „Nachrichtendienste und Strafverfolgung in der Türkei“. Sommerschule der Strafrechtlichen Abteilung des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht zum Thema „Neue Sicherheitsarchitektur und technische Überwachung“. Universität Pécs. Pécs/Ungarn, 31.05.2017.

Arslan, M.: "Right to Cross-Examination of Witnesses in the Case-Law of European Human Rights Court". Universitat de València. Valencia/Spainien, 09.11.2017.

Arslan, M.: "Mediation in Criminal Cases. A Comparison between Germany and Turkey". Universitat de València. Valencia/Spainien, 10.11.2017.

Billis, Emmanouil

2015

Billis, E.: "International Criminal Law and Place of Commission of the Crime". Criminal Law Postgraduate Seminar. Criminal Law Department, University of Athens. Athen/Griechenland, 02.02.2015.

Billis, E.: "Principles of Criminal Evidence in the Jurisprudence of the ECtHR". Sommerschule der Strafrechtlichen Abteilung des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht zum Thema „Menschenrechte im Strafrecht und Strafprozessrecht unter besonderer Berücksichtigung der Strafprozessrechtskodifikation“. Universität Pécs. Pécs/Ungarn, 29.06.2015.

2016

Billis, E.: "Purposes of Trial and Evidentiary Obstacles before the International Criminal Court". Conference on "Crimes of War: International and Domestic Law". University of Nicosia. Nicosia/Zypern, 08.04.2016.

Billis, E.: "The European and International Criminal Law Institute and its Promotion of young Academics in Cooperation with the International Max Planck Research School for Comparative Criminal Law". 1st International Conference on "International Criminal Law and Contemporary Reality: Challenges and Perspectives". European and International Criminal Law Institute, Bank of Greece. Athen/Griechenland, 04.06.2016.

Billis, E.: "Penal Conciliation. Practical and Comparative Remarks". Conference on "Penal Negotiations". Greek Criminal Law Society, Athens Bar Association. Athen/Griechenland, 13.06.2016.

Billis, E.: "Freedom of Science versus the Creation and Protection of Historical Memory by Means of Criminal Law in Greece: the Richter case". International Criminal Law & Transitional Justice Colloquiums Series: "Creation & Protection of Historical Memory by the Means of Criminal Law". Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht. Freiburg i.Br., 29.07.2016.

Billis, E.: "On the Methodology of Comparative Criminal Law Research". School of Law of the Queen Mary University of London. London/Großbritannien, 09.12.2016.

Billis, E.: "Expression Crimes and the Creation and Protection of Historical Memory by Means of Criminal Law. International, European, Transnational, and Transitional Justice Perspectives". 4th Annual Queen Mary University of London and Renmin University's Conference on Criminal Justice. London/Großbritannien, 01.12.2016.

2017

Billis, E.: "The Max Planck Institute for Foreign and International Criminal Law and the Greek Penal Sciences – Past and Future Cooperation". Ceremonial Presentation of

the Festschrift in Honour of Professor Dr. Nestor Courakis. Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht. Freiburg i.Br., 22.09.2017.

Billis, E.: "The Limits of 'Discretion' in the Investigation and Prosecution at the International Level: An ICC-Case Study". Workshop "Beyond National Sovereignty – New Approaches to International and Transnational Law Enforcement". Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht. Freiburg i.Br., 02.12.2017.

Breitner, Thomas

2017

Breitner, T., Jähne, J., Michel, T.: „Entwicklung einer Benutzerverwaltung mit Django“. 34. DV-Treffen der MPG. Max-Planck-Campus, Göttingen, 18.10.2017.

Cabrera Guirao, Jorge Patricio

2016

Cabrera Guirao, J. P.: „Die Abhängigkeit des Strafrechts von fehlerhaften Verwaltungsakten“. Doktoranden-seminar der Berner Graduiertenschule für Strafrechtswissenschaften & International Max Planck Research School on Retaliation, Mediation and Punishment (IMPRS REMEP). Adelboden/Schweiz, 08.11.2016.

2017

Cabrera Guirao, J. P.: „Algunas consideraciones sobre el Derecho penal ambiental y la función sistemática de los actos administrativos“. Juristische Fakultät der Universidad de Chile. Santiago de Chile/Chile, 09.01.2017.

Cabrera Guirao, J. P.: "The Dependence of Criminal Law from Administrative Law". Winter School der International Max Planck Research School on Retaliation, Mediation and Punishment (IMPRS REMEP). Neudietendorf, 18.02.2017.

Cabrera Guirao, J. P.: „Reichweite und Grenzen der Anbindung des Strafrechts an das Verwaltungsrecht und Verwaltungshandeln“. Vortrag im Rahmen der International Max Planck Research School for Comparative Criminal Law (IMPRS-CC). Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht. Freiburg i.Br., 05.12.2017.

Carl, Sabine

2015

Carl, S.: „WiSKoS – empirische Forschung zu Wirtschaftsspionage und Konkurrenzausspähung in Deutschland und Europa“. Gemeinsames Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum (GETZ) des Bundesamts für Verfassungsschutz – Lagesitzung Spionage. Köln, 2015.

Carl, S.: "WiSKoS – Design of an Empirical Research Project on Economic and Industrial Espionage in Europe". 15th Annual Conference of the European Society of Criminology. Porto/Portugal, 03.09.2015.

2016

Carl, S.: „WiSKoS – Wirtschaftsspionage und Konkurrenzausspähung in Deutschland und Europa – ein Ländervergleich“. Innovationsforum Zivile Sicherheit „Perspektiven für die Zukunft“. Berlin, 2016.

Carl, S.: „Wirtschaftsspionage und Konkurrenzausspähung in Deutschland und Europa – ein Ländervergleich“. BMI BMBF Workshop „Wirtschaftsschutz“. Berlin, 2016.

Carl, S.: "A Comparative Analysis of Economic and Industrial Espionage in Europe" 16th Annual Conference of the European Society of Criminology. Münster, 22.09.2016.

Ciklauri-Lammich, Eliko

2015

Ciklauri-Lammich, E.: „Staatsbildung und Demokratisierung als Überforderung? Lehre aus dem 25-jährigen Versuch der Integration postkommunistischer Staaten in ein neues gesamteuropäisches Staatensystem“ (Runder Tisch sowie Tagungsleitung). Workshop in Kooperation mit der WOG (West-Ost Gesellschaft Südbaden): „Übergänge in der Ukraine – Kriminalpolitik und Strafrechtliche Tendenzen“. Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht. Freiburg i.Br., 05.08.2015.

2016

Ciklauri-Lammich, E.: "ISIS and Caucasus Region". International Conference "Establishing a Global Knowledge Network: ISIS as a Threat and Legal Challenge and the Prevention of Recruitment". IUC Dubrovnik. Dubrovnik/Kroatien, 27.04.2016.

Ciklauri-Lammich, E.: "Radicalization and Recruitment in Caucasus". International Conference "Terrorism, Legislation and Judicial Practices – New Approaches in Counter-Terrorism Policies". Oberster Gerichtshof Georgiens. Tiflis/Georgien, 02.11.2016.

2017

Ciklauri-Lammich, E.: "The Caucasus Region and its Resources for Terrorism". Jean Monnet Advanced Seminar in EU Criminal Law and Policy. International Conference "Fight Against Terrorism through Prevention of Financing and Recruitment". IUC Dubrovnik. Dubrovnik/Kroatien, 01.05.2017.

Ciklauri-Lammich, E.: „Der Darknet-Markt – Virtueller Schleichhandel mit realer Kriminalität“. Internationale Tagung „Rechtliche Herausforderungen moderner Technologien – die Balance zwischen Sicherheit und Freiheit“ (Leitung und Moderation, 24.–26.05.). Oberster Gerichtshof Georgiens. Tiflis/Georgien, 24.05.2017.

Ciklauri-Lammich, E., Ismatov, A.: „Abschaffung der Todesstrafe in Usbekistan“. Tagung „Strafrechtsreformen in einigen Ländern der ehemaligen Sowjetunion und die Ergebnisse nach 25 Jahren Unabhängigkeit“. Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht. Freiburg i.Br., 14.08.2017.

De Busser, Els

2015

De Busser, E.: "Cross-Border Evidence in Practice". European Judicial Training Network. Krakau/Polen, 16.03.2015.

De Busser, E.: "Data Protection in EU-US Cooperation and the Adequacy Requirement". Conference "Standard of personal data protection in the area of police and judicial cooperation in criminal matters in the European Union". Warsaw School of Economics, Department of European Law. Warschau/Polen, 06.06.2015.

De Busser, E.: "Developing Tools for Mutual Legal Assistance". Summer Course on European Criminal Justice. Europäische Rechtsakademie. Trier, 22.06.2015.

De Busser, E.: "Use for Law Enforcement Purposes of Information Retained by Private Entities". Conference "A Balanced Data Protection in the EU: Conflicts and Possible Solutions". Universität Maastricht, Campus Brüssel. Brüssel/Belgien, 19.10.2015.

De Busser, E.: "Cross-Border Evidence in Practice". European Judicial Training Network. Florenz-Scandicci/Italien, 17.–18.11.2015.

Döring, Linn Katharina**2015**

Döring, L.: "Punishing Social Workers for Failing to Prevent Child Deaths in Germany". 70th Annual Meeting of the American Society of Criminology. San Francisco/USA, 20.11.2014 [Nachtrag].

Döring, L.: "Punishing Social Workers for Failing to Prevent Child Deaths in Germany and England". Gastvortrag im Social Work Seminar an der Kingston University. London/Großbritannien, 14.05.2015.

Döring, L.: "The Criminalization of Child Protection Professionals in Fatal Child Protection Cases in Germany and England". 15th Annual Conference of the European Society of Criminology. Porto/Portugal, 05.09.2015.

2016

Döring, L.: "Criminalising Social Workers for Failures in Child Protection Cases in Germany and England". Gastvortrag am Gerald Gordon Seminar an der Universität Glasgow/Großbritannien, 09.06.2016.

Earbin, Esther**2017**

Earbin, E.: "The Criminalization of Copyright Law. A Comparative Analysis of the criminal copyright laws in Germany and the United States". Winter School der International Max Planck Research School on Retaliation, Mediation and Punishment (IMPRS REMEP). Neudietendorf, 18.02.2017.

Earbin, E.: "Theories Behind the Criminalization of Copyright Infringement in Germany and the U.S.". Tübingen-UNC Summer School, University of Tübingen. Tübingen, 19.05.2017.

Engelhart, Marc**2015**

Engelhart, M.: "Corporate Criminal and Non-Criminal Fines, Confiscation Orders and other Financial Sanctions – Postmodern Interchangeability of Legal Instruments?". Vortrag im Rahmen des Research Seminar zu "Quasi-criminal enforcement mechanisms in Europe: Disentangling historical origins and concepts" an der Universität Luxemburg/Luxemburg, 16.09.2015.

Engelhart, M.: „Selbstregulierung von Unternehmen – Strategien der öffentlichen Hand zur Prävention von Wirtschaftskriminalität“. Vortrag im Rahmen der Jahresversammlung 2015 von sneep (ethics & economics) an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. Freiburg i.Br., 30.10.2015.

Engelhart, M.: "Promoting Human Rights by Compliance Measures – In Search for New Legislative Strategies?". Conference "Compliance and Anti-Corruption Measures in Business Transactions". University of Zagreb. Zagreb/Kroatien, 07.12.2015.

2016

Engelhart, M.: "The Future of Fighting Extremism in Europe". International Conference "Establishing a Global Knowledge Network: ISIS as a Threat and Legal Challenge and the Prevention of Recruitment". IUC Dubrovnik. Dubrovnik/Kroatien, 29.04.2016.

Engelhart, M.: „Prävention zwischen Polizei- und Strafrecht – historische Perspektiven“. 50-Jahr-Feier des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht. Freiburg i.Br., 01.07.2016.

Engelhart, M.: "Corporate Fraud in the Case of VW Emissions Scandal". German and Chinese Workshop on

Economic Criminal Law. Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht. Freiburg i.Br., 05.07.2016.

Engelhart, M.: "Secret Evidence in German Court Proceedings". International Colloquium "Secret Evidence in Court Proceedings". Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht. Freiburg i.Br., 01.08.2016.

Engelhart, M.: "Financing of Terrorism". International Conference "Terrorism, Legislation and Judicial Practices – New Approaches in Counter-Terrorism Policies". Oberster Gerichtshof Georgiens. Tiflis/Georgien, 02.11.2016.

Engelhart, M.: "War against Terrorism' which Areas of Legal System are Relevant? State of Emergency and Fundamental Principles of Criminal Procedure Law". International Conference "Terrorism, Legislation and Judicial Practices – New Approaches in Counter-Terrorism Policies". Oberster Gerichtshof Georgiens. Tiflis/Georgien, 03.11.2016.

2017

Engelhart, M.: "The Future of Fighting Terrorism through Prevention of Financing". Jean Monnet Advanced Seminar in EU Criminal Law and Policy. International Conference "Fight Against Terrorism through Prevention of Financing and Recruitment". IUC Dubrovnik. Dubrovnik/Kroatien, 05.05.2017.

Engelhart, M.: "Countering Terrorism at the Limits of Criminal Liability". Workshop "On the Limits of Criminal Law". Oxford University. Oxford/Großbritannien, 20.05.2017.

Engelhart, M.: "Secrecy in Terrorism Proceedings". International Symposium on Challenges of Criminal Trials. Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht. Freiburg i.Br., 11.07.2017.

Engelhart, M.: „Strafrechtliche Betrachtung von Verwundbarkeiten und deren Konsequenzen in Cyber-Physischen Systemen“. Universität des Saarlandes. Saarbrücken, 24.07.2017.

Engelhart, M., Hillemanns, C.: „Aktuelle Erscheinungsformen von Corporate Violence und die Berücksichtigung individueller Opferinteressen“. Studium Generale, Hochschule für Polizei Baden-Württemberg. Villingen-Schwenningen, 23.11.2017.

Engelhart, M.: "The Use of Intelligence Based Information in Criminal Procedure and Data Privacy". International Conference "Current Problems of Personal Data Protection in European and Turkish Law". Yeditepe-Universität. Istanbul/Türkei, 03.12.2017.

Erdem-Undrakh, Khurelbaatar**2015**

Erdem-Undrakh, Kh.: "The Path to the Death Penalty Abolition in Mongolia". German-Mongolian Seminar "Current Trends in Criminal Punishment". Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht. Freiburg i.Br., 20.10.2015.

2016

Erdem-Undrakh, Kh.: "Strafrahmen, Mindeststrafen und Strafrahmenänderung und ihre Begründungen im mongolischen Strafrecht". German-Mongolian Seminar "Sentencing Policies and Practices in Mongolia and Germany". Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht. Freiburg i.Br., 13.09.2016.

Eser, Albin**2015**

Eser, A.: "Transitional Justice: Restitution – Reconciliation – Prosecution?". Keynote Address at the International Conference "Digital Humanities and the Maoist Legacy: Challenges and Opportunities". Institut für Sinologie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. Freiburg i.Br., 20.02.2015.

Eser, A.: „Herausforderungen internationaler Strafgerichtsbarkeit. Ein ‚Werkstattbericht‘ zum internationalen Strafrecht“. Universität Basel. Basel/Schweiz, 05.05.2015.

Eser, A.: "Nulla poena sine lege and the Role of Courts in Germany". Vortrag an der Universität Parma. Parma/Italien, 11.05.2015.

Eser, A.: "My Way to International Criminal Justice". Erfahrungsbericht an der Universität Parma. Parma/Italien, 12.05.2015.

Eser, A.: "Transnational Responsibility for the Prosecution and Prevention of International Crimes". Vortrag zur Presentation of the project "International Justice for the Communist Crimes". Brüssel/Belgien, 22.05.2015.

Eser, A.: "Changing Structures: From the ICTY to the ICC". Conference in Honour of Mirjan Damaska "The Administration of Justice – Past Experiences and Challenges for the Future". Cavtat/Kroatien, 29.05.2015.

Eser, A.: "The Need of Multiple Measures for the Prosecution and Prevention of State Supported Crimes: Lessons from a Comparative Research Project". International Conference "Justice in Communist and Post-communist Regimes". Bukarest/Rumänien, 09.10.2015.

Eser, A.: "Transnational Responsibility for the Prosecution and Prevention of International Crimes". Discussion Seminar "Justice 2.0: justice for the non-prescriptible Crimes of Communism". Prag/Tschech. Republik, 13.10.2015.

Eser, A.: „Adversatorisch‘ versus ‚inquisitorisch‘: Auf der Suche nach optimalen Verfahrensstrukturen“. Korean Institute of Criminology. Seoul/Korea, 20.11.2015.

Eser, A.: "Transnational Criminal Justice: Insights in its appropriateness and the process structure". International Joint Conference on the Theme of Unification and the Role of the International Criminal Court (ICC). Seoul/Südkorea, 24.11.2015.

Eser, A.: „Sicherung der Menschenrechte durch Verfassungsrecht, Völkerrecht und Internationale Strafrechtsgerichtsbarkeit“. Verfassungsgericht der Republik Korea. Seoul/Südkorea, 27.11.2015.

2016

Eser, A.: "Supranational Responsibility for the Prosecution and Prevention of International Crimes". Discussion Seminar "International Justice for the Non-Prescriptible Crimes of Communism". Brunn/Tschech. Republik, 19.02.2016; Bratislava/Slowakei, 21.04.2016; Ljubljana/Slowenien, 22.04.2016.

Eser, A.: "International Aspects of the Principle of Legality". International Conference "European Convention on Human Rights and the Crimes of the Past". European Court of Human Rights. Straßburg/Frankreich, 26.02.2016.

Eser, A.: „Transnationale Strafverfolgung von Verbrechen unter totalitären Regimen“. Kolloquium „Verbrechen unter kommunistischer Herrschaft: Aufarbeitung & Umgang“, International Max Planck Research School on Retaliation, Mediation and Punishment (IMPRS REMEP). Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht. Freiburg i.Br., 24.06.2016.

Eser, A.: „Terrorismus, Notstandsrecht und Recht der bewaffneten Konflikte“. Panelbeitrag auf der Kon-

ferenz „Terrorismus und Kriminalpolitik“ anlässlich des fünfzigjährigen Jubiläums des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht. Freiburg i.Br., 02.07.2016.

Eser, A.: „Herausforderungen internationaler Strafgerichtsbarkeit. Reflexionen eines Richters am Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien“. Freiburger Montagsgesellschaft. Freiburg i.Br., 18.07.2016.

Eser, A.: „Schlussbetrachtungen“. Tagung zum Japanisch-Deutschen Strafrechtsvergleich. Universität Würzburg, 09.09.2016.

Eser, A.: "Challenges of International Criminal Justice: Reflections of a Judge at the International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia". VI Seminario de la Cátedra Latinoamericana de Criminología y Derechos Humanos. San José/Costa Rica, 24.10.2016.

Eser, A.: "Medicina reproductiva moderna y la ingeniería genética: aspectos legales y sociales de la genética humana". La Comisión Permanente de Asuntos Sociales de la Asamblea Legislativa. San José/Costa Rica, 25.10.2016.

Eser, A.: "Medidas nacionales y transnacionales contra la impunidad de la criminalidad amparada por el Estado y de crimines internacionales". Colegio de Abogados de la República Costa Rica. San José/Costa Rica, 26.10.2016.

2017

Eser, A.: „Herausforderungen transnationaler Strafgerichtsbarkeit. Reflexionen eines Richters am internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien“. Vortrag vor der K.D.St.V. Ripuarria Freiburg. Freiburg i.Br., 12.01.2017.

Eser, A.: "The Doctrinal Concept of International Criminal Law, its Legal Foundation and Contemporary Relevance". 19th Summer Session of Salzburg Law School on International Criminal Law: Between Codification and Progressive Development: International Criminal Law after Rome and Kampala. Salzburg/Österreich, 31.07.2017.

Eser, A.: "Perpetration and Modes of Participation in International Criminal Law". 19th Summer Session of Salzburg Law School on International Criminal Law: Between Codification and Progressive Development: International Criminal Law after Rome and Kampala. Salzburg/Österreich, 01.08.2017.

Eser, A.: „Menschenrechtliche Garantien im europäischen Straf- und Strafverfahrensrecht“. Eröffnungsvortrag auf dem 20. Sommer-Workshop der Internationalen Menschenrechtsakademie. Cesme/Türkei, 11.09.2017.

Galain Palermo, Pablo**2015**

Galain Palermo, P.: "El papel de la sociedad civil durante un proceso de Justicia de Transición". Debates sobre Paz y Postconflicto en Colombia. Universidad Javeriana y OLAP. Bogotá/Kolumbien, 04.05.2015.

Galain Palermo, P.: "Reparación: el problema de la víctima y la elaboración del trauma, Justicia Transicional: sanciones, reparaciones y género". Universidad Libre de Bogotá/Kolumbien, 05.05.2015.

Galain Palermo, P.: "La interacción entre la Corte Inter-Americana de Derechos Humanos y Uruguay en relación con la investigación y persecución de los crímenes internacionales cometidos en los años 70 y 80". II Seminario de Pensamiento Iberoamericano sobre la Justicia Internacional. Instituto Ibero-Americano de la Haya para la Paz, los Derechos Humanos y la Justicia Internacional. Den Haag/Niederlande, 10.06.2015.

Galain Palermo, P.: "Posibilidades de implementar mecanismos de Justicia Restaurativa en Uruguay, Seguridad

Ciudadana. Prevención de la Violencia". III Seminario en Justicia Restaurativa; Eurosocietal. Union Europea/Ministerio del Interior. Montevideo/Uruguay, 14.05.2015.

Galain Palermo, P.: "Narrativas sobre los crímenes del pasado en Uruguay: ¿Justicia o Política de Transición?". VII Congreso Internacional de Derecho Constitucional. Tribunales Internacionales, Constitución y Reconciliación. Homenaje a Luigi Ferrajoli. Universidad Libre de Bogotá/Kolumbien, 25.09.2015.

Galain Palermo, P.: "Regulación de las drogas en América Latina, Panorama Latinoamericano en relación al problema de las drogas". Fundación Konrad Adenauer/Universidad Católica de Uruguay. Montevideo/Uruguay, 23.11.2015.

2016

Galain Palermo, P.: "Desaparición forzada de personas en contexto de justicia transicional: Aproximación a la memoria en Uruguay". VIII Seminario Internacional "Delitos Transnacionales y sus efectos colaterales, Delitos de Lesa Humanidad, acuerdos de paz y postconflicto". Universidad Libre de Bogotá/Kolumbien, 19.05.2016.

Galain Palermo, P.: "La justicia negociada. La figura del colaborador eficaz". Jornadas Uruguayo Santafesinas de Derecho. Facultad de Derecho, Universidad de la República (Udelar). Montevideo/Uruguay, 04.06.2016.

Galain Palermo, P.: "Drug Legalization Instead of War on Drugs: the Uruguayan experience". 16th Annual Conference of the European Society of Criminology. Münster, 22.09.2016.

Galain Palermo, P.: "Cuestiones abiertas de la regulación del cannabis en Uruguay, Evaluación y monitoreo de la regulación del cannabis. A tres años de su aprobación". Facultad Ciencias Sociales, Universidad de la República (Udelar). Montevideo/Uruguay, 15.11.2016.

Galain Palermo, P.: "Mediación en Uruguay", "Mediación en Uruguay en el marco del foro de justicia 2016". Centro de Investigación y Estudios Judiciales. Montevideo/Uruguay, 18.11.2016.

2017

Galain Palermo, P.: "Diferencias entre crímenes de lesa humanidad y criminalidad organizada". Curso de capacitación a fiscales de la PGR de México. Agencia de Cooperación Alemana GIZ. México Stadt/México, 22.01.2017.

Galain Palermo, P.: "Desaparición forzada de personas en contextos de ausencia del estado de derecho: experiencia del cono sur". Tercer Foro Internacional en materia de Desaparición Forzada de Personas. Facultad de derecho de la Universidad Veracruzana. Xalapa/México, 24.01.2017.

Galain Palermo, P.: "The Uruguayan Cannabis Model: update and open issues". 11th Conference of The International Society for the Study of Drug Policy. Center for Alcohol and Drug Research. Aarhus BSS, Aarhus University/Dänemark, 19.05.2017.

Galain Palermo, P.: "Narrativas sobre los crímenes del pasado en Uruguay: ¿Justicia o política de transición?, Desaparición forzada y Acuerdos Gobierno Nacional-FARC/EP". Universidad de la Costa. Barranquilla/Kolumbien, 22.05.2017.

Galain Palermo, P.: "Introducción a la justicia restaurativa, un abordaje desde el derecho internacional penal". Jornada sobre justicia restaurativa. Universidad de Buenos Aires/Argentina, 08.11.2017.

Gauder, Kira-Sophie

2016

Gauder, K.-S.: "Sex Offenders' Life-Course after Release. Preliminary Results of a Qualitative Approach to Re-entry-processes and Pathways to Desistance and/or Recidivism". Workshop "Desistance-Processes among Young Offenders following Judicial Interventions". Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht. Freiburg i.Br., 01.04.2016.

Gauder, K.-S., Wöbner, G.: "Reentry Processes of Released Sex Offenders – Life-courses and Pathways of Desistance and Recidivism". 16th Annual Conference of the European Society of Criminology. Münster, 23.09.2016.

Gauder, K.-S., Wöbner, G.: "Reentry Processes of Released Sex Offenders – Pathways of Desistance and Recidivism" (Poster session). 72nd Annual Meeting of the American Society of Criminology. New Orleans/USA, 17.11.2016.

Woessner, G., Gauder, K.-S.: "Implicit Theories of Reoffending among Violent and Sexual Offenders". 72nd Annual Meeting of the American Society of Criminology. New Orleans/USA, 19.11.2016.

2017

Gauder, K.-S.: „...wieder in dieses normale, zivile Leben reinkommen...“ Haftentlassene Sexualstraftäter auf der Suche nach Normalität". 53. Kolloquium der Südwestdeutschen und Schweizerischen Kriminologischen Institute und Lehrstühle. Freiburg i.Br., 15.07.2017.

Wöbner, G., Gauder, K.-S.: „Rückfall als Kriterium der Wirksamkeit des Strafvollzugs – eine kritische Betrachtung". 15. Wissenschaftliche Fachtagung der Kriminologischen Gesellschaft. Münster, 29.09.2017.

Gerstner, Dominik

2015

Gerstner, D., Sargeant, E., Oberwittler, D., Wickes, R.: "Neighbourhood Social Capital in Cross-National Comparative Research: Measurement Equivalence of Collective Efficacy Scales in Australian and German Community Surveys". 6th Conference of the European Survey Research Association. Reykjavík/Island, 16.07.2015.

Gerstner, D.: "To be tied or not to be tied. Patterns of Friendship Connections in the Context of Delinquent Values and Behavior". 15th Annual Conference of the European Society of Criminology. Porto/Portugal, 04.09.2015.

Köber, G., Gerstner, D., Oberwittler, D.: "Scared Seniors or Scary Neighborhoods? An Ecologic Approach to Disentangle Relationships Between Fear of Crime and Age". 15th Annual Conference of the European Society of Criminology. Porto/Portugal, 04.09.2015.

Gerstner, D.: „Et hätt noch emmer joot jejang. Sicherheitsentwicklung in der Stadt Köln". Fachtagung: Zusammenhalt im Veedel – Kooperationsperspektiven für die Wohnungswirtschaft. TH Köln, 15.09.2015.

2016

Gerstner, D.: „Abweichendes Verhalten von Jugendlichen im Kontext delinquenter Peers – Neue Entwicklungen und netzwerkanalytische Zugänge". Seminar „Jugendgewalt/Jugendkriminalität" an der Deutschen Hochschule der Polizei. Münster, 03.03.2016.

Oberwittler, D., Gerstner, D.: "Who's Hanging Out and What's Happening? A Network Perspective on Delinquent Peers in the Context of Situational Action Theory". NSCR, Seminar on Situational Explanations for Adolescent Deviance. Amsterdam/Niederlande, 08.03.2016.

Oberwittler, D., Gerstner, D.: "Who's Hanging Out and What's Happening? A Network Perspective on Delinquent Peers in the Context of Situational Action Theory". University of Cambridge, The 2016 Cambridge Testing Situational Action Theory Workshop. Cambridge/Großbritannien, 02.04.2016.

Oberwittler, D., Wickes, R., Janssen, H., Gerstner, D.: "Varieties of Diversity Effects: Ethnic Diversity and Social Capital in German and Australian Neighbourhoods". International Symposium "Ethnic Diversity and Neighbourhood Social Processes Cross-Cultural Perspectives". Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht. Freiburg i.Br., 24.05.2016.

Oberwittler, D., Gerstner, D., Janssen, H., Köber, G.: „Sicherheitslage von Älteren – Viktimisierung, Unsicherheit und Lebensqualität von Älteren in urbanen Wohnquartieren“. 21. Deutscher Präventionstag, Magdeburg, 07.06.2016.

Janssen, H., Oberwittler, D., Gerstner, D.: "Seeing Disorder: The Divergence between Survey-Based and Observation-Based Disorder Measurement and its Consequences for the Analysis of Neighborhood Processes". 16th Annual Conference of the European Society of Criminology. Münster, 22.09.2016.

Köber, G., Gerstner, D., Oberwittler, D.: "How do Changes in Vulnerability affect Fear of Crime in Different Neighborhood Contexts?". 16th Annual Conference of the European Society of Criminology. Münster, 22.09.2016.

2017

Gerstner, D.: "Predictive Policing: Theoretical Issues and Applied Techniques". SPECTO Conference 2017 – The Sixth Edition: Mass Supervision. Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht. Freiburg i.Br., 12.05.2017.

Gerstner, D.: „Predictive Policing: Mythen, Theorie & Praxis“. Sommerschule der Strafrechtlichen Abteilung des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht zum Thema „Neue Sicherheitsarchitektur und technische Überwachung“. Universität Pécs. Pécs/Ungarn, 30.05.2017.

Gerstner, D.: „Predictive Policing. Theorie, Anwendung und Erkenntnisse am Beispiel des baden-württembergischen Pilotprojekts P4“. (Un-)Sicherheiten im Wandel – Gesellschaftliche Dimensionen von Sicherheit. BMBF-Fachkonferenz der zivilen Sicherheitsforschung, Berlin, 22.06.2017.

Gerstner, D.: "Predictive Policing in Theorie & Praxis. Erkenntnisse am Beispiel des baden-württembergischen Pilotprojekts". 15. Wissenschaftliche Fachtagung der Kriminologischen Gesellschaft. Münster, 29.09.2017.

Oberwittler, D., Janssen, H., Gerstner, D.: „Unsicherheit und kollektive Wirksamkeit in Wohngebieten – Welche Rolle spielen Broken Windows und ethnische Diversität?". 15. Wissenschaftliche Fachtagung der Kriminologischen Gesellschaft. Münster, 29.09.2017.

Gerstner, D.: "Predictive Policing – an Empirical Study". European Union Agency for Law Enforcement Training (CEPOL) 2017 Research and Science Conference. Budapest/Ungarn, 29.11.2017.

Grundies, Volker

2015

Grundies, V.: „Gleiches Recht für alle? Eine empirische Analyse lokaler Unterschiede in der Sanktionspraxis in der Bundesrepublik Deutschland“. 14. Wissenschaftliche Fachtagung der Kriminologischen Gesellschaft. Köln, 25.09.2015.

Heisch, David

2017

Heisch, D., Jähnke, J.: „Netzwerküberwachung mit Observium“. 34. DV-Treffen der MPG. Max-Planck-Campus, Göttingen, 17.10.2017.

Hillemanns, Carolin F.

2015

Hillemanns, C.: "Germany's Transition: The Peaceful Revolution – How did Germany 'come to Terms with its own Past'?" Peace and Post Conflict in Colombia / Panel on Human Rights and Peace Process in Colombia. Pontificia Universidad Javeriana. Bogotá/Kolumbien, 04.05.2015.

Hillemanns, C.: "The Max Planck Institute and its Research Agenda". German-Mongolian Seminar "Current Trends in Criminal Punishment". Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht. Freiburg i.Br., 20.10.2015.

2017

Hillemanns, C.: "MPS Rules of Good Scientific Practice". Einführungskurs: "Introduction to Criminal Law & Criminology". International Max Planck Research School on Retaliation, Mediation and Punishment (IMPRS REMEP). Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht. Freiburg i.Br., 24.03.2017.

Engelhart, M., Hillemanns, C.: „Aktuelle Erscheinungsformen von Corporate Violence und die Berücksichtigung individueller Opferinteressen“. Studium Generale, Hochschule für Polizei Baden-Württemberg. Villingen-Schwenningen, 23.11.2017.

Hummelsheim-Doß, Dina

2015

Hummelsheim, D.: „Fragedesign zu Kriminalitätsfurcht in groß angelegten Studien und die Anpassung an Panelteilnahmen“. WISIND Abschlusskonferenz. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW). Berlin, 23.03.2015.

Hummelsheim, D., Oberwittler, D.: "Urban Fear of Crime in Germany. A Multilevel Analysis based on the German Victimization Survey 2012". 15th Annual Conference of the European Society of Criminology. Porto/Portugal, 03.09.2015.

2016

Hummelsheim, D.: „Objektive versus subjektive Sicherheit“ (Impulsreferat), Podiumsdiskussion der SPD-Bundestagsfraktion zum „Sicherheitsgefühl der Deutschen“. Berlin, 10.11.2016.

Jähnke, Jochen

2017

Heisch, D., Jähnke, J.: „Netzwerküberwachung mit Observium“. 34. DV-Treffen der MPG. Max-Planck-Campus, Göttingen, 17.10.2017.

Breitner, T., Jähnke, J., Michel, T.: „Entwicklung einer Benutzerverwaltung mit Django“. 34. DV-Treffen der MPG. Max-Planck-Campus, Göttingen, 18.10.2017.

Janssen, Heleen J.**2016**

Oberwittler, D., Wickes, R., Janssen, H., Gerstner, D.: „Varieties of Diversity Effects: Ethnic Diversity and Social Capital in German and Australian Neighbourhoods“. International Symposium „Ethnic Diversity and Neighbourhood Social Processes Cross-Cultural Perspectives“. Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht. Freiburg i.Br., 24.05.2016.

Janssen, H. J.: „Vergleich der subjektiven und objektiven Wahrnehmungen von urbanen Gefahren“. SENSIKO-Verbundtreffen. TH Köln, 27.05.2016.

Oberwittler, D., Gerstner, D., Janssen, H., Köber, G.: „Sicherheitslage von Älteren – Viktimisierung, Unsicherheit und Lebensqualität von Älteren in urbanen Wohnquartieren“. 21. Deutscher Präventionstag, Magdeburg, 07.06.2016.

Janssen, H. J.: „Ethnic Diversity and Perceptions of Disorder: The Role of Interethnic Contact and Xenophobic Attitudes“. 16th Annual Conference of the European Society of Criminology. Münster, 22.09.2016.

Janssen, H., Oberwittler, D., Gerstner, D.: „Seeing Disorder: The Divergence between Survey-Based and Observation-Based Disorder Measurement and its Consequences for the Analysis of Neighborhood Processes“. 16th Annual Conference of the European Society of Criminology. Münster, 22.09.2016.

Janssen, H. J.: „New Longitudinal Analyses of the Consequences of Victimization on Well-Being“. SENSIKO-Verbundtreffen. Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht. Freiburg i.Br., 08.11.2016.

Janssen, H. J.: „Ethnic Diversity, Disorder and Collective Efficacy: A Comparative Analysis of German and Australian Neighborhoods“. School of Social Sciences, Monash University. Melbourne/Australien, 08.12.2016.

2017

Oberwittler, D., Janssen, H., Gerstner, D.: „Unsicherheit und kollektive Wirksamkeit in Wohngebieten – Welche Rolle spielen Broken Windows und ethnische Diversität?“. 15. Wissenschaftliche Fachtagung der Kriminologischen Gesellschaft. Münster, 29.09.2017.

Jarvers, Konstanze**2017**

Jarvers, K.: „L'agire colposo del medico in Germania – quali responsabilità?“. Incontro di studi comparati „La responsabilità penale del medico: un confronto fra ordinamento giuridico italiano, austriaco e tedesco“. Universität Innsbruck. Innsbruck/Österreich, 07.06.2017.

Khechumyan, Aleksandr**2017**

Khechumyan, A.: „Polizeiliche Integrität – Ergebnisse einer Polizeibefragung in Armenien“. 53. Kolloquium der Südwestdeutschen und Schweizerischen Kriminologischen Institute und Lehrstühle. Freiburg i.Br., 16.07.2017.

Kilchling, Michael**2015**

Kilchling, M.: „Opferbezogene Strafrechtspflege“. Fachtagung „Opferbezogene Strafrechtspflege“. Seehaus Leonberg, 22.01.2015.

Kilchling, M.: „Opfer – Opferpolitik – Opferforschung“. Berner Forum für Kriminalwissenschaften. Universität Bern. Bern/Schweiz, 17.03.2015.

Kilchling, M.: „The Role of the Victims in National and International Courts“. 7th International Spring Course „Crime Prevention through Criminal Law & Security Studies“. IUC Dubrovnik. Dubrovnik/Kroatien, 25.03.2015.

Kilchling, M.: „Wirtschaftsspionage im globalen Markt: Sind die Ermittlungsstrukturen in Deutschland noch zeitgemäß?“. 3. Konferenz des Fachdialogs Geistes- und Sozialwissenschaften in der zivilen Sicherheitsforschung „Grenzenlose Sicherheit? – Gesellschaftliche Dimensionen der Sicherheitsforschung“. Berlin, 07.05.2015.

Kilchling, M.: „Schleuserkriminalität: strafrechtliche – kriminologische – viktimologische Perspektiven“. Seminar der Landeszentrale für politische Bildung: Flüchtlings- und Asylpolitik. Buchenbach, 13.05.2015.

Kilchling, M.: „Introduction into Victimology“; „Victim Rights in Criminal Procedure; with a Comparison of Victim Participation in Civil Law and Common Law Countries“; „Restorative Justice: International Movement, German Experience“; „Victim/Offender Mediation in Germany“. Vortragsreihe an der Allameh Tabataba'i University. Teheran/Iran, 25./26.08.2015.

Kilchling, M.: „Economic Espionage at the Intersection of (traditional) Crime against State Security – Economic Crime – Cybercrime: Diffuse Concepts, Dark Figures and Hidden Statistical Records...“. 15th Annual Conference of the European Society of Criminology. Porto/Portugal, 04.09.2015.

Kilchling, M.: „Täter-Opfer-Ausgleich als Kernelement einer opferbezogenen Strafrechtspflege“. 30 Jahre Projekt Handschlag. Reutlingen, 24.09.2015.

Kilchling, M.: „Opferbezogene Strafrechtspflege“. Seehaus Leonberg, 27.09.2015.

Kilchling, M.: „Theoretical and Methodological Impact of Victimology: Origins, Areas, Developments, Perspectives“. 2nd Balkan Criminology Intensive Course. IUC Dubrovnik. Dubrovnik/Kroatien, 06.10.2015.

Kilchling, M.: „The Influence of EU Criminal Policies on New Measures of Surveillance“. International Conference „The Europeanisation of Criminal Law and Protection of Human Rights in Criminal Proceedings and the Process of Execution of Criminal Sanctions“. University of Split. Split/Kroatien, 16.10.2015.

Kilchling, M.: „Restorative Justice in Prisons: The Final Cornerstone in the General Concept of Restorative Justice in Germany“. University of Insubria, Center for Studies on Restorative Justice and Mediation. Como/Italien, 02.11.2015.

Kilchling, M.: „Victimological Perspectives of Human Smuggling and Human Trafficking“. Colloquium „Refugee Crisis in Europe and Prevention of Trafficking in Human Beings“. University of Zagreb, Faculty of Law. Zagreb/Kroatien, 06.11.2015.

2016

Kilchling, M.: „Restorative Justice, insbesondere Täter-Opfer-Ausgleich im Strafvollzug“. Universität Tübingen, 19.03.2016.

Kilchling, M.: „Privacy versus Crime Control: Surveillance in the Telecommunication and Banking Sectors“. 8th International Spring Course „Crime Prevention through Criminal Law & Security Studies“. IUC Dubrovnik. Dubrovnik/Kroatien, 22.03.2016.

Kilchling, M.: „Foreign Fighters: The German Perspective“. Joint Seminar of Bahçeşehir University Istanbul & MPI Freiburg „Radicalization, Recruitment and ‘Foreign Fighters’ – Responding to New Terrorist Phenomenon“. Bahçeşehir-Universität. Istanbul/Türkei, 01.04.2016.

Kilchling, M.: „Victim Participation in Criminal Trial: Concepts in Civil Law and Common Law and at Inter-

national Courts". Conference "Tradition of the Law and Law in Transition". Universität Tirana. Tirana/Albanien, 29.04.2016.

Kilchling, M.: „Die alltägliche Überwachung: Datenspeicherung im Telekommunikations- und Zahlungsverkehr“. Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. Freiburg i.Br., 10.05.2016.

Kilchling, M.: „Kriminalpolitische Konzepte und neue Straftatbestände zum Terrorismus“. Sechster Kriminologischer Sommerkurs des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht und der Universität Pécs über „Kriminologie des Terrorismus“. Rechtswissenschaftliche Fakultät. Pécs/Ungarn, 31.05.2016.

Kilchling, M.: „Behandlung terroristischer Straftäter im Strafvollzug“. Sechster Kriminologischer Sommerkurs des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht und der Universität Pécs über „Kriminologie des Terrorismus“. Rechtswissenschaftliche Fakultät. Pécs/Ungarn, 02.06.2016.

Kilchling, M.: "Violence in the Balkans in the Focus of Balkan Criminology's current Research Activities". 3rd Annual Conference of the Max Planck Partner Group for Balkan Criminology: "Violence in the Balkans". Juristische Fakultät der Universität Bukarest. Bukarest/Rumänien, 03.09.2016.

Kilchling, M.: "Restorative Justice: A Victim's Right". Annual Lecture 2016 of the Center for Studies on Restorative Justice and Mediation. University of Insubria. Como/Italien, 06.10.2016.

Kilchling, M.: "Theoretical and Methodological Impact of Victimology: Origins, Areas, Developments, Perspectives"; "Concepts of Participation of Victims in Criminal Trials in Civil Law, Common Law and International Tribunals – Impact of Comparative Research on the Development of Procedural Law and Practice". 3rd Balkan Criminology Intensive Course. IUC Dubrovnik. Dubrovnik/Kroatien, 10.–14.10.2016.

Kilchling, M.: "The International and European Legal Framework of Preventive Anti-Terrorism Offence Statutes and Further Preventive Measures". International Conference "Terrorism, Legislation and Judicial Practices – New Approaches in Counter-Terrorism Policies". Oberster Gerichtshof Georgiens. Tiflis/Georgien, 02.11.2016.

Kilchling, M.: „Übertragung opferschützender Normen aus dem Strafverfahrensrecht in andere Verfahrensordnungen“. Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz. Berlin, 24.11.2016.

2017

Kilchling, M.: "Restorative Justice: Incorporating victims' rights and needs". International conference "Restorative Justice: Active responsibility, participation, reparation". University of Trento. Trient/Italien, 20.01.2017.

Kilchling, M.: "Anti-Terrorism Legislation in Germany: Repression – Prevention – Pre-emption". II International Conference on Comparative Law. Ministry of Economic Development. Warschau/Polen, 17.03.2017.

Kilchling, M.: "Victim-Offender Mediation". Einführungskurs: "Introduction to Criminal Law & Criminology". International Max Planck Research School on Retaliation, Mediation and Punishment (IMPRS REMEP). Freiburg i.Br., 23.03.2017.

Kilchling, M.: "Migrants as Victims: Victimological Perspectives of Human Smuggling and Human Trafficking". Annual Colloquium on Migration and Trafficking in Human Beings. IUC Dubrovnik. Dubrovnik/Kroatien, 03.04.2017.

Kilchling, M.: "European Anti-Terrorism Legislation and Human Rights". 9th International Spring Course "Crime Prevention through Criminal Law & Security Studies". IUC Dubrovnik. Dubrovnik/Kroatien, 06.04.2017.

Kilchling, M.: „Einführung in die Viktimologie“. Ausbildungskurs zur Psychosozialen Prozessbegleitung im Strafverfahren. Lahr, 30.04.2017.

Kilchling, M.: „Neue technische Möglichkeiten zur (Kommunikations-)Überwachung im präventiven und repressiven Einsatz: deutsche und internationale Perspektiven“. Internationale Tagung „Rechtliche Herausforderungen moderner Technologien – die Balance zwischen Sicherheit und Freiheit“. Oberster Gerichtshof Georgiens. Tiflis/Georgien, 24.05.2017.

Kilchling, M.: "Migrants as Victims: Victimological Perspectives of Human Smuggling and Human Trafficking". Technische Universität von Georgien. Tiflis/Georgien, 25.05.2017.

Kilchling, M.: "Restrictions of civil and political rights after conviction in Germany". Aristoteles-Universität. Thessaloniki/Griechenland, 07.06.2017.

Kilchling, M.: "Economic Espionage in Germany and Europe". Tagung „Strafrechtsreformen in einigen Ländern der ehemaligen Sowjetunion und die Ergebnisse nach 25 Jahren Unabhängigkeit“. Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht. Freiburg i.Br., 14.08.2017.

Kilchling, M.: "Theoretical and Methodological Impact of Victimology: Origins, Areas, Developments, Perspectives". 4th Balkan Criminology Intensive Course. IUC Dubrovnik. Dubrovnik/Kroatien, 23.10.2017.

Kilchling, M., Sokanović, L.: "European Study on Restrictions and Disenfranchisement of Certain Civil and Political Rights after Conviction". 4th Balkan Criminology Intensive Course. IUC Dubrovnik. Dubrovnik/Kroatien, 24.10.2017.

Kilchling, M., Bezić, R.: "Victims and Offenders in Criminological Research: Disconnected Population Groups?". 4th Balkan Criminology Intensive Course. IUC Dubrovnik. Dubrovnik/Kroatien, 26.10.2017.

Kilchling, M.: "Asset Recovery: Concepts and Legislation in Germany and Europe". China-Germany Workshop on Anti-Money Laundering and Asset Recovery: International Perspectives. Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht. Freiburg i.Br., 20.11.2017.

Knickmeier, Susanne

2015

Knickmeier, S.: „Einführung in die organisierte Kriminalität“. Deutsche Hochschule der Polizei. Münster, 20.03.2015.

Knickmeier, S.: "Trafficking of Goods". Final Conference "FIDUCIA Project – Justice Needs Trust: From Law & Order to Trust-Based Policies". Brüssel/Belgien, 26.05.2015.

Knickmeier, S., Sato, M., Hough, M.: "Disrupting the Market for Illegal Rhino Horn". Workshop "EFFACE project: Effectively combating environmental crime – what works best?". Berlin, 28.05.2015.

Knickmeier, S.: „Der Zigarettenmuggel, das Recht und die Moral“. 14. Wissenschaftliche Fachtagung der Kriminologischen Gesellschaft. Köln, 25.09.2015.

Knickmeier, S.: "Crime Scene Mediterranean Sea – Scope, Structures and Political Responses to Human Smuggling into the European Union". Colloquium "Refugee Crisis in Europe and Prevention of Trafficking in Human Beings". University of Zagreb, Faculty of Law. Zagreb/Kroatien, 06.11.2015.

2016

Knickmeier, S.: „Kunst und Kriminalität – der Fall Beltracchi“. Deutsches Sozialwerk e.V. Hamburg-Elbvororte. Hamburg, 07.01.2016.

Knickmeier, S.: „Einführung in die organisierte Kriminalität“. Deutsche Hochschule der Polizei. Münster, 09.02.2016.

Knickmeier, S., Wallwey, E.: „Statistical Overview and First Findings of a Case Analysis of Industrial Espionage in Germany“. 16th Annual Conference of the European Society of Criminology. Münster, 22.09.2016.

2017

Knickmeier, S.: „Smart Borders: Refugees between Human and National Security“. Kurzvortrag im Rahmen der Veranstaltung „Governance of Security and Ignored Insecurities at European Borders“. Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht. Freiburg i.Br., 09.05.2017.

Knickmeier, S.: „Excluding Evidences to Secure a Fair Trial? Narratives from the Practice“. Workshop „Safe-guarding a Fair Trial through Exclusionary Rules“. Basel/Schweiz, 18.05.2017.

Knickmeier, S.: „Industrial Espionage in Europe – Findings from a Case Analysis“. 17th Annual Conference of the European Society of Criminology. Cardiff/Großbritannien, 15.09.2017.

Knickmeier, S.: „Unternehmensgeheimnisse in Gefahr? Konkurrenzausspähung in Deutschland“. 15. Wissenschaftliche Fachtagung der Kriminologischen Gesellschaft. Münster, 29.09.2017.

Knickmeier, S.: „Poster: Projekt WiSKoS“. Forschungsforum Öffentliche Sicherheit. Berlin, 09.–10.10.2017.

Knust, Nandor

2015

Knust, N.: „Kriminologie und Völkerstrafrecht“. Vortrag im Rahmen des Arbeitskreises Völkerstrafrecht. Universität Bern. Bern/Schweiz, 30.05.2015.

Knust, N.: „African Criminal Court: Regional Approach to Criminal & Transitional Justice“. 15th Annual Conference of the European Society of Criminology. Porto/Portugal, 03.09.2015.

Knust, N.: „Complementarity: New Challenges for a Multilevel Approach of Transitional Justice“. 15th Annual Conference of the European Society of Criminology. Porto/Portugal, 05.09.2015.

Knust, N.: „Transitional Justice & Human Rights“. Council of Europe: PATHS Program – Module 1. Venedig/Italien, 02.12.2015.

Knust, N.: „Case Study Rwanda – Pluralistic Model of Transitional Justice“. Council of Europe: PATHS Program – Module 1. Venedig/Italien, 03.12.2015.

2016

Knust, N.: „The Nuremberg Principles – the Golden Thread within the System of International Criminal Justice“. International Conference „The Nuremberg Legacy and Progressive Development of Criminal Law“. National Research University Higher School of Economics. Moskau/Russ. Föderation, 27.04.2016.

Knust, N.: „Creation & Protection of Historical Memory by Post-Conflict Systems: International, Regional, National and Local Approaches“. International Criminal Law & Transitional Justice Colloquiums Series: „Creation & Protection of Historical Memory by the Means of Criminal Law“. Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht. Freiburg i.Br., 29.07.2016.

Knust, N.: „Models of International Crime Control: The Change of the Landscape of International Criminal Justice“. 16th Annual Conference of the European Society of Criminology. Münster, 22.09.2016.

Knust, N.: „The Nuremberg Principles: The Basic Guidelines of International Criminal Law and Transitional Justice?“. 16th Annual Conference of the European Society of Criminology. Münster, 23.09.2016.

2017

Knust, N.: „The UN Sanction Regime and its Role in a Holistic System of Transnational-law-network of Counterterrorism law“. Jean Monnet Advanced Seminar in EU Criminal Law and Policy. International Conference „Fight Against Terrorism through Prevention of Financing and Recruitment“. IUC Dubrovnik. Dubrovnik/Kroatien, 03.05.2017.

Knust, N.: „Regionalization of International Criminal Justice“. Annual Conference „Courts, Power, and Public Law“. ICON-S, International Society of Public Law. Kopenhagen/Dänemark, 05.07.2017.

Knust, N.: „Kosovo Relocated Specialist Judicial Institution: The Regionalization of International Criminal Justice“. 17th Annual Conference of the European Society of Criminology. Cardiff/Großbritannien, 14.09.2017.

Knust, N.: „Socio-Legal Frontiers of Transitional Justice – Routledge Book Series Presentation“. 17th Annual Conference of the European Society of Criminology. Cardiff/Großbritannien, 15.09.2017.

Knust, N.: „Beyond National Sovereignty: New Approaches to International and Transnational Law Enforcement“. Workshop „Beyond National Sovereignty – New Approaches to International and Transnational Law Enforcement“. Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht. Freiburg i.Br., 02.12.2017.

Knust Rassekh Afshar, Mandana

2015

Knust Rassekh Afshar, M.: „Frauen zwischen Recht und Realität in Afghanistan“. Vortrag im Rahmen der Ausstellung „Un/sichtbar. Frauen überleben Säure“. Museum Natur und Mensch. Freiburg i.Br., 07.07.2015.

2016

Knust Rassekh Afshar, M.: „Amnesty Law Regulations: The Case of Afghanistan“. International Criminal Law & Transitional Justice Colloquiums Series: „Creation & Protection of Historical Memory by the Means of Criminal Law“. Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht. Freiburg i.Br., 29.07.2016.

2017

Knust Rassekh Afshar, M.: „Frauen in der islamischen Welt zwischen Gesetzen, Rechten, Kultur und Werten“. Podiumsdiskussion im Rahmen der Aktionswoche zum Internationalen Frauentag, AMICA e.V. in Zusammenarbeit mit Anwältinnen ohne Grenzen und Amnesty International. Volkshochschule Freiburg. Freiburg i.Br., 15.03.2017.

Knust Rassekh Afshar, M.: „Sicherheitslage und Menschenrechte in Afghanistan“. Veranstaltung „Abschiebungen und Menschenrechte. Handlungsmöglichkeiten und Grenzen der Sozialen Arbeit“. Duale Hochschule Baden-Württemberg Villingen-Schwenningen und Katholische Hochschule Freiburg. Katholische Hochschule Freiburg. Freiburg i.Br., 01.06.2017.

Koch, Hans-Georg

2015

Koch, H.-G.: „Der juristische Rahmen für die ärztliche Mitwirkung am Schwangerschaftsabbruch – Bundesrecht und bayerisches Landesrecht“. Seminar „Medizinische und ethische Aspekte des Schwangerschaftsabbruchs“. Bayerische Landesärztekammer. München, 28.02.2015.

Koch, H.-G.: „Ethische Aspekte des Schwangerschaftsabbruchs“. Seminar „Medizinische und ethische Aspekte des Schwangerschaftsabbruchs“. Bayerische Landesärztekammer. München, 28.02.2015.

Koch, H.-G.: „Rechtsvergleichende Bemerkungen anlässlich der Überlegungen zu einer Reform der vorsätzlichen Tötungsdelikte in Deutschland“. Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz. Berlin, 18.03.2015.

Koch, H.-G.: „Strafbarer und straffreier Schwangerschaftsabbruch nach dem SFHG“. Seminar „Grundlagen der Sozial- und Konfliktberatung bei Schwangerschaft“. Pro Familia Bundesverband/Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung. Frankfurt a.M., 19.03.2015 und 25.09.2015.

Koch, H.-G.: „Legal Aspects of Neurotechnology“. Workshop „Ethical Aspects of Neurotechnology“. Brain Links – Brain Tools Research Group. Freiburg i.Br., 20.03.2015.

Koch, H.-G.: „Aufgaben der Ethik-Kommission“. Studienleiterkurs Frühjahr 2015. Studienzentrum der Uniklinik Freiburg, 22.04.2015, 20.07.2015 und 23.11.2015.

Koch, H.-G.: „Rechtsfragen rund um die medizinische Indikation zum Schwangerschaftsabbruch“. Pro Familia Ortsverband Frankfurt a.M. Frankfurt a.M., 16.09.2015.

Koch, H.-G.: „Umgang mit Altpöbeln: Unter welchen Voraussetzungen sind sie zu Forschungszwecken nutzbar?“. Jahresvollversammlung der Ethik-Kommission der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. Freiburg i.Br., 26.10.2015.

2016

Koch, H.-G.: „Strafbarer und straffreier Schwangerschaftsabbruch nach dem SFHG“. Seminar „Grundlagen der Sozial- und Konfliktberatung bei Schwangerschaft“. Pro Familia Bundesverband/Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung. Frankfurt a.M., 10.03.2016; Meinhardt-Grebendorf, 07.09.2016 sowie Frankfurt a.M., 14.10.2016.

Koch, H.-G.: „Der juristische Rahmen für die ärztliche Mitwirkung am Schwangerschaftsabbruch – Bundesrecht und bayerisches Landesrecht“. Seminar „Medizinische und ethische Aspekte des Schwangerschaftsabbruchs“. Bayerische Landesärztekammer. München, 16.04.2016.

Koch, H.-G.: „Ethische Aspekte des Schwangerschaftsabbruchs“. Seminar „Medizinische und ethische Aspekte des Schwangerschaftsabbruchs“. Bayerische Landesärztekammer. München, 16.04.2016.

Koch, H.-G.: „Interdisziplinarität – Recht und Medizin: Beobachtungen aus vorwiegend juristischer Perspektive“. Symposium „Interdisziplinarität“ zum 25. Jahrestag der Gründung des Instituts für Recht und Technik der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg. Erlangen, 21.05.2016.

Koch, H.-G.: „Umfang der Beratung von § 23b MPG-Studien“. Vollversammlung der Ethik-Kommission der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. Freiburg i.Br., 24.10.2016.

2017

Koch, H.-G.: „Umsetzung der EU-Verordnung 536/2014 über klinische Prüfungen mit Arzneimitteln und zur Aufhebung der Richtlinie 2001/20/EG“. Außerordentliche Vollversammlung der Ethik-Kommission der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. Freiburg i.Br., 20.02.2017.

Koch, H.-G.: „Der juristische Rahmen für die ärztliche Mitwirkung am Schwangerschaftsabbruch – Bundesrecht und bayerisches Landesrecht“. Seminar „Medizinische und ethische Aspekte des Schwangerschaftsabbruchs“. Bayerische Landesärztekammer. München, 01.04.2017.

Koch, H.-G.: „Ethische Aspekte des Schwangerschaftsabbruchs“. Seminar „Medizinische und ethische Aspekte des Schwangerschaftsabbruchs“. Bayerische Landesärztekammer. München, 10.04.2017.

Koch, H.-G.: „Strafbarer und straffreier Schwangerschaftsabbruch nach dem SFHG“. Seminar „Grundlagen der Sozial- und Konfliktberatung bei Schwangerschaft“. Pro Familia Bundesverband/Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung. Meinhardt-Grebendorf, 28.04.2017; Frankfurt a.M., 21.09.2017.

Koch, H.-G.: „Die Ethik-Kommission – Neue Entwicklungen in den rechtlichen Rahmenbedingungen“. Vollversammlung der Ethik-Kommission der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. Freiburg i.Br., 28.09.2017.

Köber, Göran

2015

Köber, G.: „Methodological Challenges of Aging in Fear of Crime Research: Item Non-Response and Multiple Imputation“. NordKrim 2015 – Fachtagung des Norddeutschen Kriminologischen Gesprächskreises. Hannover, 28.05.2015.

Köber, G.: „Methodological Challenges of Aging in Fear of Crime Research: Measurement Invariance and Multiple Imputation“. 15th Annual Conference of the European Society of Criminology. Porto/Portugal, 03.09.2015.

Köber, G., Gerstner, D., Oberwittler, D.: „Scared Seniors or Scary Neighborhoods? An Ecologic Approach to Disentangle Relationships between Fear of Crime and Age“. 15th Annual Conference of the European Society of Criminology. Porto/Portugal, 04.09.2015.

2016

Köber, G.: „How older People became less afraid of Crime: An Age-Period-Cohort Analysis of Fear of Crime using repeated cross-sectional Survey Data“. University of Queensland. Brisbane/Australien, 15.04.2016.

Oberwittler, D., Gerstner, D., Janssen, H., Köber, G.: „Sicherheitslage von Älteren – Viktimisierung, Unsicherheit und Lebensqualität von Älteren in urbanen Wohnquartieren“. 21. Deutscher Präventionstag. Magdeburg, 07.06.2016.

Köber, G., Gerstner, D., Oberwittler, D.: „How do Changes in Vulnerability affect Fear of Crime in different Neighborhood Contexts?“. 16th Annual Conference of the European Society of Criminology. Münster, 22.09.2016.

Köber, G.: „How do Changes in Vulnerability affect Fear of Crime in different Neighborhood Contexts?“. 72nd Annual Meeting of the American Society of Criminology. New Orleans/USA, 19.11.2016.

Lin, Jing

2015

Lin, J.: „Legal Reform on Money Laundering Control in China and the Impact of the International Community“. Workshop on Judicial Reforms in China. Köln, 28.07.2015.

Lin, J.: „Corporate Crime Control in East Asia: A Comparative Observation on the Role of Criminal Law in PR. China and Japan“. The 4th East Asian Law & Society Conference: The Role of Law in Bridging Chasms. Tokyo/Japan, 05.08.2015.

2016

Lin, J.: „How Effective is Legal Aid Service in China: An Empirical Observation“. 11th Annual General Conference of the European China Law Studies Association. Rom/Italien, 23.09.2016.

2017

Lin, J.: „An Empirical Observation on Death Penalty in PR. China“. 12th Annual General Conference of the European China Law Studies Association. Leiden/Niederlande, 24.08.2017.

Lin, J.: „Vergleich der Diversionssysteme im deutschen und chinesischen Jugendstrafrecht“. 3. Chinesisch-Deutsches Strafrechtssymposium zum Thema „Diversion im deutschen und chinesischen Jugendstrafrecht“. Beijing/VR China, 25.11.2017.

Maillart, Jean-Baptiste

2017

Maillart, J.-B.: „The Collection of e-Evidence Located Abroad and the Challenges of Transborder Access to Data“. ERA Seminar „The Life Cycle of e-Evidence“. Ministry of Justice of Croatia. Zagreb/Kroatien, 07.03.2017.

Maillart, J.-B.: „The Collection of e-Evidence Located Abroad and the Challenges of Transborder Access to Data“. University of Pecs. Pécs/Ungarn, 01.06.2017.

Maillart, J.-B.: „Money Laundering and Terrorism Financing: Financial Intelligence Units“. International Max Planck Research School for Comparative Criminal Law. Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht. Freiburg i.Br., 02.12.2017.

Manso Porto, Teresa

2015

Manso Porto, T.: „El caso Noos“. Seminar „Corrupción y fraudes a consumidores: Perspectivas y casos actuales“. Universität A Coruña. A Coruña/Spanien, 02.06.2015.

Manso Porto, T.: „Beyond whose Control? The Liaison between Spanish and German Criminal Law Doctrines“. Workshop „German influence upon the Romanian law – a comparative approach“. Legal Research Institute „Andrei Rădulescu“ of the Romanian Academy. Bukarest/Rumänien, 30.–31.10.2015.

Manso Porto, T.: „Agresiones a bienes altamente personales a través de las TICs: tratamiento penal del stalking, sexting, grooming y ciberacoso en Alemania“. Workshop „Nuevos retos de la política criminal. Especial referencia a la delincuencia juvenil“. Universität Jaume I. Castellón/Spanien, 12.11.2015.

2016

Manso Porto, T.: „¿Se puede castigar el tráfico de influencias de un particular sobre un mandatario público? A propósito del caso Nôos“. Seminar „Corrupción y Estado democrático: Una aproximación multidisciplinar“. Universität Valencia. Valencia/Spanien, 10.03.2016.

2017

Manso, T.: „Punibilidad de la persona jurídica en el Derecho europeo, internacional y alemán: perspectivas de desarrollo“. Internationales Seminar „Verificación de la responsabilidad penal de la persona jurídica en el proceso“. Universidad de Barcelona. Barcelona/Spanien, 20.06.2017.

Manso, T.: „Cumplimiento normativo y medioambiente“. Internationales Seminar „Cumplimientos normativos y responsabilidad de las personas jurídicas“. Universidad de Barcelona. Barcelona/Spanien, 07.11.2017.

Meuer, Katharina

2016

Meuer, K., Wößner, G.: „Elektronische Aufsicht im Vollzug der Freiheitsstrafe: Erkenntnisse aus dem baden-württembergischen Modellprojekt“. 50-Jahr-Feier des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht. Freiburg i.Br., 01.07.2016.

Meuer, K.: „Elektronische Aufsicht im Vollzug der Freiheitsstrafe in Baden-Württemberg: Ergebnisse der Rückfalluntersuchung“. 52. Kolloquium der Südwestdeutschen und Schweizerischen Kriminologischen Institute und Lehrstühle. Freudenstadt, 10.07.2016.

Meuer, K., Wößner, G.: „Does Electronic Monitoring of Prisoners prevent Recidivism after Prison Release? Findings from a Randomized Controlled Trial in the Federal State of Baden-Württemberg, Germany“. 16th Annual Conference of the European Society of Criminology. Münster, 22.09.2016.

Meuer, K., Wößner, G.: „Electronic Monitoring of Prisoners and Recidivism: Findings From a Randomized Controlled Trial in the Federal State of Baden-Württemberg, Germany“. 72nd Annual Meeting of the American Society of Criminology. New Orleans/USA, 16.11.2016.

2017

Meuer, K.: „Electronic Monitoring of low-risk Offenders: Does Supervision make a Difference?“. SPECTO Conference 2017 – The Sixth Edition: Mass Supervision. Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht. Freiburg i.Br., 11.05.2017.

Moura de Souza, Cléssio

2016

Moura de Souza, C.: „Cabuetagem: Rule of Silence in Maceió“. Master Program at Coimbra University. Coimbra/Portugal, 13.10.2016.

Moura de Souza, C.: „Cabuetagem: Rule of Silence in Maceió“. Master Program at Porto University. Porto/Portugal, 15.10.2016.

2017

Moura de Souza, C.: „Research Methods in Criminology“. Post-graduation Program at State University of Rio de Janeiro, Law Faculty. Rio de Janeiro/Brasilien, 16.02.2017.

Moura de Souza, C.: „Rixa, Treta and Bronca: no Crossing Rule and Youth Street Violence in Maceió, Brazil“. Seminar for Doctoral Students, International Max Planck Research School on Retaliation, Mediation and Punishment (IMPRS REMEP) & Berner Graduiertenschule für Strafrechtswissenschaften (BGS). Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht. Freiburg i.Br., 02.11.2017.

Moura de Souza, C.: „Qualitative Methods in Criminology“. Master Program at Porto University. Porto/Portugal 11.12.2017.

Neubert, Carl-Wendelin

2015

Neubert, C.-W.: „Der Einsatz tödlicher Waffengewalt durch die deutsche auswärtige Gewalt“. Vortrag im Rahmen der Sitzung des Fachbeirates des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht. Freiburg i.Br., 01.10.2015.

2016

Neubert, C.-W.: „Tödliche Waffengewalt in Auslandseinsätzen aus völker- und verfassungsrechtlicher Perspektive“. Fachtagung Jura 2016 der Hanns-Seidel-Stiftung. München, 06.10.2016.

Oberwittler, Dietrich

2015

Oberwittler, D.: "Police Discretion and the Issue of Discrimination in Identity Checks". United Nations Development Program: 3rd Regional Conference on "Oversight of and Public Trust in Internal Security Forces". Istanbul/Türkei, 23.03.2015.

Oberwittler, D.; Roché, S.: "Ethnic Discrimination in Stop-and-Search Practices towards Adolescents in France and Germany". International Conference "Police-Citizen Relations". Paris/Frankreich, 20.04.2015.

Schwarzenbach, A., Roché, S., Oberwittler, D.: "Religion, Ethnic Identity and Police Legitimacy – France and Germany compared". International Conference "Police-Citizen Relations". Paris/Frankreich, 21.04.2015.

Oberwittler, D.: „Kollektives Sozialkapital und (Un-)Sicherheit in Wohnquartieren. Wie urbane Kriminalitätsfurcht mit sozialräumlichen Bedingungen verknüpft ist“. 3. Konferenz des Fachdialogs Geistes- und Sozialwissenschaften in der zivilen Sicherheitsforschung „Grenzenlose Sicherheit? – Gesellschaftliche Dimensionen der Sicherheitsforschung“. Berlin, 07.05.2015.

Oberwittler, D., Birkel, C.: „Eine Mehrebenenanalyse von Opfererfahrungen in Deutschland“. 20. Deutscher Präventionstag. Frankfurt a.M., 09.06.2015.

Oberwittler, D.: „Der deutsche Viktimisierungssurvey 2012 – Kriminalitätsfurcht in Deutschland“. Forum KI des Bundeskriminalamts. Wiesbaden, 25.06.2015.

Oberwittler, D.: „Forschungsthema: Sozialräumliche Kontexteffekte auf abweichendes Verhalten von Jugendlichen“. Universität zu Köln, Institut für Sozialpsychologie und Soziologie. Köln, 09.07.2015.

Gerstner, D., Sargeant, E., Oberwittler, D., Wickes, R.: "Neighbourhood Social Capital in Cross-National Comparative Research: Measurement Equivalence of Collective Efficacy Scales in Australian and German Community Surveys". 6th Conference of the European Survey Research Association. Reykjavík/Island, 16.07.2015.

Hummelsheim, D., Oberwittler, D.: "Urban Fear of Crime in Germany. A Multilevel Analysis based on the German Victimization Survey 2012". 15th Annual Conference of the European Society of Criminology. Porto/Portugal, 03.09.2015.

Köber, G., Gerstner, G., Oberwittler, D.: "Scared Seniors or Scary Neighbourhoods? An Ecologic Approach to Disentangle Relationships between Fear of Crime and Age". 15th Annual Conference of the European Society of Criminology. Porto/Portugal, 04.09.2015.

Oberwittler, D., Wickes, R.: "Thinking about Spaces and Places: Conceptual Advances and Challenges". Urban Spaces, Places and Social Problems Symposium. University of Queensland. Brisbane/Australien, 03.09.2015.

Oberwittler, D.: "Ethnic Diversity and Social Capital in German Neighbourhoods – first Findings from the SENSIKO Community Survey". School of Social Sciences, University of Queensland. Brisbane/Australien, 04.09.2015.

Oberwittler, D.: "Unequal Experiences: Minority Adolescents' Relations with the Police in France and Germany". Institute for Criminology, Griffith University. Brisbane/Australien, 15.09.2015.

Oberwittler, D.: „Lebensqualität von Älteren im Wohnquartier – Die Rolle von individuellen Ressourcen und kollektivem Sozialkapital“. Deutsches Zentrum für Altersfragen. Berlin, 12.11.2015.

2016

Oberwittler, D.: "Attitudes Towards Migration and Refugees in Neighborhood Contexts – findings from a re-

cent Survey in Cologne and Essen". Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Berlin, 24.02.2016.

Oberwittler, D., Gerstner, D.: "Who's Hanging Out and What's Happening? A Network Perspective on Delinquent Peers in the Context of Situational Action Theory". NSCR, Seminar on Situational Explanations for Adolescent Deviance. Amsterdam/Niederlande, 08.03.2016.

Oberwittler, D., Gerstner, D.: "Who's Hanging Out and What's Happening? A Network Perspective on Delinquent Peers in the Context of Situational Action Theory". University of Cambridge, The 2016 Cambridge Testing Situational Action Theory Workshop. Cambridge/Großbritannien, 02.04.2016.

Oberwittler, D.: "Police-Adolescents Relations in European Multi-Ethnic Societies. Findings from a Comparative Study in Germany and France on the Role of Stop-and-Search Practices". University of Toronto, Munk Institute of Global Affairs. Toronto/Kanada, 18.04.2016.

Oberwittler, D.: "Stop and Search Practices in Europe". University of Toronto, Centre for Criminology and Socio-Legal Studies. Toronto/Kanada, 19.04.2016.

Oberwittler, D., Wickes, R.: "Ethnic Diversity and Neighborhood Processes in Cross-Cultural and Longitudinal Perspectives". International Symposium "Ethnic Diversity and Neighbourhood Social Processes Cross-Cultural Perspectives". Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht. Freiburg i.Br., 24.05.2016.

Oberwittler, D., Wickes, R., Janssen, H., Gerstner, D.: "Varieties of Diversity Effects: Ethnic Diversity and Social Capital in German and Australian Neighbourhoods". International Symposium "Ethnic Diversity and Neighbourhood Social Processes Cross-Cultural Perspectives". Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht. Freiburg i.Br., 24.05.2016.

Oberwittler, D., Gerstner, D., Janssen, H., Köber, G.: „Sicherheitslage von Älteren – Viktimisierung, Unsicherheit und Lebensqualität von Älteren in urbanen Wohnquartieren“. 21. Deutscher Präventionstag. Magdeburg, 07.06.2016.

Oberwittler, D.: „Angst vor dem Fremden? Auswirkung von ethnischer Diversität auf Unsicherheit und Sozialkapital in Wohnquartieren“. Universität Erlangen-Nürnberg, Rechtspsychologisches Kolloquium. Erlangen, 27.06.2016.

Oberwittler, D.: „Was läuft schief im Wohngebiet? Neue Analysen zu den Zusammenhängen von Benachteiligung, Sozialkapital und Kriminalität in urbanen Kontexten“. Universität Eichstätt, 29.06.2016.

Oberwittler, D.: „Zur Sicherheitssituation älterer Menschen in der Stadt“. Fachtagung „Sicherheit älterer Menschen im Wohnquartier. Neue Perspektiven für die Soziale Arbeit mit älteren Menschen“. TH Köln, 12.09.2016.

Janssen, H., Oberwittler, D., Gerstner, D.: "Seeing Disorder: The Divergence between survey-based and observation-based Disorder Measurement and its Consequences for the Analysis of Neighborhood Processes". 16th Annual Conference of the European Society of Criminology. Münster, 22.09.2016.

Oberwittler, D., Wickes, R.: "Ethnic Diversity and Neighborhood Social Capital – a comparative Analysis in German and Australian cities". 16th Annual Conference of the European Society of Criminology. Münster, 22.09.2016.

Köber, G., Gerstner, D., Oberwittler, D.: "How do Changes in Vulnerability Affect Fear of Crime in Different Neighborhood Contexts?". 16th Annual Conference of the European Society of Criminology. Münster, 22.09.2016.

Oberwittler, D.: "Interethnic Friendships and Ethnic/National Identification of Minority Adolescents in Ger-

many". Conference on national cohesion, discrimination, ethnic / religious identification and propensity to violent radicalization in Europe. University of Grenoble. Grenoble/Frankreich, 05.12.2016.

2017

Oberwittler, D.: „Wächst die Gewalt? Jugendkriminalität im öffentlichen Raum“ (Podiumsdiskussion). Max-Planck-Forum in der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften. Berlin, 28.03.2017.

Oberwittler, D.: „Die subjektive Sicherheitslage in Großstädten – Einflüsse von Kriminalitätslage, Migration und demographischem Wandel“. Deutsche Hochschule der Polizei. Münster, 15.08.2017.

Oberwittler, D., Janssen, H., Gerstner, D.: „Unsicherheit und kollektive Wirksamkeit in Wohngebieten – Welche Rolle spielen Broken Windows und ethnische Diversität?“. 15. Wissenschaftliche Fachtagung der Kriminologischen Gesellschaft. Münster, 29.09.2017.

Oberwittler, D.: „Soziales Kapital in Nachbarschaften als Ressource für die Kriminalprävention in multiethnischen urbanen Gesellschaften“. Fachtag „Jugendgewalt in Berlin. Perspektiven der Prävention“. Werkstatt der Kulturen. Berlin, 21.11.2017.

Oberwittler, D.: „Theory and Methods in Criminology“. Workshop zusammen mit dem Max-Planck-Institut für ethnologische Forschung über „Streitregulierung in Deutschlands pluraler Gesellschaft“. Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht. Freiburg i.Br., 29.11.2017.

Preiser, Christine

2015

Preiser, C.: „Bouncers Negotiating Rules in Night-Time Urban Playgrounds“. Colloque „Cohabiter les nuits urbaines“. Paris/Frankreich, 06.03.2015.

Preiser, C.: „Partners or Antagonists? The Relationship of Bouncers and the Police in German Nightclubs“. International Cultural Criminology Conference „The Other“. Amsterdam/Niederlande, 26.06.2015.

Preiser, C.: „Ich kenne meine Rechte! – Du lernst gleich meine kennen“. Jahrestreffen des AK Politische Ethnografie. Frankfurt a.M., 04.09.2015.

Preiser, C.: „Türsteher und die Formbarkeit von Raum“. Deutscher Kongress für Geographie. Berlin, 03.10.2015.

2016

Preiser, C.: „One Man's Leisure Time Entertainment is another Man's Work. Negotiating Different Logics in German Nightclubs“. NICA Winter School „Night Cultures: (il)legalities and the politics of life after dark“. Leiden/Niederlande, 21.01.2016.

Preiser, C.: „Was ist dein Problem?! Probleme im Arbeitsalltag von Türsteher“. Jahrestreffen des AK Politische Ethnografie. Berlin, 22.09.2016.

2017

Preiser, C.: „Eingang machen“. Türsteher und die Performanz der Grenze“. Ordnung in und als Bewegung. Dortmund, 18.02.2017.

Preiser, C.: „Composing the Crowd. Bouncers' Decision on Access to the Nightclub“. Summer Solstice/The „New“ Age of Club and EDM Culture. Berlin, 21.06.2017.

Preiser, C.: „Nachtschicht als Türsteher. Arbeit im Vergnügen“. Berliner Nachtungen. Berlin, 12.07.2017.

Preiser, C.: „Neue Teilnehmer und alte Probleme im Nachtleben“. Wissensrelationen/2. Kongress der Sektion für Wissenssoziologie. Dortmund, 21.09.2017.

Preiser, C.: „Mach hier keinen Ärger“. Eine Ethnografie über Türsteher in Deutschland“. Studium Generale. Furtwangen, 17.10.2017.

Rigoni, Clara

2015

Rigoni, C.: „Honor Based Violence between Formal and Informal Mediation“. 71st Annual Meeting of the American Society of Criminology. Washington D.C./USA, 19.11.2015.

2016

Rigoni, C.: „The Accommodation of Cultural Diversity in Europe: the Role of ADR“. Conference „Cultural Defence“ in Honor of Prof. Alison Dundes Renteln. Cagliari/Italien, 08.07.2016.

Rigoni, C.: „The Use of ADR for Cases of Honor-Based Violence: Examples from the Field“. 16th Annual Conference of the European Society of Criminology. Münster, 23.09.2016.

Rigoni, C.: „Forced Marriages and Honor Crimes in Europe: Looking for Alternatives“. 30th Annual Meeting of the Italian Society of Criminology. Florenz/Italien, 25.10.2016.

2017

Rigoni, C.: „Empirical Analysis of Mediation Cases in Intercultural Settings in Norway, the United Kingdom and Germany“. European Forum for Restorative Justice Expert Seminar „Restorative Justice in Intercultural Conflicts“. Berlin, 02.06.2017.

Rigoni, C.: „The Use of ADR for Cases of Honor-Based Violence in the United Kingdom and Norway“. Workshop zusammen mit dem Max-Planck-Institut für ethnologische Forschung über „Streitregulierung in Deutschlands pluraler Gesellschaft“. Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht. Freiburg i.Br., 30.11.2017.

Rinceanu, Johanna

2015

Rinceanu, J.: „The European Court of Human Rights as Promoter of Common Human Rights Standards in Criminal Proceedings“. International Conference „The Europeanisation of criminal law and protection of human rights in criminal proceedings and the process of execution of criminal sanctions“. University of Split. Split/Kroatien, 16.10.2015.

Rinceanu, J.: „The German System of Criminal Procedure“. Deutsch-norwegisches Seminar. Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht. Freiburg i.Br., 20.10.2015.

2016

Rinceanu, J.: „Coping with freedom: The implementation of probation in Germany“. Internationale und interdisziplinäre Konferenz zum Thema „Probation as a field of study and research: From person to society“. West Universität Timișoara. Timișoara/Rumänien, 01.04.2016.

Rinceanu, J.: „Sentencing and Human Rights“. German-Mongolian Seminar „Sentencing Policies and Practices in Mongolia and Germany“. Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht. Freiburg i.Br., 13.09.2016.

Rinceanu, J.: „Reflections on the German System of Measures of Rehabilitation and Incapacitation“. Internationale Konferenz zum Thema „Peligrosidad criminal y estado de derecho“. Universität València. València/Spanien, 14.12.2016.

2017

Rinceanu, J.: "The Role of Lawyers and Advisers in the Proceedings before the European Court of Human Rights". 9th International Spring Course "Crime Prevention through Criminal Law & Security Studies". IUC Dubrovnik. Dubrovnik/Kroatien, 05.04.2017.

Rinceanu, J.: "Legal Representation before the European Court of Human Rights". Universität València. València/Spanien, 03.05.2017.

Romero Sánchez, Angélica

2017

Romero Sánchez, A.: „Die kriminelle Vereinbarung im kolumbianischen Strafrecht“. Katholische Universität. Bogotá/Kolumbien, 04.05.2017.

Romero Sánchez, A.: „Kontrolle und Strafverfolgung Organisierter Kriminalität im deutschen Strafrecht“. Generalstaatsanwaltschaft – Abteilung Organisierte Kriminalität. Bogotá/Kolumbien, 15.06.2017.

Schenk, Alexandra

2017

Schenk, A.: „...und seitdem kämpfen wir gegen Windmühlen – Qualitative Interviews mit Opfern von Unternehmensstraftaten“. 53. Kolloquium der Südwestdeutschen und Schweizerischen Kriminologischen Institute und Lehrstühle. Freiburg i.Br., 16.07.2017.

Schenk, A.: „Qualitative Interviews mit Opfern von Unternehmensstraftaten“. Vortrag auf der Mitgliederversammlung des Arbeitskreises der Opferhilfen (ado). Potsdam, 09.11.2017.

Schwarzenbach, Anina

2015

Schwarzenbach, A.: "What Matters in Juveniles' Encounters with the Police". Congreso Internacional de Seguridad, Justicia y Sistema Penal. Universität Valencia. Valencia/Spanien, 09.02.2015.

Schwarzenbach, A., Roché, S.: "Attitudes towards the Police in two EU Countries". International Conference "Police-Citizen Relations". Paris/Frankreich, 21.03.2015.

Schwarzenbach, A., Roché, S., Oberwittler, D.: "Religion, Ethnic Identity and Police Legitimacy – France and Germany compared". International Conference "Police-Citizen Relations". Paris/Frankreich, 21.04.2015.

Schwarzenbach, A.: "Adolescents' Identities and their Attitudes toward the Police". Stockholm Criminology Symposium. Stockholm/Schweden, 09.06.2015.

Schwarzenbach, A.: "Adolescents' Experiences in the Contact with the Police. Insights from the German-French POLIS Project". 15th Annual Conference of the European Society of Criminology. Porto/Portugal, 03.09.2015.

2016

Schwarzenbach, A.: "Youth-Police Interaction in a Multi-Ethnic Society". RC33 Conference on Social Methods. Leicester/Großbritannien, 15.09.2016.

Schwarzenbach, A.: "Juveniles' Relationship with the Police in the Multi-Ethnic City". 16th Annual Conference of the European Society of Criminology. Münster, 23.09.2016.

Schwarzenbach, A., Roché, S.: "Religion and National Identification, Variations across two Countries (France, Germany)". Conference on national cohesion, discrimination, ethnic / religious identification and propensity to violent radicalization in Europe. University of Grenoble. Grenoble/Frankreich, 05.12.2016.

nation, ethnic / religious identification and propensity to violent radicalization in Europe. University of Grenoble. Grenoble/Frankreich, 05.12.2016.

2017

Schwarzenbach, A.: „Wie stehen Jugendliche in Deutschland zur Polizei? Ergebnisse aus dem Forschungsprojekt POLIS“. Vortrag im Rahmen des Seminars „Jugendkriminalität“. Deutsche Hochschule der Polizei. Münster, 02.03.2017.

Schwarzenbach, A.: "Preventing Radicalization / De-Radicalization in Germany and France. A Comparative Overview on Current Policy Approaches". Jean Monnet Advanced Seminar in EU Criminal Law and Policy. International Conference "Fight Against Terrorism through Prevention of Financing and Recruitment". IUC Dubrovnik. Dubrovnik/Kroatien, 03.05.2017.

Schwarzenbach, A.: „Das Verhältnis junger Menschen zur Polizei in der multi-ethnischen Stadt. Ergebnisse aus dem Forschungsprojekt POLIS“. Universität Bern. Bern/Schweiz, 09.05.2017.

Serafin, Maja

2016

Serafin, M.: "UN-Regulations on Asset Freezing as a Countermeasure against Financing of ISIS". International Conference "Establishing a Global Knowledge Network: ISIS as a Threat and Legal Challenge and the Prevention of Recruitment". IUC Dubrovnik. Dubrovnik/Kroatien, 28.04.2016.

2017

Serafin, M.: "The Role of Confiscation in Polish Criminal Law in the Prevention of Terrorism Financing". International Conference "Fight Against Terrorism through Prevention of Financing and Recruitment". IUC Dubrovnik. Dubrovnik/Kroatien, 03.05.2017.

Serafin, M.: „Vermögensabschöpfung – zwischen Effektivität und Rechtsstaatlichkeit“. Kolloquium der International Max Planck Research School for Comparative Criminal Law. Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht. Freiburg i.Br., 11.07.2017.

Sieber, Ulrich

2015

Sieber, U.: „Legitimation und Grenzen von Gefährdungsdelikten im Vorfeld von terroristischer Gewalt“. Veranstaltung der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik „Die Allianz von Terrorismus, organisierter Kriminalität und Korruption: Wie lassen sich Finanzierung und Rekrutierung stoppen?“. Berlin, 25.02.2015.

Sieber, U.: „Das strafrechtliche Forschungsprogramm des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht“. Regionaltreffen der Max-Planck-Gesellschaft. Freiburg i.Br., 16.04.2015.

Sieber, U.: „Cybercrime and Criminal Information Law“. „Strafverfolgung in der digitalen Welt – Quellen-TKÜ-E-Mail-Überwachung (verdeckte) Ermittlungen in sozialen Netzwerken, Plattformen, Datenspeicherung“. Rechtspolitischer Kongress des Bundesarbeitskreises Christlich Demokratischer Juristen (BACDJ). Karlsruhe, 18.04.2015.

Sieber, U.: "Aims and Methods of Comparative Criminal Law". Nordic Workshop in Criminal Law on "Comparative perspective in criminal research". Joensuu/Finnland, 05.06.2015.

Sieber, U.: „Grenzen der Gefährdungsdelikte am Beispiel der Terrorismusfinanzierung“. Summer School Pécs. Pécs/Ungarn, 28.–29.06.2015.

Sieber, U.: „Methoden der Strafrechtsvergleichung“. Fünftes Internationales Thyssen-Symposium „Unternehmen im globalen Umfeld“. Köln, 25.-26.09.2015.

Sieber, U.: „Digital Evidence and Criminal Information Law. Basic Investigation Requirements in the Global Cyberspace“. Workshop: „Mutual Legal Assistance in the Digital Age: Problems, Challenges, Solutions for the Criminal Justice“. Universität Luxemburg/Luxemburg, 15.10.2015.

Sieber, U.: „El Instituto Max Planck de Derecho Penal Extranjero e Internacional en Friburgo y su programa de investigación sobre delincuencia compleja en la sociedad del riesgo global y de la información“ (The Max Planck Institute for Foreign and International Criminal Law Freiburg and its Research Program on Complex Crime in the Global Risk and Information Society). Universidad Nacional del Altiplano de Puno/Peru, 23.11.2015.

Sieber, U.: „La sociedad de riesgo y el Derecho Penal Preventivo“ (Risk Society and Preventive Criminal Law). Universidad Nacional del Altiplano de Puno/Peru, 24.11.2015.

Sieber, U.: „El cibercrimen y la reforma del derecho penal material“ (Cybercrime and the Reform of Substantive Criminal Law). Universidad Nacional del Altiplano de Puno/Peru, 25.11.2015.

2016

Sieber, U.: „The paradigm change from traditional criminal law to a transnational security law“. SPECTO 2016: 5th International Conference „Multidisciplinary Perspectives in the Quasi-Coercive Treatment of Offenders – Probation as a field of study and research: From person to society“. West University Timisoara/Rumänien, 30.03.2016.

Sieber, U.: „Cybercrime and criminal information law“. West University Timisoara/Rumänien, 31.03.2016.

Sieber, U.: „Die Hinweise und Regeln der Max-Planck-Gesellschaft zum verantwortlichen Umgang mit Forschungsfreiheit und Forschungsrisiken“. Informationsveranstaltung zur Umsetzung der Empfehlungen der DFG und Leopoldina zum Umgang mit sicherheitsrelevanter Forschung. Berlin, 14.04.2016.

Sieber, U.: „Criminal Law in the Global Risk Society“. Tagung der Justizakademie Ankara über „Computerkriminalität“. Ankara/Türkei, 16.05.2016.

Sieber, U.: „Die neue Sicherheitsarchitektur der globalen Risikogesellschaft. From Criminal Law to Global Security Law“. Vortrag anlässlich der Conference „Law and Internet“ im Rahmen der 25-Jahrfeier der Burgas Free University an der West Universität. Burgas/Bulgarien, 23.05.2016.

Sieber, U.: „Paradigmenwechsel vom Strafrecht zum Sicherheitsrecht: Zur Veränderung von Regelungen und Grenzen der Kriminalitätskontrolle“. 1. Internationale Konferenz des Instituts für Europäisches und Internationales Strafrecht über „International Criminal Law and Contemporary Reality: Challenges and Perspectives“. Athen/Griechenland, 03.06.2016.

Sieber, U.: Podiumsdiskussion anlässlich der MPG-Jahresversammlung über „Internet der Dinge – Chancen für Innovation / Herausforderungen für Cyber Security“. Saarbrücken, 15.06.2016.

Sieber, U.: „50 Jahre Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht“, Begrüßungsansprache. 50. Jubiläum des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht. Freiburg i.Br., 01.07.2016.

Sieber, U.: „Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Klaus Tiedemann“. Veranstaltung zur Überreichung des Hans-Heinrich-Jeschek-Preises an Professor Dr. Dr. h.c. mult. Klaus Tiedemann. Freiburg i.Br., 01.07.2016.

Sieber, U.: „Terrorismus und Kriminalpolitik, Zusammenfassung der Tagungsergebnisse“. Konferenz „Terrorismus und Kriminalpolitik“ anlässlich des fünfzigjährigen Jubiläums des Max-Planck-Instituts für ausländisches und nationales Strafrecht. Freiburg i.Br., 02.07.2016.

Sieber, U.: „Rechtliche Antworten auf Terrorismus“. 11. Marshall-Forum „Das Kapitel des Terrors: Wie finanzieren sich die Terroristen von IS & Co.?“. Freiburg i.Br., 22.07.2016.

Sieber, U.: Impulsreferat anlässlich des 24. Berliner Forums: „Freies Netz und vernetzte Sicherheit“, veranstaltet von der Deutschen Gesellschaft für Gesetzgebung (DGG) und der Gesellschaft für Effizienz in Staat und Verwaltung e.V. Berlin, 09.11.2016.

Sieber, U.: „International Legal Cooperation in the Interception of Communications“. Abschlussworkshop „International Legal Cooperation in the Interception of Communications“ (INTLI). Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht. Freiburg i.Br., 01.12.2016.

2017

Sieber, U.: „The Max Planck Institute and its Research Program“. Einführungsvortrag. Winter School together with Allameh Tabataba'i University Tehran and the Federal Ministry of Justice and Consumer Protection „Criminal Procedure in a State of Law. The Example of Germany“. Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht. Freiburg i.Br., 23./30.01.2017.

Sieber, U.: „Das Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht“. Deutsch-chinesischer Workshop „Anti-Corruption in China and Germany: A Comparative Perspective“. Freiburg i.Br., 28.02.2017.

Sieber, U.: „Cybercrime and Criminal Information Law“. Law Faculty, Macau University of Science and Technology (MUST). Macau/VR China, 05.04.2017.

Sieber, U.: „Terrorism and the Emergence of Preventive Security Law“. Law Faculty, University of Hong Kong. Hong Kong, 07.04.2017.

Sieber, U.: Eröffnungsrede. „SPECTO 2017 – International Conference on Mass Supervision“. Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht. Freiburg i.Br., 11.05.2017.

Sieber, U.: „Veränderungen der Sicherheitsarchitektur“. Sommerschule der Strafrechtlichen Abteilung des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht zum Thema „Neue Sicherheitsarchitektur und technische Überwachung“. Universität Pécs. Pécs/Ungarn, 29.05.2017.

Sieber, U.: „Access to Telecommunication Data in Criminal Justice“. Symposium des Bayerischen Landeskriminalamts über „Technische Standards und internationale Rechtshilfe“. München, 05.–06.07.2017.

Sieber, U.: „Die Finanzierung des Terrorismus – ein strafrechtlicher Überblick“. 15. Jahreskongress des BankersCampus zur Bekämpfung der Geldwäsche und Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung 2017. Potsdam, 13.09.2017.

Sieber, U.: „Nestor Courakis – Welcome and Laudation“. Festschriftübergabe zu Ehren von Professor Dr. Nestor Courakis. Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht. Freiburg i.Br., 22.09.2017.

Sieber, U.: „Norms of Responsible Behaviour and Voluntary Guidelines. The Approach of the Max Planck Society, the Leopoldina, and the German Research Foundation to the Ethical Implications and Risks of Research“. Internationaler Workshop der VW-Stiftung „Assessing the Security Implications of the Genome Editing Technology“. Hannover, 12.10.2017.

Sieber, U.: „Strafrecht in der neuen Sicherheitsarchitektur“. Workshop „Strafverfolgung und neue Sicherheitsarchitektur“. Freiburg i.Br., 10.11.2017.

Sieber, U.: „Transnational Criminal Investigations in Cyberspace. Loss of Location and Direct Access to Data“. Presentation at the 1st Protocol Drafting Plenary. Europarat Straßburg/Frankreich, 29.11.2017.

Sieber, U.: „Methodische und theoretische Grundlagen der Strafrechtsvergleichung“. Workshop zusammen mit dem Max-Planck-Institut für ethnologische Forschung über „Streitregulierung in Deutschlands pluraler Gesellschaft“. Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht. Freiburg i.Br., 29.11.2017.

Sieber, U.: „Transnational Criminal Investigations in Cyberspace – Loss of Location and Direct Access to Data“. Workshop der IMPRS-CC „Beyond National Sovereignty. New Approaches to International and Transnational Law Enforcement“. Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht. Freiburg 01.12.2017.

Sieber, U.: „The Max Planck Information System for Comparative Criminal Law“. Matchmaking Workshop der GSHS on „Research Issues on Human Sciences as Challenges for Computer Science“ (Forschungsfragen der Geisteswissenschaften als Herausforderungen an die Informatik). Berlin, 06.12.2017.

Simon, Jan-Michael

2015

Simon, J.-M.: „Corrupción política en la democracia como recurso normativo de poder“. Ciclo de Conferencias Internacionales, Academia de la Magistratura del Perú. Lima/Peru, 04.06.2015.

Simon, J.-M.: „.....“O caso de Corrupção Política“. Curso de Pós-graduação, Faculdade Nacional de Direito, Universidade Federal do Rio de Janeiro. Rio de Janeiro/Brasilien, 20.06.2015.

Simon, J.-M.: „El Derecho Penal en el Estado de Derecho“. Ciclo de Conferencias Internacionales, Academia de la Magistratura del Perú. Lima/Peru, 13.08.2015.

Simon, J.-M.: „El Control de la corrupción como reto de la política criminal“. Ciclo de Conferencias Internacionales, Academia de la Magistratura del Perú. Lima/Peru, 14.08.2015.

Simon, J.-M.: „Criminalização de protestos sociais e desobediência civil“. 21º Seminário Internacional de Ciências Penais, Instituto Brasileiro de Ciências Criminais. São Paulo/Brasilien, 28.08.2015.

Simon, J.-M.: „Derecho penal ecológico: Fundamentos para la protección penal de la pacha mama“. I Encuentro de Profesores de Derecho Penal y Derecho Procesal, Universidad Andina Néstor Cáceres Velásquez. Juliaca/Peru, 0.10.2015.

Simon, J.-M.: „Criminalización de protestas y desobediencia civil“. Universidad San Pedro. Chimbote/Peru, 03.10.2015.

Simon, J.-M.: „Regional Challenges in the Development and Implementation of Plans of Action Against Transnational Organized Crime in the Americas“. Permanent Council of the Organization of American States (OAS) - Committee of Hemispheric Security, Organization of American States (OAS). Washington D.C./USA, 22.10.2015.

Simon, J.-M.: „Regional Challenges in the Development and Implementation of Plans of Action Against Transnational Organized Crime in the Americas“. Fifth meeting of Ministers responsible for public security in the Americas (MISPA V), Organization of American States (OAS). Lima/Peru, 19.–20.11.2015.

Simon, J.-M.: „Perspectivas de pesquisa multidisciplinar sobre a corrupção e a democracia no Brasil“. Simposio „O caso de Corrupção Política como recurso normativo de poder estratégico frente a autoridade política“. Faculdade Nacional de Direito, Universidade Federal do Rio de Janeiro. Rio de Janeiro/Brasilien, 24.–25.11.2015.

2016

Simon, J.-M.: „The Mission to Support the Fight Against Corruption and Impunity in Honduras (MACCIH)“. Transparency International Workshop „Accountability for Grand Corruption“, Transparency International. Ciudad de Panamá/Panamá, 29.–30.01.2016.

Simon, J.-M.: „La Misión de Apoyo contra la Corrupción y la Impunidad en Honduras (MACCIH)“. Taller „¿Hacia dónde vamos? Nuevas perspectivas en la colaboración entre la comunidad internacional y los Estados para el cumplimiento de los DDHH y el combate a la impunidad“, Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights. Antigua Guatemala/Guatemala, 02.–04.02.2016.

Simon, J.-M.: „Corrupción política y autoridad política. Las dos caras de la corrupción política“. Jornadas „Corrupción y Estado Democrático: Una Aproximación Multidisciplinar“, Departamento Derecho Penal de la Universitat de València. Valencia/Espanien, 10.03.2016.

Simon, J.-M.: „Judicialización de la Corrupción 2010-2015: Comentarios al Informe de ASJ“. Judicialización de la Corrupción 2010-2015, Asociación para una Sociedad más Justa. Tegucigalpa/Honduras, 28.06.2016.

Simon, J.-M.: „El Mandato de la Misión de Apoyo contra la Corrupción y la Impunidad en Honduras (MACCIH) y el Rol de la Sociedad Civil“. Foro „El papel de la sociedad civil en la implementación de mecanismos internacionales de lucha contra la impunidad y la corrupción“, Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights. Ciudad de Guatemala/Guatemala, 29.06.2016.

Simon, J.-M.: „Criminalización de protestas sociales y desobediencia civil“. Foro „La protesta social, ¿un derecho?“, Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights. Ciudad de Guatemala/Guatemala, 18.08.2016.

Simon, J.-M.: „Reformas para combatir la corrupción“. Embassy of the United States of America. Tegucigalpa/Honduras, 24.08.2016.

Simon, J.-M.: „Modelo de Persecución Penal Integrada - MP & MACCIH-OEA“. Embassy of the United States of America. Tegucigalpa/Honduras, 03.11.2016.

Simon, J.-M.: „Retos en la investigación de la criminalidad compleja“. Seminario „La Fiscalía que México necesita: reflexiones desde la experiencia latinoamericana para el diseño de la nueva Fiscalía General de la Nación“, #Fiscalía-QueSirva. Mexiko-Stadt/Mexiko, 28.–29.11.2016.

2017

Simon, J.-M.: „Investigación de la Criminalidad Contra Defensores de Derechos Humanos“. El Protocolo la Esperanza – Reunión de Expertos y Expertas, Universidad de los Andes. Bogotá/Kolumbien, 14.–16.12.2016.

Simon, J.-M.: „International Commissions Against Impunity“. Panel „New Models for Combatting Impunity in Latin America: The Experience of CICIG, MACCIH, and GIEP“, Inter-American Dialogue. Washington D.C./USA, 23.03.2017.

Simon, J.-M.: „Internationale Missionen gegen die Straflosigkeit: Maccih in Honduras und Cicig in Guatemala“. Regionale Botschafterkonferenz Lateinamerika/Karibik, Auswärtiges Amt. Bogotá/Kolumbien, 22.05.2017.

Simon, J.-M.: „Misiones Internacionales Contra la Impunidad: La Maccih en Honduras y la Cicig en Guatemala“.

V Conferencia Anticorrupción, Sistema Especializado en Delitos de Corrupción de Funcionarios del Poder Judicial de la República del Perú. Lima/Peru, 14.07.2017.

Simon, J.-M.: „La impunidad y la corrupción: Un reto para la sociedad“. X Congreso Nacional de Jueces, Poder Judicial de la República del Perú. Tacna/Peru, 15.07.2017.

Simon, J.-M.: „Delitos contra la administración pública y corrupción“. Conversatorio „Delitos contra la Administración Pública y Corrupción. Estado Actual y Futuro“, Universidad Tecnológica Centroamericana, Campus CEUTEC Centroamérica. Tegucigalpa/Honduras, 25.07.2017.

Simon, J.-M.: „Comentarios sobre la operación, gestión y cambio en las instituciones de procuración de justicia“. Consulta Nacional sobre el Modelo de Procuración de Justicia, Instituto Nacional de Ciencias Penales (INACIPE). Mexiko-Stadt/Mexiko, 22.08.2017.

Simon, J.-M.: „La ‘Gran’ corrupción y sus daños“. Segundo Conversatorio en Jurisprudencia Interamericana „Estado democrático de derecho, Sistema Interamericano de Derechos Humanos y lucha contra la corrupción“, Pontificia Universidad Católica del Perú. Lima/Peru, 13.10.2017.

Simon, J.-M.: „La autonomía del Ministerio Público“. Seminario „Los Ministerios Públicos y el combate a la impunidad en América Latina: reflexiones desde la experiencia de Perú, Brasil, Chile, Guatemala, Argentina y México“, Senado de los Estados Unidos Mexicanos. Mexiko-Stadt/Mexiko, 06.11.2017.

Simon, J.-M.: „The Mission to Support the Fight Against Corruption and Impunity in Honduras and the International Commission Against Impunity in Guatemala“. Workshop „Beyond National Sovereignty: New Approaches to International and Transnational Law Enforcement“. Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht, Freiburg i.Br., 01.–02.12.2017.

Simon, J.-M.: „Comments on the Autonomy of Prosecutors and fight against impunity in the Americas: Reflections, Challenges and the Role of the IASHR“. Forum of the Inter-American Human Rights System, Inter-American Commission on Human Rights. Washington D.C./USA, 04.–05.12.2017.

Solarin, Adepeju O.

2015

Solarin, A. O., Cole, L., Ntuli, N. N.: „Indigenous Dialogue Process from Three Different Perspectives“. International, Annual Congress „Mediators Beyond Borders“. Bukarest/Rumänien, 26.04.2015.

Streltsov, Lev

2017

Streltsov, L.: „Forming the Ukrainian Cybersecurity Architecture“ [in ukrainischer Sprache]. International Scientific-Practical Conference „Policy in the Area of Fighting Crime“. Organized with support of the OSCE Project Coordinator in Ukraine. V. Stefanik Prikrpatian National University. Ivano-Frankivsk/Ukraine, 08.–10.06.2017.

Streltsov, L.: „State Approaches to Cybersecurity: A Comparison between Ukraine, the Russian Federation and the EU“. Sommerschule der Strafrechtlichen Abteilung des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht zum Thema „Neue Sicherheitsarchitektur und technische Überwachung“. Universität Pécs. Pécs/Ungarn, 31.05.2017.

Tellenbach, Silvia

2015

Tellenbach, S.: „Alman ve Türk Hukukunda Terör Suçları“. Nasyonal Sosyalist İrkçi Terör Örgütü (NSU) Davası ve Terör Suçlarını Yargılanması Uluslararası Sempozyumu, Süleyman Demirel Üniversitesi Isparta. Isparta/Türkei, 15.05.2015.

Tellenbach, S.: „Die rechtswissenschaftliche Kooperation mit dem Iran“. Hafiz-Dialog: deutsch-iranische Bildungskoooperation 2015 – Zwischen brain drain, brain gain and brain circulation. Konrad-Adenauer-Stiftung. Weimar, 08.10.2015.

Tellenbach, S.: „Telekommunikationsüberwachung im deutschen Strafrecht“. Adil Yargılanma Hakkı Bağlamında İspat ve Deliller Sempozyumu II, Dokuz Eylül Üniversitesi Hukuk Fakültesi, Raoul Wallenberg Institute, Swedish International Development Cooperation Agency. Izmir/Türkei, 30.10.2015.

Tellenbach, S.: „Fatti culturalmente motivati e diritto penale tedesco“. Immigrazione, cultura e diritto penale (in transizione?). Università degli Studi di Padova – Leopold-Franzens-Universität Innsbruck. Padova/Italien, 12.11.2015.

2016

Tellenbach, S.: „Richter und Gerichtsbarkeit im Strafprozess der Islamischen Republik Iran“. Berliner Seminar zu Recht im Kontext: Gerichte und ihre Äquivalente. Wissenschaftskolleg Berlin. Berlin 01.03.2016.

Tellenbach, S.: „Alman Ceza Muhakemesi Hukukunda İletişimin Denetlenmesi“. Bilişim Hukuku Sempozyumu, Türkischer Kassationshof, Türkische Justizakademie, Bahçeşehir-Universität und MPI. Ankara/Türkei, 16.05.2016.

Tellenbach, S.: „Yabancı Kökenli Faillerin Yargılanmasında Kültürel Değerleri Dikkate Alınır mı? Alman Ceza Hukukuna Bir Bakış“. Başkent-Universität Ankara. Ankara/Türkei, 17.05.2016.

Tellenbach, S.: „Criminal Law in Muslim Countries – A tour d’horizon“. Allameh Tabataba’i University. Teheran/Iran, 14.12.2016.

Tellenbach, S.: „Considering the Cultural Background of Offenders with Foreign Roots in German Criminal Law“. Allameh Tabataba’i University. Teheran/Iran, 14.12.2016.

2017

Tellenbach, S.: „Aktuelle Entwicklungen in der Türkei“. 24. Expertenforum beim Informationszentrum Asyl und Migration im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Nürnberg, 28.04.2017.

Tellenbach, S.: „Anayasa Mahkemesi Bireysel Başvuru Sisteminin Desteklenmesi Ortak Projesi; Türk Ceza Hukuku Reformunun ve Bireysel Başvurunun AİHM Kararlarına Etkisi“ (Beitrag im Eröffnungspanel). Europarat in Zusammenarbeit mit der Universität Istanbul. Istanbul/Türkei, 01.06.2017.

Tellenbach, S.: „Der Fall Navalny and Ofitserov v. Russia, Appl.No. 46632/13, 286771/14“. 20. Internationale Menschenrechtsakademie, veranstaltet von der Kültür Üniversitesi Istanbul. Çeşme/Türkei, 11.09.2017.

Tellenbach, S.: „Neuere Entwicklungen im iranischen Strafrecht“. Veranstaltung (Lesung und Podiumsdiskussion) „Iran zwischen innerer und regionalpolitischer Dynamik“. Konrad-Adenauer-Stiftung. Berlin, 07.12.2017.

Tetal, Carina

2015

Tetal, C.: „Rückfalluntersuchung – Schwere des Rückfalls und Rückfallgeschwindigkeit“. 14. Wissenschaftliche Fachtagung der Kriminologischen Gesellschaft. Köln, 25.09.2015.

2016

Tetal, C.: „The Impact of Criminal Punishment“. 16th Annual Conference of the European Society of Criminology. Münster, 22.09.2016.

2017

Tetal, C.: „Die Einführung der Differenzierten Leistungsgestaltung bei den Sozialen Diensten der Justiz in Mecklenburg-Vorpommern – weitere empirische Befunde“. 15. Wissenschaftliche Fachtagung der Kriminologischen Gesellschaft. Münster, 29.09.2017.

Tetal, C.: „Die Wirkung strafrechtlicher Sanktionen auf die Legalbewährung“. 15. Wissenschaftliche Fachtagung der Kriminologischen Gesellschaft. Münster, 29.09.2017.

Tetal, C.: „Evaluation der Differenzierten Leistungsgestaltung bei den Sozialen Diensten der Justiz in Mecklenburg-Vorpommern anhand von Bundeszentralregisterauszügen“. Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Güstrow, 15.12.2017.

Tetal, C.: „Evaluation der sozialtherapeutischen Abteilung der Jugendanstalt Neustrelitz anhand von Bundeszentralregisterauszügen“. Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Güstrow, 15.12.2017.

Tropina, Tatiana

2015

Tropina, T.: „Cybersecurity: Bringing the Puzzle Together“. Podiumsdiskussion „European Dialogue on Internet Governance 2015“. Sofia/Bulgarien, 05.06.2015.

Tropina, T.: „Cybersecurity“. Podiumsdiskussion, 26th European Regional Conference of the International Telecommunications Society. San Lorenzo/Spanien, 25.06.2015.

Tropina, T.: „Recent Developments of Cybersecurity Legislation in the EU: From Voluntary Collaboration to Statutory Regulation?“. Conference „Enrolling Internet intermediaries in the law enforcement process – Challenges and opportunities“. University of Southampton. Southampton/Großbritannien, 17.09.2015.

2016

Tropina, T.: „Proactive Processing of Data in Criminal Investigations“. Podiumsdiskussion „Computers, Privacy & Data Protection Conference 2016“. Brüssel/Belgien, 29.01.2016.

Tropina, T.: „Cybersecurity and Digital Disruption: How to Balance Security, Freedom and Prosperity in the Digital Age?“. Zeit-Stiftung/German Federal Foreign Office, Conference „The Future of OSCE“. Berlin, 07.04.2016.

Tropina, T.: „Russia and Internet Sovereignty: Internal and External Myths of ‘Cheburashka network’“. Workshop „Political Space and Cyber Space“. Georgia Tech University. Atlanta/USA, 20.05.2016.

Tropina, T.: „Cybersecurity: are best Practices really best“. Podiumsdiskussion „European Dialogue on Internet Governance 2016“. Brüssel/Belgien, 10.06.2016.

Tropina, T.: „Secure Communication, Encrypted Data, Intelligence and Legal Responses“. Annual Confer-

ence on EU Criminal Justice. Europäische Rechtsakademie. Trier, 21.10.2016.

Tropina, T.: „Cybersecurity – Creating Spaces for Multistakeholder Dialogue in Cybersecurity Processes“. United Nations Global Internet Governance Forum 2016. Guadalajara/Mexiko, 06.12.2016.

2017

Tropina, T.: „Walking the Cyber Talk“. Podiumsdiskussion, RightsCon. Brüssel/Belgien, 29.03.2017.

Tropina, T.: „Content Regulation and Private Ordering at Internet Governance Institutions“. Podiumsdiskussion, RightsCon. Brüssel/Belgien, 30.03.2017.

Tropina, T.: „Human Rights in a Digital Age III: Activism Behind the Screen“. Goldsmiths University of London. London/Großbritannien, 18.05.2017.

Tropina, T.: „The Duty of Communications Providers to Cooperate in Criminal Investigations: Problems and Possible Solutions“. Sommerschule der Strafrechtlichen Abteilung des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht zum Thema „Neue Sicherheitsarchitektur und technische Überwachung“. Universität Pécs. Pécs/Ungarn, 29.05.2017.

Tropina, T.: „Alice in Wonderland – Mapping the Cybersecurity Landscape in Europe and beyond“. Podiumsdiskussion „European Dialogue on Internet Governance 2017“. Tallinn/Estland, 06.06.2017.

Tropina, T.: „Who Governs the Internet?“. DataFocus Conference. Zagreb/Kroatien, 04.09.2017.

Tropina, T.: „Big Data as the Latest Tool for Fighting Crime“. Big Data: A 21st Century Arms Race. Atlantic Council/Thomson Reuters. London/Großbritannien, 26.09.2017.

Tropina, T.: „Content Regulation and Private Ordering at Internet Governance Institutions“. Podiumsdiskussion „Global Internet Governance Forum 2017“. United Nations. Genf/Schweiz, 19.12.2017.

Tropina, T.: „Internet of Things and Cyber Security: Will ‘Regulation’ Save the day?“. Podiumsdiskussion „Global Internet Governance Forum 2017“. United Nations. Genf/Schweiz, 20.12.2017.

Tropina, T.: „The Government Hacks Back – Chaos or Security?“. Podiumsdiskussion „Global Internet Governance Forum 2017“. United Nations. Genf/Schweiz, 20.12.2017.

Vogel, Benjamin

2015

Vogel, B.: „Mutual Recognition and Empathy: the Role of Criminal Law in a Multicultural Society“. Islamic Criminal Law Conference. Istanbul Medeniyet University/Istanbul S. Zaim University. Antalya/Türkei, 01.05.2015.

Vogel, B.: „Criminal Law Doctrine and the Rule of Law: On possible Drawbacks of Normative Coherence“. Rumänische Akademie der Wissenschaften. Bukarest/Rumänien, 30.10.2015.

2016

Vogel, B.: „Balancing Secrecy and Fairness“. International Colloquium „Secret Evidence in Court Proceedings“. Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht. Freiburg i.Br., 01.08.2016.

Vogel, B.: „EU Measures against Terrorist Financing – which Way forward?“. Konferenz „Implicaciones de la financiación del terrorismo para la seguridad y defensa de España“. Universidad a Distancia de Madrid. Madrid/Spanien, 23.09.2016.

Vogel, B.: „Der Stand der Terrorismusforschung aus der Perspektive des Strafrechts“. Workshop „Ist der neue Terrorismus von gestern? – Ergebnisse und Perspektiven der Terrorismusforschung in Deutschland“. Max-Planck-Institut für ethnologische Forschung, Halle, 13.10.2016.

2017

Vogel, B.: „Prevention of Terrorism – the Legal Framework in Germany“. Jean Monnet Advanced Seminar in EU Criminal Law and Policy. International Conference „Fight Against Terrorism through Prevention of Financing and Recruitment“. IUC Dubrovnik. Dubrovnik/Kroatien, 02.05.2017.

Vogel, B.: „Präventives Strafrecht – Herausforderungen für ein rechtsstaatliches Strafverfahren“. Universität Pécs. Pécs/Ungarn, 29.05.2017.

Vogel, B.: „Rechtsvergleichende Beobachtungen zur Rolle der Financial Intelligence Units“. 15. Jahreskongress zur Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung. Potsdam, 13.09.2017.

Vogel, B.: « L'obtention de la preuve dans l'entreprise – coopération à la recherche des preuves dans un cadre négocié: l'expérience de l'Allemagne ». 23. Kolloquium der Association Française de Droit Penal. Paris/Frankreich, 10.11.2017.

Vogel, B.: „Anti-Money Laundering Legislation in Germany and Europe“. China-Germany Workshop on Anti-Money Laundering and Asset Recovery: International Perspectives. Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht. Freiburg i.Br., 20.11.2017.

Vogel, B.: „Transnational Enforcement of Economic Criminal Law“. Workshop „Beyond National Sovereignty – New Approaches to International and Transnational Law Enforcement“. Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht. Freiburg i.Br., 01.12.2017.

Vojta, Filip

2015

Vojta, F.: „Life and Long-Term Imprisonment in the Countries of the Former Yugoslavia“. Workshop on „Life Imprisonment and Human Rights“. International Institute for the Sociology of Law (IISL). Onati/Spanien, 16.04.2015.

Vojta, F.: „Balkan Criminology Research Focus III: Punishment and Sentence Enforcement for Serious Violations of International Humanitarian Law Committed in the Former Yugoslavia“. International Evaluation of the Max Planck Partner Group for Balkan Criminology. Faculty of Law, University of Zagreb. Zagreb/Kroatien, 13.07.2015.

Vojta, F.: „Implementing Punishment for Atrocities: Lessons Learned from the ICTY?“. 15th Annual Conference of the European Society of Criminology. Porto/Portugal, 03.09.2015.

Vojta, F.: „Towards a New View on the Rehabilitation of International Criminals: Case Study of the ICTY“. 15th Annual Conference of the European Society of Criminology. Porto/Portugal, 05.09.2015.

Vojta, F.: „Punishment and Sentence Enforcement for Serious Violations of International Humanitarian Law Committed in the Former Yugoslavia“. Vortrag im Rahmen der Sitzung des Fachbeirates des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht. Freiburg i.Br., 01.10.2015.

Vojta, F.: „Punishment and Sentence Enforcement for Serious Violations of International Humanitarian Law Committed in the Former Yugoslavia“. Seminar for Doctoral Students, International Max Planck Research School on Retaliation, Mediation and Punishment (IMPRS RE-

MEP) & Berner Graduiertenschule für Strafrechtswissenschaften (BGS). Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht. Freiburg i.Br., 15.10.2015.

2016

Vojta, F.: „Hate Crimes, Ethno-Nationalist Terrorism and a Post-Conflict Society: Once Upon a Time in the Balkans“. Sechster Kriminologischer Sommerkurs des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht und der Universität Pécs über „Kriminologie des Terrorismus“. Rechtswissenschaftliche Fakultät. Pécs/Ungarn, 02.06.2016.

Vojta, F.: „Sentencing and Enforcement of Sentences in International Criminal Justice“. German-Mongolian Seminar „Sentencing Policies and Practices in Mongolia and Germany“. Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht. Freiburg i.Br., 13.09.2016.

Vojta, F.: „Hate Crimes, Ethno-Nationalist Terrorism and a Post-Conflict Society: Once Upon a Time in the Balkans“. 16th Annual Conference of the European Society of Criminology. Münster, 23.09.2016.

Von zur Mühlen, Nicolas

2015

Von zur Mühlen, N.: „Der Zugriff auf Internetdaten durch Strafverfolgungsbehörden“. Vortrag im Rahmen der International Max Planck Research School for Comparative Criminal Law (IMPRS-CC). Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht. Freiburg i.Br., 08.12.2015.

2017

Von zur Mühlen, N.: „Techniques to Track Crimes Committed on the Internet: Remote Investigations, Surveillance, Interception, Search & Seizure“. Vortrag im Rahmen der Fortbildung „Investigating, prosecuting and adjudicating criminal cases in the online world“. Europäische Rechtsakademie. Trier, 26.09.2017.

Wahl, Thomas

2015

Wahl, T.: „Grundrechtsschutz und ordre public im europäischen Auslieferungsrecht“. KORSE-Doktoranden-Forum. Freiburg i.Br., 26.03.2015.

2016

Wahl, T.: „Recent Developments in Extradition in Germany, in Particular Assessment of the Judgment of the Federal Constitutional Court of 15 December 2015“. The 2016 Oxford Conference on International Extradition and the European Arrest Warrant. University of Oxford, Center for Criminology. Oxford/Großbritannien, 30.08.2016.

Wahl, T.: „Interception of Telecommunications in International Cooperation in Criminal Matters“. Abschlussworkshop „International Legal Cooperation in the Interception of Communications“ (INTLI). Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht. Freiburg i.Br., 01.12.2016.

2017

Wahl, T.: „The Costs of Non-Europe in Relation to European Cooperation in Criminal Matters“. International Scientific Conference „The Costs of Non-Europe“. Supreme Court Building. Warschau/Polen, 18.05.2017.

Wahl, T.: „EU Perspectives on the European Arrest Warrant – Germany“. The 2017 Oxford Conference on International Extradition and the European Arrest Warrant,

University of Oxford, Worcester College. Oxford/Großbritannien, 04.09.2017.

Wallwaey, Elisa

2015

Wallwaey, E.: „Imputation und Analyse der fehlenden Werte der Kurzskaala zur Selbstkontrolle im ISRD-2-Datensatz“. NordKrim 2015 – Fachtagung des Norddeutschen Kriminologischen Gesprächskreises. Hannover, 28.05.2015.

Wallwaey, E.: „Analysis and Imputation of the Missing Values of the Self-Control Scale in the Dataset of the International Self-Reported Delinquency Study 2 (ISRD-2)“. 15th Annual Conference of the European Society of Criminology. Porto/Portugal, 04.09.2015.

2016

Hauber, J., Kay, R., Wallwaey, E.: „Repeat Victimization – Eine Analyse am Beispiel von Mobbing mit Hilfe der International Self-Report Delinquency Study 2 (ISRD-2)“. Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Güstrow, 20.05.2016.

Knickmeier, S., Wallwaey, E.: „Statistical Overview and First Findings of a Case Analysis of Industrial Espionage in Germany“. 16th Annual Conference of the European Society of Criminology. Münster, 22.09.2016.

2017

Wallwaey, E.: „Zur Übertragbarkeit der ‚klassischen‘ Dunkelfeldmethodik auf Befragungen in Unternehmen“. 53. Kolloquium der Südwestdeutschen und Schweizerischen Kriminologischen Institute und Lehrstühle. Freiburg i.Br., 16.07.2017.

Wallwaey, E.: „Economic and Industrial Espionage in German SMEs. 17th Annual Conference of the European Society of Criminology. Cardiff/Großbritannien, 16.09.2017.

Walsh, Maria

2015

Walsh, M.: „Der Einfluss justizieller Interventionen auf den Desistance-Prozess“. 51. Kolloquium der Südwestdeutschen und Schweizerischen Kriminologischen Institute und Lehrstühle. Lambrecht, 04.06.2015.

Walsh, M.: „Effects of judicial Interventions on Desistance from Crime – Results of a qualitative Analysis“. 15th Annual Conference of the European Society of Criminology. Porto/Portugal, 03.09.2015.

Walsh, M.: „Intensive Probation and Parole Supervision – Results of a Recidivism Study in Germany“. 71st Annual Meeting of the American Society of Criminology. Washington D.C./USA, 21.11.2015.

Wienhausen-Knezevic, Elke

2015

Wienhausen-Knezevic, E.: „Breaking the Vicious Cycle – Lifecourse Processes and Stages of Desistance among Young Prison Releasees“. 15th Annual Conference of the European Society of Criminology. Porto/Portugal, 03.09.2015.

Wienhausen-Knezevic, E.: „The ZARIA: Scheme. An Interactionist Model explaining Pathways of young Offenders released from Prison“. 71st Annual Meeting of the American Society of Criminology. Washington D.C./USA, 19.11.2015.

2016

Wienhausen-Knezevic, E.: „Life-Course Dynamics among young Prison Releasees. An Empirical Interaction Model (ZARIA-Scheme) for analyzing Trajectories after Prison Release“. Workshop „Desistance-Processes among Young Offenders following Judicial Interventions“. Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht. Freiburg i.Br., 31.03.2016.

2017

Wienhausen-Knezevic, E.: „Lebensverlaufsdynamiken junger Haftentlassener. Entwicklung eines interaktionistischen Rahmenmodells (ZARIA-Schema) zur Analyse von Haftentlassungsverläufen“. 11. DBH-Fachtagung zum Entlassungs- und Übergangsmanagement – Brauchen wir neue Wege bei der Resozialisierung von Straffälligen?. Frankfurt a.M., 03.07.2017.

Wienhausen-Knezevic, E.: „Raus aus dem Teufelskreis der Kriminalität: Chance für ein straffreies Leben. Eine qualitative, kriminologische Studie“. Fachtagung Fachverband Bewährungshilfe „Und es lohnt sich doch! Die Bedeutung der Desistance-Forschung für die Bewährungshilfe“. Stuttgart Hospitalhof, 15.11.2017.

Wößner, Gunda

2015

Wößner, G., Schwedler, A.: „The Relationship between Therapeutic Change, Prison Climate and Recidivism in the Treatment of Sexual and Violent Offenders“. International Conference on Psychology and Law (EAPL and World Conference). Nürnberg, 04.08.2015.

Wößner, G.: „Erleben von Gefangenen zwischen drinnen und draußen“. Veranstaltung „Weichen gestellt für den Justizvollzug? Herausforderungen und Strategien“. Katholische Akademie Stapelfeld, 28.09.2015.

Woessner, G.: „The Interaction of Effects of Imprisonment, Social Support, and Individual Coping Strategies in Violent and Sexual Offenders' Reentry Experience“. International Workshop „Effects of Imprisonment on Offenders' Lives“. Bukarest/Rumänien, 02.10.2015.

Wößner, G.: „Möglichkeiten und Grenzen der Psychologie im Rahmen der Polizeiarbeit“. Kolloquium, Institut für Grenzgebiete der Psychologie und Psychohygiene. Freiburg i.Br., 25.11.2015.

2016

Wößner, G.: „Radikalisierung und Rekrutierung: Ein interdisziplinärer Annäherungsversuch“. Sechster Kriminologischer Sommerkurs des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht und der Universität Pécs über „Kriminologie des Terrorismus“. Rechtswissenschaftliche Fakultät. Pécs/Ungarn, 30.05.2016.

Wößner, G., Meuer, K.: „Elektronische Aufsicht im Vollzug der Freiheitsstrafe: Erkenntnisse aus dem baden-württembergischen Modellprojekt“. 50-Jahr-Feier des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht. Freiburg i.Br., 01.07.2016.

Meuer, K., Wößner, G.: „Does Electronic Monitoring of Prisoners Prevent Recidivism after Prison Release? Findings from a Randomized Controlled Trial in the Federal State of Baden-Württemberg, Germany“. 16th Annual Conference of the European Society of Criminology. Münster, 22.09.2016.

Wößner, G., Graf, J.: „Psychological Stress and Coping Strategies among Child Pornography Investigators: A Qualitative Analysis“. 16th Annual Conference of the European Society of Criminology. Münster, 23.09.2016.

Gauder, K.-S., Wößner, G.: „Reentry Processes of Released Sex Offenders – Life-Courses and Pathways

of Desistance and Recidivism". 16th Annual Conference of the European Society of Criminology. Münster, 23.09.2016.

Meuer, K., Wöbner, G.: "Electronic Monitoring of Prisoners and Recidivism: Findings From a Randomized Controlled Trial in the Federal State of Baden-Württemberg, Germany". 72nd Annual Meeting of the American Society of Criminology. New Orleans/USA, 16.11.2016.

Gauder, K.-S., Wöbner, G.: "Reentry Processes of Released Sex Offenders – Pathways of Desistance and Recidivism" (Poster session). 72nd Annual Meeting of the American Society of Criminology. New Orleans/USA, 17.11.2016.

Woessner, G., Gauder, K.-S.: "Implicit Theories of Reoffending among Violent and Sexual Offenders". 72nd Annual Meeting of the American Society of Criminology. New Orleans/USA, 19.11.2016.

Wöbner, G.: „Recht & ...' Psychologie und Kriminologie". Ringvorlesung „Recht & ... ". Law and Society Institute, Humboldt-Universität zu Berlin. Berlin, 01.12.2016.

2017

Wöbner, G.: "GPS-Electronic Monitoring of 'High-Risk' Offenders – Recent Developments and Potential Implications". SPECTO Conference 2017 – The Sixth Edition: Mass Supervision. Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht. Freiburg i.Br., 11.05.2017.

Wöbner, G., Gauder, K.-S.: „Rückfall als Kriterium der Wirksamkeit des Strafvollzugs – eine kritische Betrachtung". 15. Wissenschaftliche Fachtagung der Kriminologischen Gesellschaft. Münster, 29.09.2017.

Wöbner, G.: "A Criminological Analysis of Electronic Monitoring as a Counter Terrorism Strategy". 73rd Annual Meeting of the American Society of Criminology. Philadelphia/USA, 16.11.2017.

Wöbner, G.: "Does Electronic Monitoring Increase Rehabilitation and Decrease Recidivism? A Randomized Controlled Trial in Criminology and its Challenges". Simon Fraser University. Burnaby/Kanada, 07.12.2017.

Zhou, Zunyou

2015

Zhou, Z.: "The Chinese Struggle for Correcting Wrongful Convictions". International Conference "Digital Humanities and the Maoist Legacy: Challenges and Opportunities". Institut für Sinologie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. Freiburg i.Br., 20.02.2015.

Zhou, Z.: „Vergleichende Analyse der Anti-Terror-Gesetzgebung" [in chinesischer Sprache]. Beijing/VR China, 24.03.2015.

Zhou, Z.: „Vergleichende Analyse der chinesischen und deutschen Anti-Terror-Gesetzgebung" [in chinesischer Sprache]. Law School, Universität Peking. Beijing/VR China, 27.03.2015.

Zhou, Z.: „Vergleichende Analyse der chinesischen und deutschen Anti-Terror-Gesetzgebung" [in chinesischer Sprache]. School of Counter-Terrorism, People's Public Security University of China. Beijing/VR China, 27.03.2015.

Zhou, Z.: "Terrorism and Counter-Terrorism in China". Mercator Institute for China Studies (MERICS). Berlin, 05.05.2015.

Zhou, Z.: "Human Rights Protection in the Chinese Criminal Procedure Law: Recent Improvements and Outstanding Problems". Sommerschule der Strafrechtlichen

Abteilung des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht zum Thema „Menschenrechte im Strafrecht und Strafprozessrecht unter besonderer Berücksichtigung der Strafprozessrechtskodifikation". Universität Pécs. Pécs/Ungarn, 30.06.2015.

Zhou, Z.: "An Introduction into Chinese Criminal Procedure Law: From the Perspective of 'Designated Residential Surveillance'". Sommerschule am Deutsch-Chinesischen Institut für Rechtswissenschaft, Universität Göttingen. Göttingen, 29.09.2015.

Zhou, Z.: „Deutsche Anti-Terror-Gesetzgebung" [in chinesischer Sprache]. Law School, Universität Xinjiang. Urumqi/VR China, 30.10.2015.

2017

Zhou, Z.: „Chinesische und deutsche Anti-Terror-Gesetzgebung im Vergleich" [in chinesischer Sprache]. Law School, Macau University of Science and Technology. Macau/VR China, 06.04.2017.

C. Lehre

Vorlesungen an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg wurden von den Direktoren Prof. Dr. Ulrich Sieber und Prof. Dr. Hans-Jörg Albrecht sowie von Dr. Michael Kilchling, Priv.-Doz. Dr. Hans-Georg Koch, Prof. Dr. Dietrich Oberwittler und Dr. Johanna Rinceanu gehalten; Übungen und Seminare wurden von Dr. Marc Engelhart und Dr. Dina Hummelsheim-Doß durchgeführt. Auch Doktorandinnen und Doktoranden waren in die Lehre eingebunden. So hielten Göran Köber, Christine Preiser und Clara Rigoni Seminare und Vorlesungen. Dr. Nandor Knust und Nicolas von zur Mühlen unterrichteten an auswärtigen Hochschulen. Zudem wurden von den wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zahlreiche Seminare und Arbeitsgemeinschaften an unterschiedlichen Universitäten und Hochschulen angeboten. Diese Aktivitäten belegen eine intensive Zusammenarbeit des Max-Planck-Instituts mit Universitäten, insbesondere mit der Universität Freiburg. Das Institut wirkt nicht nur aktiv daran mit, den Lehrbedarf der Universitäten in den Fächern Strafrecht und Kriminologie zu decken, sondern leistet inhaltlich darüber hinaus einen bedeutenden Beitrag zur Integration der Forschungen des Max-Planck-Instituts und damit auch der internationalen wie interdisziplinären Fragestellungen in die Lehre und die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses.

Die Lehrtätigkeit des Max-Planck-Instituts ist nicht auf nationale Universitäten beschränkt, sondern betrifft auch etablierte Kooperationen mit Wissenschaftsinstitutionen im europäischen wie außereuropäischen Ausland. Zum Teil dient das Engagement der rechtsstaatlichen (Weiter-) Entwicklung ausländischer Rechtssysteme. Dabei geht es nicht nur darum, die deutsche Lehre ins Ausland zu exportieren. Vielmehr profitiert das Max-Planck-Institut dadurch für die eigenen Forschungen: Die Kenntnisse und Erfahrungen, die von den Lehrenden über die jeweilige ausländische Rechtsordnung gewonnen werden, kommen der Rechtsvergleichung und der komparativen Forschung unmittelbar zugute.

Albrecht, Hans-Jörg

Wintersemester 2014/2015

Vorlesung „Kriminologie II“, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i.Br.

Blockseminar „Strafvollzug und Strafvollzugsrecht im Umbruch“, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i.Br.

Vorlesungsreihe an der China University of Political Science and Law und an der Beijing Normal University „Environmental Crime and Criminal Law Policy“, „Anti-Corruption in German Criminal Law and Criminal Law Procedure“. Peking/VR China, 25.03.–12.04.2015.

Vorlesungsreihe an der China University of Political Science and Law „Economic Espionage. National Security and Protection of Commercial Secrets“. Peking/VR China, 22.–30.05.2015.

Sommersemester 2015

Vorlesung „Kriminologie I“, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i.Br.

Blockseminar „Neurowissenschaften, Strafrecht und Kriminologie“, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i.Br.

Wintersemester 2015/2016

Vorlesung „Kriminologie II“, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i.Br.

Blockseminar „Flucht, Migration, Schleusung: (straf-)rechtliche, kriminologische, viktimologische Perspektiven“, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i.Br.

Sommersemester 2016

Vorlesung „Kriminologie I“, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i.Br.

Blockseminar „Sicherheit, Sicherheitsgefühl und Sicherheitspolitik“, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i.Br.

Vorlesungsreihe an der Beijing Normal University „Economic Espionage“, „Radicalization, Recruitment and Terrorist Foreign Fighters“. Peking/VR China, 14.–21.05.2016.

Wintersemester 2016/2017

Vorlesung „Kriminologie II“, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i.Br.

Blockseminar „Radikalisierung, Rekrutierung und internationaler Terrorismus“, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i.Br.

Vorlesungsreihe an der China University of Political Science and Law „German Criminal Justice“, „Criminal Law“, „Criminal Procedure“. Peking/VR China, 15.–30.10.2016.

Sommersemester 2017

Vorlesung „Kriminologie I“, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i.Br.

Blockseminar „Sport und Kriminalität“ (gemeinsam mit Prof. Dr. Roland Hefendehl), Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i.Br.

Vorlesungsreihe an der Beijing Normal University und an der Shanghai Academy of Social Sciences „German Anti-Corruption Policy“. Peking, Shanghai/VR China, 13.–23.03.2017.

Vorlesungsreihe an der Beijing Normal University „German Criminal Justice“. Peking/VR China, 06.–22.10.2017.

Wintersemester 2017/2018

Vorlesung „Kriminologie II“, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i.Br.

Arslan, Mehmet

Wintersemester 2017/2018

Seminar „Deutsches Strafrecht, Allgemeiner Teil für türkische Doktoranden“, Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht, Freiburg i.Br.

Billis, Emmanouil

Wintersemester 2015/2016

Vorlesung „Criminal Procedure“, Officers' School of the Hellenic Police Academy. Athen/Griechenland.

Sommersemester 2016

Vorlesung „Criminal Procedure“, Officers' School of the Hellenic Police Academy. Athen/Griechenland.

Sommersemester 2017

Vorlesung „Criminal Procedure“, Officers' School of the Hellenic Police Academy. Athen/Griechenland.

Wintersemester 2017/2018

Vorlesung „Criminal Procedure“, Officers' School of the Hellenic Police Academy. Athen/Griechenland.

Ciklauri-Lammich, Eliko

Sommersemester 2015

Seminar (als assoziierte Professorin) „Islamischer Staat und grobe Menschenrechtsverletzungen im Namen Gottes“, Robakidze-Universität. Tiflis/Georgien.

Wintersemester 2016/2017

Seminar (als assoziierte Professorin) „Rechtliche Aspekte der Transition in Post-Sowjetländern“, Robakidze-Universität. Tiflis/Georgien.

Seminar (als assoziierte Professorin) „Moderne Technologien und Menschenrechte“, Robakidze-Universität. Tiflis/Georgien.

Earbin, Esther

Sommersemester 2017

Seminar „CLTAE II: Crime & American Policy“, Eberhard Karls Universität Tübingen.

Wintersemester 2016/2017

Seminar „CLTAE II: Crime & American Media“, Eberhard Karls Universität Tübingen.

Engelhart, Marc

Wintersemester 2015/2016

Übung im Strafrecht für Anfänger II (2 SWS), Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i.Br.

Sommersemester 2016

Kursleiter/Dozent des einwöchigen International Spring Course „ISIS as a Threat and Legal Challenge and the Prevention of Recruitment“, IUC Dubrovnik. Dubrovnik/Kroatien (25.–29.04.2016).

Sommersemester 2017

Übung im Strafrecht für Anfänger II (2 SWS), Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i.Br.

Kursleiter/Dozent des einwöchigen International Spring Course „Follow-up International Conference: Financing of Terrorism as a Threat and Legal Challenge“, IUC Dubrovnik. Dubrovnik/Kroatien (01.–05.05.2017).

Galain Palermo, Pablo

Sommersemester 2017

„Mediación y otras formas de justicia restaurativa“, Curso de Mediación Penal, Universidad Católica del Uruguay. Montevideo/Uruguay (01.04.–23.06.2017).

Gerstner, Dominik

Wintersemester 2014/2015

Seminar „Ländervergleichende empirische Forschung mit dem European Social Survey: Von der Forschungsfrage bis zur Ergebnisdarstellung“ (gemeinsam mit Dr. Dina Hummelsheim), Institut für Soziologie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i.Br.

Hummelsheim-Doß, Dina

Wintersemester 2014/2015

Seminar „Ländervergleichende empirische Forschung mit dem European Social Survey: Von der Forschungsfrage bis zur Ergebnisdarstellung“ (gemeinsam mit Dominik Gerstner, M.A.), Institut für Soziologie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i.Br.

Kilchling, Michael

Wintersemester 2014/2015

Vorlesung „Sanktionenrecht II: Strafvollzugsrecht“, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i.Br.

Sommersemester 2015

Vorlesung „Sanktionenrecht I“, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i.Br.

Wintersemester 2015/2016

Vorlesung „Sanktionenrecht II: Strafvollzugsrecht“, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i.Br.

Sommersemester 2016

Vorlesung „Sanktionenrecht I“, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i.Br.

Wintersemester 2016/2017

Vorlesung „Sanktionenrecht II: Strafvollzugsrecht“, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i.Br.

Sommersemester 2017

Vorlesung „Sanktionenrecht I“, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i.Br.

Wintersemester 2017/2018

Vorlesung „Sanktionenrecht II: Strafvollzugsrecht“, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i.Br.

Knust, Nandor**Wintersemester 2014/2015**

Vorlesung „International Criminal Law“, Tallinn University, Tallinn Campus, Tallinn/Estland.

Vorlesung „International Criminal Justice“, Tallinn University, Helsinki/Finnland.

Wintersemester 2015/2016

Vorlesung „International Criminal Law“, Tallinn University, Tallinn Campus, Tallinn/Estland.

Vorlesung „International Criminal Justice“, Tallinn University, Helsinki/Finnland.

Wintersemester 2017/2018

Vorlesung „International Criminal Law“, Tallinn University, Tallinn Campus, Tallinn/Estland.

Vorlesung „International Criminal Justice“, Tallinn University, Helsinki/Finnland.

Koch, Hans-Georg**Wintersemester 2014/2015**

Vorlesung zu medizinrechtlichen Grundfragen im Rahmen des Kurses „Rechtsmedizin“ für Medizinstudierende, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i.Br.

Sommersemester 2015

Vorlesung zu medizinrechtlichen Grundfragen im Rahmen des Kurses „Rechtsmedizin“ für Medizinstudierende, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i.Br.

Wintersemester 2015/2016

Vorlesung zu medizinrechtlichen Grundfragen im Rahmen des Kurses „Rechtsmedizin“ für Medizinstudierende, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i.Br.

Sommersemester 2016

Vorlesung zu medizinrechtlichen Grundfragen im Rahmen des Kurses „Rechtsmedizin“ für Medizinstudierende, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i.Br.

Wintersemester 2016/2017

Vorlesung zu medizinrechtlichen Grundfragen im Rahmen des Kurses „Rechtsmedizin“ für Medizinstudierende, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i.Br.

Sommersemester 2017

Vorlesung zu medizinrechtlichen Grundfragen im Rahmen des Kurses „Rechtsmedizin“ für Medizinstudierende, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i.Br.

Wintersemester 2017/2018

Vorlesung zu medizinrechtlichen Grundfragen im Rahmen des Kurses „Rechtsmedizin“ für Medizinstudierende, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i.Br.

Köber, Göran**Sommersemester 2015**

Vertiefungsseminar zur empirischen Forschung „Einführung in die nichtlineare Regressionsanalyse“ (gemeinsam mit Prof. Dr. Dietrich Oberwittler), Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i.Br.

Sommersemester 2016

Vertiefungsseminar zur empirischen Forschung „Einführung in die lineare Regressionsanalyse“ (gemeinsam mit Prof. Dr. Dietrich Oberwittler), Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i.Br.

Manso Porto, Teresa**Wintersemester 2014/2015**

Online-Lehre „Derecho penal, parte general“, Fernuniversität UOC (Universitat Oberta de Catalunya), Barcelona/Spainien.

Sommersemester 2015

Vorlesung „Tutela penal de menores“, Máster U. en Criminalidad e Intervención Social en Menores, Universidad de Málaga, Málaga/Spainien, 21.–24.04.2015.

Online-Lehre „Derecho penal, parte general“, Fernuniversität UOC (Universitat Oberta de Catalunya), Barcelona/Spainien.

Online-Lehre „Derecho penal, parte especial“, Fernuniversität UOC (Universitat Oberta de Catalunya), Barcelona/Spainien.

Wintersemester 2015/2016

Online-Lehre „Derecho penal, parte general“, Fernuniversität UOC (Universitat Oberta de Catalunya), Barcelona/Spainien.

Online-Lehre „Derecho penal, parte especial“, Fernuniversität UOC (Universitat Oberta de Catalunya), Barcelona/Spainien.

Sommersemester 2016

Online-Lehre „Derecho penal, parte especial“, Fernuniversität UOC (Universitat Oberta de Catalunya), Barcelona/Spainien.

Online-Lehre „Derecho Penal Medioambiental“, Online-Master, Universidad Andina Simón Bolívar/Bolivien, 01.–31.03.2016.

Wintersemester 2016/2017

Online-Lehre „Derecho penal, parte especial“, Fernuniversität UOC (Universitat Oberta de Catalunya), Barcelona/Spainien.

Sommersemester 2017

Online-Lehre „Derecho penal, parte especial“, Fernuniversität UOC (Universitat Oberta de Catalunya), Barcelona/Spainien.

Online-Lehre „Derecho Penal Medioambiental“, Online-Master, Universidad Andina Simón Bolívar/Bolivien, 13.03.–09.04.2017.

Wintersemester 2017/2018

Online-Lehre „Derecho Penal Medioambiental“, Online-Master, Universidad Andina Simón Bolívar/Bolivien, 23.10.–19.11.2017.

Oberwittler, Dietrich**Wintersemester 2014/2015**

Seminar „Sozialwissenschaftliche Gewaltforschung – Ein Überblick über forschungstheoretische und methodische Ansätze“ (gemeinsam mit Christine Preiser), Institut für Soziologie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i.Br.

Sommersemester 2015

Vertiefungsseminar zur empirischen Forschung „Einführung in die nichtlineare Regressionsanalyse“ (gemeinsam mit Göran Köber), Institut für Soziologie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i.Br.

Wintersemester 2015/2016

Seminar „Verbrechen und Strafe – sozialwissenschaftliche Theorieansätze“, Institut für Soziologie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i.Br.

Sommersemester 2016

Vertiefungsseminar zur empirischen Forschung „Einführung in die lineare Regressionsanalyse“ (gemeinsam mit Göran Köber), CIP-Pool, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i.Br.

Sommersemester 2017

Seminar „Einführung in die nichtlineare Regressionsanalyse“, CIP-Pool, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i.Br.

Wintersemester 2017/2018

Seminar „Tödliche Gewalt – Vergleich sozialwissenschaftlicher Theorie- und Methodenansätze“, Institut für Soziologie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i.Br.

Preiser, Christine**Wintersemester 2014/2015**

Seminar „Sozialwissenschaftliche Gewaltforschung – Ein Überblick über forschungstheoretische und methodische Ansätze“ (gemeinsam mit PD Dr. Dietrich Oberwittler), Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i.Br.

Rinceanu, Johanna**Wintersemester 2014/2015**

Vorlesung „Einführung in das deutsche Strafprozessrecht für ausländische Studierende und Gastwissenschaftler“, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i.Br.

Wintersemester 2015/2016

Vorlesung „Einführung in das deutsche Strafprozessrecht für ausländische Studierende und Gastwissenschaftler“, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i.Br.

Wintersemester 2016/2017

Vorlesung „Einführung in das deutsche Strafprozessrecht für ausländische Studierende und Gastwissenschaftler“, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i.Br.

Vorlesung „The German System of Criminal Procedure“ im Rahmen der „Winter School together with Allameh Tabataba'i University Tehran and the Federal Ministry of Justice and Consumer Protection: Criminal Procedure in a State of Law – The Example of Germany“. Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht, Freiburg i.Br., 23.–31.01.2017.

Wintersemester 2017/2018

Vorlesung „Einführung in das deutsche Strafprozessrecht für ausländische Studierende und Gastwissenschaftler“, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i.Br.

Sieber, Ulrich**Wintersemester 2014/2015**

Interdisziplinäres Seminar „Internetsicherheit und Internetstrafrecht“ (gemeinsam mit Prof. Dr. Gerhard Schneider), Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i.Br.

Doktorandenseminar zur Strafrechtsvergleichung (IMPRS-CC), Freiburg i.Br.

Sommersemester 2015

Vorlesung „Komplexe Kriminalität und Strafrecht in der globalen Risikogesellschaft“, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i.Br.

Doktorandenseminar zur Strafrechtsvergleichung (IMPRS-CC), Freiburg i.Br.

Wintersemester 2015/2016

Interdisziplinäres Seminar „Geheimdienstliche und strafrechtliche Aufklärung des Internets“ (gemeinsam mit Prof. Dr. Gerhard Schneider), Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i.Br.

Doktorandenseminar zur Strafrechtsvergleichung (IMPRS-CC), Freiburg i.Br.

Sommersemester 2016

Vorlesung „Komplexe Grenzüberschreitende Kriminalität“, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i.Br.

Doktorandenseminar zur Strafrechtsvergleichung (IMPRS-CC), Freiburg i.Br.

Wintersemester 2016/2017

Interdisziplinäres Seminar „Cybercrime, digitale Ermittlungen und Datenschutz“ (gemeinsam mit Prof. Dr. Gerhard Schneider), Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i.Br.

Doktorandenseminar zur Strafrechtsvergleichung (IMPRS-CC), Freiburg i.Br.

Sommersemester 2017

Vorlesung „Komplexe grenzüberschreitende Kriminalität: Cybercrime, organisierte Kriminalität, internationaler Terrorismus“, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i.Br.

Doktorandenseminar zur Strafrechtsvergleichung (IMPRS-CC), Freiburg i.Br.

Wintersemester 2017/2018

Strafrechtliches Seminar „Cybercrime und Ermittlungen im Internet“, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i.Br.

Doktorandenseminar zur Strafrechtsvergleichung (IMPRS-CC), Freiburg i.Br.

Simon, Jan-Michael**Sommersemester 2015**

Moot Court zum peruanischen Strafprozess, „Tercer Concurso Nacional Interuniversitario de Argumentación Jurídica y Litigación Penal“, Universidad del Pacífico, Lima/Peru, 12.–14.08.2015.

Von zur Mühlen, Nicolas

Sommersemester 2015

Blockvorlesung „Informationsstrafrecht“ im Rahmen der Humboldt Law Clinic Internetrecht (HLCI), Humboldt-Universität, Berlin.

Sommersemester 2016

Blockvorlesung „Informationsstrafrecht“ im Rahmen der Humboldt Law Clinic Internetrecht (HLCI), Humboldt-Universität, Berlin.

Sommersemester 2017

Blockvorlesung „Informationsstrafrecht“ im Rahmen der Humboldt Law Clinic Internetrecht (HLCI), Humboldt-Universität, Berlin.

Wienhausen-Knezevic, Elke

Wintersemester 2015/2016

Übung „Einführung in die Soziologie“, Lehrstuhl für Allgemeine Soziologie und soziologische Theorie, Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt.

Sommersemester 2016

Blockseminar zur Ringvorlesung K'Universale, „Jugend und Gewalt – Erscheinungsformen von Delinquenzverhalten im Jugendalter und gesellschaftstheoretische Ansatzpunkte“, Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt.

Wößner, Gunda

Professorin für Psychologie, Hochschule für Polizei Baden-Württemberg, Villingen-Schwenningen. Januar 2015 bis September 2016.

Sommersemester 2016

Workshop series on qualitative research (Basics of qualitative research, interview techniques, analyzing data) an der International Max Planck Research School on Retaliation, Mediation and Punishment (IMPRS REMEP), Freiburg i.Br., 25.04.2016, 11.05.2016 und 29.06.2016.

IMPRESSUM

Herausgegeben von:

Max-Planck-Gesellschaft zur
Förderung der Wissenschaften e.V.
c/o Max-Planck-Institut für ausländisches
und internationales Strafrecht
Geschäftsführender Direktor 2017/2018
Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Hans-Jörg Albrecht
Günterstalstraße 73
D-79100 Freiburg

Tel.: +49 (0)761-7081-0

Fax: +49 (0)761-7081-294

E-Mail: info@mpicc.de

Internet: <https://www.mpicc.de>

Bildnachweise

Amac Garbe für Max-Planck-Gesellschaft: S. 239; Baschi Bender: S. 97; Jessica Hath: S. 5 (oben u. unten), 76, 86 (oben u. unten), 95 (oben u. unten), 102 (oben, Mitte u. unten), 112 (oben u. unten), 119, 135 (unten), 151, 155, 157, 165, 172, 199 (links), 214, 223, 226, 228, 234, 236/7; Markus Herb: S. 128 (oben u. unten), 135 (oben), 199 (rechts), 232 (links u. rechts); Michael Kilchling, MPI: S. 186, 187; Tim Reckmann (pixelio): S. 88; Dieter Schütz (pixelio): S. 83; N. Schmitz (pixelio): S. 86 (unten); Szabolcs Csontos: S. 212.

Druck

Stückle Druck und Verlag
Stückle-Straße 1
77955 Ettenheim

Gesamtredaktion

Hans-Jörg Albrecht, Ulrich Sieber, Carolin Hillemanns

Lektorat und Satz

Ulrike Auerbach, Ines Hofmann, Katharina John, Beate Lickert

Gestaltung

Layout und Titelbild:
Justmedia Design, Köln

DOI:10.30709/2018-001

**Alle Rechte vorbehalten. © 2018 Max-Planck-Institut für ausländisches
und internationales Strafrecht, Freiburg i.Br.**